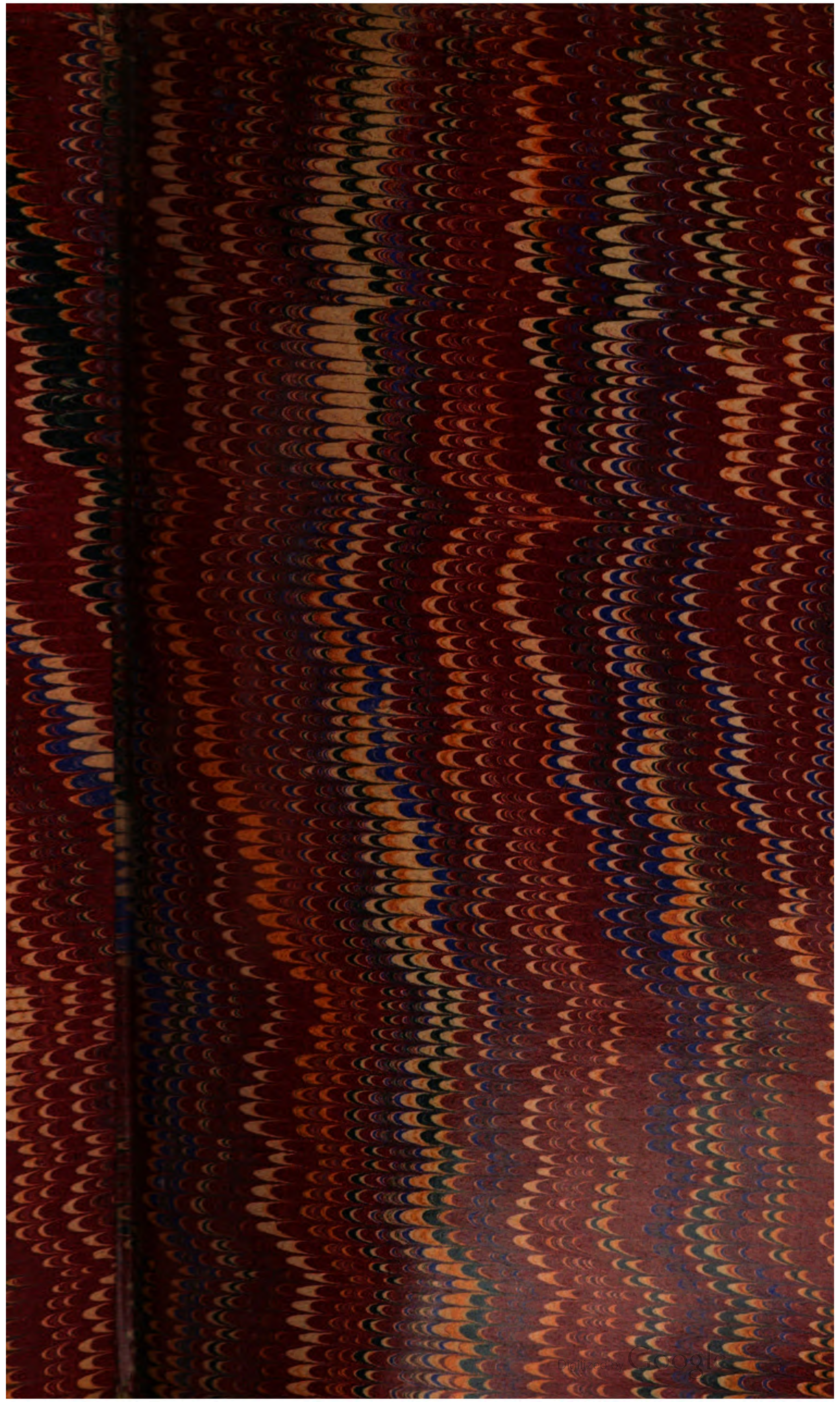



43. e. 28
DOMI NUS ILLU
MINA TIO MEA
Taylor Institution.


Digitized by Google

Geschichte

der

Preußischen Politik

von

Joh. Gust. Droysen.

Fünfter Theil.

Friedrich der Große.

Vierter Band.



Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1886.

Friedrich der Große.

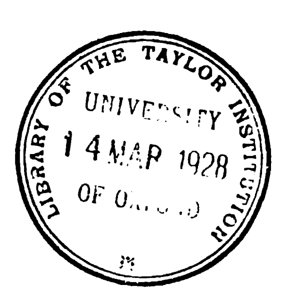
Von

Joh. Gust. Droysen.

Vierter Band.



Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1886.



Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

Vorwort.

Inmitten seiner großen Aufgabe, den Gang der preußischen Politik im Einzelnen zu verfolgen und darzustellen, wurde mein Vater aus dieser Welt abgerufen; eben da es galt, die Gestalt des großen Königs in ihrem vollen Ruhmesglanze zu zeichnen. Nur bis an die Schwelle des siebenjährigen Krieges war es ihm vergönnt, seine Darstellung zu führen. Der vorliegende Band, der die diesem Kriege voraufgehenden letzten sieben Friedensjahre behandelt, fand sich handschriftlich in seinem Nachlaß. Wie oft sah ich das Manuscript auf dem Schreibtisch des Vaters während seiner letzten Lebensjahre; wie gern sprach er von dieser Arbeit, die er als besonders schwierig, aber auch als besonders nothwendig bezeichnete. „Man muß einmal erfahren, mit welcher Kunst und welcher Genialität Friedrich der Große so viele Jahre hindurch den Losbruch Europas gegen sich und seinen Staat hinzuhalten verstanden hat“, so pflegte er wohl zu sagen, jedoch hinzuzufügen: „ich werde diesen Band nicht veröffentlichen, das magst Du thun, wenn ich einmal todt bin“.

Dieser Aufgabe komme ich hiermit nach. Freilich ist es nur ein Torso, was ich der Öffentlichkeit übergebe, denn die Arbeit bricht mit dem Westminstervertrage von 1756 ab. Ich habe es für meine Pflicht erachtet, sie auch in dieser unvollendeten Gestalt dem Publikum nicht vorzuenthalten. Das Manuskript war im Ganzen druckfertig; doch zweifle ich nicht, daß mein Vater, hätte er sich noch entschlossen, selbst den Druck zu leiten, mancherlei, namentlich auch in der Fassung geändert haben würde. Ich habe es nicht über mich gewinnen können, derartige formelle Veränderungen, außer in den allerdringendsten Fällen, vorzunehmen. Auf mich allein aber hätte ich die Herausgabe dieses Ver-

mächtnisses nicht zu nehmen gewagt. Herr Geheimrath Max Duncker und Herr Professor Reinhold Koser, die beide meinem Vater vor Andern persönlich nahe standen, die Genossen seiner Studien auf dem Gebiete fridericianischer Geschichte, haben mir bei der Drucklegung ihre Hülfe geliehen.

Nicht einen glänzenden Schluß erwarte der Leser von diesem Bande, der vorwiegend der Darlegung sehr verwickelter diplomatischer Verhandlungen gewidmet ist. Wohl aber wird er in ihm das Wesen des Verfassers wiederfinden, dessen Streben stets nur auf die Sache gerichtet war, und der, unbekümmert um den Beifall des Augenblickes, seine Aufgabe, wie er sie sich gestellt hatte, schlicht erfüllte und anspruchslos seine Pflicht that, bis er stille aus dem Leben ging.

Halle a. S., December 1885.

G. Droysen.

Inhalt.

Zur Einleitung.

Überblick.

Im Sommer 1748, wenige Wochen vor dem Abschluß des Aachner Friedens ist Montesquieus „Geist der Gesetze“ veröffentlicht worden. Das Werk fand in und außer Frankreich unermeßliche Bewunderung; berauscht von dem Zauber dieser glänzenden und tiefeindringenden Darlegungen glaubte die gebildete Welt zum ersten Mal klar und gewiß zu sehen, was Staat und Recht und Verfassung sei, was die wahre Politik wolle, könne und müsse.

Nun war kein Zweifel mehr: der Zweck des Staates ist, und ist unter allen Umständen, die Verwirklichung der gesetzlichen Freiheit; und der Werth der Verfassungen bestimmt sich nach dem Maaße, wie sie ihn erfüllen. Allen anderen voraus ist die Englands, darum voraus, weil in ihr mit der Trennung der Gewalten der Mißbrauch der Macht am sichersten gehindert, die Freiheit am besten gesichert ist. Die gesetzgebende Gewalt steht den beiden Häusern des Parlaments zu, von denen das eine mit seinem Nein das andere bindet; das Parlament ist durch die vollziehende Gewalt gebunden, welche der Krone zusteht, aber für alle ihre Handlungen sind ihre Minister dem Parlament verantwortlich: „der König hat alle Macht Gutes zu schaffen, keine Übles zu thun;“ die richterliche Gewalt ist durch die Gesetze gebunden, wie sie das Parlament gegeben, der König sanctionirt hat. Das bekannte Wort Hallams: „wir Engländer fühlen den Stolz und die Würde von Republikanern“ wurde nun erst ganz gewürdigt.

Friedrich II. wird, wie die früheren Werke des gefeierten Autors, so den „Geist der Gesetze“ gelesen haben. In seinen Schriften, in einen Correspondenzen erwähnt er dieses Werkes nie. Er ließ in der Berliner Akademie im Januar 1750 — kurz nach dem Erscheinen des

ersten, kurz vor dem des zweiten Theiles des corpus juris Fridericiani, des „in der Vernunft und Landesverfassung gegründeten Landrechts" — seine Abhandlung „Über das Erlassen und Abschaffen von Gesetzen" lesen, welche einen Theil der Fragen, die im „Geist der Gesetze" behandelt sind, in anderer Weise beantwortet. Mochte „der große Politiker der Epoche," wie man Montesquieu genannt hat, theoretisch von solchen Principien aus zu solchen Folgerungen gelangen, der König schreibt aus der praktischen Kenntniß der realen Dinge, ihrer Schranken und ihrer Wechselwirkungen, er schreibt in der Kenntniß der Bedürfnisse und Bedingungen seines Staates, in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit seines königlichen Amtes.

Am wenigsten wird ihm die Lehre von der Theilung der Gewalten auch nur klar gedacht, geschweige denn heilvoll, den wirklichen Aufgaben des Staates entsprechend, den möglichen Stürmen im Innern oder von Außen, die in jedem Augenblick eintreten können, gewachsen erschienen sein.[1])

Er selbst hat bald darauf, in dem Testament von 1752, das seinem Nachfolger die Aufgaben, die seiner warten, darlegen soll, den Ausdruck gebraucht: alle Zweige der Regierung stehen mit einander in innigem Zusammenhang, die Finanz, die innere, die äußere Politik, das Kriegswesen sind untrennbar; es genügt nicht, daß eins dieser Ressorts gut verwaltet werde, sie müssen es alle sein. „Ein solches Staatswesen kann nur monarchisch sein;" „ein König von Preußen muß selbst regieren."

Man müßte diesem Fürsten in allen Zweigen seines Regiments nachgehen, in jedem seine Absichten und seine Erfolge, in allen den Zusammenhang und die gegenseitige Steigerung ihres Fortschreitens nachweisen, um sagen zu können, was er gewollt und wieviel davon er erreicht hat. Denn „wer in den Geschäften des Staates arbeitet," sagt er, „muß das Bild dieser idealen Vollkommenheit vor Augen haben, um sich so wenig als möglich davon zu entfernen und derselben so nahe als möglich zu kommen."

Dem Biographen bietet sein Leben noch eine Fülle anderer Dinge zu beobachten, höchst anziehende, höchst bedeutsame. Aber nicht in diesen Bereichen liegt das Ideal, von dem er spricht; und das wahre Sein

1) Friedrichs II. Ansicht über die englische Verfassung giebt jene Abhandlung von 1750 (Oeuv. IX p. 21). Warum er in der Réfutation du prince de Machiavel (VIII p. 255) sie als „Muster der sagesse" bezeichnet, liegt auf der Hand.

und Leben des Künstlers erscheint in seinem Wirken, in seinen Worten. Seinem Staate und der Geschichte seines Staates ist er nur der König; nur darin, der König seines Staates zu sein, sieht er seinen Beruf.

Merkwürdig, wie er ihn faßt. Er fordert von seinen Officieren, seinen Richtern, seinen Beamten, daß sie im Dienste ihre persönlichen Stimmungen und Neigungen, ihre privaten Interessen hinter sich lassen, daß sie gleichsam aus einem höheren Ich, dem des Staates, in dessen Auftrag sie functioniren, denken und handeln. Und er, der König, ist im Dienst des Staates nur der erste; vor den Fahnen seiner Regimenter salutirt er.

Es ist nicht das höchste, aber ein mächtiges Princip, die Geister zu spannen und zu läutern; im vollen Gegensatz zu den Doctrinen, mit denen, schon Montesquieu überbietend, Rousseau zu wirken begann.[1]) Und sie trafen und entzündeten Motive, Ansprüche, Instincte in den Seelen der Menschen, für die in dem fridericianischen System keine Stelle war.

Es mag gestattet sein, noch eine zweite Bemerkung hinzuzufügen.

Von jenen vier Zweigen der Staatsregierung, die nach Friedrichs II. Ausdruck „wie die Zügel eines im olympischen Wettkampf dem Ziele zueilenden Viergespanns in der Hand des Regenten vereinigt sein müssen," ist das eine Paar anderer Art als das andere.

Die Finanz und die innere Politik, beide unendlich mannigfache Thätigkeit, die complicirtesten Organisationen umfassend, gehen rastlos und in stetiger Ordnung ihren geräuschlosen Gang, und es genügt, daß der Leitende die Anstöße und Hemmungen auf ihren Wegen sieht und beseitigt oder meidet, vor Allem sie fühlen läßt, daß die Zügel in seiner Hand sind.

Die beiden anderen weist ihre Aufgabe nach Außen, in Bereiche, die nicht unter der Souveränität und dem Gesetz dieses Staates stehen, zu Verwendungen, mit deren Ausgang viel und Alles auf dem Spiel steht. Ein Gesetz, ein Recht über den Staaten und deren Völker giebt es nicht oder nur so weit als sie sich in Friedensschlüssen oder sonstigen Staatsverträgen für bestimmte Einzelnheiten verständigt haben. Und oft genug sind sie unklar, verschiedener Deutung fähig, Anlaß zu neuem

1) Friedrich II. an Lord Marishal, 1. Sept. 1762 in Betreff Rousseaus: j'avoue que mes idées sont aussi différentes des siennes qu'est le fini de l'infini, et je ne me persuaderois jamais à brouter l'herbe et à marcher à quatre pieds.



Streit. Dann wird entweder der schwächere Staat sich der Willkür des stärkeren beugen müssen, oder der Krieg entscheidet, wer der stärkere ist.

Jahrhunderte lang hat in der Christenwelt das Recht des Stärkeren gegolten; es hat sich, je mehr in kleinen und kleinsten Kreisen mit dem stärker pulsirenden innern Leben das Selbstgefühl und Eigeninteresse wuchs, desto rücksichtsloser in „Raub, Mord, Brand und Nahme" geltend gemacht. Mochte dann in den einzelnen Territorien die erstarkende staatliche Ordnung des wüsten Faustrechts mehr und mehr Herr werden, zwischen den Staaten selbst wurden die Kriege nur um so gründlicher und verderblicher; immer wieder das Faustrecht oft unter frivolsten Anlässen, mit allem Gräuel von Brandschatzung, Plünderung der Städte, Ausheerung des platten Landes, Freibeuterei, Caperei.

Endlich der drohenden „Universalmonarchie" Ludwigs XIV. zu widerstehen, hat sich jene Staatenverbindung der Bedrohten gebildet, die in der Form des Gleichgewichtssystems den dauernden Frieden zu sichern unternahm; zu sichern freilich in der Weise, daß in demselben nur die vier mächtigsten das Wort führen wollten und von den mindermächtigen forderten, sich ihrer Fürsorge und Entscheidung, ihrer Convenienz zu unterordnen. Mochten auch die „mindermächtigen," die kleineren in ihrer Souveränität das Recht und gegen ihre Lande und Leute die Pflicht zu der gleichen staatlichen Selbstständigkeit haben, ihre mindere Macht mußte sich fügen.

Auch die Krone Preußen war durch das System der großen Mächte lange niedergehalten und oft geschädigt, sie war um ihr Recht auf vier schlesische Fürstenthümer betrogen, in ihrem Anspruch auf die oranische, auf die jülich-bergische Erbschaft tief und tiefer heruntergebracht, es war ihr Successionsrecht auf Mecklenburg verdunkelt worden, anderer Schädigungen und Demüthigungen zu geschweigen. Es gab keine Hülfe dagegen, als die inneren Mittel, die sie hatte, so zusammenzufassen und zu entwickeln, daß sie, zu Schutz und Trutz stark genug, jenen maaßgebenden Mächten entgegentreten konnte, ihre Souveränität und ihre Rechte zu behaupten.

Mit dem, was Friedrich Wilhelm I. geschaffen hatte, trat Friedrich II. gleich im Beginn seiner Regierung, durch ein glückliches Zusammentreffen von Umständen begünstigt, in Action. Gewiß nicht ohne die stolze Begier nach Sieg und Ruhm; gewiß nicht damit nur dem Rechte sein Recht geschehe. Durch Vertragsbruch hatte sich das Haus Östreich

um die preußische Garantie der pragmatischen Sanction gebracht; für Preußen war mit dem Tode Kaiser Karls VI. Schlesien erblos. Friedrichs II. Erbietungen wurden in Wien abgewiesen: daß er in zwei glücklichen Feldzügen Schlesien nahm und behauptete, daß Maria Theresia, um sich ihrer anderen antipragmatischen Gegner erwehren zu können, Schlesien mit Glatz im Breslauer Frieden abtrat, im Dresdner Frieden diese Abtretung wiederholte und bestätigte, das war der Anfang der Machterhebung Preußens.

Die anderen großen Mächte, und Spanien, Sardinien und andere kleinere mit ihnen, setzten den Krieg noch weitere drei Jahre fort. Nicht der bourbonischen oder angloaustrischen Partei das Uebergewicht zu geben, war das Interesse der jungen Macht, die neben ihnen selbstständig zu sein für ihr Recht und ihre Pflicht hielt; daß Friedrich II. trotz aller Lockrufe und Drohworte der Kämpfenden nicht wieder mit antrat; daß dem an seiner Seite neutralen Reich der Segen des Friedens zu Theil wurde; daß die Kriegsflamme, über die Alpen, hinter den Rhein, auf die Oceane gedrängt, allmählich an der Erschöpfung der Betheiligten erlosch, steigerte das Gewicht der preußischen Macht und ihre Wirkung.

Aus ihrer Lage, ihrer Aufgabe, ihren Stärken und Schwächen ergab sich ihrem klar blickenden Leiter eine andere als die bisher geltende Ansicht von der internationalen Politik, von der Methode der Kriegführung.

Entsprach es der Natur der Menschen und Völker, daß sie, nach Sprache und Race, nach Confessionen, nach den jeweiligen Staatsgrenzen getheilt und wie geschworene Feinde gegen einander standen? war es nicht der Vernunft gemäß, daß sie auf den nachbarlichen Verkehr, auf den Austausch ihrer Erzeugnisse, auf gegenseitiges Lernen und Lehren angewiesen, in ihrem privaten und Kleinleben, in ihrem Fleiß und Erwerb durch Formen und Normen gesichert wurden, die ihnen trotz solcher Scheidungen solche Gemeinsamkeiten sicherten und so weit irgend möglich auch in den wilden Zeiten des Krieges erhielten? Wie ausschließlich immer die Souveränität des Staates gefaßt werden mochte, jeder Souverän hatte gegen seine Unterthanen die gleiche Pflicht in gleichem Maaße; und erfüllt konnte sie nur werden, so weit sich die civilisirten Staaten Europas in dieser internationalen Aufgabe zusammenfanden; sie selbst wurde zum Maaßstab ihrer Civilisation.

Daß Friedrich II. den Krieg nicht scheue, daß er ein Meister in

der Kunst des Krieges sei, hatte er in vier Kriegsjahren gezeigt; bei Hohenfriedberg, bei Kesselsdorf hatte er die in Pedanterie und Schlaffheit vergessene Bedeutung der Schlacht glänzend erneut.

Ihm ist der Krieg nur die ultima ratio regis. Ihm stand es fest, daß er seinem Land und Volk in erster Reihe den Frieden schulde; erst wenn jedes Mittel der auswärtigen Politik, alle Kunst und Combination des Ausgleichens und Nachgebens vergebens erschöpft ist, erst wenn „die Majestät des Staates" in Frage kommt, dann ist es nothwendig und gerechtfertigt die Existenz des Staates auf die Karte zu setzen; „dann falle der Donner und der Blitz zugleich auf eure Feinde."

Was seiner Kriegskunst die Schlacht, das ist seiner auswärtigen Politik der Krieg. Mit dieser Aufgabe adelt seine Staatskunst den Krieg, dessen furchtbaren Ernst das frivole Treiben der Diplomatie vergessen hatte, versöhnt mit den schweren Opfern, die, auch wenn er glücklich endet, Land und Volk haben bringen müssen.

Je länger der Frieden im Reich und in Europa währt, desto mehr erstarkt die innere Kraft seines Staates und damit dessen Machtgewicht, desto sicherer vollziehen sich im deutschen Reichs-, im europäischen Staatensystem die Wandlungen, die, seit beide mit dem Wechsel des Besitzes von Schlesien in einer ihrer wichtigsten Prämissen verändert sind, in immer weiteren Wellenkreisen wirken müssen.

Preußen, in endlich haltbarer Arrondirung seiner Mitte, befriedigt mit dem, was es hat, in der ruhig fortschreitenden Arbeit seiner inneren Politik von den Ideen des Jahrhunderts getragen, unter dem Banner der Staats- und Gewissensfreiheit — so stand es fest in der Mitte Europas, in der Mitte des Reichs, geschlossen in sich wie ein Pentagramm des Friedens. Um Preußen konnte sich das träge versumpfte Chaos der deutschen und europäischen Zustände klären, konnte sich ein auf Natur und Vernunft gegründetes internationales Recht und auf Grund der veränderten Ponderation ein stätiges Verhältniß zwischen den Staaten groß und klein entwickeln, konnte sich allmählich eine neue Ordnung der Dinge krystallisiren. Es wäre allen, den Staaten wie Völkern, zum Heil gewesen.

Eben das sahen die anderen Mächte — die kleineren und die Nachbarn im Reich mit Neid und Sorge, daß dem gewohnten Bestand der Dinge, in dem sie sich immer noch hatten durchhelfen und erhalten, auch gelegentlich einen kleinen Vortheil machen können, unberechenbare Wandlungen bevorstünden; die großen und altbegründeten, empört und

voll Haß gegen den Emporkömmling, der die Stirn hatte sich ihnen als Gleicher an die Seite zu stellen und ohne Rücksicht auf den altbegründeten „Vorzug der großen Mächte“ in Krieg und Frieden daherzuschreiten, als wenn er berufen sei eine neue Ordnung der Dinge in der Staatenwelt zu begründen. Er hatte sich auf Kosten Oestreichs erhoben, es fünf Jahre lang die Kaiserkrone entbehren lassen; er hatte mit zweimaligem „Abfall“ mitten im Kriege die Krone Frankreichs in ernste Gefahren gebracht; er unter allen Monarchen allein bot dem englischen Seerecht Trotz, und was Georg II. noch bitterer traf, sein Erstarken machte dem glücklichen Wachsthum Hannovers ein Ende; seine Macht sperrte der russischen Politik die Wege nach dem Westen, die Peter der Große ihr erschlossen hatte.

Wie vielerlei Differenzen zwischen den Mächten auch nach dem Aachner Frieden bleiben mochten: gegen Preußen waren sie eines Sinnes, hatten sie gleiches Interesse.

Der Aachner Friede.

In der Reihe der Friedensurkunden, die in dem Staatsarchiv zu Berlin aufbewahrt werden, findet sich die des Aachner Friedens nicht.

Und doch enthält dieser Tractat mehr als einen Artikel, der die Krone Preußen unmittelbar angeht; er macht den Anspruch normativ für das europäische Völkerrecht, die „Herstellung“ des europäischen Staatensystems zu sein.

Friedrich II. hatte, sobald ihm gemeldet war, daß Frankreich mit den Seemächten in Aachen abgeschlossen, Vollmacht ausgestellt, durch eine „Acceptationsurkunde“ seinen Beitritt zu erklären, wenn er gefordert werde.

Er ist nicht gefordert worden. Zögernd hatten die anderen fünf noch kriegführenden Mächte unterschrieben, Spanien mit einem Protest, der den Wiener Hof traf, Genua und Modena, weil sie ohne Frankreich in der Luft standen, am spätesten Sardinien; mit der bittersten Kritik über ein „so schlechtes, mangelhaftes, monströses Werk“ der östreichische Bevollmächtigte Graf Kaunitz.

Von welcher Seite, aus welchen Motiven nachgegeben oder veranlaßt worden ist, den Beitritt Preußens zur „Generalpacification“ auf sich beruhen zu lassen, erhellt aus den vorliegenden Acten nicht. Es ergiebt sich aus dem Verlauf der Aachner Verhandlungen, — nicht

minder, warum noch weniger Friedrich II. sich veranlaßt sah, auf die Accession zurückzukommen.

Er täuschte sich nicht darüber, daß in dem Ganzen dieses Tractates ein scharfer Mißton gegen Preußen, eine reservatio mentalis lag, daß Frankreich in der minderen Wärme, England in der wachsenden Kälte gegen ihn die Verständigung mit dem Wiener Hofe, dessen Beschwichtigung gesucht und gefunden hatten, daß sie darin einig waren, Preußen, wie es jetzt war, nicht in den geschlossenen Kreis dieses Friedens und des hergestellten Staatensystems eintreten, es gleichsam draußen unter den offenen Fragen zu lassen.

Immerhin; ohne Preußen war der Kreis nicht geschlossen. Friedrich II. sah neue Stürme voraus; aber „für den Anfang wenigstens" schienen ihm „die europäischen Angelegenheiten eine ruhige Haltung gewonnen zu haben".[1])

Aus den großen realen Verhältnissen der Staatenwelt wird er so geschlossen, auf solche Schlüsse seine Hoffnung begründet haben.

Frankreich und England hatten den Frieden dictirt, die anderen Kriegführenden ihnen folgen müssen. In Europa blieb, wie Friedrich II. die Machtverhältnisse auffaßte, Ruhe, wenn diese zwei Mächte wollten und so lange sie wollten, wie erbittert immer der Wiener Hof über die Enttäuschungen war, mit denen ihn Englands plötzlicher Abschluß in Aachen überrascht hatte, wie doppelt erbittert der russische Hof, trotz seiner Auxiliararmee im Reich zum Congreß nicht einmal geladen zu sein, voll Ungeduld, mit dieser Armee, mit seiner gerüsteten Flotte, seinen Armeen an der Düna und am Kymene der Welt zu zeigen, daß er ein Wort mitzusprechen habe. Noch weniger schien es von Gewicht, daß mit dem Frieden Holland sich wie zur Seite geschoben fühlte, daß Spanien entrüstet war, nicht gehört zu sein, als wenn es unter Frankreichs Tutel stehe, daß Sardinien die Faust in der Tasche ballte, daß Modena, Genua, Don Philipp sich wie fungible Sachen behandelt sahen, daß selbst Baiern einen Protest wegen Mirandola einlegte, daß Jedermann diesen Frieden voll Unklarheiten und Widersprüchen nur als ein Interim ansah. So lange Frankreich und England den Frieden wollten, das heißt sich gegenseitig die Waage hielten, hatte die reale Macht Preußens ihre Wirkung, und weiter wirkend wuchs sie.

---

1) Friedrich II. an Finckenstein in Petersburg, 22. Nov. 1748 ... que les affaires de l'Europe auroient du moins pour le commencement pris une assiette tranquille.

Nur ein Punkt blieb unberechenbar.

Gewiß wollte die englische Nation, so wenig stolz für sie der Friede war, der sie Cap Breton zurückzugeben zwang, jetzt Ruhe, um sich zu erholen und die übergroßen finanziellen Lasten, die der lange Krieg ihr auf den Nacken gelegt, zu mindern. Aber ihr König Georg II. trug sich mit anderen Dingen. Was war ihm dieser Friede, den sein englisches Ministerium gewollt hatte? noch ehe er ihn unterzeichnet, begann er ihn zu untergraben.

Er blieb bis in den November in Hannover, mit geheimnißvollen diplomatischen Verhandlungen beschäftigt; was er plante, hieß ihm: gegen die Uebermacht des Hauses Bourbon und dessen „Adhärenten" einen Wall aufrichten, „die gute Sache," „die gemeinsame Sache Europas" retten; Verhandlungen, die von dem leicht umgestimmten Herzog von Newcastle und den hannövrischen Ministern mit den Gesandten der beiden Kaiserhöfe, mit dem dänischen, sächsischen, mainzischen u. s. w. Tag für Tag gepflogen wurden. Und so hoch sich England in seiner „Freiheit" fühlte: in den vornehmen Kreisen, im Ministerium, im Parlament wußte man sehr wohl, womit man der „huldreichen Majestät" die Cour zu machen habe. Wie, wenn wieder einmal „Hannover London regierte"?

Dann hatten die beiden Kaiserhöfe, was sie brauchten. Je lauter sich in Maria Theresias Umgebung die Entrüstung über den „unerhörten Verrath" der Seemächte aussprach, von denen die Kaiserin „mit dem Messer an der Kehle zum Frieden gezwungen worden sei," desto eifriger war Georg II. um seiner deutschen Interessen willen in Wien zu begütigen, entgegenzukommen, gemeinsame Ziele zu suchen. Sie boten sich von selbst; und der russische Hof war bereits auf halbem Wege zu neuer Action voraus.

Auf Frankreich konnte Friedrich II. in solchem Falle nicht mehr rechnen; dort schien man sich mit England so einrichten zu wollen, „als wenn der Friede ewig dauern werde." Graf St. Severin war in das Conseil eingetreten, und er stellte sich zur Aufgabe, wie er Hand in Hand mit Lord Sandwich den Frieden durchgesetzt, so zwischen beiden Mächten ein möglichst inniges und dauerndes Verhältniß zu begründen: „Wenn wir uns ehrlich verstehen, wird Niemand den Frieden der Welt stören." Er hatte sein neues Amt damit begonnen, daß er den preußischen und schwedischen Gesandten, mit denen er lange Jahre auf vertrautem Fuße gelebt, ersuchte, trotz der Fortdauer seiner persönlichen

Freundschaft für sie, sich wie Fremde zu ihm zu verhalten.[1]) Es sprach die Stimmung Frankreichs gegen Preußen aus, wenn er gegen Lord Sandwich äußerte, „man müsse allerdings zugeben, daß es scheine, als habe man diesen langen Krieg nur geführt, um den König von Preußen größer zu machen.“[2]) Und der Minister Puysieulx sagte gelegentlich zu Chambrier: „er dürfe ihm nicht verbergen, daß man alles versuche, Preußen zu verdächtigen, als ob es von Neuem die Karten durcheinanderwerfen, sich mit den Feinden Frankreichs, die auch seine Feinde seien, gegen Frankreich verbinden wolle; sollte das der Fall sein, wie er nicht glaube, so würde Frankreich sich nicht bedenken, sein System zu ändern und ein solches herzustellen, das sich direct gegen Preußen richte.“[3])

Die Beziehungen Frankreichs zu Preußen zu lockern und zu lösen, war sichtlich der Zweck der Einflüsterungen, mit denen die sächsischen, östreichischen, englischen Einflüsse in Versailles wetteiferten. In Friedrichs II. Hand war ein Bericht des kaiserlichen Gesandten in Berlin, der als „gewiß“ angab, daß der Berliner Hof gern gesehen hätte, wenn der Friede nicht sobald zu Stande gekommen wäre, daß er sich des Besitzes von Schlesien noch keinesweges sicher fühle, daß er um die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Wien und Versailles in Sorge sei.[4]) Friedrich wußte, daß von Graf Brühl dem französischen Hofe

---

1) Baron Chambrier, 20. Dec. 1748: parce que les grands ménagements qu'il alloit être obligé de garder, ne lui permettoient plus de risquer que ses ennemis, pour lui jeter quelque croc en jambe, n'interprétassent mal ses liaisons u. s. w.

2) Chambrier, 20. Dec. 1748: je sais que quelques ministres de part et d'autre (St. Severin, Lord Sandwich u. a.) dans les effusions de coeur qu'il y aura eu sans doute à Aix la Chapelle, en parlant de la guerre qui vient de finir et des avantages peu considérables que chacune puissance belligérante en avoit tirés, avoient fini par dire: il faut convenir qu'il semble u. s. w.

3) Chambrier, 30. Sept. 1748, darauf Friedrichs II. Rescript vom 11. October, dem Puysieulx zu antworten: que le style menaçant . . . étoit entièrement déplacé . . . et que, s'il vouloit ajouter foi à tous les mensonges que mes ennemis forgent sans cesse et le prendre sur le ton de hauteur, ce sera le moyen le plus efficace de me déterminer à chercher ailleurs des amis, moins aigres et moins crédules.

4) Feldmarschallieut. Graf Chotek an die Kaiserin, Berlin 29. Oct. 1748. „Daher nicht zu verwundern, daß der König, welcher unerachtet der nunmehr durch den Generalfrieden erzwungen sein sollenden Garantie über Schlesien, sich doch in dem Besitz dieser Provinz noch nicht genugsam befestigt zu sein glaubt, aus einer puren Unsicherheit für das Künftige besorget, er dürfte durch ein näheres Verständniß zwischen E. Kſ. M. und Frankreich nicht nur von dem bei dieser Krone habenden großen Einfluß vieles verlieren, sondern ihm auch die französische Garantie selbst bei Weitem nicht zu der großen Sicherheit, die er sich davon versprochen hat, gereichen.“

empfohlen worden war, jetzt nach geschlossenem Frieden der Zarin einen Subsidienvertrag anzubieten und durch ein enges Bündniß mit ihr sich der nordischen Dinge viel mehr als es durch die schwedische Allianz geschehen, Meister zu machen; wenn dann Frankreich auch mit dem Wiener Hofe eine Allianz schließe, zu der es sich so den Weg öffne, und sich damit völlig gegen Deutschland sicher stelle, so werde es von keiner Seite mehr das Geringste zu befahren haben; er, Graf Brühl, biete gern die Vermittelung seines Hofes, diese Unterhandlung ins Werk zu setzen.[1])

Solche Anreizungen und Ausstreuungen, dazu die geheimnißvollen Conferenzen in Hannover, bald das Gerücht von einer „neuen Liga," die dort mit den beiden Kaiserhöfen und Kursachsen geschlossen sei,[2]) — aus dem Reich Meldungen von einer „Union," die der Wiener Hof eingeleitet habe zur Herstellung der kaiserlichen Autorität und schärferen Handhabung der Reichsgerichte,[3]) — in Wien und Petersburg zugleich die als zuverlässig verbreitete Nachricht, daß in Ostpreußen eine Armee zusammengezogen werde, um in Curland die Wahl eines preußischen Prinzen zu erzwingen[4]) — in Wien darauf die „plötzlich sich verbreitende Rede," daß 60 000 Mann Kaiserliche nach Polen aufbrechen sollten, in der Wahl für Curland die Freiheit der polnischen Nation zu sichern, — die dort allgemeine Überzeugung, „daß ein Bruch im Norden nahe sei,"[5]) — das alles, so unklar und zum Theil widersprechend in sich es war, schien zu zeigen, daß etwas im Werke und gegen wen es gerichtet sei.

---

1) Minist. Rescr. an Chambrier, 14. Decb. auf Grund eines Berichtes des Gesandten Voß, Warschau 4. Decb. nach den Mittheilungen des französischen Ambassadeur des Issards: il me fit la confidence, mais sous le sceau d'un secret inviolable.

2) Schon Finckensteins Bericht aus Petersburg 3. Sept. 1748 vermuthet, daß eine solche im Werke sei. Und Friedrich II. darnach Potsdam 20. Sept. „er zweifle fast nicht, daß eine solche auf dem tapis sei." Klinggräffens Bericht, Hannover 17. Nov. spricht zuerst bestimmter.

3) Baron Beckers an den Minister H. v. Podewils, Mannheim 30. Oct. 1748; v. d. Hellen (während O. v. Podewils Urlaub) Wien 28. Nov. 1748.

4) Finckenstein, Petersburg 16. Nov.: Woronzow sagt ihm, qu'on débitoit que V. M. avoit quelque dessein sur la Courlande u. s. w. Und v. d. Hellen, Wien 30. October.

5) v. d. Hellen, Wien 30. Oct.: et qu'en général il y avoit une rupture à craindre; er würde es nicht melden, wenn ihm nicht der schwedische Gesandte, Graf Barck versichert hätte, que ce bruit couroit dans de bonnes maisons.

Hatte man irgend eine Handhabe gegen Preußen? oder gedachte man Combinationen herbeizuführen, die Friedrich II. zwingen sollten, aus der reservirten Haltung herauszutreten, mit der er die letzten drei Kriegsjahre hindurch seinen und des Reiches Frieden zu sichern verstanden hatte?

Allerdings hatte der Aachner Friede die „Generalpacification," die fortan unantastbare Ruhe Europas verkündet. Und auch der Wiener Hof hatte mit demselben den preußischen Besitz Schlesiens von Neuem anerkannt, aber mit Vorbehalt. Georg II. hatte auch als Kurfürst von Hannover diese europäische Garantie mit übernommen, indem er sich in der Friedensacte die Garantie für seine gesammten deutschen Lande hatte geben lassen, also Bremen und Verden, so gut wie Lauenburg, Land Hadeln und die mecklenburgischen Pfandämter mit eingeschlossen; Ostfrieslands erwähnte der Aachner Friede nicht.

Aber Rußland hatte an diesem Friedenswerk keinen Theil, und von den nordischen Dingen war in demselben nicht die Rede. Und doch waren diese, zumal seit Preußen mit Schweden seine Defensivallianz vom 29. Mai 1747 hatte, der Frankreich beigetreten war, in wachsender Spannung.

Dort war der Punkt, wo die russische Politik und der Wiener Hof durch sie und mit ihr, den Hebel ansetzen, Georg II. nachdrücken konnte.

Die schwedische Frage ist für die nächste Zeit das Problem der Diplomatie, sie zu lösen wenigstens der Vorwand, ihre Rivalitäten und Velleitäten eine erste Kraftprobe machen zu lassen.

In dem zwanzigjährigen nordischen Kriege Karls XII., der mit der glänzendsten Vertheidigung gegen frechen Angriff begann und in wüsten Abenteuern erlahmte, war die Kraft Schwedens zusammengebrochen. Mit dem blutigen Ende dieses Monarchen, nach der tumultuarischen Herstellung ständischen Regiments und der alten Reichstage hatte Schweden ohne Aussicht auf Hülfe von Frankreich in dem Frieden mit Hannover-England seine besten deutschen Provinzen geopfert, um Beistand gegen die Macht des Zaren zu gewinnen, hatte dann, von England dreimal im Stich gelassen, Liefland, Esthland, einen Theil von Finnland geopfert, um sich von Rußland den Frieden von 1721 zu erkaufen, in diesem Frieden von Nystädt sich dafür die russische Anerkennung der erneuten ständischen Verfassung, „der Regierungsform vom 2. Mai 1720," ausbedungen.

So vor Rußland geschützt, zwischen den Einflüssen Frankreichs

und Englands parteit, gedieh die schwedische „Freiheit" und mit der Ohnmacht der Krone und der Nation die oligarchische Herrlichkeit und Zügellosigkeit von „Adel und Ritterschaft," durch immer neue Beliebungen auch noch die geringen Befugnisse schmälernd, welche die Verfassung vom 2. Mai 1720 der Krone gelassen hatte, — bis endlich unter den adligen Kreisen und Cliquen diejenigen, denen die Phrasen und Intriguen der Reichstage und das armselige Stillleben der Zwischenzeiten unleidlich waren und unwürdig schienen, es über die davontrugen, denen die bequeme Ruhe und der Schutz des ja auch parlamentarischen Englands genug war, — die „Hüte" über die „Schlafmützen."

Schon durch die französische Expedition nach Danzig 1734, mehr noch durch die große antipragmatische Action, die Frankreich 1740 begann, erregt und von Frankreich mit reichlicheren Mitteln unterstützt als ihre Gegner, setzten die „Hüte" die Kriegserklärung gegen Rußland durch, das sich anschickte für Maria Theresia Partei zu nehmen. Aber der Krieg in Finnland verlief kläglich genug für Schweden; Frankreich rettete, nicht mit den Waffen, sondern durch eine Palastrevolution, die den kleinen Zaren Iwan mit seinen Ältern und Geschwistern ins Gefängniß und Peters des Großen Tochter Elisabeth auf den Thron brachte. Den Verlegenheiten ihres Anfangs dankte Schweden mit dem billigen Frieden von Abo, den sie gewährte, die Aenderung der Verfassung wenigstens in einem bedeutsamen Punkte.

Das Verhängnißvollste für Schweden war, daß es 1720 ein Wahlreich geworden war. Jene Änderung stellte das Erbrecht der Krone wieder her.

Vom Hause der Wasa war nur noch Ein Nachkomme in weiblicher Linie vorhanden, der junge Herzog von Holstein-Gottorp, der Enkel von Karls XII. älterer Schwester, statt deren man 1719 die jüngere Schwester und deren Gemahl den Landgrafen Friedrich von Hessen-Cassel zum Throne berufen hatte.

Derselbe junge Herzog von Holstein-Gottorp war außer der Zarin Elisabeth der einzige noch vorhandene Sproß vom Blute Peters des Großen, der Sohn seiner ältern Tochter. Diesen ihren Neffen ernannte Elisabeth zu ihrem Thronfolger in Rußland; in Schweden wurde nach ihrem ausdrücklichen Wunsche statt seiner, des nächstberechtigten, ein unberechtigter, der ihm nächstverwandte Gottorper, Adolph Friedrich von Lübeck „und dessen Descendenz" zur Thronfolge berufen.

Nicht minder in Folge ihres Wunsches war es, daß sich der schwedische

Thronfolger mit Friedrichs II. Schwester Ulrike vermählte; und für den Großfürsten-Thronfolger wählte sie nach Friedrichs II. Empfehlung die Tochter des Fürsten von Anhalt-Zerbst zur Gemahlin. Eine Defensivallianz, so war ihr Wille, sollte Rußland, Preußen, Schweden noch inniger und für immer verbinden. Ihr lag daran das gottorpische Holstein ihres Thronfolgers gegen die Ränke Dänemarks zu schützen, das gottorpische Schleswig, das Dänemark 1719 an sich gerissen hatte, dem Hause Holstein wieder zu gewinnen.

Wie völlig war das alles gegen die russische Politik, wie der Canzler Bestushew sie verstand; ihm galt es als der Beruf und das Recht Rußlands wie über Polen, so über Scandinavien zu dominiren und demnächst auch über Deutschland die schützende Hand zu halten.

Die Republik Polen stand seit den Tagen Peters des Großen, den man dort als den „Hort der Freiheit" begrüßt hatte, in offenkundiger Dependenz von Rußland, in gesteigerter, seit 1733 durch russische Waffen an des schon gewählten Stanislaus Stelle August III. von Sachsen eingesetzt, Danzig, wo Stanislaus und sein Anhang auf französische Hülfe harrend sich hielt, erobert worden war. Nicht bloß in Polen war August III. Rußlands Creatur; auch als Kurfürst hatte er sich vertragsmäßig verpflichtet in allen seinen politischen Beziehungen sich der Gutheißung Rußlands zu unterordnen.

Und Schweden hatte seit jener Kriegserklärung von 1740 keinen Anspruch auf weitere Rücksicht; je tiefer man es demüthigte, desto sicherer war man des Dankes von Dänemark, das mit Ergebenheit und Dienstbeflissenheit gegen Rußland, Schleswig sich zu sichern, Holstein zu gewinnen hoffen durfte. Beide, die beschränkteste Monarchie und die absoluteste, die der lex regia, waren dann zu Polen-Sachsen vor den russischen Karren gespannt.

Diese ächte russische Politik sah Bestushew mit der Thronrevolution, die an des kleinen Zaren Iwan Stelle Elisabeth erhob und die Verbindung mit Östreich zerriß, über den Haufen gestürzt; kaum daß er selbst durchschlüpfte. Und die holsteinischen Velleitäten der neuen Zarin, ihre Dankbarkeit und Zärtlichkeit für den französischen Ambassadeur Marquis Chetardie, der die Revolution gemacht hatte, bald ihre Anlehnung an die preußische Politik drohte alles und für immer zu verderben. Bestushew krümmte und wand sich; daß niemand da war, die Geschäfte, die ihm oblagen, weiterzuführen, hielt ihn über Wasser; höchst behutsam, schleichend zuerst, bald mit wachsendem Einfluß über

die lässig leichtfertige Zarin, mit rücksichtslosem Haß gegen das Haus Holstein und wachsender Erbitterung gegen Preußen, die ihm Georg II. reichlich bezahlte, von Maria Theresia bald durch einen ihrer dreistesten Diplomaten, den General Pretlack, unterstützt, verfolgte er seine Ziele. Mit dem Petersburger Vertrage vom 22. Mai 1746, der „Defensivallianz" beider Kaiserhöfe, war die Bahn geöffnet.

Der Friede, den die Zarin 1743 den Schweden gewährte, hatte an ihren ständischen Freiheiten nichts geändert. Daß der Prinz-Thronfolger der Zarin seine Erhebung dankte, sollte nach Bestushews Sinn eine zweite Fessel werden zu jener der ständischen Freiheit und der Regierungsform von 1720. Wie von selbst wurde die von England bezahlte Partei die russische. Die Art, wie nach des Canzlers Weisungen General Lubras, der Baron Korff, dann der Kammerherr Panin als russische Gesandte in Stockholm auftraten, in die Thätigkeit des Senats, des Reichstags, in die intimsten Verhältnisse des Hofes, oft in empörendsten Formen sich einmischten, den Prinzen-Thronfolger mit der Ungnade der Kaiserin bedrohten, schon von der Möglichkeit einer anderen Thronfolge sprachen und sprechen ließen, — dazu die Intriguen und Geldspenden, mit denen Guy Dickens in Stockholm für diese Tendenzen Rußlands eintrat, dazu die Rüstungen Dänemarks, wo, wie der Proceß Blackwell zeigte, schon auf die „Dismembrirung" der Krone Schweden speculirt wurde: — wenn es noch Patrioten in Schweden gab, so war es Zeit, daß sie es bewährten.

Es ist früher dargelegt worden, wie langsam, nach mehr als zweijährigem Zögern, nur auf die Zusage erhöhter französischer Subsidien der Senat, dann der Reichstag zu dem Entschluß kam, mit Preußen jene Defensivallianz vom 29. Mai 1747 zu schließen. Es war nicht eine preußische, es war die französische Partei, die es dahin brachte. Kein Zweifel, daß in diesen Kreisen auch von der Herstellung der Souveränität der Krone, wenigstens von Erweiterung der königlichen Rechte gesprochen wurde, man war gewiß, sich damit bei dem jungen Hofe zu empfehlen. Wie weit diese Politiker — Aristokraten so gut wie ihre Gegner — Ernst damit zu machen, wie viel von ihren „Freiheiten" sie zu opfern gedachten, ist nicht zu sagen; wohl aber, daß die Führer dieser Partei, vor allen der geistvolle und vielgewandte Graf Tessin[1]) nicht

1) Friedrich II. an Chambrier 21. Jan. in Betreff Tessins: que le projet d'un changement de la forme du gouvernement en Suède en cas de mort du roi de Suède étoit proprement son ouvrage.

sowohl in der inneren Verwaltung und Fürsorge, als in großen politischen Conceptionen, in dreistem Eingreifen in die europäische Politik ihre Aufgabe suchten, für die ihnen die Allianz mit Preußen als Relief für Schweden sehr gelegen kam.

Nur zu gern scheint die Prinzessin Ulrike so „großen Ideen" ihr Ohr geliehen zu haben, während ihr Gemahl Soldat genug war, um zu erkennen, was vor allem Noth sei. Die Zuschriften Friedrichs II. mahnten immerfort zur Vorsicht und Maaßhaltung, zu dem rücksichtsvollsten persönlichen Verhalten gegen die Zarin.[1]) Auch er erwartete, daß mit dem Tode des alten, apathischen Königs die festere Hand des Nachfolgers von selbst „eine gewisse Souveränität" herstellen werde.[2]) Es war schon etwas, daß dieser häufig die Milizregimenter inspicirte, daß er 1747 den russischen Demonstrationen gegenüber in Finnland die Aufstellung von 9000 Mann veranlaßte. Daß im Frühjahr 1748, als die 37 000 Mann Russen nach Deutschland in Marsch waren, der alte König von einem Schlaganfall betroffen wurde, dem nach vierzehn Tagen ein zweiter folgte, schien den Thronwechsel zu günstigster Zeit in nahe Aussicht zu stellen.

Nicht bloß um seiner Schwester Willen hatte Friedrich II. die schwedische Allianz gesucht; sie war ihm nutzlos und nur zur Last, wenn sie der schwedischen Nation nicht den Muth gab sich der „servilischen Dependenz" zu entziehen, in der Rußland sie halten wollte. Im tiefsten Geheimniß ließ er seiner Schwester und ihrem Gemahl ein Schreiben Finckensteins aus Petersburg mittheilen, der die Prinzessin nach Schweden geleitet hatte und die Verhältnisse dort genau kannte, eine Erörterung der Schritte, die für den nun nahen Thronwechsel vorbereitet werden müßten: wenn bei dem außerordentlichen Reichstage, der 70 Tage nach dem Tode des Königs zusammentreten müsse, die

1) Friedrich II. an Rohd in Stockholm 11. Jan. 1748: au reste vous ne discontinuerez pas à faire tout ce qui dépendra de vous pour inspirer de la modération aux Suédois, afin que les agaceries fréquentes des Russes ne répandent pas d'aigreur sur les esprits et ne les poussent pas à bout, pour en venir à une rupture u. s. w.

2) Schon 25. April 1746 hat Eichel nach Äußerungen Friedrich II. (zur Antwort an Finckenstein in Stockholm) in Betreff der holsteinschen Frage aufgezeichnet: „Der Fall werde nicht eintreten, bevor der Prinz den schwedischen Thron bestiegen; es werde sodann darauf ankommen, ob er zu einer gewissen Souveränität gelangen könne und ob Schweden dann mit Preußen alliirt wäre". Die Ausfertigung (Corr. V. p. 71) verwischte mit dem Ausdruck: si alors il pouvoit se rendre souverain en Suède die Vorsicht des Königs.

nöthigen Änderungen rasch beschlossen und eingeführt würden, so habe Rußland nicht die Macht es ungeschehen zu machen.[1]) Die Prinzessin darauf: „jemand empfehle ihr bis zum regelmäßigen Reichstage, der 1751 zusammentreten werde, zu warten, was ihr nicht gerathen scheine; sie bitte den König um eine Skizze für die nächsten Schritte, wenn der Fall eintrete".[2]) Mit allem Vorbehalt, da er die Verhältnisse doch nicht hinlänglich kenne, empfahl er, zunächst nur dahin zu wirken, daß Reichsrath und Stände dem Thronfolger die volle Leitung der Armee übertrügen, in Übrigen so wenig Ambition wie möglich zu zeigen[3]); „nichts könne günstiger für sie sein als wenn der Thronwechsel eintrete, während die russische Feldarmee im Reich stehe; was an Truppen in Liefland und gegen Finnland sei, bedeute nicht viel, noch weniger die Flotte, die sich fertig mache; Rußland müsse darauf verzichten die Absicht des Wiener Hofes zu unterstützen, wenn es sich mit Erfolg gegen Schweden wenden wolle; und wenn es nach beiden Seiten zugleich zu operiren gedächte, werde es auf beiden zu kurz kommen".

Die Prinzessin war hocherregt, voll Zuversicht des Gelingens, „der Prinz ist schon Generalissimus der Armee; so wie der König todt ist, muß man nicht weiter zögern".[4])

Aber der alte König starb nicht; er siechte elend weiter. Schon waren die Präliminarien in Aachen geschlossen; seit dem Juli gewann die Friedenshandlung immer festeren Gang. Daß ihr zur Seite in Hannover, seit Georg II. dorthin gekommen war, geheimnißvolle Conferenzen gehalten wurden, an denen die Gesandten der beiden Kaiser-

1) Friedrich II. an Rohd 7. Mai: ... de s'arranger de sorte sans que toutefois il n'y paroit le moins du monde, pour qu'au cas de besoin elle eût toutes ses batteries prêtes à faire tout d'un coup ce qu'elle jugeroit le plus convenable à ses intérêts. Finckensteins Schreiben ist datirt Petersburg 20. April.

2) Rohd Stockholm 7. Juni/27. Mai: c'est pourquoi Mad. la Princesse m'a chargé à demander V. M. un canevas de la forme, qu'Elle jugeroit plus convenable et des mesures qu'il y auroit à prendre pour cela. Auch der französische Ambassadeur scheine zu meinen: que l'état de la Suède demandoit que la forme du gouvernement changeât.

3) Friedrich II. an Rohd Potsdam 22. Juni: . . . mon sentiment est que du commencement le Prince-Successeur s'en contente . . en attendant il me paroissoit que tant moins elle (der Prinzessin) témoigneroit de l'ambition, elle n'en feroit que mieux et réussiroit d'autant plus facilement par là à endormir ses voisins.

4) Rohd 21. Jun./1. Juli. Die Prinzessin sage, der Prinz-Thronfolger als actuellement généralissime avoit déjà un pied de pouvoir, qui avec le temps et quand le Roi venoit à mourir le mettroit à même d'en acquérir davantage.

2*

höfe, Titley im Auftrage des dänischen Hofes, Guy Dickens, der sich in Stockholm unmöglich gemacht hatte, Theil nahmen, bedeutete für Schweden nichts Gutes.

Noch war in Stockholm nichts geschehen, was dem russischen Hofe den Vorwand zu weiteren Schritten hätte geben können; und in immer neuen Wendungen mahnte Friedrich II., nicht zu thun, was Bestushew erwarte und wünsche: „Rußland wird nichts unternehmen, wenn man nicht in der Verfassung ändert".

Wie hätte die junge Prinzessin auf Hoffnungen, deren Erfüllung so nahe geschienen, verzichten sollen? „Jeder Schwede, den man unter vier Augen spricht", schreibt Rohd am 17. September, „bekennt, daß es mit dieser Verfassung nicht weiter geht, die allgemeine Liebe zum Prinzen und sein besonnenes Benehmen giebt allen Zuversicht". Immerhin, „aber selbst wenn der König stürbe", erwiederte Friedrich II., „bevor die Russen aus Deutschland zurück sind, würde Rußland mit Dänemark vereint stark genug sein, die Drohungen Bestushews zu erfüllen; und wenn der Prinz-Thronfolger ein zweiter Alexander wäre, es würde ihm absolut unmöglich sein, in Zeit von drei Monaten die Armee zu verdoppeln, die Festungen in Stand zu setzen, die Flotte herzustellen".

Der Friede in Aachen war unterzeichnet; der junge Hof — die Prinzessin hatte zur Freude der Nation eben jetzt einen zweiten Sohn geboren — durfte nicht weiter an Pläne denken, die schon von den Russenfreunden im Lande benutzt wurden, um in immer ärgeren Übertreibungen Aufregung und Erschütterung zu verbreiten.[1]) Man werde, meldet Rohd, wenn der Fall eintrete, sich darauf beschränken „den Reichstag einfach zur Krönung zu berufen, nach Upsala, wo schon der beschränkte Raum längeren Aufenthalt unmöglich mache". Der Thronfolger wollte, wie ihm Friedrich II. empfohlen hatte, dann sein Erstes sein lassen, der Zarin durch einen persönlich von ihm gesandten Bevollmächtigten den Thronwechsel anzuzeigen, seine treue Ergebenheit zu versichern und um ihre fernere Huld zu bitten.[2])

In anderer Richtung bewegten sich Tessins Gedanken. Er theilte Rohd mit, daß er höchst bedrohliche Nachrichten aus Copenhagen habe,

---

1) Prinzeß Ulrike an Friedrich II. 22. Oct.: . . . sous le prétexte de la crainte de perdre leur liberté imaginaire, et qui débitent par cette raison dedans et dehors du pays des faussetés, qui ne peuvent tourner, à la fin, qu'à leur perte et à celle du royaume.

2) Friedrich II. an Rohd 22. Oct. 9. Dec.; Rohds Bericht vom 15./26. Nov. 1748.

daß Krieg zugleich gegen Preußen und Schweden beabsichtigt werde, daß er einen Generalcongreß aller Mächte, die bei der Ruhe Europas betheiligt seien, in Antrag bringen werde.[1] Er fügte hinzu, daß er den Antrag darauf bereits nach Paris gesandt habe. Nach Friedrichs II. Ansicht der unsinnigste Schritt, den man habe thun können, da niemand, so lange noch der alte König am Leben sei, Schweden angreifen werde, am wenigsten jetzt in der Winterzeit; es sei ihm unbegreiflich, wie man mit solchem Ersuchen an Frankreich seine Schwäche vor den Augen der ganzen Welt enthüllen könne, während man vor allem nicht die geringste Unruhe hätte zeigen müssen; am meisten bedaure er, daß Graf Tessin in seinem Verfahren so wenig Festigkeit des Gedankens zeige, von unüberlegter Kühnheit zum Übermaaß der Furchtsamkeit überspringe.

Mehr Entgegenkommen für Tessins Antrag fand Baron Scheffer in Versailles und gern übernahm es St. Severin, der noch in Aachen verweilte, mit Lord Sandwich zu sprechen. Dessen Antwort war: ein Congreß sei nutzlos, da die in dem Friedenswerk nicht erledigten Fragen von geringer Bedeutung seien und zwischen den Parteien von Hof zu Hof erledigt werden könnten. Auf St. Severins Einwendung, daß die Dinge im Norden doch sehr bedenklich ständen, ja leicht zu einem Kriege führen könnten, erwiderte Sandwich: die Schweden machten sich Phantome, Rußland so wenig wie Dänemark denke daran, Schweden anzugreifen; England wisse durch seine Verbindung mit beiden Höfen genug, um das sagen zu können; wenn man Schritte thun wolle Pläne zu hindern, die nicht vorhanden seien, so könnten daraus größere Übel entstehen als die, welche man vermeiden wolle.[2]

Das freilich klang nicht sehr tröstlich. Scheffers Meinung war, daß England den Congreß nicht wolle, weil es seinen Vortheil dabei finde, die Dinge im Norden in ihrem zweideutigen Zustande zu lassen, um sich gegebenen Falls, je nach den Umständen den Schweden nützlich oder gefährlich zu machen. Schon griff Tessins Hastigkeit nach anderen und anderen Seiten aus. Er ließ durch Celsing, den schwedischen Gesandten, bei der Pforte Anknüpfungen mit Preußen, etwa in

1) Rohd, 15./4. Oct.; darauf Rescript an Rohd, Potsdam 29. Oct. Daß die Kronprinzessin den Vorschlag nicht völlig billigt, scheint ihr undatirtes Schreiben an Friedrich II. von Anfang Nov. zu zeigen.

2) Chambrier, Paris 15. und 25. Nov.

der Form eines Handelsvertrages, empfehlen. Er sandte nach Wien die Meldung, daß Schweden den lebhaftesten Wunsch hege, mit dem kaiserlichen Hofe die früheren vertrauten Verbindungen herzustellen. Er richtete an den dänischen Hof die officielle Anfrage über den Zweck der dortigen Kriegsrüstungen und empfing eine nichtssagende Antwort,[1]) in nicht minder herablassendem Ton wie die des Wiener Hofes war. Er hatte Panin von der Anfrage, die er in Copenhagen gestellt, vertraulich unterrichtet, ihm sein Memoire zu lesen gegeben, nicht etwa weil er am Petersburger Hofe eine für Schweden erwünschte Veränderung nahe wußte, sondern obschon die ungünstigsten Entschlüsse dort bereits gefaßt waren.

Daß die russische Politik von beiläufigen Motiven und höchst persönlichen Interessen beherrscht zu werden schien, machte ihr Treiben um so unheimlicher und ihre Wege unberechenbar. Unerhört mit welcher Schmiegsamkeit und Dreistigkeit, mit welcher Hypokrisie der Großcanzler seine Macht zu steigern verstanden hatte und zu misbrauchen wagen durfte. Sie schien auf ihrem Gipfel, seit er seinen Sohn mit der angeblichen Nichte Rasumowskys, die für eine Tochter der Zarin galt, vermählt, seit er, mit dem jetzt noch höher begünstigten General von Pretlack ein Herz und eine Seele, die Bande zärtlichster Freundschaft zwischen den beiden Kaiserinnen geknüpft, seit er mit eifriger Unterstützung des Wiener Hofes Subsidienverträge mit den Seemächten geschlossen hatte, die der stets durstigen Casse der Zarin äußerst wohlthuend kamen, — jene Verträge, Kraft deren Anfangs 1748 das russische Auxiliarcorps nach Deutschland marschirt war, vor dem Frankreich zitterte und deren Erfolgen voraus die eitle Zarin sich sagte und sagen ließ, daß die Welt in ihr die Beschützerin der gerechten Sache und die Herstellerin des europäischen Friedens bewundere. Schon war sie gewohnt den bewährten Händen des Großcanzlers so gut wie Alles zu überlassen. Wohl blieb der Vicecanzler Graf Woronzow nach wie vor in ihrer Gnade, aber er war schüchtern, ohne Schärfe, bequem, erfuhr von den großen Geschäften der Canzlei wenig oder nichts. Auch Graf Lestocq, an dem Elisabeth in den trüben Jahren vor ihrer

---

1) Rohd, 27./15. Dec. 1748 ... que S. M. Danoise se propose d'entretenir la bonne amitié avec la Suède et qu' Elle étoit bien portée de punir ceux dont celle-ci se plaignoit dans son mémoire und möge man gefälligst nähere Angaben darüber einreichen.

Erhebung ihre treueste, ja einzige Stütze gehabt hatte, Bestushews „unerschrockener“ Gegner, wurde noch empfangen, auch wohl noch gehört, aber es hatte keine Wirkung mehr. Die Clique des Großcanzlers war allmächtig, wuchs mit seinen Erfolgen.

Freilich schon auf dem Marsch durch Polen im Frühjahr 1748 hatte das Auxiliarcorps durch schlechte Führung und mangelnde Fürsorge, durch Desertion und Krankheit übergroße Verluste erlitten.[1]) Das hatte nicht Bestushew auf seine Rechnung zu nehmen, noch weniger, daß die Präliminarien in Aachen geschlossen waren, ehe das Corps Mähren erreichte. Aber wie weit es von den Präliminarien bis zum Frieden sei, wurde mit jeder Woche sichtbarer; und daß in aller Heimlichkeit mit dem lebhaftesten Eifer England und Östreich um den ersten Abschluß mit Frankreich buhlten und Frankreich beide hoffen ließ, drohte die bisherige Coalition der antibourbonischen Mächte zu sprengen, wenn nicht ein Punkt des gemeinsamen Interesses für Östreich und England gefunden wurde, sie wieder fest zu einigen.

Es mag gestattet sein hier eines Punktes zu erwähnen, von dem Friedrich II. vorerst nichts erfuhr.

Mochte man sich in Dresden mit der Hoffnung schmeicheln die Polen für die demnächstige Wahl eines sächsischen Prinzen zu gewinnen, und mochte die rührige Partei der Czartoryski auf solche Wünsche einzugehen scheinen, um ihre Reformpläne einzuleiten, die der Wahl den Weg bahnen sollten, — am russischen Hofe vergaß man dem König August nicht, daß er dem Dauphin seine Tochter vermählt hatte, und den Czartoryski konnte Rußland mehr nützen als der schwache und halbbanquerotte Dresdner Hof. Die Zarin selbst kam dem Freiherrn von Pretlack bei seiner Abreise (14. Juni) mit dem Erbieten entgegen, die nächste Wahl in Polen auf den Prinzen Karl von Lothringen zu lenken.[2])

1) Finckenstein, Petersburg 23. Juli 1748: er habe Woronzow davon in Kenntniß gesetzt, der zucke die Achseln: le malheur est qu'il est fort bas depuis quelque temps et que son antagoniste a pris tellement le dessus, qu'il fait accorder l'Impératrice tout ce qu'il veut; sie erfährt von ihrem Corps nichts als was ihr Bestushew zukommen lassen will, so bleibe sie dans l'erreur d'avoir la plus belle chose du monde.

2) Beer Aufzeichnungen des Grafen Bentinck p. CII. Von diesem Plan meldet O. Podewils, Wien 14. Dec. 1748 mit der Vermuthung, qu'on m'en ait fait donner l'avis tout exprès pour inquiéter V. M. Er hielt ihn für erdichtet. Chambrier, Paris 6. Dec. meldet, daß Puysieulx ihm als Plan der Czartoryski bezeichnet habe, bei nächster Erledigung des polnischen Thrones Karl von Lothringen zu wählen.

Ein Erbieten, für das ohne Zweifel Gegendienste in Anspruch genommen wurden. Rußland hatte die schwedische Frage schon 1747, als der Proceß Blackwell in Gange war und Guy Dickens weit über die Befugniß eines Gesandten hinaus für die in die Klage verwickelten Freunde Rußlands eintrat, vor die Hand nehmen wollen. Die Frage war seit den Schlaganfällen des alten Königs dringender geworden; Dänemarks gewiß, konnte man sich trotz der nach Deutschland gesandten Armee der armseligen schwedischen Kriegsmacht überlegen glauben. Der Moment schien gekommen, zugleich mit der holsteinischen Thronfolge in Schweden den Einfluß Preußens im Norden zu beseitigen, die Dinge dort in solcher Art zu ordnen, wie es den persönlichen Wünschen Georgs II. entsprach, dem Wiener Hof zur Wiedereroberung Schlesiens Gelegenheit zu schaffen.

Der Plan Bestushews, den Pretlack bei seiner Abreise (14. Juni 1748) in Wien vorzulegen übernahm, war: „Schweden in der Geschwindigkeit ohne viel Warnen zu überfallen"; es wurde als unzweifelhaft vorausgesetzt, „daß England an solchem Kriege gegen Schweden direkten Antheil nehmen werde";[1]) es verstand sich von selbst, daß Preußen kraft seiner schwedischen Allianz von 1747 sofort gegen Rußland den Degen ziehen müsse; und dann hatte Maria Theresia nach den Geheimartikeln der Petersburger Allianz von 1746 das Recht und die Pflicht für Rußland einzutreten und in Verbindung mit den russischen Truppen im Reich in Schlesien einzubrechen.

Und noch mehr: immer hatte General Pretlack, wie Maria Theresia ihn angewiesen, für die „unglückliche Familie" zu wirken gesucht, nichts versäumt, die Aussichten des jungen Hofes zu untergraben, die Zarin gegen den Großfürsten-Thronfolger zu verbittern, für den kleinen Iwan ihr Interesse zu erwecken. In derselben Richtung gingen des Großcanzlers Gedanken, so behutsam er auch nach den schlimmen Erlebnissen der Freunde Bottas im Sommer 1743 in dieser Frage sein mußte.

In Berlin hatte man von allen diesen Heimlichkeiten keine Ahnung. Aber wie dem Canzler der Kamm schwoll, ersah man aus dem, was Finckenstein aus Petersburg berichtete (2. Aug.); „die Schwäche Frank-

1) In der aus den Auszügen bei Arneth IV. p. 273 und der ausführlichen Analyse bei Beer, Bentinck XXXVIII ff. bekannten Denkschrift des Grafen Kaunitz vom 24. März 1749 wird wiederholt dieser Plan berührt, so p. XLV: „Bestushew in seinem früheren von Pretlack mitgetheilten vorjährigen Plan".

reichs" und daß man es „brüsquiren" müsse, war jetzt des Groß- canzlers Parole. Wenn auch keineswegs für Pretlack — am wenigsten der Zarin — Graf Bernes Ersatz bot: er kam unmittelbar von Berlin, hatte dort Dinge genug gesehen oder doch gerüchtweise gehört, war gern bereit, sich als Canal dorthin nützlich zu machen. Die Zarin wollte auf längere Zeit nach Moskau übersiedeln, um dort — so flüsterte man — ihren alten Liebhaber Rasumowsky sich zur linken Hand an- trauen zu lassen oder zu verkündigen, daß es schon früher geschehen sei.[1]) Bestushew hätte lieber gesehen, wenn seine Herrin in Peters- burg blieb. Er ließ durch Bernes die östreichische Gesandtschaft in Berlin, ähnlich wie im vorigen Jahre zu gleichem Zweck durch Pretlack geschehen war, ersuchen, den Grafen Keyserlingk zu möglichst allarmiren- den Berichten über die preußischen Rüstungen zu veranlassen.[2])

Zugleich hinterbrachte der Canzler der Zarin Dinge, welche zu einer äußerst heftigen Scene mit dem jungen Hofe, zu den verletzend- sten Ausdrücken gegen die Großfürstin führten.[3]) Wieder wurde der Name Iwans im Publicum genannt, man glaubte, daß für Schweden und für Rußland zugleich eine Aenderung der Thronfolge in Absicht sei. Und daß dem Großfürsten-Thronfolger bedeutende Summen zu holsteinischen Zahlungen vorgeschossen waren, schien darauf hinzuweisen, daß man damit ähnliche Ansprüche zu begründen dachte, wie die, welche in dem Herzogthum Curland so gute Früchte trugen.

Im Hochsommer 1748 schien die russische Politik im stolzesten Zuge. Schon plante Bestushew, daß auf dem nächsten polnischen Reichs- tag — der Hof war bereits in Warschau — Einleitungen zur künf-

---

1) Finckenstein, Petersburg 17. Aug. 1748. Schon 23. Juli schreibt ihm Fried- rich II.: je suis dans l'idée qu'il ne nous sauroit arriver rien meilleur présente- ment que le voyage de l'Impératrice à Moscou; il seroit fort à propos pour cela qu'on tâchoit de disposer le plus adroitement possible le Comte Rasumowsky, pour qu'il pressât ce voyage-ci et insistât fort et ferme.

2) Pr. Pol. V. 3, 321. Diese jetzt erneute Bestellung von Lügen meldet Fried- rich II. an Finckenstein, 27. Aug. auf Grund des Schreibens von Bernes an den Leg.-Secretär Leopold v. Weingarten, auch daß Keyserlingk dem auf das Redlichste nachgekommen sei, seinen letzten Bericht an die Zarin dem Weingarten vorgelegt habe; qui avoit été dressé entièrement dans le goût du Chancelier, qu'il lui avoit outre cela donné les plus positives assurances qu'il ne cesseroitpoint de con- tinuer sur le même ton dans les rapports, qu'il faisoit chaque semaine à sa cour.

3) Finckenstein, 27. Aug. erwähnt ausdrücklich den Vorgang mit der Großfürstin que l'Impératrice doit avoir fait maltraiter en paroles au point qu'elle en a versé des larmes pendant une journée entière.

tigen Wahl des Lothringers getroffen, russische und östreichische Truppen bereit gehalten werden sollten, „die Zustimmung der Republik mit Waffengewalt zu erzwingen". [1])

Aber Ausgangs August — noch war in Aachen Alles in der Schwebe — begannen Wendungen, die für Bestushew bedenklich waren. Der Plan, den er mit Pretlack verabredet, war in Wien, wenn auch in möglichst begütigenden Formen, abgelehnt worden.[2]) Noch üblere Nachrichten kamen aus Böhmen; nicht bloß daß die russische Armee, die bereits das Mainthal hinabmarschirte, aus Aachen Weisung erhalten hatte, Halt zu machen: die Seemächte hatten auf Frankreichs Forderung sich verpflichtet den Rückmarsch dieses Corps anzuordnen, ja sie verlangten — denn ihre Zahlungen endeten erst mit dem beendeten Rückmarsch —, daß derselbe sofort, ohne Winterrast, angetreten werde.

Wie wenn des Großcanzlers Gegner diese Niederlagen, die seine Politik trafen, benutzten, der Zarin die Augen zu öffnen? Sein Spiel war verloren, wenn er es nicht desto verwegner fortsetzte.

Es folgten sehr erregte Conseilsitzungen; die Zarin — so erfuhr Finckenstein von Lestocq [3]) — war außer sich über die Seemächte, ihre Zumuthung an dies russische Corps, ihre beabsichtigte Kürzung der Subsidien; sie sprach öffentlich, auch zu des Canzlers Gegnern davon, sie forderte, daß die Unmöglichkeit, die Truppen im Winter marschiren zu lassen, geltend gemacht werde. Der Wiener Hof, fügt Finckenstein hinzu, habe bei Zeiten vorgesorgt, Graf Bernes habe nach einem bereits ihm zugekommenen Rescript erklären können: die Kaiserin-Königin werde sich ein Vergnügen daraus machen, dem russischen Corps Winterquartiere in Böhmen zu geben, und wenn es den dabei betheiligten Mächten genehm sei, sofort die nöthigen Veranstaltungen dort treffen zu lassen. Worauf die Gesandten der beiden Seemächte in Petersburg vorerst den langsameren Rückmarsch zugestanden. Die häufigen Conferenzen derselben mit dem Großcanzler deutete Finckenstein in seinen nächsten Berichten (17, 24. Sept.) auf eben diese Dinge.

---

1) Bernes' Depesche vom 23. Oct. 1748 nach Beer, Bentink p. CIII.

2) Nach einhelligem Beschluß einer Conferenz sämmtlicher Conferenzminister, darauf Rescript an Graf Bernes 5. Aug. 1748, das Nähere bei Beer p. CV.

3) Finckenstein, Petersburg 10. Sept. 1748: elle a effectivement été outrée de la proposition des puissances maritimes qui ne consultoient que leurs intérêts dans la négociation avec la France et qui s'embarrassoient fort peu de leurs alliés.

Friedrich II. wußte, als er sie empfing, bereits mehr; nicht bloß, daß die Seemächte an St. Severin die ausdrückliche Erklärung gegeben hatten, das russische Corps werde, so lange es in ihrem Solde sei, nicht gegen Frankreich und dessen Verbündete agiren und ihr Engagement mit Rußland nicht länger als ein Jahr dauern,[1]) — er erfuhr zugleich „aus sichrer Quelle", daß in jenen Conseilsitzungen ein Memoire beschlossen sei, das Namens der Zarin von den Seemächten forderte: nicht länger wegen ihrer Zahlung der 100 000 Pfd. Sterl. an den Wiener Hof, die in dem Subsidientractat mit Rußland ausbedungen sei, Schwierigkeiten zu machen, — und weiter von ihnen forderte: nicht für sich und ohne die Kaiserin-Königin mit Frankreich einen Frieden einzugehen, auch derselben in dem allgemeinen Frieden einige Erwerbungen auszuwirken, auch daß dem alten System des Einvernehmens zwischen dem Wiener Hofe und den Seemächten und damit dem Gleichgewicht von Europa die fernere Erhaltung gesichert werde.[2])

Stolze Worte, die der Eitelkeit der Zarin wohl schmeicheln mochten. Auch der Welt draußen mußte gezeigt werden, daß Rußland richtauf sei; und Schweden bot Anlaß vollauf mit einem Gewaltact wenigstens zu drohen. Finckenstein meldete: daß man in Petersburg von Allem, was in Schweden beabsichtigt werde, unterrichtet sei, daß von nichts Anderem gesprochen werde, daß 18 Kriegsschiffe in Kronstadt zum Aussegeln bereit lägen, daß 1000 Mann Kosaken und zwei Regimenter Dragoner durchmarschirt seien, daß 30 000 Mann Ersatz für die ins Reich marschirten Truppen nach Liefland gezogen würden, daß man in Dänemark mit bestem Erfolg gearbeitet habe, daß eine drohende Erklärung der Zarin gegen jede Verfassungsänderung in Schweden zu erwarten sei.[3])

Zugleich schienen die Dinge in Polen den glänzendsten Erfolg zu

---

1) Friedrich II. an Finckenstein, 5. Oct.: que leurs engagements avec la Russie ne dureroient qu'une année. Es sind die Verträge vom 30. Nov. und 20. Dec. 1747. Pr. Pol. V. 3. p. 402.

2) Friedrich II. an Finckenstein, 19. Oct. in Antwort auf dessen Bericht vom 1. Oct.

3) Finckenstein, 3. Sept., 1. Oct., 19. Oct. Heusinger berichtet aus Copenhagen 14. Sept. von Korffs lebhaften Verhandlungen mit dem Minister Schulin und von dem frühern schwedischen General Gruner, l'un des anciens boute-feux des derniers troubles en Suède, jetzt Commandant der dänischen Festung Kronenburg und noch mit allen Umtrieben seiner Partei in Schweden in Zusammenhang.

versprechen. Es waren bei den Wahlen zum Reichstage, der zum 1. Sept. zusammentrat, Geld und Gnaden in Fülle verwandt, die Gemüther zu gewinnen; er ließ sich vortrefflich an, die Debatten verliefen ruhig, über mehr Artikel als auf irgend einem Reichstage seit 20 Jahren wurden Beschlüsse erzielt. Der Hof war der Zuversicht endlich einmal zu einem Reichstagsabschied zu gelangen; die Czartoryski glaubten sich des Sieges gewiß; es waren bereits die Punkte festgestellt, die man in den Abschied nachträglich mit einfließen und damit zum Gesetz zu machen gedachte, darunter: ewige Allianz der Republik mit Rußland und Östreich, mit Feststellung der gegenseitigen Truppenhilfe; eine Gesandtschaft an die hohe Pforte, um sie zu gewinnen oder wenigstens zur Inactivität gegen Polen zu bestimmen; Genehmigung der Republik, daß der König in der Zeit bis zum nächsten Reichstage das Landaufgebot einberufen könne, ja für gewisse Dinge Aufhebung des liberum veto. [1])

Alle Hoffnung zerrann; am 9. Nov. erlosch dieser Reichstag wie die früheren.

Um dieselbe Zeit war in Petersburg die Nachricht, daß in Aachen der Friede geschlossen sei ohne Östreich, ohne Einschließung Rußlands.

Das waren harte Bissen für den Großcanzler. Dazu zeigte sich in den Garden eine höchst bedenkliche Stimmung: „fänden sie einen Führer, so könnten folgereiche Ereignisse eintreten" schreibt Finckenstein 1. Oct.; und später: „für das Befinden des Schwedenkönigs sind die Stimmungen des Canzlers wie ein Thermometer, sie steigen oder sinken, je nachdem die Nachrichten von dessen Siechthum lauten. Und am 22.: „die Dinge hier sind zum äußersten gekommen, man könnte wohl Gewinn davon ziehen". Er äußert gegen Lestocq: man solle doch gelegentlich der Kaiserin bemerklich machen, daß dieß in drei Jahren der zweite Friedensschluß sei, an dem Rußland, Dank der Fürsorge seines ersten Ministers, keinerlei Antheil gehabt habe, während bei beiden die Kaiserin mit höchstem Ruhm hätte erscheinen können, wenn der Canzler nicht alles verdorben hätte. [2])

---

1) Bericht von J. E. v. Voß, Warschau 16. Nov. Der König darauf nach Eichels Aufzeichnung „ich finde solche allerdings sehr verfänglich" (exp. 26. Nov.).

2) Finckenstein, 2. Nov. über Bestushew qui a été outré dès le premier moment de la paix et c'est encore aujourd'hui de la manière dont les puiss. marit. u. s. w. er ist persuadé, que si la cour de Vienne avoit eu voix au chapitre, la Russie auroit été incluse dans le traité.

Ob Lestocq mit der Kaiserin in diesem Sinne gesprochen? ob er Eindruck gemacht hat? ob Bestushews Stellung unsicher wurde? Daß er nur um so ärgere Dinge von Preußen und Schweden log, daß er selbst vor der Kaiserin mit Indignation von den Seemächten sprach, Rußland und den Wiener Hof zugleich von ihnen Preis gegeben nannte, mochte die sicherste Ablenkung einer doch möglichen Ungnade sein.[1]) Um so weniger durfte Lestocq je wieder ihr Ohr finden können; gelang es diesen „unerschrockenen“ zu vernichten, so war das verwegene Spiel gewonnen.

Finckenstein — sein Nachfolger v. d. Goltz war schon eingetroffen — rüstete sich zur Abreise. Bei einem Abschiedsmahle, 20. Nov., das ein preußischer Kaufmann ihm gab und dem auch Lestocq beiwohnte, bemerkte man einen Beobachter, der den Heimgehenden folgte; ergriffen, bekannte er, wer ihn bestellt habe. Lestocq eilte zur Kaiserin sich zu beschweren, sie versprach ihm volle Genugthuung.[2]) Vier Tage darauf wurde er verhaftet, gefoltert, unter Escorte fortgesandt, niemand erfuhr, wohin.[3])

In der Einladung an die Gesandtschaften, dem Hofe nach Moskau zu folgen, hieß es zum Schluß: „sollte sich die gegenwärtige Lage der Dinge in Europa ändern, so wird die Kaiserin so schnell als möglich zurückkehren“. Vor ihrer Abreise wurden vier Befehle veröffentlicht:

---

1) Finckenstein, 5. Nov.: mais je m'aperçois de plus en plus, qu'Elle fait la sourde oreille sur tout ce qu'on lui dit contre le premier Ministre. Il semble même qu'Elle entrevoit confusement la vérité et qu'Elle se doute quelquefois de sa fourberie, mais que ne se connoissant pas la force et la fermeté nécessaire pour en venir à de certaines extrémités pour se donner un démenti à Elle-même et pour s'arracher pendant quelques jours à ce tourbillon de plaisirs auxquels Elle est accoutumée, Elle aime mieux s'étourdir là-dessus, et qu'Elle craint d'en apprendre plus qu'Elle ne voudroit, c'est ce qui fait qu'Elle rebute ceux qui viennent lui parler sur ces sortes de matières.

2) Finckenstein, 23. Nov. . . . je ne crois pas que l'Impératrice voulût oublier jusqu'au point d'abandonner un homme, auquel Elle a les plus grandes obligations, à la fureur de ces ennemis. Und am 26. Nov. je me suis trompé dans mon jugement trop favorable pour l'Impératrice. Er beschreibt das Hoffest am Abend der Verhaftung, die Kaiserin selbst à tous ses atours, la joie peinte sur le visage, riant et parlant avec tout le monde . . . Obligé d'y aller . . . j'eus du moins la satisfaction d'y voir le spectacle de dissimulation, que la Russie seule peut fournir.

3) Finckenstein, 26. Nov. meint, daß seit mehr als einen Monat die Intrigue gespielt habe und um Lestocq spionirt sei; damals habe derselbe einige Explicationen mit der Kaiserin gehabt où il doit avoir déclamé sans doute trop imprudemment contre le premier Ministre et le Général Apraxin u. s. w.

daß die 30 000 Mann, die in der Umgegend von Nowgorod cantonirten, sich marschfertig halten und ein Corps Kosaken zu ihnen stoßen solle, daß die Magazine in Finnland um 80 000 Centner Mehl, 30 000 Centner Hafer, 50 000 Pud Heu vermehrt, daß 32 000 Mann Recruten ausgehoben, daß alle Kriegsfahrzeuge bereit gehalten werden sollten, so daß 42 Linienschiffe, 4 Fregatten u. s. w. und sämmtliche Galeeren sofort, wenn Ordre komme, in See gehen können.

Fügen wir hinzu, daß Ende December der russische Gesandte in Copenhagen die officielle Mittheilung gemacht hat: die Kaiserin beabsichtige den Prinzen Adolph Friedrich von Holstein, den Schwager des Königs von Preußen, von der Thronfolge auszuschließen und eine Neuwahl zu Gunsten des Prinzen Friedrich von Hessen, des Schwiegersohnes von Georg II. zu veranlassen, mit der Aufforderung an den dänischen Hof, mit Rußland gemeinsame Sache zu machen.[1]) Lord Chesterfields vertrauliche Aeußerung gegen einen Freund, die Klinggräffen 11. Februar 1749 berichtet: die Zarin werde mit dem Friedensschluß in Aachen ihre Partei so einrichten, daß die Succession in Schweden über den Haufen gestürzt werde, erfuhr man in Berlin erst,[2]) als man sich dort schon anderen ärgeren Dingen gegenüber sah.

Zwei Tage vor dem der Verhaftung Lestocqs datirt das Eingangs erwähnte Schreiben Friedrichs II. an Finckenstein: „wenn ich geglaubt habe, daß durch den Aachner Frieden die europäischen Angelegenheiten wenigstens für den Anfang eine ruhige Haltung gewonnen haben würden, so sehe ich mich fast um die Hoffnung betrogen, mit der ich mir schmeichelte".

Selbst die geheimen Verhandlungen in Hannover, die seit Georgs II. Ankunft unablässig dort gepflogen wurden, hatten ihn nicht beunruhigt. Freilich, daß Ritter Legge, der im Frühling mit so enthusiastischem Eifer für ein preußisch-englisches Bündniß als „das Organ der Nation

---

1) Aus Malmström Sveriges Politiska Historia III. p. 328, angeführt von Koser, Preuß. Jahrb. XLVII p. 469.

2) Klinggräffen, London 4. Febr. 1749 schreibt, daß Chesterfield einem Freunde dès l'année passée anvertraut habe, que l'Impératrice lieroit si bien la partie à la paix, que l'ordre de succession en Suède seroit renversée, ajoutant que tout cela pourroit avoir de grandes suites; qu'il falloit la paix, la supériorité de la France étant trop grande pour lors.

selbst" nach Berlin gekommen war, im Juli nach Hannover beschieden, von dort auf seinen Posten verlegen und kleinlaut zurückkehrte, zeigte ihm daß die englische Politik wieder einmal den Cours gewechselt habe.[1]) Aber er sah, daß zugleich ihre Spannung mit dem Wiener Hofe wuchs; mochte der Großvogt Münchhausen und der sächsische Graf Flemming und Titley mit seinen dänischen Aufträgen und wer sonst noch sich beeifern, diese Differenzen auszugleichen, mochte Georg II. und Newcastle an seiner Seite zu den weitesten Zugeständnissen bereit sein: — mit dem Wettlaufe der englischen und östreichischen Politik um die Verständigung mit Frankreich, mit dem Vertrage vom 3. August dem Haltbefehl für das russische Auxiliarcorps, dem heftigen Zwiespalt wegen der Festungen der Barriere, mit der laut ausgesprochenen Erbitterung Maria Theresias über den einseitig von den Seemächten abgeschlossenen Frieden und seinen „monströsen" Artikeln schien die Verbindung zwischen den Seemächten und den beiden Kaiserhöfen bis auf weiteres gelähmt, — um so mehr gelähmt, da auf das einzige Trost- und Heilmittel, reichliche Subsidien für Wien und Petersburg, bei den gedrückten Finanzen Englands und den völlig zerrütteten Hollands nicht zu rechnen war, namentlich für die schwedische Frage nicht, mit der die russische Staatsweisheit sich schon wiederholt lästig gemacht hatte.[2])

So mochte Friedrich II. rechnen. Er konnte nicht ahnen, wie herzinnig die sich so eben noch gegenseitig „brutalisirt" hatten, wieder zu einander hielten, noch weniger, zu welchem Werk sich ihre Herzen zusammengefunden und ihre Vertragstreue sich vereinigt hatte. Da kam ihm ein Bericht Klinggräffens aus Hannover vom 17. November: „mit jedem Tage mehr bestätigt sich mein Verdacht, daß etwas im Werke ist zwischen Graf Flemming, diesem Hofe und dem Wiener, denen ich ohne Bedenken den russischen hinzufüge".[3]) Gleich drauf ein

---

1) Pr. Pol. V. 3, 486.

2) Friedrich II. an Finckenstein, 10. Aug. 1748 (nach Eichels Aufzeichnung der mündlichen Resolution): „ich sehe nunmehr wohl ein, daß der englische Hof mich Anfangs recherchirt, weil er geglaubt, die Königin von Ungarn werde die ihretwegen in den Präliminarien geschlossenen Artikel nicht acceptiren wollen; nachdem aber dieselbe darunter facile geworden, so hat der König von England mich wiederum plantirt".

3) Friedrich II. darauf in dem sehr merkwürdigen Rescr. an Klinggräffen vom 22. Nov.: je ne saurois comprendre l'objet sur lequel peuvent porter les chipoteries qui se font là où vous êtes . . . Er führt alle Momente auf, die gegen Klinggräffens Meinung sprechen: ces airs me fortifient à regarder les chipoteries en question comme une énigme fort difficile à résoudre. Sehr viel erregter und posi-

Schreiben der Kronprinzessin von Schweden vom 8. November: „die Dinge entschleiern sich; es scheint, daß man in Wien einen Plan gegen Preußen und Schweden vorhat; ich beziehe mich auf das, was Chambrier nach einer Unterhaltung mit unserm Gesandten dort berichtet haben wird"; sie fragt, ob es der König ungern sehen würde, wenn Feldmarschall Schwerin in schwedischen Dienst träte.

Chambriers letzte Berichte, auch der vom 11. November, der am 20. in Berlin war, hatten nichts der Art gemeldet, nur am 2. December[1]) eine bedeutsame Aeußerung Puysieulx'; auf Chambriers Mittheilung, daß Preußen sich in den nordischen Dingen durchaus friedlich verhalten werde, hatte der Minister geantwortet: „der König von Preußen könne, wenn er offen seine Meinung äußern dürfe, nichts Besseres thun,[2]) auch werde ein solches Verhalten keineswegs die weiteren Absichten beeinträchtigen, die vielleicht in dessen System lägen". Also solche setzte Puysieulx voraus. Erst am 17. December meldete Chambrier, daß ihn Baron Scheffer, als er ihn ausdrücklich gefragt, an den genuesischen Gesandten Pallavicini verwiesen, daß dieser ihm gesagt habe: nach Briefen, die er aus London erhalten, blieben die Russen in Böhmen, um Preußen in Schach zu halten, damit die Zarin mit Hülfe Dänemarks desto leichter die Veränderung in der schwedischen Succession, die sie beabsichtige ausführen könne; Chambrier hatte ihm darauf geantwortet, daß die französischen Minister nach Berichten, die sie aus London und dem Haag hätten, dieß für schwedische Visionen hielten, nur hier vorgelegt, um höhere Subsidien von Frankreich zu erhalten.

Die Conferenzen in Hannover hatten mit der Abreise Georgs II. nun den 22. November ein Ende. Ob in ihnen etwas zum Abschluß gebracht war, und was, blieb vorerst tiefes Geheimniß.

---

tiver spricht das Minist. Rescr. vom 23. Nov.: von vielen Orten kommen Nachrichten, qu'il y a effectivement sur le tapis une étroite ligue (Rußland, Östreich, Sachsen) et que l'abaissement de ma puissance en forme le principal but, daß die russischen Demonstrationen gegen Finnland nur gemacht werden pour tenir les Suédois en échec et pour les empêcher de me fournir des secours, lorsque les ligués commenceront d'exécuter leur projet.

1) Chambrier 2. Dec. parceque les ennemis de V. M. ne peuvent travailler contre Elle que faisant des insinuations contraires et qu'ils seront forcés à leur honte de ne savoir que dire contre V. M. quand ils verront que V. M. leur a ôté les moyens; qu' au fond une pareille conduite de la part de V. M. n'affoiblira pas les vues dont le système de V. M. peut etre susceptible.

2) Nach Michells Berichten aus London und Friedrichs II. Rescripten an Chambrier, und Finckenstein 26. Nov.

Aber da und dort schienen sich Reflexe der gewonnenen Verständnisse und ihrer animirenden Wirkung auf die Betheiligten erkennen zu lassen.[1])

Der Kurfürst von Cöln kränkelte; schon im Sommer hatte man in Hannover seinen Tod nahe geglaubt. Jetzt vom Wiener Hofe veranlaßt, begann August III. sich bei dem Capitel um die Wahl eines seiner jüngeren Söhne zu bemühen. Also wohl auch in den anderen Bisthümern, die Clemens August besaß; diese Gebiete Cöln mit dem Herzogthum Westphalen, Paderborn, Hildesheim, das große Bisthum Münster umschlossen die preußischen Lande im westphälischen Kreise; in der Hand eines sächsischen Fürsten machten sie zugleich ebensoviel Stimmen im Kur- und Fürstencollegium, die jetzt gegen Östreich waren, für Östreich sicher.

Es ist erwähnt, wie der Dresdner Hof in Versailles eine Annäherung an Rußland, die er zu vermitteln bereit sei, empfahl: es werde zugleich die Thür zu Östreich damit geöffnet. Trotz des Elends der Steuerscheine gingen von Dresden die glänzendsten Geschenke an die Vertrauten der Pompadour; Graf Loß war rühriger denn je, mit goldnen Tabatieren und Ringen, mit Meißner Porzellan auch weitere Kreise zu erfreuen. Und Puysieulx sprach zu Chambrier von dem falschen System Brühls, das die Kaiserwahl Augusts III. unmöglich gemacht habe; von jenen Vermittelungsanträgen schwieg er.[2])

In anderer Art spiegelte sich der Wechsel am Wiener Hofe. Nach des Grafen Bernes Versetzung an den russischen Hof war Monate lang kein östreichischer Gesandter in Berlin gewesen; der neuernannte Feldmarschall Graf Chotek kam so wie der Aachner Friede sicher war, begann mit der Forderung, die Schuldverhältnisse zwischen dem preußisch gewordenen und dem östreichisch gebliebenen Schlesien, wie der Dresdner Frieden bestimmt hatte, zu reguliren, bei denen voraussichtlich an Östreich eine namhafte Summe — in Wien rechnete man an 2 Mill. Gulden heraus — zu zahlen war. Die Auseinandersetzung war schon 1746 versucht worden, aber daran gescheitert, daß Preußen die gleichzeitige Erledigung der anderen in den Friedensschlüssen von 1742 und 1745 vorbehaltenen Punkte, Reichsgarantie, Herstellung des alten Handelstarifs u. s. w. gefordert, Östreich diese zur Seite geschoben hatte.

1) Pr. Pol. V. 3. p. 485. Von der Coadjutorwahl berichtet O. Podewils, Wien 4. Dec. 1748.

2) Chambrier, 6. Dec. 1748., 13. Jan. 1749.

Jetzt erklärte Chotek, er habe Auftrag, auf das dringendste zu fordern, daß die schlesischen Schulden schleunigst den Friedensschlüssen gemäß geregelt würden. Ihm wurde wie früher geantwortet.[1])

Noch sprechender war, wie in Wien das Verhalten zu den Reichsfürsten sich änderte. Man hatte, so lange der Krieg währte, ihre am Kaiserhof weilenden Bevollmächtigten mit vieler Rücksicht behandelt, sie „caressirt". Jetzt mit dem Fortgang der Verhandlungen in Hannover kehrte der Reichshofrath so gut wie die östreichischen Minister die kaiserliche Autorität scharf und schärfer hervor: „man scheint sie allmählich an eine Art Reichsdespotismus gewöhnen zu wollen, dem man sie zu unterwerfen gedenkt".[2]) Selbst dem alle Zeit höchst ergebenen Kurfürsten von Trier wurde in Sachen „Kurtrier gegen Neuwied" ein „höchst fulminantes Reichshofrathsdecret" zugestellt. Der Kurfürst von Baiern mußte eine harte Reprimande hinnehmen, weil er sich erlaubt hatte in einem in Aachen überreichten Protest die Ansprüche seines Hauses auf Mirandola zu verwahren. Noch minder schonte man die thüringischen Herren, Würtemberg, Cassel: „die Kaiserin scheint es unter ihrer Würde zu halten, im Reich mit Güte und allmählich, wie sie könnte, zu ihrem Ziel zu gelangen, sie glaubt sofort und mit Energie durchdringen zu müssen; und Bartenstein bestärkt sie darin; der Reichshofrath, der mit jungen Männern, die ihr Glück machen wollen, besetzt und corrumpirter denn je ist, macht die Maaßregeln nur um so verhaßter; je lebhafter der Widerstand, desto hartnäckiger wird Bartenstein werden; er wird vollends das ganze Reich erbittern und revoltiren".[3]) Vor Allem die mehr als früher unverhohlene Begünstigung des kleinen Reichsadels gegen die Landesfürsten und ihr Besteuerungsrecht, dessen Bevorzugung bei den Vacanzen in Bisthümern, Abteien und Capiteln, dessen Entbindung von aller militärischen und Matricularpflicht an das Reich erbitterte die geistlichen und weltlichen Fürsten,

1) Nach Podewils Bericht an den König, 23. Nov. Das Genauere, namentlich über die in Breslau niedergesetzte Commission, ergiebt der précis von Hertzbergs Hand, wo es heißt: un procédé si hautain et si déplacé faisant juger au Roi que l'intention de la cour de Vienne étoit de faire échouer la négociation touchant les dettes pour pouvoir lui reprocher l'inexécution des traités u. s. w.

2) Ein förmliches Project Bartensteins für diesen Zweck entwickelt das M. Rescript an Klinggräffen, 27. Jul. 1748.

3) So die Hauptpunkte aus einem Bericht von O. Podewils, Wien 11. Jan. mit dem Schluß: je lebhafter der Widerstand, desto hartnäckiger wird Bartenstein werden et achever de choquer et de révolter tout l'Empire.

in deren Gebiet solche Herren angesessen waren; selbst Kurmainz und Würzburg, die dem Wiener Hof ihre hohe Stellung dankten, waren empört; und der päpstliche Nuntius in Cöln stimmte ihnen bei, trieb eifrigst weiter.[1])

Nicht ohne Erfolg. Schon im Frühling 1748, als der Wiener Hof die vorderen Kreise peremptorisch und auf Grund der Kreisassociation, deren Gültigkeit von den namhaftesten Kreisständen bestritten wurde, zur Reichshülfe aufforderte, als das anrückende russische Corps Sorge und Schrecken verbreitete, die vorderen Kreise von Neuem Kriegstheater werden zu sollen schienen, war von Cöln, Mannheim, Stuttgart aus eine Verbindung „der geistlichen und weltlichen Reichsfürsten und auch mindermächtiger Stände sonder Unterschied der Religion" in Anregung gebracht, aber durch Begütigung und Bedrohung von Wien aus noch glücklich abgewehrt worden; daß nach geschlossenem Frieden die Russen in Böhmen blieben, daß in den Maaßregeln, die vom Reichshofrath und in Regensburg getroffen wurden, immer deutlicher hervortrat, wessen man sich von der kaiserlichen Autorität zu versehen habe, daß Frankreich nach Allem, was man von dort erfuhr, nicht gewillt sei sich in dem Genuß des Friedens stören zu lassen, um die deutschen Freiheiten und Rechte zu schützen, veranlaßte die Höfe von Cöln, Pfalz, Baiern, von Stuttgart und Cassel zu einer „näheren Zusammensetzung" zu schreiten, der, so hofften sie, demnächst viele und alle Standesgenossen beitreten würden. Sie theilten ihren Plan dem Berliner Hofe mit, „nicht als ob sie S. M. schon jetzt zum Eintritt in dieses Concert einlüden, aber man werde es sich immer zum Ruhm und zur Ehre rechnen, S. M. beitreten zu sehen, wann und in welcher Art es S. M. für angemessen erachten werde".[2]) Wie Podewils meint, „ein Gegengewicht gegen die Verbindung, die der Hof von Han-

---

1) Nach dem Schreiben „eines Comitialgesandten von der geistlichen Fürstenbank an seinen Hof", Regensburg 5. Febr. 1749, das durch den Cardinal und Bischof von Lüttich, dem Bruder von Kurcöln, 16. April 1749 absichtlich nach Berlin gesandt ist.

2) Baron Beckers an O. Podewils, Mannheim 31. Oct. 1748. Auf Podewils Bericht darüber ist des Königs mündliche Resolution (28. Nov.): „er soll nur antworten, wie es sehr gut sei, wenn der Kurfürst es dahin bringen könnte; vor das Erste aber möchte ich nicht gern dabei erscheinen, obschon sonsten der Kurfürst auf mich rechnen könnte; was ich aber dabei wünsche, wäre dieses, daß, was sie thun wollten, sie so geheim und stille thun möchten, damit vorerst kein Mensch etwas davon erfahre, sonst man der östreichischen Parthei die Gelegenheit geben würde ein Gleiches zu thun".

nover mit denen von Sachsen und Mainz zu Gunsten Östreichs beabsichtige".

Es hatte in den Anfängen der Conferenz in Hannover einen Moment gegeben, in dem Hannover und Wien darin wetteiferten den Herrn im Reiche zu spielen.[1]) Mochte in der Wahl des jungen Erzherzog Joseph zum römischen König, die der Wiener Hof wünschte,[2]) der Ausgleich gefunden worden sein, — wie hoch sich Georg II. fühlte, als er seine deutschen Lande verließ, zeigte sich in dem Auftrage, den er dem Chevalier Legge gab, in Berlin officiell seine Unzufriedenheit darüber auszusprechen, daß Lord Marishal und dessen Bruder, Feldmarschall Keith, dort Aufnahme gefunden hätten, notorische Jacobiten. Es zeigte sich nicht minder in der hartnäckigen Absichtlichkeit, mit welcher der König wie in Hannover so dann in London an den Courtagen und in Gesellschaften an dem preußischen Gesandten vorüberging, ohne ihn eines Wortes zu würdigen; natürlich unterließen die englischen Herren nicht, nur noch rücksichtsloser gegen denselben zu sein, selbst diejenigen, an welche er Empfehlungsbriefe überbracht hatte, nahmen keine Notiz von ihm. Und aus derselben hohen Stimmung war es, wenn Lord Sandwich, als er sich von den Herren Staaten im Haag verabschiedete, von den „Feinden der Freiheit" sprach, „die sich erdreistet hätten, der Welt das Gesetz vorschreiben zu wollen und mit ihren verführerischen Worten vielleicht nicht immer ungeneigte Hörer gefunden hätten, aber mit ihren Plänen gescheitert seien",[3]) als hätten die beiden „freien Nationen" in glorreichen Kämpfen die Freiheit Europas gerettet, und gegen den Verführer und die vielleicht Verführten

---

1) Friedrich II. an Klinggräffen, 27. Aug.: tout ceci me donne lieu de soupçonner que tant la cour de Vienne que celle de Hanovre voudroient également maîtriser l'Empire, mais que par les différentes vues que chacune d'elles a pour parvenir à son but, il s'est mis du refroidissement entr'elles, qui cependant ne tirera point ne conséquence ni les détachera l'une de l'autre.

2) Friedrich II. an Klinggräffen, 20. Sept. 1748 nach Mittheilungen von Puysieulx an Chambrier, 2. Sept.: que la cour de Vienne obtint sur cela ce qu'elle souhaitoit. Daß der Gedanke zuerst von dem Reichsvicecanzler Graf Colloredo angeregt worden, ergiebt das Schreiben von Ulfeld an Kaunitz, 21. Juni 1748 „er gehet zur Unzeit mit denen Gedanken vom römischen König um" (bei Beer, Bentinck p. XXI).

3) Merc. hist. et pol. 1749. I. p. 107: les ennemis de la liberté se sont vainement flattés de trouver l'occasion d'exécuter leur ancien projet de donner la loi à l'Europe; ils comptoient que leurs discours séducteurs, qui peut-être n'ont pas toujours trouvé des auditeurs peu favorables, détourneroient l'attention publique des malheurs qui menaçoient la nation et ses alliés naturels u. s. w.

des Weiteren zu retten. Wie diese Freiheit, ins Deutsche übertragen, gemeint war, lehrte Mecklenburg mit seinen Rechten und Freiheiten eben jetzt.

Was die Reichsritterschaften im Süden und Westen des Reichs dem Wiener Hofe waren, hatte sich die mecklenburgische seit einem Menschenalter dem von Hannover zu sein gewöhnt; und Hannover hatte dafür, daß es diesen Adel gegen seinen Landesherrn Herzog Karl Leopold aufhetzte, unterstützte, bald in kaiserlichem Executionsmandat mit den Waffen vertrat, von den 36 landesherrlichen Aemtern die acht dem hannövrischen Lauenburg nächstgelegenen sammt dem Elbzoll zu Boitzenburg zu Pfandbesitz erhalten. Diese mecklenburgische Ritterschaft war, trotz der zwei Landesherren in Schwerin und Strelitz, in vollem Zuge autonom zu werden, gleich der des Reichs. Daß Karl Leopold im Herbst 1747 starb, daß sein Bruder Christian Ludwig, der bisher als kaiserlicher Commissar für das Herzogthum nur Figurant gewesen war, nun Landesherr sein sollte, ließ das Corps der Ritterschaft einen dreisten Schritt weiter thun.[1]) Die Herren versagten ihm die Huldigung zu leisten, sie zahlten die „bisher gewöhnliche" Contribution vorerst nicht, sie forderten für das, was sie vom vorigen Herzog erlitten, einige hunderttausend Thaler und als Pfand dafür das reiche Amt Dobberan. Sie glaubten zu wissen, daß dem neuen Herzog ein Entwurf vorgelegt worden sei, die Landstände „durch Theilung klein zu machen und von einander zu trennen";[2]) zu einem Ausschußtage zu berufen, um die proponenda für einen allgemeinen Landtag zu berathen, versagten sie sich, weil „die vom Lande Stargard" nicht geladen seien. Sie sandten eine Deputation mit förmlichen Creditiven an König Georg II. nach Hannover, um dessen gnädige Protection zu bitten, und Georg II. empfing dieselbe in öffentlicher Audienz, entließ sie mit „einer Art Recreditif", in welchem er der mecklenburgischen „Ritter- und Landschaft" seinen Schutz und Beistand, „seine huldeste Protection bei aller Gelegenheit" zusicherte. So gedeckt beharrten sie in ihrem „turbulenten

---

1) Schon im Juni war, vom Herzoge gesandt, Baron Teuffel in Hannover, Anträge und Vorschläge zur Ablösung der hannövrischen Hypothek zu machen (Klinggräffen, 20. Juni 1748); die Verhandlung hatte keinen Erfolg.

2) . . . ein Entwurf, es sei dem fürstlichen Interesse nicht zuträglich, daß das corpus der Landstände in seiner uralten (!!) Consistence und bei seinen wohlhergebrachten Gerechtsamen und Freiheiten bleibe u. s. w. Franck, das alte und neue Mecklenburg IV. Buch XIX c. 3 p. 34.

Zustand" und verklagten ihren Landesherrn beim Reichshofrath, und zwar Namens der „Ritter- und Landschaft", obschon die Städte sich mit dem Herzog auch betreffs der Contribution geeinigt hatten.[1])

---

1) So Pollman, Regensburg 18. Nov., 20. Dec. 1748, 13. Jan. 1749, der das Nähere von dem zum Reichstagsgesandten bestellten Baron Teuffel erfuhr. In dem Bericht vom 13. Jan. heißt es: que la noblesse s'étoit imaginée de faire insinuer au Duc l'appel tant en son nom qu'en celui des autres états, quoique les derniers fussent convenus avec S. A., et qu'elle poussoit l'esprit de révolte jusqu'au dernier degré en refusant en qualité de Landräthe l'hommage à leur souverain.

Die schwedische Frage.

Symptome der nahenden Krisis.

Mit wachsender Spannung folgte Friedrich II. den Schritten des Wiener Hofes, den Vorgängen am russischen, dem Verhalten des englischen. Dem, was sie wollten, wollen konnten, mit seinen Gedanken voraus zu sein, war seine Ueberlegenheit.

Freilich, Maria Theresia empfing den Grafen Otto Podewils, als er von seinem Urlaub nach Wien zurückkehrte, in der huldvollsten Weise, mit einer Fülle friedlichster Versicherungen: das Rasten der russischen Truppen in ihren Landen bedeute durchaus nichts gegen Preußen,[1]) man müsse nur jedes Mistrauen bannen; in ihrer holdseligen Art lachend, fügte sie die Frage hinzu: ob er versichern könne, daß solches auch da, woher er komme, abgethan sei?

Und wenn Ritter Legge, als er sich von dem Minister Podewils verabschiedete, „um im Parlament nicht zu fehlen", ausdrücklich betheuerte, daß durch die schwedischen Dinge der Friede Europas keine Störung erleiden werde, falls man dort nur nichts an der Verfassung ändere und Preußen sich mit seinen Eroberungen begnüge, deren nicht neue zu machen beabsichtige, weder beim Tode des schwedischen Königs noch dem des dänischen, daß England in Preußen ebenso eine bedeutende Stütze des Protestantismus sehe, wie es sich selbst stets das Gleichgewicht in Europa zu erhalten auf die Seite der Gefährdeten stellen

1) O. Podewils, Wien 7. Dec. 1748: Aussi je vous assure qu'il n'y a pas la moindre finesse, et vous êtes à même de rendre temoignage de la droiture de mes sentiments tant à cet égard que pour tout le reste. Und zum Schluß: qu'elle ne sauroit prétendre que V. M. eût de l'amitié pour elle, mais qu'Elle auroit tort de ne pas aimer l'Empereur, puisque ce Prince étoit sincérement de Ses amis.

werde, — so konnte, abgesehen von den impertinenten Unterstellungen, wenigstens Legge nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr dafür gelten, ein zuverlässiger Dollmetsch dessen zu sein, was Preußen von England zu erwarten habe.[1]) In der finanziellen Lage Englands sah Friedrich II. vorerst eine bessere Garantie für das weitere Verhalten seines Oheims.

Eben darum machte es ihn nicht stutzen, wenn jetzt Podewils aus Wien schrieb: Alles sehe danach aus, als ob man beim Tode des Königs von Schweden Störung der Ruhe im Norden erwarte; man füge hinzu, daß die Kaiserin-Königin nicht werde umhin können, in solchem Fall dem russischen Hofe dieselbe Zahl von Hülfstruppen zu stellen, wie er ihr gesandt habe, man erwarte nur den Todesfall, um die Verabredungen in Ausführung zu bringen, die zwischen beiden Kaiserhöfen getroffen seien. Friedrich II. beruhigte ihn: weder Frankreich noch England, „die beiden balancirenden Mächte", wollen jetzt Krieg; selbst wenn Bestushew die Absicht in Betreff Schwedens hat, die man voraussetzt, sein Einfluß über die Zarin ist, so groß er sein mag, doch nicht von der Art, daß er absolut thun kann, was er will; Rußland ist nicht in der Lage, ohne das Geld der Seemächte einen schweren und kostspieligen Krieg zu führen; und wenn der Canzler die Succession in Schweden ändern will, wen kann er an des Prinzen-Thronfolgers Stelle setzen? den Großfürsten-Thronfolger gegen Verzicht auf die russische Succession? Er gäbe dem, welchem er solchen Affront gethan, die Waffe in die Hand, sich zu rächen. Dänemark? Das hieße den russischen Interessen den schlimmsten Dienst thun. Den Herzog von Cumberland? Es ist schwer zu glauben, daß der König von England die Absicht haben sollte, seinen Lieblingssohn die Rolle eines Abenteurers spielen zu lassen; auch wird sich Rußland nicht solchen Dorn in den Fuß stecken lassen, einen König in Schweden, der die ganze Macht Englands hinter sich hätte. Also, welchen Thronfolger anstatt des jetzigen könnte Bestushew wählen?[2])

Selbst die Nachricht aus London, daß eine Escadre von 8 Linienschiffen nach der Ostsee zu senden in Absicht sei, „nur zur Uebung",

1) Friedrich II. an H. Podewils, Potsdam 26. Dec., auf dessen Bericht von Legges Expectorationen: summarisch davon an Klinggräffen zu melden, „damit er sich weiter eclairciren könne, ob das dortige Ministerium eben so dächte, wie der Herr Legge sich solches entfallen lassen".

2) O. Podewils, Wien 4. Jan. 1749, darauf des Königs Rescript, 14. Jan.



konnte als Ostentation gedeutet werden, „um den Salut für die englische Flagge, wie ihn England im Ocean auch von der französischen Marine fordert", zur Geltung zu bringen. Oder hatte Georg II. doch noch nicht die Pläne für Cumberland aufgegeben?[1])

Seit der Mitte Januar mehrten sich die bedenklichen Symptome. Podewils in Wien meldete von der Freude dort über Lestocqs Sturz, der als ein Triumph der östreichischen Politik angesehn würde. „E. M. werden sicherer zu beurtheilen im Stande sein, wie weit Bestushew England und Dänemark in seine Interessen zu ziehen vermag; in Betreff des hiesigen Hofes ist meine Pflicht E. M. zu sagen, daß nach meiner Ueberzeugung die Königin von Ungarn nicht bloß so weit, wie die Zarin nur wünschen mag, vorgehen, sondern daß sie dieselbe anreizen wird, sich nicht Schranken zu setzen". Zum Beweise führt er an, daß zwei Parteien am Wiener Hofe bestehen, die des Kaisers, der ohne Leidenschaft gegen Preußen und in Allem vorsichtig, für Schlesien, das auch er nicht aus dem Auge verliert, nicht anders eintreten will, als bei günstiger und ganz sicherer Gelegenheit, und nachdem erst die inneren Verhältnisse geordnet und die Finanzen hergestellt sind; „an der Spitze der andern Partei die Kaiserin, die, ehrgeiziger und gegen E. M. leidenschaftlicher, mit Ungeduld den Augenblick erwartet, Schlesien wiederzunehmen; die Personen, welche ihr Ohr haben, benutzen jedes Mittel, sie noch mehr zu entflammen.[2]) In diesen Kreisen meint man, E. M. werde entweder die Veränderung der Thronfolge in Schweden hindern wollen und so Anlaß zu einem Kriege geben, oder wenn E. M. ruhig bleibe, werde man dort einen Prinzen zur Regierung bringen, der keine Verbindung mit E. M. hat, und werde sich so E. M. im Norden isolirt sehen".

War das vielleicht nur des zu argwöhnischen Gesandten Auffassung: — acht Tage darauf (23. Jan.) lief ein Bericht von Goltz aus Moskau ein, daß die Erneuerung des Vertrages, nach dem Rußland 30000 M. Auxiliartruppen in Liefland für England halte, im Gange sei. Und doch hatte England bei Abschluß der Convention

---

1) Bericht von Klinggräffen, London 8. Jan. Rescript darauf 14. Jan. Bei Tafel sprach der König zu Podewils von dieser Escadre „als einer Sache, die besondere Attention meritirt".

2) D. Podewils, 8. Jan.: quelque soit le génie et la pénétration de cette Princesse, la passion lui fascine souvent les yeux, et il est aisé de s'en convaincre lorsqu'on se retrace sa conduite u. s. w.

vom 2. August dem französischen Hofe die ausdrückliche Versicherung gegeben, daß jener Vertrag nur für ein Jahr abgeschlossen sei. Aus dem Haag wurde gemeldet: man schiebe Lestocqs Sturz auf dessen Verständnisse mit Preußen, in Rußland sei die Stimmung gegen Preußen sehr erregt, man besorge, daß es zu offenem Bruch kommen werde. In Friedrichs Hand war ein Schreiben des östreichischen Residenten in Stockholm an Graf Chotek vom 10. Januar: er melde im engsten Vertrauen, daß nach einer von Außen eingelaufenen Nachricht zwischen Preußen und dem Prinzen-Thronfolger über Verpfändung des schwedischen Pommern gegen einen preußischen Vorschuß an Geld verhandelt werde, daß das Geld zur Verbesserung der schwedischen Festungen und zur Reinigung der Häfen im schwedischen Pommern verwendet werden solle; es scheine der wahre Zweck dieses Geschäfts zu sein, sich eine größere preußische Hülfe als die nach dem Allianzvertrage und zugleich eine bedeutende Geldsumme zu größerer Kriegsrüstung gegen Rußland und Dänemark zu sichern, um die beabsichtigte Veränderung der Verfassung gegen Rußland und Dänemark vertheidigen zu können.[1]) Und der dänische Resident in Berlin schrieb nach Moskau von mehreren Lagern, die bei Spandau, in Preußen und sonst gebildet werden sollten, und daß Befehl gegeben sei, Munition für das bei Spandau auf 45000 Mann zu beschaffen.

Daß Fictionen der Art zum System gehörten, auf Bestellung erfunden und ausgesprengt wurden, zeigte das von den dänischen Truppen in Norwegen nach den schwedischen Grenzmarken hinein verbreitete Gerücht: sie würden kommen, die Souveränität in Schweden herzustellen, — zeigte die Nachricht, die der russische Gesandte in Stockholm an Graf Chotek in Berlin sandte: es solle preußischer Seits in Stockholm ein Memoire überreicht sein, in dem der König sich erbiete, die schwedisch-pommerschen Häfen auf seine Kosten zu repariren.[2]) Aus den Kreisen der Czartoryski wurde nach allen Palatinaten Meldung gesandt, der König von Preußen wolle sich vergrößern und Polen werde das Opfer sein.[3]) In Petersburg wurde gesagt: Friedrich II. wolle

1) Antivari, Stockholm 10. Jan. Der Bericht schließt: „Melde dieß sowohl zu E. E. weiterer Nachforschung und davon beliebiger Mittheilung an mich, als zur Machung des gemeinnutzbaren Gebrauchs, wie ich denn die Hintertreibung dieser Sache schon durch ihre Verhaßtmachung begonnen habe".

2) So meldet Graf Chotek an Maria Theresia, Berlin 15. Febr. Dieser wie die beiden vorhergehenden Berichte sind in Friedrichs II. Hand gekommen.

3) Voß, Warschau 4. Jan.

Liefland und Esthland für Schweden erobern und werde dafür Schwedisch-Pommern und Rügen erhalten.

Von ernsterer Bedeutung als diese Gerüchte schien eine Nachricht von Rohd, die am 26. Januar in Friedrichs II. Hand war, eine höchst vertrauliche Mittheilung, die ihm in Tessins Abwesenheit der Vicepräsident Ekeblad gemacht hatte: was in Hannover verabredet worden, sei im Wesentlichen Folgendes: „Bestushew werde den Rest der Gegenpartei in Rußland niederschlagen, um zur Beseitigung des Großfürsten, zur Bestellung eines anderen Thronfolgers, entweder Iwans oder eines der Kaiserin näher stehenden (!) die Arme frei zu haben, werde das Geschehene dann durch eine Synode legitimiren lassen; zugleich solle Rußland Truppen nach Curland und Finnland senden, um Preußen und Schweden in Schach zu halten, eine östreichische Armee sich in Mähren zusammenziehen, um Preußen von Süden her zu fesseln. Dänemark werde gleich nach Beseitigung des Großfürsten dessen holsteinisches Gebiet besetzen, zugleich ein Corps an der Grenze gegen Preußen, ein anderes in Norwegen zusammenziehen, England eine Flotte in die Ostsee senden, um Cumberlands Ernennung zur schwedischen Thronfolge zu unterstützen und im Innern Schwedens eine Bewegung zu Gunsten dieser Ernennung zu veranlassen. Das Project sei so verabredet, daß es mit dem Frühling zur Ausführung kommen könne, ob dann der König von Schweden todt sei oder noch lebe. Ekeblad hatte nicht angeben wollen, woher diese Nachricht stamme; seine Andeutungen schienen auf Graf Barck zu führen, den schwedischen Gesandten in Wien.[1])

Unmittelbar vorher war ein Bericht Klinggräffens aus London eingelaufen, durch den diese Nachricht „einen gewissen sehr wahrscheinlichen Grad von Probabilität" zu erhalten schien: „die Heimlichkeiten von Hannover werden hier fortgesetzt, meist in dem Hause Münchhausens; ich höre von guter Seite, daß der Herzog von Newcastle seit vier Monaten daran arbeitet seine Collegen für seinen Plan eines Defensivtractats zwischen England, Rußland, Östreich und wahrscheinlich Holland, in dem Hannover mit einbegriffen sein soll, zu gewinnen; er

---

1) Rohd, Stockholm 14./3. Jan. pr. 26. Darauf Eichel an Podewils, 27. Jan.: S. M. habe sich gegen ihn vernehmen lassen „wie dieselben wohl wüßten, daß sonsten die Avis des Grafen Barck sehr sujets à caution wären", und daß er solche „vielleicht aus verschiedenen Conjecturen zusammengenommen und in der Form eines ordentlichen Projects redigirt habe", aber daß sie durch die sonstigen Umstände eine gewisse Wahrscheinlichkeit erhielten.

läßt, um seiner Idee Eingang zu schaffen, mit einfließen, daß man auch Preußen zum Beitritt einladen werde; da die genannten Mächte schon durch ähnliche Verträge eng verbunden sind, ist zu vermuthen, daß Newcastle, wenn er einmal England so weit geführt hat, einige Geheimartikel hinzufügen wird, die für Preußen in der Weise, wie E. M. schon von anderer Seite gemeldet ist, präjudicirlich sein könnten. Aber obschon der König hier nach seinem Willen regiert, der, nach dem Früheren zu urtheilen, nicht der beste ist, so scheint es doch zweifelhaft, ob es ihm gelingen wird, da der Herzog von Bedford und andere Minister dem entgegen sind". [1])

Was immer diese Mächte brauen mochten, es hatte keine Gefahr damit, wenn die französische Politik wach und thätig war; daß das Gegentheil der Fall war, machte die Lage der Dinge gefährlich; „Frankreich wird sich durch die Engländer einschläfern lassen, bis auf einmal im Norden ein Feuer ausbricht, welches ganz Europa in Combustion setzen, und das zu löschen man keine Mittel noch Wege finden wird".

Daß man in Versailles gern denen das Ohr lieh, welche die Friedensliebe Friedrichs verdächtigten, war nur zu gewiß. Nicht Preußen suchte Frankreichs Hülfe, aber Schweden bedurfte des Rückhalts von Frankreich; und daß in Polen schon die Universalien für einen außerordentlichen Reichstag ausgefertigt wurden, der das in der letzten Zeit Mislungene einbringen, mit einer Conföderation die Macht Rußlands in der Republik vollenden, deren Eintritt in die Allianz der beiden Kaiserhöfe proclamiren sollte, mußte die französischen Minister um so dringender mahnen, sich wenigstens in Schweden ein sicheres Gegengewicht zu erhalten.

Hätte da nicht Friedrich II. den Stockholmer Hof zu den nöthigen Schritten veranlassen sollen? Den Grafen Tessin beschäftigten andere Dinge, zunächst die Frage der polnischen Succession, „da der König von Polen immer corpulenter und schwächer werde"; [2]) dann sah er

1) Klinggräffen, London 27. Dec./7. Jan. und 30. Dec./9. Jan. Beide Berichte trafen 22. Jan. in Berlin ein. In letzterem heißt es: il est vrai que le Sr. Pelham gouverne la barque, mais il ne sait pas moins que le Roi ne fasse tout aller à sa volonté, et personne n'oseroit présentement le faire changer d'idée. Ce prince suit son penchant, ce qui fait que je ne me fierai qu'à bonnes enseignes.

2) Rohd, 21./10. Jan. Darauf mündliche Resolution, 8. Febr.: „sie sollten nicht so pointilleux sein in ihrer Lage . . . auch mit dem dänischen Hofe sollte man sich coulanter verhalten und Flemming (den schwedischen Gesandten dort) nicht so umständlich verfahren lassen".

es für eine dringende Aufgabe an, einen schwedischen Gesandten nach London zu schicken und die Sendung eines englischen nach Stockholm zu ermöglichen;[1]) auch die in Wien angeknüpften Fäden hoffte er weiter zu spinnen, Friedrich II. hielt es nöthig mit ihm vorsichtig zu sein; er zog Frankreich gegenüber einen rascheren und minder förmlichen Weg vor. Er ließ dem schwedischen Gesandten in Berlin (27. Jan.) die nöthigen Aufklärungen geben, ihn ersuchen, Baron Scheffer in Paris von Allem zu unterrichten, nach Stockholm davon zu melden. Er selbst übersandte an Chambrier (25. Jan.) eine eingehende Darlegung der nordischen Verhältnisse seit dem Proceß Blackwell, der Absichten der Mächte, die dort vereint Schritt für Schritt vordrängen, der mit jedem Tage kritischer werdenden Lage der Dinge; aus dem Allem scheine sich zu ergeben, daß ein verabredeter Plan gegen Schweden vorhanden sei; schwerlich nur, um die gegenwärtige Verfassung aufrecht zu erhalten: so großer Veranstaltungen würde es für eine so winzige Sache nicht bedürfen;[2]) vielmehr scheine es sich um Aenderung der Thronfolge zu handeln, und zwar zu Gunsten des Herzogs von Cumberland, der dann wohl für Rußland eine analoge Veränderung, für Dänemark der Besitz des gottorpischen Holstein folgen werde; darum seien diese Verbündeten, namentlich England, so beflissen, ihn in den Augen Frankreichs zu verdächtigen, ihn als einen Händelsucher, Störenfried, als einen Menschen darzustellen, der nichts als den Krieg wünsche; es komme ihnen darauf an, ihm Frankreich möglichst zu entfremden, damit das, was er dort mittheile, keinen Glauben finde und auf falsche Motive gedeutet werde. Er ermahnte Chambrier, diese Mittheilungen mit der ganzen Vorsicht und Feinheit, die er so oft bewährt habe, anzubringen in der Form, als wenn es sich nur um gegenseitigen Austausch der Anschauungen handle, Alles zu vermeiden, was den Verdacht erwecken könne, als wolle er Frankreich in einen neuen Krieg verwickeln.

Nicht vor drei Wochen konnte Bericht von dem Erfolge dieser

1) Rohd, 24./13. Jan. Darauf mündliche Resolution, 4. Febr.: que le Roi avoit tout lieu d'être surpris de la légèreté d'esprit avec laquelle le C. de Tessin passoit sur les affaires les plus importantes et qu'il voltigeoit quasi d'une affaire à l'autre; unter den Umständen, in denen Schweden sei, solle sich Tessin doch nicht um Polen Sorge machen.

2) Rescript an Chambrier (Klinggräffen), 25. Jan. . . . et je soupçonnerois plutôt de la mauvaise foi dans les procédés que ces puissances ont les unes envers les autres.

Zusendung in Berlin sein. Inzwischen mehrten sich die bedenklichen Symptome von allen Seiten.

Noch standen die russischen Auxiliartruppen in den östreichischen Quartieren; sie sollten erst aufbrechen, wenn die in dem milden Winter grundlos gewordenen Wege in Polen durch Frost fest geworden seien.[1] Noch bedeutsamer war, daß der Kaiser so gut wie die Kaiserin große Geldsummen negociirten, in Hamburg allein 2 Millionen Gulden; auch hieß es, daß sie alle Zahlungen aussetze, selbst die an die Pensionäre, welche auch in den Kriegsjahren immer ihr Geld erhalten hatten, selbst die für die Lieferungen an die russischen Truppen in Mähren. Die Wiener Zeitungen waren voll von den großen Rüstungen Rußlands; auf Graf Barcks Frage nach ihrem Zweck antwortete der Canzler von Böhmen, Graf Harrach: bei allem Respekt vor der Macht Schwedens werde Rußland gegen sie nicht so große Rüstungen nöthig haben; aber die Zarin habe noch andere Nachbarn, so die Türken. Barck erwiederte, die Wüste, die Rußland von den Türken trenne, sei Sicherung genug, und die Hohe Pforte scheine mit ihren Nachbarn im Frieden leben zu wollen. Harrach darauf: die Zarin habe auch noch andere formidable Nachbarn, so den König von Preußen, gegen den sie in der letzten Zeit überdieß Anlaß zu großen Beschwerden gefunden habe; die Kaiserin-Königin werde ihr Möglichstes thun, die drohenden Wirren im Keime zu ersticken, da sonst Östreich endlich auch noch in sie verwickelt werden könnte. Der venetianische Gesandte erfuhr, daß in Ungarn Truppen zusammengezogen werden sollten, wie er meinte, gegen die Republik, die wegen Aquileja mit dem Wiener Hofe im Streit war. Dann erging der Befehl (16. Febr.), daß alle östreichischen Regimenter im Frühling Lager beziehen sollten; die sonst übliche Anzeige davon wurde in Berlin nicht gemacht. Schon erboten sich Frankfurt, Nürnberg, andere Städte, dem Wiener Hofe Recruten zu stellen; Baiern, von dem drei Bataillone gefordert wurden, hatte nicht den Muth, sie zu versagen. General v. Pretlack, der vielbewunderte, ging in geheimer Sendung ins Reich.

Ende Februar schien kein Zweifel mehr möglich, daß sich der Wiener Hof zum Kriege anschickte; und fast eben so gewiß, daß von da aus zum Kriege gedrängt werde, den Rußland beginnen solle. Zu

---

1) Oder nach Rescript, Potsdam 25. Febr. an O. Podewils, nicht eher als bis die Holländer die noch rückständigen Subsidien, 600 000 Gulden, gezahlt hätten.

einem „Auxiliarcorps" von 20000 Mann wurden die Regimenter bereits designirt, da Rußland fürchte von Preußen angegriffen zu werden;[1]) weitere 30000 Mann sollten in der Zips zusammengezogen werden; Fürst Liechtenstein und Feldmarschall Daun, denen das Commando bestimmt war, ließen ihre Feldequipage fertig machen.

Eine zweite Seite der Situation ergab sich aus Klinggräffens Berichten. Er hatte das Vertrauen des genuesischen Gesandten Guastaldi gewonnen, der Schweden durch langjährigen Aufenthalt dort genau kannte; von Pallavicini in Paris war derselbe aufgefordert worden, bei den englischen Ministern eine Ausgleichung zwischen England und Schweden zu versuchen: der französische Hof werde dafür sehr dankbar sein. Newcastle hatte geantwortet: das könne nur auf directem Wege geschehen, und damit abgebrochen; von dessen Vertrautem Stone war erwiedert worden: Schweden habe sich bisher zu schlecht betragen, als daß man zu einem Ausgleich die Hand bieten könne; und Lord Bedford, der andere Staatssecretär und sonst in der Regel anderer Ansicht als Newcastle, meinte: sich jetzt mit Schweden verständigen, würde die Eifersucht der Verbündeten Englands erwecken. Guastaldi meldete das Ergebniß seiner Versuche an Pallavicini mit dem Bemerken: er möge den Freunden in Paris eindringlich machen, daß in der Sache ein Mysterium sei und daß Frankreich wohl thun werde, mit der Reduction seiner Armee nicht weiter vorzugehen, um nicht der Discretion der Engländer und ihrer Verbündeten Preis gegeben zu sein, wenn es die Niederlande geräumt habe.[2])

Die nächsten Berichte Klinggräffens wiederholten, daß die englischen Minister sich gegen ihn wie gegen Andere, die ihnen nicht durchaus unverdächtig seien, auf das Äußerste zurückhielten, nur bemerke man, daß sie häufig und lange mit dem dänischen Gesandten, und Newcastle insbesondere mit dem russischen conferirten. Gegen einen Freund Klinggräffens hatte Newcastle geäußert: „England ist ein Land der Freiheit und es hat noch Geld genug, um die seiner Freunde, die man

---

1) Ministerialrescript an Goltz in Petersburg, 22. Febr.: le tout sous le prétexte de se mettre en défense avec la Russie, laquelle, à ce qu'on repand publiquement à Vienne, devoit extrêmement être inquiète de mes desseins et craindre d'être attaquée de ma part; wie lächerlich jedem Verständigen Rußlands Furcht scheinen muß, à la cour de Vienne on ne laisse pas de débiter ces avis avec une affectation, qui indique visiblement de mystère.

2) Klinggräffen 17./28. Jan. pr. 10. Febr.

unterdrücken will, zu erhalten, wir sind unseren Alliirten treu". Und demselben Freunde hatte der dänische Gesandte, den er um die großen Rüstungen Dänemarks gefragt, sorgenvoll geantwortet: man müsse sich auf einen Sturm, der in der Nachbarschaft drohe, gefaßt machen; so lange der König von Schweden lebe, werde es ruhig bleiben, er persönlich hoffe, daß Alles noch ohne üble Folgen vorübergehen werde. Über die Stimmungen in England bemerkt Klinggräffen: freilich seien die Ansichten noch getheilt; aber der Wille des Königs habe die Dinge so gewandt und die Hofpartei eine solche Superiorität gewonnen, daß die Opposition auch nicht einmal eine Anfrage über die Sendung Legges nach Berlin und ihre Erfolglosigkeit wagen werde.[1])

Dann der Bericht vom 11. Februar. — er war am 24. in Berlin —: die Lage werde täglich ernster; wenn auch die Minister fortführen hartnäckig zu schweigen, so lasse sich doch deutlich erkennen, daß ein Sturm im Anzuge sei; nur scheine noch nicht Alles fertig; daß die 100 000 Pfd. Sterl., auf die der Wiener Hof noch Anspruch zu haben glaube, noch nicht gezahlt seien, werde das Concert, das man, wie es scheine, verabredet habe, nicht aufhalten noch weniger stören; an der Sendung der Escadre in die Ostsee sei nicht zu zweifeln, obschon auch darüber das tiefste Schweigen beobachtet werde; doch höre er aus guter Quelle, daß der Subsidienvertrag mit Rußland noch nicht erneut sei. Man werde erst klarer sehen, wenn die Räumung der Niederlande vollendet sei; während man ihn nach wie vor mit äußerster Kälte behandle, sei man gegen den französischen Gesandten Durand höchst liebenswürdig und zeichne ihn auf alle Weise aus; sichtlich sei es die Absicht, Frankreich zu kirren und hinzuhalten, es gegen Preußen mistrauisch zu machen; „wenn Frankreich sich einschläfern läßt, wird es die Folgen bereuen; der Sturm, der droht, würde bald beschwichtigt sein, wenn es stolz spräche".[2]) Eben das war Friedrichs II. Ansicht. Es galt vorzusorgen. Schon wußte er, daß Rußland große Magazine in Liefland und Finnland anlege, daß Dänemark,[3]) von England mit Geld unterstützt, Hafer und Mehl in Schottland aufkaufe, daß ein

1) Klinggräffen, 20./31. Jan. pr. 11. Febr. 27. Jan./7. Febr. pr. 20. Febr.

2) Klinggräffen, 31. Jan./11. Febr. pr. 24. Febr. Daß der Subsidienvertrag noch nicht erneut sei, sagt auch der Bericht vom 3./14. Febr. pr. 26.

3) Ministerialrescr. an Goltz, 22. Febr.: tous les autres préparatifs guerrriers s'y passent par mer et par terre avec une ardeur à laquelle on n'est guères accoutumé en Danemarc.

vertrauter höherer Officier nach Norwegen geschickt sei, sich zu überzeugen, ob die Rüstungen fertig seien, daß zwei Dragonerregimenter in Seeland Marschordre nach Norwegen hätten: „die Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande werden mit einer Hitze betrieben, an die man in Dänemark wenig gewöhnt ist". Friedrich II. ersah aus Stücken der östreichischen diplomatischen Correspondenz, die in seine Hand kamen: es seien in den Papieren Lestocqs Entdeckungen gemacht, die Preußen compromittirten, die wichtigsten derselben seien mit Courier nach Wien geschickt worden. Bald war in London, im Haag, in Wien die Nachricht verbreitet, daß in diesen Papieren die zwischen Preußen und Schweden geschlossene Übereinkunft zum Angriff auf Rußland von Finnland aus gefunden sei.[1])

Und schon war russischer Seits der Schritt gethan, durch den man, so schien es, endlich in die offene Bahn hinaustrat. Panin hatte am 31. Januar in Stockholm dem Grafen Tessin auf Grund eines Rescripts der Kaiserin, das er ihm vorlas, zu erklären: sie erfahre, daß ein förmlicher Plan gemacht sei, beim Tode des Königs die Verfassung zu ändern; da sie das nach Maaßgabe der Friedensschlüsse von Nystadt und Åbo nicht gleichgültig mit ansehen könne, so werde sie nicht umhin können, im Fall es geschehe, wirksame Mittel zu ergreifen um dem entgegenzutreten. Er überreichte dann die schriftliche Declaration der Kaiserin,[2]) die freilich außer dem von Panin Verlesenen noch den sehr anzüglichen Satz enthielt: die Kaiserin müsse voraussetzen, daß dieser Plan von Personen ausgehe, die sich damit der Verantwortung ihres Verhaltens vor dem Reichstage zu entziehen wünschten.

Bestushew mochte den Grafen Tessin damit zu einer Unbesonnenheit zu reizen gehofft haben. Tessin blieb kühl: er sei in der That erstaunt von einem solchen Plan zu hören, man habe Grund zu glauben, daß da ein Irrthum obwalte, da das Gouvernement, das die innern

---

1) Friedrich II. an Goltz, 11. Febr. . . . comme j'ai la conscience nette sur tous ces prétendus griefs et que je n'ai jamais contenu aucune correspondance ni commerce avec l'infortuné Lestocq . . . Ministerialrescr. an denselben, 11. Febr. obschon keinerlei Beziehung zu Lestocq on soutient le contraire avec affectation à Vienne et on veut à toute force que j'y sois mêlé.

2) Rohd, 31./20 Jan. Panin bat um Entschuldigung, daß er diese Mittheilung nicht mündlich mache, da er nicht hinlänglich die Sprache kenne; die Declaration war deutsch, sie enthielt außer dem Verlesenen noch den Passus: que l'Impératrice devoit supposer, que l'idée de changer la forme du gouvernement en Suède étoit celle de quelques gens, qui seroient bien aises par là de se soustraire à rendre compte de leur conduite à une diète.

Verhältnisse Schwedens kenne, sicher wisse, daß davon nicht die Rede sei, wenn man einige Gerüchte ausnehme, die an den Grenzen Norwegens verbreitet worden seien; das Gouvernement und die Nation hätten auf die Weisheit des Thronfolgers, auf seinen Eid und auf die Verfassung des Landes zu viel Vertrauen, um einen Umsturz der gegenwärtigen Regierungsform zu fürchten und auswärtiger Hülfe für solchen Fall zu bedürfen. Graf Tessin begab sich sofort in den Senat, dort zugleich mitzutheilen, daß er Befehl vom König habe, in dessen und des Thronfolgers Namen dem russischen Gesandten die ihm gewordene Antwort zu bestätigen. Der Senat erklärte seine volle Zustimmung, verordnete die zur Sicherung des Reiches nöthigen Maaßregeln, befahl den Milizen, sich bereit zu halten, um zu ihren Fahnen zu stoßen, da der Thronfolger-Generalissimus, früher als sonst, die Provinzen bereisen wolle; befahl zwei neue Regimenter, ein Marinecorps u. s. w. zu errichten. Wenige Tage später als Panin hatte der dänische Gesandte in Stockholm ein ähnliche Declaration zu machen; es wurde in ähnlicher Weise darauf geantwortet. Sowohl in Circulardepeschen an alle schwedischen Gesandten, wie in einer officiellen Erklärung in den Zeitungen wurden diese Vorgänge zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Eine Wirkung davon war vorerst nicht zu bemerken. Vielmehr lief in Stockholm die Meldung ein — am letzten Februar war die Nachricht davon in Berlin — daß die Bewegung der russischen Truppen an der Grenze von Finnland fortdauere, daß sie mit ganz besonderer Affectation betrieben, daß von dorther verbreitet werde: es verstehe sich von selbst, daß nach Schweden marschirt werden solle, und zwar, um dem Prinzen-Thronfolger die Herstellung der Souveränität zu ermöglichen. Graf Barck meldete aus Wien, daß ihm der Hofcanzler gesagt habe: man fürchte Unruhen im Norden, der kaiserliche Hof sei des Wunsches und bereit, der Krone Schweden hülfreich zu sein.

So im höchsten Maaß unklar waren die Dinge im Norden. Friedrich II. zweifelte nicht, daß die Kaiserhöfe und England, hinter ihnen Dänemark, der Dresdner Hof, die Czartoryski in Polen den besten Willen hätten, es im Norden zu einer Krisis zu treiben, die Preußen mit in ihren Strudel reißen sollte; nur daß ihnen durch Tessins besonnene Antwort ein erster Anlauf misglückt war, ihnen, wenn Schweden bei dem Thronwechsel, der jeden Tag erwartet werden konnte, nichts an der Verfassung änderte, keinerlei Vorwand blieb, gegen Schweden in Action zu treten.

Noch weniger gegen Preußen, das in dem Allianzvertrage von 1747 wohl die Succession in Schweden garantirt hatte, aber nicht Verfassungsänderungen in deren Gefolge. Mochte Rußland mit dem Säbel rasseln, England mit einer Escadre drohen, Östreich „nur in der Treupflicht gegen seine Alliirten" sich formidabel machen, Dänemark vorangeschickt werden, „das Eis zu brechen": — Friedrich II. that ihnen nicht den Gefallen, sich beunruhigt zu zeigen, militärische Vorbereitungen zu treffen, auch nur anfragen zu lassen, was die der Gegner bedeuteten. Wenn Frankreich nur irgend verfuhr, wie es in seinem eigensten Interesse zu müssen schien, so löste sich das dräuende Gespenst der nordischen Krisis in Nebel auf.

Wie aber, wenn Frankreich nicht so verfuhr? Friedrich II. sollte bald sehen, daß man in Versailles noch friedenssüchtiger, schlaffer, gegen Preußen mistrauischer sei, als er gefürchtet hatte.

Freilich noch in den ersten Tagen des Januar hatte St. Severin den Baron Scheffer in einer Gesellschaft zur Seite genommen, ihn zu versichern, daß Frankreich unverrückbar an der Allianz mit Schweden und Preußen festhalten werde, daß es sein eigenes wahres Interesse verkennen würde, wenn es dies System aufgebe; wie könne Frankreich ruhig mit ansehen, was über Schweden und Preußen kommen würde, wenn der ganze Norden der Macht der Gegner verfiel? Würde es nicht auf Frankreich selbst zurückfluthen?[1])

Marquis Valory war seit Monaten auf Urlaub in Frankreich und sein Secretär, Abbé Loise, hatte nicht die Stellung, vertrauliche Mittheilungen an das französische Ministerium zu vermitteln. So war Chambrier damit beauftragt worden; eine erste Nachricht war ihm schon am 2. Januar zugesandt: die beiden Kaiserhöfe hätten ihren Plan auf den gewiß nahen Thronwechsel in Schweden gestellt, aber Chevalier Legge habe vor seiner Abreise versichert, den Thronwechsel werde, wenn man keine Verfassungsänderung vornehme, Niemand stören. Dann am

1) Auf den betreffenden Bericht vom 6. Jan. pr. 15. antwortet Friedrich II. 18. Jan. Das sei nur eine démonstration de politesse, die St. Severin gegen Tessin mache, gegen den er sich in Aachen übel geäußert; die übergroße Freude des Königs über den Friedensschluß, die Chambrier früher geschildert hatte, me semble être un sûr garant que la France ne veut plus se mêler des affaires, si non de celles qui lui sont propres et domestiques, et je crois d'en pouvoir tirer la conséquence que, comme l'Angleterre n'aura pas le ménagement pour la France que celle-ci aura pour l'autre, l'Angleterre sera, avant qu'une année se passera, la maîtresse absolue de toutes les grandes affaires de l'Europe.

4. Januar: man spreche in Wien öffentlich davon, daß eine Krisis im Norden zu erwarten sei, daß dann der Wiener Hof seine vertragsmäßige Hülfe an Rußland werde leisten müssen; Frankreich möge durch seine Gesandtschaften ebenfalls Erkundigungen einziehen und sie nach Berlin mittheilen, damit man sich gegenseitig aufkläre; da Frankreich den Wunsch habe, England seine Beziehungen mit Schweden wieder anknüpfen zu sehen, so werde Preußen gern in demselben Sinn in Stockholm wirken. Puysieulx' Antworten darauf waren flau genug; Schweden müsse sich möglichst ruhig halten; freilich sei der Friede noch nicht vollkommen sicher, des Königs von England Ansichten seien andere, als die Legges u. s. w.[1])

Zugleich mit diesem Bericht Chambriers empfing Friedrich II. jene Meldung von Goltz, daß die Convention zwischen Rußland und England über die 30000 Mann erneut sei.[2]) Er ließ sie sofort Chambrier zugehen, er sandte ihm jene eingehende Übersicht der politischen Lage (25. Jan.); er fügte hinzu, was er durch Ekeblads Mittheilungen über die Conferenzen in Hannover erfahren hatte. Er konnte Antwort darauf um den 10. Februar erwarten.

Jeder Bericht Chambriers bis dahin zeigte, wie man in Paris gegen England kleinlauter, gegen Preußen argwöhnischer wurde. Wenn Chambrier von dem durchaus friedlichen System Preußens sprach, antwortete Puysieulx: „wie oft hat man uns nicht gesagt, von Ihrem Könige sprechend, daß wir eine Natter an unserm Busen wärmten und es noch bereuen würden"; und in den Hofkreisen hatte Chambrier von dem ungemessenen Ehrgeiz des Königs, von seiner Vergrößerungssucht sprechen hören: dieser Fürst halte sich für klüger, als alle anderen, glaube, sie alle dupiren zu können, er werde die Welt, die kaum sich zu beruhigen begonnen, von Neuem in Brand stecken, um sich, auf wessen Kosten immer, weiter zu vergrößern. Dann, auf die Nachricht, daß England eine Escadre in die Ostsee sende, war auf Baron Scheffers Bitte, wenn auch nur Ein Schiff als Gegendemonstration nach Stockholm zu senden, erwiedert worden: der Zustand der französischen Marine gestatte es nicht.[3]) Selbst Lord Sandwichs Rede im Haag nahm man schweigend hin. Freilich hatte Marquis Puysieulx

1) Chambrier, 10. Jan. pr. 19. Jan.
2) Chambrier, 20. Jan. pr. 3. Febr.
3) Chambrier, 27. Jan.

dem dänischen Gesandten v. Bernstorff sein Mißfallen über das Verhalten Dänemarks geäußert, ihm erklärt, daß Frankreich zwar Schweden und Dänemark in gleicher Weise als seine Alliirten ansehe, wie es ja beiden Subsidien zahle, aber daß es im gegebenen Fall der Krone den Vorzug geben werde, welche nicht die Ruhe im Norden störe, und Dänemark werde wissen, in welcher besonderen Beziehung Frankreich zu Schweden stehe.[1]) Er hatte dem Baron Scheffer gesagt, daß er in gleicher Weise den französischen Gesandten in Copenhagen zu sprechen beauftragen werde, hinzugefügt, er möge vermitteln, daß preußischer Seits ein ähnlicher Schritt geschehe. Scheffer unterließ es, darüber an Chambrier Mittheilung zu machen. Und warum machte sie Puysieulx nicht selbst? In der nächsten Unterredung, die er mit Chambrier hatte, erging er sich über die Unwahrscheinlichkeit, daß Rußland mit seinen Truppenbewegungen Ernstes beabsichtige: es sei wohl nur Ostentation, Schweden von einer Verfassungsänderung beim Thronwechsel abzuschrecken, da weder Rußland noch Dänemark eine despotische Macht in Schweden ertragen könnten, die freilich, so fügte er hinzu, einem preußischen Könige wohl zusagen würde, so gut wie uns.[2])

Jede dieser Depeschen war wie eine Antwort im Voraus auf die am 25. Januar abgesandte Darlegung. Nur zu deutlich zeigte sich, daß Frankreich zurückweiche, Preußen vorzuschieben hoffe, vielleicht, wenn sich der Sturm von Schweden gegen Preußen kehre, den Höfen von Wien und London einen glänzenden Beweis seiner Friedensliebe zu geben beabsichtige. Mit jedem Tage wurden die Schritte Rußlands, Dänemarks, Östreichs bedrohlicher, die Stimmung in Schweden besorglicher.

Um so vorsichtiger mußte Friedrich II. verfahren, er durfte nicht daran denken, ohne Frankreich vorzugehen. „Wenn Frankreich sich durch die schönen Worte Englands einschläfern läßt, wird plötzlich die Flamme im Norden aufschlagen und dann hat Preußen mehr nach Wien als nach Finnland zu sehen“.

Jener Aufforderung, ähnlich wie Frankreich den dänischen Hof zu warnen, die ihm durch den schwedischen Gesandten in Berlin gestellt wurde, war er bereit Folge zu leisten, wenn Frankreich die Form der

---

1) Nach dem Ministerialrescript vom 8. Febr. auf Chambriers Depesche vom 27. Jan.

2) Chambrier, 31. Jan. pr. 13. Febr.

Insinuation zuvor mit Preußen Wort für Wort feststellen wolle, so daß von Seiten beider Höfe völlig identische Noten gleichzeitig überreicht werden könnten.[1]) Auf die weisen Bemerkungen des französischen Ministers über die Herstellung der Despotie in Schweden wies er Chambrier (15. Febr.) an, bemerklich zu machen, daß nie eine Souveränität in Schweden ihm so viel werth sein werde, wie die Erhaltung der Ruhe im Norden, daß er darum in Schweden auf das Dringendste empfohlen habe, beim Thronwechsel durchaus nichts an der Verfassung zu ändern, sorgsam Alles zu vermeiden, was Verwickelungen mit den Nachbarn veranlassen könnte; wenn dann trotzdem Rußland Feindseligkeiten beginne, so werde Puysieulx die Güte haben, anzuerkennen, daß nicht Preußen die Ruhe im Norden störe, wie seine Feinde immer von Neuem verkündeten. Er ließ wie vertraulicher Weise hinzufügen: wenn es unglücklicher Weise zum Kriege zwischen Rußland und Schweden kommen sollte, so sei er noch nicht darauf vorbereitet, um sogleich daran Theil zu nehmen, es werde wenigstens noch ein Jahr dauern, bevor er so weit sei, gegen die Feinde Schwedens Diversionen zu machen.[2])

Damit Chambrier völlig klar sehe, fügte er hinzu: er lasse ihn diese Insinuationen machen, damit im Fall eines Bruches zwischen Rußland und Schweden Frankreich nicht von ihm fordere, sogleich mit einzutreten und vorzugehen; wenn dieser verhängnißvolle Krieg wirklich stattfinde, werde er sich so lange als irgend möglich aus dem Spiele halten, er werde es überhaupt lieber sehen, von Frankreich um seine Mitwirkung angegangen zu werden, als aus freien Stücken und muthwilliger Weise einzuspringen, was überdieß seine sonstigen Verhältnisse kaum gestatten würden.

Freilich in Paris rechnete man sehr anders. Frankreich, erklärte Puysieulx gegen Scheffer und gegen Chambrier, werde auf das Pünktlichste seine Subsidien an Schweden zahlen, damit es sich gehörig rüsten

1) Eichel an Podewils, 5. Febr. nach des Königs mündlicher Weisung auf Wulfwenstjernas Antrag. Schon Sommer 1748 hatte Graf Tessin eine ähnliche Einsprache Preußens beim dänischen Hofe gefordert, der König darauf erwiedert: il ne laisseroit pas de paroître ridicule, si je leur faisois faire les insinuations en question, pendant qu'ils n'iroient qu'à la sape et intrigueroient sourdement. Les Danois savent outre cela ce que porte le traité d'alliance défensive qui subsiste entre moi et la Suède, de façon que s'ils ne viennent pas à éclater dans leurs mauvois desseins contre la Suède, il seroit contre ma dignité et même en vain que je leur fisse des remontrances à ce sujet.

2) Rescript an Chambrier, 15. Febr.

könne; es sei Befehl an den französischen Gesandten in Constantinopel geschickt, die Hohe Pforte in Gemäßheit des Allianzvertrages von 1739 zu einem Angriff auf Rußland, sobald es den Krieg gegen Schweden beginne, aufzufordern. Es wurde beschlossen, schon jetzt den Marquis Valory nach Berlin zurückkehren zu lassen; Prinz Conti versicherte, daß Frankreich größere Summen, als man erwarte, nach Schweden senden werde, und wenn auch bei der derzeitigen Lage der Finanzen Baarsendungen Schwierigkeiten hätten: Pâris de Montmartel, der Banquier, werde mit seinem Vermögen und seinem Genie schon zu helfen wissen.

„Man beginnt hier", schreibt Chambrier am 7. Februar, „die Augen zu öffnen; nicht als ob nicht das Friedensbedürfniß äußerst lebhaft empfunden würde, aber man ist doch nicht mehr völlig eingeschläfert; seit acht Tagen sind hier Dinge bekannt geworden, die den Leuten über England die Augen öffnen, namentlich, daß von London verbreitet wird, man stehe schlecht mit Frankreich.

Und doch nur „nicht völlig eingeschläfert", noch weit entfernt, völlig wach und richtauf zu sein! Wurde England, das bisher gegen Frankreich schön gethan, in dem Maaße spröder, als die Franzosen die Barrierefestungen räumten? Nur noch die im Hennegau (Mons) hatten sie. Die Coalition der Gegner Frankreichs, die in den Tagen von Aachen sich fast aufgelöst hatte, war wieder da, wurde sichtlich mit jedem Tage inniger und rühriger, hatte schon die Höfe von Dresden und Copenhagen, an die Frankreich immer noch Subsidien zahlte, so gut wie ganz; und ohne das sichere Gegengewicht Frankreichs waren die vorderen Reichskreise und das corps germanique auf die Dauer nicht im Stande, sich ihrem Einfluß zu entziehen. „Auf die Schwäche Frankreichs stellt die englische Politik[1]) und die der beiden Kaiserhöfe ihre Rechnung". Wollte die Krone der Lilien sich Schritt vor Schritt aus ihrer großen europäischen Stellung zurückschieben lassen? Hatte sie völlig das Gefühl ihrer Machtbedeutung verloren? „Wenn Frankreich, sagt das nächste Rescript an Chambrier (7. Febr.), sich mit ernstem Nachdruck über die Dinge im Norden erklärte, so würde das englische Ministerium sich mehr als einmal bedenken, dort Partei zu nehmen". Und in dem folgenden (14. Febr.), nach der Darlegung, wie die Wetter von allen Seiten drohender aufsteigen: „wenn man

1) Ou plutôt celle du Roi d'Angleterre et de son ministre hanovrien Rescr. vom 21. Febr. auf Chambriers Bericht vom 7. Febr.

erst Schweden abgethan, mich an Händen und Füßen gebunden haben wird, dann werden sie sich gegen Frankreich wenden, das zu demüthigen der alte Gedanke des Londoner und Wiener Hofes ist".[1]) Noch konnte Frankreich mit einer energischen Erklärung all den schwarzen Plänen, die geschmiedet wurden, Halt gebieten; nur der Festigkeit bedurfte es; „aber den Krieg fürchtend, wird der Hof von Versailles ängstlich Alles vermeiden, was ihn mit England brouilliren könnte; er wird vielleicht sprechen, aber zu spät, wenn die Gegner bereits in voller Action sind, und indem er schon zu sehr seine Schwäche offenbar gemacht hat, wird er dem Könige von England alle Mittel lassen, seinen Gewinn davon zu machen. Kurz, ich rechne in dieser ganzen Sache nicht mehr auf Frankreich".[2])

Sonderbar, daß Friedrich II. drei Tage drauf durch den schwedischen Gesandten noch eine Mittheilung von Baron Scheffer erfuhr, es sei im Conseil zu Versailles beschlossen, eine energische Erklärung an England und Dänemark zu richten.[3]) Weder Scheffer noch Puysieulx hatten an Chambrier davon Mittheilung gemacht. Selbst wenn solche Erklärung energischer war, als Friedrich II. erwartete: die Dinge hatten sich bereits auf eine Weise gesteigert oder enthüllt,[4]) daß Declarationen schon nicht mehr ausreichten.

Allerdings zögerte England noch. Mitte Februar hatte der russische Gesandte dort durch einen Courier Weisung erhalten, dem Ministerium anzuzeigen, daß die Zarin die Absicht habe, sofort die Operationen gegen Schweden zu beginnen, ohne den Tod des Königs abzuwarten, — zugleich anzufragen, ob England von der Partie sein wolle; und England hatte vorläufig geantwortet, daß die Escadre in die Ostsee abgehen solle, um dort „weitere Wirren zu hindern".[5])

---

1) Que la France étoit comme un grand arbre auquel on falloit couper les branches avant que de penser à l'abattre. Rescript vom 27. Febr. auf Chambriers Berichte vom 10. und 14. Febr.

2) Rescript vom 27. Febr. an Chambrier: en un mot je ne compte pas dans toute cette affaire-ci sur la France.

3) Rescript an Chambrier, 4. März; Scheffers Meldung war vom 17. Febr.

4) Ministerialrescr. an Klinggräffen, 22. Febr. 1749: les indices d'un complot (der beiden Kaiserhöfe, Englands und Dänemarks) s'augmentent de jour à l'autre à un point qu'on doit attendre en peu de semaines de voir crever la bombe. Folgen die einzelnen Symptome.

5) Friedrich II. an die Prinzeß Ulrike s. d. auf Grund eines eben eingegangenen Schreibens von Klinggräffen aus London vom 21. Febr. pr. 5. März.



Zugleich mit dieser Nachricht erfuhr Friedrich II., daß Rußland in Copenhagen dränge, offen, trotz der französischen Subsidien, die Dänemark noch bezog, für die gute Sache einzutreten, dann in Wien dränge, eine möglichst glänzende Gesandtschaft an den Dänenkönig zu senden, um ihn vorwärts zu treiben; daß in Copenhagen alle Handwerker für Herstellung von Monturen, Feldgeräthen u. s. w. in Arbeit seien, die Transportschiffe für den Nachschub von Truppen nach Norwegen fertig gemacht würden, General Arnold dort sich anschicke, sein Corps campiren zu lassen.

Die östreichischen Lande waren voll militärischer Bewegung. Geld vollauf lag bereit; immer wieder hieß es, daß der Zarin die allianzmäßige Hülfe geleistet werden müsse, sie sei auf das Höchste beunruhigt, fürchte, von Preußen nach dem in Lestocqs Papieren gefundenen Operationsplan angegriffen zu werden. In England meldeten die Zeitungen bald: Friedrich schicke sich an, Maria Theresia zu überfallen, bald: er treibe die Dinge im Norden zum Bruch, um sein Gebiet weiter zu arrondiren. In deutschen Zeitungen, die ihre Weisungen aus Wien empfingen, wurde gemeldet, in den holländischen wiederholt, daß Preußen in Verbindung mit Schweden im Frühling offensiv gegen Rußland vorgehen wolle,[1]) daß es die hessischen, die braunschweigischen Truppen in Sold nehmen werde, daß Rußland in Wien demgemäß die vertragsmäßige Hülfe gefordert habe.

Schon Mitte Februar hatte Friedrich II. die Spur einer neuen Convention, die zwischen den beiden Kaiserhöfen im Werke sei.[2]) Er begann zu argwöhnen, daß ihr Plan, so unglaublich es scheinen mochte, dahin gehe, mit einem russischen Angriff auf Ostpreußen zu beginnen, dem der östreichische auf Schlesien folgen werde. Nach seinen Informationen sollten die beiden russischen Corps in Liefland und Esthland

---

1) Ammon, Haag 11. Febr. 1749: je m'aperçois que la plupart des Régents se confirment dans l'idée que V. M. de concert avec la Suède est intentionnée d'agir offensivement contre la Russie au printemps prochain.

2) Max v. Weingarten, der im Febr. und März in Wien ist, wird durch einen Courier, der am 16. Febr. eintrifft, angewiesen, durch den ihm zugänglichen Canal une copie fidèle de la nouvelle convention que les deux cours impériales ont entr'eux conclue, zu schaffen; er sendet 26. März den Courier zurück; er hatte nur eine (sehr unwahrscheinliche) Copie des angeblichen Vertrages vom 7. Febr. erhalten. Eine Notiz von solcher Convention, oder daß sie im Werk sei, wird Friedrich II aus Briefen von Bernes in Moskau nach Wien entnommen haben, unter den noch vorliegenden intercipirten Briefen datirt keiner vor dem 25. Febr.

mit den durch Polen jetzt heimkehrenden Truppen auf je 40000 Mann gebracht, das gegen Finnland vorgeschobene auf 35000 Mann verstärkt werden, während die Lager, welche die östreichischen Regimenter mit dem Frühling beziehen sollten, so disponirt waren, daß sofort zwei Corps zu je 30000 Mann bei Neustadt in Böhmen und in Schlesien, ein drittes in Ungarn in der Zips formirt werden konnten; und nach den genauen Armeelisten, die ihm vorlagen, hatte Maria Theresia 135000 Mann, 35000 mehr, als im letzten Kriege.[1]) Ferner wußte er, daß in Hannover 18000 Mann zur Disposition standen;[2]) er konnte gewiß sein, daß auch der Dresdner Hof, wenn erst ein Anfang gemacht sei, mit antreten, die Republik Polen in dem beabsichtigten außerordentlichen Reichstage mit sich reißen werde.

Noch immer harrte Friedrich II. der Antwort des französischen Ministeriums auf jene Darlegung vom 25. Januar. Endlich nach mehr als vierzehn Tagen hatte sich Puysieulx gegen Chambrier geäußert: „was auch immer Bestushew im Sinne habe, der König könne nichts Besseres thun, als die Dinge ruhig kommen lassen und deutlich zu erkennen geben, daß er den Frieden im Norden wünsche, und daß er ihn mit ganzer Macht aufrecht erhalten werde; Schweden werde, wenn man es angreife, Verbündete finden, die es nicht verlassen würden; und wenn Preußen selbst, was er Mühe habe zu glauben, angegriffen werden sollte, so werde es Freunde finden, die ihm beistehen würden;“ und wie die flauen Wendungen weiter lauteten.[3]) Wenige Tage später hatte Puysieulx geäußert, wenn es mit den Wettern, die Schweden zu bedrohen scheinen, Ernst wird, so werde Frankreich Mittel finden, die Pforte in Action zu bringen, in Gemäßheit ihrer Defensivallianz mit Schweden; auch der beabsichtigte außerordentliche Reichstag in Polen sei nicht zu fürchten, da Frankreich dort Einfluß genug habe, es dem

---

1) Rescr. an Chambrier, 11. März 1749: j'ai reçu des listes exactes de son armée u. s. w.

2) Die Angabe über die hannövrischen Truppen ist dem Rescr. an Chambrier v. 15. März beigelegt; sie beruht auf den Listen der Reduction der hannövrischen Truppen, die Prinz Ferdinand von Braunschweig von seinem Bruder, dem regierenden Herzog erhalten hat (Wolfenbüttler Archiv).

3) Chambrier, 21. Febr. pr. 5. März. Puysieulx schließt: notre plan est fait et nous savons ce que nous ferons, si on nous oblige de faire la guerre de nouveau .... pourvu que nous nous conduisions bien, et ceux qui voudroient troubler la paix, ne puissent pas croire que nous les craignons, vous pouvez compter, qu'ils se garderont bien de recommencer la guerre.

Dresdner Hofe, trotz des Beistandes von Rußland, unmöglich zu machen, Alles durchzusetzen, was er wolle; „wir werden, wenn es sein müßte, nach diesem Plan weiter arbeiten, so weit als sich Ihr König zu unserem System, das ja zumeist auch das preußische sein muß, halten wird; er wird sich durch unser Verhalten überzeugen, daß wir Alles, was von uns abhängt, thun werden, um ihn und Schweden aufrecht zu halten; wir haben Truppen genug bei der Fahne behalten, um im Stande zu sein, uns nicht überraschen zu lassen, und wir werden sie, wie es die Umstände fordern, in kurzer Zeit vermehren können".

Was der Minister meinte, zeigt die nächste Unterredung: wir werden die Schweden so mit Geld versehen, daß sie im Stande sind, für ihren König das zu thun, was ihnen nach dem Plan obliegen wird, den Schweden und Preußen mit einander feststellen werden; wir werden in denselben mit eintreten, so weit unsere Kraft und unsere Lage es uns erlauben: denn offen gestanden, wir werden einem Bruch so lange als irgend möglich ausweichen; unter welchem Titel könnten wir jetzt in Deutschland einrücken, ohne uns das ganze Reich auf den Leib zu ziehen; und eben so wenig haben wir nach geschlossenem Frieden einen Vorwand, in Brabant einzurücken.[1])

Friedrich II. beauftragte Chambrier, dem Minister alles Verbindlichste für ihn und seinen König zu sagen.[2]) Er hatte schon am 5. März die Nachricht, daß die Russen in London erklärt hätten, sie würden in Action treten, ohne den Tod des Königs von Schweden abzuwarten.[3])

Es schien Gefahr im Verzuge. Noch war Friedrich den Nach-

1) Chambriers Bericht vom 28. Febr. Noch deutlicher spricht die Instruction ür Marquis Valory (im Pariser Archiv): rien ne seroit plus dangereux dans les circonstances présentes que de se livrer à entrer avec les Ministres à Berlin dans des discussions politiques sur ce que le Roi fera ou ne fera pas im Fall eines Bruchs im Norden. Der König von Frankreich sei weit entfernt de vouloir adopter trop précipitément toutes les idees vagues ou mal digérées qu'on pourroit lui (dem Valory) présenter . . .

2) Rescr. Chambrier, 8. März: je vous recommande de ne dire que des politesses et choses obligeantes au Marquis de Puysieulx tant à l'égard du Roi son maître que sur sa personne.

3) So Klinggräffen, London 21. Febr. pr. 5. März. Und der König sagt in einem Rescript an ihn, 12. April: je me suis tenu tout coi et tranquille et je n'ai remué en aucune façon si non quand je reçus l'avis de la déclaration que la cour de Russie u. s. w.

barn um die wirkliche Kriegsbereitschaft voraus. Er mußte sich darauf einrichten, ohne Frankreich, mit eigner Kraft den Angriff zu bestehen, mit dem er bedroht schien. Sofort war der Operationsplan, wie der Zweck und die Sachlage ihn forderten, fertig.

In diesen Tagen kam ihm das Erbieten zahlreicher polnischer Magnaten der antirussischen Partei, das Herzogthum Curland einem seiner Brüder zu übertragen: sie seien bereit, zu dem Zweck eine Liga zu bilden, der sich ohne Zweifel der größte Theil der Republik anschließen werde. Er lehnte den Antrag als wahrer Freund Polens mit dem verbindlichsten Dank ab: „er habe nicht den Ehrgeiz, den Frieden Europas zu stören und über die Republik die Schrecknisse eines Kriegs mit Rußland zu bringen, um sich zu vergrößern; er ersuche sie, den Plan völlig aufzugeben".

Also entschieden nichts von einer Offensive. Am 6. März wurde den Regimentern in Berlin bei der Parole bekannt gemacht, zum 16. April ihre Beurlaubten einzuberufen, ihre Cantonnisten und die Übercompletten der Compagnien einzuziehen, ihre auf Werbung ausgeschickten Officiere und Unterofficiere zurückzurufen, die nöthigen Remonten für die Cavalerie zu beschaffen, sämmtlich sich fertig zu halten, um auf die erste Ordre zu marschiren.[1]) Alle Welt, Civil wie Militär, hatte in der Gewißheit tiefen Friedens gelebt; dieser plötzliche Ruf „an die Gewehre" fuhr wie ein Sturm durch die Stadt und das Land.

An demselben 6. März gab der König den Feldmarschällen Fürst von Dessau und Graf Schwerin Befehl, nach Potsdam zu kommen; er habe ihnen „über nothwendige und pressante Sachen zu sprechen".[2]) An den General der Infanterie v. Lehwaldt in Königsberg erging eine Ordre und geheime Instruction, welche die militärischen und politischen

1) Aus Choteks Schreiben an Graf Bernes, Berlin 11. März und Jessens Schreiben an Obrist Cheusses in Moskau, 11. März. Chotek sagt: vom Höchsten bis zum Niedrigsten ist hier Jedermann über diese plötzliche Anstalt betroffen, und wiewohl der fast allgemeinen Sage nach, wenn es zu Thätlichkeiten kommen sollte, selbige Rußland treffen sollten, so bin ich doch wegen der größten Verschlossenheit und impenetrantesten Secreto, mit dem hier Alles betrieben wird, noch nicht im Stande, zu beurtheilen u. s. w.

2) Der Befehl an Schwerin liegt nicht vor; er ergiebt sich aus dem Bericht Choteks an die Kaiserin, 15. März.



Entschlüsse des Königs völlig klar erkennen läßt.[1]) Nach allen einkommenden Nachrichten, sagt er, müsse er erwarten, daß im Frühling die Russen wie Finnland, so Ostpreußen, die Östreicher zugleich Schlesien und die hiesigen Lande angreifen würden. „Bei solchen ganz besonderen Umständen, da ich nicht alle meine von einander liegenden Provinzen zugleich decken kann, wofern ich nicht dadurch Alles verlieren will, sehe ich mich genöthigt", wenn ein russisches Corps zum Angriff auf Preußen anrücken und die Östreicher zugleich in Action treten sollten, die sämmtlichen Regimenter und deren Cantonnisten aus Preußen zu ziehen, so wie alle Kriegsvorräthe, alle Cassen, möglichst alle Pferde, alle Collegien u. s. w.; nur das Garnisonregiment von Königsberg soll dort bleiben und wenn Lehwaldt die Ordre zum wirklichen Ausmarsch erhält, mit je einem Drittel davon die Citadelle von Pillau, die Citadelle von Königsberg, Memel besetzt, dort aller nöthige Vorrath für ein Jahr aufgehäuft werden. Zur Ausführung dieser Maaßregeln wird dem General Lehwaldt „das völlige Commando über alle Regimenter nicht bloß, sondern auch, sobald es nöthig sein wird, über sämmtliche dortige Collegia gegeben". Den „dortigen von Adel, den Landeseinwohnern und Landleuten soll dann bekannt gemacht werden, daß sie sich bei solchem Unglück nur ganz ruhig verhalten sollen, mit der Versicherung, daß S. M. sie gewiß nicht abandonniren, sondern suchen werde, zu rechter Zeit ihnen mit allem Nachdruck zu Hülfe zu eilen" u. s. w. Dem General wird die tiefste Geheimhaltung dieser Weisungen empfohlen, es wird ihm aufgegeben, sich für den Übergang über die Weichsel mit allem Nöthigen an Prahmen, Schiffen, Barken so zu versehen, daß er denselben mit allen Truppen, Wagen, Pferden u. s. w. in vier, höchstens sechs Stunden bewerstelligen kann, und über die dazu getroffenen Anstalten zu berichten.

Also Ostpreußen war der König gemeint, vorerst der russischen Invasion preiszugeben, um seine ganze Kraft gegen Östreich zu concentriren. War die Convention zwischen den beiden Kaiserhöfen ge-

1) Die drei Weisungen an Gen. Lehwaldt vom 6. 8. 10. März in der Pol. Corr. VI p. 406. 419. 421. Von den nach Schlesien erlassenen Weisungen hat sich nur die an den Staatsminister Grafen Münchow vom 8. März erhalten, aus der erhellt, daß ihr eine erste, wohl vom 6. März vorausgegangen ist: aus Polen Hafer in die Magazine zu schaffen, dafür zu sorgen, daß er „die Artillerie und Proviantpferde sammt anderen Sachen, so aus Oberschlesien geliefert werden, sofort an Ort und Stelle zusammenhaben könne, bevor noch ein Feind im Stande sei, in Oberschlesien einigen Hinderung zu machen".

schlossen, wie er nach seinen Informationen annehmen durfte[1]) und, um sicher zu gehen, annehmen mußte, so zeigt die Weisung an General Lehwaldt, daß er an dem Wiener Hofe, wie sehr derselbe auch vermeiden wollte, unmittelbar betheiligt zu scheinen,[2]) seinen eigentlichen Feind und den gefährlicheren sah. Wie er dann, wenn die Russen anrückten und einrückten, weiter zu verfahren, wie und wo er dem östreichischen Heere zu begegnen gedachte, hat er nicht angedeutet.[3]) Vielleicht, daß seine offenen und raschen Maaßregeln die Übermüthigen stutzen machten.

Er wies am 10. März das auswärtige Amt an, den preußischen Gesandtschaften „in unchiffrirten Depeschen" zu melden: „da des Königs Nachbarn auf allen Seiten anrücken, habe S. M. angemessen gefunden, sich auch in einen gewissen Defensionsstand zu setzen, um nicht die einzige Macht zu sein, die in Blöße bleibe, und nicht überrascht werden zu können; das sei die einzige Ursache seiner Vorbereitungen, die zu Niemandes Offensive geschähen, da S. M. des festen Vorsatzes sei, so viel an Ihr liege, mit Ihren Nachbarn in Frieden und Ruhe zu leben".

Die Haude'sche Zeitung in Berlin brachte am 15. März an erster Stelle einen Artikel desselben Inhalts,[4]) er machte die Runde durch die Zeitungen in und außer dem Reich.

Nach Schweden erging von Berlin der dringende Rath, sich auf Alles gefaßt zu halten, da von Frankreich nicht viel Trost zu hoffen

---

1) Friedrich II. an die Kronprinzeß von Schweden s. d. (5. März): je compte de recevoir le traité que les Autrichiens ont fait avec les Russes et je vous l'enverrai dès que je l'aurai reçu.

2) Rescript an O. v. Podewils, 15. März: vous pouvez être assuré que si la cour de Vienne pense de me surprendre, elle comptera sans son hôte; quoiqu'il paroisse d'ailleurs qu'elle voudra donner à ses entreprises contre moi la tournure qu'elle n'auroit point été l'agresseur.

3) Außer in einer eigenhändigen ordre de bataille aus dieser Zeit: 27 Bat. und 50 Esc. unter dem Prinzen von Preußen und FM. Schwerin, 61 Bat.. 141 Esc. in Schlesien unter dem König, 63 Bat. 85 Esc. unter FM. Keith gegen Sachsen. War die Aufstellung defensiv gedacht, so deckte Keith gegen Sachsen und Hannover zugleich; wenn offensiv, so hatte er elbaufwärts gegen Prag zu agiren.

4) Nach der Weisung, die durch Eichel am 12. März an den Minister v. Podewils gesandt wurde; das exposé des motifs in der Utrechter Zeitung v. 25. März ist eine Fälschung; in seiner Entschuldigung beruft sich der Redacteur Prof. Limiers darauf, daß die geschriebene Hamburger Zeitung (les manuscrits de Hambourg) von dem Artikel als von einer déclaration gesprochen hätte, und um mehr als andere Zeitungen zu bringen, habe er daraufhin dies exposé componirt.

sei, kaum mehr als schöne Worte und etwa Subsidien, deren Zahlung vielleicht recht unregelmäßig erfolgen werde; Schweden müsse auf alle Fälle bereit und wenigstens so gerüstet sein, die ersten Stöße auszuhalten, um nicht gleich bei dem ersten völlig über den Haufen zu fallen;[1]) noch sei Alles dunkel und völlig unberechenbar.

Daß Preußen unter Gewehr trat, machte zunächst das Gewirr nur wirrer und hastiger. Aber es war ein Anfang, unter all den Velleitäten, Lügen und Ostentationen eine ernsthafte Thatsache, mit der jeder, den es anging, rechnen mußte.

Mit der Mobilmachung erhielt auch diplomatisch die Stellung Preußens bestimmtere Accente.

Zunächst Frankreich gegenüber. Nach den letzten Berichten Chambriers (1. März) war die beabsichtigte „vigoreuse Declaration" an England und Dänemark noch nicht abgegangen; Puysieulx schien „eine Art inneren Widerstrebens" dagegen zu haben; „er giebt vor, daß ein solcher Schritt zu sehr nach Drohung schmecken würde, zumal, wenn man die Erklärung schriftlich mache".[2]) England, versicherte er, sei durchaus weit entfernt, den Krieg zu wollen, und wenn sich nur jeder vorsichtig halte, so habe es für den Norden keine Gefahr; „sie fürchten", fügt Chambrier hinzu, „den Krieg außerordentlich, der König am meisten; sie glauben, daß E. M. ihn wolle und suche".[3])

In den ersten Märztagen begann Puysieulx gegen Oberst Yorke, Durand in London gegen Newcastle Andeutungen zu machen, die Frankreichs Interesse an der Erhaltung des Friedens bezeichneten, ein gleiches bei England voraussetzten. Die allgemeinen Versicherungen Englands beruhigten nicht hinlänglich, die Verhandlungen in Paris und London wurden fortgesetzt; endlich erklärte Durand: Frankreich hoffe, daß dem Ausbruch von Unruhen im Norden noch vorgebeugt werden könne; sollte es wider Erwarten nicht gelingen, so kenne man in London die Verträge, die Frankreich mit Schweden habe, und

---

1) Rescript an Rohd, 18. März: elle n'a qu'à imiter mon exemple qui suis à présent après à me mettre dans un état de défense qui ne saura ombrager personne, mais qui me garantira de toute surprise.

2) So hatte Baron Scheffer an Wulfwenstjerna nach Berlin geschrieben; Podewils an den König, 13. März.

3) Chambrier, 7. März.

Frankreich werde dann nicht umhin können, seinen Verpflichtungen nachzukommen.[1])

Dreister war man in Copenhagen aufgetreten. Dort hatte man, wenigstens nach Puysieulx' Mittheilung an Chambrier,[2]) mündlich erklären lassen: die offensiven Rüstungen Dänemarks seien dem Subsidientractat zuwider, Frankreich werde der Krone, die angegriffen werde, beistehen. Von dem, was darauf Bernstorff in Paris, Schulin in Copenhagen geantwortet hatte, war gegen Chambrier geschwiegen; dieser erfuhr von Baron Scheffer, es sei im Conseil beschlossen worden, die Subsidien so lange an Dänemark nicht zu zahlen, bis man klarer sehe; und Schulin habe erwiedert: der König von Dänemark werde nicht dulden, daß ein Prinz, wie der Thronfolger, ebenso große Rechte auf den schwedischen Thron zu haben glaube, wie der Dänenkönig in Anspruch nehme.[3]) Dänemark steigerte mit Ostentation seine Rüstungen, verdoppelte die Zahl der Officiere bei dem Corps in Norwegen, ließ Feldbatterien, Carabiner und Feldflaschen für 3000 Mann fertigstellen, begann den Bau weiterer Galeeren, sandte einige Officiere als Kaufleute verkleidet ins Preußische, militärisch zu beobachten. Aber intercipirte Briefe ließen Friedrich erkennen, daß Dänemark noch nicht der Kaiserhöfe sicher und durch Vertrag an sie gebunden sei. Der Schwerpunkt des dänischen Interesses lag nicht im scandinavischen Norden, sondern an der Eider, in der gottorpischen Rivalität. Der dänische Geschäftsträger in Berlin benutzte ein Gespräch mit Podewils, ihn zu versichern, daß Dänemark nicht daran denke, Schweden anzugreifen.[4])

War so die Stimmung in Dänemark, so mußte es möglich sein, wenn der Herzog von Holstein für die Sache Schwedens sein eventuelles

1) Chambrier, 14. März 1749 pr. 28. Die gegenseitige Schlußerklärung giebt Merc. hist. et pol. 1749. I p. 428. Das Datum derselben ist aus den vorliegenden Materialien nicht mehr herzustellen.

2) Chambrier, 3. März 1749 pr. 12. März.

3) Rescript an Chambrier, 15. März und an Rohd, 18. März 1749: je crois qu'il y auroit peut-être encore moyen de raccommoder la Suède avec le Danemarc . . . et je penche assez au sentiment que si la guerre au Nord pouvoit être entièrement prévenue par un sacrifice que le Prince Successeur feroit de sa succession au Holstein, l'on ne devroit point le refuser.

4) Der Minister Podewils an den König, 10. März . . . der dänische Geschäftsträger Jessen habe gesagt: hélas, mon Dieu, nous ne songeons jamais d'attaquer la Suède, il n'y a que nos ennemis qui nous en peuvent prêter le dessein.

Recht auf Holstein zu opfern sich entschloß und Frankreich mit Hand anlegte, den Kaiserhöfen das Instrument, das ihnen „das Eis hatte brechen sollen", zu entwinden.

Es galt, den Hof von Versailles, der sich immer fremder gegen Preußen stellte, es geflissentlich zeigte, um seine Friedensliebe zu dokumentiren, schon auch nach Wien hin zu liebäugeln begann, die Consequenzen seiner Haltung fühlen zu lassen. Hatte man in Versailles die Meinung, daß Preußen, nun es mobil gemacht, die Last der Gefahr auf sich nehmen könne, so wurde Chambrier angewiesen, zu erklären: der König werde sein Verfahren in Betreff des Nordens ganz nach dem Frankreichs regeln, er habe keinerlei andere Engagements mit Schweden als Frankreich; auch er werde sich begnügen, die Höfe, welche Schweden bedrohten, abzumahnen und an Schweden, wie in dem Allianzvertrage vorbehalten sei, seine vertragsmäßige Hülfe in Geld zu leisten; er habe früher mitgetheilt, welche Truppenmassen Rußland marschbereit halte; der russische Gesandte in Berlin sage jedem, der es hören wolle, daß Rußland überdies auf die östreichischen, auf die sächsischen und polnischen Truppen rechne; man möge sich daher in Versailles nicht wundern, wenn er sich geschlossen und fern vom Feuer halte, da er voraussehe, daß, wenn es so weitergehe wie jetzt, die Dinge zu einem verhängnißvollen Ende führen müßten.[1])

Und weiter: Graf Finckenstein, der zum zweiten Minister im auswärtigen Amt designirt war, reiste plötzlich nach Paris, „einer Erbschaft wegen, die er dort zu erheben habe"; er erhielt von Friedrich II. Empfehlungsschreiben an Puysieulx, an den König selbst.[2]) Dieser Besuch des preußischen Staatsmannes war den Herren in Versailles äußerst peinlich:[3]) er komme, um Frankreich mit England zu brouilliren; „die Marquise von Pompadour wird in Verzweiflung sein", fügte Chambrier hinzu.

Und in Berlin waren die Gesandtschaften in nicht minderer Aufregung:[4]) was anders konnte der Zweck dieser Reise sein, als durch Finden-

---

1) Rescript an Chambrier vom 15. März 1749 nach dessen Bericht vom 3. pr. 12.

2) Friedrich II. an Ludwig XV., 8. März, an Puysieulx, 13. März 1749; in diesem die Worte: je vous prie d'ajouter une entière foi à toutes les choses sincères et obligeantes, que le comte de Finckenstein vous dira de ma part.

3) Chambrier, 17. März 1749: man sehe diesen Besuch un peu de mauvais oeil; man sage: voilà encore une finesse du roi de Prusse que ce voyage.

4) Der sächsische Gesandte von Bülow an Debrose im Haag, 15. März. Einige

stein mit dem französischen Ministerium die große Action im Norden zu verabreden, und die nöthigen Punctationen zu machen.

Anders die Wendung, die Friedrich II. England gegenüber nahm.

Unmittelbar nach Eingang von Klinggräffens Meldung vom 21. Februar, daß Rußland in London habe erklären lassen, in Action treten zu wollen, ohne den Thronwechsel in Schweden zu erwarten, war der Armeebefehl vom 6. März erlassen worden. Der nächste Bericht Klinggräffens vom 25. Februar, der am 9. März einlief, brachte weitere bedenkliche Nachrichten: es sei kein Zweifel mehr, daß es sich jetzt darum handle, die in Hannover verabredeten Projecte zum Abschluß zu bringen; bisher habe Bedford sich geweigert, England mit neuen Verpflichtungen zu belasten, es sei darüber bei Hofe gegen ihn eine große Erkaltung entstanden; in der Besorgniß, sein Amt zu verlieren, habe er sich überzeugen lassen, daß das dort Verabredete ganz unschuldiger Art sei; er habe einem Freunde Klinggräffens gesagt, daß der König ausdrücklich befohlen habe, sich auf nichts einzulassen, was über die Defensive hinaus gehe; jetzt werde das in Hannover gemachte Project im Einzelnen geprüft. Der französische Gesandte hatte von Bedford die gleiche Mittheilung erhalten. Von anderer Seite war ihm angedeutet worden, daß die Pläne Preußens Besorgniß erweckten.

Sehr bedeutsam war die Berichtigung, die Klinggräffens nächste Depesche (28. Februar pr. 12. März) brachte: der Defensivtractat, den man jetzt erörtere, sei, wie er erfahre, nicht ein neuer Vertrag, es handle sich um den Beitritt Englands zu der zwischen den beiden Kaiserhöfen bestehenden Allianz von 1746, und man vermuthe, daß es Secretartikel zu derselben gebe; Münchhausen habe lange Conferenzen mit Newcastle und dem östreichischen Gesandten, der häufig Couriere erhalte.

„Klinggräffen wird Recht haben, daß es sich nicht um einen neuen Tractat, sondern um den Zutritt Englands zu dem von 1746 handelt, dem man nur einige Artikel hinzufügen wird". So Friedrichs Ant-

Tage früher hatte Graf Chotek an Ulfeld geschrieben (25. Febr.): „was darin für ein Geheimniß stecken möge, sei zwar bisher unergründlich, aber alles Nachdenkens würdig", in Erwägung, daß dieser Minister einen großen Begriff von den drei nordischen Höfen besitzt und an ihnen als Minister gestanden, zumal da Podewils, Finckenstein und Wulfwenstjerna fast täglich Conferenzen hätten, und Valory, an dessen Rückkehr gezweifelt worden, zum 15. Mai eintreffen werde.

wort am 15. März. Freilich der „reinen Defensive", der „unschuldigen Allianz von 1746" gaben die russischen und östreichischen Kriegsvorbereitungen eine sonderbare Illustration, und wenn derselben auch England beitrat, wenn ihr auf diesen Anlaß Secretartikel beigefügt wurden, die vielleicht schon in Hannover verabredet waren, wenn zu den Armeen Östreichs, zu der Armee und Flotte Rußlands und Dänemarks auch eine englische Flotte daher kam, so war die Gefahr da, auf deren mögliches Eintreten die Instruction für General Lehwaldt erlassen worden war.

Der nächste Bericht Klinggräffens vom 7. März (pr. 16. März) schien noch einen Zweifel zu lassen: einer seiner Freunde habe Newcastle beglückwünscht, daß die Evacuation Belgiens glücklich beendet sei, hinzugefügt, man sage, daß es im Norden bedenklich stehe, und daß England eine Flotte dahin senden werde; darauf Newcastle „mit seiner gewöhnlichen Lebhaftigkeit": wenn nur der König von Preußen nicht den Anfang mache, Wirrwarr zu stiften, so könne die Ruhe dort erhalten werden; aber da derselbe seine Streitkräfte vermehre, müsse man aufpassen. Auf des Freundes Entgegnung: für den König von Preußen wolle er einstehen, habe Newcastle das Gespräch auf andere Dinge gelenkt. „Also man will hier die Schuld der Wirren im Norden auf E. M. wälzen und mit diesem Vorwande den Eintritt in die Allianz der Kaiserhöfe zur Annahme bringen".

Das Lügensystem, den Höfen von Wien, Moskau, Dresden bisher die wirksamste Waffe, auch von der hannövrischen und sächsischen Clique in Georgs II. Umgebung nichts weniger als verschmäht, schien in Begriff, „das freie England" vollständig zu beschwindeln, um es dann blindlings Subsidien für die „gute Sache", für die „Rettung des Protestantismus", für die „Erhaltung des europäischen Friedens" bewilligen zu lassen.

Gewiß nicht das Volk von England, das schwer genug den Druck der furchtbar angeschwollenen Staatsschuld empfand, war zu neuen Kriegslasten aufgelegt, um so weniger, da Holland bei seinem tiefzerrütteten Zustand an neuen Subsidienzahlungen sich schwerlich betheiligt hätte. Und der erste Lord des Schatzes, Pelham, hatte, wie sehr sein Bruder ihm zürnen mochte, bisher unweigerlich an dem Gedanken festgehalten, der in des Königs Thronrede (9. December) ausgesprochen worden war, daß die Herstellung der Finanzen die erste und dringendste Aufgabe sei.

Noch hatte das Conseil Newcastles Politik nicht angenommen; es galt die öffentliche Meinung in England gegen sie zu kehren und den Gegnern Newcastles in die Hand zu arbeiten. Friedrich II. entschloß sich, seinem königlichen Oheim gleichsam persönlich in den Weg zu treten, nicht feindlich, nicht als Bittender, sondern mit der offenen und einfachen Darlegung der Situation, die „nur durch Misdeutungen und gegenseitigen Argwohn bis hart an den Rand einer großen europäischen Katastrophe getrieben und geführt sei", mit der ausgesprochenen Voraussetzung, „daß sie beide das gleiche lebhafte Interesse beseele ihren und allen Staaten den Frieden zu erhalten" und darum den Wirren im Norden vorzubeugen. Wenn die Nachbarn Schwedens glauben machen wollten, daß dort gefährliche Dinge gegen sie geplant würden, so sei der König von England von zu hoher Einsicht, um nicht auf den ersten Blick die Grundlosigkeit solcher Unterstellungen zu durchschauen; wenn man von Verfassungsänderungen spreche, die der Prinz-Thronfolger beabsichtige, so sei die Erklärung, die der schwedische Senat und der Thronfolger jüngst darüber an Rußland gegeben hätten, so klar, so positiv und so weise, daß sie den bei der Erhaltung der Verfassung betheiligten Mächten nichts zu wünschen übrig lasse; endlich die allbekannte Defensivallianz, in der Preußen mit Schweden stehe und der Frankreich beigetreten sei, habe nicht das Geringste mit Neuerungen in der Regierungsform Schwedens zu thun, aber sie verpflichte ebenso Preußen wie Frankreich, die jetzt bestehende Succession aufrecht zu erhalten, und die drei alliirten Kronen, sich gegenseitig gegen jeden, wer er auch sei, zu vertheidigen. „Verhüte Gott, daß ich so schwarze Pläne befreundeten Mächten zutrauete; aber ich bitte E. M., Ihre Bemühungen mit den meinigen zu vereinen, um beide Parteien zu den Aufklärungen zu führen, die beiden in gleichem Maaße zum Heil gereichen werden. Ich bitte E. M., allen diesen Punkten Ihre Aufmerksamkeit zu widmen, und Ihren Einfluß und Ihre guten Dienste zu verwenden, um ein Feuer auszulöschen, das unter der Asche glimmt und, wenn es ausbricht, ganz Europa in Flammen setzen wird. Ich bin bereit und erbiete mich, auf alle Maaßregeln einzugehen, die E. M. geeignet finden werden den Frieden zu erhalten, überzeugt daß auch S. Allerchristlichste Majestät, der wie uns der Friede Europas und die Ruhe des Nordens am Herzen liegt, Ihre Bemühungen gern mit den unsrigen vereinigen wird; es bietet sich E. M. die schönste Gelegenheit, den Ruhm Ihrer Regierung zu vermehren, das Glück Ihrer Staaten zu erhalten und von dem auf-

richtigen Verlangen, das Sie beseelt den Frieden Europas zu sichern, erneute und authentische Beweise zu geben".[1])

Das Schreiben konnte Ende März in London sein; es sollte unter den verbindlichsten Formen überreicht, auch den Ministern mitgetheilt, vierzehn Tage später in den Zeitungen veröffentlicht werden. Es mußte sich zeigen, wie es auf den König, am Hofe, in der öffentlichen Meinung wirken werde.

Die nächsten Wochen brachten noch drohende Momente genug. Selbst in Holland erhoben sich Stimmen für den von London und den Kaiserhöfen gewünschten Eintritt in die Coalition. Daß der Hof von Turin den Wunsch andeuten ließ, mit Preußen in Defensivallianz zu treten, zeigte den schwellenden Einfluß der nordischen Krisis.[2]) Mochte der König von Dänemark mit der Ankündigung, daß er demnächst einen Gesandten nach Berlin senden werde, erkennen lassen wollen,[3]) daß die Kaiserhöfe ihn noch nicht ganz hätten, um so ungestümer schien Rußland, um so hoffärtiger der Wiener Hof zu werden; beide drängten in Dresden um den Eintritt in die Allianz, boten die polnische Thronfolge und für den Prinzen Xaver Curland als Preis.[4]) Und Pretlacks Sendung ins Reich schien zu wirken; Darmstadt, Fulda, andere kleine Fürsten erboten sich dem Kaiser Rekruten zu stellen.[5])

Dem gegenüber schien es Friedrich II. wünschenswerth, daß die deutschen Fürsten, welche die Absicht ausgesprochen, eine Union zu schließen, damit fertig würden, „damit er hinzutreten könne".[6]) Er stellte seiner Schwester in Schweden einen Feldzugsplan für Finnland zu, vom FM. Keith entworfen, der früher die russische Armee in Finnland geführt hatte; er gab dem General Lehwaldt in Königsberg neue speciellere Weisungen (9. April),[7]) wie zu verfahren, wenn die Russen ihren Marsch auf die Festungen Memel und Pillau, auf Tilsit richteten. In der Überzeugung, daß wenn der Kampf im Norden ausbräche, im nächsten Jahr der allgemeine Krieg da sein werde, ließ er Chambrier wissen, daß

1) Des Königs eigenhändiges Concept ist vom 18. März, es ist am 22. März abgefertigt, am 4. April in Klinggräffens Hand, am 10. April in Audienz überreicht.

2) Bericht von Ammon, Haag 11. März, daß Chavannes ihm in diesem Sinn gesprochen. Darauf Rescript, 22. März, und Weiteres im Rescript an Podewils, 4. April.

3) Rescript an Podewils, 4. April.

4) Rescript an Voß in Dresden, 4. April.

5) Bericht von Graf O. Podewils, 19. März.

6) Friedrich II. an Podewils, 4. April.

7) Rescript an Rohd, 4. April.

man Frankreich veranlassen müsse ein Lager bei Givet zu bilden, „um Hannover und vielleicht Dänemark im Schach zu halten“.[1])

Aber die Wolken begannen sich zu lösen, schon am 10. April sprach Friedrich II. die Hoffnung aus, daß das Wetter nicht zum Ausbruch kommen werde.[2]) Mit dem Ausgang des Monats war die Gefahr bis auf Weiteres vorüber.

Wie viel Friedrich's II. militärische Anordnungen und sein vorsichtig bemessenes politisches Verhalten, wie viel andere Umstände dazu beigetragen haben mochten, die hochgemuthen Anläufe der hannövrischen Coalition und derer, die gern mitgelaufen wären, endeten in schlecht maskirten Reculaden, sauersüßen Rechtfertigungen, gegenseitigen Mißstimmungen und schärferer Erbitterung gegen Preußen.

Aus der „Herstellung des alten Staatensystems“, welche die nächste Wirkung der Aachner Generalpacification hatte werden sollen, wurde ein starker Schritt weiter in der Zersetzung desselben.

Diesen Proceß in seinen wichtigsten Momenten zu bezeichnen, bedarf es einer weiteren Erörterung des „hannövrischen Complotts“, und seiner Zusammenhänge, auch solcher, die Friedrich II. erst später, auch solcher, die ihm nie bekannt geworden sind.

Die Krisis im Frühling 1749.

Neuester Zeit sind Bruchstücke aus Gutachten der östreichischen Cabinetsminister veröffentlicht worden, die dem März 1749 angehören.[3]) Veranlaßt waren sie durch Maria Theresias eigenhändige Resolution „auf den Vortrag vom 7. März“; sie hatte, „weil Einige glaubten, daß noch kein systema ergriffen worden und doch höchst nöthig sei, daß aus einem principio und Maaßregeln zu Werke gegangen werde“, Gutachten gefordert, „was nach nunmehr geschlossenem Frieden und[4]) erscheinenden Unruhen im Norden gegen Frankreich, England und dem Reich vor ein systema zu ergreifen wäre.“ Bartenstein hat dann nach der Weisung der Kaiserin aus diesem Gutachten in einem „Auszug“

1) Rescript an Chambrier, 29. März.

2) An Münchow, 10. April.

3) Arneth, Maria Theresia IV p. 268, und Beer, Aufzeichnungen des Grafen Bentinck (Einleitung), geben diese Mittheilungen. Leider führen sie nicht an, was jener Vortrag vom 7. März enthalten und wer ihn gehalten.

4) Man kann schwanken ob hier „und“ oder „in den“ zu verstehen ist.

vom 19. April diejenigen Punkte, in denen dieselben übereinstimmten, zusammengestellt und die Kaiserin dieselben als Norm, „wonach sich künftig zu halten, sowohl in den Berathschlagungen als den Expeditionen", genehmigt.

Nach den Worten der „eigenhändigen Resolution" sollte man meinen, daß der Wiener Hof in den fünf Monaten nach dem Abschluß in Aachen ohne System politisirt habe, gleichsam vor dem Winde treibend. Waren die Verabredungen in Hannover so aus dem Stegreif gemacht, daß jetzt noch oder jetzt erst zu fragen war, wie man sich „gegen Frankreich, England und das Reich" verhalten wolle? Lag Rußland außer dem Kreise der Erwägungen? Und warum war Preußen nicht erwähnt?

In Betreff Rußlands war das „System" seit mehr als zwei Jahren definitiv festgestellt; in dem Interesse gegen Preußen hatten sich beide Kaiserhöfe zusammengefunden.

Das ist der Petersburger Tractat, vom 22. Mai/2. Juni 1746, die „ganz unschuldige" Allianz, von „rein defensiver" Natur, „ohne alle geheimen Separatartikel", so hatten beide Höfe überall, auch in Berlin, versichert, als sie im Herbst 1746 den Tractat mittheilten; sie hatten in London auf ausdrückliche Nachfrage der englischen Minister dieselbe Versicherung in den bestimmtesten Ausdrücken wiederholt.[1])

Und doch liegt unmittelbar aus den Tagen des Abschlusses dieser Allianz das ausdrücklichste Zeugniß über deren Zweck vor. Es ergiebt zugleich, in welchem Maaß Georg II. persönlich bei demselben betheiligt und daß diese Allianz gleichsam das Correlat oder Correctiv zu dem mit Preußen geschlossenen Dresdner Frieden war.

Vergegenwärtigen wir uns die Vorgänge der zweiten Hälfte des Jahres 1745.

Der Tag von Hohenfriedberg zerstörte die Hoffnungen, mit denen die östreichisch-sächsische Armee in Schlesien eingebrochen war, die Ausführung des sog. Leipziger Vertrages zur Theilung der preußischen

1) Pr. Pol. V. 3 p. 131, 291. Der Minister Lord Chesterfield, meldet Andrié 24. Jan. 1747, habe ihm auf seine Ehre versichert qu'il ignoroit absolument qu'il y eût des articles secrets et séparés; er habe den östreichischen und russischen Gesandten, als sie ihm den Tractat überreichten, gesagt: de ne pas faire les choses à demi et que, si on avoit tant fait que de prendre la résolution à Vienne et à Pétersbourg de communiquer le traité en Angleterre, il ne falloit pas lui en rien cacher, worauf beide ganz positiv erklärt, daß es keine Geheimartikel, keine Declarationen zu dem Tractat gäbe.

Länder, in der auch Georg II. seinen Theil zugewiesen erhalten hatte. In der Kaiserwahl, die ohne Preußen und trotz Preußen den Gemahl Maria Theresias an die Spitze des Reiches stellen sollte, suchte man den nächsten Ersatz.

Aber die drohende Landung des Prätendenten erschreckte England, das Vorrücken eines preußischen Corps gegen Sachsen schien auch Hannover zu bedrohen; dort in Hannover schloß Georg II. mit Preußen jene Convention vom 26. August 1745, in der er sich verbindlich machte, Maria Theresia zu einem Frieden zu bestimmen, der bis zum 7. October geschlossen sein sollte, Preußen sich verpflichtete, zur Wahl des Großherzogs Franz seine Stimme zu geben; auf Friedrichs II. Frage, ob auch König Georg II. diesen Vertrag aufrichtig und aus eigenem Entschluß annehme, erhielten die englischen Minister Auftrag, mit den stärksten Versicherungen zu antworten. Es war nur eine Finte, Georg II. verzögerte seine Friedensbemühungen, damit erst Kaiser Franz ohne Preußen gewählt, das preußische Heer bei Sohr umstellt und vernichtet werden könne. Am 13. September erfolgte die Kaiserwahl, am 30. September siegte Friedrich II. bei Sohr.

Geflissentlich hatte Frankreich die Kaiserwahl ungestört geschehen lassen, es suchte sich dem Wiener Hofe zu nähern. Und Rußland, das nicht dem Wiener Hofe, desto enger dem Dresdner verbunden war, sah mit Unruhe die Erfolge Preußens. Es wurde für den Spätherbst ein dritter mächtiger Angriff auf Preußen geplant, ein östreichisch-sächsischer Stoß durch die Lausitz nach Berlin, während die Russen in Ostpreußen, die Hannoveraner über Magdeburg einbrechen sollten; und Frankreich bevollmächtigte seinen Ambassadeur in Dresden zum Friedensschluß mit Östreich und ohne Preußen.

Friedrich II. kam ihnen mit dem Einbruch in die Lausitz zuvor, siegte bei Kesselsdorf, dictirte den Frieden in Dresden, bevor die Russen die preußische Grenze erreicht hatten.

Unmittelbar vor dem Friedensschluß hatte der Dresdner Hof in Petersburg sagen lassen: „er sei der Intention, einen allenfalls aus Noth einzugehenden Frieden nicht länger zu halten, als bis er wieder mit Sicherheit gebrochen werden könne“. An dem Tage, da Graf Harrach in Dresden, der mit Frankreich ohne Preußen hatte abschließen sollen, mit Preußen ohne Frankreich schließen mußte — am 25. December 1745 war General von Pretlack in Petersburg eingetroffen, und schon am 4. März 1746 hatte Maria Theresia den von ihm mit Bestushew

gemachten Entwurf der Defensivallianz mit den geheimen und Separatartikeln in ihrer Hand; sie hatte acht Tage vorher ihm die Vollmacht zur Unterzeichnung übersandt.

Gewiß in Hoffnung auf das, was in London vor sich gehen sollte. Es war in diesen Tagen des Februar 1746, daß Georg II. mit dem Versuch, durch einen dreisten Ministerwechsel den von seinem Gesandten Villiers in Dresden vermittelten Frieden ungeschehen zu machen, scheiterte. „Auf das Äußerste betreten" war Lord Hyndford, der Gesandte in Petersburg, als am 22. März dorthin die Nachricht kam, daß Graf Granville nach zwei Tagen wieder abgetreten sei; nicht minder bestürzt des Königs Minister in Hannover, „die großen Theil an dem Complott gehabt". Und wie in Wien der Schlag empfunden wurde, zeigte das Zögern in der Petersburger Verhandlung; sie kam erst am 2. Juni zum Abschluß.

An die Herren in Hannover hatte Lord Hyndford diejenigen Nachrichten zu senden, die nur seinem Könige zukommen, den englischen Ministern geheim bleiben sollten. Er schrieb dem Präsidenten Grote am 6. Mai 1746, daß jetzt der Abschluß der Allianz nahe sei; die Zarin habe geraume Zeit ihn das Mistrauen empfinden lassen, das sie gegen die englische Politik hege, doch habe General Pretlack sie zu überzeugen verstanden, daß man ihm, dem Lord, persönlich vertrauen könne, und so sei er in das Geheimniß eingeweiht. In seinem nächsten Bericht, 10. Juni, meldet er die Unterzeichnung des Allianztractates, er theilt dessen wesentlichen Inhalt mit; „da der principale Zweck des Vertrages gegen den König von Preußen ist, ihm Schlesien zu nehmen[1]) und dem Ehrgeiz dieses gefährlichen Fürsten Schranken zu setzen, so ist festgestellt, daß, im Fall derselbe das Geringste, von welcher Seite oder unter welchem Vorwand es sei, unternimmt, die Zarin sich verpflichtet, ihn mit 60000 Mann zu Lande anzugreifen und auf den pommerschen und anderen ihm gehörigen Küsten Landungen zu machen, während die Östreicher ihn in den Rücken fassen werden, was ihn nöthigen wird, seine Armee zu theilen". Hyndford fügt hinzu: „Der Kaiser hat schon seinen Beitritt zugesagt; der König, unser Herr, wird als Kurfürst von Hannover zum Beitritt eingeladen werden, mit der Bedingung, daß er

1) Hyndford an den Präsident Grote, 10. Jul. 1746 (hannövrisch. Arch.) mais comme le but principal est contre le Roi de Prusse pour lui ôter la Silésie et pour mettre des termes à l'ambition de ce Prince dangereux . . .

18 000 Mann hannövrische Truppen stellt". Vier Wochen später sandte Hyndford den 4. Geheimartikel, „welcher der wichtigste ist", in vollständiger Abschrift, von den übrigen die Inhaltsangabe; einige Monate später folgten auch diese in Abschrift.

Also die Herren Grote, Steinberg, Münchhausen, durch König Georg unzweifelhaft auch Lord Granville, waren mit den geheimen und Separatartikeln der Allianz von 1746 vertraut.[1]) Im englischen Ministerium blieben sie vorerst unbekannt, ja es bemühte sich fort und fort um eine Verbindung mit Preußen.

Erwägt man, daß der sächsische Legationssecretär v. Funcke in Petersburg der Vertraute des Großcanzlers und in allen geheimsten Verhandlungen dessen rechte Hand war, so kann man für gewiß annehmen, daß durch ihn auch sein hoher Gönner Graf Brühl von dem principalen Zweck dieser Allianz unterrichtet war und demgemäß die Politik seines Herrn regulirte.

Diese Vorgänge von 1746 geben einiges Licht über das, was 1748 in den Conferenzen zu Hannover geschehen ist; und daß 30 000 Mann Russen im Sold der Seemächte auf dem Marsch ins Reich und zum Rhein waren, versprach für die Allianz von 1746 die erste Probe auf die Rechnung zu werden.

Wenn Newcastle, als er im Juli 1748 seinem Herrn nach Hannover folgte, zunächst mit Klinggräffen so sprach, als wenn die durch Legge in Berlin eingeleitete Allianz mit Preußen demnächst zum Abschluß kommen werde, und wenn er dann plötzlich andere Seiten aufzog, mit den hannövrischen Ministern und Baron Wasner unablässig verhandelte, so darf man vermuthen, daß er erst hier, wo er außer dem unmittelbaren Einfluß seines Bruders, Bedfords, des Lordcanzlers, stand, in das Geheimniß der persönlichen Politik seines Königs gezogen wurde, der er sich sofort „mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit und Ungeduld" hingab.

Wenn Robinson von Wien aus nach Hannover kam und demnächst weiter nach Aachen eilte, um Lord Sandwich bei den Schluß-

---

1) Lord Hyndford an den Präsident Grote, 10. Juli 1746: le Roi et la République de Pologne seront pareillement invités, mais si par la forme du gouvernement de la République et par les intrigues du Roi de Prusse cette accession devient difficile ou impraticable, au moins le Roi de Pologne comme Electeur de Saxe sera invité.

verhandlungen zu „unterstützen", so hatte ihm freilich bei seiner Abreise aus Wien Maria Theresia, als er im Auftrag seines Ministeriums von ihr eine definitive Erklärung in Betreff des Friedens, und zwar „innerhalb 48 Stunden" forderte, eine recht lebhafte Scene gemacht, aber ihm schließlich doch eine Formel, in der sie sich mit den Seemächten zusammenfinden könne, mit auf den Weg gegeben.[1])

Und wenn der sächsische Graf Flemming in Hannover mit der größten Auszeichnung behandelt wurde, den vertraulichsten Conferenzen beiwohnte, mit Baron Wasner Hand in Hand arbeitete, so hatte Graf Brühl in ihm, „der ganz in Politik lebte" und das Vertrauen des Wiener Hofes besaß und verdiente, den rechten Mann zur Förderung des „principalen Zweckes", für den die Allianz von 1746 geschlossen war, gewählt.

Hatte der Gang der Dinge in Aachen und das Bedürfniß, zunächst für sich zu sorgen, die Seemächte veranlaßt, mit dem Befehl zum Rückmarsch der Russen, mit der Abweisung der russischen Theilnahme an dem Congreß, mit dem Friedensabschluß ohne Östreich die beiden Kaiserhöfe zu „brutalisiren", so fand Georg II. in dem Zurückgreifen auf die Petersburger Allianz und deren „principalen Zweck" das Mittel, sie zu begütigen, die Zarin dafür, daß sie in Aachen beim Friedensschluß nichts gewonnen, Maria Theresia dafür, daß sie neue Verluste erlitten hatte, ja beiden Aussicht auf Entschädigung zu schaffen, die, wenn die Dinge gut gingen, auch für Hannover, vielleicht auch für den hessischen Schwiegersohn oder den Herzog von Cumberland einigen Profit abwerfen konnte.

Wenn man Frankreichs wache Eifersucht gegen Preußen zu benutzen und zu steigern, wenn man es mit Liebenswürdigkeit „einzuschläfern" verstand, so schien Preußen einem raschen Angriff der beiden Kaiserhöfe erliegen zu müssen, zumal wenn Sachsen und Hannover nachdrückten. Und daß damit das föderative System Frankreichs zerstört war, daß gegen das dann isolirte Frankreich die Mächte des Continents mit England vereint die Übermacht hatten und zu neuem Angriff schreiten konnten, mußte, so durfte Georg II. hoffen, auch seiner Opposition in England Schweigen gebieten und die nationale Stimmung

---

1) Coxe Pelham I. p. 452, 465 von den conciliatory views Maria Theresias, wo man ziemlich klar die Formel des Ausgleichs erkennt.

enthusiasmiren; wie hätte sie nicht den neuen Krieg mit Freuden begrüßen sollen, der die Herstellung der französischen Marine unmöglich machte, ehe sie begonnen war, und das fröhliche Gewerbe der Caperei wieder aufleben ließ; und schon war der junge, stolze, verschuldete Graf Halifax in Nordamerika gelandet, des Gedankens voll, die Grenze Akadiens bis zum Lorenzstrome vorzurücken und das Ohiothal „zum Centrum des britischen Amerika zu machen" trotz des Aachner Friedens.

Daß der Dresdner Hof, so finanziell zerrüttet und militärisch ohnmächtig er war, eifrigst mitarbeitete, verstand sich von selbst; für seine wirkliche Macht, die der Intrigue, Lüge und diplomatischer Schelmenstücke, worin Brühl Meister war, fand dieser in der Action gegen den „bösen Nachbar" eine, ebenso den agierenden Mächten willkommene, wie für ihn selbst wenig gefährliche Verwendung; und daß er zu dem französischen Hof durch den Marschall von Sachsen, durch die Dauphine in einflußreicher Beziehung, daß er zugleich in dessen Subsidien stand, ließ seine Künste in dem geplanten Werk völlig zur Geltung kommen; Frankreich gegen Preußen zu entfremden war Niemand geeigneter als Graf Loß in Paris.

Auch Dänemark hatte an diesen hannövrischen Conferenzen Theil genommen, freilich in höchst verhüllter Weise, die aber um so mehr für des Dänenkönigs Hingebung bürgte; in seinem Auftrag hatte sich der englische Gesandte an seinem Hofe, Titley, nach Hannover begeben; in den Tagen, da Graf Flemming krank war, führte er das Protocoll.[1])

Soviel, um die Coalition, die sich in Hannover bildete, nach ihrer Basis und ihren Zielen zu bezeichnen. Sie war gemeint, das in Aachen Unerledigte und Versäumte sofort nachzuholen.

Erst im Februar 1749 hatte Friedrich II. begonnen, diese hannövrischen Heimlichkeiten für doch mehr als diplomatische Nebelbilder zu halten. Wir sahen, daß er den Anlaß fand, auf eine neue Convention zwischen den beiden Kaiserhöfen zu schließen. Die ihm von vertrauter Hand in Wien beschaffte Inhaltsangabe der Convention, die am 7. Februar in Moskau geschlossen sein sollte,[2]) schien sich im Wesentlichen durch

1) So nach den Erklärungen, die Puysieulx dem Grafen Loß nach Eingang der Rescripte Friedrich's II. an Chambrier vom 27. und 28. Jan. gab; sie sind nach dem 10. Febr. gegeben.

2) Der jüngere Weingarten, der damals in Wien war, hat auf Anlaß einer Weisung aus Potsdam vom 17. Febr. das Nähere über diese Convention von einem

ein Schreiben des Grafen Bernes an den Hofcanzler Ulfeld vom 3. März zu bestätigen, das am 24. März in Friedrichs Hand war; er ersah daraus, „daß das ganze System der beiden Kaiserhöfe auf die Defensivallianz von 1746 gebaut sei, zu welchem sie aber dermalen einen höchst geheimen Secretartikel gemacht hätten".[1]) Also er glaubte noch, daß die Allianz von 1746, wie man aller Orten so heilig versichert hatte, ohne geheime und Separatartikel geschlossen sei, daß man erst neuerdings einen Geheimartikel hinzugefügt habe. Er vermuthete, daß derselbe zwei Punkte enthalte, einmal, daß man beim Tode des Königs von Schweden den Prinzen-Thronfolger bei Seite schieben und einen anderen, der der Zarin genehmer sein werde, nämlich den Prinzen Friedrich von Hessen, an dessen Stelle bringen wolle, sodann daß Östreich dazu helfen, dafür von Rußland in der Wiedereroberung Schlesiens unterstützt werden solle.[2])

Weiter ergab sich aus diesem Schreiben, daß die officielle russische Einladung an England, der Allianz von 1746 beizutreten, in Petersburg im December 1748 von Bestushew und Graf Bernes an Hyndford, dann in London dem englischen Ministerium durch Graf Tschernyschew übergeben worden sei, daß nach dessen Bericht vom 28. Januar der Herzog von Newcastle geantwortet habe: England könne sich bei seinen Engagements mit der Republik Holland in keine neuen Conventionen und Verbindlichkeiten einlassen, ohne sich vorher mit dem Prinzen von Oranien verständigt zu haben, worauf der Gesandte geantwortet: nach

---

Beamten in Ulfelds Canzlei erkundet und am 26. März nach Berlin gesandt; dessen précis, 15 Artikel, sendet Friedrich II. am 4. April an die Kronprinzeß von Schweden sowie an Chambrier. Da Puysieulx Zweifel gegen die Artikel äußert, da sie ohne Datum seien, schreibt Friedrich II. an Chambrier, 26. April: er solle ihm sagen que je lui communiquois ce précis tout comme je l'avois reçu sans avoir permis qu'il en fût chargé une syllabe. Vgl. oben S. 59. Anm. 2.

1) So Eichels Schreiben an den Minister Podewils. Der Wortlaut in Bernes' Depesche, Moskau 3. März ist: er habe dem Auftrage der Kaiserin gemäß das Nöthige an den Großcanzler gesagt „damit vornemlich die schriftliche Vorstellung auf des Königs von England Accession und Prolongationsconvention inclusive des bewußten Separatartikels an Lord Hyndford mit Nachdruck geschehen möge, und ich habe neue Hoffnung und Versicherung, daß solche J. K. K. M. Verlangen gemäß an ihn, Mylord Hyndford gelangen werde."

2) Es liegen bei den Akten zwei Artikel dieses Inhalts von Podewils nach des Königs Wunsch entworfen; sie sollten in die holländischen Zeitungen gebracht werden, um Entgegnungen und vielleicht weitere Aufklärungen damit hervorzulocken. Auf Podewils Bedenken unterblieb die Veröffentlichung.

erfolgtem englischen Beitritt werde Zeit genug sein, auch die Generalstaaten zur Accession einzuladen. Im besonderen Maaß von Interesse mußte es für Friedrich II. sein, daß es in Bernes' Schreiben dann weiter hieß: „von neuem habe der Großcanzler den Wunsch ausgesprochen, daß ein vornehmer östreichischer Gesandter nach Copenhagen abgeordnet werde, auch habe derselbe im Gespräche fallen lassen, daß die russische Kaiserin mit dem undankbaren schwedischen Thronfolger gar nicht zufrieden sei und ihre Intention immer noch dahin gehe, den Prinzen Friedrich von Hessen auf den schwedischen Thron zu bringen".

Also im Anfang März — man hatte da bereits in Moskau die schwedische Antwort auf Panins Declaration — sprach der Großcanzler offen aus, daß ihm nicht sowohl an der Erhaltung der schwedischen Regierungsform, als an der Beseitigung der holsteinischen Succession liege; wie er ja schon Wochen vorher nach London hatte melden lassen, daß Rußland demnächst in Action treten werde, ohne den Tod des Schwedenkönigs abzuwarten.

Sichtlich war der Großcanzler in voller Fahrt; er erließ — wie Bernes' nächster Bericht (10. März, in Friedrichs Hand 31. März) angab — an Tschernyschew Weisung, auf die Abzahlung der 100000 Pfd. Sterl. Subsidien, die Östreich noch zu fordern habe, zu bringen; er stellte dem Lord Hyndford eine Note zu, zu veranlassen, daß England sich beeile, jetzt, wo der dänisch-französische Subsidientractat zu Ende gehe, dessen Erneuerung zu hindern und den dänischen Hof „mit in die gemeinsamen Interessen einzuflechten".[2]) Er entwarf nach Verabredung mit Bernes, dem aus Wien die nöthigen Weisungen, wie „mit der zulänglichen Vorsichtigkeit zu verfahren sei", zugestellt waren, eine Note an Hyndford, England von Neuem „zur Accession zu dem erneuten Bündniß auf das allerfreundlichste" einzuladen; er lehnte es ab, die Erneuerung und Verlängerung des zweiten Subsidienvertrages zu erwähnen, den „der Kaiserin Ehre und Gloire einmal nicht zulasse,

1) Graf Bernes an Graf Ulfeld, Moskau 10. März, in Antwort auf Zusendungen vom 8. und 12. Febr. In Friedrichs Hand war des Grafen Bernes Schreiben um den 31. März, wie das Rescript an Klinggräffen 1. April zeigt.

2) Bernes an Ulfeld Moskau, 25. Febr. schreibt: „ich habe dem Großcanzler das Betragen des dänischen Hofes nicht unbekannt sein lassen, allein derselbe wiederholt mir, daß in Absicht der Umstände die Freundschaft Dänemarks höchst nöthig, mithin J. K. M. . . . verfügen möchte u. s. w.

Project erst Schweden anfassen wollte, um sich dann gegen Preußen zu wenden: Frankreich sei bereits von Preußen aufgefordert, in solchem Fall seiner Verpflichtung nachzukommen, und England habe nach dem Aachner Frieden sowie nach denen von Breslau und Dresden dieselben Verpflichtungen gegen Preußen; Frankreich erbiete sich, wenn England eben so verfahren wolle, eine Declaration zu geben, daß es die Verantwortung übernehme, Preußen sowohl wie Schweden werde gegen niemand, wer es auch sei, irgend etwas thun, was dem Frieden zuwider sei, und es werde, wenn von Preußen oder Schweden etwas der Art geschehe, mit England gemeinsame Sache machen, solche Unternehmung zu hindern.[1])

Und während man noch erwog, wie man auf diese „männliche und vigoureuse Declaration“ — so nennt sie Friedrich II. — ohne offenes Ja oder Nein antworten könne, kam Rußland mit einer noch viel ungelegneren, zu den sehr anders gewordenen Umständen gar nicht mehr passenden: denn in Moskau war der russische Hof immer drei bis fünf Wochen hinter dem zurück, was in Berlin und Wien, in London und Paris vor sich ging.

Die letzten Meldungen, die man dort von Tschernyschew aus London hatte, waren die vom 3. und 7. März, „ziemlich vergnügliche Nachrichten“, wie Bernes aus Moskau 28. April schrieb: die 100000 Pfd. Sterl. für den Wiener Hof seien bewilligt, für die Accession Englands zur Allianz von 1746 die beste Aussicht, auch sei der englische Gesandte in Constantinopel angewiesen, den französisch-schwedischen Intriguen dort entgegenzuarbeiten. Freilich war in Moskau zugleich aus Wien die Nachricht eingelaufen, daß Frankreich und England Erklärungen in Betreff der Erhaltung der Ruhe im Norden austauschten, — jene ersten vom Anfang März,[2]) — und daß der französische Minister dem Grafen Loß in Paris in demselben Sinne Warnungen zu vertraulicher Mittheilung nach Wien habe zukommen lassen.

Bestuschew hatte bereits eine Wendung gefunden, trotzdem weiter zu gehen. Die schwedische Antwort auf Panins Declaration — sie war Anfang März in Moskau — sei, sagte er, ganz gut, aber sie

---

1) Das ist die déclaration mâle et vigoureuse, die Friedrichs II. Reskript an Minister Podewils, 22. April, meint.

2) Bernes an Ulfeld, 14. April, auf den ihm zugesandten Bericht des östreichischen Gesandten im Haag Graf Reischach, 4. März.

gebe noch keine Sicherheit.[1]) Es nahte die Jahreszeit, wo man ins Feld rücken konnte; dem Canzler schien es an der Zeit, in Wien und bei den anderen Verbündeten jetzt in aller Form „die allianzmäßige Hülfeleistung schon im Voraus zu fordern".[2]) Couriere mit den nöthigen Weisungen an die Gesandtschaften in London und im Haag, in Copenhagen und Dresden passirten am 18. April Berlin. „In Ansehung der schwedischen Angelegenheiten", schrieb Bernes am 17. April nach Wien, „fangen hier die Geschäfte an serieus zu werden". Auf Podewils Meldung, daß jene Couriere durch Berlin passirt seien, antwortete der König:[3]) „Ungefähr weiß ich schon, was sie bringen, nämlich, daß die Russen, durch die Östreicher animirt, ihre besten Efforts thun wollen, um die Engländer, Dänen und Sachsen in ihre Partie zu bringen und erstere in ihre Absichten gegen Schweden zu ziehen".

Daß eben jetzt Graf Flemming nach London eilte, — daß Keith aus Wien, wie Klinggräffen meldete, nach London schrieb, die östreichischen Truppen würden drei Lager formiren, „nur zur Revue", doch errege die umfassende preußische Kriegsvorbereitung „große Besorgniß", — vor Allem der Wunsch, durch ernstere Schritte Frankreichs der von Neuem vorhandenen Gefahr für den Norden zu begegnen, — veranlaßte Friedrich II. dem französischen Ministerium die nach seiner Ansicht jetzt nöthigen Schritte zur Erwägung zu geben: der Wiener Hof habe die Absicht der Zarin 30000 Mann Hülfstruppen zu stellen, die mit den in Liefland und Curland stehenden Russen vereint gegen ihn eine Armee von 70000 Mann bilden würden; zugleich werde Östreich 60000 Mann, die irregulären Truppen ungerechnet, von Böhmen und Mähren aus vorrücken lassen, so daß er, von zwei Seiten zugleich angegriffen, außer Stande sein werde, zu Gunsten Schwedens eine

1) Friedrich II. schreibt (wie es scheint auf Grund von Mittheilungen des jüngeren Weingarten) an die Kronprinzeß von Schweden, 21. April: la cour de Russie témoigne d'ailleurs qu'elle n'est nullement satisfaite de la déclaration que le ministère a faite à Panin, peignant cette déclaration de trop vague et équivoque, parcequ'on n'y s'explique pas formellement sur la succession et le gouvernement de Suède; on ajoute que la cour de Russie, ne sachant donc point se fier à la Suède, qui ne laisseroit pas, aidée par ses adhérents, de mettre en exécution les desseins qu'elle convoit, se promet, pour s'y opposer, d'être assistée de ses alliés dont elle réclame les secours stipulés dans les traités avec eux.

2) Bernes an Ulfeld, 31. März.

3) Mündliche Resolution, 20. April. Von welchem Datum die Depeschen der russischen Couriere sind, ist aus den diesseitigen Acten nicht zu ersehen; wahrscheinlich aus den letzten Märztagen bis zum 28.

Diversion zu machen, zumal da Rußland Massen von Kosacken durch Polen gegen Schlesien schicken, zugleich mit seinen Galeeren an der pommerschen Küste Landungen machen könne; nur Frankreich könne den Schweden wirksame Hülfe leisten, am einfachsten in der Form, daß es die Truppen einiger deutschen Fürsten, so Gotha u. a., in Sold nehme, wozu er gern seinen Namen leihen werde, und diese den Schweden im schwedischen Pommern zur Verfügung stelle.[1])

Viel oder Alles kam darauf an, wie sich England der Forderung des russischen Hofes gegenüber verhalten werde.

Friedrich erhielt eben jetzt (30. April) auf sein Schreiben an Georg dessen Antwort; „sie ist wie ich erwartet habe, auch habe ich nicht die Meinung gehabt, den König von England von seinen Voreingenommenheiten zurückzubringen, wohl wissend, daß es verlorene Mühe gewesen wäre, sondern nur die englische Nation über die verkehrte Meinung von mir, die man ihr beigebracht hat, aufzuklären; ihr König hätte gern den Norden in Feuer und Flammen gesetzt, um im Trüben zu fischen und Frankreich mit mir zu brouilliren."

Schon hatte Frankreich in London die Aufforderung von Anfang April, gemeinsam den Frieden im Norden zu fördern, „ohne Drohung", aber in geschärftem Tone wiederholen lassen: wenn der englische Hof wieder Krieg zu haben wünsche, so brauche er nur die Dinge im Norden weiter laufen zu lassen, wie sie liefen; aber er könne versichert sein, daß Frankreich, bevor das Jahr um sei, sich verpflichtet sehen werde, mit einzutreten, und dann werde, da sich England nicht würde ersparen können dasselbe zu thun, der allgemeine Krieg da sein. Das hatte allerdings Eindruck in London gemacht, aber, so wurde entgegnet, England sei nicht Herr über Östreich und Rußland, und wenn diese beiden Mächte trotz aller Vorstellungen des englischen Hofes durchaus in Action treten wollten, so könne er es nicht hindern.[2]) So weit jedoch hatten die Rollen gewechselt, jetzt war es England, das sich rühmte, im besten Einvernehmen mit Frankreich zu sein.[3])

---

1) Rescript an Chambrier, 25. April.

2) Chambrier, 25. April.

3) Podewils an den König, 5. Mai nach einer Depesche von Puysieulx an Valory, die ihm dieser zu lesen gegeben ... qu'au reste, et si l'on se vantoit en Angleterre d'y être mieux et plus uni que jamais avec la France, il étoit vrai qu'on sauvoit au moins les apparences de part et d'autre, mais que la France ne s'y fioit que médiocrement et qu'elle savoit à quoi s'en tenir dans le fond avec l'Angleterre.

Die Depeschen, welche jener Courier an Tschernyschew gebracht hatte, mußten zeigen, ob die Vorstellungen, die England gemacht haben wollte, wirksam gewesen waren. Sie waren am 30. April übergeben worden. Durand meldete es sofort nach Paris, in der Ueberzeugung, daß die russische Antwort günstig lauten werde, „da eine feste Erklärung Englands, von Frankreich unterstützt, alle geplanten Dinge unausführbar machen wird".[1]) Aber Tag auf Tag verging, ohne daß Newcastle von dem, was der Courier gebracht hatte, hören ließ. Endlich nach zehn Tagen fragte ihn Durand; Newcastle darauf: „die Depesche sei noch nicht ganz dechiffrirt, so weit er sie gelesen, scheine sie günstig zu lauten".[2]) Dann reiste der Minister für einige Tage aufs Land; zurückgekehrt war er die nächsten zwei Tage nicht zu sprechen. „Rußland, wie ich aus sicherer Quelle weiß", schreibt Klinggräffen am 13. Mai, „denkt noch nicht so, wie man hier nach der letzten französischen Declaration es zwingen will zu denken; Newcastle hat sich durch seine gewöhnliche Leichtfertigkeit in eine Verlegenheit gestürzt, in der er nicht mehr weiß, was er sagen soll. Der König ist übler Laune, Newcastle sieht verlegen aus, wenn er von des Königs und seines Cabinets friedlicher Gesinnung redet; er muß sich in Geduld fassen, sein Werk ist ihm fehlgeschlagen."

Endlich am 14. Mai gestand er dem französischen und preußischen Gesandten, — Klinggräffen wußte das schon aus dem Rescript vom 22. April, — daß, was der Courier gebracht habe, nicht die Antwort Rußlands sei; aber er fügte hinzu, daß bei der östreichischen Gesandtschaft ein Courier eingetroffen sei, dessen Depeschen besagten, die Kaiserin-Königin habe von Neuem in Moskau gedrängt sich der Declaration zu fügen, die England auf Anregung Frankreichs gemacht habe.[3])

Das will sagen, die vom Anfang März; denn den späteren Vorschlag, den Frankreich mit dem Hinweis auf die „Gefahr eines allgemeinen Krieges, bevor ein Jahr um sei", wiederholt hatte, lehnte England acht Tage später in aller Form ab.[4])

---

1) Dérangera tous les projets formés schreibt Klinggräffen 29. April, pr. 7. Mai.

2) Klinggräffen, 9. Mai pr. 18: es werde so sein, wie der König vermuthe, daß Rußland, bevor es die französische Declaration gekannt, Schritte gethan habe, die nun sehr peinlich seien: ce qu'il y a de certain, c'est qui cela n'est pas net et que l'on est embarrassé extrêmement que dire sur le contenu des dépêches.

3) Klinggräffen, 5./16. Mai 1749 pr. 28.

4) Chambrier, 23. Mai: darauf Rescript am 3. Juni.

dieselbe mit klaren Worten anzubegehren, nachdem England den Vertrag gekündigt habe"; er war der Meinung, daß das Seitens des Wiener Hofes zu geschehen habe; aber er unterließ nicht in seiner Note „die nächste und unmittelbare Gefahr als des Königs von England deutsche Lande bedrohend" darzustellen.

Daß als des Staatsministers Graf Finckenstein Nachfolger an den russischen Hof Baron Goltz, der nur Geh. Legationsrath hieß, geschickt worden war, hatte dem Großcanzler den Vorwand gegeben, zur Ablösung des außerordentlichen Gesandten, Grafen Keyserlingk, den v. Groß als bloßen Bevollmächtigten zu senden, einen geborenen Würtemberger, bisher mit gleichem Titel in Paris und mit den Bernstorff, Stainville, Loß und was sonst da antipreußisch war,[1]) befreundet, „eine pure Creatur von Bestushew". Der König benutzte die letzten Tage der Anwesenheit Keyserlingks, ihn durch Podewils und bei der Abschiedsaudienz selbst zu versichern, daß Preußen keinerlei Anlaß zu Händeln mit Rußland habe oder suche, daß seine Allianz mit Schweden am wenigsten gegen Rußland gerichtet sei, daß sie nur die schwedische Succession garantire. Er ließ dem Grafen die Urkunde des Vertrages vorlegen; „sie scheint auf ihn Eindruck gemacht zu haben; ob es auch auf seinen Hof so wirken wird, muß man abwarten".[2])

Bernes' nächste Depesche, die Friedrich las, Moskau 31. März datirt, konnte darüber noch nicht Auskunft geben. Sie erläuterte eine andere Seite der Situation in auffallender Weise.

„Der russische Hof", schreibt Bernes seiner Gebieterin, „will E. K. M. in einen neuen Krieg wider Schweden mit Gewalt zu verwickeln suchen, daher man russischer Seits nicht allein bei E. K. M., sondern auch bei allen übrigen Bundesgenossen die allianzmäßige Hülfe schon im Voraus sollicitiren will".[3])

Wenn Bernes in diesem Ton von dem Kriegseifer Rußlands schrieb, so mußte die Meinung in Wien gegen den Krieg sein.

---

1) Graf Chotek an die Kaiserin-Königin, Berlin 8. März (Intercept): „Der hiesige Hof, weil Groß von keiner distinguirten Geburt und ihm spinnefeind ist, scheint nicht sonderlich damit zufrieden".

2) Eichel an Podewils, 31. März 1749.

3) Bernes, 31. März; schon am 10. März habe er an Chotek in Berlin gemeldet: es sei bereits über die Forderung der Hülfe Conferenz gehalten, er habe die Sache einfach ad referendum genommen.

Und doch wurde die Ansicht Friedrichs II., die für dieß neue „Complott“ in erster Reihe den Wiener Hof verantwortlich machte, durch das bestätigt, was Klinggräffen aus London meldete (25. März pr. 9. April):[1]) es werde ihm mit Bestimmtheit gesagt, daß alle die Klitterungen, die seit Monaten im Werke seien, in Wien ihren Ursprung hätten, daß der Wiener Hof unter der Maske des wegen der Regierungsform in Schweden eingeleiteten Streites Schlesien wieder zu gewinnen hoffe; die Partei in Schweden, so habe derselbe in Hannover insinuirt, welche die Verfassung zu ändern sich gebildet habe und mit dem Prinzen-Thronfolger und seiner Gemahlin Hand in Hand arbeite, werde von Preußen unterstützt, das die Gelegenheit benutzen werde, neue Provinzen an sich zu reißen.

Des Weiteren sagt der Bericht: es sei Flemmings Verdienst, die Formel gefunden zu haben, um die Bedenken Newcastles zu beseitigen und die Mitwirkung der Nation zu gewinnen; es sei die Rolle der bewaffneten Neutralität für England, auf die Georg II. und seine Minister mit Freuden eingegangen seien, wie denn gleich nach der Rückkehr nach England Maaßregeln getroffen worden seien, eine Escadre für die Ostsee fertig zu machen. Daß von dieser Maaßregel so bald Nachrichten ins Publicum und in die Zeitungen gekommen, sei dem Herzog sehr unangenehm gewesen, noch unangenehmer, daß das von ihm in Hannover Verabredete bei seinen Collegen im Ministerium wenig Zustimmung gefunden habe; er habe nach Wien schreiben müssen, daß die englische Nation nach einem so kostspieligen Kriege nicht Verpflichtungen übernehmen könne, die sie in einen neuen verwickeln könnten. In der Correspondenz darüber, die einige Zeit fortgesetzt worden, habe der Wiener Hof seinen Ärger und seine Vorwürfe endlich bis zu der Drohung gesteigert: „man werde veröffentlichen, was der König von England in Hannover versprochen und wie er sein Wort gebrochen habe“. Denn es werde versichert, daß der Wiener Hof sich zur Annahme der in Aachen von den Seemächten und Frankreich vereinbarten Artikel nur entschlossen habe in der Hoffnung, daß der besprochene Plan zur Ausführung kommen werde.[2]) Es sei auf diese östreichische

---

1) Klinggräffen so schon 18. März; mit voller Sicherheit (de lieu sûr) 25. März pr. 9. April.

2) . . . que la cour de Vienne ne s'est déterminée à l'accession du traité définitif que dans l'espérance que le Duc de Newcastle lui a donnée de l'exécution du susdit plan.

Drohung ein Schreiben in sehr starken Ausdrücken nach Wien gerichtet, ja gesagt worden: der König von England habe seine ganze Großmuth anzuwenden, um dem Wiener Hofe sein Benehmen und die Schritte, die er sich erlaubt, zu verzeihen.

Also auf solche Art war der Handel in Hannover geschlossen; so die kunstvolle Vertheilung der Rollen zwischen den drei Mächten, so die Anlässe der Differenzen, die Friedrich II. bereits aus den Briefen von Bernes u. s. w. kannte.

Nun erfolgte jene französische Declaration in London vom Anfang März, welche, falls sich England einmische, Frankreichs Parteinahme für die Gegner ankündigte. Darauf die Mittheilung des Londoner Hofes nach Wien: daß England für die nordischen Dinge durchaus keine Hülfe versprechen könne, so lange die schwedische Regierungsform unversehrt bleibe. Um ein Pflaster auf die Wunde zu legen, ließ Newcastle im Parlament die Zahlung der 100 000 Pfd. Sterl., die Östreich forderte, beantragen, und das Parlament bewilligte sie, „obschon der Wiener Hof nur auf 40 000 Pfd. Sterl. Anspruch habe".[1])

Die Politik Englands wurde unklar und schielend; verlegene Situationen, eine nach der andern, bedrängten sie weiter. Anfangs April war jenes Handschreiben Friedrichs II. an den König von England in Klinggräffens Hand; ihn, den Georg II. seit Hannover kaum eines Wortes gewürdigt hatte, mußte er nun in Audienz empfangen, es mußte auf dieß verbindliche Schreiben geantwortet werden, das von der peinlichen Voraussetzung ausging, daß Georg ein ehrlicher Mann und die englische Politik keine Spitzbüberei sei. Dem Gesandten gegenüber half sich die britische Majestät mit weisen Allgemeinheiten: man müsse seine Nachbarn nicht mit außerordentlichen Rüstungen beunruhigen, die Kaiserin-Königin habe nur die Erhaltung des Friedens im Sinn, ihre militärischen Maaßregeln seien keine Kriegsrüstungen, sie wolle nur ihre Armee in Stand setzen, wie jeder Souverän zu thun befugt sei. Nur minder verblümt ließen die Minister erkennen, daß sie glaubten, Maria Theresia sei von einem preußischen Ueberfall

1) Coxe, Pelham II. 73; zur Empfehlung wird gesagt: when the affairs of Sweden threatened to rekindle war among the northern powers and when the dominions of the Emperess-Queen might again be exposed to invasion. Newcastle, an Keith in Wien, 14. März, beauftragt ihn zu sagen, daß die Bewilligung durchgesetzt sei by his sole influence against all the other members of the cabinet . . . daß dies Geschäft had cost him more trouble than the definitive treaty of Aix-la-Chapelle.

bedroht u. s. w. Dann, nach vierzehn Tagen (17. April), war Georgs II. Antwortschreiben fertig, einige höfliche Phrasen, das Übrige naßkalt und evasiv.[1])

Daß demnächst, ehe noch dieser Schreibebrief nach Berlin gelangt war, Friedrich II. dem englischen Ministerium in aller Form erklären ließ:[2]) er entbinde, falls er Östreich oder einen andern Nachbarn angreifen würde, England aller Verpflichtungen, die es gegen Preußen übernommen habe, daß er hinzufügen ließ, er werde getreulich seine Verpflichtungen gegen England erfüllen, wünsche aber auch zu wissen, was er von England zu hoffen habe, falls er von einem seiner Nachbarn angegriffen werde, — diese Fragen setzten wenigstens den rechtschaffenen Bedford in einige Verlegenheit, und er half sich damit, da er nicht autorisirt sei, eine bestimmte Antwort zu geben, seine persönliche Meinung dahin auszusprechen, daß man gegenseitig alles Mistrauen aufgeben sollte. Newcastle versicherte, daß England zu allen Zeiten seine Verpflichtungen gewissenhaft erfüllt habe und erfüllen werde!

Noch peinlicher war, daß Frankreich, dem man sich an Energie und kluger Voraussicht so überlegen gefühlt hatte, ernster und zuversichtlicher zu sprechen, ja England zu überholen begann. Puysieulx hatte Anfangs April den Obristen Yorke darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn es im Norden zur Action komme, im folgenden Jahr der allgemeine Krieg da sein werde, ihn gefragt, was dann England thun, ob es ruhig zusehen werde; und Yorke hatte geantwortet: sein Hof könne nichts thun, was sein Bemühen für den allgemeinen Frieden stärker bezeuge, als die Versicherung geben, daß er nichts thun werde, was gegen den Aachner Frieden sei. Und der französische Minister darauf: der Aachner Friede sage nicht, daß Schweden nicht angegriffen werden dürfe, aber Frankreich sei der schwedisch-preußischen Defensivallianz beigetreten, die älter sei als der Aachner Friede; und er wisse, daß zwischen den beiden Kaiserhöfen im vorigen Herbst ein Project gemacht worden sei, den Krieg im Norden zu beginnen, sobald er in Flandern und Italien ein Ende erreicht habe,[3]) und daß man nach diesem

1) Georg II. an Friedrich II., 17. April; pr. 30. April zugleich mit Klinggräffens Bericht vom 18. April.

2) Rescript an Klinggräffen, 12. April 1749.

3) Chambrier, 4. April: qu'il étoit informé qu'il y avoit un plan fait plusieurs mois avant le traité d'Aix entre la cour de Vienne et celle de Russie pour entraîner l'Angleterre dans une nouvelle guerre dans le Nord, aussitôt que celle de Brabant et d'Italie seroit finie u. s. w.

den Befehl dazu gegeben.[1]) Dann, am 19. März, meldete Podewils aus Wien, daß dem Befehl, die Truppen zu acht Regimentern vereinigt lagern zu lassen, am 17. der gefolgt sei, bereit zu sein, um auf den ersten Befehl ins Feld zu rücken. Podewils fügte hinzu: „Gewiß sind unter den Ministern einige gute Köpfe, aber sie werden nicht gehört, sondern nur die, welche den Neigungen der Kaiserin zu schmeicheln wissen; der Credit des Canzlers von Böhmen (Harrach, mit dem der Dresdner Frieden geschlossen worden) ist völlig gesunken; ich weiß gewiß, daß sein Bruder, der Landmarschall, jüngst gesagt hat: wir laufen wie die Blinden in unser Verderben, wir vertrauen uns Rußland an, das außer Stande ist, uns, wenn es nöthig ist, zu helfen, und wir hoffen, daß der König von Preußen vor unseren Plänen die Augen schließen und uns die Zeit lassen wird, ihn zu erdrücken."

Einen weiteren Einblick gab ein Schriftstück des Wiener Hofes, das für Paris bestimmt war.[2]) Auf Anlaß der Mittheilungen Friedrichs II. vom 27. und 28. Januar — sie betrafen die ersten von Ekeblad kommenden Nachrichten über die in Hannover verabredeten Pläne — hatte Puysieulx, noch wenig geneigt der preußischen Allarmnachricht Glauben zu schenken, dem sächsischen Minister davon vertraulich Kenntniß gegeben mit dem Wunsche, sie unter der Hand durch seinen Hof dem Wiener zukommen zu lassen; darauf war jenes Schriftstück die Antwort, die Graf Loß an Puysieulx übergeben sollte. Zunächst stolze Versicherung höchster Unschuld und Correctheit, Berufung auf den allen Höfen vollständig bekannten Allianztractat von 1746, der nicht das Geringste von offensiven Absichten gegen irgend welche Macht enthalte; dann die bittersten Anschuldigungen gegen Preußen, das nicht genannt

1) Ulfeld an Chotek, 22. März . . . ou que je l'avois oublié ou que si on avoit fait tout naturellement mention alors, on n'en auroit point pris ombrage. Ulfeld ereifert sich, daß O. Podewils ihm über den preußischen Zeitungsartikel vom 15. März keine Eröffnungen gemacht, statt dessen, als er ihn neulich eine halbe Stunde allein gesehen, nur von Seidenwürmern gesprochen habe. In ähnlicher Weise klagt Chotek in seinem Schreiben an Ulfeld, 22. März.

2) Das ist die communication confidente faite de bouche par la cour de Saxe à celle de Vienne sous le sceau de secret s. d. und die réponse de la cour de Vienne u. s. w. s. d. Beide Stücke wurden in Abschrift 17. März von Wien nach Moskau gesandt. Sie sind dem Berliner Cabinet durch die intercipirten Berichte von Swart an Fagel, Moskau 21. April, und von Bernes an Ulfeld, 14. April bekannt geworden; eine andere Abschrift der réponse erhielt O. Podewils in Wien durch Blondel und sandte sie 4. Juni nach Berlin; diese ist vollständiger als die von Swart.

wird: „man müsse erstaunt sein über solche Nachrichten, wie sie jetzt Frankreich allarmirt hätten, wenn man nicht seit lange und aus verhängnißvollen Erfahrungen die Absichten derer kennte, die es in ihrem Interesse halten, solche Gerüchte in Umlauf zu setzen; Cardinal Fleury habe das 1742 zu erkennen geschienen, und mehr als ein Vorgang seitdem gebe den Beweis, daß er sich nicht getäuscht habe". Und weiter: „die Kaiserin-Königin habe nach so bitteren Erfahrungen keinen Wunsch, als den Frieden Europas zu erhalten und sich mit den Mächten, die ihr früher als Feinde entgegengetreten, voll und ganz auszugleichen und zu einigen; sie setze voraus, daß man sich beiderseits in solchem aufrichtigen Verlangen begegne; aber sie erkenne auch, daß ihre treugemeinten Bemühungen nur dann die ersehnten heilvollen Wirkungen haben könnten, wenn man auf der einen wie anderen Seite sich vornehme, solchen Insinuationen keinen Glauben zu schenken. Es sei leicht, deren Urheber und noch leichter, deren Absichten zu erkennen".

Also Friedrich ist der Urheber, der Anstifter alles Unheils, eine stete Gefahr für den Frieden der Welt, erfinderisch mit immer neuen Lügen und Intriguen Wirrwarr zu stiften, um von Neuem im Trüben zu fischen. Alle Mächte müssen sich vereinigen, ihn niederzuhalten und unschädlich zu machen; und „das bewaffnete große Bündniß", wie es in Hannover geplant ist, wird in dem Maaße, als sich Alles, was die gute Sache will, ihm zu Schutz und Trutz anschließt, die Ruhe Europas und das Völkerrecht gegen dies wortbrüchige, treulose, Allen gefährliche Preußen schützen![1]) Oder, wie der Kaiser es ausdrückt: „Nichts suche er sowohl, wie die Kaiserin, als nur nicht sich dem despotischen Tone zu unterwerfen, der sich geltend machen wolle".[2])

So die Stimmungen in Wien. Dann in den ersten Apriltagen — plötzlich genug — ändert man dort, wenn nicht die Gesinnung, so

1) O. Podewils, Wien 11. Juni: Blondel habe ihm Puysieulx' Äußerung über diese réponse mitgetheilt: qu'il étoit aisé de s'apercevoir de l'affectation avec laquelle on ne disoit mot de la manoeuvre de la Russie, dont cependant le succès auroit servi de prétexte à susciter des troubles tant dans le Nord qu'en Allemagne.

2) Chambrier, 16. Mai: diese Worte habe ihm Puysieulx aus einem Schreiben des Kaisers an Stainville mitgetheilt. Darauf Ministerial-Rescript, 27. Mai: was der despotische Ton meine, sei nicht zu verstehen, tout le monde sait que c'étoit seulement les deux cours impériales qui vouloient exercer une espèce de despotisme qui doit naturellement révolter toutes les puissances, wie ja das sonst Östreich in Deutschland seit Ferdinand II. gethan habe.

doch die Maske. Es wird von einer Ministerialconferenz vom 28. März berichtet, die sehr stürmisch gewesen sein sollte.[1]) Am folgenden Tage meldet O. Podewils: „man spreche nicht mehr mit der früheren Zuversicht von den Wirren, die im Norden ausbrechen würden." Und der König antwortet ihm am 12. April: „Ich weiß nicht, warum Graf Chotek Ihrem Oheim so viele Versicherungen von der vortrefflichen Gesinnung seines Hofes gegen uns giebt."

Wie vorsichtig immer die östreichische Politik ihr Spiel berechnet hatte, — die Voraussetzungen, auf die es gegründet war, erwiesen sich eine nach der andern als irrig. Und selbst wenn Dänemark „das Eis gebrochen", Rußland Schweden „in der Geschwindigkeit angegriffen", in England die Tendenzen des Königs, Newcastles und der Herren von Hannover sich durchgesetzt hätten, — Friedrich II. blieb allen Lügen und Provocationen gegenüber, auch nach der öffentlich angekündigten Mobilmachung,[2]) in der strengsten und correctesten Zurückhaltung, so daß es schwer gewesen wäre, den casus belli gegen ihn zu begründen. Vor Allem die Hoffnung, Frankreich einzuschläfern, in seinem Mistrauen, seiner Eifersucht, dem Gefühl seiner Superiorität diesem petulanten Preußen gegenüber irre zu führen, war für diesmal mislungen; und indem Frankreich, nicht ohne Friedrichs II. Verdienst, die Augen geöffnet, seine Stimme erhoben, seine Stellung in Europa mit einigem Nachdruck bezeichnet hatte, war für Preußen, das man zu isoliren gehofft hatte, eine Verbindung gesichert, die einen Überfall aus dem Stegreif nicht mehr räthlich machte.

Rasch und geschickt spielte sich der Wiener Hof nun in die Rolle des Beruhigers hinüber, in der er England aus seiner bekniffenen Lage helfen, den Dank Frankreichs gewinnen, sich der ungestümen Initiative, die Bestushew ertrotzen zu wollen schien, entziehen konnte, ohne die Sympathie der Zarin zu verscherzen, die am wenigsten jetzt, wo sie glücklich war, in Moskau leben zu können, den Krieg wünschte, der sie nach Petersburg zurückzukehren genöthigt hätte; man war ihrer

---

1) Das Nähere bei Beer, Bentink LXXVIII.

2) O. Podewils, Wien 29. März: es scheine als ob des Königs Entschluß de se préparer à tout évènement, ait mis la cour d'ici en suspens, ou bien qu'il soit arrivé quelqu'accident qui ait dérangé le concert pris entre les cours liguées, ou que peut-être l'Angleterre refuse d'entrer dans le dessein des deux Impératrices. Il est du moins certain qu'on ne parle plus avec la même assurance des troubles dont on disoit le Nord menacé.

um so sicherer, da General von Pretlack in persönlicher Correspondenz mit seiner hohen Gönnerin stand.[1])

Wir werden sehen, wie Bestushews geschmeidige Dreistigkeit und stoßweise martialische Bravaden noch Jahr und Tag dem Wiener Hof die erwünschte Gelegenheit boten, in immer neuen vergeblichen Vermittelungsversuchen seine unermüdliche Fürsorge für die Ruhe Europas zu dokumentiren, zu nicht geringer Befriedigung der leitenden Kreise in Versailles, und sich doch den principalen Zweck der Allianz von 1746 und für diesen den glimmenden Funken im Norden zu erhalten, zu nicht minderer Befriedigung Georgs II. und derer, die seine Huld suchten.

Nur in einem Posten stand die östreichische Bilanz schlechter als im Anfang des Jahres. Dem dreist geplanten, aber noch nicht fertig gewordenen „großen Bündniß" von Hannover gegenüber fand sich ein anderes System zusammen, dem vorzubeugen, was mit der Coalition bezweckt gewesen war, — ein Zusammengehen, wenn auch nur für diesen Fall, wenn auch nur in loser Gemeinschaft, ohne den Wunsch sich auf die Probe gestellt zu sehen, nur zu eventueller Defensive.

Es konnte als das französische gelten. Freilich zögernd, fast wider Willen war Frankreich, das mit den Aachner Frieden für lange Zeit Ruhe zu genießen und Hand in Hand mit England den Frieden Europas zu halten gehofft hatte, zu dieser neuen Gegenstellung gegen England gekommen, die neue Anspannungen forderte. So zufrieden mit sich das französische Ministerium war, zu rechter Zeit die Augen geöffnet zu haben und nun richtauf zu sein, es war nur um so weniger aufgelegt anzuerkennen, wie viel Friedrich II. dazu gethan, daß es geschehen war. Und Friedrich II. vermied auf das Behutsamste den Schein, als ob er auf die Entschlüsse der Krone Frankreich Ein-

---

1) Prinz Louis von Braunschweig, der in besonderer Gunst bei Maria Theresia stand und ihr Vertrauen besaß, schreibt seinem Bruder, dem regierenden Herzog Karl, Wien 6. Decbr. 1749: Pretlack werde mit großer Ungeduld aus dem Reich zurückerwartet: étant en très grand crédit et grâce auprès de L. L. M. M. J. J. et étant encore fort avant dans les grâces de la Czarine. Und 10. Decbr. nach einem Gespräch mit Pretlack schreibt er deutsch in Chiffern: „Die Herzogin von Holstein (Katharina) sei gar nicht unfruchtbar, wie auch schon Jemand ernannt gewesen sei, in des Herzogs von Holstein Namen ihr . . . aber er, Pretlack, habe es zu hintertreiben gewußt; Pretlack sei noch in einer Correspondenz mit der russischen Kaiserin in beständigen (sic) Sachen zwischen dem Kaiserhofe und dem russischen".

Es hat kein Interesse, den Winkelzügen und Zweideutigkeiten der englischen Politik, deren die nächsten Wochen noch mehrere brachten, weiter nachzugehen. Die Art, wie sie den Wiener Hof als Muster der Friedensliebe und gleichsam als Eideshelfer vorschob, war Beweis genug, daß das Concert der Mächte, nur in veränderter Tonart, die alte Melodie weiter spielen und der Wiener Hof den Vorstrich haben werde.

Es ist auch heute noch in hohem Grade dunkel, wie sich der Wiener Hof in der Reihenfolge der Vorgänge seit den Conferenzen in Hannover zu den Wandlungen, die deren Project durchlebte, gestellt hat.

Es wird sechs Jahre später eines Vortrages von Kaunitz gedacht, in dem er auf das Jahr 1749 zurückweist und die Gründe darlegt, aus denen er damals den Gedanken, zur Wiedererlangung Schlesiens die Beihülfe Frankreichs zu gewinnen, keineswegs für so abenteuerlich gehalten habe, wie derselbe Anderen erschienen sei.[1]) In dem Gutachten vom 24. März 1749 hatte er nackt und klar ausgesprochen: das alte System könne nicht absolute und ewige Gültigkeit beanspruchen, es sei ehedem als Mittel gut gewesen, um das Haus Bourbon zu bekämpfen, jetzt seien die Zeiten andere, jetzt sei Preußen als der größte und gefährlichste Feind des Erzhauses anzusehen; so unentbehrlich dem Erzhause die Allianz mit Rußland sei, — Frankreichs bedürfe es, um Preußen mit Erfolg zu bekämpfen; und man müsse Frankreich ein Großes bieten, sei es in Italien oder in den Niederlanden, damit es sich bewogen fühle, die Wiedereroberung Schlesiens durch Östreich zu wünschen und zu unterstützen.

In demselben Gutachten von 1749 erwähnt Kaunitz des russischen Planes zum Angriff auf Schweden, den Pretlack im Juni 1748 aus Petersburg mitgebracht hatte, er äußert: „Der vorjährige Operationsplan Bestushews entspricht allerdings dem russischen Staatsinteresse, daß er aber auch mit dem holsteinischen, insbesondere mit der Denkungsart des Großfürsten und seiner Gemahlin übereinstimmt, ist nicht anzunehmen. Ferner ist es unbekannt, wie weit sich Preußen mit Schweden bereits verbunden, aus welchem Grunde Rußland die panin'sche Declaration nach Schweden habe gelangen lassen, da doch

1) Arneth, Maria Theresia IV. p. 382. Auszüge aus Kaunitz' Gutachten vom 24. März 1749 geben Arneth p. 272 und Beer, Bentink p. XXXVIII; es ist auf Grund der oben erwähnten eigenhändigen Resolution Maria Theresias verfaßt.

zuerst die Absicht dahin gegangen sei, Schweden ohne vieles Warnen in der Geschwindigkeit mit Krieg zu überziehen."[1]) Kaunitz sagt: „Was ich an des Bestushew Plan zu desideriren finde, besteht darin, daß solcher auf die Unternehmungen in Schweden fürdenket und die für Preußen zu tragende Obsorge fast gänzlich in Vergeß stellt". Das russische Vorhaben, Schweden mit Krieg zu überziehen, ist nach seiner Ansicht das, was am meisten dem Plane, Frankreich zu gewinnen, schadet, da Frankreich Ehren und Nutzens halber den Angriff auf Schweden nicht gern sehen kann und gleichsam gezwungen wird, sich näher mit Preußen zu verbinden. Rußland sollte bedenken, wie es durch die unzweifelhaften Pläne Preußens auf Curland, Polnisch-Preußen, Mecklenburg, auch das, was die Krone Schweden von Pommern besitzt, die dafür Liefland als Ersatz erhalten soll, gefährdet ist; mithin muß Rußland nicht sowohl gegen Schweden als gegen Preußen seine größte Macht wenden. „Will Rußland gegenwärtig nicht losschlagen, so sollte es dem hiesigen Hofe Gelegenheit geben, sich das Verdienst zu erwerben, die Ruhe im Norden hergestellt zu haben, in der gemeinnützigen Absicht, daß Preußen nicht mehr Ansehen in Frankreich gewinne, vielmehr das alte verliere".

Ein weiteres Moment ergiebt der Auszug, den die Kaiserin aus den wie von Kaunitz so von den anderen Conferenzministern eingereichten Gutachten durch Bartenstein machen ließ und am 20. April 1749 als eine Art Regel des politischen Systems bestätigte. Da wird hingewiesen auf den „zu Hannover so sehr erhobenen, zu London aber nachhero in Abrede gestellten Vorschlag einer bewaffneten großen Bündnüß"; es wird gesagt, wie der Wiener Hof „ohne den geringsten dazu gegebenen Anlaß bei Rußland verunglimpft", und wie jener Vorschlag trotz aller bei demselben vom Wiener Hofe angewandten und von Holland wie Rußland „höchst belobten großen Vorsichtigkeit" zu Östreichs Nachtheil mißbraucht worden sei.[2])

Also Östreich ist bei Rußland verunglimpft worden; doch wohl von England, doch wohl darum, daß es den in Hannover verabredeten Plan „des großen bewaffneten Bündnisses" zu sehr nach seinem Interesse für Schlesien zu verwenden suchte. Und die von Holland und Ruß-

---

1) Daß Seitens des Wiener Hofes in einer Ministerconferenz die Ablehnung dieses Antrages beschlossen und in dem Rescript an Graf Bernes vom 5. Aug. 1748 der Zarin gemeldet ist, ergeben die Notizen bei Beer, Bentink p. XLVIII und CV.

2) Beer, Bentink p. 133.

land anerkannte Vorsicht des Wiener Hofes in Betreff jener bewaffneten Allianz ist zu Östreichs Nachtheil doch wohl in der Weise misbraucht worden, daß Rußland ihr die Wendung zu geben suchte, als gelte es vor Allem, Schweden niederzuwerfen und gemeinsam mit Dänemark und England dort Veränderungen zu veranlassen, die für den Wiener Hof nur secundäres Interesse hatten.

Auch der Wiener Hof wird einverstanden gewesen sein, den Thronwechsel in Schweden und die dort zu erwartende Herstellung der Souveränetät zu benutzen; wenn dann Schweden, von Rußland „in der Geschwindigkeit" angefaßt, die vertragsmäßige Hülfe Preußens forderte und erhielt, Preußen dadurch mit der russischen Armee in Liefland in Conflict gerieth, so hatte Östreich den ersehnten Anlaß, der Allianz von 1746 gemäß in Action zu treten. Daß Rußland den ganzen Nachdruck auf den Angriff gegen Schweden legte, daß es ihn, auch ohne des Schwedenkönigs Tod zu erwarten, beginnen wollte, daß es mit Dänemark Hand in Hand agiren wollte und eben darum in Wien forderte, dem dänischen Hofe möglichst große Zuvorkommenheit zu zeigen, — das Alles ließ erkennen, wie Bestushew das große bewaffnete Bündniß von dem principalen Zweck, um deswillen der Wiener Hof es betrieben hatte, abzulenken, das Interesse des Erzhauses in die zweite Linie zu schieben gedachte.

In den Geheimartikeln der Allianz von 1746 war die Frage, auf welche sich das von Bestushew und Pretlack im Frühling 1748 verabredete Project bezog, nicht vorgesehen; und nach der Ansicht des Wiener Hofes konnte Rußland, wenn es in Conflict mit Schweden kam, die in jener Allianz bestimmte vertragsmäßige Hülfe nicht fordern. Gewiß war man in Wien sehr bereit, diese Lücke durch eine neue Convention zu ergänzen und mit ihr das gemeinsame Verfahren so zu regeln, daß das Erzhaus sein Interesse dabei fand, in dem Sinne, wie es bei den Conferenzen in Hannover besprochen worden war.

Unzweifelhaft ist solche Convention in Berathung gewesen. Der Wiener Hof mußte um Frankreichs Willen jeden Schein vermeiden, als wolle er die glücklich hergestellte Ruhe Europas stören; im Sinne der „unschuldigen Defensivallianz" von 1746 mußte er dann die Verabredung darauf stellen, daß die Ruhe Europas die Beibehaltung der schwedischen Verfassung fordere, daß, wenn sie beim Tode des Königs verändert würde, dagegen eingeschritten werden müsse, daß beide Kaiserhöfe durch starke Truppenaufstellungen in Liefland und an der

schlesischen Grenze Preußen abhalten würden, den Schweden die vertragsmäßige Hülfe zu senden. Wenn Rußland dann Mitte Februar 1749 in London erklären ließ, daß es in Action treten werde, ohne den Tod des Schwedenkönigs zu erwarten, so hätte der Wiener Hof seine zur Schau getragene Fürsorge für die Ruhe Europas compromittirt, wenn er sich „in diesen neuen unnützen Krieg hätte mit einflechten lassen".[1])

Eine Convention der Art ist nicht zu Stande gekommen. Möglich, daß mit der Rückkehr von Kaunitz aus Aachen Maria Theresia über den bisherigen Gang ihrer Politik unsicher wurde,[2]) daß demnächst Newcastles Erklärung von Anfang Januar, er müsse erst Holland befragen, sie stutzen machte, daß das bis in den März hinein völlig verschlossene Verhalten Preußens ihr unheimlich wurde — die Differenzen zwischen ihrer und der russischen, der englischen Politik, die Differenzen zwischen ihren eigenen Ministern waren da; vielleicht darum forderte sie deren Gutachten.

Nur einzelne Züge von dem, was in Wien vor sich ging, kamen zur Kenntniß Friedrichs II. Er wußte in den ersten Märztagen, daß an Chotek in Berlin unmittelbar aus dem Cabinet der Kaiserin ohne Vorwissen des Hofcanzlers die Anzeige gelangt sei, demnächst werde ihm seine Abberufung zukommen.[3]) Aus einem Schreiben Ulfelds an Chotek erfuhr er, wie lebhafte Vorwürfe die Kaiserin ihm, dem Hofcanzler, gemacht habe, daß er „ihre Absicht, ihre Trupen in Lager zu zwei bis drei Regimentern" zu versammeln, nach Berlin zu melden unterlassen habe, obschon sie ihm vor acht Wochen, also Ende Januar,

1) Es sind im Wesentlichen die Gesichtspunkte, welche der von Weingarten 26. März aus Wien gesandte Auszug (s. o. S. 78, Anm. 2) enthält, den Friedrich II. selbst noch in dem Rescript an Klinggräffen, 29. Juli, für echt ansieht, während es in dem Ministerialrescript an denselben vom 20. Sept. heißt: ayant fait examiner à la source l'avis qu'il s'étoit conclu au mois de février passé une nouvelle alliance . . . je crois maintenant être assuré avec certitude, que cette nouvelle est destituée de fondement.

2) Darauf scheint der Ausdruck in Bernes' Schreiben, Moskau 10. März zu deuten, daß er von den ihm zugesandten Expeditionen (vom 8. und 12. Febr.) dem Großcanzler „mit zulänglicher Vorsichtigkeit" Kenntniß gegeben habe.

3) Er ersah es aus einem Schreiben des Leg.-Secr. v. Weingarten an Bernes, Berlin 1. März. Podewils, Wien 5. April meldet: „Ulfeld habe ihm gesagt, daß Chotek um sein Rappel gebeten habe;" es kann sein qu'on songe ici à imiter ce que V. M. fit peu de temps avant son entrée en Bohême (1744 Dohnas Abberufung). Das Weitere in dem Rescr. an Podewils in Wien, 15. März.

fluß geübt habe oder üben wolle,[1]) zufrieden, daß sie sich nicht völlig hatte einschläfern lassen,[2]) daß sie ihr eigenstes Interesse und ihre Machtbedeutung wieder zu fühlen und fühlbar zu machen begann.

Das Verhältniß beider Höfe bezeichnet, was gelegentlich Puysieulx zu Chambrier (15. April) sagt: Unsere Interessen sind dieselben, und wenn wir sie durch ein folgerichtiges und beständiges System fördern, so brauchen wir uns nicht darauf zu steifen, es immer auf demselben Wege zu verfolgen; wir werden uns niemals durch das, was man uns gegen den König von Preußen sagt, hinter das Licht führen lassen; aber wenn es einmal geschähe, daß wir über gewisse Dinge nicht gleich dächten, so brauchen es die anderen nicht zu erfahren, und noch weniger müssen sie glauben dürfen, daß wir uns mistrauen.

Friedrich II. verlangte nicht mehr, ja er vermied es geflissentlich, sich auf mehr als ein Zusammengehen, so weit es das gleiche Interesse beiderseits forderte, einzulassen, wenn nur Frankreich das eigene in jedem gegebenen Fall verstand und würdigte. Er wußte, wie man in Versailles geneigt und gewohnt war, in Bundesgenossen Vasallen zu sehen; gern brachte er der größeren Macht das Opfer, ihre Empfindlichkeit zu schonen.

Schon im März hatte der sardinische Gesandte im Haag dem preußischen v. Ammon den Gedanken einer näheren Verbindung der beiderseitigen Höfe lebhaft empfohlen, und Friedrich II. hatte denselben sehr angemessen gefunden, Ammon mit den nöthigen Vollmachten versehen; er beauftragte Chambrier, an Puysieulx davon Mittheilung zu machen. Dessen Antwort ließ keinen Zweifel, daß man in Paris diese Verbindung nicht gern sehen würde. Daß Friedrich II. ohne Weiteres die Sache aufgab, nahm man, als gebühre es sich so; vielleicht in der Meinung, daß die Verbündeten Frankreichs nicht mit einander direct, sondern nur durch Frankreich verbündet sein sollten, —

1) Friedrich II. in seinem Testament von 1752: les François demandent de grands ménagements de ceux qui ont à négocier avec eux. Si l'on veut gouverner le ministère françois, il faut lui persuader qu'on se laisse conduire par lui, de quoi on vient à bout facilement, vu l'amour propre de cette nation et la supériorité des lumières qu'elle croit avoir sur la politique de l'Europe . . . et je leur ai fait l'honneur de tous mes projets comme si c'étoient leurs idées que je croyois suivre. Vgl. Pr. Pol. V, 3 p. 345.

2) Chambrier, 16. Mai 1749 berichtet Puysieulx' Worte: je crois que si on avoit vu que nous fussions endormis sur les préparatifs qui se sont faits, qu'on seroit allé en avant.

gewiß nicht ohne die „Beisorge", daß ein unmittelbares Verhältniß zwischen Turin und Berlin, das in Wien beunruhigen mußte, um so eher die Kriegsflamme entzünden könne. Hatte doch Puysieulx nach jenen „vigoureusen" Äußerungen gegen England, die dort so plötzlich wirkten (Anfangs April) gegen Finckenstein geäußert: er hätte gewünscht, sie nicht gemacht zu haben, er fürchte, daß es die Anderen nur kühner machen werde, wenn sie sähen, daß ihre Demonstrationen so gewirkt hätten; es würde besser gewesen sein, sie zu verachten und zu schweigen.[1])

Wir sahen, welche Rolle nach den Verabredungen in Hannover der Krone Dänemarks zugedacht war. Georg II. schien sich seines Schwiegersohnes Friedrichs V. völlig gewiß zu fühlen, dessen Gesandter in Paris, Baron Bernstorff, des Prinzen von Wales Ménin war. Mochte Dänemark fortfahren die französischen Subsidien zu genießen, — Niemand zweifelte, daß es seine großen Rüstungen mit englischem oder hannövrischem Gelde machte.

Nicht erst auf die Drohung Frankreichs, die Subsidien einzustellen, hatte der dänische Hof seinen Cours zu ändern begonnen. Jener 6. März mit seinem Parolebefehl an die Berliner Regimenter hatte in Copenhagen ungemein beunruhigt; wenn Preußen Ernst machte, — Holstein und Schleswig waren so gut wie unbewehrt, die Werke von Rendsburg verfallen und unhaltbar. Daß Friedrich II. in Copenhagen sagen ließ: die Freundschaft, in der er sich mit dem dänischen Hofe befinde, mache ihm zur Pflicht, denselben daran zu erinnern, daß er mit Schweden in Defensivallianz stehe, ja daß er dem dänischen Residenten in Berlin die Urkunde dieser Allianz vorlegen ließ, um ihn von der Verpflichtung Preußens, aber auch von deren rein defensivem Charakter zu überzeugen, veranlaßte in Copenhagen zunächst den Entschluß, für Berlin wieder einen ordentlichen Gesandten zu ernennen; und in den ersten Apriltagen wußte man hier bereits, daß Herr v. Rosencranz demnächst eintreffen werde.

Friedrichs Gedanke war, zunächst mit Dänemark eine Defensivallianz zu schließen mit der Garantie Schleswigs gegen die Garantie

1) Chambrier, 19. Mai; darauf des Königs mündliche Resolution (nach Eichels Aufzeichnung): „Ich müßte gegen ihn im Vertrauen sagen, daß ich zuweilen die conduite des französischen Ministeriums nicht begriffe; eine Zeit lang dächten sie, so gut als möglich wäre, und dann auf einmal ergriffe sie une terreur panique, ohne zu wissen, warum" u. s. w. Die Ausfertigung Rescr. vom 31. Mai 1749.

Schlesiens;[1]) aber „man muß da zu löschen suchen, wo das Feuer ist". Mehr und Alles lag daran, die Differenz zwischen Schweden und Dänemark zu beseitigen; und Dänemark war befriedigt, wenn der Prinz-Thronfolger sein eventuelles Anrecht auf Schleswig aufgab, sich mit dem auf das gottorpische Holstein begnügte, dessen Inhaber, der Großfürst-Thronfolger, keine Aussicht auf Descendenz zu haben schien. Trotz alles Drängens von russischer, alles Hetzens von englischer Seite, kamen in aller Stille die Verhandlungen zwischen den beiden nordischen Kronen zu erwünschtem Fortgang. Wohl ging der Dänenkönig noch zu seiner Armee in Norwegen; der Coalition gehörte er nicht mehr an.

Wiederholt hatte das französische Ministerium im Anfang dieser Wirren darauf hingewiesen, daß es, wenn Schweden ernstlich in Gefahr kommen sollte, die Hohe Pforte aufrufen werde. Mit ihren Paschaliks am rechten Ufer der Donau und Sawa, mit ihren Hospodaren in der Wallachei und Moldau, mit ihren Vasallen, dem Großchan der Tartaren in der Krim, der mit den vier Stammhäuptern, die sich Sultane nannten, die Nordküste des schwarzen Meeres vom Bug bis über den Don hinaus beherrschte, stand sie im Rücken der beiden Kaiserreiche, deren innige Allianz, deren wachsender Einfluß auf die Republik Polen wohl geeignet war, ihr Sorge zu machen. Aber seit dem Frieden von 1739, den ihr Frankreich vermittelt hatte, durch die schweren Kämpfe mit dem mächtigen Perserschah gefesselt und erschöpft, hatte sie sich von den Wirren des christlichen Abendlandes fern gehalten, und Sultan Mahmud I. wurde alternd um so friedliebender. Schon 1748 war schwedischer Seits der Versuch gemacht worden, zwischen ihr und Preußen Beziehungen anzuknüpfen; Friedrich wollte den Kaiserhöfen nicht Vorwand zu neuen Verdächtigungen geben. Dann kam Frankreich mit dem gleichen Vorschlage: man könne ja, um jedes Aufsehen zu vermeiden, insgeheim, durch Frankreich oder Schweden, unterhandeln lassen.[2]) Trotz der Bedenken seiner Minister entschloß

---

1) Rescr. an Minister Graf Podewils, 4. und 6. April 1749. Am 7. April: les Danois envoient un ministre ici; ils ne sont point dans l'alliance des autres; je ferai tout ce que je pourrai pour les engager; il ne faudra pas être trop intraitable avec eux; si je réussis, ce sera un coup de partie pour nous.

2) So Podewils nach der Depesche, die Valory erhalten habe, 5. Mai an den König. Puysieulx hatte in derselben gesagt: que s'il lui étoit permis de s'expliquer librement, il trouve que V. M. poussoit la délicatesse et la circonspection sur cet article un peu trop loin.

sich jetzt Friedrich dazu;[1]) er übersandte seinen Entwurf zu einer Defensivallianz auf zehn Jahre nach Paris mit einem Schreiben an den Ambassadeur in Constantinopel Graf Desalleurs;[2]) und Puysieulx antwortete sehr befriedigt und mit der Hoffnung, daß Preußen großen Gewinn davon haben werde, „wenn anders die Pforte noch in der gleichen Disposition sei wie vor einigen Monaten".[3])

Frankreichs Einfluß in Constantinopel war gesunken,[4]) der Schwedens noch mehr, während Rußland, der Wiener Hof, England, Holland dort Hand in Hand arbeiteten. Wenn Frankreich zu jenen Unterhandlungen drängte, sie zu vermitteln übernahm, ohne ihres Erfolges sicher zu sein, so lag es nahe zu vermuthen, daß es mit dem Namen Friedrichs, der dort hochgefeiert war, eine Stütze zu gewinnen versuchen wollte.

Von wie losem Gefüge das französische System war, zeigte sich in dem Verhalten des Dresdner Hofes zu Frankreich, dem man ja in Versailles immer mit besonderer Vorliebe entgegenkam. Auf eine officielle Anfrage des Grafen Loß, welche Unterstützung der König von Polen von Frankreich zu erwarten habe, falls er von Preußen angegriffen werde, antwortete Puysieulx: Sachsen habe nichts der Art zu befahren, aber wenn es durch seine rastlosen Umtriebe sich Unannehmlichkeiten zuzöge, könne Frankreich ihm nicht helfen, — und als Graf Brühl darauf erklärte: dann werde sein König genöthigt sein auf anderen Wegen für die Sicherheit seiner Staaten zu sorgen und andere Verbindungen zu suchen, — selbst da noch, vielleicht da um so mehr glaubte Frankreich um die Erneuerung des Subsidientractates sich in

---

1) Mündliche Resolution, 21. Mai auf Podewils Entwurf vom 20. Mai: „Recht gut. Nach denen Umständen und wenn man mich rund herum zu umziehen suchet, so ist doch nichts anderes zu thun. Wenn sie es auch erfahren, so muß man sie schreien lassen und wir müssen wieder schreien. Wir haben ménagements genug vor sie gehabt, welches uns Alles nichts geholfen hat, au contraire; kommt diese Sache zu Stande, so wird sie solches in Furcht erhalten. Übrigens kann die Zeit der Allianz auf zehn Jahre festgesetzt werden".

2) Friedrich II. an Podewils, 18./22. Mai, an den Ambassadeur Graf Desalleurs, [24.] Mai 1749.

3) Minister Podewils an den König, 4. Juni nach Valorys Mittheilung der Depesche von Puysieulx.

4) Desalleurs nennt in einer Depesche an Puysieulx vom 23. Nov. als seine vier Aufgaben: reprendre ici le principal crédit, protéger la Suède, ne pas abandonner la Pologne, arrêter le cours des vastes projets de la Russie.

Dresden bemühen zu müssen[1]). Und um so dreister, trotz aller vorgeblichen Angst vor dem „bösen Nachbar",[2]) wirthschaftete der Dresdner Hof weiter mit seiner Politik, die in allen Farben schillerte, mit seinen Diplomaten, die sich überall wichtig und unentbehrlich zu machen verstanden, mit seinen Steuerscheinen, die bereits 52 Millionen Thaler voraus verbrauchter Einnahmen vertraten.

Die Stellung Preußens in diesem französischen System war sehr besonderer Art. Sie war nicht die Consequenz der Defensivallianz, die 1741 mit Frankreich geschlossen, der schwedisch-preußischen Allianz von 1747, der Frankreich beigetreten war; noch weniger wurde sie durch einen neuen Tractat formulirt. Man begnügte sich beiderseits mit Verabredungen von Fall zu Fall, und daß Preußen voran gegangen war und Frankreich des Weiteren, wenn auch oft zögernd, nur theilweise, nicht ohne Nebengänge links und rechts den Impulsen und den Directiven folgte, die Friedrich II. nicht müde wurde, im gemeinsamen Interesse zu geben, das erschlaffende Frankreich um so empfindlicher wurde empfangen zu müssen, gab diesem sonderbaren Verhältniß sein Gepräge. An der Schwäche Frankreichs erstarkte die Machtbedeutung Preußens.

In den Tagen des Dresdner Friedens, und wieder in dem Verlauf der Aachener Verhandlungen war Frankreich daran gewesen, das Interesse Preußens Preis zu geben um sich mit Östreich zu verständigen. Beim Abschluß des Friedens von 1748 hatte es selbst die Garantie Schlesiens mit Zugeständnissen an England und Östreich verdunkeln helfen, es hatte nach dem Friedensschluß, in der Hoffnung, Hand in Hand mit England die Ruhe Europas zu hüten und die allgemeine Politik zu lenken, nicht gesehen oder nicht sehen wollen, was in den Conferenzen von Hannover vor sich ging; und doch war das dort verabredete Bündniß nur in erster Reihe gegen Preußen gerichtet.

Mehr noch: mit dem Aachener Frieden hatte sich die alte Familienverbindung der bourbonischen Kronen gelockert: Frankreich hatte Spanien

1) J. E. v. Voß, Dresden 7. Juni. Rescript an ihn 21. Aug. In dem auf drei Jahre geschlossenen Subsidienvertrag vom 21. April 1746 ist die Erneuerung des Vertrages nach drei Jahren (Art. X.) vorausbedungen.

2) Voß, Dresden 30. Aug.: je suis sûr que dans le moment présent le Cte. Brühl ne sait de quel côté se tourner . . . Die letzte „Demarche von Loß" in Paris hält Voß für un effet de la crainte que le Cte. Brühl a pour la force de V. M.

so gut wie verloren, Sardinien nicht gewonnen. Dem französischen Einfluß in Constantinopel hielt der des Wiener Hofes, seit er 1747 mit der Pforte den Belgrader Frieden in einen ewigen verwandelt hatte, das Gleichgewicht. In Polen war die französische Partei daran, der russischen völlig zu erliegen; und die nordischen Wirren drohten den letzten Stützpunkt der französischen Politik in Osteuropa zu brechen.

Preußen hatte in dieser Krisis seine Stellung genommen, sich fertig gemacht, sein Interesse mit aller Macht zu vertheidigen, bevor Frankreich ihm glauben wollte, daß eine große Gefahr heranziehe. Ohne Frankreich trat es den drei Großmächten entgegen. Und indem bei der politischen Apathie Hollands die alte Firma der Seemächte, wenn sie auch in Subsidienverträgen wohl noch genannt ward, nicht mehr der Rede werth war, indem ferner, je eifriger die Seemächte, der Wiener, der Dresdner Hof, Hannover gewesen waren, Rußland für die westliche Politik heranzuziehen, desto mehr sich die europäische Gravitation nach dem Osten schob, so mußte es sich jedem unbefangenen Blick aufdrängen, was dieß Preußen bedeute, das mit seiner politischen Initiative, und seiner Armee hinter ihr, England und die beiden Kaiserhöfe balancirte und Frankreich dahin geführt hatte, wenn auch wider Willen, mit Hand anzulegen, — und mehr noch, was es bedeute, daß Preußen seine Macht daran setzte, den vertragsmäßig begründeten Friedensstand zu erhalten, während Preußens Gegner nur darauf aus waren, einen casus belli zu schaffen, um diese Verträge zu zerreißen.

Die Gerechtigkeit fordert es auszusprechen, daß die altmächtigen Höfe das Wesen dieser jüngsten Macht richtig würdigten, wenn sie sie niederzuwerfen und möglichst stark zu reduciren für nothwendig hielten, — richtig würdigten, sofern sie für ihr Interesse und ihre Zukunft, also für das Heil der Welt nur in der Rettung, in der Herstellung des alten irrationalen Reichs- und Staatensystems Sicherheit fanden.

Daß Friedrich II. für den Augenblick militärisch so überlegen war, machte ihn und seine Zurückhaltung, seine Geschlossenheit, das undurchdringliche Geheimniß seines Cabinets doppelt unheimlich; sie nahmen als unzweifelhaft an, daß er unerhörte Dinge im Werke habe; denn wer von ihnen hätte nicht an seiner Stelle mit solchen Mitteln, bei so sicherem Erfolg über die schlecht gerüsteten Gegner so gehandelt, wie sie von ihm zu fürchten vorgaben? wer mochte seine immer neuen Friedensversicherungen für ehrlicher halten als die gang und gäbe di-

plomatische Ehrlichkeit, wie sie ihnen selbst geläufig war? Sie waren nicht gemeint, sich von ihm so täuschen zu lassen, wie sie ihn mit der unschuldigen Allianz von 1746 zu täuschen hofften. Und daß er nicht schon in den drei letzten Kriegsjahren eine Gelegenheit benutzt hatte, über irgend einen Nachbarn meuchlings herzufallen und neue Eroberungen zu machen, schien nur zu zeigen, daß er demnächst, wenn alle Welt von dem langen Kriege todtmatt war, loszubrechen und desto größere zu machen gedenke. Noch war sein Königreich nur wie eine Skizze zu einem Staatsgebiet, wie ein Skelett, das erst mit neuen Gebieten ausgerundet werden mußte, um ein Körper zu sein! Die geographische Nothwendigkeit schien ihn zu zwingen die untere Weichsel, die vorpommersche und mecklenburgische Seeküste zu gewinnen, seine Stromgebiete an der Weser, am Rhein, an der Ems zu consolidiren, mit den Markgrafschaften in Franken, die auf wenigen Augen standen, am Main festen Fuß zu fassen; ihm mußten die zerstreuten und vorgeschobenen Enclaven rechts und links von der dürftig zusammenhängenden Mitte seiner Lande nur die Etappen zu weiteren Eroberungen sein, die man um des europäischen Friedens, um der Rettung des Reichs- und Staatensystems, um des Schutzes der Schwachen und Kleinen Willen ihm unmöglich machen mußte, bevor er sie begann.

Zwecke und Gründe, denen kein Gutgesinnter bestreiten konnte, das unverfälschte Gepräge der „guten Sache" an sich zu tragen. Nur daß die Mächte der Petersburger Allianz es weder mit der legalen Erfüllung vertragsmäßiger Verpflichtungen noch mit der Lauterkeit ihrer prophylaktischen Politik allzu genau nahmen, wenn sie den, vor welchem sie die gute Sache, die Sache Europas zu schirmen vorgaben, auf die Mensur zwingen wollten, um ihm das anzuthun, wovor sie sich und alle Welt schützen zu wollen glaubten oder zu glauben vorgaben. Denn wenn sie ihn mit immer neuem Bröckeln an den geschlossenen Verträgen, mit immer ärgeren Rücksichtslosigkeiten zu reizen fortfuhren, so mußten sie sehr überzeugt sein, daß er durchaus nicht daran denke, ihnen zu Leibe zu wollen; und wenn sie trotzdem fortfuhren, ihn zu behandeln, als wenn er sie gelegentlich meuchlings überfallen werde, so wählten sie dagegen Mittel, die nicht das, wodurch sie sich gerechtfertigt halten mochten, zu ihrer nächsten Wirkung gehabt hätten, sondern statt des Friedens, den sie im Munde führten, das Chaos eines allgemeinen Krieges, mit dessen Ausgang, mochte Preußen sich behaupten oder zerrissen worden sein, die Prämissen der jetzt noch

möglichen Zustände und Ausgleichungen im Reich, in Europa, in den transoceanischen Colonien für immer dahin waren.

Es waren zwei Zeitalter, die wider einander standen, und nicht auf Seiten derer, die Preußen aus der Reihe der Mächte auszumerzen gedachten, war der weiterführende Gedanke.

Der zweite Anlauf 1749.

Für den Augenblick hing noch Alles an der schwedischen Frage. Seit dem „vigoureusen" Eintreten Frankreichs schien ihre friedliche Lösung erreichbar.

Die Verlegenheiten, die sich unter dem Druck desselben für die englische Politik ergaben, die peinliche Folge davon, daß Georg II. in Hannover mehr versprochen hatte, als er in London zu erfüllen vermochte, schienen ihr einen leidlichen Ausweg sehr dankenswerth machen zu müssen.

Und der Wiener Hof zeigte sich bereit und voll edlen Eifers, Frankreichs Friedensbemühungen zu unterstützen. Ihm galt es, dem Erstarken der französisch-preußischen Verbindung zuvorzukommen, die jenen Differenzen einen peinlichen Nachdruck gab; und noch schien Dänemark, die Hohe Pforte für dieses System nicht gewonnen. Wenn Rußland, wie es jetzt im Mai drohte, in das schwedische Finnland einrückte, weil den schwedischen Erklärungen nicht zu trauen sei, so war Frankreich zum Schutze Schwedens provocirt und was der schwedische Conflict für Östreich bedeuten sollte, vereitelt. Die nur russische Tendenz Bestushews störte das Interesse Östreichs und der guten Sache.

Daß Bestushew seines Weges weiter ging, daß Östreich und England, Holland und Sachsen obenein, beschwichtigend ihn nicht hemmen, hemmend ihn nicht beschwichtigen wollten, daß sich das französische System daran weiter formte und erstarkte, giebt dieser Phase der russischen Politik, die bis in den September währte, ihre allgemeine Bedeutung.

Gewiß hätte Friedrich II. die friedlichen Versicherungen, die ihm

Graf Chotek zu machen hatte, mit Dank angenommen, wenn sie schlicht und ehrlich gemeint waren.[1]) Er hätte der englischen Politik ihre Zweideutigkeiten verziehen, wenn die finanziellen Rücksichten Pelhams den Velleitäten seines Bruders Newcastle ein Ende gemacht hätten, deren sich König Georg II. und dessen englische und hannövrische Vertrauten nur zu geschickt zu bedienen verstanden.

Aber er wußte, daß Rußland fortfuhr, in London, selbst mit Bedrohung des englischen Handels, Subsidien zu fordern, und der Wiener Hof, sie auf das Dringendste zu befürworten; er glaubte zu wissen, daß bedeutende Summen von England nach Petersburg gesandt würden, ihm war selbst das Handlungshaus genannt, an welches diese Zahlungen gingen. Ihm war berichtet, daß Titley in Copenhagen — noch war die geheime schwedisch-dänische Verhandlung nicht fertig — 50000 oder, wie aus Copenhagen gemeldet wurde, 100000 Pfd. Sterl. Subsidien für 6000 Mann angeboten habe, und daß dieses Erbieten geschehen sei, obschon Newcastles Antrag im Conseil von Pelham, Bedford, dem Lordcanzler bekämpft und schließlich abgelehnt worden war.

Sicherer, aus Graf Bernes Berichten, wußte Friedrich II., daß Maria Theresia weitere Schritte gegen Schweden allerdings widerrieth, aber mit der ausdrücklichen und wiederholten Zusage, jedenfalls ihre vertragsmäßige Hülfe leisten zu wollen. Ende Mai erschien Blondel als französischer Geschäftsträger in Wien, wurde von der Kaiserin und ihren Ministern mit Liebenswürdigkeiten überschüttet, und ließ sich sehr bald überzeugen, daß Östreich und Frankreich Hand in Hand die nordischen Wirren vermitteln müßten, Frankreich als Schwedens, Östreich als der Zarin Alliirter.[2])

In Dresden wurde eben jetzt von den beiden Kaiserhöfen die Accession Sachsens zur Allianz von 1746 auf das Eifrigste be-

1) H. Podewils an den König, Berlin 5. Mai. Puysieulx schrieb an Valory: qu'il étoit charmé d'apprendre que V. M. avoit fait répondre si froidement au Cte. de Chotek sur toutes les protestations qu'il lui avoit fait faire par ordre de sa cour et sur ses sentiments pacifiques et sur l'innocence de ses vues par rapport aux petits campements que les troupes autrichiennes pourroient former.

2) Graf O. Podewils, Wien 9. Juli: il m'a paru qu'on l'a entièrement persuadé de l'existence du projet de changer la forme du gouvernement, et que c'étoit V. M. et Madame la Princesse Royale qui y avoient poussé le Prince Royal de Suède.

trieben.[1]) Graf Brühl hoffte englische statt der französischen Subsidien; er war im Begriff eine Anleihe von vier Millionen auf Hypothek der Ämter von Merseburg und Weißenfels aus Hannover zu erhalten, die wenigstens nach seiner Angabe von Williams angeboten war; der König, sein Herr, habe sie unter solchen Bedingungen nicht annehmen wollen, sagte er dem französischen Ambassadeur. Aber der erwähnte Versuch, ob nicht Frankreich über die Subsidien hinaus sich auch zum Schutz Sachsens gegen Preußen verpflichten lasse, mislang ihm; „so muß der König, mein Herr, auf andere Art Vorsorge treffen und ist gezwungen, andere Verbindungen zu suchen.“ [2])

In London waren die Verhandlungen um die Accession zum Vertrage von 1746 noch immer im Gange; der Beitritt, sagte der Herzog von Bedford, sei noch nicht entschieden, aber es könne dazu kommen, da die Klugheit Vorsorge für die Zukunft fordern könne.[3]) „Und dann werden die Geheimartikel,“ fügt Klinggräffen dieser Nachricht bei, „deren, wie man mir gesagt hat, vier sein sollen, auf die Maaßregeln bezüglich sein, die man im Fall einer Verfassungsänderung in Schweden zu treffen hat.“

War diese Vermuthung zutreffend? Wenn Frankreich in jenem Erbieten an England für Schweden gut gesagt hatte, so war eine Verfassungsänderung in Schweden eben nicht mehr zu besorgen, zumal da man in London wie in Wien auf das Eifrigste zeigte, daß man von dem edlen und ehrlichen Willen Frankreichs überzeugt sei. Dennoch solchen Argwohn äußern, solche Vorsorge nöthig halten, wie Lord Bedford zu hören gab, hieß voraussetzen, daß gegen den Willen Frankreichs und von einer anderen Seite angeregt und unterstützt Schweden den

1) Friedrich II. an Chambrier, 3. Juni auf Grund eines Berichtes von Voß, Dresden 24. Mai: il faut que vous sachiez que c'est à Dresde le même train comme à Londres, puisque là les Ministres des deux cours Impériales (Sternberg und Keyserlingk) se donnent tous les mouvements possibles et qu'ils meuvent force d'intrigues pour attirer la cour de Dresde dans leurs vues et pour la faire accéder au traité dont ces deux cours sont convenues.

2) J. C. v. Voß, Dresden 7. Juni. Darauf Rescr. 12. Juni . . il en résulte de plus que les deux cours impériales conjointement avec celle de Londres n'ont point du tout abandonné leurs vastes desseins . . . mais que les ayant fait éclater au moment qui n'étoit point favorable encore à les mettre en exécution, elles n'ont fait que les suspendre jusqu'à un temps plus favorable, en tâchant, en attendant, au possible d'endormir la France u. s. w.

3) Klinggräffen, 20. Juni: la prudence pouvant exiger de se précautionner pour l'avenir.

Schritt thun werde, den man zu fürchten vorgab, — hieß wie mit dem Finger auf Preußen zeigen, trotz des Schreibens Friedrich's II. an Georg II., trotz der sehr bindenden Erklärungen an dessen Minister.

Und in den höfischen Kreisen von Versailles fehlte es nicht an solchen, denen alles Übelste von Friedrich II. und seiner Politik vorauszusetzen eine Genugthuung war oder für Weisheit galt.

Ende Mai hatte Friedrich II. in einem Schreiben von Bernes an Ulfeld eine Äußerung gelesen, die keinen Zweifel ließ, daß die Accession Englands zu der Allianz von 1746 in naher Aussicht stehe, und daß die Geheimartikel derselben dem Herzog von Newcastle, wenn auch noch nicht in officieller Form zugestellt seien.[1])

Wenn man in London jetzt, wo die Verständigung mit Frankreich in bestem Fortgang zu sein schien, Geld nach Rußland schickte, doch nur, damit die russischen Rüstungen fortgesetzt und gesteigert werden könnten, wenn man plötzlich zu einer Augmentation der Matrosen schritt, „von der seit dem Februar nicht mehr die Rede gewesen war", wenn Münchhausen gegen Georg II. selbst äußerte, man müsse Friedrich II. zwingen unter den Waffen zu bleiben, um ihn matt zu machen,[2]) wenn Graf Brühl dem östreichischen Gesandten erklärte, daß sein König, falls die Kaiserhöfe ihm den Rücken frei halten wollten, wohl ganz anders als bisher sprechen würde,[3]) so hatten die unschuldige Defensivallianz von 1746 und die Separatartikel, deren Existenz man auf das Hartnäckigste geläugnet hatte, einen Zweck, der jetzt erreichbar schien, falls man Frankreich in Betreff Schwedens zu beruhigen vermochte und damit Preußen isolirte, es mit allerlei Schwierigkeiten zum Äußersten trieb, um es endlich über die Klinge springen zu lassen.[4])

1) Graf Bernes an Ulfeld, Moskau 28. April: „und gleichwie J. K. K. M. den Seemächten von den geheimen Artikeln Nachricht geben lassen wollte, so fände der Großcanzler seiner Seits nöthig, daß auch ihrer Seits Newcastle die englischen Minister dahin instruire, daß wenn die qu. Artikel nur keine offensive Verbindung enthielten, man englischerseits den Tractaten beizutreten sich nicht weigern würde".

2) Klinggräffen, 10. Juni: qu'il faut tenir V. M. armée, persuadé que cela l'affoiblira.

3) Graf Sternberg an Ulfeld, Dresden 18. Juli.

4) Ministerialrescr. an Klinggräffen, 21. Juni: Il paroit de jour en jour plus évidemment que les deux cours impériales se sont données le mot pour amuser la France; Briefe aus Moskau zeigten den lebhaften Verkehr zwischen Bernes und Bestushew: et on conjecture avec beaucoup de vraisemblance qu'il y a question de former un

Wie zugleich die öffentliche Meinung bearbeitet wurde, zeigte ein Artikel in der „geschriebenen Zeitung", die der Cölner Journalist Roderique neben seiner gedruckten Gazette de Cologne verfaßte. Es wird da am 20. Mai 1749 nach Zuschriften aus Schlesien gemeldet, daß Friedrich II. zwar seine Truppen und Festungen dort in gutem Stande gefunden habe, aber daß Leute, die diese Provinz vor zehn oder zwölf Jahren gekannt hätten, sie nicht wiedererkennten; die Städte und das Land schienen ihnen minder bevölkert, die Manufacturen im Sinken, der Handel ermattet, baar Geld selten, die Einwohner traurig, argwöhnisch und trotzig; vielleicht sei das Bild zu schwarz gemalt, aber da Schlesien dem neuen Herrn noch einmal so viel aufbringe, als je dem Hause Östreich, so könne man nicht zweifeln, daß es sich allmählich erschöpfe und daß dieses schöne, reiche und fruchtbare Land sich in wenigen Jahren auf gleichem Niveau mit den anderen Ländern des Hauses Brandenburg sehen werde. Dieselben Berichte meldeten, daß die Einkünfte Schlesiens von Jahr zu Jahr sänken: „Wir haben eine kleine Denkschrift gelesen, deren Verfasser, der alle Provinzen Preußens genau zu kennen scheint, darzulegen unternimmt, daß der König von Preußen, der jetzt 140—150000 Mann unterhält, nach zehn Friedensjahren nicht mehr 100000, nach zwanzig kaum mehr 80000 wird erhalten können." Wie entsetzlich, wenn so regiert wurde! welche Wohlthat, wenn solchem Regiment ein Ende gemacht wurde! des Königs eigene Lande mußten den Tag segnen, der die Kosacken und Kalmücken der Zarin, die Panduren, Sczekler, Jazygier Maria Theresias über die Grenze hereinbrechen ließ.

Schon begann sich das mystère d'iniquité zu entfalten. Im Juni bezogen die Russen, sieben Regimenter Infanterie und ein Regiment Cavallerie, ein Lager bei Mitau; aus dem Innern des Reiches marschierten die Dragoner von Astrachan und mehrere neuformirte Bataillone auf Riga zu; 30000 Mann wurden auf den Galeeren eingeschifft, nach Wyborg schweres Geschütz geschafft. Die russischen und holländischen Zeitungen waren voll von Nachrichten über die formidabeln Rüstungen der Zarin; Groß in Berlin erhielt Avocatorien für

---

nouveau plan relativement aux affaires de la Suède à la place de celui que la fermeté de la France et la perspective de mes armements ont fait échouer. Oder wie es in des Königs Rescript an Goltz, 20. Mai heißt: quelque nouvelle négociation secrète sur le tapis par laquelle l'on voudroit convenir d'autres arrangements pour l'avenir, qu'on voudra baptiser encore d'arrangements défensifs.

sämmtliche im preußischen Dienste stehenden liefländischen Officiere. Anfang Juli erschien eine russische Flotte von zehn Kriegsschiffen, drei Fregatten, zwei Bombenschiffen vor Weichselmünde; sie hatte Befehl hier zu ankern, bis die ganze Flotte unter den Dünen von Riga sei, sie sandte Boote aus an der pommerschen Küste die Tiefen zu sondiren. Zugleich wurde von Moskau, von Dresden aus die Nachricht verbreitet, daß Celsing in Constantinopel Auftrag habe, mit der Hohen Pforte Maaßregeln zur Herstellung der Souveränetät in Schweden, wenn der Thronwechsel eintrete, zu verabreden.[1]) Schon hatte Goltz in Moskau von dem holländischen Gesandten Swart erfahren, daß der Großcanzler vor etwa drei Wochen einen Courier an Panin nach Stockholm gesandt habe,[2]) mit der Erklärung — Swart hatte einen Auszug davon in Händen —, daß die Zarin Angesichts der kritischen Lage die Krone Schweden und besonders wegen der außerordentlichen Gefahr, von der dieselbe bedroht sei, in Gemäßheit der Garantien, die Rußland übernommen habe, ein Corps in Finnland einrücken lassen werde wie 1743, daß diese Truppen nicht als Feinde, sondern als Freunde Schwedens kämen, daß sie Alles baar bezahlen und die strengste Mannszucht halten würden, daß sie dort so lange stehen bleiben sollten, bis die Gefahr vorüber sei. Swart hatte hinzugefügt, daß zu dieser Expedition die 30000 Mann bestimmt seien, die sich bereits auf den Galeeren befänden, daß auch in der Declaration gesagt sei: diese Sendung erfolge auf Ersuchen einer großen Partei in der schwedischen Nation.

„Also die Russen sind im Begriff in Schweden einzurücken, also der Krieg im Begriff anzufangen", so schrieb Friedrich II. dem Prinzen von Preußen am 19. Juli;[3]) „ich fange wieder an zu berechnen und meine Dispositionen zu machen; wenn wir noch diesen Winter gewinnen, so wird das das Höchste sein". Und an General v. Lehwaldt in Königs-

1) Diese Nachricht autant malicieusement inventée que ridicule dans le fond wird durch eine schwedische Circularnote dementirt, deren Mittheilung Podewils und Finckenstein, 8. Juli, dem König melden.

2) So Goltz, 20. Juni. Danach war der Courier um den 10. Juni abgefertigt. Nach einer späteren Angabe von Swart (Goltz, 18. Aug.) sind die ordres pour faire la nouvelle déclaration an Panin 16. Mai vollzogen worden.

3) Friedrich II. an den Prinzen von Preußen, 19. Juli: voilà les Russes qui vont entrer en Suède et par conséquent la guerre qui va commencer; je recommence à calculer et à faire mes dispositions; si nous gagnons encore cet hiver, ce sera le tout du monde. An General v. Lehwaldt gleichfalls 19. Juli.

berg mit jenen Nachrichten von Swart: „Wenn die russische Demarche realisirt wird, ist der Krieg unvermeidlich; aber da wir aller Apparence nach noch nicht in diesem Jahre daran Theil nehmen dürften, so sollt ihr vorerst noch in statu quo bleiben, aber sehr achtsam auf Alles sein, was in Curland, Liefland und an der Grenze vorgeht".

Lag dem Wiener Hofe die Ruhe Europas am Herzen, so war jetzt der Moment für ihn da, mit seiner Vermittelung einzutreten. Er konnte kein Gefallen daran haben, daß 30000 Mann Russen gegen Schweden gesandt und voraussichtlich für lange Zeit festgehalten wurden. Ihm war die schwedische Frage nicht der Zweck, nur ein Vorwand gewesen; und sie hatte schon eine sehr andere als die gewünschte Wirkung gehabt.

Chotek meldete aus Berlin, daß man dort bei Hofe keinerlei Unruhe zeige; aber der schwedische Gesandte sei in großer Bewegung: „Vielleicht weiß man sich in Stockholm schuldig und vielleicht merkt man da, daß den Worten Tessins kein Glauben beizumessen ist, indem die für die Ruhe Europas sorgenden Mächte solche Maaßregeln nehmen dürften, welche seine oder seines Anhangs verborgene Absichten zu vernichten im Stande sind". In Wien äußerte sich der Hofcanzler gegen Blondel eingehender: er sei überzeugt die Zarin werde in diesem Jahre nicht den Krieg beginnen, aber sie sei beunruhigt durch die fortgesetzten Rüstungen Schwedens, mehr noch durch die erneute Nachricht, daß die Veränderung der Verfassung mehr als je betrieben werde, daß zwar Tessin auf Frankreichs Vorstellung den Plan ganz aufgegeben habe, der Prinz-Thronfolger aber desto hartnäckiger daran festhalte; noch mehr sei das Mistrauen der Zarin durch eine Äußerung Valorys, die ihr hinterbracht worden, erregt: daß Schweden das volle Recht habe seine Verfassung zu ändern. Ulfeld fügte hinzu: man müsse durchaus Rußland sicher stellen, man könne es vermöge einer öffentlichen Urkunde, in der Schweden in aller Form erkläre, daß es nichts an der Verfassung ändern werde. Auf Blondels Einwand, daß Schweden bereits wiederholte Erklärungen der Art gegeben habe, meinte der Hofcanzler: man habe darüber nichts Schriftliches. Und Blondel darauf: Schweden werde doch nicht auf eine mündliche Forderung eine schriftliche Acte geben sollen; man könne von Schweden nicht einen entehrenden Schritt fordern, einen Schritt, der nur ein Zeichen von Furcht, Schwäche und Unterwürfigkeit sein würde; und selbst wenn

man darüber hinweggehen wolle, — nicht der König, nicht der Senat könnten solche Erklärung geben, sondern nur die versammelten Reichsstände. Ulfeld schloß: anders nicht könne Rußland sein Recht sicher gestellt sehen, anders nicht ein Unternehmen aufgeben, das es vor den Augen von ganz Europa begonnen habe.[1]) Und damit war Blondel überzeugt von dem aufrichtigen Eifer des Wiener Hofes, den Frieden zu erhalten, alle anderen Rücksichten gegen diese hintanzusetzen. Er suchte dem Grafen Barck klar zu machen, daß Schweden sich getrost dem Rathe des Wiener Hofes hingeben könne, daß es denselben um seine guten Dienste ersuchen solle; er gab gelegentlich zu vernehmen: jetzt habe er sichere Nachricht, daß der König von England die Zarin vorwärts treibe, daß derselbe den Plan, Schweden an den Herzog von Cumberland zu bringen, noch keinesweges aufgegeben habe, und daß Dänemark mitlaufen werde.[2])

Ein ähnlicher Antrag, wie in Wien, war von Lord Bedford dem Marquis von Mirepoix, der jetzt als französischer Ambassadeur in London eingetroffen war, und von Lord Albemarle in Versailles gemacht worden, mit der seltsamen Zumuthung, daß die schriftliche Erklärung Schwedens durch eine schriftliche Erklärung Frankreichs verbürgt werde. Puysieulx hatte geantwortet, daß Frankreich sich durch eine schriftliche Erklärung die Hände nicht binden werde. Im Conseil war auf Puysieulx' Antrag beschlossen worden, daß, wenn Preußen auf Anlaß des Beistandes, den es den Schweden leiste, angegriffen werde, französische Truppen in die Niederlande einrücken sollten; „Frankreich habe nicht den Rhein, sondern Schlesien als seine Grenze anzusehen"[3]).

---

1) O. Podewils, 3. Juli. Minist.-Rescr. an Chambrier, 29. Juli. Genaueres erhellt aus dem Bericht Blondels vom 17. Juli, den Marquis Valory 11. Aug. mit einem Memoire an den Minister Podewils überreichte, und aus Friedrichs II. Antwort an Podewils, 18. Aug. Blondel schreibt: Graf Kaunitz, der soeben aus London zurückgekehrt sei, habe ihn versichert, daß das Bündniß der beiden Kaiserinnen von 1746 durchaus nur defensiv, und trotz aller gegentheiligen Gerüchte zwischen denselben kein weiterer Vertrag geschlossen sei, daß der Wiener Hof keine anderen Absichten habe, als dem Kriege im Norden zuvorzukommen, den der König von Frankreich ebenso zu vermeiden wünsche.

2) O. Podewils, Wien 26. Juli: mais qu'il vouloit parier tout au monde, que la cour d'ici ne le (Cumberland) favorisoit pas, qu'elle tâcheroit même de détourner l'orage qui menaçoit tout le monde, puisqu'elle étoit hors d'état d'en profiter à cause du bouleversement total où étoit l'intérieur de son pays. Sichtlich das Echo von Ulfelds Insinuationen.

3) Chambrier, 31. Juli.

Sehr vortrefflich; aber meinte man wirklich in Versailles, daß Friedrich II. von seinen Regimentern einige nach Schweden hinüber senden, daß er seine Armee, die nur zum Schutz seiner Staaten hinreichte, zerbröckeln solle? Und wenn dann die Russen in Ostpreußen, die Östreicher in Schlesien einbrachen, was half ihm da eine französische Promenade nach Belgien?[1])

Der Juli verging, ohne daß der seit Wochen angekündigte Courier bei Panin eintraf. Derselbe habe, hieß es, da der König von Dänemark, den er zur Mitwirkung auffordern sollen, sich bereits zu seiner Armee nach Norwegen begeben, den Umweg über Christiania und Friedrichsstadt nehmen müssen. Ein Theil der russischen Flotte manövrirte Mitte Juli bei Gothland, und Panin hatte Befehl, wenn man über deren Bewegungen Aufklärung fordere, zu erklären, daß die Flotte nur der Übung wegen in See sei. Darauf wurde dem General Rosen, der die 9000 Mann Schweden in Finnland commandirte, Befehl gesandt, die russischen Schiffe, wenn sie friedlich in die dortigen Häfen kämen, um Wasser und Proviant einzunehmen, wie Schiffen einer befreundeten Nation zu begegnen, wenn sie Gewalt drohten, weitere Ordre einzuholen.

Jene entgegenkommenden Aufklärungen Panins stimmten wenig zu den martialischen Superlativen, mit denen Bestushew im Juni in den Zeitungen hatte Lärm schlagen lassen, noch mit den officiellen Anfragen wegen vertragsmäßiger Hülfe, die Graf Keyserlingk in Dresden hatte stellen müssen. Und am wenigsten war man in Stockholm gemeint, der aufdringlichen diplomatischen Vormundschaft des Wiener Hofes sich anzuvertrauen, die mit einem Act der Selbsterniedrigung erkauft werden sollte. Um das Äußerste zu thun, was Frankreichs Besorgniß vor einem Kriege wünschen konnte, wurde auf Antrag des Prinzen-Thronfolgers im Reichsrath eine feierliche Erklärung verlesen, in welcher der Prinz in den bestimmtesten Formen „allen Einwohnern des Reichs" die Versicherung aussprach, daß er seinem geleisteten Eide treu, nie daran gedacht habe die Regierungsform zu ändern und die Freiheit der Reichsstände zu beschränken, auch dabei, wenn die Krone auf ihn übergehe, fest und treu beharren werde; und wenn man die Mei-

1) Friedrich II. an den Minister v. Podewils, 13. Aug.: j'avoue que c'est une chose qui ne laisse pas que de m'embarrasser.



nung verbreiten wolle, daß in diesem Reiche eine Partei sei, die aus Furcht ihre Freiheit zu verlieren bereits Schritte gethan habe, sich des Schutzes zweier auswärtiger Mächte zu versichern, so werde der Ausgang zeigen, wie sehr solche boshaften Ausstreuungen alles Grundes entbehrten, u. s. w. Diese Acte wurde den schwedischen Gesandten an allen Höfen zugestellt.

Der König von Dänemark war aus Norwegen Ende Juli zurückgekehrt;[1]) er hatte es abgelehnt sich der neuen russischen Declaration anzuschließen. In Wien hatte man bedenkliche Nachrichten aus Constantinopel.[2]) Und Puysieulx hatte von Neuem zu Lord Albemarle in sehr bestimmten Ausdrücken gesprochen: „Wenn England von der Partei ist, so beginnt jetzt der Krieg im Norden und im Frühling in Flandern, da Preußen in Gemäßheit des Aachner Friedens unsere Hülfe fordern wird; der König von England ist bejahrt, man sollte glauben, daß er Ruhe wünschen müsse; und er hat dreimal den preußischen Besitz Schlesiens garantirt".[3]) „Aber", so fügt Chambrier hinzu, „Puysieulx fürchtet den Krieg, er steht ziemlich allein, St. Severin, der ihn unterstützen könnte, ist immer leidend, der Generalcontroleur würde sich mit aller Macht dem Kriege widersetzen, den man mit der kostspieligen Belagerung von Namur und Mastricht beginnen müßte; der König will nicht Krieg".

Nur zu gut wußte man in Wien, daß Bestushew hartnäckig bei seiner Absicht gegen Schweden beharre, daß er Östreich „mit Gewalt in den schwedischen Krieg zu verwickeln suche". Das östreichische Promemoria vom 8. Mai, das die geforderte Hülfe gegen Schweden ablehnte, wenn Rußland der Angreifer sei, hatte der Großcanzler noch Anfangs August anzunehmen sich geweigert.

Es war hohe Zeit, einem verhängnißvollen Schritt Bestushews vor-

---

1) Europische Mercurius LX, 2 p. 7. de spoedige terugkomst hadde eenig nadenken gebaard, en deszelfs oorzaak wierd toe geschreven aan de Noordsche Crisis.

2) Die Erklärung der Hohen Pforte an den französischen Ambassadeur Desalleurs zu Gunsten Schwedens, falls Rußland es angreife, hatte man in Berlin am 17. Juli durch eine Depesche von Chambrier vom 7. Juli. Die wohl etwas später an den russischen Gesandten Neplujew erfolgte war durch das am 10. Juli von Celsing aus Constantinopel an Wulfwenstjerna in Berlin gesandte Schreiben durch den Courier, der über Danzig nach Stockholm ging, am 13. Aug. dem preußischen Ministerium mitgetheilt.

3) Chambrier, 18. Aug.

zubeugen. Es scheint Kaunitz's Gedanke gewesen und von englischer Seite befürwortet zu sein, daß man nicht bloß von Schweden, sondern auch von Rußland schriftliche Erklärungen fordern müsse; von Rußland die, die Succession des Prinz-Thronfolgers nicht stören zu wollen. In einer Berathung, der Ulfeld, Bartenstein, Blondel, Keith beiwohnten, wurde beschlossen, „reciproque Erklärungen" zu fordern.[1])

Von der Vortrefflichkeit dieses Antrages den Grafen Barck zu überzeugen, bemühte sich der Hofcanzler vergebens; er mußte sich sagen lassen, daß eine solche Procedur nur zu Gunsten Rußlands sei, daß sie die nationale Selbstständigkeit Schwedens im Princip aufheben würde, daß Schweden den Wiener Hof nicht um seine guten Dienste ersucht habe, daß mächtige Freunde zum Schutz Schwedens eintreten würden.[2])

Barck wird gewußt haben, daß bereits ein Mittel, besser als solche Quacksalbereien, gefunden war, den schon ganz nahen Ausbruch der Kriegsflamme mit Wasser zu übergießen.

Seit Monaten wurde zwischen Dänemark und Schweden unterhandelt. Noch im Juli war Friedrich II. nicht sicher, ob es glücken werde; Titley hatte offene Vollmacht, Alles zu bewilligen, was Dänemark fordere; „wenn sich Rußland nicht mit der Declaration des Prinzen-Thronfolger begnügt", schreibt Friedrich II. am 2. August, „wenn es erklärt, trotzdem seine Armee in Finnland einrücken lassen zu müssen, so ist das Friedensbruch; der Monat, der jetzt beginnt, ist ohne Frage der, in dem es sich enthüllen wird, ob im Norden Frieden bleiben wird oder nicht".[3])

---

1) Dieser Vorgang ist nach den mir vorliegenden Actenstücken nicht hinlänglich aufzuklären. O. Podewils schreibt, Wien 30. Aug.: Ulfeld habe gegen Graf Barck geäußert: l'Angleterre ayant une fois approuvé la méthode proposée par le Cte. de Kaunitz etc. In einem Bericht von Bernes an Ulfeld, Moskau 4. Sept., heißt es, Lord Hyndford habe sich bemüht den Großcanzler zu bewegen, den von Keith proponirten Weg einzuschlagen. Auch wann diese Conferenz in Wien gehalten worden, erhellt aus den vorliegenden Papieren nicht. Da die Nachricht davon bereits 30. Aug. in Moskau war — an diesem Tage erklärt Bestuschew, daß man diesen Schritt nicht ohne Rußlands Vorwissen hätte thun dürfen —, da ferner bereits am 24. Aug. Havrincourt in Stockholm von den Besprechungen in dieser Conferenz an Tessin Mittheilung machte, so fällt sie spätestens in die ersten acht Tage des August.

2) Den sehr anziehenden Bericht über diese Unterhaltung sendet O. Podewils, Wien 27. Aug. ein.

3) Friedrich II. an Chambrier, 2. Aug.: vous finirez en disant à M. de Puysieulx que j'envisagerois absolument le mois où nous venions d'entrer, comme celui où il seroit décidé u. s. w.

Endlich, mit schwerem Herzen hatte sich der Prinz-Thronfolger dem dringenden Rathe Friedrichs II. gefügt,[1]) mit dem Verzicht auf seine schleswig-holsteinischen Ansprüche die Verständigung mit Dänemark zu ermöglichen. In aller Stille wurden am 7. August die Präliminarien zwischen Dänemark und Schweden, am 17. August die Erneuerung des französisch-dänischen Subsidientractates unterzeichnet. Die dänische Cooperation von Norwegen aus, auf welche die russische Politik gerechnet hatte, trat nicht ein, und die größere Hälfte des schwedischen Heeres, die gegen die norwegische Grenze aufgestellt war, konnte zur Verstärkung nach Finnland eilen.

Wie ein Lauffeuer ging die Nachricht von dem Abschluß dieser Verträge von Hof zu Hof. „Das ist einer jener Schläge der Vorsehung," schreibt der Großvogt von Münchhausen am 2. September,[2]) „gegen welche menschliche Klugheit nichts vermag". „Hat der Prinz-Statthalter", wird aus dem Haag geschrieben, „die Absicht gehabt den Staat mit in die Allianz zu ziehen, so ist jetzt nicht mehr daran zu denken". In englischen Zeitungen las man: „Diese Verträge zeigen, daß England seine natürlichen Freunde sich immer mehr abkehren sieht, sichtlich nur weil sie Nachbarn von Hannover sind und vor diesem, unter der Patronage von England unternehmenden Kurfürstenthum auf ihrer Hut sein zu müssen glauben; es wird mit jedem Tage deutlicher und dringender, daß es, um die Ehre und Würde Englands herzustellen, durchaus zu einer politischen Ehescheidung kommen muß".[3]) In Wien sprach man schon von der nordischen Quadrupelallianz — „denn es sei gewiß, daß Preußen mit darin sei"; „es werde die Kaiserin-Königin tief verletzen", sagte Ulfeld, „daß, nachdem sie sechs Monate lang gearbeitet, unzählige Couriere geschickt habe, um Rußlands Hitze zu mildern, sie nun um den Ruhm gebracht sei, die Ruhe im Norden erhalten zu haben". Und O. Podewils schreibt: „Ich weiß aus guter Quelle, daß Bestushew wie vom Blitz getroffen gewesen ist, als er die erste Nach-

1) Friedrichs II. bestimmter Rath de sacrifier son moindre intérêt, concernant le Slesvig et sa succession éventuelle du Holstein u. s. w.; an Rohd, 26. April 1749. Am 4. Mai endlich hat der Prinz den Entschluß gefaßt und ihn dem Senat mitgetheilt, Cession der eventuellen Successionsrechte gegen die Herrschaften Oldenburg und Delmenhorst; Rohd, 6. Juli.

2) Münchhausen an Newcastle, Hannover 2. Sept. aus dem hannövrischen Archiv mitgetheilt von Koser, histor. Taschenbuch VI. 2. p. 224.

3) The London Evening Post 9. Sept. (in französischer Übersetzung bei den Acten) . . . il faut absolument qu'il se fasse un divorce politique.

richt bekommen; aber Ulfeld hatte letzter Tage zu Blondel gesagt: es sei damit noch keineswegs Alles in Ordnung; „es ist Keith, der dem Hofcanzler diese Nachricht gegeben hat und der Alles, was er ersinnen kann, um den hiesigen Hof gegen Schweden zu reizen und zu erbittern, zuträgt; von ihm kommt die Nachricht von Tessins Ungnade, die Blondel von Ulfeld hat.“[1])

Sonderbar wie diese große Wendung der Dinge auf Frankreich wirkte.

Noch ehe die Präliminarien vom 7. August des Abschlusses sicher waren, hatte Puysieulx gegen Chambrier bemerkt, daß natürlich gleich nach der französischen Allianz mit Dänemark auch die preußische geschlossen werden müsse.[2]) Als die Sache so gut wie fertig war, hielt Friedrichs Vorsicht es für nöthig, dem Minister anheimzustellen, ob Frankreich vorziehe, diese Unterhandlungen der preußischen Allianz selbst einzuleiten oder sie ihm zu überlassen, und weiter, ob Frankreich lieber den Beitritt Preußens zu der schwedisch-dänischen Allianz oder eine besondere preußisch-dänische wünsche.[3])

Nicht sofort antwortete Puysieulx darauf. Dann ließ er merken, daß etwas ihm Unangenehmes geschehen sei. Nach dem Besuche des Marschalls von Sachsen in Potsdam, Mitte Juli — er hatte eine Andeutung Friedrichs II. in Betreff des Widerstandes, den Rußland finden werde, misverstanden[4]) — war aus Dresden nach Paris gemeldet,

1) O. Podewils, Wien 6. Sept., darauf Rescr. 16. Sept.: C'est un homme bien ridicule que le sieur Blondel, mais avec tout cela d'un caractère bien dangereux et qui se mêle de bien des finesses, quoique fort mal à propos. Die warnende Andeutung, die Puysieulx an Chambrier gegeben, confirme assez les soupçons où vous êtes à l'égard de Blondel qu'il fait tenir aux gens des discours auxquels ils n'ont jamais pensé.

2) Chambrier, 20. Juli. Darauf Rescr. an Chambrier, 2. Aug.: vous direz à M. de Puysieulx que je trouvois rien de plus simple et de plus naturel que ce traité entre moi et le Danemarc dont il a fait mention envers vous, et que je m'y acheminerois, dès que l'accommodement de la Suède et du Danemarc seroit venu à sa perfection.

3) Rescript. an Chambrier, 9. Aug.

4) Friedrich II. sollte gesagt haben: je m'en vais signer mon traité avec le Danemarc. Nach Voß' Aussage vom 27. Sept. hatte der Marschall auf einem Diner bei Brühl erzählt: que V. M. avoit dit à table qu'Elle venoit de signer un traité, par lequel Elle croyoit empêcher les troubles dans le Nord, d'où peu à peu le discours sur une quadruple alliance doit avoir tiré son origine. Friedrich II. hatte nicht zum Marschall (er war 13.—15. Jul. in Berlin), sondern zu

daß dem Marschall von einer Quadrupelallianz gesagt worden sei, die man in Copenhagen unterzeichnet habe, und daß Voß, der preußische Gesandte in Dresden, diesen Abschluß bestätigt habe. So ausdrücklich, auf seinen Amtseid zur Rechtfertigung aufgefordert, Voß erklärte, er habe nichts der Art geäußert, so sicher nachzuweisen war, daß Graf Brühl dem, was wirklich in Potsdam vor sich gegangen, diese „malitiöse Tournure" gegeben hatte, — Puysieulx fand Vorwand genug darin, bis auf Weiteres die preußisch-dänische Allianz ruhen zu lassen. „Er fürchtet", so deutet es Chambrier (12. September), „daß E. M. Frankreich dahin führen will, von Neuem mit England und Östreich in Krieg zu kommen, um desto besser gegen Ihre Feinde gedeckt den Gewinn zu machen, der Ihren Interessen entspricht; immer wenn E. M. etwas thun wird, was das französische Ministerium beunruhigt, wird E. M. darauf rechnen müssen, daß Marquis Puysieulx, wie ich ihn kenne, es so auffassen wird; ich würde E. M. täuschen, wenn ich anders spräche".

Friedrich II. hatte es mit der dänischen Allianz nicht eilig: „Sie wird zu Stande kommen, trotz aller Gerüchte, weil beide Höfe ihr Interesse dabei haben; sollte es nicht ihr Interesse sein, so werden sie die Sache fallen lassen".

Aber Puysieulx hatte noch einen Schritt mehr gethan, vielleicht aus übereifriger Friedensliebe, vielleicht damit Preußen sich nicht für zu wichtig halte. Blondel hatte an jener Conferenz im Anfang August über die „reciproquen Erklärungen" Theil genommen; auf seinen Bericht über dieselbe hatte Puysieulx sofort, ohne Mittheilung davon in Berlin zu machen, Havrincourt in Stockholm angewiesen, dem schwedischen Ministerium die Frage vorzulegen, ob es solche reciproque Erklärungen annehmbar finde oder nicht. Die Antwort war, daß Schweden der Erklärung in dem Sinn, wie sie Rußland gewünscht habe, zuvorgekommen sei; es bedürfe also nur noch einer Erklärung russischer Seits, die Ruhe des Nordens, namentlich Schwedens, nicht stören zu wollen. Der Ambassadeur war völlig damit einverstanden, berichtete in diesem Sinn nach Versailles; er fügte hinzu: Panin habe vor acht Tagen eine Conferenz gefordert; über welche Materie? habe er erklärt, könne er erst in der Conferenz selbst mittheilen; worauf der schwedische

---

Valory, der mit ihm in Potsdam war, gesagt, que, autant que j'apprenois, les affaires en Danemarc prenoient un assez bon train; et voilà les seuls termes dans lesquels je me suis expliqué, puisqu'aussi on changea d'abord de discours; Rescript an Chambrier, Potsdam 16. Sept.

Minister ihm gesagt: daß sie den Antrag dem Könige melden und dessen Befehl einholen würden.[1])

Bis zum 4. September hatten Tessin und Ekeblad die Conferenz mit Panin hingezögert, sie hatten mit dem Reichsrath auf die Erklärungen Panins, die sie erwarten zu müssen glaubten, eine Antwort festgestellt. So gerüstet empfingen sie den russischen Gesandten. Er zog ein Schriftstück von sechs Bogen aus der Tasche, voll boshafter und grober Bemerkungen, aber die Summe war, daß das russische Corps nicht eher, als nach dem Tode des Königs von Schweden, und dann nur, wenn man die Verfassung ohne den einstimmigen Willen der vier Stände des Reichs zu ändern unternehme, in Finnland einrücken werde. Panin selbst verbarg beim Verlesen dieses unschicklichen Actenstückes sein Misvergnügen nicht.

Die vorbedachte Antwort paßte nicht mehr ganz; man gab sie nicht sogleich; man fügte ihr die Bemerkung hinzu: Schweden werde einen solchen Einmarsch, der ohne Requisition von Seiten des schwedischen Gouvernements geschehe, nur als eine Verletzung des Völkerrechts und offenen Friedensbruch ansehen können. Am 10. September wurde diese Antwort dem russischen Gesandten verlesen.[2])

Bestushew war noch ohne Kenntniß der mit Dänemark geschlossenen Verträge vom 7. und 14. August, als er in Stockholm so weit zurückzuweichen sich entschloß. Noch weiter warf ihn der große Conseil zurück, der in Gegenwart der Zarin, 5. September, geschlossen wurde. Er hatte mit seiner Ansicht, daß England und der Wiener Hof nicht ohne Befragen Rußlands hätten vorschlagen dürfen, was sie vorschlügen, nicht durchzubringen vermocht; seine Gegner, an ihrer Spitze der Generalprocurator Trubetzkoi, der Vicecanzler, der Senator Peter Schuwalow, dessen

1) So Havrincourt (wie Rohd, 26. Aug. meldet) an Puysieulx; ähnlich an Blondel mit dem Zusatz, daß si la Russie croyoit pouvoir lui (der Krone Schweden) parler d'un ton menaçant, elle se trompoit de beaucoup, ou qu'il s'en falloit bien que les affaires fussent aussi basses pour qu'elle soit obligée de s'y soumettre. Das Schreiben an Blondel war unchiffrirt und darauf berechnet, von den Wiener Behörden geöffnet zu werden.

2) Rohd 1./12. Sept. Friedrich II. schreibt darauf 23. Sept.: j'ai trouvé la réponse fort ferme, mais j'appréhende qu'elle ne soit un peu trop forte. Schweden müsse um Alles den Bruch vermeiden, er fürchte, daß Bestushew prendra la réponse tout à travers et en fera l'interprétation la plus maligne, pour avoir seulement l'occasion d'agacer sa Souveraine à ce qu'elle parvienne à une rupture ouverte avec la Suède.

Vetter der neue Favorit Iwan Schuwalow war, trugen es über ihn davon; es wurde beschlossen, daß man den Friedensbruch mit Schweden allerdings zu vermeiden suchen, sich mit der zwiefachen Versicherung genügen lassen solle. [1])

So der Ausgang des zweiten diplomatischen Feldzugs dieses Jahres; für die, welche der Welt als Vertreter der guten Sache gelten wollten, noch minder glänzend als der des ersten. Mochte es sich der Londoner Hof hoch anrechnen, daß Lord Hyndford mit Herrn Swart die Entscheidung gegen den Großcanzler herbeigeführt habe, der Wiener Hof sich das Verdienst zuschreiben, mit seinem klugen Versagen Rußlands Ungestüm so lange hingehalten zu haben, und mit Befriedigung sehen, daß die russischen Streitkräfte nicht gegen Schweden verwendet werden würden ohne Nutzen des Erzhauses, — sie selbst mußten, damit die Woronzow und Schuwalow nach solchem Erfolge nicht des Guten zu viel thaten, nun dafür sorgen, daß trotz alledem Bestushew am Ruder bleibe, der ihnen um so unentbehrlicher wurde, je weniger es ihm darauf ankam, ob er der Welt als ein ehrlicher Mann oder als Poltron erschien, wenn es ihm nur gelang, sich im Sattel zu halten.

Friedrich II. schrieb an O. Podewils, 1. September: „Der Wiener Hof hat jetzt nicht mehr so schönes Spiel wie vor sechs Monaten, und wenn es seinem Vortheil entsprochen hätte, damals seine fertigen Projecte auszuführen, so ist jetzt der Augenblick vorüber; unsere Partie ist während dieser Zeit die stärkere geworden, und wenn jetzt der Wiener Hof zu gewaltsamen Maaßregeln schreiten wollte, würde er uns fertig und unsere Batterien bereit finden ihn zu empfangen, wie sich gebührt". Und dem Marquis Valory sagte er, alle seine Besorgnisse hätten sich zerstreut, er sei sogar der Ansicht, daß wenn jetzt der König von Schweden stürbe, die Russen gleichwohl nichts thun würden: „voilà, mon ami, un jeu d'échecs bien arrangé." [2])

Wieviel Antheil Friedrich II. daran hatte, mußte nirgends besser als in Versailles gewußt werden. Gern ließ er den Staatsweisen

---

1) Friedrich II. erfuhr aus den Berichten von Goltz, mehr noch aus den Depeschen des Grafen Bernes aus Moskau vom 14. Aug., 4. Sept., 15. Sept. und den Berichten von Swart nach dem Haag, 8. Sept., Genaueres über die Vorgänge in jenem grand conseil.

2) Valorys Bericht, Berlin 15. Nov. 1749 aus dem Pariser Archiv.

dort den Ruhm des gelungenen Werks, zufrieden, daß wenigstens für jetzt, wenn nicht Meeresstille, so doch Ebbe war.

Freilich in den Berathungen und Verständigungen darüber, wie man zwischen Schweden und Rußland vermittelnd verfahren solle, hatte Frankreich nicht die Zuziehung Preußens gefordert, nicht einmal sich vorher mit Preußen verständigt, als es Havrincourt jene Anfrage in Stockholm thun ließ. Immerhin, so war Preußen nicht mehr an Frankreich gebunden, als sich Frankreich an Preußen band, — nur so weit als das gemeinsame Interesse reichte. Wenn nur der Hof von Versailles sein eigenes immer richtig verstand, wenn er nur das des Friedens, das auch für Preußen in erster Linie stand, nicht auf Wegen suchte, die ihn, von Preußen hinweg, nur scheinbar sicherer zum Ziele führten.

Es war übel, daß nach London der Marquis von Mirepoix als Ambassadeur gekommen war,[1]) der, minder thätig und fest als Durand, vor Allem in den vornehmen Kreisen als besonnen und wohlmeinend Vertrauen zu erwecken wünschte und nur zu bald sich blenden und hinter das Licht führen ließ. Es war noch übler, daß Blondel in Wien, ehrgeizig und eitel wie er war, sich von den Liebenswürdigkeiten des Hofes bald so führen und so weit führen ließ, wie Kaunitz und Ulfeld nur wünschen mochten; vielleicht der Zustimmung der intimsten Kreise in Versailles gewiß, denen der glatte und behutsame Puysieulx „zu heftig und verwegen" schien.

Und auch diesem genügten jene Dresdner Gerüchte, als habe Friedrich II. gegen den Marschall von Sachsen von dem vollzogenen Abschluß der nordischen Quadrupelallianz gesprochen, bevor auch nur die Verständigung zwischen Dänemark und Schweden sicher war; er kam, wenn er Chambrier sprach, — man sieht nicht, war es nur um Misstimmung oder Mistrauen zu äußern, — immer wieder darauf zurück, mit immer neuen spitzigen Wendungen, — „vielleicht", meint Chambrier, „um dem Vorwurf zu begegnen, als halte sich Frankreich zwar selbst zurück, lasse aber Andere vorgehen".[2]) Wochenlang wurden

1) Argenson schreibt in seinem Tagebuche, 26. Sept. 1749: notre ambassadeur à Londres s'y fait, dit-on, fort considéré; sagesse avec dignité, voilà ce qu'a ce seigneur pour appanage; je le connois fort; il a peu d'esprit, mais de la noblesse, de la décence, de la politesse; les Anglais ne pourront que prendre bonne idée de notre nation par celui qui la représente.

2) Chambrier, 24. Sept./6. Oct.: Puysieulx fürchte que les envieux de la France ne prennent des mesures si sérieuses et si suivies que cette couronne

diese „Tracasserien" fortgesetzt, bis endlich Friedrich II. in aller Höflichkeit daran erinnern ließ, daß es den Herrn Ministern in Versailles nicht zustehe, ihn für das, was er gesagt und nicht gesagt habe, zur Verantwortung zu ziehen.[1])

Wie wenig verstand man in Versailles sein Verhalten und seine Gedanken, wenn man immer noch glaubte oder sich einreden ließ, daß er den Krieg wolle, um im Trüben zu fischen. „Wollte ich das, ich dürfte nur schweigen und dieses Übel seines Weges gehen lassen, es würde bald genug zum Kriege führen". Ihm war selbst jene Antwort Schwedens an Panin „ein wenig zu stark" gewesen; er fürchte, schrieb er dorthin, daß sie dem russischen Canzler Gelegenheit zu neuen böswilligen Interpretationen geben werde, Schweden müsse vor Allem den Krieg vermeiden. Er empfahl der Kronprinzessin, trotz Allem, was geschehen, — „fahrt mit einem Schwamm darüber hin" — einen Gesandten nach England zu schicken, obschon man dort den dazu ernannten General Hamilton sich verbeten hatte. Ja gegen seinen früheren Rath, die Truppenmacht in Finnland mit den Truppen zu verstärken, die mit den dänischen Präliminarien im August an der norwegischen Grenze nicht mehr nöthig waren, rieth er jetzt von weiteren Nachsendungen ab.[2])

Nicht minder behutsam verhielt er sich mit der in Aussicht genommenen preußisch-dänischen Allianz; „man habe es mit einem ängstlichen Hofe zu thun, man müsse ihn kommen lassen"; vor Allem der Schein, als ob er Frankreich übereilen wolle, sollte vermieden werden. Friedrich v. Voß, der als Gesandter nach Dänemark ging, erhielt die Weisung, Abbé Lemaire den Makler spielen zu lassen: „Wir sind nicht so pressirt, daß wir nicht zwei, drei Monate warten könnten". Daß

---

se trouvera à la fin engagée dans une nouvelle guerre. Puysieulx sage von den preußischen Gesandten qu'il étoit certain, par tout ce que lui revenoit, qu'ils souffloient le feu (also gewiß O. Podewils in Wien, Klinggräffen in London); und auf Chambriers Erwiederung habe er erwiedert: mit einer conduite modérée quoique clairvoyante de la part de ces ministres . . . werden sie besser wirken qu'en soufflant le feu comme il lui paroissoit qu'ils faisoient jusque dans les cours mêmes, me dit-il, où on ne veut pas de mal à V. M.

1) Friedrich II. an Chambrier, 1. Nov. . . . gelegentlich vous pouvez bien lui dire, quoique en termes polis et nullement choquants, que je n'étois point de la jurisdiction de Messieurs les Ministres pour leur être responsable de mes paroles, et que, quelque estime que j'eusse pour leur sages avis et même de la déférence pour leurs remontrances, néanmoins il ne mes auroit être que dés agréable u. s. w.

2) Friedrich II. an Rohd, 25. Oct. 1749.

eben jetzt der dänische Hof den Grafen Lynar an die Zarin sandte, um die holsteinische Frage auch mit Rußland in Ordnung zu bringen, war ihm nicht anstößig; er empfing denselben, als er durch Berlin reiste.[1])

Er war Frankreichs in dieser Sache seit jenen „Tracasserien" nicht mehr sicher. St. Severin, der, obschon krank und meist unzugänglich, in seinem Amte blieb, hatte in einer Conferenz, die er Chambrier gewährte, gesagt: auch er finde das aus Dresden gemeldete Mährchen unbegreiflich,[2]) aber sie seien sehr verbreitet und würden vieler Orten geglaubt, der König von Preußen scheine zu einer Allianz mit Dänemark geneigt, auch habe Frankreich bereits durch Lemaire das Terrain prüfen lassen; aber die Dresdner Gerüchte hätten den dänischen Hof stutzig gemacht, so daß jetzt wohl nöthig sein werde, die französischen Insinuationen für einige Zeit zu verschieben.

Noch eine andere Seite der französischen Anschauungen kam zum Vorschein. Puysieulx äußerte um dieselbe Zeit: der Wiener Hof finde es nicht gerecht, daß er für diejenigen seiner Lande, die Preußen im Dresdner Frieden nicht garantirt habe, ungedeckt sei, die Kaiserin dagegen im Aachner Frieden dem preußischen Könige Schlesien garantirt habe; und doch seien durch dieselben Artikel alle bei diesem Frieden interessirten Mächte zur Gegenseitigkeit verpflichtet; die Kaiserin habe die Sache fest im Auge, sie sage: Preußen gegenüber stehen wir immer in der Luft, es kann uns angreifen, wann es will.[3])

So weit also hatte man sich östreichischer Seits gegen Frankreich herauslassen dürfen, ohne reprimandirt zu werden. Friedrich ging in seiner Antwort darüber hinweg: da er sich immer mit Vergnügen nach den weisen und guten Rathschlägen, die ihm Frankreich geben wolle, richten werde, so wolle er sich wohl zu dieser Garantie verstehen,

---

1) Rescr. an Fr. v. Voß, 29. Decb.; und in dem Rescr. 24. Decb.: ce n'est proprement que l'affaire du ministre de France résidant à Copenhague de retenir la cour de Danemarc dans la situation où elle se trouve actuellement. n'étant point de mon côté encore assez lié avec la dite cour pour espérer d'y pouvoir faire quelque chose avec succès.

2) Chambrier, 22. Sept. . . . a fait ici quelque peine . . . aber freilich: La Saxe ne peut se faire valoir que de cette manière et elle s'en prévaudra toutes les fois qu'elle en trouvera l'occasion.

3) Chambrier, 5. Sept. Des Königs Antwort darauf, 16. Sept. Diese von dem östreichischen Geschäftsträger v. Mareschal angeregte Frage zieht sich durch die folgenden Monate hin; besonders lehrreich sind für dieselben die intercipirten östreichischen Correspondenzen im Berl. Arch., namentlich die aus dem Decb. 1749.

wenn Puysieulx es wünsche; doch möge derselbe erwägen, daß Preußen weder nach Ungarn, wenn die Türken angriffen, noch zu einem möglichen Kriege in Italien Truppen senden könne. Er unterließ zu erwähnen, daß auf Grund solcher Garantie Preußen verpflichtet sein würde, gegebenen Falls die östreichischen Niederlande gegen Frankreich zu vertheidigen.

An solche Möglichkeiten dachte man in Versailles nie weniger als jetzt; man hatte in jenen nordischen Vorgängen den vollen Beweis für die Friedensliebe des Wiener Hofes, für das gütige Entgegenkommen seiner umsichtigen Politik; ihr vor Allem schrieb man die glückliche Lösung der schwedischen Frage zu, die Frankreich in die äußerste Verlegenheit zu stürzen gedroht hatte. „Wir können jetzt durchaus nicht einen Krieg wünschen“, hatte Blondel gegen Graf Barck geäußert, als er diesen zu überreden versuchte den Vorschlag des Grafen Kaunitz anzunehmen, „wir sind an Geld und Menschen erschöpft“.[1]) Mit großer Freude vernahm man in Paris, daß Rußland anfange zu desarmiren; Blondel erhielt den Auftrag, in aller Form den Dank seines Hofes für die guten Dienste auszusprechen, die der kaiserliche Hof so glücklich für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Norden angewendet habe.[2])

Die „Methode“ des Grafen Kaunitz[3]) schien sich auf das Glänzendste zu bewähren. Man fühlte sich in Wien, wie in einem Memoire für den englischen Hof gesagt war, „in voller Kraft und mehr als je in der Lage, seinen Verbündeten beizustehen“.[4]) Schon waren die großen inneren Reformen begonnen, namentlich die im Finanzwesen durch Graf Haugwitz; auch Graf Chotek wurde aus Berlin abberufen, die Leitung des Commerzwesens zu übernehmen, Graf Puebla wurde sein Nachfolger. Schon rühmte man sich, die Einkünfte auf 24 Millionen Thaler

---

1) Blondels Äußerung gegen Graf Barck; O. Podewils' Bericht vom 20. Sept.

2) O. Podewils 29. Nov.

3) La méthode approuvée par le Cte. de Kaunitz, les ouvertures du Cte. de Kaunitz pour le rétablissement du calme dans le Nord, la proposition de Kaunitz und ähnliche Wendungen wiederholen sich in den Depeschen dieser Monate.

4) Schon ein Ministerialrescr. an Klinggräffen, 30. Aug. führt dieses mémoire an, où il est dit entre autres que l'Impératrice-Reine, bien loin de se trouver dans un état d'épuisement et d'impuissance, comme le vulgaire l'imaginoit, étoit bien, par les arrangements qu'elle avoit pris, plus à même que jamais d'assister ses alliés et de seconder leurs desseins.

gebracht, 5—6 Millionen zur Abtragung von Schulden bereit zu haben. Auch in anderen Dingen konnte man erkennen, wie dem Wiener Hofe mit solchen Erfolgen das Blut stolzer walle.[1])

Im Juli hatte ein Reichhofrathsdecret die Kurfürsten und Fürsten des Reichs, welche noch nicht die Investitur empfangen, die Reichsstädte, welche noch nicht die Huldigung geleistet, aufgefordert, sich dazu anzuschicken. Anfang September erschien ein neues Decret, daß innerhalb dreier Monate die Leistung zu geschehen habe, unter Androhung der ganzen Strenge der Reichsgesetze. Blondel hatte im Voraus davon nach Paris gemeldet, er hatte dem kurpfälzischen Gesandten in Wien, dem Baron Beckers, gesagt: sein Kurfürst und sämmtliche Stände im Reich würden gut thun sich zu fügen, bevor die Frist um sei, sonst würden sie es sicher zu bereuen haben, da der kaiserliche Hof entschlossen sei, die Garanten des westphälischen Friedens, Frankreich und Schweden, aufzurufen, für die kein Vorwand vorliege, sich dieser Garantie zu entziehen.[2]) Und auf seine Meldung äußerte Puysieulx: die Reichsstände müßten wissen, was sie zu thun hätten; der König von Preußen sei allerdings durch ein Privilegium Kaiser Karls VII., das der Dresdner Friede bestätigt habe, davon befreit; auch der König von England werde sich wohl frei machen, wenn er nicht dem Wiener Hofe zu Liebe ein Übriges zu thun vorziehe.[3])

Natürlich, daß überall im Reich über dieses Decret und die schweren Kosten, die es jedem Reichsstand bereitete, große Aufregung entstand, daß sie in Regensburg zusammen floß. Aber die Kaiserlichen waren achtsam und eifrig; wer von den Herren Gesandten sein Bedenken äußerte, wurde flugs nach Wien denuncirt, und Bartenstein tobte dann über diese „Anhänger des Königs von Preußen", ließ ihren Principalen wohlgemeinte Andeutungen über ihre Beauftragten zugehen.[4])

---

1) O. Podewils 1. Oct. Friedrich II. darauf 11. Oct.: Je trouve la somme un peu forte.

2) O. Podewils, Wien 30. August. Friedrich II. an den Minister H. Podewils 10. Oct. mit der Weisung, bei allen in der Investitursache vorkommenden Umständen darauf (auf Art. VII des Dresdner Friedens) ohnbeweglich zu appuyiren". Bald darauf las er in einem Schreiben von Ulfeld an Bernes, daß „Beckers auf die geschickteste Weise einen doppelten Spion zwischen Blondel und Podewils abgiebt, ohne daß es der eine noch der andere wahrnimmt".

3) Chambrier, 26. Sept.

4) So in Betreff des Wolfenbüttler Gesandten, wie Prinz Louis dem Herzog Karl am 19. Febr. 1750 ausführlich schreibt.

Der Kaiser war und blieb entschlossen, nicht bloß dieß kaiserliche Recht durchzusetzen: er werde demnächst dem in Regensburg versammelten ganzen Reiche verkünden lassen, daß er nimmermehr von dem alten Ceremoniel abstehen werde, daß er keinem der Kurfürsten eine Veränderung in dem Ceremoniell versprochen habe, daß er daran das Geringste zu ändern weder Willens noch im Stande sei.[1])

„Gegen Sardinien verhält sich der kaiserliche Hof in derselben Art wie gegen E. M.", schreibt O. Podewils am 26. November, „nur daß jenes minder mächtig ist". Es wurden seit Anfang November die kaiserlichen Truppen in Italien verstärkt, zwei der dort commandirenden Generale nach Wien berufen, ein dritter nach London gesandt; den französischen Hof versuchte man zu überzeugen, daß auch der Sardinien betreffende Artikel des Aachner Friedens revidirt werden müsse; vielleicht, daß die Möglichkeit eines Krieges in Italien, die sich darin andeutete, Frankreich bewog nachzugeben, damit kein Unglück geschehe.

Daß man die Misstimmung gegen Preußen nicht ohne Ostentation fortsetzte, lag in der Natur der Sache. Immerhin war es ein Geringes, daß ein preußischer Officier, der den kleinen Manövern in Mähren beiwohnen sollte, wie den östreichischen bei den Manövern in Schlesien immer gestattet worden war, von General St. Ignon wie ein Spion behandelt und erst durch Reclamation des Gesandten sicher gestellt wurde, und ähnliche Dinge mehr.

Bisher war in Breslau in der Conferenz wegen der Regulirung der schlesischen Schuldentheilung, der Grenzzölle, des Grenzverkehrs u. s. w. vergebens verhandelt worden, da der östreichische Commissar Seyferth darauf bestand, daß zuerst die Schuldentheilung regulirt werden müsse. Jetzt, am 13. November, überreichte Graf Puebla eine Denkschrift, die „in drohenden Ausdrücken" erklärte, daß Seyferth, wenn es in sechs Wochen nicht zum Schluß komme, die Unterhandlungen für abgebrochen erklären und abreisen solle. Die preußischen Minister[2]) sprachen dem Grafen ihr Erstaunen aus, da man preußischer Seits in gutem Glauben und mit der besten Absicht in diese Conferenzen eingetreten sei; sie fügten hinzu, daß, was immer in Breslau

1) Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, Wien 19. Febr. 1750: on dit que la pièce est très bien conçue et très énergique.

2) Friedrich II. (Rescr. 16. Nov.) beauftragt seine Minister zu antworten dans des termes honnêtes, mais qui cependant ne sentent aucunement craindre les menaces de la cour mentionnée.

verabredet werde, kein einzelner Punkt in Wirksamkeit treten könne, bevor nicht alle Bedingungen des Dresdner Friedens erfüllt seien, auch die der Reichsgarantie. Puebla darauf: die Kaiserin-Königin habe sich in dem Frieden nur verpflichtet, sich um die Reichsgarantie zu bemühen, keineswegs sie zu erwirken. Vier Wochen später empfing Seyferth den Befehl abzureisen, wenn in vierzehn Tagen die Schuldensache nicht regulirt sei.

Schien es nicht, als ob der Wiener Hof den Dresdner Frieden nicht perfect werden lassen wolle? und war die Form dieser Drohung nicht sichtlich darauf angelegt, eine Ablehnung zu provociren, die man dann benutzen konnte, Preußen an allen Höfen, namentlich dem französischen, in übelstem Lichte darzustellen?[1]) Die außerordentlich gesteigerten Steuern und Zölle in den Kron- und Erblanden, die Verstärkung der Truppen in Böhmen und Mähren um je drei Regimenter,[2]) die äußerst beschleunigte Formation von neuen Regimentern, namentlich irregulären, in Ungarn,[3]) das Alles führte O. Podewils zu der Ansicht, daß der Wiener Hof in dieser Zeit der Ruhe sich fertig machen wolle, um bei der nächsten günstigen Gelegenheit Schlesien wieder zu nehmen.

Friedrich II. darauf: „Er trüget sich: das Object jetzo ist die römische Königswahl; Schlesien bei Gelegenheit, dahin geht Alles".[4])

Er beauftragte Chambrier (25. November) zu erforschen, wie man in Versailles über diese Wahl denke, die freilich, da Erzherzog Joseph kaum zehn Jahre zähle, noch nicht so dringend sei, aber in Wien vorbereitet werde. Die Antwort des französischen Ministers war zunächst:

---

1) Rescript an H. Podewils, 14. Nov.: de faire faire des insinuations à la cour de France sous des couleurs les plus hideuses.

2) Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, 17. Decb.: „hier denket man an keinen Krieg, durch geheime Correspondenz von Berlin hört man, daß der König sehr alarmirt sei, weil drei Regimenter in Böhmen eingerückt seien, ce qui ne signifie sûrement rien de tout".

3) Nach O. Podewils Bericht 27. Aug.: „unregelmäßige Truppen 3 Regimenter zu je 5600 Mann, 2 Husarenregimenter Raitzen zu 2200 Mann, die neuen Infanterieregimenter Peterwardein und Sarvier haben bereits die Revue passirt, zwei andere werden formirt; Batthyany wird noch 2 Regimenter Bannalisten, eins aus schon gedienten Leuten bestehend, formiren". Und 25. Oct.: die Cavalerieregimenter in Italien werden zuvor mit 200 Pferden completirt u. s. w.

4) So die mündliche Äußerung des Königs auf Podewils' Bericht vom 15. Nov., wie sie Eichel flüchtig mit Bleistift notirt hat; in der Ausfertigung, Rescr. 25. Nov., ist der Schluß über Schlesien weggelassen.

man sehe eben so diese Absicht des Wiener Hofes, halte es aber noch nicht an der Zeit, dort darüber sich zu äußern, um nicht mit einer einfachen Abläugnung solcher Absicht abgewiesen zu werden. Dann in einer zweiten Unterhaltung: der Wiener Hof werde noch mit der Frage der Wahl warten, um sich nicht schon jetzt Schwierigkeiten zu schaffen. Chambrier hatte den Eindruck, daß die Krone Frankreich nichts thun werde, die Wahl zu hindern, in der Überzeugung, daß dieß ein Unternehmen über ihre Kräfte sei und sie damit scheitern würde. Friedrich darauf: er habe diese Antwort erwartet, aber er bedaure sie der Folgen wegen, weil der Wiener Hof nur um so herrischer im Reich werden und es „fast unumschränkt" beherrschen werde.[1])

Er hatte keine Ahnung davon, daß in eben diesen Wochen zwischen Versailles und Wien Unterhandlungen gepflogen wurden, die den Antworten des französischen Ministers erst den richtigen Accent gaben.

Fast schon drei Jahre war der Dauphin mit der sächsischen Josepha vermählt und sie gab ihm noch keine Hoffnung auf einen Erben. Man hatte zu erwägen, was aus der Krone Frankreich werden solle, wenn der Dauphin ohne Sohn starb. Da die andere von Ludwig XIV. stammende Linie des Hauses bei Übernahme der Krone Spanien auf die Succession in Frankreich hatte verzichten müssen, so war der nächste zum Thron der Herzog von Orleans, dem der König nicht wohl wollte, und die Pompadour, wie es scheint, noch weniger. Seit dem Anfang des Jahres war des Königs älteste Tochter, die Gemahlin des Infanten Don Philipp, in Versailles; das kleine Herzogthum Parma, das ihrem Gemahl zu Theil geworden war, genügte ihrem Ehrgeiz nicht; sie war energisch und schmiegsam genug, den Vater ganz in ihr Spiel zu ziehen.[2]) Er faßte den Plan, eine pragmatische Sanction zu errichten, kraft deren auf sie und ihre Descendenz die Krone der Lilien

1) Auf Chambriers Bericht am 15. Decb. schreibt Eichel als des Königs mündliche Resolution: que le Roi avoit bien présumé que le Ministère françois ne penseroit autrement, mais que l'effet qui en résulteroit seroit assez fâcheux, puisque les suites en seroient que la cour de Vienne feroit presque souverainement ses volontés en Allemagne et qu'elle deviendroit de jour en jour plus impertinente.

2) Marquis d'Argenson Mém. 11. Jan. 1750 (V. p. 123): eine Dame aus der Umgebung der königlichen Prinzessinen habe ihm gesagt, qu'elle n'a point vu de princesse qui eût plus d'envie de jouer un rôle et de devenir habile, elle s'occupe beaucoup et en sérieux u. s. w.; sie verhandle viel mit Puysieulx: Elle suivait ici le Roi comme le plus ardent courtisan, elle avoit avec le Roi son père des conversations de longueur u. s. w.

übergehen sollte. Er wandte sich an Maria Theresia. „Der französische Hof will den kaiserlichen Hof bereden, die Garantie der Sanction zu übernehmen, und hat zu diesem Zweck in Wien eine sehr vortheilhafte Allianz vorgeschlagen; der Kaiser, Colloredo, Königsegg, Kaunitz sind dafür, weil der französische Hof Hoffnung zur römischen Königswahl macht; die Kaiserin mit Bartenstein, Ulfeld, Prinz Karl von Lothringen sind ganz dawider, und wenn die Kaiserin den Kaiser nicht mehr zwingen kann, droht sie, Erzherzog Joseph zum König von Ungarn krönen zu lassen, welches der Kaiser sehr fürchtet, zukünftiger Zeiten wegen".[1])

Vielleicht daß es Maria Theresia nur nicht schon jetzt angemessen fand, auf den französischen Plan einzugehen; vielleicht daß sie in den nordischen Dingen die Wendung nahe sah, für welche es ihr doppelt wichtig war, den Schein einer Abkehr von den Seemächten zu vermeiden, die noch zögerten, der Allianz von 1746 formell beizutreten; jedenfalls hatte sie in jenem pragmatischen Antrag die glückliche Handhabe, Frankreich zu verpflichten, es fern zu halten, wenn sich ergab, wie nicht Schweden, sondern nur Preußen Schuld sei, daß der Norden nicht zur Ruhe kam.

Seit Ende September war Graf William Bentinck in Wien, der, wie sein Bruder Karl in London, ganz in den Tendenzen lebte, für welche der Prinz von Oranien nicht das Haupt und die Seele, aber doch der Repräsentant war. Der holländischen, der Staatenpartei gegenüber, welche die Armee immer weiter reducirt, jede Subsidienzahlung und vor Allem die Accession zu der Allianz von 1746 versagt wissen wollte, galt es, in der festen Gemeinschaft mit England und Östreich und mit gründlicher militärischer Reorganisation der Republik ihre frühere Bedeutung in der allgemeinen Politik zu sichern. Unter anderen Aufträgen hatte Bentinck den, Namens des Prinzen-Erbstatthalters den Prinzen Louis von Braunschweig zum Eintritt in den Dienst der Republik als „Feldmarschall der Armee des Staats" zu bewegen.

Prinz Louis gehörte zu den bewährtesten Generalen der östreichischen Armee; er besaß das volle Vertrauen Maria Theresias und der

1) So schreibt Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, Wien 24. Decb. 1749 „er habe dieß von sehr guter Hand"; also entweder von Maria Theresia selbst, oder von der Kaiserin-Mutter, der Schwester seiner Mutter und Tochter jenes Herzog Ludwig Rudolph von Braunschweig, dem in dem Herzogthum Ferdinand Albert von der Bevernschen Linie, der Vater des Herzog Karl und des Prinzen Louis, gefolgt war.

Kaiserin-Mutter Elisabeth, die mit vollem Herzen an ihrer Heimath Wolfenbüttel hing; und daß der älteste ihrer Neffen dort, der regierende Herzog Karl von Braunschweig, mit einer Schwester Friedrichs II. vermählt war, ein jüngerer Bruder, Prinz Ferdinand, als Generallieutnant in dessen Armee stand, machte des Prinzen Louis Treue und Hingebung um so dankenswerther und unentbehrlich, um den Hof zu Wolfenbüttel auf östreichischer Seite zu halten. Maria Theresia und ihre Mutter planten eine künftige Vermählung des Erzherzogs Joseph mit einer Tochter des Herzogs Karl, sie wollten „das braunschweigische Geblüt fortgepflanzt sehen in Wien"; sie wünschten, daß einer der Söhne des Herzogs nach Wien geschickt werde, um mit dem Erzherzog Joseph zusammen erzogen zu werden; natürlich daß dann diese Kinder von Braunschweig katholisch werden mußten.[1])

Maria Theresia ging ungern daran, Prinz Louis der Republik abzutreten;[2]) sie gab es endlich zu, „weil sie es selbst zum Besten des kaiserlichen Hofes halte"; sie machte zur Bedingung, daß der Prinz nicht aufhöre östreichischer General zu sein. Der Antrag Bentinks hatte ausdrücklich dahin gelautet, daß Prinz Louis im Fall der Regentschaft — bei dem Gesundheitszustande des Erbstatthalters glaubte man eine solche nahe — der vormundschaftlichen Regierung der Prinzessin zur Stütze und Stärkung dienen solle.

Auch persönlich sich des einflußreichen Grafen zu versichern, fand sich Gelegenheit. Er lebte von seiner Gemahlin geschieden, einer gebornen Gräfin v. Aldenburg, der die Herrlichkeiten Varel und Knyphausen und mehrere Fideicommißdörfer in der Grafschaft Oldenburg gehörten. Um seinen zwei Söhnen die Erbschaft, welche angeblich die Mutter durch schlechte Wirthschaft ruinirte, zu erhalten, hatte der Graf von der dänischen Regierung in Oldenburg, als seien auch die beiden freien Herrlichkeiten unter ihrer Competenz, die Gräfin gewaltsam depossediren lassen; auf deren Klage beim Kaiser war am 14. März 1748 ein scharfes Reichshofrathsdecret nach Oldenburg gegangen, „sofort von

---

1) Prinz Louis an Herzog Karl, 29. Nov. 1749, 11. Jan. 1750: „denn es können Zeiten kommen, daß der kaiserliche Hof wieder emporkömmt, und überdem ist es doch alle Zeit eine gute Partie . . . je parle bis hierher als ein Weltmann, und wegen Veränderung der Religion kann ich nichts sagen, puisque cela est eine Gewissenssache".

2) Prinz Louis an Herzog Karl, 29. Nov.: „diese Sache machet das ganze kaiserliche Ministerium verwirrt; der Kaiser will es absolument zu Stande haben, weil Bentink ihm 400 000 Gulden dafür versprochen habe".

allen Attentaten abzustehen". Jetzt „machte man sich ein Vergnügen daraus", dem Grafen in dieser Sache mit einer Revision des erlassenen Decretes gefällig zu sein.

Noch einen anderen Zug versuchte der Wiener Hof. Nichts peinlicher für ihn als jene Erklärung der Hohen Pforte im Frühsommer, die zunächst an den französischen Ambassadeur gegeben, dann mit Nachdruck dem russischen Gesandten gegenüber wiederholt war. Ende November vertraute Graf Ulfeld dem Herrn Blondel, daß wichtige Dinge in Constantinopel bevorständen; und in vertrauten Kreisen ließ er vernehmen: die Hohe Pforte habe sehr übel genommen, daß das schwedische Ministerium sich der Hülfe berühmt habe, die es von dem Großherrn erwarten dürfe. In Berlin wußte man bereits genug, um den ungefähren Gang der Intrigue, die am Goldenen Horn gespielt war, zu übersehen: Graf Ulfeld hatte in Stockholm gefordert, Celsings Mittheilungen an den Großvezir von dem in Hannover verabredeten Bündniß, das einen Krieg im Norden, einen Angriff auf Schweden zum Zweck habe, zu desavouiren; und Celsing hatte sich auf die an ihn gerichtete Anfrage seines Hofes vollkommen gerechtfertigt, hatte von dem ihm befreundeten östreichischen Residenten bei der Pforte das erbetene Zeugniß erhalten, derselbe hatte die Versicherung hinzugefügt, daß er nichts der Art nach Wien gemeldet habe, daß Graf Ulfeld seine Nachrichten aus einer anderen Quelle haben müsse.[1]) Sie brauchten nicht weiter eine Quelle zu haben, wenn es galt, den Großvezir, der neben den französischen Geschenken sich die reicheren der Kaiserhöfe und Englands wohl gefallen ließ, auf den richtigen Weg zu leiten; es genügte, ihm einen Vorwand zu bieten, um den Großherrn, der nur Ruhe wollte, zu einer Deutung seiner früheren Erklärung zu veranlassen, welche die Hoffnungen Schwedens, Frankreichs, Preußens enttäuschte.[2]) Es erfolgte die Absetzung mehrerer Großwürdenträger,

1) Bei einem Bericht von O. Podewils, Wien 25. Oct., liegt ein Schreiben von Graf Barck an Celsing, 3. Sept., mit der Nachricht von Ulfelds Forderung in Stockholm und Celsings Antwort aus Constantinopel, 2. Oct., mit der im Text angeführten Erwiederung.

2) Rescript an Rohd, 20 Decb.: et la dite cour croit sa partie si bien liée avec ce qu'elle a d'amis à Constantinople, qu'elle ne redoute plus la Porte. Rescript an Chambrier, 23. Decb.: ce qui me fait de la peine, c'est que je crains que les deux cours impériales conjointement à celle de Londres n'aient trouvé moyen de rendre infructueuses les insinuations de la France par des corruptions faites aux ministres de la Porte et de traverser par là toutes les affaires qui y avoient été mises en assez bon train.

welche am Divan den Rath des französischen Ambassadeurs unterstützt hatten; der Einfluß Abdullah Paschas stand in voller Blüthe; „der Wiener Hof fürchtet so wenig mehr die Hohe Pforte, daß er zahlreiche Regimenter Infanterie und Cavallerie aus Ungarn nach Böhmen und Mähren zieht".

Mit dem Anfang 1750 konnte man in Wien glauben, gewonnenes Spiel zu haben.

Die französisch-östreichische Vermittelung im Norden, von der Preußen ausgeschlossen war, bedeutete, daß Friedrich II. den wiedergewonnenen Rückhalt verloren hatte, daß Dänemark, das immer besorglich um sich sah, ihm entging, ehe er es hatte, daß die Allianz mit Schweden ihm nichts mehr nützte, daß er auf die Pforte nicht mehr hoffen konnte. Er war in Europa isolirt.

Und die schon in Aussicht genommene Wahl eines römischen Königs ohne Preußen und trotz Preußen, für die Georg II. und die Herren in Hannover — denn jetzt wurde vom Reichshofrath die 1746 eingereichte Klage wegen Ostfrieslands in den Geschäftsgang gebracht — voll Eifer waren, isolirten Friedrich II. auch im Reich. In Regensburg wurden die Gesandten, die nicht gut kaiserlich waren, in scharfen Zügel genommen, bei ihren Höfen denuncirt, die Höfe selbst mit der unnachsichtigen Forderung der Investitur mürbe gemacht; der Kaiser, hieß es, habe geschworen, denjenigen seiner Minister, der ihm die geringste Abschwächung der alten Ceremonie vorschlage, sofort zu cassiren.[1]) Wie sollten die Höfe, klein wie groß, widerstehen; selbst des gut östreichischen Herzogs Karl von Braunschweig Minister in Regensburg war nur mit Mühe zu retten, der des Herzogs von Mecklenburg hatte auch Hannover gegen sich, die von Würtemberg, von Hessen-Cassel, über welche Reichshofrathsdecrete verhängt waren, mahnten vergebens an die Garanten des westphälischen Friedens, Frankreich und Schweden. Mit rücksichtsloser Hast fuhr der kaiserliche Hof daher; wehe dem, der es „mit Preußen, Kurpfalz und Sachsen-Gotha" hielt.

Und schon waren die Verhandlungen in Breslau so gut wie gescheitert; vier östreichische Promemorien legten dar, daß Preußen allein

---

1) O. Podewils, 15. Jan. 1750. Und Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, 19. Febr.: es werde nächstens ein kaiserliches Decret erscheinen: que S. M. I. ne veut point se désister de l'ancien cérémoniel, qu'Elle n'a jamais rien promis d'un changement à aucun Electeur dans le cérémoniel et qu'Elle ne peut et ne veut jamais rien y changer.

daran Schuld sei, daß es nur neuen Hader suche, daß die Kaiserin-Königin keinerlei Pflicht habe, die Reichsgarantie für Schlesien zu beschaffen, daß der Aachner Friede, der dem Dresdner erst seine Bedeutung gebe, von Preußen Gegenleistungen fordere. In Paris begann der östreichische Geschäftsträger v. Mareschal an der im Aachner Frieden ausgesprochenen Garantie Schlesiens von der anderen Seite her zu bröckeln;[1]) und von dem englischen, dem sächsischen Gesandten bestens unterstützt, schienen die Insinuationen gegen Friedrich II. dort geneigtes Gehör zu finden: „Alle Welt will Frieden", sagte Graf Stainville, „nur der König von Preußen ist beunruhigt und macht aller Welt Unruhe".

Selbst Kaiser Franz sprach in den härtesten Ausdrücken über ihn; auch er glaubte, daß dessen Plan sei, allgemeine Verwirrung zu stiften, um im Trüben zu fischen; „aber es ist außerdem ein Stück Hochmuth in ihm, das ihn hindert einen festen Plan zu haben, seine Marotte ist: «Friedrich ist einzig»; ich weiß, daß er einmal gesagt hat, er würde sich gern eine Hand abschneiden lassen, wenn er damit erreichen könne, Schlesien, so lange er lebe, zu behalten, und daß nach seinem Tode die Kaiserin es wieder nehme, damit man sagen könne, er allein habe Schlesien zu behaupten vermocht; kurz er ist der gefährlichste Feind, den man haben kann, in Kriegs- und Friedenszeiten gleich unbequem; darum darf man nicht entwaffnen, während er so mächtig gerüstet dasteht, so daß das Haus Östreich genöthigt ist, jetzt 100000 Mann in Östreich, Mähren, Böhmen und Ungarn zu halten, außer den Truppen in Italien und den Niederlanden".[2])

Man war im besten Zuge wider ihn. Wenn man nach dem System „der rein defensiven Allianz von 1746", ihm nah und näher

---

1) Über die Negociationen des v. Mareschal in Paris bieten die Berichte Chambriers Einiges, mehr die intercipirten östreichischen Correspondenzen des Berl. Archivs. [Vgl. oben p. 122 Anm. 3.] Die Frage der Reichsgarantie erörtert eine der vier östreichischen Staatsschriften vom 28. Nov., die Puebla in Berlin am 13. Dec. überreichte, ein Schriftstück en des termes obscurs et entortillés, wie der Bericht von Podewils und Finckenstein an den König am 14. Dec. sagt. Friedrich II. befiehlt „darauf mit aller solidité, zugleich aber auch énergiquement und mit dignité" zu antworten. Es geschieht in dem promemoria vom 6. Jan. 1750 und der König weiset das Ministerium an, dasselbe mit dem östreichischen Schriftstück „dem publico zur dijudication" gedruckt vorzulegen, „damit es sehe, wer Recht und wer Unrecht hat, weil sonsten der Wienerische Hof die Sache ganz anders vorstellig machen und sein Gift darunter brouilliren dürfte".

2) So des Kaisers Äußerungen gegen Graf Bentink nach dessen Schreiben vom 10. Oct.; Beer p. 18.

auf den Leib rückte, ihm „um des europäischen Friedens Willen" immer neue, immer dreistere Zumuthungen stellte, so blieb ihm endlich nur die Wahl, den Degen zu ziehen und loszubrechen — und dann kehrte sich Alles gegen den Friedensbrecher, — oder sich die Bedingungen dictiren zu lassen, unter denen Europa dem Staate Preußen gestatten werde, weiter zu existiren, und dann war der Einzige einer wie viele.

Nur daß die Dinge nicht ganz so weit waren, wie man in Wien voraussetzte. Und je zuversichtlicher man in dem Tone und der Tonart sich vernehmen ließ, in der man die Stimmungen und Misstimmungen aller nennenswerthen Höfe gegen Preußen zu vereinigen hoffte, desto weniger schien das Concert gelingen zu sollen.[1])

Begreiflich, daß auch der Dresdner Hof gegen die Investitur war, die der Kaiser hier forderte; nicht minder begreiflich, daß der Großcanzler Bestushew, von Wien aus darum ersucht, in Dresden dringend empfahl, dem Wunsche des Kaisers nachzukommen; trotz einer lebhaften Scene mit dem Grafen Sternberg wich Graf Brühl nicht. War es, um die französischen Subsidientractate erneuen zu können, da die Hoffnung auf englisches Geld sich zerschlug? Auf Frankreich schien man in Dresden doppelt sicher wirken zu können, seit die Gewißheit, daß die Dauphine guter Hoffnung sei, so meldete Chambrier im Januar, Frankreich mit Jubel erfüllte. Friedrich II. erfuhr durch Klinggräffen aus London, daß es den Anstrengungen der Gesandten des Kaisers, Englands, Hollands in Constantinopel gelungen sei, den Großvezir zu überzeugen, daß Schweden von Preußen und Frankreich gedrängt werde, den Krieg gegen Rußland zu beginnen. Aber schon war (3. Januar) Abdullah Pascha entsetzt, Großvezir wurde sein Kiaga, und an dessen Stelle trat Said Effendi, der Jahre lang Gesandter in Paris gewesen war.

Noch bedeutsamer war eine andere Meldung Klinggräffens (9. Januar). Sie bestätigte, daß die Wahl des Erzherzogs Joseph

---

1) Auf O. Podewils Ausführung (Wien 6. Dec.), daß der Wiener Hof nicht aufhöre Schlesien wieder haben zu wollen, antwortete Friedrich II., 16. Dec., mit der schon früher geäußerten Mahnung: savoir de ne point regarder seule la dite cour, mais de combiner en même tems les autres circonstances, et que, grâce au ciel, la position où je me trouve ne permet point à l'Impératrice-Reine de m'attaquer de jour à d'autre et selon que la fantaisie la prend, que même ses arrangements ne sont pas encore au point où il faudroit pour qu'elle soit à même de commencer de nouveaux troubles, et qu'il faut des années encore pour y parvenir.

zum römischen König vom Wiener Hofe in London in Anregung gebracht, daß geantwortet sei: man finde den Plan sehr angemessen und für die Ruhe im Reich ersprießlich, aber England könne sich nicht betheiligen, da es jetzt nicht in der finanziellen Lage sei, die Summen aufzuwenden, ohne die man einige deutsche Höfe nicht gewinnen könne. In der That schien Pelhams großer Plan, den finanziellen Verlegenheiten durch Herabsetzung der Staatsschuld auf drei Procent Zinsen ein Ende zu machen, scheitern zu sollen. Aber der König, Newcastle, die Münchhausen waren nicht der Meinung, die deutsche Wahl um Englands Willen aus der Hand zu geben: „man werde, wenn der König demnächst in Hannover sei, die Sache weiter führen".

Dieselbe Spaltung des Cabinets in der nordischen Frage: Bedford gegen Newcastle.[1]) Aber auch der Herzog von Bedford glaubte Alles Unglaubliche, was ihm der östreichische, sächsische, russische Gesandte zutrugen; er wurde nicht müde, dem französischen Ambassadeur vorzustellen, daß man in Versailles vor dem Könige von Preußen auf seiner Hut sein müsse, der die nordischen Wirren angestiftet habe und weiter treibe, nur um sie zu neuen Vergrößerungen seines Gebietes zu benutzen;[2]) „kein Zweifel, daß Lord Albemarle dieselben Mittheilungen in Paris machen wird".

Und am französischen Hofe, im Conseil selbst war nur zu viel Neigung, Alles zu glauben, was gegen Preußen gesagt wurde. Fast jeder Bericht Chambriers brachte Beweise dafür. An Valorys Stelle, der nach Frankreich zurückzukehren wünschte, war Graf Tyrconnell, aus der irischen Linie der Talbots und **Maréchal de camp** in der französischen Armee nach Berlin bestimmt; er selbst klagte einem Freunde Chambriers, wie man ihm mit argen Schilderungen von der rücksichts-

1) Klinggräffen, 24. Febr.: **il y a eu de double cabinet jusqu'ici par rapport aux affaires du nord, le duc de Bedford le sent, et cela fera aussi que les instructions que l'on donnera au Duc de Newcastle pour Hanovre lui lieront plus les mains que par le passé.**

2) Klinggräffen, 30. Jan. Bedford bleibt bei seiner Geschichte von einem Arzte in Constantinopel, die er schon früher dem schwedischen Secretair vorgetragen hat (Klinggräffen 11. Jul. 1749). Dieser Arzt, ein Franzose, sei aus Berlin gekommen, mit viel Geld u. s. w. Es mag dieselbe Geschichte sein, die v. Hammer, IV p. 449, erzählt; er nennt den Arzt Bennel, der mit einem Briefe des Königs von Frankreich und einen Kästchen voll Juwelen, 12 000 Ducaten, an Werth dorthin gekommen sei und ohne den französischen Botschafter versucht habe, einen Handels- und Freundschaftsvertrag mit Preußen zu Stande zu bringen. In den preußischen Acten findet sich keine Spur davon; die preußischen Aufträge hat der französische Botschafter erhalten.

losen, höhnischen, oft unwürdigen Art, in der Valory dort behandelt worden sei, in seinem Entschluß wankend zu machen suche; aber er habe die Überzeugung, daß die Verbindung Frankreichs mit Preußen ebenso natürlich wie nothwendig sei; er sehe mit Bedauern, daß in Versailles ein festes Vertrauen zu Friedrich II. nicht vorhanden sei; nicht daß man es diesen wolle merken lassen, aber man traue ihm nicht; das Conseil sei darin getheilter Meinung; wohl glaube der König und Puysieulx, daß dieser Fürst sie nicht in einen neuen Krieg verwickeln wolle, um dann, wenn er sein Geschäft gemacht, Frankreich im Stich zu lassen; aber Andere im Conseil seien anderer Ansicht, namentlich der Herzog von Noailles. „So weit, fügt Chambrier hinzu, geht ihr Übelwollen, daß sie die Ansicht zu verbreiten suchen, die Verbindung mit E. M. sei für Frankreich gefährlicher, als die alte und eingewöhnte Feindschaft des Wiener Hofes, weil E. M. immer, um die gemachten Eroberungen zu behaupten und deren neue zu machen, Frankreich in Kriege zu verwickeln suchen, es in steter Unruhe und Spannung, die es erschöpfe, erhalten werde".

Friedrich II. wußte, daß man so dachte. Eben darum hatte er, so viel irgend möglich, jeden Schein der Initiative gemieden, wenn er rathen oder warnen wollte nur gefragt, geschwiegen wenn er wußte, daß Frankreich in Wien, in London, in Dresden, selbst in Stockholm Schritte that, die dort als beginnende Abkehr von Preußen gedeutet werden konnten und vielleicht werden sollten. Nur um so gespannter beobachtete er: ihm schienen die Wolkenschichten, die über die scheinbare Meeresstille dahin flogen, Vorboten eines neuen Wetters. Bald hatte er Documente in der Hand, die nur zu sehr bestätigten, was er vorausgesehen.

Was ihm zur Kenntniß kam, enthüllte wenigstens bis zu einem Grade, der keinen Zweifel ließ, wenn nicht die letzten Zwecke der Gegner, so doch die Art, wie sie dieselben zu erzielen gedachten. Es ist ein Lügengewebe so verzwickter und abgefeimter Art, daß es genügen muß, das Nacheinander dieser Nachrichten darzulegen.

Das Frühjahrsproject 1750.

Bestushew hatte vor der großen Staatsconferenz, die am 5. September in Moskau gehalten worden war, weichen müssen. Er war nicht der Mann, darum sein Spiel verloren zu geben: er hatte bereits vorher die Fäden angesponnen, es fortzusetzen. Und Graf Bernes bot ihm die Hand dazu.

Unmittelbar vor jenen Septembertagen hatte Graf Bernes die Weisung empfangen, für die Erhaltung der Ruhe im Norden und gegen den Canzler zu arbeiten. Graf Bernes hatte sich klüglich zurückgehalten, hatte dem Lord Hyndford gern die Ehre des Erfolges überlassen.[1])

Hyndford wurde zurückberufen, Guy Dickens sein Nachfolger. Friedrich II. kannte Melchior Guy Dickens von dessen Berliner Aufenthalt in den traurigen Jahren 1732—1740 zur Genüge;[2]) und des edlen Briten Verhalten in Stockholm in dem schnöden Handel des Dr. Blackwell gab die Gewißheit — die Kaiserin selbst hatte ihn als Hyndfords Nachfolger gewünscht[3]) — welchen Cours jetzt die englische Politik in Rußland steuern werde.

---

1) Friedrich II. an O. Podewils in Wien, 10. Nov.: la cour de Vienne se prend bien avec adresse, quand elle s'attribue à présent le mérite d'avoir apaisé, moyennant ses bons offices, la Russie, quoiqu'elle n'y ait rien contribué et que son ministre n'ait fait que garder le silence et laisser faire et agir seul le lord Hyndford, au mouvement duquel est dû tout le mérite.

2) Friedrich II. an Goltz in Petersburg, 17. Febr. 1750: je veux bien vous le caractériser tel que je le connois, savoir que c'est un homme très violent et emporté, 'qui n'a jamais agi dans les affaires d'une façon naturelle et aisée, mais toujours avec une extrême véhémence, vain, enthousiaste de sa patrie, mais qui ne se soutient pas et où il a toujours plus de bruit que d'effet.

3) Guy Dickens spricht der Zarin in seiner Antrittsaudienz seinen Dank dafür aus: V. M. a tant contribué à me faire nommer au poste honorable u. s. w. Die Antwort des Großcanzlers bestätigt es; er nennt ihn un ministre qui a déjà su s'attirer la bienveillance de S. M. Imp. qu'il demande. Guy Dickens war 1748 zur Zeit der Conferenzen in Hannover, er wurde schon im Jul. 1749 zu der Stelle in Petersburg bestimmt. Mais ce qui m'en présage rien de bon, c'est que la cour de Londres vient de nommer le sieur Guy Dickens pour aller relever le Lord Hyndford et qu'elle presse même son départ; Rescr. an Klinggräffen 12. Aug. 1749. Am 22. Sept. unterrichtet Friedrich II. Voß in Dresden, daß Guy Dickens im Haag angekommen sei und nach Dresden gehe: où il doit s'acquitter de quelques commissions. Er verweilte in Dresden bis zum Ausgang October.

Daß die Zarin im December nach Petersburg zurückkehrte, schien der Welt sagen zu sollen, daß sie die Ruhe ihres Moskauer Aufenthaltes unterbrechen müsse, daß Rußland in Action treten werde. Man war in Berlin über die Dislocation der russischen Truppen genau unterrichtet: gegen Finnland standen 54 Bataillone, 5 Regimenter Cavallerie, 1 Regiment donische Kosaken; in Liefland und Curland 73 Bataillone, 13 Regimenter Cavallerie, 1 Regiment donische Kosaken; in allen anderen russischen Provinzen der bei Weitem geringere Rest in zerstreuten Garnisonen.

Wenn sich der Wiener Hof, namentlich Frankreich gegenüber, berühmte, Rußland beruhigt zu haben, so stimmte damit wenig, was Friedrich II. in den ersten Decembertagen in einem Schreiben von Bernes an Antivari in Stockholm las. Zunächst ersah er aus demselben, daß Bestushew keineswegs auf die von den Ministern eingeleitete Vermittelung einzugehen gedenke, sondern einen Weg einschlage, der sie umging und sie scheitern machen mußte. Der Großcanzler habe an Panin den Entwurf zu einer Convention gesandt, in der Schweden die derzeitige Regierungsform, die Zarin die jetzige Thronfolge in Schweden zu ewigen Zeiten garantire. Bernes fährt dann fort: es laufe diese Convention mit dem von dem Wiener Hofe gemachten Vorschlage „fast auf eins hinaus“, und da Schweden sie schwerlich annehmen werde, so dürfe es der Kaiserin-Königin gar nicht leid sein, daß sie keinen Antheil daran habe, und werde sie gar wohl zufrieden sein, wenn Rußland allein die Sache ausmache. Also Bernes schien zu wissen, daß Maria Theresia zufrieden sei, wenn ihre Vermittelung, die ihr anderer Orten Dank und Ruhm einbringen sollte, in Petersburg zur Seite geschoben wurde. Und zum Schluß noch folgende bedeutsame „Fingerzeigung“: auf den Wunsch des Großcanzlers stellt Bernes an Antivari das Ersuchen, „auf unmerkliche Weise durch dritte Personen“ an Panin kommen zu lassen, daß der preußische Gesandte in Stockholm einen Courier aus Berlin erhalten habe, der unzweifelhaft den Entwurf einer Convention überbringe, von der man früher schon preußischer Seits in Stockholm Nachricht gegeben habe.[1])

---

1) Abschrift des Schreibens von Graf Bernes an Antivari, 10. Nov. 1749, die Friedrich II. am 2. Decb. an Valory nach Versailles schickt. Das Ministerialrescr. an Chambrier vom 6. Decb. enthält einige Daten mehr als diese Abschrift; so, daß Panin seinen Vorschlag als Ultimatum bezeichnen soll; so weiter: dieselbe Nachricht besage

Was war das für eine Convention? Drei Tage später las Friedrich II. ein Schreiben von Bernes an Graf Sternberg in Dresden (13. November), in dem es hieß: ihm werde bereits „der zwischen Frankreich, Schweden und Preußen geschlossen sein sollende Bund oder Convention" zugekommen sein; zu seiner alleinigen geheimen Direction melde er ihm, daß der Großcanzler ihm declarirt habe: die Russen würden auf ihren Grenzen verbleiben, auch nach allenfalls eingeführter Souveränetät in Schweden dennoch mit dieser Krone nicht zu Feindseligkeiten schreiten, bis sie sich mit ihren Bundesgenossen hierüber concertirt haben würden". Graf Bernes versagt sich nicht mit einiger Genugthuung hinzuzufügen: „Wer Zeit gewinnt, gewinnt hier Alles".[1])

Wie „der geschlossen sein sollende Bund oder Convention" den Kreisen, für welche oder in denen er erdichtet war, allmählich zu einer Thatsache wurde, ersah Friedrich II. aus einigen Schreiben, welche die nächsten Tage in seine Hand brachten. Eins von Puebla an Maria Theresia vom 22. November bedauerte, daß von dem angeblichen Vertrage, der am 16. Juli zwischen Frankreich, Schweden und Preußen in Potsdam geschlossen sein sollte, trotz aller Mühe keine Abschrift aufzutreiben sei, da Alles am preußischen Hofe mit so großem Geheimniß betrieben werde, daß selbst der Minister Podewils von den meisten Dingen nichts erfahre. Ein anderes, von Puebla an Sternberg in Dresden, 25. November, sagt: er werde sich des Potsdamer Vertrages vom 16. Juli erinnern, den Panin in Stockholm entdeckt zu haben glaube und für den auch Sachsen zu gewinnen man sich auf das Äußerste bemühe; jetzt melde Panin an Groß in Berlin, daß schon am 23. Februar 1749 in Dresden der Entwurf zu einer Quadrupelallianz der drei genannten Höfe mit dem sächsischen gemacht worden sei, daß Sachsen dieser so gut wie dem Potsdamer Vertrage beigetreten sei und somit allen mit anderen Mächten eingegangenen

---

que le grand but de l'intrigue étoit ou de mettre le Suède dans une dépendance entière de la Russie et de la rendre par là inutile à ses alliés en cas qu'elle étoit assez bonne de se prêter au traité proposé, ou si elle s'y refusoit, d'aigrir les choses de plus en plus et de fournir au Chancelier Bestushew de nouveaux moyens pour noircir les Suédois dans l'esprit de sa Souveraine et pour les y représenter comme des gens intraitables et qu'il falloit absolument forcer. Dieß Resc. hebt hervor, daß der Plan noch vor Hyndfords Abreise gemacht sei, deshalb deutlich genug zeige la duplicité des cours de Londres et de Vienne et la malignité des motifs qui les font agir.

1) Schreiben des Grafen Bernes an Graf Sternberg in Dresden, Moskau 13. Nov.; in Friedrichs II. Hand am 6. Decb.

Verbindlichkeiten entsagt habe; es scheine ihm „nach der bisherigen sächsischen Gedankensart unglaublich".

Weiter las Friedrich II. die von Brühl auf Graf Keyserlingks amtliche Anfrage gegebene Versicherung: daß sein König unerschütterlich bei dem Entschluß beharre, keinerlei Verbindungen gegen den Wiener und Petersburger Hof einzugehen.[1]) Dann ein Schreiben des östreichischen Residenten Abramson in Danzig an Puebla: eine Londoner Zeitung vom October habe gemeldet, der König von Polen stehe mit dem von Preußen in Verhandlung, diesem die Stadt Danzig für einige Millionen zu verkaufen; diese Nachricht sei preußischer Seits nicht für falsch erklärt, für die Richtigkeit spreche der Umstand, daß der König von Polen die aufsässige Danziger Bürgerschaft gegen den Rath und dessen Rechte und Privilegien in Schutz nehme, sprächen nicht minder die großen militärischen Anstalten, welche Preußen unter dem Vorwand seiner elbingischen Ansprüche mache; in Marienwerder seien große Prahme zusammengebracht, die, wie man glaube, zum Transport schwerer Artillerie bestimmt seien.[2])

Daß nicht bloß ein sich steigerndes Gefühl der Besorgniß vor der Macht und den Absichten Preußens solche Gerüchte erzeugte und nährte, sondern daß man wie immer Händel mit Preußen suche, zeigte sich handgreiflich darin, daß Groß in Berlin auf Grund der Avocatorien vom 3. März 1749 jetzt auf ausdrücklichen Befehl des Großcanzlers sich erlaubte, an die lief- und esthländischen Officiere, die in der preußischen Armee dienten, etwa 40 an der Zahl, direct von seiner Canzlei den Befehl zur Rückkehr nach Rußland zu senden, bei Androhung der Confiscation ihrer Güter,[3]) — nicht minder handgreiflich darin, daß eben jetzt der östreichische Commissar in Breslau von

1) Puebla an Ulfeld, 6. Decb. 1749.

2) Von diesem Schreiben von Abramson an Puebla (s. d.) hat der jüngere Weingarten an Fredersdorf am 7. Decb. der Eile wegen nicht Copie eingesandt, sondern nur summarisch berichtet.

3) Friedrich II. las dies zuerst in Pueblas Schreiben an Ulfeld, 20. Decb. 1749, das mit dem Bemerken schloß, V. E. comprendra aisément quelle aigreur cette démarche causera entre les deux cours dont l'amitié sans cela se diminue de plus en plus. Einer der Officiere, die solche Ordre empfangen, sandte sie 23. Decb. an den König, darauf dessen Rescript an den Minister Podewils, 26. Decb., dem Groß zu sagen: combien une façon d'agir si extraordinaire que celle de sa part devoit me surprendre, et qu'il comprendroit aisément qu'il ne sauroit point être vu agréablement à ma cour s'il vouloit continuer d'entretenir de pareilles correspondances point du tout usitées.

Wien aus den früher erwähnten Befehl erhielt, die Verhandlungen wegen der schlesischen Schulden, wenn sie nicht in 14 Tagen regulirt seien, abzubrechen und abzureisen.[1])

Und wenn über die Zwecke der russischen und östreichischen Durchstechereien noch irgend ein Zweifel hätte bleiben können, — jetzt kam in Friedrichs Hand ein Schreiben von Graf Bernes an Puebla vom 17. December: man wünsche, daß Puebla dem Groß zu Ohren kommen lasse, aber mit äußerster Vorsicht, damit Groß nicht merke, daß es von Puebla komme — daß in Schweden gegen die Person der Zarin Dinge geplant würden, an denen der Berliner Hof seinen guten Theil habe, und wenn dann, wie zu erwarten, Groß ihm davon vertraulich Mittheilung mache, solle er sagen: er wisse nichts von derartigen Entdeckungen, werde aber nachforschen; und dann nach einiger Zeit solle Puebla sie ihm, als durch seine Nachforschungen erwiesen, bestätigen. Bernes fügte hinzu, daß er diesen Brief zugleich absichtlich nach Wien sende.[2])

Dieses Schreiben war am 1. Januar in Friedrich II. Hand zugleich mit einem durch dasselbe veranlaßten von Puebla an Ulfeld vom 30. December: „er sei durch diese Aufforderung in Verlegenheit gesetzt; sie sei schwer auszuführen; und wie solle man solchen Absichten Schwedens den Schein der Glaublichkeit geben? Er habe sich entschlossen in der Sache keine Schritte zu thun, bevor er Ulfelds Zustimmung habe, erfolge diese, so werde er sein Äußerstes anwenden, das, was Bernes fordere, ins Werk zu setzen; und wenn es gelinge, werde damit das Mistrauen, das schon zwischen Rußland und Schweden bestehe, nicht wenig gesteigert werden". Puebla fügt noch hinzu: Groß habe ihm den Ent-

1) Eichel an den Minister v. Podewils, 27. Decb.: Der König habe „von vertrauter Hand" diese Nachricht; also wohl von dem jüngeren Weingarten oder aus den von diesem copirten Briefen.

2) Von derselben Sache schreibt Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl von Braunschweig, Wien 4. März: „Daß der russische Hof durchaus Händel haben will mit dem schwedischen trotz Östreich, Holland und England; ja um dazu zu gelangen hat die Zarin (er sagt nicht: Bestushew) den kaiserlichen Minister am russischen Hofe treuherzig gemacht, an Puebla eine Beischrift zu schicken und solche dem russischen Minister am Berliner Hofe zuzubringen, als wenn der schwedische Minister sie aus der Tasche verloren hätte, worin gestanden haben soll, daß der König von Preußen dem Thronfolger eine Rebellion in Rußland machen wolle. Puebla hat sich zu solcher infamen That nicht wollen gebrauchen lassen, hat es aber anhero in Chiffer gemeldet. Der König von Preußen hat solches dechiffrirt und Copie davon nach dem englischen und französischen Hofe gesandt".

wurf der Convention, den Panin vorlegen sollte, gezeigt; er wisse, daß Bernes davon ausführlich nach Wien berichtet habe und daß der Großmarschall Bestushew in Wien ein Memoire vorlegen werde, die dem schwedischen Hofe vorgeschlagene Convention bestens zu empfehlen und dahin zu wirken, daß man in Wien den casus foederis anerkenne und demgemäß handle.

Damit hatte Friedrich II. wenigstens einige von den Fäden der Intrigue, die wider ihn gesponnen wurde. Es ergab sich aus den Daten der diplomatischen Schreiben, die er sah, daß der Plan derselben schon vor Lord Hyndfords Abreise, also mit ihm gemacht worden sei. Die Art, wie Friedrich II. des Weiteren verfuhr, zeigt, wie er sich die Pläne seiner Gegner dachte.

Man glaubte in Wien, daß er „wegen der drei Regimenter, die man nach Böhmen geschickt," alarmirt sei. Er wußte, daß die großen finanziellen Neuerungen der Kaiserin viel böses Blut machten, daß, wie in den anderen Kron- und Erblanden, so namentlich in Böhmen und Mähren die Stände in sehr scharfer Opposition dagegen standen, daß in Böhmen, in mehreren der inneröstreichischen Lande sich das Landvolk gegen den gesteigerten Steuerdruck auflehnte, mit dem Vieh in die Wälder flüchtete, da und dort förmliche Empörung begann; daß darum die Truppen in Böhmen verstärkt worden seien. „Ich bin überzeugt, daß man alle erdenklichen Vorsichtsmaaßregeln treffen wird, damit dort im Lande das Gerücht Dinge dieser Art nicht weiter verbreite". Aber um so weniger hatte Maria Theresia zu einer großen Action die Hände frei; ihre Einnahmen mußten mit den Aufständen bedeutende Ausfälle erleiden, zumal wenn sie, wie demnächst geschah, die Steuern herabzusetzen sich genöthigt sah.[1]) Und dazu schärften sich die Verwickelungen in Italien; auch dorthin sollten zum Frühling mehr Truppen nachrücken.

Vielleicht genügte es, den Wiener Hof merken zu lassen, daß Preußen wach sei. Der preußische Gesandte dort wurde angewiesen, seinen nächsten Bericht durch Courier zu senden, diesen in der auffälligen Art, wie sie in Wien üblich sei, abreisen zu lassen, im Übrigen

1) O. v. Podewils, Wien 17. Jan. Darauf Rescr. 26. Jan. 1750: vous pouvez compter qu'elle n'y saura rester, et que cela ira plus loin encore, de façon qu'elle y sera bien embarrassée encore.

„ein mysteriöses Schweigen“ über den Grund dieser Sendung zu beobachten.

Noch vor Eingang dieser Weisung hatte O. v. Podewils, vom 3. Januar, dem Könige von einem Vorgang in Stockholm gemeldet, über den, wie er bemerkt, Graf Barck im ersten Augenblick sehr betroffen gewesen sei, nämlich daß der französische Gesandte dort dem östreichischen Eröffnungen gemacht habe über ein zwischen Frankreich und Östreich eingeleitetes Concert in Betreff der schwedischen Frage; doch habe sich Barck bald darüber beruhigt, in der Überzeugung, daß vielleicht irgend eine hingeworfene Bemerkung Havrincourts entweder von Antivari oder in Wien von Ulfeld so aufgebauscht worden sei, etwa um eine Handhabe zu directer Einmischung zu gewinnen oder um den Schweden Mistrauen gegen ihre Alliirten zu erregen.

Friedrich II. war keineswegs sicher, daß der Hof von Versailles keinen solchen Schritt hinter seinem Rücken gethan hätte. Und der Betrieb der Kaiserhöfe, wie er ihm documentirt vorlag, war darauf berechnet, daß er demnächst isolirt sein werde.

Er hatte bereits am 6. Januar Mahnungen nach Schweden gerichtet, sich nicht durch den friedlichen Schein einschläfern zu lassen, den der russische Hof mit der Convention, die Panin anbieten werde, zu verbreiten suche; man müsse sich in Stockholm darauf gefaßt machen, daß Bestushew mit dem beginnenden Frühjahr seine Bravaden von Neuem beginnen werde.

Er schrieb an O. Podewils am 17. Januar: er wisse aus guter Quelle, daß von Rußland außer dem Geschrei, das es machen, und den kriegerischen Ostentationen, die es vielleicht mit dem Frühling beginnen werde, nichts Ernstliches zu fürchten sei; „überdieß ist euch erlaubt, dort wo ihr seid, wissen zu lassen, daß ich die Absicht habe zum nächsten Frühling nach Preußen zu gehen, und zum Herbst eine Reise nach Schlesien zu machen“. [1])

Er war sicher, daß man wissen werde, was die Reise nach Königsberg heiße. Er sandte dieselbe Nachricht an Goltz nach Petersburg mit der Bemerkung, daß er diese Reise machen werde, obschon er wisse, daß man in Peterburg über sie beunruhigt sei; doch werde ihn das

1) Rescr. an O. Podewils, 17. Jan.: il vous doit être permis de donner à entendre, là où vous êtez, avec grâce . . . ce que cependant vous direz sans affectation et uniquement pour y préparer les esprits.

nicht abhalten, seine Regimenter zu sehen; das große Lager, das die Russen an seiner Grenze zusammenziehen wollten, lasse ihn gleichgültig. [1])

Kurz darauf (23. Januar) war Ulfelds Antwort auf Pueblas Anfrage vom 30. December in seiner Hand; sie billigte Pueblas Zurückhaltung und wies ihn an, „an derartigen Manövern in keinerlei Art Theil zu nehmen". [2]) Also in Berlin wollte man unschuldig scheinen.

Konnten die Wiener Staatsmänner glauben, daß man ihnen in Berlin glauben werde? Oder galt es ihnen nur noch eine kleine Weile hinter dem Vorhang zu bleiben, um die letzte Masche zu schürzen?

Denn am 15. Januar überreichte Panin in Stockholm seine Declaration.

Am 25. Januar war die Nachricht davon in Berlin, wenige Tage darauf wußte man hier, was ungefähr gleichzeitig in Wien geschehen war. „Sie beginnen die Maske zu lüften, mit der sie bisher ihre Betheiligung an den russischen Zudringlichkeiten gegen Schweden verhüllt haben". [3]) Hatten sie bisher so gesprochen, als misbilligten sie die Declaration, die dort Panin machen sollte, so erklärte jetzt Graf Ulfeld sowohl gegen Blondel wie gegen Graf Barck: die Kaiserin-Königin finde in derselben nichts, was ihr nicht völlig recht und billig scheine,

---

1) Rescr. an Goltz, 24. Jan.: et quoique je sache de bon lieu qu'on en a pris quelque ombrage là où vous êtes ... cela ne m'empêchera pourtant pas de voir mes régiments en Prusse, et ce sera en tout cas avec indifférence que je pourrai regarder le campement des troupes russiennes en question.

2) Diese Antwort Ulfelds (14. Jan.) ist durch einen Bericht Valorys vom 24. Jan. constatirt, den Koser im Pariser Archiv fand. Aus Maria Theresias Rescript an Puebla vom 22. Febr. erhellt, daß sie Friedrichs II. Rescript an O. Podewils vom 6. Jan. gleich beim Eingang in Wien (14. Jan.) gelesen und sofort Verdacht geschöpft hat, daß ihre Chiffre in Berlin bekannt sei, „und haben eben wir darumb nicht verweylet in dem nemlichen Chiffer, den wir vorhin schon beargwohnt vom König von Preußen gelöst worden sein, das Rescript vom 14. Jan. an dich zu erlassen".

3) So die Ministerialrescr. an Klinggräffen, an Chambrier 3. Febr. Es muß unter den östreichischen Briefen, die in Friedrichs II. Hand kamen, einer gewesen sein, der diese Nachricht enthielt, wie auch aus dem Rescript an O. v. Podewils, 30. Jan., hervorzugehen scheint. Nicht in seine Hand gekommen scheint Maria Theresias Schreiben an Bernes, 31. Jan., zu sein, in dem es heißt, daß, wenn Rußland nicht abgehalten werden könne, über die schwedische Grenze zu gehen, wenigstens Östreich dann nicht zugemuthet werden könne, an dem Kriege Theil zu nehmen; nicht als wolle es sich seinen Verbindlichkeiten entziehen, aber eine Verfassungsänderung in Schweden verbinde Östreich nicht zur Hilfeleistung; die Neutralität Östreichs liege im Interesse Rußlands, da man auf diese Weise Frankreich abhalten werde, den einzigen Bundesgenossen der Zarin anzugreifen; Beer, Bentinck CXII.

und sie könne nicht umhin, den Antrag zu unterstützen; es werde Antivari durch Courier in diesem Sinne instruirt werden, doch mit der ausdrücklichen Weisung, keinen Schritt anders als in Übereinstimmung mit dem französischen Ambassadeur zu thun.

Vielleicht hätte man in Wien lieber gesehen, wenn Bestushew nicht so hastig vorging. Aber wenn es nur gelang, in Stockholm sich in Frankreichs Arm zu hängen, auf Georgs II., Newcastles, Münchhausens Eifer für Rußland konnte man rechnen, ja man glaubte zu wissen, daß in Hannover der Bruch mit Schweden gewünscht werde; um so werther wurde Östreichs Friedensliebe für Frankreich. Und dazu arbeitete Tschernyschew, des Vertrauens würdig, das ihm der Großcanzler schenkte, colportirte die unerhörten Dinge, die selbst in Wien als Lügen und Fälschung anerkannt waren,[1]) sogar „die sichere Nachricht“, daß auf dem nächsten schwedischen Reichstag im März der König abdanken, der Prinz-Thronfolger die Regierung mit größerer Gewalt übernehmen solle.[2])

Wie über alles Maaß insolent nach den wiederholten Erklärungen des Prinz-Thronfolgers und der Krone Schweden die russische Lüge war,[3]) sie mußte den Canzler rechtfertigen, daß er so rasch vorging, daß er sofort in Wien, Dresden, London für den Fall, daß Schweden die angebotene Convention nicht annehme, die vertragsmäßige Hülfe forderte.

---

1) Klinggräffen, London 20. Jan. 1750. Antivari an Puebla, Stockholm 30. Jan., theilt auf dessen Frage, wie es mit den paninschen Entdeckungen stehe, die vier Verträge mit, die der russische Legationssecretär Simolin durch einen sicheren Canal, für den auch er, Antivari, Geld zugeschossen, entdeckt haben will: Convention zwischen Schweden und Preußen vom 25. Febr. 1749, zwischen Frankreich, Schweden und Preußen vom 22. Jul. 1749, zwischen Schweden und der Pforte vom 15. Aug. 1749, zwischen Frankreich, Schweden, Preußen, Sachsen vom 23. Aug. 1749. Er erwähnt mehrerer „einheimischer Piecen, welche alle auf die Veränderung der jetzigen Regierungsform gehen“ und die „nach Inhalt, Absicht und Keckheit der herrschenden Partei ganz gemäß sind“.

2) Rohd, Stockholm 17. Febr., berichtet, daß Antivari in diesem Sinn mit Havrincourt habe sprechen lassen: la réponse que l'ambassadeur m'a dit lui avoir faite est des plus fermes.

3) Der russische Legationssecretär Simolin und der östreichische Verlet theilten das Verdienst dieser falschen Nachrichten, Rohd 13. März; oder wie Friedrichs II. Rescript darauf vom 28. März sagt: tous ces mauvais bruits sont pour la plupart de la façon du chancelier Bestushew, qui en instruit le Sieur Panin d'une manière si positive que celui-ci se voit obligé de les disseminer par ses suppôts.

„Wenn Bestushew nicht völlig ohne Menschenverstand ist, so wird er nicht gegen Schweden losbrechen; aber wenn er sich seiner Erbitterung und Wuth gegen Schweden überlassen hat, so wird er seines Weges weiter gehen, was auch Schweden antworten mag, weil er nach einem vorbedachten Plane verfahren wird".

So schrieb Friedrich II. noch am 3. Februar an Rohd. Rußland allein schien ihm nicht gefährlich. Und wenn sichtlich der Wiener Hof, die hannövrische Seite des englischen, selbst Graf Brühl mit seinem Anhang in Polen es gern geschehen ließen, daß der russische Canzler auf alle Gefahr hin in Schweden hetzend, drohend, insultirend die Dinge zum Äußersten trieb, — sie waren weder in solcher militärischen Bereitschaft, noch finanziell in der Lage, am wenigsten um der Verträge willen gemeint, dem russischen Aufruf für russische Zwecke Folge zu leisten. Lebten sie der stillen Hoffnung, mit der steigenden Fluth des Unfugs im Norden, den sie die russische Politik anrichten ließen, „im Trüben zu fischen",[1]) die künftige Wahl in Polen, die römische Königswahl, die Zerbröckelung des Dresdner Friedens und die Clausel von den sächsischen Steuerzetteln durchzusetzen, so mußten sie erst Frankreich so weit umspinnen und betäuben, daß es den Frieden Europas bei denen suchte, die in der Zertrümmerung Preußens dessen erste Bedingung erkannten.

Wir sahen, wie sie in Paris arbeiteten, mit welchen Lügen und Fälschungen. Friedrich II. hatte die Documente in der Hand, dort, wo er zunächst seinen Gegnern die Spitze bieten mußte, ihr unerhörtes Spiel zu entlarven.

Schon seit dem Juli 1749 hatte er einzelne der Schreiben von Bernes, Ulfeld, Puebla u. s. w. „im tiefsten Vertrauen" durch Valory an Puysieulx gesandt. Seit dem December folgten deren immer lehrreichere; zu dem Pueblas an Ulfeld: ob es der Kaiserin Wille sei, daß er sich zu einem offenen Betruge hergebe, schrieb Valory am 3. Januar: „Der König hat Puebla sehr gerühmt, daß er sich diesem Mysterium

1) Friedrich II. an Klinggräffen, 17. Febr. 1750: la forte envie de la cour de Vienne de pêcher en eau trouble. Rescript an Chambrier, 8. Febr. 1750 über Georg II.: je doute presque que, quelque envie qu'il ait d'agrandir ses possessions en Allemagne, il veuille fournir du sien pour entrer dans une lice aussi hazardeuse et dont ses provinces en Allemagne se pourroient fort ressentir.

der Ungerechtigkeit versagt hat". Und bei der nächstfolgenden Sendung vom 11. Januar ergeht sich Valory über die Unwürdigkeit der Mittel, zu denen der russische Canzler greife. „Es ist zum Erstaunen, daß ein Mann, wie Graf Bernes, sich dazu hergiebt, solchen Schändlichkeiten, die ihres Gleichen nicht haben, zu dienen". Und so noch weitere Documente.[1])

Wie sie in Versailles wirkten? Noch Anfangs December hatte Chambrier geschrieben, wie lebhafte Aufregung in England die Ernennung Tyrconnells, des emigrirten Irländers, in London hervorgerufen habe; „man hat das hier wohl nicht erwartet, man würde es sonst vermieden haben". Dann, zwei Tage nachdem Valorys Sendung vom 3. Januar eingetroffen war (16. Januar): Puysieulx habe ihm von der Convention gesagt, die Panin beantragen werde, sie sei nach seiner Ansicht sehr gefährlich für Schweden, dessen Minister zu aufgeklärt seien, um zu verkennen, daß sie nichts thun dürften, was Schwedens Unabhängigkeit beeinträchtige; auch für Dänemark sei es wichtig, daß sich Schweden nicht füge. Und am 23. Januar: man sei bei Hofe überzeugt, daß englisches Geld den Russen ihre Rüstung möglich mache; es frage sich nur, ob der König die Summen aus seiner Civilliste zahle, oder die Minister sie ihm aus der Staatskasse zuwendeten; dann müsse die Sache im Parlament zur Sprache kommen, und für diesen Fall wünsche Frankreich, in London bekannt werden zu lassen, daß man nicht Herr darüber sein werde, hinter dem Vorhang zu bleiben, wenn es zum Kriege im Norden komme, sondern daß ein solcher Krieg ein allgemeiner werden dürfte.

Das war immerhin sehr zahm; aber wenn der Minister ähnlich zu den Freunden Rußlands sprach, die sich mit Frankreich schon auf bestem Wege glaubten, eine unangenehme Mahnung. Und noch unangenehmer war für sie, daß unter den Entdeckungen, die Antivari in Stockholm gemacht haben wollte, sich auch die befand, Schweden habe mit der Pforte am 15. August ein ewiges Bündniß geschlossen, es sei am 9. October in Stockholm ratificirt, man habe am russischen Hofe die authentische Abschrift davon, — und daß diese Entdeckung, die auch in Wien bezweifelt worden war, in Paris als vollständig er-

1) Später, nachdem die französischen déclarations ergangen waren und ihre Wirkung gethan hatten, sagt Friedrich II. (Rescript an O. Podewils in Wien 30. Mai 1750): c'est par cette raison-là que j'ai tant poussé la France à faire ces mêmes déclarations.

logen erkannt, das schon erwachte Mistrauen nur steigerte.[1]) Das Übelste war, daß das schwedische Ministerium den Verstand hatte, auf Panins Antrag nicht sofort zu antworten, sondern, wie Friedrich II. gerathen, einen in sehr gemessenen und vorsichtigen Ausdrücken gefaßten Entwurf zu einer ablehnenden Antwort nach Paris und Berlin sandte, zugleich mit der Bitte an beide Höfe, für den Fall, daß Rußland diese Ablehnung, wie die Absicht zu sein scheine, als casus belli ansehen wolle, sich in London und Wien für Schweden zu verwenden, und Dänemark zu gleicher Verwendung aufzufordern.[2])

Schon hatte Dänemark die russische Einladung, sich jenem Antrage Panins anzuschließen, abgelehnt, auf die Versicherung, der russische Hof wünsche nichts als das beste Einvernehmen mit Schweden und die Sicherung der Ruhe im Norden, geantwortet: Dänemark werde gern die noch vorhandenen Differenzen auszugleichen hülfreich sein, aber sich in nichts einlassen, was die Unabhängigkeit Schwedens verletzen könne.[3]) Eben jetzt verbreitete sich die Nachricht von dem für Schweden günstigen Ministerwechsel in Constantinopel. Während die Verbindung der Kaiserhöfe und der Seemächte mit der aggressiven Politik Rußlands, die man misbilligte oder wenigstens verläugnete, loser wurde, gewann die zur Abwehr, das französische System, mit der drohenden Gefahr festere Schließung; daß auch die Krone Spanien in Stockholm ihre guten Dienste anbieten ließ, zeigte, wie die nordische Frage immer weitere Wellenkreise zog. Und wenn der Turiner Hof starke Rüstungen machte, so war es, weil er von Spanien bedeutende Summen dazu erhielt; schon konnte Frankreich auf ihn rechnen.[4]) Frankreich empfahl

1) Ministr.-Rescr. an Chambrier, 20. Jan., dessen Antwort 6. Febr.

2) Graf Tessin hatte die Meinung gehabt, daß die Absicht Rußlands bei der Mittheilung, die Panin machen werde, nur sei de tâcher de sortir honorablement et de bonne manière du jeu qu'elle a joué jusqu'à présent; Rohd am 6. Jan. Darauf das Rescr. vom 20. Jan., das dringend mahnt auf viel ernstere Absichten gefaßt zu sein, und Rescr. vom 26. Jan. (auf Rohds Bericht, 16. Jan., von dem gestern geschehenen Antrag Panins): Je présume que le dit ministère s'en concertera avec l'ambassadeur de France, à qui sans doute les ordres de sa cour seront arrivés à cet égard. Und an Chambrier, 26. Jan.: je présume que les ministres de Suède ne procéderont point à faire la réponse sans avoir consulté préalablement l'ambassadeur de France, et qu'on y répondra avec fermeté, quoique sans aigrir les affaires, et qu'on tâchera surtout à gagner du temps.

3) Fr. v. Voß, Copenhagen 10. Jan. 1750.

4) Chambrier 26. Jan. berichtet von einer Unterhaltung, die er mit Noailles über Sardinien und dessen Vergrößerung gehabt; Noailles sagt: il pourroit arriver

in Stockholm, wenn die Zarin sich bei der schwedischen Antwort nicht beruhigen sollte, die Pforte als Vermittlerin aufzurufen; Friedrich II. rieth, schon jetzt im Voraus es zu thun.

„Wenn Rußland", schreibt Friedrich II. am 14. Februar, „trotz alledem zu einem Kriege gegen Schweden sollte schreiten wollen, so muß es der absolute Wille der Vorsehung sein, da es sonst fast unmöglich scheint, daß sich ein Krieg im Norden entzünden könnte".

Und in denselben Tagen hatten sich in Versailles, in einem Conseil, in dem St. Severin mit größter Energie gesprochen, alle Stimmen dahin geeinigt, daß man Schweden nicht dürfe sinken lassen;[1]) der Kriegsminister hatte erklärt: die Armee sei auf den Stand gebracht, daß sie in zwei Monaten marschieren könne. Und der König hatte gesagt: er werde Krieg machen, wenn es sein müsse.

Daß es Ernst damit sei, zeigten die militärischen und finanziellen Vorbereitungen, die demnächst folgten, die sofort mit Berlin und Copenhagen eingeleitete Verständigung über die von Schweden gewünschten Declarationen.

Am wenigsten solche Energie Frankreichs hatte die östreichische, die englische Politik für möglich gehalten. Man wußte, in wie ernstem Conflict die Krone mit dem Clerus stand, der sich durchaus weigerte, neben dem hergebrachten don gratuit fünf Procent von dem Ertrage der Kirchengüter zu bewilligen, die sie forderte,[2]) in wie nicht minder heftiger Opposition die Stände von Languedoc, Artois, Provence u. s. w. die ausgeschriebenen Zehnten und Zwanzigsten zurückwiesen, wie selbst in Paris sich die Gährung bis zu blutigen Aufläufen

---

des temps où sa Savoie lui deviendroit peut-être plus indifférente pour s'en procurer la Savoie ailleurs. Und weiter: le Roi votre maître et le Roi de Sardaigne doivent être le frein qui doit contenir la cour de Vienne. „Et la France, lui dis-je, le principal soutien de ce système". Sans doute, me répliqua-t-il.

1) Chambrier, 23. Febr.: eines der Mitglieder des Conseil habe einem Freunde gesagt: qu'il n'avoit jamais vu dans le conseil, depuis qu'il en étoit, une plus grande unanimité des sentiments, qu'il y en eût ce jour, et il fut traité amplement et avec force de la situation de la Suède.

2) Auf Chambriers Bericht, 2. Febr., über diese Dinge — aus dem beiläufig erhellt, daß der König von Frankreich jetzt an Steuern jährlich 220 Millionen habe — sagt das Rescr. vom 14. Febr.: l'attention et la grande partialité que en conséquence de votre rapport du 2e fébr. les ministres anglois et autrichien marquent par rapport au vingtième qu'on demande avec raison de tous les biens-fonds du Clergé en France, sont une marque peu équivoque de leurs intentions secrètes contre la France et pour ainsi dire une preuve parlante de leur malin-vouloir.

steigerte. In jenen Entschließungen des Conseils mußte man erkennen, daß die Krone Frankreich dieser inneren Schwierigkeiten rasch und sicher Herr zu werden gewiß war, und um so stärker nach Außen wurde.

In London — noch war für die Reduction der Staatsschuld keinesweges sichere Aussicht — half man sich, den Mahnungen Frankreichs gegenüber mit Zögerungen und Ausflüchten; man that, als ob man von Guy Dickens nichts erfahren habe, mit Bestuschew wenig zufrieden sei;[1]) noch immer habe man von Panins Anträgen in Stockholm keine officielle Mittheilung; dann, als sie gekommen war: man müsse das Actenstück erst übersetzen lassen, u. s. w. Als man sie gelesen, fand man die gemachten Anträge „sehr unschuldig, sehr sachgemäß und nöthig"; ganz wie sie auch in Wien bezeichnet worden waren, ein Umstand, der auf Verabredung zwischen beiden Höfen schließen ließ.

In Wien versuchte man sofort auch diese neuen Verwickelungen auf Preußens Rechnung zu setzen: aus Paris, sagte Ulfeld zu Blondel, sei berichtet, daß nach Eingang der schwedischen Anfrage, wie man auf Panins Antrag antworten solle, sofort ein Courier an Valory gesandt sei, „offenbar mit Befehl, darüber den König von Preußen zu consultiren", und da dieser nichts anderes beabsichtige als den Norden in steter Aufregung zu erhalten und die Herstellung der Ruhe dort zu hindern, so sei leicht vorauszusehen, wie der Rath beschaffen sein werde, den Schweden zu erwarten habe. Der Hofcanzler hatte darauf von Blondel, dessen er sicher zu sein glaubte, sich sagen lassen müssen: Frankreich bedürfe niemals Rath, und wenn der Hofcanzler diese Insinuationen an den Minister des Königs gelangen zu lassen wünsche, so möge er gefälligst Herrn v. Mareschal in Paris damit beauftragen.[2])

Und nun lief ein Bericht von Graf Richecourt aus London ein, aus dem Maria Theresia ersah, daß jene Schreiben von Puebla und

---

1) Klinggräffen, 2. Febr.; auf dessen Frage, ob Rußland auf diese Mittheilung eine Antwort erhalten werde, sagt Newcastle: „Oui, oui, je vous réponds, qu'elle l'apprendra" et cela avec l'air d'un homme qui vouloit me faire entrevoir être piqué contre la Russie.

2) O. Podewils, Wien 21. Febr. Darauf Friedrich II., Potsdam 3. März, er entnehme aus seinem Bericht: que la cour de Vienne a été dans la croyance que la Suède n'auroit osé se refuser entièrement aux propositions . . . de la Russie; un temps de deux mois nous fera voir plus clair dans tout ceci . . ; den Wiener Hof betreffend je crois pouvoir présumer par ses démarches que dans le fond elle ne souhaite point de voir dans le Nord le feu de guerre allumé, dans les circonstances où elle se trouve actuellement.



Bernes, welche die von dem russischen Canzler bestellten Lügen enthüllten, zu Friedrichs II. Kenntniß gekommen seien. Sie sandte nach acht Tagen[1]) an Puebla — um ganz sicher zu sein, durch Courier — einen Verweis, daß er jenes Schreiben vom 30. December „durch die Post" gesandt habe; sie fügte hinzu, daß sie nach Eingang desselben „üble Folgen sogleich besorget" und deshalb sofort durch Courier ein Rescript an Bernes gesandt habe, das, wie dessen Rückantwort vom 31. Januar zeige, von sehr gedeihlicher Wirkung gewesen sei, „so daß Bestushew fürhin vor dergleichen ungleichen und mislichen Schritten dürfte zurückgehalten werden, uns aber für unsere Vorsorge verbunden und durch die noch in Zeiten erhaltene Warnung mehreres in Stand gesetzt sei, das, was zu seinem Nachtheil geschmiedet worden, abzuthun; ob wir damit auslangen werden, sind wir noch zwischen Furcht und Hoffnung".[2])

Es folgten im März die verabredeten Declarationen, zuerst die Frankreichs in Wien und London, „in sehr energischen Ausdrücken" die Mitwirkung beider Höfe fordernd, daß sich Rußland bei der von Schweden gegebenen Antwort beruhige, mit der bestimmten Androhung, daß, „wenn der Krieg im Norden ausbreche, die französische Armee sofort in die Niederlande einrücken werde", — dann die preußische in Wien und London, im Ausdruck bemessener,[3]) zugleich eine an den russischen Hof, die mit dem lebhaftesten Ausdruck „persönlicher Freundschaft" für die Zarin und des Vertrauens auf ihre Friedensliebe den Hinweis auf die Verpflichtungen verband, die Preußen „in Gemeinschaft mit seinen Alliirten" erfüllen werde, — endlich die dänische Erklärung an den Wiener Hof, eine zweite an den russischen.

1) Maria Theresia an Puebla, 22. Febr. pr. 27. Bereits am 13. Febr., berichtet Graf Bentink (Beer p. 37), daß ihm der Kaiser von dem Mißgeschick gesagt habe, das Pueblas Bericht betroffen: que le tout étoit tombé entre les mains du Roi de Prusse, qui avoit fait déchiffrer les lettres et les avoit envoyées en France. An Prinz Louis von Braunschweig wurde gesagt (dessen Schreiben an Herzog Karl, 4. März): der König von Preußen habe Pueblas Schreiben dechiffrirt „und Copien davon nach dem englischen Hof und dem französischen gesandt". Vgl. ob. S. 140. Anm. 2.

2) Dieß Schreiben Maria Theresias vom 22. Febr. war bereits am 28. Febr. in Friedrichs II. Hand; er schrieb sofort an Valory mit lebhaftem Bedauern, daß durch die nicht hinlänglich vorsichtige Übersendung nach Paris diese Entdeckung verschuldet sein müsse. Er schloß (Schreiben an Valory 4. und 6. März), daß, da Valory seine Depesche über Hamburg und Hannover gesandt habe, sie in Hannover erbrochen sein werde, und daß man dort Valorys Chiffre habe.

3) Vollzogen 4. März. Der Schluß lautet ... S. M. ne pouvant se dispenser de remplir les engagements qu'Elle avoit contractés avec la cour de Suède en

Schritte, die in London, in Wien, im Haag nicht verfehlten, Eindruck zu machen. Namentlich in Holland, wo, trotz der immer neuen Aufstände in Amsterdam, Harlem, Oberyssel, bei tiefster Zerrüttung der Finanzen [1]) und des Heerwesens die Partei derer, die der Prinz von Oranien für seine Freunde hielt, durchaus die Republik wieder eine Rolle unter den großen Mächten wollte spielen lassen, [2]) nach dem hergebrachten System, das für die Republik schon so verhängnißvoll geworden war, auf den Wiener Hof gestützt und im Schlepptau Englands. Aber was sollte aus Holland werden, wenn jetzt Frankreich mit seiner drohenden Sprache Ernst machte? Die Festungen der Barriere waren geschleift, die Frage über ihre Herstellung, über die nach der Bestimmung des Aachner Friedens sich der Wiener Hof mit den beiden Seemächten verständigen sollte, noch nicht einmal bis zur vorläufigen Besprechung gelangt, die kaiserlichen Truppen in den Niederlanden viel zu schwach, um einen Angriff abzuhalten, die staatische Armee in traurigstem Zustand und kaum genügend für den inneren Dienst, der englischen Politik, so lange Pelham nicht mit seiner Reduction der Rente durchdrang, die Hände gebunden.

So ernst schien die Lage, daß die Herren Staaten einen Buß- und Bettag ausschrieben mit einem Hinweis darauf, daß die Dinge im Norden die Niederlande in einen neuen Krieg zu verwickeln drohten. [3]) Mehr half, daß es eben jetzt gelang, den Kurfürsten von Cöln zu einem Subsidienvertrag auf ein Jahr zu bestimmen, in dem er gegen 400000 Thaler 12000 Mann Truppen zu stellen übernahm; aber nicht Eng-

---

vertu du traité de 1747 dans le cas où la Suède contre toute attente servit attaqué par la Russie.

1) Du Commun, der preußische Resident in Haag, 3. März 1750: paroît que l'on commence à se familiariser avec le terme de banqueroutte et on cite par ci par là l'exemple de la république de Venise u. s. w.

2) Ammon Haag 6. Sept. 1749 sagt von Oranien: enclin à se flatter soimême et plein de confiance à ses talents, il croit qu'il pourra remédier à tout et porter la puissance de la république à un plus haut degré qu'elle n'a jamais été. Ceux qui le gouvernent pensent de la même façon, gens ignares et présomtueux, ils ne prévoyent les suites d'aucune affaire et trouvent facile tout ce qu'ils désirent; le Comte de Bentink qui est à leur tête ... a pour principe que la république doit se mêler de toutes les affaires de l'Europe et qu'il vaut mieux de jouer un mauvais rôle que de n'en jouer aucun.

3) Minist.-Rescr. an Chambrier, 14. März, sagt von dem Edict der Herren Staaten: Ils ont fait glisser à propos de rien et par une affectation visible que les affaires du Nord u. s. w.

land, sondern Georg II. als Kurfürst von Hannover verpflichtete sich mit der Republik zu diesem Vertrage und zur Zahlung der Summe.[1]) In Wien wünschte man, daß wenigstens Mons sofort hergestellt werde; der Prinz von Oranien und Karl von Lothringen, Statthalter der Niederlande, hatten eine Zusammenkunft in Antwerpen; für den dringend nothwendigen Barrierevertrag mühte sich Graf Bentink in Wien vergebens; an der Frage des Tarifs, der rückständigen Zahlungen, der künftigen Beisteuer Seitens der belgischen Stände scheiterten die Verhandlungen.

Und während in London Newcastle und Mirepoix Formeln suchten, wie Rußland sich mit Ehren aus dem Handel ziehen könne, wurde aus Petersburg gemeldet, daß Befehl erlassen sei, weitere vier Regimenter an die finnische Grenze zu senden, daß schon mehrere Batterien und Belagerungsgeschütz vorausgeschickt seien, daß die ganze Flotte sich segelfertig machen solle; es folgte die weitere Meldung, daß Bestuschew im Begriff sei, auf die schwedische Antwort eine neue Declaration an Panin zu senden.

„Vielleicht nur Demonstrationen, Schweden einzuschüchtern", schreibt Friedrich II. am 31. März, „vielleicht mit der Absicht, Schweden so an die Wand zu drücken, daß es den ersten Schlag thun muß; die Dinge drohen ernst zu werden". Er schreibt seinem Minister Podewils (31. März), daß er bei den immer kritischer werdenden Umständen zwischen Schweden und Rußland für nöthig finde, sich so einzurichten, daß er seine vertragsmäßige Hülfe leisten könne, wenn es zum Bruch komme. Er spricht die Vermuthung aus, daß die Minister in Wien dieß gewaltsame Vorgehen des russischen Canzlers vielleicht ungern sehen, aber zugleich die, „daß sie vielleicht selbst ihn so stark gegen Schweden gereizt haben und nun außer Stande sind, ihn zurückzuführen und im Zügel zu halten.

Schon hat ihm Frankreich den Antrag einer Vereinbarung über die für den Fall eines Krieges nöthigen Schritte gemacht, ihm anheim-

1) Rescr. an Chambrier, 17. März, deutet diesen Vertrag als Vorbereitung auf die Königswahl. Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, 25. März, giebt an, Holland allein habe 50000 Gulden, der kaiserliche Hof 20000 Ducaten an die Minister, Maitressen und Favoriten des Kurfürsten ausgetheilt, um den Vertrag zu Stande zu bringen; wie viel die Engländer, wisse er nicht. Der Vertrag muß gegen den 1. März geschlossen sein, da im Haag der Courier mit dieser Nachricht in der Nacht vom 3.—4. März eintraf; Minist.-Rescr. an Chambrier 14. März.

gestellt, 20000 Mann Truppen von deutschen Fürsten für französisches Geld in Dienst zu nehmen, ihm angekündigt, daß auch Dänemark bereit sei, in Norwegen ein Lager zu bilden, daß Obristleutnant de la Touche nach Schweden geschickt werden solle, sich von den Kriegsanstalten dort zu unterrichten. Von Paris gesandt ist Baron Scheffer, der Bruder des schwedischen Gesandten und schwedischer Obrist, im März in Stockholm, den Kriegsplan zu verabreden und dann zu demselben Zweck nach Berlin zu gehen.

Mit dem April, mit dem Nahen der zum Kriege geeigneten Jahreszeit, steigern sich die drohenden Anzeichen. In Wien wie in London hat man auf die französischen Declarationen möglichst ausweichend geantwortet, in Wien auf die preußische mit einem Hinweis auf das an Frankreich gesandte Schriftstück, da sie ja doch nur dasselbe sage wie die französische;[1]) aber zugleich hat Puebla in Berlin (23. März) einen Antrag wegen der Reichsgarantie Schlesiens überreicht: Preußen könne allen Differenzen ein Ende machen, wenn es England und Frankreich veranlasse, ihre Garantie in dem Sinn zu nehmen und zu erklären, wie die Declaration des Grafen Kaunitz im Aachner Frieden ihn ausgesprochen habe; der östreichische Gesandte in Paris hat Chambrier aufgefordert, einen Antrag der Art bei dem französischen Ministerium zu stellen, den er zu unterstützen Befehl habe; die Kaiserin-Königin müsse für ihre Sicherheit sorgen.[2]) Also ein neuer, nicht eben feiner Versuch, die Frage, um die es sich handelt, zu verwirren und ihre Spitze gegen Preußen zu kehren.

Und in England hatte Pelham endlich im Parlament seine große Maaßregel durchgesetzt (29. März). Die Finanzen Englands waren wieder flott, Alles athmete auf. Der König eilte nach dem Schluß der Session (23. April) nach Hannover, begleitet von Newcastle und den fremden Gesandten, mit Ausnahme des französischen Ambassadeurs, dem man mit einem Vorwand der Etikette, der Schwierigkeit der Vorhand zwischen einem Ambassadeur und den kurfürstlichen Gesandten, zurückzubleiben veranlaßte; man versicherte ihn, daß der König nur,

1) Ulfeld an Puebla, 21. März: j'ai eu ordre de lui faire lecture de la même réponse qu'on a lue à M. Blondel.

2) Chambrier, 27. März: er habe folgenden Tages dem Marquis Puysieulx davon gesagt und in einer Art: pour lui en peindre la singularité, et si j'ose le dire le ridicule. Le Marquis m'en parut surpris, il leva les épaules et me répondit: cette affaire pourra bien me revenir d'une autre manière.

um in der ihm mehr zusagenden Luft von Hannover seine Gesundheit herzustellen, die Reise mache, daß England durchaus „nichts Arges im Sinn habe, daß es den Verwickelungen im Norden, falls deren einträten, völlig fern bleiben werde".

Der Bruch dort schien unvermeidlich, ganz nahe. Puebla meldete nach Wien von den großen Vorbereitungen, die preußischer Seits an der Weichsel zum Übersetzen großer Truppenmassen gemacht würden, von dem Lager, das bei Welau abgesteckt werde, nicht bloß für die Regimenter dort, da auch „Truppen aus Pommern und den Marken dorthin marschieren sollten", von den colossalen Aufkäufen in Pommern, die den Schweden zugeführt werden sollten, von den starken Werbungen im ganzen Lande;[1]) „so viel ist sicher, daß die beiden kaiserlichen Höfe über die großen Zurüstungen, die in Marienwerder und in Preußen gemacht werden, ungemein aufgebracht sind und man sich von Schweden und Preußen einer Ruptur versehen will".

Mit Tyrconnells Ankunft in Berlin wuchs die Bewegung. „Er und Valory", schreibt Puebla, „sind in Potsdam, aber es gelingt nicht, das Geringste zu erfahren. Groß hat aus Petersburg Nachricht, daß zwischen Frankreich und Preußen ein neuer Vertrag gemacht ist, nach welchem Frankreich 20000 Mann an Preußen liefern wird, die sich in Lothringen versammeln werden, daß Preußen sein vertragsmäßiges Hülfscorps nach Schweden senden wird, sobald die 20000 den Rhein überschritten haben". Puebla will es noch nicht glauben; „ein solcher Marsch wäre für Frankreich gefährlicher als der von 1741 nach Böhmen". Und wenig später: „Obristleutnant de la Touche ist nach Potsdam beschieden; man meldet aus Paris und Haag von einer energischen Declaration, die Preußen in Petersburg machen werde: Groß erwartet Nachricht von dort; es wäre zu wünschen, daß sie die Gutgesinnten über die Besorgniß, daß Preußen Öl ins Feuer gieße, statt es löschen zu helfen, beruhige". Und Ulfeld schreibt ihm am 11. April: „Die Versuche fast aller Höfe Europas, ein Mittel zum Ausgleich zwischen Schweden und Rußland zu finden, sind bisher ohne Erfolg gewesen"; und am 25. April: „Wir werden drei Lager bilden, um unsere Truppen mehrere Monate zu üben, in Böhmen, in Mähren, in Steyermark, wohin auch die von Kärnthen und Krain gezogen werden sollen".

1) So referirt M. Weingarten, 24. März, den Inhalt des letzten Berichtes von Puebla und der von dem Residenten Abramson in Danzig eingelaufenen Nachrichten.



Die Fluth schien im vollen Steigen; aber schon war die Ebbe eingetreten. Daß sie eintrat, war nicht das Verdienst der immer neuen Vermittelungsversuche, deren schließlich auch Sachsen, auch Dänemark einen in Petersburg vorlegte,[1]) sondern das Ergebniß zweier Momente, die sich zu einander verhielten, wie höchst sachgemäß rechnende Politik und höchst frivole und unberechenbare Intrigue. Das eine läßt sich nach den vorliegenden Acten und aus dem Zusammenhang der allgemeinen Verhältnisse hinlänglich sicher darlegen, von dem anderen bieten sie nur einzelne Spuren die sich anderweitig wenigstens zum Theil ergänzen lassen.

Gewiß entsprach es der Absicht Friedrichs II., daß seine authentischen Enthüllungen in Paris so wirkten, wie sie wirkten; daß man in jener Conseilsitzung in der Mitte Februar einstimmig beschloß, selbst auf die Gefahr eines Krieges für Schweden einzutreten. Völlig einverstanden war er, wenn Puysieulx äußerte: „er glaube zu sehen, daß die Kaiserhöfe einen Krieg im Norden, der sich nicht weiter verbreite, wünschten, aber Frankreich, Schweden und Preußen seien so eng verbunden, daß, wer den einen angreife, sehen werde, daß er alle drei angreife; je mehr er darüber nachdenke, desto mehr überzeuge er sich, daß Preußen es lange Jahre mit Frankreich halten müsse, 60 bis 80 Jahre würden vielleicht nicht zu viel sein, denn Schlesien werde stets ein Gegenstand des Gelüstes für Östreich bleiben; wenn er so spreche, meine er damit nicht, daß es nicht auch Frankreichs Interesse sei, mit Preußen zu gehen; Frankreich müsse es, und der König wolle es." Diese Gemeinschaft des Interesses und deren Anerkennung war Alles, was Friedrich II. von Frankreich wollte.

Ohne Weiteres war er bereit gewesen zu jenen Declarationen in London und Wien, wie Schweden sie gewünscht hatte, „ganz in dem Sinne, wie Frankreich sie geben werde". Seinen Vorschlag, den russischen Gesandten an beiden Höfen, da Frankreich in Petersburg keinen Vertreter habe, eine entsprechende Declaration, wie sie Preußen

---

1) Bericht von Warendorff, Petersburg 15. Febr. Der Vorschlag war, die Alliirten Schwedens sollten dessen Loyalität verbürgen, Rußland darüber eine Acceptationsurkunde ausstellen, beide Actenstücke in die Hand einer unbetheiligten Macht, etwa Dänemarks, niederzulegen.

am russischen Hofe geben würde, zuzustellen, hatte Puysieulx abgelehnt.

Gewiß nicht darum, weil er einen solchen Schritt für wirkungslos hätte halten müssen. Also hatte er die Wirkung, die derselbe haben konnte, vermeiden wollen. Er hatte die Sendung des Baron Scheffer veranlaßt, um militärische Verabredungen zwischen Schweden und Preußen zu vermitteln; er könne nicht der Meinung sein, daß es Frankreich zustehe, zuerst seine Absicht für den Fall eines Krieges zu äußern; Frankreich wünsche von den militärischen Plänen seiner beiden Alliirten unterrichtet zu sein, um gegen England, gegen Östreich demgemäß sprechen zu können; es dürfe sich diesen beiden großen Mächten gegenüber nicht leichthin engagiren, um nicht möglicher Weise allein die Schwierigkeiten, die sich ergeben könnten, auf dem Halse zu haben, da es mit Schweden und Preußen nicht solche Verträge habe, die es haben müsse und sich wünsche, um mit Überlegenheit den Krieg zu führen.[1])

Friedrich II. horchte hoch auf. „Ich glaube durchblicken zu sehen, daß Frankreich nicht mehr so viel Abneigung gegen einen neuen Krieg hat, wie es früher geäußert, daß es lieber jetzt als später den Degen ziehen will, da England noch erschöpft ist, das ohnmächtige Holland seinen Verbündeten nichts leisten kann, Sardinien in Bewegung ist und Frankreich ohne Weiteres die Niederlande nehmen kann". Er beauftragte Chambrier, gelegentlich in vorsichtiger und verbindlichster Weise einfließen zu lassen: man werde in Frankreich wohl nicht mehr glauben, daß Preußen das Feuer schüren und die Dinge überstürzen wolle, daß er der Feuerbrand sei, für den ihn seine Gegner, auch in Paris nicht ohne Erfolg, ausgegeben hätten.[2])

Frankreich war mit England in Betreff der Grenzen in Nordamerika noch nicht einen Schritt vorwärts gekommen; in der dazu bestellten Commission wurden englischer Seits Ansprüche unerhörter Art gemacht, auf Tabago, auf St. Jean, auf das ganze Hinterland der 13 Colonien bis zum Ohio und Mississippi, während Madras, die stolze Eroberung Labourdonnais', zurückgegeben war. Aber England

1) Chambrier, 2. März . . . de n'avoir pas de la part de V. M. et de la Suède le concert que la France désire et qui lui convient pour faire une guerre supérieurement et en évitant de tomber dans les fautes de la dernière guerre.

2) Rescr. an Chambrier 14. und 17. März.

war mit Spanien in harter Differenz, mit dem Turiner Hofe gespannt, in Sorge um einen „nahen Krieg im Süden"; wenn jetzt in Anlaß einer russischen Action gegen Schweden, die sofort auch Preußen verwickelte, zum Schutz beider Mächte, dem Vertrage von 1747 gemäß Frankreich die östreichischen Niederlande besetzte, so hatte es ein Pfand für Amerika. Gegen den Wiener Hof war in Italien — schon stand ein Heer in Languedoc bereit — mit leichter Mühe eine Bewegung hervorgerufen, die Allodialansprüche Spaniens auf Toscana gaben Vorwand vollauf dazu.[1]) Holland konnte Gott danken, wenn es mit der Neutralität davon kam, vielleicht obenein als Prämie die Erneuerung des Handelsvertrages erhielt, die es dringend wünschte. Das französische System im Norden, Preußen, Schweden, Dänemark, die Pforte sicherte vor der Gefahr, die man 1734 und 1748 so schwer empfunden hatte, der eines Russenzuges durch Deutschland und über den Rhein.

In diesem Sinn war die Andeutung gegeben, die Chambrier am 2. März gemeldet hatte, daß Frankreich an Preußen das Geld, 20000 Mann deutsche Truppen zu miethen, zahlen wolle, in diesem Sinn die Sendung Scheffers nach Schweden erfolgt. Und Tyrconnell — noch war Valory in Berlin und in amtlicher Thätigkeit — hatte hier geäußert: „Wir sehen, daß diese Leute nur den Krieg machen wollen; weil sie es wollen, wird es besser sein, daß wir ihn jetzt machen, wo sie noch nicht vorbereitet sind, als später, wenn sie fertig sind, ihn zu machen.[2])

Mochte das in Frankreichs Interesse sein, Friedrichs II. Gedanken gingen nicht auf den Krieg, am wenigsten auf den, mit welchem Frankreich billig genug seiner Verlegenheit in Amerika los zu werden

1) Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, Wien 28. März 1750: et sous ce prétexte wird man der Kaiserin ganz Italien wegnehmen.

2) Deutlicher erhellt dieß aus der Instruction für Tyrconnell, 1. März (aus dem Pariser Archiv): que le Roi de Prusse est obligé de secourir la Suède si elle est attaquée, que le moment de remplir ses engagements est arrivé, et que si ce Prince ne vouloit pas donner les secours stipulés à la Suède, S. M. seroit disposée de lui en donner aucun dans le cas où il seroit attaqué par la Russie . . . Wenn Preußen diese Hilfe leiste, so werde Frankreich das Gleiche an Preußen thun: qu'à la verité ce ne sera point par une diversion contre la Russie, parcequ'elle n'est pas praticable, que par la même raison le Roi ne lui enverra pas de troupes, mais qu'il lui donnera de l'argent soit pour augmenter son armée, soit pour prendre à sa solde des troupes des Princes d'Allemagne.

gedachte. Und mehr noch: so wichtig ihm seine Verbindung mit Frankreich war, am wenigsten von dem Belieben Frankreichs war er gemeint seine Wege sich vorzeichnen zu lassen.

Schon in seinen Beziehungen zur Pforte, die durch den französischen Ambassadeur dort vermittelt, von Puysieulx dirigirt wurden, hatte sich ihr Spiel verrathen. Da die Pforte Schwierigkeiten machte, wurde französischer Seits vorgeschlagen: die preußisch-türkische Allianz gegen Rußland zu richten in der Form des Beitritts zu der schwedisch-türkischen Allianz. Friedrich II. dankte (29. Januar) auf das Verbindlichste für so gütige Fürsorge: aber ihm sei die Allianz mit der Pforte nur zur Ostentation, und wenn sie ihm nicht diene das Wiener Cabinet in Zügel zu halten, sei sie ihm unnütz. Das sei sein wahrer Feind; die Allianz mit der Pforte gegen Rußland, die für Schweden ersprießlich sei, habe für Preußen keinen Werth u. s. w.[1])

Wie drohend sich die Dinge im Norden anließen, er war und blieb der Ansicht, daß weder England noch Östreich, denen jetzt die Römische Königswahl in erster Reihe stehe, zum Kriege bereit, mit einzutreten geneigt seien, daß ohne sie auch Bestushew nicht zum Ernst schreiten werde, ja nicht könne, da er weder von England Geld genug zum wirklichen Kriege erhalten werde, noch von Östreich das Cavalleriecorps, ohne das er über die preußische Grenze zu gehen nicht wagen könne.

Er wiederholte dem schwedischen Hofe die Versicherung, daß er gegebenen Falles die vertragsmäßige Hülfe senden werde. Er beauftragte seine Minister (31. März), da er 6000 Mann zu miethen wünsche, unter der Hand sich in Kassel und an anderen Höfen umzuthun, ob und wie viel Truppen er von ihnen erhalten könne. Er beauftragte Chambrier (7. April) dem Marquis Puysieulx zu sagen, daß er, wenn der Fall eintrete, die Verpflichtungen erfüllen werde, die er übernommen habe, aber daß er „in keine offensive Verbindungen" eintreten werde.

Dann kam Obrist Scheffer mit dem, was in Stockholm wegen des Krieges verabredet war, nach Berlin; er brachte nicht einen bestimmten Plan mit sich: Schweden rüste sich so stark es irgend könne zur Vertheidigung, und wünsche, daß die Alliirten bis zu der Zeit,

---

1) Réponse au mémoire du Marquis de Valory, an den Minister Podewils gesandt 29. Jan. 1750, von des Königs eigner Hand.

wo das Wetter die Eröffnung der Feindseligkeiten möglich mache, über die Art und die Mittel sich gegenseitig zu unterstützen übereinkämen.

Friedrichs II. Erwiederung an Scheffer, 12. April, und mehr noch die gleichzeitige an Valory [1]) gaben endlich der Sachlage ihren Ausdruck und den verschwommenen Anschauungen ein sicheres Gepräge.

Voran steht, daß eine Offensive in Finnland, so lange man nicht Wiborg hat, unmöglich, daß an die Einnahme von Wiborg ohne überlegene Flotte nicht zu denken ist, daß ein preußischer Angriff auf Liefland durch die Natur des Landes und die Schwierigkeit aller Transporte, wenn man nicht der See Herr ist, Thorheit sein würde. Hier wie dort bleibt nur die Defensive. Der 24000 Russen in Finnland wird sich Schweden, das ungefähr eben so stark gegenübersteht, erwehren, mit seinen Schiffen und Galeeren russische Landungen hindern können. Preußens Lage ist verlegener: es hat 40000 Russen gegen sich, die, sobald es an Schweden vertragsmäßig Hülfe sendet, den Angriff beginnen werden. Östreich wird zugleich eine Armee von 60000 Mann zusammenziehen, zu der noch 20000 Ungarn stoßen werden, um auf Schlesien vorzugehen; die Sachsen „die Alliirten oder vielmehr die Sclaven Rußlands" werden sofort mit eintreten. Von so mächtigen Angriffen bedroht, kann Preußen sich nicht in weitere weitaussehende Projecte einlassen. „Wenn ich einen Entwurf für die Verbündeten zu machen hätte", schreibt Friedrich an Valory, „so wäre der erste Punkt, daß man sich der Absichten der Pforte, ihrer Diversion gegen Rußland versicherte, sodann daß Frankreich sich Flanderns bemächtigte; das würde die Seemächte nöthigen, in Wien schleunigst Truppensendungen dorthin zu fordern und so die östreichische Macht von Schlesien abziehen; in Flandern hätte Frankreich ein Mittel in der Hand, die Dinge in Schweden sicher zu stellen, oder wenn der Krieg glücklichen Fortgang nehme, Flandern zu behalten und damit das Band, das die Seemächte an Östreich knüpft, zu zerreißen."

Freilich Valory versuchte noch geltend zu machen, daß Preußen von seinen eigenen Truppen, nicht gemiethete, nach Schweden senden müsse. Nicht bloß der Einwand lag nahe, daß das in dem Vertrage keineswegs gesagt sei; noch schlagender war die Gegenfrage, wie

---

1) Réponse du Roi au mém. que le Sieur de Wulfwenstjerna, ministre de la Suède, et le Colonel Baron de Scheffer lui ont présenté de la part de la Suède, Potsdam 12. April 1750 eigenhändig; des Königs Schreiben an Valory 13. April.

Schweden, wenn Preußen angegriffen werde, seine vertragsmäßige Hülfe leisten werde. Und Schweden war gern bereit, statt der bedungenen 9000 Mann die 6000, die Preußen senden und auch, wenn es selbst angegriffen werde, nicht zurückberufen wolle, anzunehmen, es ließ sich später eben so gern den Vorschlag gefallen, statt der 6000 Mann das Geld, das sie kosten würden, anzunehmen. Und demnächst, als Tyrconnell nach Valorys Abreise die Geschäfte übernahm und das Erbieten Frankreichs, für die Miethung von 20000 Mann deutscher Truppen das Geld an Preußen zu zahlen, vorbrachte, ließ er sich überzeugen, daß Frankreich nicht wohl daran thun würde, jetzt, ehe der Fall eingetreten, große Summen für deutsche Miethstruppen zu verwenden, es werde deren, wenn es nöthig, immer finden können.[1])

Ob man in Versailles übel nahm, daß Preußen den schönen Plan oder Calcul Frankreichs scheitern machte? Wenigstens die nicht, welche die Finanzen Frankreichs nicht in so rosigem Lichte sahen, wie die beiden Päris, noch die, welche zu der stolzen Zuversicht: England wisse, daß, wenn Frankreich zum Kriege gezwungen werde, dieser nicht wie der letzte geführt werden werde,[2]) die Achsel zuckten; der Marschall von Sachsen krankte seinem Ende zu.

Und den maaßgebenden Kreisen dort war es doch wohlthuend, daß der Souverän, dessen geistige Überlegenheit man nicht umhin konnte, anzuerkennen, wiederholt der „Festigkeit", der „klugen Führung" Frankreichs das Verdienst zusprach, die Ruhe im Norden erhalten, Schwedens Unabhängigkeit gesichert zu haben.[3]) Wenn Mirepoix dann auf eigene Hand dem Herzoge von Newcastle zur Beruhigung der nordischen Wirren vorschlug, daß Rußland und Schweden sich unter der Garantie ihrer Verbündeten Declarationen ausstellen sollten, so wollte man das in Versailles zwar „so wenig billigen wie misbilligen", aber wenn England darin einen Ausweg zu sehen glaube, so werde Frankreich gern diesen Plan an Schweden und seine anderen Verbündeten mittheilen.[4])

1) So Friedrich II. an Chambrier, 15. Juni, nachträglich zu dessen Orientirung.

2) Chambrier 10. und 17. April.

3) So Rescr. an Chambrier, 5. Mai. Auf Chambriers Bericht vom 8. Mai, daß des Königs Compliment auf Puysieulx den gewünschten Eindruck gemacht habe, sagt das Rescr. vom 30. Mai: outre qu'il faut amadouer un peu ces ministres, il faut bien leur donner les louanges qu'ils méritent, puisqu'ils se sont comportés si bien dans cette occasion-ci.

4) Chambrier, 4. Mai . . . que la cour d'ici ne pouvoit approuver ni désapprouver son idée, mais u. s. w.

Mitte Mai sah Friedrich II. die Dinge im Norden als im Wesentlichen abgethan an: „Rußland wird noch fortfahren Ostentationen zu machen, aber sich wohl hüten es zum Äußersten zu treiben, vielmehr eine schickliche Thür und einen anständigen Vorwand suchen, sich ganz aus der Sache zu ziehen.“ [1])

Er mochte hoffen, daß seine Reise nach Königsberg zur Heeresschau das Übrige thun werde. [2])

Hatte er Recht, wenn er die russische Politik so und nicht höher taxirte?

Niedriger würde er sie, nach den unvergessenen Erfahrungen, die Mardefelds Schärfe und Finckensteins Behutsamkeit in Petersburg gemacht hatten, vielleicht selbst dann nicht taxirt haben, wenn er mehr, als es der Fall war, den Dingen daselbst, wie sie jetzt waren, auf den Grund zu sehen vermocht hätte. Daß dort zumal seit dem September 1749 endlose Cabalen spielten, daß zwischen dem Großcanzler und dem Vicecanzler, dem alten und neuen Favoriten, der großen altrussischen und der kleinen holsteinischen Partei auf das Härteste gekämpft wurde, und die östreichische, englische, sächsische Diplomatie jede nach ihren Zwecken und Mitteln mit hinein quirlten, daß Bestushew, immer von Neuem in Gefahr abgethan zu werden, alles Mögliche und Unmögliche im Innern und nach Außen wagte und wagen durfte, um sich über Wasser zu halten, — eben das war die russische Politik, mit der Friedrich II. rechnen mußte.

Wenigstens einen Theil der Heimlichkeiten des Großcanzlers kannte er aus den östreichischen Correspondenzen, die in seine Hand gelangten, während ihm v. d. Goltz nur berichten konnte, was Woronzow ihm zukommen ließ, dem wohl daran gelegen sein konnte, gegen die diplomatischen Figuren in Bestushews Spiel doch auch einen Trumpf in der Hand zu haben. Wiederholt warnte Friedrich II. seinen Gesandten, sich nicht zu tief mit dem wenig energischen, wenig zuverlässigen Vicecanzler einzulassen, und als Goltz, brustkrank wie er war, die Erlaubniß heimzukehren erbat und erhielt, ergab sich aus dessen münd-

1) Rescr. an O. Podewils in Wien, Potsdam 12. Mai.

2) Rescr. an Warendorf, 5. Mai: si, au reste, on étoit en quelque façon en peine, là où vous êtes, relativement à mon prochain voyage en Prusse, je n'en serois point fâché, mais je souhaiterois plutôt tout au contraire que ce voyage fît effectivement naître de l'appréhension en Russie.

lichen Berichten,[1]) wie wenig tief ihn der „würdige Freund" eingeweiht hatte und vielleicht selbst eingeweiht war. Der des russischen Hofes seit Mardefelds Zeit kundige Legationssecretär Warendorff, der an Goltz' Stelle trat, hatte demnächst zu berichten, in welchen Ängsten Woronzow sei, auch in der, daß das preußische Gesandtschaftsarchiv Dinge enthalten könne, die ihn bloßstellten[2]) — ihn zu beruhigen befahl der König es zu verbrennen; — wie der Großcanzler gegen den schwedischen Gesandten Greiffenheim äußerst liebenswürdig werde, der Pole Gurowski, den, um die Aufträge des Marschalls von Sachsen wegen Curland zu überbringen, Graf Brühl gesandt habe, ein notorischer Spion Bestushews, auf das Intimste mit Greiffenheim verkehre, — dann wieder, daß Woronzow glaube, Bestushew werde gegen Schweden nicht weiter zu gehen wagen, — dann wieder, daß er auf Woronzows Wunsch die Declaration noch nicht übergeben habe; Woronzow hatte die Hoffnung ausgesprochen, seinen großen Gegner demnächst zu stürzen.

Dinge, die am wenigsten den Zusammenhang und die Motive dessen, was nach den östreichischen Depeschen in Petersburg geschah, erkennen ließen. Nur war es bedeutsam, daß der Großcanzler über die dänische Declaration, die Graf Lynar in der ersten Aprilwoche überreicht hatte, äußerst betreten gewesen war, daß er die Audienz, um die Warendorff gebeten hatte, um sein Creditif zu überreichen, fort und fort verzögerte,[3]) ihm endlich erklärte, daß die Kaiserin fortan nach der Etikette anderer Höfe nur Ambassadeurs, Envoyés und bevollmächtigte Minister empfangen werde, daß diplomatische Personen niederen Grades ihre Schriftstücke dem Canzler übergeben müßten,[4]) — „aus reiner Malice", sagt des Königs Rescript darauf, „da er weiß, daß Ihr ihm die Declaration überreichen sollt, und um so die Ausführung dieses Auftrages zu hindern, bevor die Dinge im Norden beruhigt sind, damit er dem Publicum dann weiß machen kann, daß die preußische Declaration nichts dazu gethan". Man half sich damit,

---

1) H. v. Podewils an den König, 9. Mai, berichtet, was ihm der schwer leidende Goltz, der am Tage vorher angekommen sei, erzählt habe.

2) Bericht vom 14. März (noch von Goltz signirt); darauf Rescr. vom 31. März afin de tranquilliser notre dit ami . . . de brûler sans exception tous ces dits papiers. Das Weitere aus Warendorffs Berichten vom 21. März, 7. April, 5. Mai.

3) Warendorffs Berichte vom 11. und 28. April.

4) Warendorff, 5. Mai 1750. Er wurde auf Rescr. an die Minister 17. Mai als bevollmächtigter Minister beglaubigt, zugleich mit der Anzeige, daß man künftig dieselbe Etikette gegen die russischen Diplomaten befolgen werde.

daß in Berlin in einer Ministerialsitzung die Declaration an Groß insinuirt werde.[1])

Es mag gestattet sein aus anderweitigen Nachrichten, so weit es möglich, die Vorgänge in Petersburg, die „Intrigue" Bestuschews zu erläutern, um so mehr, da das Verhalten Englands und Östreichs dadurch verständlicher wird.

Aus Maria Theresias Munde erfuhr Prinz Louis von Braunschweig eine Thatsache, die sie und ihn sehr nahe anging.[2]) Bestuschews Project habe einen ganz widrigen Ausgang genommen, und statt durch diese Intrigue den armen gefangenen Iwan näher an den Hof zu ziehen, habe sie nur bewirkt, daß der unglückliche Knabe enger eingesperrt und nach Sibirien geschickt worden sei; Herzog Anton Ulrich und dessen übrige Familie haben das gleiche Schicksal gehabt; der Großcanzler habe es gut und zu des kleinen Zaren Bestem gemeint, „aber er habe es dumm angefangen".

Prinz Louis hatte schon vor Monaten von General Pretlack, der nur zu tief auch in diese Verhältnisse des russischen Hofes eingeweiht war, erfahren, daß die unglückliche Großfürstin Anna seit 1746 todt sei, daß sie drei Söhne und zwei Töchter hinterlassen habe, die, von dem Vater getrennt, an drei verschiedenen Orten aufwüchsen. Jetzt ergaben ihm die weiteren Mittheilungen des Kaisers und der Kaiserin (30. März), daß Graf Soltykow mit der Aufsicht über Iwan und die ganze Familie beauftragt sei, daß Bestuschews Einfluß sich sehr gemindert habe, daß seine Stellung wanke. „Denn die nordischen Händel hat er ganz allein angefangen und hat daher durch lauter falsche Briefe der Zarin und dem Senat Wind vorgemacht, allein in der Absicht, Alles zu brouilliren und sich unentbehrlich zu machen; es scheint, als werde Woronzow davon profitiren und den Großcanzler stürzen".[3])

Noch einen weiteren Einblick gewährt ein Bericht des holländischen Gesandten Swart vom 5. Februar, der im Wesentlichen besagt: im November des vorigen Jahres habe nicht bloß Bestuschew, sondern auch die Zarin von einer geheimen Nachricht gesprochen, die Panin eingesandt

---

1) Dieß muß noch Mitte Mai geschehen sein, da Warendorff am 9. Juni meldet, daß Bestuschew s'est extrêmement gensdarmé des insinuations que V. M. a fait faire sur ce sujet au Sr. Gross.

2) Prinz Louis an Herzog Karl, 28. März. Also im Anfang März bereits muß die Intrigue gescheitert sein.

3) Prinz Louis an Herzog Karl, 30. März 1750.

habe; die Frau eines schwedischen Senators habe ihrem Liebhaber vertraut, daß ihr Mann mit Graf Tessin und einem Major, der lange in Rußland gelebt, des Letzteren Plan berathen habe den jungen Zaren Iwan zu entführen und nach Schweden zu bringen, die Zarin zu ermorden; der Major habe sich für 10 000 Ducaten und 100 000 Thaler erboten den Plan auszuführen. Der Großcanzler habe, da er gesehen, daß bei der Zarin diese Nachricht und seine dringende Bitte um größere Vorsicht für ihre eigene Person und die des kleinen Iwan nicht Eindruck genug gemacht habe, den Grafen Bernes, den sächsischen Residenten und ihn ersucht, zu veranlassen, daß den russischen Gesandten an den Höfen ihrer Principale und sonst dieselbe Nachricht so zukomme, daß sie sie als von sich aus an die Zarin berichteten. Er, Swart, habe diese Commission höflich abgelehnt, der sächsische Resident in Dresden angefragt und die gleiche Weisung erhalten. „Es kann sein", fügt Swart hinzu, „daß vorgemeldete Nachricht wahr ist; ich weiß aber gar zu wohl, daß hier manche Briefe fabricirt werden, welche durch die hiesigen Gesandten anderer Höfe dorthin gesandt werden, worauf dann von dort dasselbe hierher geschrieben wird; ich vermuthe, daß diese Nachricht derselben Art und der Zweck dabei ist, den Zaren Iwan unter dem Vorwand größerer Sicherheit in die Nähe des Hofes zu bringen, um sich seiner bei guter Gelegenheit bedienen zu können. Ich vermuthe dieß um so mehr, da man den schwedischen Legationssecretär Zegebart — der nach dem Tode des Gesandten v. Höpken, August 1749, und bis zur Ankunft seines Nachfolgers Greiffenheim im Januar 1750 die Geschäfte versah — durch unverdächtige dritte Personen zu bestimmen versucht hat, einen hübschen jungen Buben von den Jahren des Zaren Iwan heimlich aus dem Lande und nach Stockholm zu schaffen, um ihn dort als den Zaren Iwan an den Hof zu bringen, damit dann die Kaiserin Elisabeth gezwungen sei den ächten Iwan hier an den Hof oder doch in dessen Nähe zu ziehen, um der Welt zu zeigen, daß das schwedische Vorgeben falsch sei". [1])

Die Intrigue des Großcanzlers ist damit in ihren wesentlichen

---

1) Dieß Schreiben von Swart, 5. Febr., ist in Copie von des Prinzen Ludwig Hand dessen Briefe an Herzog Karl, 26. März, beigelegt. Am Schluß steht auf dem Rande die Nachschrift: „selon un avis de plus fraiche date hat der Wienerische Minister einen Verweis bekommen, daß er eine solche Commission angenommen". Prinz Louis hat die Gewohnheit, en clair französisch und die Chiffre in Deutsch zu schreiben, und in dieser ganz chiffrirten Copie sind nur diese wenigen Worte en clair.

Zügen klar. Sie knüpft sich unmittelbar an die Krisis im vorigen Herbst. In jenem großen Conseil am 5. September hatte er erkennen müssen, daß der Boden unter seinen Füßen wanke, daß er des Londoner, des Wiener Hofes, selbst Dänemarks nicht mehr sicher sei. Wenn der Ruhestand eintrat, für den sich das Conseil entschieden hatte, wenn er mit demselben der Zarin, die sich am liebsten aller Geschäfte und aller politischen Sorgen entschlagen hätte, entbehrlich wurde, so kamen Woronzow, den er verachtete, die Schuwalows, die er verabscheute, die holsteinische Clique, der Großfürst, der in das preußische Militärwesen vernarrt war, und dessen kluge und herzgewinnende Gemahlin an deren Spitze, obenauf, und er selbst hatte besten Falles dasselbe Schicksal zu erwarten, mit dem er sich vor einem Jahre Lestocq vom Halse geschafft hatte.

Er wußte sehr wohl, daß die Zarin ihm nicht zugethan sei, daß sie ihn fürchte, aber ihn noch für unentbehrlich halte; er mußte, um es zu bleiben, sie in neue Abenteuer zu verwickeln wissen; durch ihre Unkunde und Lässigkeit in den Geschäften, ihre Eitelkeit, in der europäischen Politik die Rolle ihres Vaters fortzusetzen, ihren schon völlig blinden Haß gegen den König von Preußen ihrer sicher, durfte er Alles wagen.

Als im Frühjahr 1749 Frankreich, sichtlich durch die Mahnungen und den Vorgang Preußens wach geworden, für Schweden eintrat, hatte die Zarin gesagt: „Es wird doch auch einmal die Zeit geben, daß der König auf nichts mehr sich wird zu verlassen haben“.[1]) Daß das englische, das östreichische Ministerium zurückwich, um einem Conflict mit Frankreich zu entgehen, hatte über Bestuschew jenen Mißerfolg im September gebracht, den er zu überbieten eilen mußte.

Er konnte es, wenn er eine Wendung fand, die, trotz der Staatsweisen in Wien und London, Lockungen für Georg II. und Hannover bot und den Herzenswunsch Maria Theresias traf; glückte das Spiel, das das Haus Holstein zu Boden werfen mußte, so kam auch Dänemark schnell auf den Weg der Tugend und der guten Sache zurück.

Daß sich die Zarin Guy Dickens an Lord Hyndfords Stelle erbat, zeigte, wohin man steuerte. Nur mit dem vollen Verzicht der gottorpischen Rechte auf Schleswig konnte man Dänemark gewinnen;

1) Bernes an Ulfeld, 28. April 1749.

und auf das Hartnäckigste wies der Großfürst jede Zumuthung der Art zurück; nun wohl — es wurde ein Offizier vom Regiment Butirsky verhaftet, der in seinem und seines Regiments Namen dem Großfürsten Anträge gemacht, Umsturzpläne enthüllt hatte, mit denen der Canzler das Schicksal des Thronfolgers in seiner Hand hatte.[1]) Als Ersatz für ihn war der nun zehnjährige Zar Iwan da, „der ganz gut wird", wie General Pretlack bezeugte.

Mochte Maria Theresia vor Jahren den Marchese Botta wegen angeblicher Mitschuld an der Verschwörung zu Gunsten des Zaren gestraft haben, die Lage der Dinge war längst eine andere geworden, General Pretlack hatte die herzinnige Freundschaft beider Kaiserinnen begründet; und er hatte, so lange er am russischen Hofe war, die jede Woche einlaufenden Berichte über Iwan gelesen[2]): Graf Bernes handelte gewiß nicht gegen den Willen oder den Wunsch seiner Herrin, wenn er dem Canzler in seiner Intrigue zu Gunsten Iwans unter der Hand behülflich war; die eingeleitete Entführung eines angeblichen Zaren Iwan an den Stockholmer Hof warf, auch wenn man da nicht in die Falle ging, mit dem Actenstück, das der schwedische Gesandte aus der Tasche verloren haben sollte, auf den Prinzen-Thronfolger und seine Gemahlin einen Makel, der sie für den schwedischen Thron unmöglich machte und dem König Georg II. für seinen Lieblingsohn von Neuem Hoffnung gab.

Natürlich um so sanfter und versöhnlicher zeigte sich Rußland in Stockholm; dort kündigte Nikita Panin die neuen höchst gütigen Erbietungen der Zarin an: Garantie für des Prinz-Thronfolgers Succession gegen die Verpflichtung, die schwedische Regierungsform nie zu ändern. Wurden diese im Januar überreicht, so waren schon vorher Verständnisse in Schweden eingeleitet, die zeigten, wie diese Garantie gemeint war. Es hat sich ein Schreiben vom 22. November 1749 erhalten, das der Zarin Unterschrift trägt; es antwortet auf eine Denkschrift des schwedischen „Raths Fridenstiern", „daß das Fürstenthum Finnland das Recht habe einen eigenen Reichstag zusammenzu-

---

1) Mém. de l'Imp. Cathérine II. p. 123: je n'ai vu ni lui, ni vu depuis son affaire, mais j'ai su qu'il ne méditoit pas moins que de tuer l'Impératrice, de mettre le feu au palais et de porter par cette horreur et dans cette bagarre le Grand-duc au trône.

2) Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, 10. Dec. 1749, nach Pretlacks eigenen Mittheilungen.

berufen", und Panins Bemerkung dazu: „ob es nicht möglich sei, die Nation von Finnland ganz von der Herrschaft Schwedens zu trennen, oder besser noch sie dem russischen Reich einzuverleiben". Das Rescript darauf antwortet: „Diese Bemerkungen stimmen so mit unseren Absichten überein, daß die während des letzten Krieges von unserer Seite dort veröffentlichten Manifeste in demselben Sinn verfaßt waren".

Von dem weiteren heftigen Ringen der Parteien am russischen Hofe liegen sichere Nachrichten nicht vor; es sagt genug, wenn im Lauf des März an Soltykow, den alten Gegner „der unglücklichen Familie" die Obhut über dieselbe überwiesen, daß er für Iwan verantwortlich gemacht wurde. Man sieht, wie Bestushew, um sich über Wasser zu halten, jemals gewaltsame Absicht gegen Schweden gehabt zu haben in Abrede stellen muß, nur die Erhaltung der vertragsmäßigen Regierungsform in Schweden nach wie vor zu wollen erklärt und weitere Kriegsvorbereitungen anordnet, wenigstens die Welt mit den Gerüchten davon erfüllt.

Mag die dänische Declaration ihn dazu bestimmt oder ihm nur den Vorwand dazu gegeben haben, er erklärte dem Grafen Lynar trocken: die guten Dienste zum Ausgleich mit Schweden seien überflüssig, da der Zarin öffentlich ausgesprochener Wille sei, mit Schweden in Frieden zu leben, so lange Schweden sie nicht „zu Extremitäten zwinge".[1]) Und wenn von London und Wien auf die preußische Declaration ungefähr mit den gleichen Worten geantwortet war: „daß, wie sehr man sich auch bemühe, den russischen Hof zu beruhigen, man doch nicht für den Erfolg stehen könne, da man nicht in der Lage sei, denselben nach Belieben zu lenken",[2]) so zeigte das Verhalten beider Höfe in Petersburg dieselbe Zweideutigkeit wie bisher. Denn allerdings erhielt Guy Dickens, und nicht minder der holländische Gesandte Swart, den ausdrücklichen Befehl, dem Großcanzler schriftlich ihren Protest gegen einen Angriff auf Schweden zu überreichen, denselben auch den

---

1) Minist.-Rescr. an Chambrier, 26. Mai, nach Lynars Mittheilungen an Warendorff.

2) Minist.-Rescr. an Klinggräffen, 5. April, er solle gegen Mirepoix äußern qu'il paroissoit presque comme un concert arrêté entre les cours de Vienne et de Londres de se tenir derrière les rideaux et de recourir toujours aux excuses . . . pour laisser en attendant à la cour de Russie la liberté secrète d'entamer le branle quand elle le jugeroit à propos, sans que ses alliés y paroissent prendre part.

übrigen Gesandtschaften im Auszug mitzutheilen; aber Graf Bernes verstand Guy Dickens zu bestimmen,[1]) daß er von einer schriftlichen Erklärung der Art absah und sich begnügte, dem Canzler gesprächsweise in möglichst schonenden Worten von den Wünschen seines Hofes Kenntniß zu geben; Swart folgte dem Beispiel des Engländers. Und wenn Graf Lynar die Herren aufforderte, die von ihm eingereichte Declaration zu unterstützen, und sich gegen Bernes namentlich darauf berief, daß der Hofcanzler Graf Ulfeld dem dänischen Gesandten in Wien mitgetheilt habe, es sei ein ausdrücklicher Befehl dazu an Graf Bernes geschickt worden, so antwortete dieser: es sei allerdings ein Courier eingetroffen, aber er könne nicht sagen, ob derselbe einen Befehl der Art überbracht habe, da er während der Charwoche, die dem Gottesdienst gewidmet sei, die Depeschen nicht habe öffnen können und auch jetzt noch nicht mit dem Dechiffriren fertig sei.[2])

Ja endlich: so harten Stand der Großcanzler von Neuem gegen Schuwalow und Trubetzkoi hatte,[3]) die Herren Bernes und Guy Dickens mußten sich starke Dinge von ihm darüber sagen lassen, daß im vorigen Herbst ihre Höfe dem französischen gegenüber positive Zusagen über die friedlichen Absichten Rußlands gemacht hätten, während er doch nur gesagt habe, Rußland werde Schweden nicht angreifen, so lange dort nicht die Verfassung geändert werde, und auch das nur gesprächsweise, ohne irgend einen Auftrag, Frankreich darüber zu beruhigen. Und Bernes hatte zugestehen müssen, daß dem wirklich so sei, aber sein Hof habe es für angemessen gehalten, den Worten des Canzlers „etwas größere Ausdehnung" zu geben, und er gebe zu, daß das ein Misgriff (une fausse démarche) gewesen sei.

---

1) Rescr. an Chambrier, 19. Mai, nach Warendorffs Bericht vom 2. Mai, que le Cte. Bernes avoit malgré cela obtenu d'eux à force de persuasion, qu'ils ne s'en étoient acquitté que fort légèrement auprès du chancelier u. s. w.

2) Minist.-Rescr. an Chambrier, 23. Mai, si le calme se soutient et s'affermit, ce n'est certainement pas aux soins de la cour de Vienne qu'on en est redevable. Bien loin de s'empresser à inspirer des dispositions pacifiques à celle de Russie, ainsi que l'ont fait les ministres d'Angleterre et de Danemark, le Cte. de Bernes s'est tenu dans une inaction qui a surpris tout le monde à Pétersbourg et s'est constamment excusé de faire cause commune avec les autres sur ce qu'il attendoit des instructions plus précises de sa coûr u. s. w.

3) Minist.-Rescr. an Chambrier, 16. Juni, nach Warendorffs Bericht 6. Juni: que le Chancelier étoit à l'heure qu'il est assez mal dans l'esprit de l'Impératrice, que le Sénateur Schuwalow travailloit plus que jamais à sa perte et que le procureur-général knès Trubetzkoi en faisoit de même.

Noch einmal, Anfang Juni, wurde dem Großcanzler ein Vermittelungsvorschlag, den Newcastle und Puysieulx formulirt hatten, durch Graf Lynar in nicht amtlicher Form mitgetheilt und auf das Eindringlichste empfohlen. Der Canzler antwortete ihm, die Truppenmacht in Finnland werde auf 60 000 Mann verstärkt, er legte ihm die Liste der dazu bestimmten Regimenter vor; er habe, fügte er hinzu, einen von der Kaiserin unterzeichneten Befehl, der ihn autorisire, so zu verfahren wie er verfahre; wenn er seinen Antrag in amtlicher Form anbringen wolle, so könne er ihm eine Conferenz nicht verweigern, aber er werde ohne Zweifel eine Antwort erhalten, die ihm sehr unangenehm sein würde; es sei gegen die Ehre und den Ruhm der Kaiserin, die Vermittelung irgend eines Hofes anzunehmen, die von Wien und London nicht ausgenommen; Rußland wolle mit Schweden direct verhandeln, und Schweden müsse den ersten Schritt thun. Er schloß damit, die stärksten und feierlichsten Versicherungen zu wiederholen, und, dem Grafen Lynar die Hand reichend, „als ehrlicher Mann" zu erklären, daß wenn man auch die Truppen gegen Finnland vermehre, sie weder jetzt noch selbst beim Tode des Königs die Grenzen überschreiten würden. [1])

Als er sich endlich herbeiließ, aus Warendorffs Hand die preußische Declaration anzunehmen, sagte er: er kenne sie längst, da sie dem Groß in Berlin zugestellt worden sei; die Kaiserin habe sich noch nicht darüber geäußert, einstweilen könne er ihm als seine Privatmeinung sagen, daß die Erklärung des Königs von Preußen eben so wenig Eindruck auf die Kaiserin machen werde, wie die anderer Mächte; die Schweden könnten leben und sterben wie sie wollten, — leben wenn sie nicht die Form ihrer Regierung änderten, sterben wenn sie es thäten. Er sandte an Groß die Nachricht, daß die Truppen in Finnland um 24 000 Mann, die in Liefland um noch 4 Regimenter aus Esthland verstärkt würden; er ließ nach Warschau, wo eben der Reichstag zusammentrat, dieselbe Nachricht gelangen; alle Welt war dort der Meinung, daß in kürzester Frist der Krieg beginnen, daß Rußland Schweden angreifen werde. [2])

---

1) Warendorff, 13. Juni. Rescr. an Warendorff, 30. Juni, an Chambrier, 30. Juni.

2) Rescript an Chambrier, 19. Juli, auf Grund eines intercipirten Schreibens von Puebla an M. Theresia, 11. Juli. Bericht von Voß in Warschau, 4. Juli (wo von 40 000 Mann Nachschub nach Finnland die Rede ist) und Rescript darauf, Potsdam 18. Juli.

„Mag er seine Demonstrationen, wie er droht, noch weiter treiben", schreibt Friedrich darauf am 19. Juli, „das ist seine Sache, ich laß' es mich nicht kümmern". Aus jenen eifrigen Versicherungen Bestushews schloß er, daß England und Östreich jetzt keinen Conflict im Norden wünschten, daß sie die Differenzen zwischen Schweden und Rußland schlafen lassen wollten, „daß", so ist sein Ausdruck, „eine Art Waffenstillstand eintreten solle, bis sie ihre Geschäfte geordnet haben und den Augenblick gekommen sehen, die Pläne, die sie verabredet haben, ins Werk zu setzen, falls nicht irgend ein Zwischenfall eintritt, an den sie nicht gedacht haben".[1])

Ein Zwischenfall trat allerdings ein, der, an sich nicht von großer Bedeutung, doch in Wien, Petersburg, London zu denken gab.

Eine Erklärung zu Gunsten Schwedens, allerdings in vorsichtigen und milden Formen,[2]) die der Großvezier am 25. Mai dem russischen Residenten Neplujew für seinen Hof übergeben hatte, war von Bestushew, so ungelegen sie ihm kam, mit möglichst guter Miene hingenommen. Peinlicher wurde an den beiden Kaiserhöfen empfunden, daß der Mufti Muhamed Said, der ihnen besonders wohlgesinnt war, Anfangs Juni entsetzt und ins Exil gesandt, daß der im April verbannte Said Effendi, der Freund Frankreichs, zurückberufen wurde.

In denselben Tagen, da die Nachricht davon nach Berlin kam, erschien dort ein tartarischer „Obrist" Mustapha Aga in officieller Sendung.

Daß er kommen werde, wußte Puebla aus Warschauer Briefen schon am 4. Juli: man sage, um einen Tscherkessen zu reclamiren, der 1737 in russische Gefangenschaft gerathen und an den König von

---

1) Rescript an Podewils in Wien, 23. Juni . . . à moins qu'il n'arrive quelque accident inopiné. In den Rescripten an Chambrier, an Klinggräffen von demselben Tage wiederholt sich derselbe Gedanke: quelque événement point attendu qui les oblige d'abandonner leurs projets; und in dem anderen quelqu'accident nouvel, auquel ils n'auront point pensé.

2) Rescript an Rohd, 25. Juli: la dernière déclaration ... est assez foible et molle, elle a cependant assez intrigué les deux cours impériales et, à ce que je viens d'apprendre, le chancelier Bestushew en a été furieusement scandalisé lorsqu'il en a eu la première nouvelle. Ähnlich Rescr. an Chambrier, 21. Juli. Tyrconnell bezeichnet die türkische Erklärung nach des Ministers H. v. Podewils Bericht an den König, 3. Juli, als „adoucie et mesurée".

Preußen geschenkt worden sei; darum werde ihm nicht gestattet werden über die Grenze zu kommen. Drei Tage später meldete Keyserlingk aus Warschau an Groß: er kenne diesen Mustapha Aga schon von früheren Sendungen her, die ihn nach Warschau geführt: er scheine sehr andere Aufträge zu haben als jene Reclamation.[1])

Trotz aller Lügen, welche die Gesandtschaften der Coalition in Berlin, mit besonderem Eifer die englische, verbreiteten, als sei der angebliche Envoyé ein bloßer Dragoman, gar kein Tartar, ein Abenteurer auf eigene Hand,[2]) von dem Kronfeldherrn Graf Potocki in aller Form empfangen und dem polnischen König und Senat vorgestellt,[3]) dann, da er ohne sein großes Gefolge desto schneller nach Berlin zu kommen wünschte, mit solennem polnischen Geleit bis an die schlesische Grenze geführt, wo bereits preußische Relais zu seiner Verfügung standen, war dieser tartarische Abgeordnete nun den 20. Juli in Berlin. Als er sich dem Minister von Podewils vorstellte, gab er an, daß er von dem Großkhan der Krim Aslan Gheray und dessen Bruder Krim Gheray Sultan von Budjak (Bessarabien) gesandt komme, daß die Reclamation jenes Tscherkessen nur Vorwand sei, daß sein Herr, der Großkhan, auf dessen Freigebung keinerlei Gewicht lege, daß er gesandt sei, sich zu unterrichten, ob der König von Preußen Krieg gegen Rußland erwarte, daß für diesen Fall der Großkhan und dessen Bruder allen Beistand an Truppen, die der König irgend wünschen könne, mit Freuden leisten würden, daß beide voll Bewunderung für den König und seine großen Thaten seien. Dann, am 27. Juli, wurde Mustapha Aga vom König empfangen, überreichte sein Creditiv als „Envoyé" des Sultans,[4]) in einem Beutel von rothem Atlas, in den Formen

---

1) Puebla an Ulfeld, 4. Juli und 7. Juli. Beide Schreiben hat der König gelesen.

2) Minister v. Podewils an den König, 1. Aug., sagt von diesen Gesandtschaften: dont quelques-uns l'avoient traité d'aventurier et d'imposteur, et d'autres, les Princes Tartares ses maitres de vils esclaves dont les envoyés ne méritoient les distinctions qu'on témoignoit ordinairement aux ministres étrangers.

3) Den Bericht über diese öffentliche Audienz, 27. Juni, giebt das Schreiben aus Warschau vom 29. Juli im Merc. hist. et pol. CXXIX p. 218.

4) Nach dem précis de ce qui s'est passé avec l'envoyé Tartare (von Hertzbergs Hand 1752) giebt Mustapha Aga an, der Großkhan würde ihm ebenfalls ein Beglaubigungsschreiben mitgegeben haben, s'il n'avoit pas appréhendé que les dissensions entre les grandes maisons de Pologne n'eussent interrompu la sûreté des chemins.

denen entsprechend, die der Große Kurfürst mehrfach von tartarischen Fürsten erhalten hatte. Auch von den Königinnen wurde er empfangen, von den Ministern, von dem französischen, dem schwedischen Gesandten zur Tafel geladen, denen von Rußland, Östreich, England hatte er, worüber sie sich lebhaft beschwerten, keinen Besuch gemacht.[1])

Reich beschenkt reiste Mustapha Aga nach Polen zurück, mit Recreditiven vom 4. August an den Großkhan und den Sultan von Budjak, in denen der König ihnen für ihre Aufmerksamkeit und ihre Erbietungen dankte: „Erbietungen, durch die sie ihn sehr verpflichteten und von denen er im gegebenen Fall nicht unterlassen werde Gebrauch zu machen"; auch sein Wunsch nähere Freundschaft mit der Hohen Pforte zu unterhalten war angedeutet.

Daß man in Petersburg mit Wuth, in Wien mit Hohn, in Hannover mit „dépit" von dem „Tartaren in Berlin" sprach, sagte genug; die Thatsache blieb, daß den Obhütern des europäischen Friedens wieder eine glänzende Combination zu Wasser geworden war.[2])

---

1) So nach Hertzbergs précis und nach den Berichtigungen, die Podewils an die Haudesche Zeitung, 30. Juli, unter den Hofnachrichten gegeben hat, wie er 6. Aug. an den König schreibt: „comme V. M. a voulu que cette mission fit d'éclat. Tags vorher hatte der König ihm geschrieben (nach Eichels Concept 5. Aug.), er habe bemerkt, „daß seithero die Verfasser der Berlinschen Zeitungen sich zu emancipiren angefangen, allerhand anstößige und impertinente in politiques affaires einschlagende Sachen mit einlaufen zu lassen, wie solches die Exempel wegen des tartarischen Emissairs und was sonst unvernünftiger Weise wegen der türkischen Nation bei Gelegenheit des Said Effendi eingeflossen ist; da die bisherige Censur nicht die erforderliche Attention giebt, soll Geheimrath Bockerodt sie fortan übernehmen.

2) Bentink, 27. Juli 1750, berichtet von einem Gespräch mit Maria Theresia: elle témoigna être fort inquiète de ce que l'affaire de Russie avoit manqué, et souhaiter qu'elle se pût renouer, ajoutant que quand j'étois venu ici, elle avoit eu meilleure espérance qu'elle n'avoit à présent; Beer p. 80.

Die Frage der römischen Königswahl.

Östreich, Preußen, England und das Reich.

Nicht an dem Zweck wurden die Gegner Preußens irre, zu dem sie sich im Herbst 1748 in Hannover zusammengefunden hatten; auch an der Methode nicht, für die sie sich entschieden hatten; nur die Art ihrer Anwendung, die sie bisher versucht, war noch nicht die rechte gewesen.

Was sie gesponnen, war nicht fein genug gewesen, den achtsamen Gegner zu täuschen. Er hatte sich zu keinerlei Action verlocken lassen; daß sie Schweden bedrohten, hatte ihm Gelegenheit gegeben auch Frankreich wach zu machen.

Frankreich hatte in Schweden den alten Stützpunkt seiner nordischen Politik zu decken; der Coalition gegenüber formte sich das französische System; Dänemark trat von jener zu diesem über; hinter den Kaisermächten wurden die Tartaren, die Hohe Pforte rege. So völlig verlor die Coalition ihren Cours, so völlig kam sie in sich ins Gewirr, daß nun zwei von den Großmächten in ihr vor der Welt die Beschwichtiger der dritten spielten, während die vierte, Holland, sich mit der Rolle des fünften Rades am Wagen begnügte, und der Dresdner Hof, ein Hercules am Scheidewege, zwischen hüben und drüben, so gut es gehen wollte, sich weiter log.

Mochte der englische, der östreichische Gesandte in Petersburg unter der Hand beflissen sein, die schwedische Controverse nicht zuheilen zu lassen, mochte Bestushew seine „Grimassen" fortsetzen und die russische Grenze an dem Kymene wie an der Düna „mit Armeen garniren, wie ja der König von Preußen in Schlesien auch thue," [1]) bis auf Weiteres sah

1) So Graf Bernes nach Warendorffs Bericht, Petersburg 11. Juli 1750: qu'à la vérité la Russie n'attaqueroit point la Suède, mais que cependant elle se

Friedrich II. von der russischen Seite her keine Gefahr: „Wenn der Großcanzler glaubt, die Schweden werden an ihrer Verfassung ändern, so wird er sich sehr getäuscht haben“.[1])

Sichtlich war die Coalition mit ihrer dreimaligen Reculade nicht fester geworden. Hatten Georg II. und Maria Theresia gemeint, daß Rußland nur auf Schweden anlegen und gegen Preußen feuern sollte, um dann nach der Pflicht ihrer Verträge Hülfe zu leisten, so hatte Bestushew in seinem eigenen und in dem russischen Interesse den Weg gefunden, das Mittel zum Zweck zu machen; wollte man ihn nicht völlig aus der Hand geben, so mußte man ihm da Spielraum lassen, so wenig er gemeint war, auch nur gegen Schweden aus dem Spiel Ernst zu machen.

Auch der Wiener Hof war nicht mit England, noch weniger mit Holland, mit Sachsen eines Sinnes. Er hatte mit Rußland die große Defensivallianz von 1746, der England, Holland, Sachsen noch keineswegs beigetreten waren. In der Phrase „Herstellung des alten Staatensystems“, „Vertheidigung des europäischen Friedens gegen jeden, der ihn stören wird“, hatte sich die Coalition von Hannover zusammenfinden können; so wie es galt, die Worte in Wirklichkeit zu übersetzen, zeigte es sich, daß jede der betheiligten Mächte sie je nach ihren Interessen, die sehr weit auseinander gingen, anders verstand. „Die Königin von Ungarn ist die klügste, die am meisten politische unter ihnen“, sagt Friedrich II. in seinem Testamente von 1752, „sie bedient sich der Leidenschaften der anderen, um ihre Pläne hinauszuführen“.[2])

Was er sah und erfuhr, ließ ihm keinen Zweifel, daß, während noch die nordische Frage immer neue Staubwirbel auftrieb, hinter diesen seine Gegner sich schon andere Wege suchten und fanden, zu ihrem Ziele zu gelangen.

Der Versuch, in Schweden Preußen zu treffen, hatte dem Wiener Hofe gezeigt, daß in Versailles das Interesse für Schweden stärker als das Mistrauen und Misbehagen gegen Friedrich II. sei; das europäische

---

conduisoit fort sagement en continuant ses apprêts et en garnissant ses frontières de formidables armées, puisque d'autres puissances en faisoient de même et particulièrement V. M. en Silésie.

1) Rescr. an Warendorf, 8. Aug. 1750.

2) Testament Friedrichs II. 1752: la Reine de Hongrie, la plus sage et la plus politique d'entre elles, se sert des passions des autres pour avancer ses desseins.

Interesse Frankreichs hatte ihn gelockt; es galt den Hebel gegen ihn da anzusetzen, wo sich ihm keine solche Deckung bot.

Im Reich, dem er mit dem größten Theile seiner Gebiete angehörte, hatte er keine andere Stellung und Befugniß, als jeder andere Fürst und Stand. Und Niemand, auch Frankreich nicht, konnte bestreiten, daß der Kaiser das Haupt des Reiches, daß die Reichsverfassung, so sehr sie erschlafft und verdunkelt sein mochte, im Princip und dem positiven Recht nach für jedes Glied des Reiches bindend und zwingend sei. Die Reichsverfassung und das Reichsrecht, „das geheiligte Band zwischen Haupt und Gliedern" geltend machen und damit die kaiserliche Autorität in der ganzen ihr gebührenden Befugniß herstellen, hieß Preußen vor die Alternative stellen: entweder sich zu demüthigen, und dann hörte es auf gefährlich zu sein, — oder das Äußerste zu wagen, und dann würde an dem Reichsächter das gleiche Gericht vollzogen, dem der Winterkönig und das Haus der Ernestiner und andere Häupter bis zu Heinrich dem Löwen hinauf erlegen waren.

Daß man in Wien so rechnete, ergiebt der früher erwähnte „Auszug das dermalige Systema betreffend".[1]) Schon seit der Kaiserwahl von 1745 hatte der Wiener Hof rastlos gearbeitet, die kaiserliche Machtvollkommenheit zu erneuern, die freilich nie tiefer geschädigt und geschändet worden war, als in den Jahren der Reichsrebellion Maria Theresias gegen Kaiser Karl VII. Jene Wahl von 1745 selbst, die ohne Preußen und trotz Preußen betrieben worden war, hatte zum ausgesprochenen Zweck gehabt, Friedrich II. zum Reichsrebellen zu stempeln, den preußischen Staat zu sprengen und als Beute zu vertheilen.[2]) Es war mislungen; je schärfer dann Friedrich II. gestützt auf die Rechte, die er sich im Dresdner Frieden für seine Anerkennung

1) Bei Beer p. 138: „daß, da des Königs von Preußen höchst gefährliche Unterbauungen auf weniger nicht als die völlige Zerreißung des Bandes zwischen Haupt und Gliedern und auf die Unterdrückung derer schwächeren Mitständen abzielete, dem Reich kein größerer Nutzen verschaffet werden könnte als wo er wieder in die rechte reichsständische Verknüpfung, welche er bisher nur in favorabilibus gelten lassen wollen, gezogen würde" u. s. w.

2) In demselben „Auszug" p. 137. „Allein [es] hat ein stärkeres motivum und Interesse denen minderen Absichten und Gemüthsregungen damals vorgedrungen, nemlich die Hoffnung sich auf Unkosten des Königs von Preußen directe vel indirecte zu vergrößern und zu dessen füglicherer Bewürkung die Cron Frankreich von ihme abzuziehn."

jener Kaiserwahl ausbedungen hatte, in den Verhandlungen am Reichstage, in Sachen der Reichsarmatur, für die Reichsneutralität, gegen die versuchten Erweiterungen der kaiserlichen Autorität, der Politik Maria Theresias entgegengetreten war, desto gründlicher war sie gewillt, nach dem hergestellten europäischen Frieden „die während der kurzen kaiserlichen Regierung Karls VII. überhand genommenen Unordnungen“ abzustellen, von denen die schlimmste war, daß „der größte, gefährlichste und unversöhnlichste Gegner des Erzhauses“ nicht bloß Schlesien an sich gerissen und behauptet hatte, sondern mit seiner realen Macht und seiner europäischen Bedeutung dem Erzhause im Reiche das Gegengewicht hielt.

Nichts schien dringender als ihn niederzuwerfen, bevor er sich noch tiefer einwurzelte, vielleicht gar sich eine feste Partei im Reich bildete, eine zweite Reichsmacht neben der östreichischen und gegen sie erstarkte.

Freilich, die beschworne Wahlcapitulation band dem Kaiser die Hände. Seine Gemahlin hatte sich nicht als Kaiserin krönen lassen, durch seinen Schwur war sie als Königin von Ungarn und Erzherzogin nicht gebunden.

Freilich, sie hatte gegen Friedrich II. die Verpflichtung des Breslauer, des Dresdner Friedens. Dem Kaiser waren durch diese Friedensschlüsse die Hände nicht gebunden, die Reichsgarantie für Schlesien, die Maria Theresia beim Kaiser zu vermitteln versprochen hatte, war noch nicht beim Reichstage beantragt.

Freilich, was nun in dem preußischen Staat in so verhängnißvoller Weise entwickelt dastand, war nur die Consequenz des im westphälischen Frieden garantirten Rechts der deutschen Fürsten und Stände. Schlimm genug, daß die östreichische Politik mit diesem Frieden, seinem peinlichen jus territoriale und den Artikeln habeantur und gaudeant weiter nichts zu machen verstanden hatte, als dessen Wirkungen zu verzögern, dessen Gedanken zu verdunkeln, dessen verheißene Revision und Neuformung der Reichsverfassung in dem Sumpf des immerwährenden Reichstages zu begraben. Aber wenigstens hatte sie damit und mit der Präsidialgesandtschaft, mit dem Mainzer Directorium, mit der böhmischen Stimme im Kurcollegium, mit dem Condirectorium des Fürstenrathes Mittel genug in der Hand, das alte Räderwerk zu hemmen, wenn sie wollte, im Reichshofrath, in der Oberlehnsherrlichkeit, in den Kreistagen, in den Capiteln, in hundert anderen Dingen Mittel genug, es gelegentlich klappern, und nur wie sie wollte, klappern zu lassen.

Freilich, die Kronen Frankreich und Schweden waren Garanten des westphälischen Friedens und hatten oft genug ihre Stimme auch für das jus territoriale, die Artikel habeantur und gaudeant erhoben. Aber jetzt war Frankreich am wenigsten gemeint, um dieser Garantie Willen sich in Weitläufigkeiten einzulassen, und Schweden, ein längst ausgebrannter Feuerbrand, hatte vollauf mit sich zu thun. Es mußte vorgebaut werden, daß nicht Preußen sich vermaß, an dessen Stelle zu treten.

Und schließlich noch ein Punkt, den man in Wien doch wohl auch erwogen haben muß, obschon keinerlei Andeutungen darüber vorliegen. So lange die Kron- und Erblande des Erzhauses, jedes mit seinem ständischen Wesen, seinen alten Rechten und Freiheiten, eine lose Föderation unter dem kaiserlichen Haupt bildeten, konnten die Hunderte großer und kleiner Territorien im Reich in ebenso loser Föderation im corps germanique sich immerhin demselben kaiserlichen Haupt unterordnen und so ihre Rechte und Freiheiten hinlänglich geschützt glauben, wenigstens bequemer und billiger geschützt, als wenn sie selbst die Macht zu Schutz und Trutz hätten aufbringen sollen; dafür war der Kaiser da, die wenigen armirten Ständen, die es gab, hielten sich Truppen, um Subsidien zu verdienen.

Ein kluger Mann hatte vom Reich gesagt: „Der Bär tanzt so lange, als er die alte gewohnte Melodie hat; wenn man ihm eine neue aufspielt, brummt er und wird wild". Seit dem Aachner Frieden begann Maria Theresia ihre inneren Reformen; sie hatte gründlich genug erfahren, zu welcher Stärke und Spannkraft das Haus Brandenburg durch seine innere Politik, seine Finanz und Justiz, seine militärische und politische Organisation gekommen war. Sie eilte, trotz ihrer Stände und deren althergebrachter Rechte, die Kron- und Erblande monarchisch zusammenzufassen, trotz alles Widerspruchs und Widerstandes das Mauthsystem, die feste Contribution auch der adligen und geistlichen Güter, die Rekrutirung durchzusetzen.

Sollte der Kaiser im Reich desselben Gleichen thun? Sollte das Reichsregiment über die Competenz der Reichs- und Kreistage, über das jus territoriale der Reichsglieder sich „reichsväterlich" hinwegsetzen und reformirend im Finanz-, Religions-, Kriegs-, Gerichtswesen immerhin die Titel ihrer Rechte, die althergebrachten Namen, Formen und Bräuche lassen, und ohne Inhalt und Bedeutung, wie ja auch in den östreichischen Landen die Postulatenlandtage, die Auffahrt,

die perpetuirlichen Activitäten und wie die todten Larven weiter heißen, geblieben sind? Und wenn von den Hunderten von Reichsständen die Reichsdörfer, Reichsstädte, Reichsklöster, die Reichsritterschaft, die Grafen und Herren, von den geistlichen Fürsten und ihren Capiteln die Mehrzahl sich solchen Reichsreformen wohl fügen mußten und vielleicht in kluger Abschätzung ihres realen Vortheils gegen den leeren Nimbus der „Reichsfreiheit“ gern fügten, wie wollte man die altfürstlichen Häuser, die Kurfürsten, wie das corpus evangelicorum für solche Reichsreform gewinnen? Etwa in der Art, daß man sie Gnaden hoffen und Ungnade fürchten ließ? Es gab wenige unter ihnen, die nicht Hader mit ihren Ständen, confessionelle Schwierigkeiten, Processe beim Reichshofrath, rückständige Kammerzieler und Römermonate, Schulden vollauf hatten, wenige, von deren Räthen nicht einzelne oder alle aus Wien Pensionen, Titel, Standeserhöhungen empfingen oder erhofften. Oder in der Art, daß man sich so oder so mit den Mächtigeren verständigte, etwa für gesteigerte Parition gegen das kaiserliche Regiment ihnen volle Competenz und „souveräne“ Gewalt über ihre Unterthanen und deren Säckel gewährte? Oder ihnen in Betreff der kleinen und kleinsten Mitstände in ihrem Bereich aus kaiserlicher Machtvollkommenheit Säcularisirung und Mediatisirung gestattete?

Das eine wie andere wäre vor 1740 vielleicht noch möglich gewesen, war es seitdem nicht mehr.

Es gab nur einen Weg, der zugleich „zur füglicheren Bewürckung“ half, der, wenn der einzige Reichsfürst, der mit seinen deutschen Landen mächtig genug war, sich solchen „Reichsreformen“ zu widersetzen, als reichsschuldig der gerechten Strafe überwiesen und Allen, die wider ihn mithalfen, die Gelegenheit gegeben wurde, „directe vel indirecte sich auf seine Kosten zu vergrößern“, wie ja schon 1745, schon 1743 vorbedacht und im Werk gewesen war.

Wie immer man sich in Wien das Weitere gedacht haben mag, auf dem Boden des Reichssystems hatte man Mittel gegen Friedrich II. zur Verfügung, deren Legalität unanfechtbar und deren Wirkung ruhig und sicher wie die der Folterkammer war, Reichshofrathsdecrete, Reichstagsabstimmungen, Kreistagsdifferenzen, kaiserliche Commissionen u. s. w., Dinge, gegen die ihm seine formidable Armee wenig half, wenn er nicht Reichsrebell werden wollte; und wenn er es wurde, desto besser, vom Auslande hatte er dann wenig zu hoffen.

Noch währten die Differenzen über mehr als einen Artikel des Friedens, kraft dessen Schlesien abgetreten war. Die Conferenzen in Breslau wurden noch fortgesetzt, aller Welt mußte es als ein Beweis von der Friedensliebe und Langmuth des Wiener Hofes gelten, daß der Commissar Seyferth nicht, wie er hatte drohen müssen, abgereist war. Er machte in der That kleine Zugeständnisse in der Frage der Theilung der Schulden, freilich in einer Weise, von der man wissen konnte, daß Preußen auf sie nicht eingehen werde; wenn Friedrich II. gefordert hatte, daß mit der Schuldenfrage die der Reichsgarantie, der Herstellung des alten Tarifs für den Grenzhandel gleichen Schrittes gelöst werden müsse, so war Seyferth dafür nicht instruirt. Man konnte daran, wenn die Umstände darnach waren, die Verhandlung scheitern und den ganzen Frieden problematisch machen, die Schuld auf Preußen schieben.

Auf Georg II. und Hannover konnte man rechnen, und wenn in England das Parlament und die Nation wenig Neigung gezeigt hatten, sich der schwedischen Dinge wegen in Unkosten zu setzen: gegen Preußen war die Stimmung so übel wie möglich. Die im Sommer 1748 von Graf Colloredo angeregte Frage der Wahl des jungen Erzherzogs Joseph zum römischen König hatte den Beifall aller Parteien gefunden. Seit den glorreichen Zeiten Wilhelms III. galt als ein Hauptstück in ihrem politischen Katechismus das System des Gleichgewichts, das man nur einmal zeitweise zur Seite gelegt hatte, um der verjagten Dynastie der Stuarts die Hülfe Frankreichs zur Herstellung ihres Rechtes zu entziehen, — jenes Gleichgewichts, zu dessen Aufrechterhaltung gegenüber dem zu mächtigen Frankreich die Macht des Hauses Östreich über das Reich durch das wenigstens factisch in diesem Hause erbliche Kaiserthum die erste Bedingung sei.

Und wie hätte nicht Holland nur noch eifriger für das „große Ziel", wie der Prinz von Oranien es nannte, eintreten sollen, das der bedrängten Republik wenigstens die Hoffnung gab, in Sachen der Barriere und des Tarifs den Wiener Hof zum Dank für solchen Eifer nachgiebiger als bisher zu finden; ihr den Anspruch gab, trotz der Schwäche, an der sie krankte, in dem System des Gleichgewichts auch ferner noch zu figuriren.

Auch von Frankreich versah man sich alles Besten; war doch in Aachen nach Abschluß der Präliminarien der französische Gesandte dem Grafen Kaunitz mit dem Project der Wahl des jungen Erzherzogs

entgegengekommen; derselbe Graf Kaunitz ging jetzt im Spätsommer 1750 als kaiserlicher Ambassadeur nach Paris.

Über den russischen Hof war kein Zweifel, um so weniger, da ihm das in der deutschen Frage erneute und völlige Einverständniß zwischen Wien und London die glücklichste Aussicht auch auf englische Subsidien bot, deren die Zarin und ihr Canzler, in erster Reihe für ihren persönlichen Bedarf, nicht länger entbehren konnten. Und wenn ja das Verhalten des Grafen Bernes dort ein wenig üble Laune gemacht hatte, — General Pretlack war zu seinem Nachfolger bestimmt, und damit war für Alles gesorgt. Mit Befriedigung wies man England gegenüber darauf hin, daß Rußland große Heeresmassen der schwedischen, der preußischen Grenze nahe versammelt habe, jeden Augenblick zum Angriff schreiten könne, während es selbst beiden Nachbarn unangreifbar, von den Türken, Persern und Tartaren durch weite Einöden getrennt sei; daß der Wiener Hof in Petersburg zwar bisher mit Erfolg vom Kriege abgerathen habe, aber freilich sich für die Pläne der Zarin nicht verantwortlich machen könne.[1])

Zwei Thatsachen scheinen der Annahme, daß so die Anschauungen des Wiener Hofes waren, zu widersprechen.

Auf Colloredos Anregung der Wahl des Erzherzogs Joseph im Sommer 1748 hatte England lange geschwiegen. Seit dem Anfange 1750 waren alle Zeitungen, die holländischen voran, voll von dieser in Aussicht stehenden Wahl. Im April theilte Newcastle dem kaiserlichen Gesandten mit, des Königs Absicht sei, daß jetzt die nöthigen Einleitungen getroffen werden müßten, um die Ruhe des Reiches für immer zu sichern, daß man in Wien auf die Unterstützung Englands rechnen dürfe. Das Erbieten wurde in Wien mit Dank, aber kühl entgegengenommen: man erkenne allen Vortheil dieser Wahl, wenn sie gelingen könne ohne die kaiserliche Autorität zu erniedrigen und dem Erzhause neue Opfer zu kosten.

Und zugleich fuhr man fort die Herstellung der kaiserlichen Autorität zu betreiben, als wenn ihr Wesen sei, rücksichtslos und nach Willkühr zu verfahren. Die geforderte Investitur nach dem alten

1) So nach O. v. Podewils Bericht (19. Decb. 1750) die Äußerungen des Hofcanzlers Graf Ulfeld gegen Blondel in dessen Abschiedsaudienz, wie Blondel sie ihm erzählt hat.

Ceremoniell verletzte den Stolz des Königs Georg II. und den des Polenkönigs auf das Empfindlichste.[1] Und in der berüchtigten hohenlohischen Religionssache hob der Kaiser die von ihm dem fränkischen Kreise übertragene Execution gegen die katholische Linie des Hauses auf, weil das corpus catholicorum, bei dem böhmischen Gesandten versammelt, gegen solche Begünstigungen des evangelischen Grafen Hohenlohe protestirt, die Aufhebung jenes kaiserlichen Mandats gefordert hatte.[2] Die Markgrafen von Anspach und Baireuth, die auf Requisition des corpus evangelicorum trotzdem zum Werk schreiten sollten, wandten sich zuvor nach Hannover und Berlin mit der Anfrage, was sie von beiden Königen für Rückhalt zu erwarten hätten? Georg II. ließ nach Berlin melden, daß er im Nothfall der Execution Nachdruck geben werde.

Daß in diesen und ähnlichen Dingen der Wiener Hof so verfuhr, wie er verfuhr, scheint sein „System" nur zu bestätigen.

Wenn er Frankreichs Connivenz in Betreff der Wahl suchte, so konnte er nichts Besseres thun als sie so kühl, wie es geschah, wie eine wenig bedeutende Sache, und noch weniger als Ehrensache des Erzhauses zu behandeln; und jede Rücksichtslosigkeit gegen den Protestantismus that den Herzen in Versailles im Stillen wohl, doppelt wohl, wenn sie England ärgerte.

Und ebenso: Der Eifer, mit dem jetzt Georg II. die Frage der Königswahl betrieb, war ganz dankenswerth, aber er mußte nicht glauben, daß man in Wien gemeint sei, ihm daraus ein großes Verdienst zu machen oder ihm als Kurfürsten von Hannover eine exceptionelle Stellung der kaiserlichen Autorität gegenüber zuzugestehen. Man kannte von der Kaiserwahl von 1745 her die Wünsche, die er auf seinem hannöverischen Herzen hatte, und er kam mit seinem Eifer etwas spät; daß man zu einem neuen Wahlhandel den Namen des

1) Rescr. an Chambrier, 17. Febr. 1750: le Roi d'Angleterre a déclaré hautement et même contre le gré de ses ministres Hanovriens, qu'il ne s'abaisseroit jamais au point de prendre l'investiture de l'Empereur sur le pied du vieux cérémoniel. Und Sternberg schreibt an Bernes, Dresden 23. Decbr. 1749 (Berl. Arch.): der Dresdner Hof wolle sich nicht dazu verstehen, „unter dem leeren Vorwand als ob dieses Ceremoniel allzu niederträchtig, mithin der königlichen Würde zu nachtheilig wäre".

2) Pollman, Regensburg 2. Mai 1749, berichtet von dieser „Conferenz" der Katholischen im St. Jacobskloster, auch daß neben der hohenlohischen Sache auch die Gründung einer „Convertitencasse" und monatliche Conferenzen des corpus catholicorum beschlossen seien.

jungen Erzherzogs hergab, war schon Gefälligkeit genug, und man that ein Übriges, wenn man sich seinen 1746 beim Reichshofrath eingereichten hannövrischen Antrag[1]) auf Vollziehung der 1745 versprochenen Investitur mit Ostfriesland jetzt wenigstens aus dem Actenschrank holte und in den Geschäftsgang brachte.

Auffallend genug hatte die Politik Englands oder richtiger Georgs II. zwischen großen Worten und kleinen Aushülfen, zwischen Insolenz und Behutsamkeit geschwankt. So lange Pelham nicht die Conversion der Staatsschuld durchgesetzt hatte, deren Wirkungen allmählig die Geldklemme zu lösen versprachen, war Newcastle und die hannövrische Seite der englischen Politik wie an Händen und Füßen gebunden; auf Schritt und Tritt fühlte man „das doppelte Cabinet". Während Guy Dickens in Petersburg schürte, Lord Halifax den Feuerbrand nach Nordamerika trug, und Hanbury Williams als Gesandter in Dresden (bis September 1749) gegen Preußen und Frankreich wühlte und stachelte, that man in London schön mit Mirepoix, dem Ambassadeur, ließ Lord Albemarle in Paris ganz in die dortige Friedensstimmung eingehen und gelegentlich auf Preußens üble Absichten hinweisen, Keene, in Madrid seit dem März 1749, sich in Geduld erschöpfen, um die Neigungen für Frankreich abzuschwächen und dem englischen Handel nach dem spanischen Amerika Zugeständnisse zu erschleichen. Wie peinlich kamen dann jene Mahnungen Frankreichs im Februar, dann Puysieulx's drohende Worte gegen den holländischen Gesandten; man sah die Niederlande in der Gefahr einer französischen Occupation. Schon wurde gesagt, daß Sardinien stark rüste, 4 Millionen Piaster zu diesem Zweck aus Madrid erhalten habe;[2]) man fürchtete, daß zugleich der Krieg im

1) Pr. Pol. V. 3, 79 und 373, wo die Worte des hannövrischen Antrages vom 11. Oct. und 21. Nov. 1746 auf citatio ad videndum Reg. Maj. Br. qua Electorem Brunsv. zur Belehnung und Einsetzung in das Fürstenthum Ostfriesland mitgetheilt sind. Das communicetur des Reichshofraths erfolgte 9. März 1750. Über das kaiserliche Diplom über Ostfriesland für Friedrich II. Vgl. Pr. Pol. V. 3, 375.

2) Rescr. an Chambrier, 3. März/14. Mai 1750: que le Roi de Sardaigne paroit etre ébranlé. Die Silberflotte brachte im April 1750 außerordentlich reiche Ladung: 30 Millionen Piaster. Merc. hist. et pol. CXXIX p. 59, wo ein Brief aus Genua p. 57 meldet: il est arrivé ici des sommes immenses à diverses reprises, le malheur est qu'il ne nous en demeure rien, tout passe à Turin ou à Parme ou à Naples ou ailleurs.

Süden ausbrechen werde; und in Madrid war seit dem Anfang 1750 ein preußischer Diplomat, der wenigstens von den Ministern wiederholt empfangen wurde.[1]) Dann, Anfangs April, meldete Albemarle aus Paris, wie man ihn kalt behandle, sein Erbieten, der Erklärung des Wiener Hofes in der schwedischen Sache sich anschließen zu wollen, abgelehnt habe: man wisse von solcher Erklärung nichts, auch an Mirepoix in London sei nichts der Art mitgetheilt. Georg II. war in lebhafter Unruhe. Newcastle mußte zu Mirepoix eilen, Weiterem vorzubeugen; er legte ihm alle Depeschen und das Protocollbuch des Conseils vor, um ihn zu überzeugen, daß England in den nordischen Dingen alles nur Mögliche für die Erhaltung des Friedens thue, er ersuchte ihn, diese Nachricht durch Courier nach Paris zu senden, der König wünsche bei seiner Abreise nach Hannover ruhig sein zu können, da er aus Albemarles Depeschen sehe, daß man ihm in Versailles immer noch mistraue.[2]) S. M. habe den Wunsch persönlich mit dem Ambassadeur zu sprechen, um ihn von der Lauterkeit seiner Absichten zu überzeugen.[3])

Wie vortrefflich es war, daß eben jetzt im Parlament die Reduction der Staatsschuld durchging, — in den auswärtigen Beziehungen fühlte man sich so bekniffen, daß man selbst gegen Preußen sich ein wenig herabzulassen für angemessen hielt.

In Berlin war seit Legges Abgang Ende 1748 kein englischer Gesandter, während Klinggräffen an Georgs II. Hof blieb und nicht eben liebenswürdig behandelt wurde. Er mußte Geduld haben; die Verhandlungen wegen der gecaperten preußischen Kauffahrer und wegen der schlesischen Hypothekschuld forderten seine ganze Thätigkeit, um so

1) Es ist Cagnony, der von dem Frieden von Belgrad als russischer Unterhändler bekannte. Daß demnächst noch der Großhändler la Touche, der Gründer der preußischen ostasiatischen Gesellschaft in Emden, in deren Interesse nach Madrid gekommen ist, meldet Merc. hist. et pol. CXXIX p. 139 im Dec. 1750.

2) Klinggräffen, London 10. April: je sais tout ceci par mon ami, qui m'a assuré en même temps, que l'ambassadeur Mirepoix ne savoit rien de la déclaration du Sr. Mareschal et qu'il avoit oublié en demander le contenu au Duc de Newcastle.

3) Klinggräffen, 17. April 1750: car il est certain que l'inquiétude de S. M. Br. que la guerre ne commence dans le Sud, vient de se manifester par ce qui s'est passé entre le Duc de Newcastle et l'ambassadeur. Wie man betreten war, daß die Berichte Klinggräffens — sie wurden immer auf der Londoner Post geöffnet — „alle diese geheimsten Verhandlungen" mittheilten, zeigt, Pelhams Schreiben an Newcastle, 26. April; Coxe Pelham II. p. 334.

mehr, da beide Fragen benutzt wurden, das Parlament und die Nation immer heftiger gegen Preußen zu erbittern. Denn daß Friedrich II. sich nicht dem wüsten Caperrecht Englands und der noch wüsteren Jurisdiction der englischen Prisengerichte zu fügen gemeint war, daß er Entschädigung für seine geplünderten Rheder und Kaufleute forderte, verletzte jedes englische Herz in seinen heiligsten Gefühlen; und noch viel mehr, daß er die schlesische Hypothekenschuld mit ihren sieben Procent Zinsen, die er für die englische Garantie Schlesiens übernommen hatte, seit den hannövrischen Conferenzen im Herbst 1748 nicht mehr in den Terminen, die er angemeldet, gezahlt hatte, ja schon davon sprach, aus der restirenden Summe nöthigenfalls die erforderlichen Entschädigungen für seine Unterthanen zu nehmen. Als gar Briefe aus Leipzig mit den beigelegten Erlassen der Breslauer Behörde zeigten, daß der Zoll auf englische Tuche und Halbtuche, die Schlesien passirten, erhöht sei, war es daran, daß diese Dinge ins Parlament gebracht, daß das von den Schotten und Iren schon so oft gewünschte Verbot preußischer Linneneinfuhr beschlossen wurde.[1]) Eine sofortige Anfrage bei der Breslauer Behörde ergab, daß kein solcher Erlaß von ihr ausgegangen sei, und die unrichtige Benennung dieser Behörde in der Unterschrift des Erlasses erwies das angebliche Verbot als eine sächsische Fälschung, mit der man den preußischen Linnenhandel zu ruiniren versucht haben mochte.

Endlich im Juli 1749, sechs Monate nach Legges Abgang, war Ritter Charles Hanbury Williams als dessen Nachfolger in Berlin angemeldet worden,[2]) derselbe Williams, der sich in Dresden als leidenschaftlicher Feind Preußens und Frankreichs und als Engländer von der insolenten Sorte bemerklich genug gemacht hatte. Daheim in gewissen Kreisen als Poet, Publicist, Lebemann sehr beliebt, blieb er vorerst in London mit 8 Pfd. Sterl. Tagegeld, weitere Befehle zu erwarten; daß Wochen und Monate darüber vergingen, zeigte der Welt und sollte ihr wohl zeigen, was Friedrich II. in den Augen Georgs II. und Englands galt.

Auf dringenden Rath Klinggräffens hatte Friedrich II. als die

1) Klinggräffen, 7. März.

2) Klinggräffen, 20. Mai 1749, meldet so nach den Zeitungen. Vgl. Pr. Pol. V. 3 p. 326. Klinggräffen, 24. April 1750, sagt von ihm: il a de l'esprit, il est fort soupçonneux et c'est un négociateur chaud, ainsi que je l'ai fait connoître à V. M. à Dresde.

Ruhe im Norden gesichert schien, ihn angewiesen, die bereits in der Bank von England deponirten Summen zunächst für die Zinsen von drei Jahren zu zahlen,[1]) zugleich ihm mitgetheilt, daß wenn diese Zahlung abgemacht und für den noch übrigen Rest die Termine bis 1752 verabredet seien, er ihn „nicht länger dort schmachten lassen wolle".

Noch mußte er ausharren. Es folgte jener dritte Anlauf Bestushews gegen Schweden, der Preußen treffen, den Höfen von Wien und London für ihre Pläne Luft machen sollte; darauf im Februar 1750 die Drohung Frankreichs, die Vorbereitung zu einem Stoß auf die Niederlande, jener holländisch-hannövrische Subsidienvertrag mit Kurcöln, „entweder," so schien es, „eine Kurstimme für die Königswahl, oder Truppen zum Schutz der Niederlande zu gewinnen". Die Vorgänge in Madrid und Turin, die peinliche Kälte des Pariser Hofes gegen Lord Albemarle,[2]) de la Touches Sendung nach Berlin und Schweden mußten Georg II. überzeugen, daß die Gegner aller Orten richtauf seien. Hatte er gehofft in Hannover ohne den französischen Ambassadeur desto freier agiren zu können, — auf Friedrichs II. Veranlassung wurde Marquis Valory an dessen Stelle für Hannover bestellt, und alle Gegenbemühungen bei dem französischen Ministerium[3]) waren erfolglos. Es war zu besorgen, daß durch das rücksichtslose Verfahren Rußlands ernste Verlegenheiten, namentlich für das hannövrische Land, entstehen könnten.

Daher endlich Mitte April die Weisung an Williams, sich nach Berlin zu begeben.

Mit wachsender Spannung sah die politische Welt nach Hannover, wo König Georg II. in den ersten Maitagen eingetroffen war, bald nach ihm die Gesandtschaften aus London, von den dortigen Ministern

1) Rescript, Potsdam 22. Nov. 1749: da sich die Unterhandlung (um Herabsetzung der Zinsen auf 4 Procent) zerschlagen habe, so wolle er nach seinem Rath verfahren und dann weiter sehen: pour que je puisse sortir convenablement de cette onéreuse et fâcheuse dette. Und am 19. Decbr.: daß er ihn, wenn nichts weiter über die Schuld zu verabreden sei, abberufen und nur einen Legationssecretär in London lassen werde.

2) So des Lord Erbietung, daß England dieselbe Erklärung geben werde, die der Wiener Hof durch Mareschal habe überreichen lassen; Klinggräffen erfährt durch einen Freund, que le Roi d'Angleterre avoit appris avec peine et avec inquiétude qu'on eût battu froid envers le Cte. d'Albemarle (Bericht London 10. April).

3) Klinggräffen, 28. April: de ne pas envoyer le Marquis de Valory, étant un homme qu'on croyoit trop Prussien.

Newcastle; zahlreich kamen Diplomaten, Generale, Minister, namentlich aus den deutschen Landen; aller Orten sagte man, daß die britische Majestät in Hannover über die Schicksale Europas entscheiden werde.

Freilich zunächst gab es einige Schwierigkeiten. Aus Newcastles Briefen an seinen Bruder sieht man, daß er die hannövrischen Minister gegen den Wiener Hof sehr erregt fand, daß sie von schwerer Schädigung des Protestantismus, von Unterdrückung der kleinen Reichsfürsten, Misachtung der Reichsverfassung und der Wahlcapitulation sprachen. Selbst der Großvogt Münchhausen hatte Bedenken gegen die Wahl, von der ihm der König noch kein Wort gesagt hatte: er sah sie für sehr schwierig an; sein Bruder, der Geheimrath, der mit aus London herüber kam, übernahm es, ihn zu beruhigen;[1]) er gewann zunächst sein Versprechen, nicht gegen die Wahl sprechen zu wollen; Schritt vor Schritt führte er den gern Nachgebenden näher heran.

Der Stimmen von Mainz und Trier war man sicher; Cöln hatte man mit dem Subsidientractat an der Leine, Sachsen kam, wenn man genug zahlen wollte; auch Kurpfalz konnte man haben, „da sich Frankreich nicht in die Wahl mischen will". Wie wird dann Preußen wagen sich auszuschließen? „Die Nachrichten aus Amerika zeigen, daß wir uns in Europa so stark wie möglich machen müssen", schreibt Newcastle am 20. Juni, „wenn wir da nicht mit Energie handeln und, was wir gethan, aufrecht erhalten und unser Recht behaupten, die Grenze von Neuschottland auszudehnen, so ist nicht bloß diese Provinz verloren, sondern es sind, wie Halifax meldet, unsere sämmtlichen Colonien dort in Gefahr; führt das zu einem Bruch mit Frankreich, so, denke ich, müssen wir den Krieg wagen".

Ein erster großer Erfolg war, daß der Kaiser in der hohenlohischen Sache wich, die Execution der vom corpus evangelicorum Beauftragten in gewisser Weise genehmigte.[2]) Damit schien die Bahn geöffnet: „E. M. haben dem Reich", sagte Newcastle dem König,

---

1) Newcastle an Pelham, Hannover 10. Juni: my good friend, his brother, assures me: mon frère pense comme Vous, je le ramènerai; Coxe, Pelham II. p. 342.

2) Newcastle an Pelham, 2. Juni, der König sage ihm that the Emperor had submitted. In dem Bericht des östreichischen Gesandten am Münchner Hof, 27. Aug. 1750, den Friedrich las, wird das Weichen als auf eine ernste Mahnung Frankreichs erfolgt dargestellt. Nach Friedrichs II. Rescript, 1. Aug., soll Chambrier den Minister Puysieulx von dieser Sache unterrichten: pour qu'en cas que cette affaire parvînt jusqu'à la cour de France, le dit Ministre s'en fût déjà préalablement fait une idée.

„einen Kaiser gegeben; es wird Ihnen der höchste Ruhm von der Welt sein, ihm nun auch einen König zu geben". Georg II. darauf: „Und das nach meinem eigenen Willen, ohne dazu aufgefordert zu sein".

Im vollen Eifer des Gelingens, wie man war, ließ man auch den sonstigen reichspatriotischen Gedanken den Zügel schießen; es galt nichts Geringeres, als mit dreisten und ernsthaften Reformen die Einheit und Festigkeit des Reiches zu sichern. Hofrath Vorster, einer der praktischen Kenner des Reichsrechts, der Großvogt von Münchhausen, der Minister des Kurerzcanzlers Graf Stadion hielten emsig Conferenzen; der kurpfälzische Baron Wrede lehnte es ab Theil zu nehmen, Klinggräffen wurde nicht behelligt, nicht eher als bis man ihm ein fertiges Stück, ein Protocoll vom 15. Juli, vorlegen konnte; ihm wurde auf Befehl des Königs von England zu erkennen gegeben, „wie S. M. aus reichspatriotischer Gesinnung, zur Aufrechterhaltung der Reichssystematik, was die Justiz anbetreffe, wünsche wie folgt: das Protokoll enthielt in acht Punkten Bestimmungen, „der täglich über Kleinigkeiten anwachsenden Menge von Recursen an den Reichstag, zu nicht geringer Verkleinerung der höchsten Reichsgerichte", zu steuern, jenem recursus ad comitia, welcher der einzige Schutz gegen die Reichsjustiz war, wie sie das völlig uncontrollirte, in Schlendrian und an nicht eingezahlten „Kammerzielern" verkommene Reichskammergericht und der servile, bestechliche, aller Aufsicht oder Einwirkung des corps germanique entzogene Reichshofrath in Wien handhabte.

Klinggräffen versprach das Protocoll einzusenden (30. August), bemerkte jedoch: er glaube gehört zu haben, daß vormals die Reichsstände, die an den Reichstag recurrirten, vermeint hätten, zu Beschwerden über die höchsten Reichsgerichte Anlaß zu haben. Worauf der Großvogt: er sei ihm sehr dankbar für diese Bemerkung, weil er sonst vergessen haben würde hinzuzufügen, daß die Intention dahin gehe, vorher die Visitation der höchsten Reichsgerichte in hergebrachter Ordnung vorzunehmen. Seit hundert und mehr Jahren war nur die gründlichste Unordnung hergebracht. „Die Aufhebung des recursus", bemerkt Podewils auf jenen Bericht, „wird allerdings die kaiserliche Autorität vermehren und der Reichsstände Ansehen herabsetzen".

Die Conferenzen — auch Wrede und der sächsische Graf Flemming wohnten den weiteren bei — wurden bis in den Oktober hinein fortgesetzt; erneute Einladungen zur Theilnahme lehnte Klinggräffen ab: die Stadt Hannover sei nicht der Ort, diese Sache, die das ganze

Reich angehe, zu arrangiren; sie müsse auf Comitialberathung verwiesen werden, nur der Reichstag können ein normativum Imperii darüber feststellen.

Daneben wurden hannövrischer und englischer Seits eifrigst die Verhandlungen mit den Kurhöfen, außer dem brandenburgischen, fortgesetzt. Es ist nicht nöthig, sie im Einzelnen zu verfolgen: immer wieder der Form nach Subsidienverträge, Geldvorschüsse u. s. w. Dann in geheimen Artikeln die Verpflichtung zur Wahl des Erzherzogs; nur daß in diesem schmählichen Kaufgeschäft, je höher die Verkäufer den Preis ihrer Waare trieben, desto weniger der feilschende Käufer Lust zeigte, die des Kurpfälzers so theuer zu kaufen, wie die des Baiern, an Kursachsen anders als gegen die Hypothek einiger Ämter noch eine Anleihe zu gewähren, dem Cölner, der schon Subsidien bezog, noch ein Wahlgeld obenein zu zahlen. Nur Kurmainz war ohne Weiteres sicher und Kurtrier, der alte gutmüthige Schönborn ging, wie es eben kam.

So wenig es in Hannover geheim blieb, daß über die Königswahl verhandelt werde, — alle Zeitungen schrieben davon, — der preußische Gesandte wurde nicht mit herangezogen, noch in Berlin irgend welche officielle Mittheilung gemacht, auch durch Ritter Williams nicht, der erst am 7. Juli dahin kam,[1]) „nur als Beobachter, ohne alle weiteren Aufträge". Und noch geflissentlich unhöflich war es, daß Williams nach kaum drei Wochen — es waren die, in denen der tartarische Emissär den Diplomaten der Coalition so viel zu rathen gab — sich beurlaubte, „um auf einige Zeit nach Warschau zu gehen", in der That um den Polenkönig nicht bloß zu der Wahl Josephs, sondern auch zu einer geheimen Allianz mit England und den beiden Kaiserhöfen zu bringen, dafür die gewünschte Anleihe und die Hand einer Erzherzogin für den Prinzen Xaver zu versprechen.[2]) Also der „Williams

---

1) Schon 2. Juni schreibt Newcastle an Pelham: the king is in haste to send Hanbury Williams to Berlin. In einem Schreiben Pueblas an die Kaiserin, 11. Juli, das Friedrich II. las, heißt es: Williams protesta au Ministre Russien de n'être chargé d'aucune commission ni directe ni indirecte pour cette cour, que selon ses instructions il n'avoit qu'à observer et éclairer de plus près que possible les démarches du Roi dans la situation présente équivoque où les affaires du Nord se trouvoient jusqu'à présent.

2) Rescr. an Klinggräffen, 4. Sept., nach einem intercipirten Schreiben, das nicht mehr vorliegt. Die Weisung zur Abberufung Klinggräffens war bereits in einem Rescript an den Minister Podewils, 1. Aug., verfügt.

ist an beiden Höfen accreditirt"; Klinggräffen erhielt die vorläufige Weisung, wenn der König von England Hannover verlasse, ihm nicht nach England zu folgen.

Schon hatte man in Hannover Aussicht, auch zwischen Dänemark und Preußen Hader zu stiften. In Sachen der Gräfin Bentink war auf Anlaß des Kaisers, ihrem Gemahl zu Gefallen, am 17. August 1750, ein Reichshofdecret ergangen, das dem Könige von Dänemark als Grafen von Oldenburg die Sequestration und Administration ihrer Herrlichkeiten übertrug. Sie hatte sich nach Berlin gewandt, auch die Fürsprache Frankreichs fehlte ihr nicht. Auf die Empfehlung seiner Minister hatte Friedrich II. befohlen, einen Protest gegen den an Dänemark ertheilten Auftrag einzureichen, da solche Commission dem westphälischen Kreisdirectorium, also Kurcöln wegen Münster, Preußen und Kurpfalz wegen Jülich-Cleve zustehe; zugleich wurde die Garnison in Aurich angewiesen, ein Commando nach Varel zu senden und die Herrlichkeiten „gegen alle Abfälle und Einrückung einer anmaaßlichen Commission" sicher zu stellen. Der dänische Hof war darüber äußerst betreten, fühlte sich höchst verletzt — wie man in Wien und Hannover nur wünschen konnte.[1])

Nicht minder sah sich der Wiener Hof mit Frankreich auf dem besten Wege. Dem Marquis Hautefort, der als Ambassadeur eingetroffen war, blieb vorerst noch Blondel zur Seite; das genügte. Und Marquis Valory vergaß in Hannover, wo man ihn mit Liebenswürdigkeiten überhäufte, unerschöpflich in Freundschaftsversicherungen für Frankreich war, Berlin sehr bald; „der Zweck ist, lieber Frankreich zu beruhigen als Preußen zu gewinnen, gegen das der Haß über allen Ausdruck groß ist; man hofft Eifersucht zwischen beiden zu erwecken und so gegen beide desto besser Spiel zu haben."[2])

Schon war, Dank dem Eifer des Baron Haßlang, auch der Münchner Hof bereit abzuschließen. Das mußte auch für Cöln ent-

---

1) Podewils und Finckenstein an den König, 12. Oct., berichten, daß sich bei Tyrconnell der dänische Gesandte Rosenkranz darüber beschwert habe, daß auch andere Gesandten die Gelegenheit benutzten: pour aigrir les choses; daß Puebla dem Rosenkranz gesagt habe qu'on voyoit par cet échantillon combien V. M. étoit portée à abuser des forces qu'Elle avoit en main pour empiéter sur les droits et les états de ses voisins.

2) Memoire von Klinggräffen s. d. . . . le Roi de Prusse contre lequel la haine est au délà de l'expression; ce qui fait que le Roi d'Angleterre ne peut même gagner sur lui de sauver les politesses extérieures.

scheidend sein; Kurpfalz drängte man auf das Äußerste: der großen Majorität für die Wahl sei man gewiß, derselben, die die Wahl von 1745 gemacht habe. Noch schien Baron Wrede fest; eine Andeutung Flemmings, daß die Frage von Jülich-Berg auf das Tapet gebracht werden könne, wies er mit Bestimmtheit zurück. Aber ganz sicher war er schon nicht mehr; er nahm an der wichtigen Conferenz vom 22. September Theil.[1]) In dem Protocoll derselben heißt es: daß Mainz und Baiern mit Kurpfalz in Berathung treten sollten, wie man den König von Preußen ins Interesse ziehen könne, ob es nicht am gerathensten sei, ihm durch den östreichischen und englischen Gesandten in Berlin zu eröffnen, was der König von England und die kaiserlichen Majestäten in Absicht hätten, und ihn zur Mitwirkung aufzufordern.

Also man hatte es aufgegeben, auf dem stolzen Wege der Majorität, den Georg II. gewollt, weiterzugehen, noch während dessen Anwesenheit in Hannover, ohne Preußen und trotz Preußen die Wahl durchzusetzen.[2]) Reichten die Geldmittel nicht für die durstigen deutschen Kurstimmen? Wollten die Minister in England nicht weiter zahlen und versprechen?[3])

---

1) Dieß Protocoll vom 11./22. Sept. ist unterzeichnet von den Kaiserlichen Richecourt und Vorster, dem Mainzer Graf Stadion, dem Kurpfälzer Wrede, dem Baiern Haßlang, den Hannoveranern Münchhausen, Busche und Schwichelbt, dem Herzog von Newcastle und dem Holländer Hop. In diesem Protokoll wird das vom 6. Aug. erwähnt; daß Abschrift davon in Berlin gewesen ist — sie findet sich nicht mehr in den Acten des Archivs — ergiebt der précis des négociations, den Hertzberg 1752 aus den Acten anfertigte; da wird in dem Stück touchant l'élection d'un Roi des Romains unter dem 6. Aug. angeführt: que le ministère Hanovrien qui diriges tout l'ouvrage et le Duc de Newcastle concertèrent un plan qui portoit en substance qu'il falloit pour poser le fondement . . . folgen die sieben Punkte des Planes und die Bemerkung: il ne fut aucune mention, dans ce plan, du Roi de Prusse.

2) Der lehrreiche précis über die Verhandlungen, den der Wiener Hof an die kaiserlichen Räthe in Regensburg schickt (Wien 28. Nov. 1750), bemerkt, im August habe man in Hannover auf Mainz, Trier, Baiern, Böhmen, Cöln, Hannover gerechnet, dazu Sachsen oder Pfalz zu gewinnen gehofft: „man wußte überdem, daß Frankreich sich dermalen nicht gedachte der Affaire zu widersetzen, woraus von selber folgete, daß sonder der assistance und appuy dieser Krone andere es zu thun nicht hazardiren oder entrepeniren werden".

3) Klinggräffen, 24. Sept., Newcastle habe zu Wrede gesagt: qu'il ne se trouvoit pas en état de disposer l'Angleterre à satisfaire son maitre sur ses prétentions . . . que son frère Pelham lui avoit enjoint très expressément de ne point disposer d'aucun argent, parcequ'il n'en auroit rien, et nommément à la Saxe, que si on pourroit lui trouver quelqu'autre avantage, il pourroit s'y prêter u. s. w.

Oder übernahm, nachdem die erste grobe Arbeit gethan war, die feinere Hand des Wiener Hofes das Weitere?

Wenn Groß in Berlin jetzt plötzlich den Beleidigten spielte, sich von den Gesellschaften des Hofes fern hielt, weil er nicht in gebührender Weise dazu eingeladen worden, darauf aus Petersburg die Weisung erhielt, bei dem geringsten Anlaß Berlin sofort zu verlassen ohne sich zu verabschieden;[1]) — wenn Maria Theresia den Secretär Seyferth, mit dessen Verfahren in den Breslauer Conferenzen man in Berlin sehr unzufrieden war, zurückberief, noch ehe der Antrag darauf aus Berlin kam, und dafür als „Erwiederung so freundschaftlichen Entgegenkommens" den Herrn v. Voß, der zu des kranken O. Podewils' Nachfolger bestimmt war, ohne Weiteres sich verbat,[2]) so lag die Absicht dieser kleinen diplomatischen Rancune trotz der höflichen Maske ebenso klar zu Tage, wie die in der affectirten Grobheit des russischen Hofes.

Vielleicht war Friedrich II. nun mürbe genug, vielleicht dankbar, wenn man ihm einen anständigen Ausweg in der Wahlfrage bot.[3]) „Da England jetzt auch dem Wiener Hofe den Dresdner Frieden garantirt habe, so hindere die Kaiserin-Königin nichts mehr, auch für die Reichsgarantie zu arbeiten, wenn gleichzeitig die Frage der schlesischen Schulden geregelt werde". Am 20. October übergab Puebla eben dieß Erbieten dem preußischen Ministerium, „ohne der Königswahl dabei zu gedenken". Er hatte die Weisung, alle weiteren Schritte

1) Groß hatte, wie alle Gesandte, nur eine generelle Einladung erhalten, nicht, wie einzelne, besondere bei besonderem Anlaß; Rescr. an Warendorff, 28. Aug. Jene Weisung an Groß theilte der jüngere Weingarten 10. Oct. an Fredersdorff mit.

2) O. Podewils, 30. Sept.: Ulfeld habe ihm gesagt, daß die Kaiserin avoit prévenu les désirs de V. M. . . . et que la franchise avec laquelle V. M. usoit à son égard (der Rückberufung Seyferths, beantragt 4. Sept.) l'engageoit à en agir de même envers Elle (in Betreff des Herrn v. Voß). Nach O. Podewils' Bericht, 7. Oct., sagt die Kaiserin, nachdem sie seinen Rappell erwähnt, en riant, qu'elle ne consentiroit au troc que V. M. vouloit faire, que le sujet que V. M. avoit choisi pour me relever, lui étoit trop désagréable pour pouvoir se résoudre de l'admettre à sa cour, et après ce qu'il avoit fait en Saxe, elle craignoit trop qu'il n'eût une pareille conduite ici et n'altéroit l'amitié dans laquelle elle avoit le plaisir de vivre avec V. M.

3) O. Podewils, Wien 10. Oct.: je ne sais si l'intention de la cour d'ici est de gagner V. M. en La satisfaisant de la garantie, afin de L'engager à ne pas s'opposer à l'election de l'Archiduc Joseph. Von demselben Tage ist die kaiserliche Weisung an Puebla zu solchem Erbieten, die am 17. Oct. in dessen Hand ist. Puebla war am 1. Sept. nach Hannover gereist, am 18. Sept. zurückgekehrt.

mit Williams, der seit dem 13. September aus Warschau zurück war, zu überlegen.

Man glaubte sich des Erfolges ziemlich sicher. [1])

Erinnern wir uns der schon im November 1749 gethanen Äußerung Friedrich's II.: „Jetzt die Königswahl, Schlesien bei Gelegenheit, dahin geht Alles."

Die Antwort, die er damals in dieser Frage von Frankreich erhielt, hatte kümmerlich genug gelautet. Dann im April 1750, als die Gefahr für Schweden sehr ernst zu werden schien und Frankreich, nach dem ersten Eifer für den Einmarsch in die Niederlande rasch abgekühlt,[2]) von Friedrich II. erwartete und forderte, daß er einen Theil seiner Armee als vertragsmäßige Hülfe nach Schweden sende, um desto sicherer dem Kriege im Norden vorzubeugen, „welchen der Wiener Hof im Interesse der Wahl gewiß nicht wünsche und England fast mehr noch als Holland fürchte", — da erwiederte Friedrich II. mit der Erklärung, daß er, wenn es nöthig, Truppen von Cassel, Gotha, anderen deutschen Fürsten miethen und an Schweden geben werde, — zugleich mit einem Hinweis auf die größere und vielleicht nähere Gefahr der Königswahl im Reich, für welche die Majorität der Kurstimmen schon so gut wie gewiß sei, mit dem Hinweis zugleich auf die Unmöglichkeit für ihn, diese Wahl mehr als durch Vorfragen eine Zeit lang zu verzögern. Ausdrücklich stellte er an Frankreich die Frage, ob es, wenn der Erzherzog gewählt sei, ihn als römischen König anerkennen oder Schwierigkeiten dagegen erheben werde.

Der Hof in Versailles hatte der Zeit keinen anderen Gedanken, als nur dem Krieg im Norden vorzubeugen; er seufzte danach, daß die doppelte Garantie zu Stande kommen möchte, für die Mirepoix das englische Ministerium gewonnen hatte. Freilich wenn dieselbe nicht zu Stande kam — und am Wiener Hofe gab man wenig Hoffnung —,

1) Puebla an Maria Theresia (unter den intercipirten Correspondenzen) 27. Oct. 1750: nach Briefen von Newcastle habe Vorster in Hannover gesagt, qu'il espéroit d'obtenir cette cour (von Berlin) en conséquence de la garantie de l'Empire que V. M. offriroit à faire obtenir le Roi de Prusse.

2) Chambrier, 6. April: es scheint ihm, que l'ardeur pour la guerre avoit un peu baissé. Und am 10. April: die Abkühlung scheine daher zu stammen, daß die Darlegung von Pâris-Duverney, wie das zum Kriege nöthige Geld leicht zu beschaffen sei, von Chauvelin in einem Gespräche mit St. Severin als völlig irrig nachgewiesen und nur zu klar dargelegt sei, daß es mit den Finanzen Frankreichs sehr übel stehe.

so war jetzt England mit seiner geglückten Zinsreduction der Staatsschuld und dem Amortisationsfonds wieder bei steigendem Credit, so daß es schon ein Übriges wagen konnte, während Frankreich die versprochene Rückzahlung der Kriegsschuld jetzt nach vollen zwei Jahren noch nicht begonnen hatte.

Man glaubte auch in Frankreich mit großen Maaßregeln durchgreifen zu können. Man legte auf die Provence, Bretagne, Languedoc, trotz der Proteste der Stände, die dort noch das Recht der Bewilligung hatten, eine erhöhte Steuer. Man forderte von dem versammelten Clerus $7^1/_2$ Millionen Livres in fünf Jahreszahlungen, um einen Fonds für etwaigen Krieg zu haben; man befahl ihm zugleich einen Nachweis über das gesammte Kirchengut, um dessen künftige Besteuerung zu regeln.[1]) Solche Declaration war schon vor 25 Jahren vergebens gefordert worden; daß jetzt das Parlament den erneuten Befehl registrirte, steigerte nur den Widerstand des Clerus, die Misstimmung in der Menge. Schon im Mai, als plötzlich die Bettelkinder in den Straßen von Paris von der Polizei aufgegriffen wurden, waren Aufläufe bedenklicher Art entstanden; die Weise, wie sie unterdrückt, die Schuldigen bestraft wurden, hatte die Erbitterung nur gefährlicher gemacht. Die Krone hatte weder Entschlossenheit noch Macht genug, wie Maria Theresia es verstand, durchzudringen. Daß die Dauphine statt des gehofften Thronerben eine Tochter gebar, daß bei den vom Hofe auf diesen Anlaß gegebenen Festlichkeiten das Volk in Paris seine üble Laune gegen die Minister, die Pompadour, den König selbst frech genug bemerklich machte, drückte schwer auf die leitenden Kreise.

Nur um so mehr: kein Krieg jetzt. Selbst Mustapha Agas Anwesenheit in Berlin schien den Herren in Paris Sorge zu machen, und was ihnen dabei von dem östreichischen, sächsischen, englischen Gesandten mitgetheilt wurde, nährte ihren Argwohn.[2]) Es geschah vielleicht in

---

1) Die Krone macht geltend: que le clergé n'a le droit des impositions sur lui-même pour subsides, pour subvenir aux besoins de l'état, qu'il ne l'a que comme dépositaire de l'autorité du Roi; Argenson, mém. VI. p. 248.

2) Chambrier, 19. Aug., er fürchte: que le marquis de Puysieulx ne cherchât peut-être trop de finesse dans l'envoi auprès de V. M. de ce ministre Tartare, et qu'on ne soupçonnat que c'est un tour pris dans le plus loin par l'habitude de V. M. pour donner aux affaires la tournure que V. M. souhaiteroit qu'elles prissent. Jenen Zuflüsterungen war Puysieulx wenigstens so kühl begegnet, daß sie bald aufhörten.

der Hoffnung, um so eher die fortglimmende Gluth im Norden — denn die englischen und östreichischen Beschwichtigungen halfen in Petersburg wenig — endlich auszulöschen, daß man Bernstorff, den dänischen Gesandten in Paris, mit in das Geheimniß der von Mirepoix angeregten Garantie zog. Daß man sich bemühte, ihn an die Stelle des leitenden Ministers in Copenhagen, für die nach Schulins Tod (April 1750) Graf Lynar bestimmt war, zu bringen, obgleich oder weil man wußte, daß er kein Freund Preußens war, — gewiß um so mehr gewann man sich in London und in Wien Dank damit. Wenigstens indirect äußerte man gegen Chambrier, was man wünsche: wenn man die Wahl des Erzherzogs doch nicht hindern könne, so möge Preußen sich dabei so viel Vortheil als möglich ausbedingen. „Die Wahl des Erzherzogs Joseph", schrieb Chambrier 25. September, „sieht man hier als eine Sache an, die unfehlbar statt finden wird; der König von England giebt sich persönlich alle Mühe für diese Wahl, nichts anderes liegt ihm so am Herzen; man ist hier weit entfernt sie kreuzen zu wollen; die französischen Minister sprechen mit Gleichgültigkeit von derselben, schon seit lange scheinen sie darüber ihren Entschluß gefaßt zu haben, sowie daß Kurpfalz sich mit dem Wiener Hofe verständigen solle; und da sie glauben, daß die Sache damit abgethan sein wird, so werden sie sich nicht weiter darum grämen; Alles, was die französischen Minister jetzt beschäftigt, ist die Herstellung der durch den letzten Krieg zerrütteten Finanzen".

„Da sie die Wahl Josephs für eine Bagatelle ansehen, werde ich mich nicht mehr als nöthig darein mischen", ist Friedrichs Antwort darauf.

Nicht in dieser Wahl lag ihm der entscheidende Punkt, nicht einmal für seine Stellung im Reiche.

Mochte Maria Theresia Großes zu gewinnen meinen, wenn sie das Kaiserthum ihrem Hause „auf zwei Leben sicherte", Friedrich II. giebt in seinem Testament von 1752, auf die Frage, die sein Thronfolger an ihn richten konnte: „warum er nicht die Kaiserkrone, die doch durch kein Reichsgesetz einem Protestanten unzugänglich sei, an sein Haus zu bringen gesucht habe" — den dringenden Rath, nicht nach dieser höchsten Würde zu trachten: „Ein König von Preußen

muß lieber seine Kraft daran setzen eine neue Provinz zu erwerben, als sie an einen leeren Titel zu vergeuben".[1])

Das traurige Beispiel der Wahl von 1742 hatte jeden, der sehen wollte, gelehrt, daß die kaiserliche Macht und Vollkommenheit nur ein Phantom, nur eine leere Doctrin sei, wenn nicht der Einfluß der eigenen Macht dessen, der sie übernimmt, ihr Wirkung giebt. Und Einfluß haben ist nicht regieren.

Vielleicht war eine Form denkbar, in der dieß Reich deutscher Nation, richtiger dieß Durcheinander von Kurfürsten, Fürsten und Ständen, in das es sich zersetzt hatte, sich einheitlich zusammenfassen, so geeint in bindenden Pflichten und Rechten, die Freiheit und Autonomie im Innern sichern, den Gefahren von Außen die Stirn bieten konnte. Der Versuch solcher Reichsföderation, den Friedrich II. 1743, als die pragmatische Armee ins Reich einzubrechen drohte, gemacht hatte, war erfolglos gewesen, nicht minder erfolglos der von 1746, als es galt die Neutralität des Reichs und namentlich der vorderen Kreise zwischen Frankreich und Östreich zu behaupten; und die Association, die Anfangs 1748 Würtemberg, Cöln, Pfalz, einige andere Fürsten in Angst vor dem anrückenden russischen Corps schließen wollten und zu der sie Preußen einluden, kam nicht über die Vorfrage hinaus. Das Reich bestand und wanderte seines blinden Weges weiter.

Und mehr noch: die Reichsverfassung, das will sagen die Zustände im Reiche, wie sie schließlich auf Grund der Religionsspaltung und des westphälischen Friedens, der Wahlcapitulationen seitdem, des jüngsten Reichsabschieds, des Breslauer und Dresdner Friedens geworden waren, sie hatten, wie verworren und unbehiflich sie sein mochten, schon nicht mehr allein in ihrer vis inertiae, in der Wucht und Zähigkeit der trägen Elemente ihre Gewähr. Daß jetzt in erprobter Macht ebenbürtig Preußen neben Östreich stand, daß das Reich nicht mehr einen Mittelpunkt, sondern zwei Pole hatte, hielt wie eine Axe die lockere Masse durcheinandergewirrter Territorien rotirend zusammen und auseinander; Preußen, das auf demselben Boden des jus territoriale erwachsen war, auf dem sie standen, sicherte sie vor dem Reichsdespotis-

---

1) . . . qu'un Roi de Prusse doit plutôt s'efforcer d'acquérir une province que de se décorer d'un vain titre, que les premiers soins que vous devez prendre, sont de porter l'état au point de grandeur dont je vous ai fait un tableau idéal, et qu'enfin il ne vous est pas permis de sacrifier à la vanité qu'après avoir solidement établi votre puissance.

mus, den Östreich wollte und wollen mußte, um seine europäische Bedeutung zu behaupten; und Östreich sicherte eben so ihre Reichsfreiheit vor der mächtigen Anziehungskraft, mit welcher die erste wirkliche Staatsbildung im Reiche und deren innere Politik auf die verkommenen Territorien ringsum und auf das deutsche Gefühl ihrer Bevölkerungen hätte wirken können. Das war bis auf Weiteres dem „Reich" genug. Die Fürsten und Stände konnten, so lange Östreich und Preußen Rivalen blieben, ihr Kleinleben weiter führen, wie sie gewohnt waren, das „geheiligte Band zwischen Haupt und Gliedern" feiern, das ihnen mit jenem Dualismus immer loser und leichter wurde, oder der teutschen Freiheit genießen, ohne für die Erhaltung der teutschen Einheit Mühe und Kosten aufzuwenden. Sie hatten ja das Schicksal des Reichs nicht zu bestimmen noch zu verantworten, und konnten um so behaglicher über den Schaden Josephs jammern. Für den unwahrscheinlichen Fall, daß sich über ihre Häupter hinweg und auf ihre Kosten die beiden Rivalen verständigen sollten, wies ihnen der Rheinbund von 1658 und Peters des Großen Triumphzug über die Weichsel, Oder, Eider die Wege der Rettung.

Freilich ein höchst schwankender, höchst irrationaler, ein unmöglicher Zustand, der nur noch verworrener dadurch wurde, daß Kurhannover mit dem Gelde und der Macht Englands deutsche Politik machte, Kursachsen sich an der faulen Last der polnischen Krone und dem Prunk für sie erschöpfte, an Holstein Dänemark und der russische Thronfolger zerrten und zehrten, von den sieben nassauischen Fürstenthümern etliche an Oranien-Holland hingen u. s. w.

Nicht auf dem Wege der Föderation war den deutschen Landen zu helfen — nicht mehr oder noch nicht. Für jetzt war und blieb das Wesen und Unwesen des Reiches Alles, was ihnen von Einheit noch übrig und möglich war, und ihre Freiheit die Bedrücktheit und Verkümmerung in engen und engsten Kreisen.

Mit der particularen und localen Entwickelung, die einst der Nation eine Fülle reichen und eigenartigen Kleinlebens gebracht, mit der Reformation, in der sie die Gewißheit und Wahrheit ihres geistigen Lebens gerettet hatte, war ihr politisches Gemeingefühl abgestorben; nach Außen ohnmächtig, im Innern zerbröckelt und sich selber entfremdet, war sie in dem Kriege der dreißig Jahre zertreten und verödet. Und diese Trümmerstätte, todtes und noch lebensfähiges wüst durcheinander, hatte der westphälische Friede gefeit, damit die Mitte Europas für immer ohnmächtig bleibe.

Da gab es hunderte von kleinen Gliedern des corps germanique, die bei ihrer garantirten Landeshoheit von dem, was sie einst gewesen, nur noch den Titel und Namen hatten, als Obrigkeiten, die sie sein sollten, Carricaturen waren, von dem sinkenden Capital ihrer Existenz zehrten, politische Nieten. Und in den übrigen, den größeren und großen Territorien, den alt- und neufürstlichen, den weltlichen und geistlichen, wiederholte sich in Stadt und Land derselbe Zug der Zerbröckelung und Verkommenheit unter communaler Selbstverwaltung und unverantwortlicher Gutsherrlichkeit, zehrte an den Wurzeln des Gedeihens. Was die große, was die deutsche Politik fordern mochte, — sie zuckten die Achseln, da für Jeden das maaßgebende Interesse seine ratio status war, sich in seinem Stand und Wesen so gut und so lange als möglich zu erhalten.

Von allen deutschen Fürstenhäusern hatte nur das Haus Brandenburg in hundertjähriger Arbeit aus seinen vielerlei Territorien einen Staat gemacht. Maria Theresia eilte mit dem Frieden von 1748, ihre Kron- und Erbländer in hastigen Reformen desselben Weges zu führen, Hannover hatte wenigstens Opulenz und des Königs gefüllten Schatz.[1]) Alle anderen waren in ihrer inneren Politik schlaff und lahm, wirthschaftlich im Verkommen.

Mit der großen Bewegung, die 1740 begonnen, trat das in erschreckender Weise an das Licht. Sie reichten mit ihren Mitteln kaum mehr, auch nur für das Tägliche, Dringendste, für den Bedarf von Haus und Hof aus. Sie hatten Nahrungssorgen; sie zehrten an ihrem Lande; sie gaben ihre Stimme bei Wahlen und am Reichstage feil; sie hielten Soldaten, um mit ihnen Subsidien zu verdienen; sie brauchten in der Form von Anleihen in Bern, Basel, Amsterdam, in Verpfändungen ihrer Domänen, in anticipirten Steuern, etwa in der Form von Steuerscheinen, die Erträge künftiger Jahre voraus. Wo, wie im Hause Pfalz, Nassau, Hessen, bei den Ernestinern, den Holsteinern, bei den Hohenlohe, den Fürstenberg, das Territorium in mehrere Linien getheilt war, wuchs die Bedrängniß um so rascher; da müssen die jüngeren Söhne in fremder Herren Dienste gehen, weil sie von ihrer dürftigen Apanage nicht leben können; und der Regierende, wenn er, wie Herzog Karl von Braunschweig,[2]) zwei fürstliche Vettern zu dotiren,

1) Nach der Schätzung der Prinzeß von Wales 4 Millionen, nach Dobbingtons Schätzung 12—15 Millionen Pfd. Sterl.; Dobbington, Diary 29. Mai 1754.

2) Herzog Karl schreibt an seinen Bruder Prinz Ferdinand, 9. Dec. 1749: er

für zahlreiche Brüder und Söhne zu sorgen, zahlreiche Schwestern und Töchter auszustatten hat, muß sein Land mit immer neuen Prinzessinnensteuern heimsuchen, immer neue Anleihen machen, die endlich bei einem Fürstenthum von 180 000 Seelen 12 Millionen Thaler betragen. Aber man muß standesmäßig leben, bauen und prunken, um „die Größe des Hauses“ aufrecht zu halten. Schlimm für das Land, wenn der Fürst ohne ständische Mitregierung nach Belieben und Bedürfniß schalten kann, wie in den Pfälzer Ländern, im Nassauischen; schlimmer noch, wenn Prälaten, Ritterschaft und Städte den Daumen auf dem Beutel haben, wie in den mecklenburgischen Landen, wo die Executionsschuld allein auf die landesherrlichen Einkünfte geschoben, von den 34 Ämtern 8 an Hannover, 7 an Preußen in Hypothek abgegeben werden; — oder gar wenn die Herren Stände, wie in Kursachsen, es geschehen lassen, daß mit der Verarmung des Landes die Verschwendung des Hofes und das Privatvermögen der Minister und ihrer Brüder und Vettern nur um so auffälliger wächst. In den geistlichen Fürstenthümern zehrt mit dem geistlichen Hofhalt und seiner schlotternden Verwaltung zugleich die stattliche Reihe der vornehmen Herren im Capitel, der sonstigen Prälaten, Pröpste, Pfründner u. s. w., und auch da werden zur Deckung der Kosten, die die Güter der Kirche und das Land nicht mehr aufbringen können, Soldaten ausgehoben und gegen Subsidien ausgethan, wie die Herren Stände im Bisthum Münster gelegentlich ihren Landesherrn um die Erlaubniß bitten, 10—12 000 Mann für Holland zu werben, „da das Land von junger Mannschaft wimmele“.

Das ist die andere Seite desselben jus territoriale, aus dem seit dem Großen Kurfürsten der preußische Staat erwachsen ist. Friedrich II. wirft in jenem Testament von 1752 die Frage auf: ob sich das wüste und verwucherte Wesen des Reichs erhalten werde.[1]) Er ist

müsse die von den Seemächten ihm gebotenen Subsidientractate annehmen: je me vois presque obligé de réparer tant soit peu les pertes infinies et les circonstances fâcheuses des douaires excessifs, des dettes du feu monseigneur notre père et des dépenses causées par les catastrophes et bonheurs de ma famille. Si même je me voulois condamner moi-même de porter le rude joug qui me presse depuis ma régence et d'être le souffre-douleur ma vie durante, je laisse après moi une famille nombreuse qui se voyant tellement embourbée maudiroit ma mémoire en mangeant et ruinant le reste des finances du pays, après quoi notre maison sera plus malheureuse que celle d'un particulier aisé.

1) Ce gouvernement suranné et bizarre se soutiendra-t-il? Und an einer anderen Stelle: à la honte de ma nation je suis obligé d'avouer que jamais l'intérêt public n'a été sacrifié davantage à l'intérêt personnel que cela arrive à

nicht so doctrinär zu meinen, daß da geholfen, schon jetzt geholfen werden könne: „Die Eifersucht der Glieder des Reichs und die der benachbarten Mächte wird es erhalten; aber ich glaube nicht weniger, daß die Zahl der kleineren Fürsten und Stände, namentlich der Reichsstädte, sich fort und fort mindern wird; bei meinen Lebzeiten sind Zeitz, Merseburg, Weißenfels an Kursachsen, Ostfriesland an Preußen, Hanau an Hessen, Lauenburg an Hannover gekommen; wenn das Haus Baiern ausstirbt, werden Baiern, Kurpfalz und Zweibrücken Ein Staat; gewiß fällt Osnabrück beim Tode des Kurfürsten von Cöln an Hannover, vielleicht Mecklenburg und Anspach-Baireuth an Preußen. Ähnlich mit den Reichsstädten: Dänemark ist auf Hamburg lüstern, Sachsen auf Erfurt, Baiern auf Augsburg, Würtemberg auf Ulm, Kurpfalz würde sich gern mit Frankfurt arrangiren, Hannover gern Bremen und Lübeck haben. Bei den geistlichen Fürstenthümern ist keine Veränderung in Aussicht, außer bei Osnabrück."

Wie irrte die europäische Meinung, die ihn rastlos auf neue Eroberungen, auf den Umsturz alles Bestehenden sinnen ließ. Von der Zeit und dem, was sie bringen wird, erwartet er die allmähliche Heilung der Schäden im deutschen Wesen, die niemand sicherer erkennt und schwerer empfindet als er. Wenn den größeren Fürstenhäusern mehr und mehr anfällt, wenn sie dann mit den größeren Mitteln ihre größeren Pflichten erkennen, wenn sie, falls nicht nach dem preußischen, so doch nach dem östreichischen Muster, reformirend aus ihren Territorien lebensfähige, in sich pulsirende Organismen machen, dann wird es möglich sein, in einem Fürstenbunde die Einheit des Reiches neben dem Kaiser, die Freiheit seiner Glieder auch gegen den Kaiser sicher zu stellen.

Für jetzt steht Friedrich II. auch im Reiche so gut wie isolirt. Er kann auf keinen seiner Mitstände rechnen; selbst die ihm nächstverwandten, die beiden Markgrafen in Franken, jeder mit einer seiner Schwestern vermählt, selbst der Herzog Karl in Wolfenbüttel, der ihm dreifach verschwägert ist, demnächst auch der junge Herzog Karl Eugen von Würtemberg, den er seiner „geliebtesten Schwester" Tochter ver-

---

présent. Un roi d'Angleterre passe la mer avec un sac de guinées, et des sommes modiques servent à corrompre les plus puissants princes du corps Germanique. Ils sont devenus marchands, ils trafiquent du sang de leurs sujets, ils vendent leurs voix dans le collège des Princes et dans celui des Électeurs; je crois qu'ils vendroient leurs personnes si se trouvoit quelqu'un qui les vouloit payer.

wählt hat, mistrauen ihm und fürchten ihn, umgeben sich mit Räthen, die hannövrisch oder kaiserlich gesinnt sind. Selbst die beiden Mecklenburger Herzoge weichen lieber vor ihrer übermüthigen Ritterschaft, die sich auf Hannover stützt, als daß sie ernstlich und aufrichtig Rath und Beistand in Preußen suchen sollten, das, dem dahinwelkenden Fürstenhause erbverbrüdert, dessen natürlicher Rückhalt sein mußte. Selbst die Anhaltiner Herren lassen sich wohl die hohen Stellen in Friedrichs Armee und dessen Unterstützung ihres Protestes gegen den hannövrischen Besitz Lauenburgs gefallen, aber sie halten sich immer das Thor nach Dresden und Wien offen. Selbst die Verbindung mit Kurpfalz ist ihm nur sicher, so weit Frankreich sie braucht und brauchen will, und er weiß, daß der pfälzische Baron Beckers, der frühere Gesandte in Berlin, jetzt in Wien, an der Hand von Graf Ulfeld seine Doppelrolle zwischen Blondel, Graf Barck und Graf O. Podewils spielt. Nicht minder scheu sehen die anderen vom Hause Wittelsbach, Cöln, München, Lüttich auf ihn, wenn sie auch gelegentlich sehr bereit sind, Gefälligkeiten von ihm anzunehmen. Und wie fürchten und hassen ihn die geistlichen Fürsten, der Kurerzcanzler an ihrer Spitze; in den katholischen Territorien gilt er als der Feind der Kirche, als Gottloser, als der leibhaftige „Gott-sei-bei-uns“.

Immerhin, ihm gilt für seine politischen Beziehungen als Regel, „sich alles persönlichen Hasses und aller Vorurtheile, den günstigen wie ungünstigen, zu enthalten, allein nach dem Interesse des Staates zu denken und zu handeln.“ Und die deutschen Fürsten werden über kurz oder lang inne werden, daß Preußen eher sie entbehren kann, als sie Preußen.

Mag Frankreich der Königswahl ohne Preußen und Kurpfalz ihren Lauf lassen wollen, unmöglich kann es ruhig mit ansehen, daß ein Kurfürst nach dem andern an den englischen Karren gespannt wird, daß auch von den armirten Reichsfürsten die einen schon mit englischen Subsidien gewonnen sind, die anderen nur darauf warten, sich auch heuern zu lassen: es muß erkennen, „daß Alles, was in Hannover geschehen ist, direct gegen Frankreich geschieht“. So schreibt Klinggräffen am 24. September; zum dritten Mal stellt Friedrich II. an Frankreich die Frage der Wahl (17. October).

Er hat vorläufig in Cassel, Gotha, Wolfenbüttel sondirt, ob sie wohl Truppen in Sold geben würden. Nicht nur sie zur Verfügung zu haben, falls es über die Wahl zum Äußersten kommen sollte: „Ich

werde meine Stimme nicht dazu geben, die Wahl wird nichts desto weniger erfolgen, es wird ein Federkrieg daraus entstehen".

Da tritt eine Wendung ein, die er so bald nicht erwartet hat. Am 20. October ist in seiner Hand ein Bericht Klinggräffens aus Hannover über Wredes Abschiedsaudienz bei Georg II.: der König hat noch einen letzten Versuch gemacht, ihn mit den größten Zusicherungen zu gewinnen, hat dem Kurfürsten volle Entschädigung von Seiten Östreichs versprochen, hat ihm dann, da Alles vergeblich, den Rücken gekehrt. Klinggräffen sendet eine Denkschrift Wredes mit ein, die erörtert, wie man des Weiteren verfahren könne, die Wahl hinzuhalten.

Also für jetzt ist Georgs II. Project flügellahm.

An demselben 20. October überreicht Puebla jenes Memoire, das die Reichsgarantie in Aussicht stellt.

Also der Wiener Hof beginnt einzulenken.

Sofort sendet Friedrich II. an Klinggräffen die Weisung, sobald er seine Abschiedsaudienz gehabt, nach Berlin zu kommen, da er zu einer anderen Sendung bestimmt sei. Nur dem Minister Podewils theilt der König unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses mit,[1]) daß er Klinggräffen für Wien, wo man sich ohne triftige Gründe den Herr v. Voß verbeten, bestimmt habe; er will sich keinem zweiten Affront aussetzen, er wird Klinggräffen ohne weiteres Vorfragen nach Wien senden, er wird ihm keine empfehlende Handschreiben an die kaiserlichen und östreichischen Minister mitgeben, so wenig wie es bei O. Podewils' Sendung geschehen ist.[2])

Mit den Erbietungen wegen der Reichsgarantie zugleich ist an Puebla die Weisung gekommen, den König von Preußen um seine Stimme in der Königswahl zu bitten, mit dem Vermerk: „dieses petitum nicht mit jenem Erbieten zu confundiren, weil der Kaiser den üblen Nachruhm nicht haben will, als ob er das Votum von der Auswirkung der Reichsgarantie abhängig machte". Die „ganz besondere Befriedigung",[3]) mit der ihm auf das Erbieten vom 20. October

1) Rescript an den Minister v. Podewils, 19. Oct. Eichel bemerkt am Schluß: „Nota, das Datum ist gewisser Ursache halber mit Fleiß auf den 19. gesetzt".

2) So Minister Podewils, 26. Oct., auf eine Anfrage Vockerodts. Die Instruction für Klinggräffen ist am 14. Nov. geschrieben, und am 27. Nov. von Friedrich II. vollzogen. Klinggräffen reist 14. Dec. aus Berlin ab.

3) Puebla an die Kaiserin, 27. Oct. (abschriftlich in der intercipirten Correspondenz): cette déclaration ayant produit l'effet qu'on devoit s'en promettre et ayant causé un contentement des plus particuliers u. s. w.

geantwortet worden war, bestimmte Puebla, schon am 26. October den Wahlantrag zu stellen: die kaiserlichen Majestäten würden, sobald sie von der Geneigtheit des Königs unterrichtet seien, nicht unterlassen, selbst an ihn darüber zu schreiben, wie in ähnlichen Fällen geschehen sei.

Also Maria Theresia öffnet dem König eine Thür, in die Frage einzutreten, von der ihn Georg II. hartnäckig ausgeschlossen hat. Und indem er von den bisherigen Verabredungen keine Kenntniß hat, indem ihm nichts weiter mitgetheilt wird, als der Wunsch der kaiserlichen Majestäten, daß der junge Erzherzog gewählt werde, ist er in der Lage, vorerst über die Vorfrage, ob überhaupt jetzt solche Wahl nöthig, ob die vorgeschlagene angemessen sei, sich mit ihnen zu verständigen.

Die Gegner selbst haben es ihm in die Hand gegeben, die Kritik dessen zu machen, was sie ohne ihn und trotz ihm zu Stande zu bringen gedacht hatten. Und indem er, als wisse er nichts von dem, was sie schon gethan, wie weit sie sich schon vorgewagt, die Unhaltbarkeit und Werthlosigkeit aller der Positionen, die sie schon gewonnen zu haben glauben, beleuchtet, werden sie ihre schon vorgeschobenen Laufgräben und Minen und Approchen aufgeben und das Glacis der Festung, die sie mit einem Handstreich zu nehmen gedachten, räumen müssen.

Oder wollen sie nur gefragt haben? erwarten sie eine ablehnende Antwort? ist es ihre Absicht, eine solche zu erhalten? ist es darum, daß, wie die Zeitungen melden, die russischen Truppen gegen Finnland auf 69000 Mann gebracht sind, die gegen die preußische Grenze bei einander bleiben, und daß die des Wiener Hofes „sich in der ernsthaftesten Verfassung erhalten"?

Preußen und die Königswahl.

Handhaben genug zur Kritik der eingeleiteten Wahl boten die Reichsgesetze, von der Goldenen Bulle an bis zur letzten Wahlcapitulation.

Sie hätten genügt, das Project, ehe es flügge geworden war, abzuthun, wenn Frankreich, als Friedrich II. im November 1749, als er im April 1750 fragte, sich so erklärt hätte, wie man nach dem französischen Interesse erwarten mußte.

Endlich auf die dritte Frage vom 13. October ermannte sich Puysieulx; am 27. October hatte Tyrconnell seine Antwort, theilte sie an

Podewils mit: Frankreich habe den Mannheimer Hof mit allen Schrecknissen, selbst mit Zurückziehung der Garantie für Jülich-Berg bedroht, wenn er weiche, — ihm zugleich die besten Versicherungen gegeben, wenn er Stand halte; und so sei es geglückt; Puysieulx versuche, Cöln wiederzugewinnen, mache Baiern zögern, warne in Mainz vor übereilter Berufung der Kurfürsten; er bedauere, daß Chambrier vor der Wahl nur unbestimmt, „als habe er ihm den Puls fühlen wollen", gesprochen, nicht das Geringste darüber geäußert habe, was Preußen zu thun gedenke. „Aus Allem ergiebt sich", bemerkt Podewils in seinem Bericht an den König vom 27. October, „daß man gern etwas thun möchte, wenn S. M. hervortrete; daß man durchaus wissen will, was S. M. zu thun gedenkt." [1])

Am folgenden Tage sprach Friedrich II. Tyrconnell; er sagte ihm, wiederholte ihm dann schriftlich: er habe in Betreff der Wahl, als es noch Zeit gewesen vorzubauen, in Versailles sondiren lassen, man habe die Sache als weit entfernt und von geringer Bedeutung behandelt; jetzt sei die Lage der Dinge völlig verändert; der König von England habe seine Börse geöffnet, mit nur zu gutem Erfolg; jetzt handle es sich darum, was noch geschehen könne. Es seien drei Möglichkeiten: entweder daß beide, Kurbrandenburg und Kurpfalz, der Wahl beistimmen; oder sie zu einer Wahlcapitulation benutzen, die dem künftigen Kaiser die Hände binde, und zugleich Frankreichs Garantie des westphälischen Friedens in Erinnerung bringen; oder daß sie sich mit offener Gewalt der Wahl widersetzen. Der erste Weg würde für beide entehrend sein, der dritte Europa an allen vier Ecken in Flammen setzen und doch schwerlich zum Ziele führen, da Preußen die Russen und Östreicher, Frankreich die Armeen Englands, Hollands, die Heere des Reichs, vielleicht Italiens, zu bestehen haben würde. So empfehle sich am meisten der zweite Weg: der, den künftigen Kaiser durch eine Wahlcapitulation zu binden und Frankreich um deren Garantie zu bitten.

Er übersandte an demselben Tage seinen Ministern einen Ent-

1) Ähnlich Chambrier, 25. Oct. 1750 nach seiner Unterhaltung mit Puysieulx in Folge des Rescripts vom 13. Oct.: er wisse que c'est sur V. M. qu'on rejette ici la situation où les affaires sont présentement en Allemagne; denn das französische Erbieten vor fünf bis sechs Monaten, für französische Subsidien Reichsfürsten in Sold zu nehmen, habe Preußen abgelehnt. Frankreich fürchte Krieg, sei aber überzeugt qu'aucune puissance n'attaquera la France, et que si elle n'entre pas à la guerre la première, on la laissera tranquille.

wurf, wie „ungefähr“ auf Pueblas Antrag geantwortet werden solle: er wünsche in Allem zu zeigen, wie gern er bei allen Gelegenheiten und so auch in deiser Sache den kaiserlichen Majestäten entgegen komme; und gewiß werde für eine solche Wahl der Erzherzog einer der Candidaten sein, die am meisten in Betracht kämen; aber er stelle anheim, ob eine Wahl gerade jetzt, wo der Kaiser in voller Manneskraft und Gesundheit stehe, nothwendig sei, ob dem Reich, wenn der Kaiser, was Gott verhüten wolle, plötzlich sterbe, ein Kaiser unter Vormundschaft heilsam sei; er möchte rathen, die Wahl bis zur Volljährigkeit des Erzherzogs zu verschieben, was auch den Reichsgesetzen und der Würde des Reichs entsprechender sein würde.

Podewils und Finckenstein hatten diesen Entwurf in einzelnen Ausdrücken geändert, namentlich auf den Wunsch Tyrconnells die Bemerkung hinzugefügt, daß zuerst, da das ganze Reich bei einer solchen Wahl interessirt sei, untersucht werden müßte, ob die für dieselben angeführten Gründe der Wahlcapitulation von 1745 und dem Artikel 8 (habeantur) des westphälischen Friedens entsprächen (28. October). So verändert hatten die Minister das Schriftstück, ohne es zur Genehmigung ins Cabinet zu senden, an Puebla übergeben.

In scharfen Worten verwies ihnen der König (1. November) solche Eigenmächtigkeiten: „Jetzt ist es nicht mehr ungeschehen zu machen; Punkte von großer Bedeutung, die ich mir für eine spätere Gelegenheit vorbehalten hatte, sind damit verbraucht, der Plan, den ich mir gemacht, wird dadurch ein Wenig gestört“.

Er hatte allen Grund sich vorzusehen. Jene Erwähnung des Art. 8 hatte Tyrconnell gewünscht, weil das in der Frage der Wahl der einzige Punkt sei, der die altfürstlichen Häuser angehe und sie in Bewegung bringen könne. Zugleich lautete Chambriers Bericht in Betreff der Subsidien für 20 000 Mann, die Frankreich vor sechs Monaten angeboten hatte, mehr als bedenklich; man mache Preußen für die jetzige Lage der Dinge im Reich verantwortlich, das nicht damals Frankreich beim Wort gehalten und die Fürsten gleich in Dienst genommen: „Man ist jetzt hier mit dem Gelde mehr genirt, als in der Zeit, da man jene Subsidien anbot; Frankreich wünscht nicht zuerst zum Vorschein zu kommen, indem es jene Subsidien bietet, sondern von den Reichsfürsten als Garant des westphälischen Friedens angerufen zu werden“ (25. October, 1. November).

Friedrich II. war auf das Äußerste erstaunt; dieser Wechsel in der

Ansicht Frankreichs schien nicht bloß Folge der bedrängten Finanzlage: „Ich muß annehmen, daß sie gar kein festes und stätiges System haben, sondern von einem Tage zum andern wechseln". Er hatte seine vorläufigen Unterhandlungen mit einzelnen Fürsten fortgesetzt; er hatte namentlich Anfangs October, als Prinz Ferdinand zum Besuch nach Wolfenbüttel reiste, diesen mit ausdrücklicher Zustimmung Tyrconnells beauftragt, seinem Bruder dem Herzog bestimmtere Anträge zu machen; er wußte aus sicherer Quelle, daß der Herzog von den Seemächten, auf deren erneute Subsidien er mit Sicherheit gerechnet hatte, nicht eben in schonender Weise um seine Hoffnung gebracht war, und das gerade in den Tagen, wo sein östreichischer Bruder auf der Reise nach Holland in Wolfenbüttel verweilte:[1]) um so mehr von Bedeutung schien es, daß der Herzog jetzt durch seinen preußischen Bruder dem andern System zugeführt wurde.

Tyrconnell, dem Chambriers Bericht gezeigt worden war und der gleichzeitig die entsprechenden Weisungen aus Paris erhalten hatte, versicherte erst den Minister Podewils, dann in einer Unterredung mit dem König (10. November), daß Frankreich seine Ansichten keineswegs geändert habe, daß es seine Erbietungen noch zu erfüllen gemeint sei, daß die eben jetzt mit Würtemberg direct angeknüpften Verhandlungen ein Beweis dafür seien. Friedrich II. darauf: da die Verhandlung mit Wolfenbüttel nicht Frankreichs Gunst zu haben scheine, so könne er sich nicht weiter darein mischen, sondern werde ihm, dem Grafen, des Herzogs Antwort zustellen: „Es ist passend, daß ein Minister Frankreichs die Bedingungen feststellt, die Frankreich erfüllt, ich mache in diesem Geschäft nur den Makler".

---

1) Schon im Nov. 1749 hatte Prinz Ferdinand eine Anfrage der Art bei Herzog Carl machen müssen, er war nicht ohne Bitterkeit zurückgewiesen worden. Den 10. Oct. 1750 theilte der König dem Grafen Tyrconnell aus intercipirten Briefen mit, daß sich der Herzog an Puebla mit der Bitte gewandt, die Erneuerung seines Vertrages mit den Seemächten bei Williams zu befürworten, damit er nicht gezwungen sei, sich mit Frankreich und Preußen einzulassen, daß Williams darauf zu vernehmen gegeben habe: que l'affaire rencontreroit bien des difficultés à sa cour, daß Puebla und Groß auch nach Hannover in dieser Sache vergebens geschrieben hatten. Aus einer späteren Relation Pueblas, ein Paar Tage nach dem 20. Oct., ergiebt sich, daß trotz der Besorgniß, die Prinz Ferdinands Abreise erregte, trotz Großens Hinweis darauf, daß wohl braunschweigische statt preußische Truppen nach Schweden gesandt werden möchten und also die preußische Armee dadurch nicht gemindert werden würde, Williams wiederholte, daß keine Hoffnung auf Subsidien für den Herzog Karl sei.

So vermittelt kam nach sechs Wochen dieser Vertrag zum Abschluß.

Daß Frankreich noch mit sich nicht einig war und schwankte, konnte Friedrich II. nicht ändern. Aber wenn König Georg — am 6. November reiste er von Hannover ab — Deutschland verließ ohne zum Ziel gekommen zu sein, so mußte man den Eindruck dieses Mislingens nicht unbenutzt zerrinnen lassen. Um so weniger, da, wenn Frankreich so ausspannte, die Frage um so schärfer eine deutsche wurde, ihre friedliche Lösung zu sichern um so nothwendiger war.

Und darin wieder traf Preußen ein wesentliches Interesse Frankreichs[1]): „Es ist wie ein Werk der Vorsehung, daß finanziell nicht bloß Frankreich, sondern auch die anderen Mächte nicht in der Lage sind, Krieg zu machen; es gäbe sonst einen allgemeinen Umsturz". Nur darf nicht von Hannover und Wien die Wahlfrage entschieden werden, „mit Ausschluß von Frankreich, von Preußen und in gewisser Art von Kurpfalz". In diesem Sinn sprach Friedrich II. mit Tyrconnell (20. November): „Ich will mein Möglichstes thun, daß der Wiener Hof sich gedrängt sieht, bei Frankreich darum Schritte zu thun und sich der Nothwendigkeit fügt, mir und dem Mannheimer Hofe, von dem ich unzertrennlich bleiben werde, Zugeständnisse zu machen".

Schon erfuhr er, daß ein Vorschlag des Grafen Tessin, die Sicherung Schwedens zu einer Bedingung der deutschen Wahl zu machen, in Paris nicht übel befunden sei, ja daß Puysieulx dem Marquis des Issarts, dem Ambassadeur in Dresden, aufgetragen habe, dort die Fortsetzung der französischen Subsidien — denn noch waren die ersehnten englischen im weiten Felde — in dem Fall anzutragen, daß der König von Polen keine Allianz ohne Frankreichs Zustimmung zu schließen sich verpflichten wolle.

So viel Blöße gab sich die französiche Politik, — und des Issarts sagte dem preußischen Gesandten kein Wort davon. Es war hohe Zeit die Linie zu fixiren, bei der man Frankreich noch festzuhalten hoffen durfte.

---

1) Friedrich II. an Chambrier, 17. Nov. 1750. Und am 24. Nov.: Frankreich werde auch mit ihm zufrieden sein: de moi et de mes dispositions envers elle. puisqu'elle me trouve presque partout dans ses sentiments, qu'il y a une conformité de système entre nous et que les mêmes vues, les mêmes intérêts nous animent.

Denn Frankreich — das war der Eindruck, den Chambrier hatte,[1]) zumal seit Kaunitz in Versailles mit so viel Zuvorkommenheit behandelt wurde — „Frankreich wird in der Wahlsache nur durch E. M. handeln, aber sehr zufrieden sein, Ehre bei E. M. einzulegen für billigen Preis, und ohne selbst zu groß Spiel zu spielen noch über das friedliche System hinauszugehen, das man sich hier gemacht hat, mit inbegriffen die Erhaltung Preußens in seiner jetzigen Macht, soweit Garantie, Documente u. s. w. diese sichern können; denn so sehr man auch die Wichtigkeit eines sichern Friedens, bis man sich erholt hat, empfinden mag, so scheint man doch zu erkennen, wie nothwendig es für Frankreich ist, E. M. in dem jetzigen Machtbestande zu erhalten; und wenn man den Äußerungen und Andeutungen jüngster Zeit trauen darf, so scheint sich diese Meinung noch verstärkt zu haben."

Gleich darauf erbat Tyrconnell eine Audienz, um den Inhalt einer eingehenden Denkschrift, die ihm zugekommen, darzulegen. Die Unterredung fand am 30. November statt.

Frankreich empfahl eine Zuschrift von Preußen und Kurpfalz an Mainz, bevor von dort aus zur Wahl eingeladen werde. Friedrich II. rieth, erst diese Einladung zu erwarten.

Frankreich wünschte einen Vertrag zwischen Preußen und Kurpfalz betreffs der Convenienzen, die beide von Wien forderten. Friedrich war dazu bereit, doch müsse man zuvor mit Kurpfalz sich einigen, damit es nicht zu weitgehende Forderungen stelle.

Frankreich schlug vor, daß Preußen sich die kleine mährische Herrschaft Hotzenplotz in Schlesien, Bartensteins Besitz, ausbedingen, solle. Friedrich II. lehnte es ab: er wolle seine Stimme gratis geben;[2]) er habe keine sonstigen Ansprüche an Östreich zu machen, denn über die Reichsgarantie, über die schlesischen Schulden, über den schlesischen Grenzhandel, Dinge, für welche der Dresdner Friede das Nöthige vorgesehen habe, könne er sich in Separatverhandlungen mit dem Wiener Hofe verständigen.

---

1) Chambrier, 12. Nov. Darauf Rescr. 24. Nov.: weder für Frankreich noch für Preußen sei es jetzt angezeigt de s'opposer à force ouverte; also müsse man den Wiener Hof dahin bringen de revenir à la France pour faire le marché en sorte que le Palatin et moi y trouvions nos convenances u. s. w.

2) Je serois bien aise aussi de faire voir à tous les États de l'Empire que c'est nullement par un motif d'intérêt que j'agis dans cette affaire, mais uniquement pour maintenir les lois, les constitutions et les libertés de l'Empire.

Frankreich wünschte eine Wahlcapitulation. Friedrich II. erklärte sich damit einverstanden.

Endlich forderte Frankreich einen Artikel zur Sicherung Schwedens, zu der sich der Wiener Hof verpflichten solle. Auch Friedrich II. fand eine solche Bedingung heilsam, aber er zweifle, daß der Wiener und Londoner Hof Einfluß genug über Rußland hätten, um da mit derartigen Forderungen durchzubringen.[1])

Noch an demselben Tage war eine Nachricht in des Königs Hand, welche zeigte, wie die Gegner gearbeitet, einen Schritt voraus gewonnen hatten, die Nachricht von dem Beitritt Englands zu der Allianz der Kaiserhöfe.

Daß es hatte geschehen können, war die Folge der Politik Frankreichs „von einem Tage zum anderen". Mochte sie endlich inne werden, daß ihr, was sie in Deutschland versäumte, in Europa verloren ging.[2]) Für die deutsche Seite der Frage hatte Preußen sich mit der Antwort an Puebla den Weg offen gehalten.

Diese Antwort war nach ihrer Zusendung an Puebla am 30. Oktober in einer Circulardepesche an sämmtliche Kurfürsten, „in hergebrachtem collegialischen Vertrauen", mitgetheilt, über sie deren „vertrauliche Meinungsäußerung" erbeten worden. Im Laufe der nächsten Wochen liefen die Antworten ein. Kurpfalz erklärte sich höchst befriedigt; noch habe der Wiener Hof nach Mannheim nichts wegen der Wahl gelangen lassen. Von Köln kam die Antwort: der Kurfürst habe in der Wahl noch völlig freie Hand. Von den übrigen war die kurhannövrische die wichtigste: im Ton ruhig, in der Sache fest und positiv: er, Georg II, sei es, der vor Monaten diese Wahl an die Hand gegeben habe. Die Bedenken gegen dieselbe seien ohne Grund: von Betheiligung der

1) Noch am 30. Nov. schrieb Friedrich II. nach Wien an O. Podewils: mittelst des englischen Geldes habe man geglaubt in Betreff der Wahl: que l'on parviendroit aisément de brusquer cette affaire; mais on s'aperçoit à présent qu'on s'est abusé là-dedans; je ne doute presque pas que la cour de Vienne ne se voie obligée de venir demander ma concurrence.

2) Rescr. an Chambrier, 5. Dec., spricht diese Ansicht und wenn man will Mißstimmung des Königs in ganzer Schärfe aus: Ce qui me chagrine de plus et me surprend également, c'est que tous les arrangements que le Roi d'Angleterre et ses alliés prennent publiquement et dont on ne cache point qu'ils ne visent que d'avoir une supériorité décidée sur la France, pour ruiner au possible son influence sur les affaires de l'Europe, ne sachent tirer la cour de Versailles de son indolence etc.

Reichsfürsten könne jetzt so wenig, wie bei irgend einer Wahl seit 1648, die Rede sein; allerdings besage die Wahlcapitulation von 1745, daß zu einer Königswahl „nicht leichthin", nicht „ohne wichtige des Reiches Conservation und Wohlfahrt angehende Ursachen" zu schreiten sei; eben aus diesen Gründen sei die Wahl, der gewiß der mehrere Theil zustimmen werde, vorzunehmen; es gelte künftigem Blutvergießen vorzubeugen u. s. w.[1])

Nicht nach Berlin, sondern nach Regensburg sandte der Kaiser eine Erklärung, seine Gemahlin, als „erste weltliche Kurfürstin des Reichs", eine zweite, die als Antwort an Preußen gelten konnte (27. November); beide versicherten, daß ihrerseits auch nicht der geringste illegale Schritt geschehen sei, daß sie die Rechte wie der Kurfürsten so der Fürsten auf das Strengste vor Schädigung hüten würden, daß sie beiderseits nur im Interesse „des geliebten teutschen Vaterlandes" ihre Zustimmung zur Einleitung der Wahl gegeben hätten, die so unendlich viel zu der gemeinen Ruhe beitragen werde.

Maria Theresia richtete noch ein weiteres „Instructionsrescript" an ihre Beauftragten in Regensburg, das nur für die vertrauteren Kreise bestimmt, ihr Verfahren in dieser Sache erläuterte und rechtfertigte. Sie beklagte, daß man in Hannover zu früh zu viel Lärm gemacht habe, ohne an den Wiener Hof formelle Eröffnungen darüber gerichtet, ohne sich der Majorität versichert zu haben; daß Frankreich, damals noch in der Absicht der Sache keine Schwierigkeiten zu bereiten, dann erst durch Preußen und die Pfalz zu der Meinung gebracht sei, es liege in dem Vorhaben „ein größeres Dessein gegen Frankreich" verborgen; daß dann der König von Preußen, von Wien aus „auf dringendes Verlangen Englands freundschaftlich um seine Wahlstimme ersucht", die bekannte Antwort gegeben, sie den anderen Kurfürsten gesandt habe, um sie gegen die Wahl aufzureizen, „den übel gesinnten Baron Keller nach Gotha gesandt habe, in der Absicht das Wahlgeschäft bei Kurfürsten und Fürsten des Reichs zu brouilliren, seine Mitkurfürsten ängstlich und confus zu machen und Spaltungen im Reich zu stiften, um dann nach den Conjuncturen im trüben Wasser zu fischen". Um so mehr müsse der kaiserliche Hof dagegen eintreten,

1) Auf das Schreiben Georgs II., St. James 24. Nov., wurde aus dem Ministerium am 12. Dec. und auf das kurmainzische vom 29. Nov. am 29. Dec. geantwortet; besonders diese zweite Antwort ist für die preußische Auffassung der Rechtsfrage lehrreich.

jeden Schatten einer Besorgniß vor Illegalitäten oder mit der Wahl beabsichtigten Desseins zu beseitigen, vielmehr die Überzeugung erwecken, daß die Wahl nur den Zweck habe, „die innerliche und äußerliche Ruhe des Reichs zu befestigen, da durch längeres Aufschieben dieser Sache nur die kaiserliche Autorität und Würde leiden werde“ u. s. w.; beide Seemächte als Urheber des Planes könnten sich der Beihülfe, wozu sie ja Mittel vollauf hätten, nicht entziehen; man werde bedacht sein; auch in Frankreich die günstige Stimmung herzustellen; zwar sei diese Krone nicht berechtigt, sich in die Domestica des Reiches zu mischen, aber es fehle in Deutschland nicht an unruhigen Geistern, die zum Präjudiz des Vaterlandes sie dazu animirten, daher der Kaiserin-Königin Fürsorge fordere, dem zuvorzukommen und Frankreich von irrigen Principien zurückzuführen.

Der Federkrieg war eröffnet. Er regte die deutschen Höfe, groß und klein, auf das Lebhafteste auf; er gab ihnen die Empfindung, daß es nun zwischen Östreich und Preußen zur Entscheidung stehe. Daß es sich um eine Reichsfrage handelte, gab auch ihnen ein Recht, mit daran zu sein. Es galt nun für jeden, „Politik“ zu machen, für seinen Vortheil zu sorgen, seinem Schaden vorzubeugen, durch Connexionen, Vetterschaften, rührige Agenten und geschicktes Manipuliren auch ein Gewicht oder Gewichtchen hinzuthun zu können. Man müßte den Reisen des Anspacher Seckendorff, des Bamberger Bibra, des Köts von Mainz, des Keller von Gotha, auch denen des Grafen W. Bentink, des Ritter Folard u. s. w. nachgehen, um dieß Getriebe darzulegen.

In Berlin bemerkte man im letzten Drittel des November ein häufiges Kommen und Gehen von russischen, englischen, östreichischen Courieren. Der König wußte, daß nach einem Conseil in Wien, dem auch der russische Gesandte beigewohnt, zwei Couriere nach Petersburg gesandt seien. Man bemerkte, daß Puebla mit Williams sehr gespannt stehe, daß Williams ihn von oben herab behandle,[1]) sich desto näher zu Groß hielt. Was da vor sei, war nicht zu entdecken.

Hatte Klinggräffens Abberufung in Hannover „Erstaunen erregt“,[2])

1) Max von Weingartens Angabe, 29. Oct. 1750: „in der That robomontirt auch besagter Williams ganz entsetzlich in allen Sachen, und die jalousie, so Graf Puebla wider ihn gefaßt, ist bereits schon auf den höchsten point gestiegen; der Williams giebt sich in allen Angelegenheiten selbst dementis und traitirt Graf Puebla vollkommen das.“

2) Puebla an Ulfeld, 24. Okt. 1750, im Berl. Arch. Williams habe Auftrag: de faire connoître l'étonnement où on étoit sur le rappel de Klinggräffen.

so ließ man doch Williams in Berlin; er hatte Weisung, zu erklären, wenn nicht ein Anderer von gleichem Range mit ihm nach London gesandt werde, so möge man nicht erwarten, daß er lange in Berlin bleiben werde. Podewils antwortete ihm: S. M. sei weit entfernt dem Könige von England über Bleiben und Gehen seiner Minister das Geringste vorschreiben zu wollen. Von den höchst rücksichtslosen Äußerungen, die Williams sich öffentlich erlaubte, von den noch schnöderen Berichten, die er über den König, seine Minister, seinen Hof, seine Soldateska nach England schrieb,[1]) hatte man Kenntniß genug, um das englische Ministerium darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Diplomat nichts weniger als geeignet sei, das gute Vernehmen zwischen beiden Höfen zu fördern. Die Antwort war vorerst: man werde ihn zu einer Rechtfertigung auffordern. Also man hatte ein Interesse dabei, den dreisten Ritter noch länger in Berlin zu lassen.

Der Sturm sollte von einer anderen Seite kommen.

Wenn Groß, der seit Mitte October, wie man wußte, die Weisung hatte, bei nächstem Anlaß abzureisen, fortfuhr davon zu schweigen, so hatte man sich auf irgend eine Tücke nach Bestushews Art gefaßt zu halten. Der russische Courier, der am 20. November aus London über Berlin zurückging, brachte an Groß die Weisung, spätestens am 4. December Berlin zu verlassen.[2]) Ein Schreiben Warendorffs vom 10. November — es war am 28. in Berlin — sagte, daß der Großcanzler bei der letzten Audienz „mit strahlender Miene" erschienen sei, daß die Zarin besonders huldreich mit ihm gesprochen habe. Da mußte Wichtiges geschehen sein. Am Morgen des 2. December fuhr Groß, nachdem er seine Pässe gefordert und umgehend erhalten, „mit seiner Dulcinea und ein Paar Bedienten" aus Berlin, eine Strecke weit von Ritter Williams und Leopold von Weingarten begleitet.

Sofort ließ der König den Gesandtschaften in Berlin durch eine Note das Geschehene mittheilen: „Da mir die Ursachen dieser schleunigen

---

1) Michell 26. Oct., 17. Nov., 19. Dec. 1750 berichtet von solchen; also in London waren sie bekannt. Einige sind in Horace Walpole Mem. Tom. I. Append. abgedruckt, den Engländern noch heute „klare Worte eines Augenzeugen".

2) Max v. Weingarten in einer undatirten Meldung an Fredersdorf: „Gestern Abend ist der russische Courier, der von hier nach England ging, wieder angekommen und hat Groß nun wirklich Ordre, ohne Abschied von hier zu gehen; er gedenkt es am 1. Dec. zu thun". Weingarten macht die Folgerung („was das Bedenklichste dabei scheint, ist"), daß die Kaiserin auch die Approbation des Königs von England habe einholen lassen.

Abreise gänzlich unbekannt sind, es sei denn, daß der russische Hof mit mir wie aus heiterer Luft brechen will, so gestattet meine Würde nicht, daß Herr Warendorff länger in Petersburg verweilt; er hat Befehl sofort abzureisen, nur mit dem Unterschied, daß er dem Grafen Bestushew zuvor von den Gründen seiner Abreise Kenntniß giebt."

Der Befehl war bereits in Warendorffs Hand. In einer Zuschrift an den Canzler, 14. December, forderte er mit Angabe des Grundes Pässe zu seiner Abreise nach Memel. Der Canzler ließ ihm durch den Hofrath Simolin sagen, er habe ihn soeben zu einer Conferenz einladen wollen, um ihm zu erklären, warum Groß abberufen worden; da es, nachdem er seine Pässe gefordert nicht mehr angehe, übersende er ihm eine Note, welche das Nähere besage. Sie enthielt eine ganze Reihe von Beschwerden, in nichts weniger als rücksichtsvollen Ausdrücken. Vergebens suchte Warendorff geltend zu machen, daß er amtlich nichts mehr annehmen könne, daß Simolin die Note wieder mit sich nehmen müsse. Da in der Note behauptet war, daß in der Person des Groß das Gesandtschaftsrecht, wie es völkerrechtlich feststehe, verletzt sei, glaubte Warendorff, in der Besorgniß sich noch ärgeren Dingen auszusetzen, das Schriftstück behalten zu müssen, um nur hinweg zu kommen. In Königsberg (14. Januar) fand er des Königs Befehl, die Note mit der Post dem Canzler zurückzusenden, „da kein preußischer Minister sich erlauben dürfe, ein so unziemliches Schriftstück anzunehmen".

Der diplomatische Verkehr zwischen Rußland und Preußen hatte damit ein Ende. Daß russischer Seits diese Vorgänge, wie man sie dort auffaßte, in den Zeitungen veröffentlicht, preußischer Seits darauf erwidert wurde, gab denselben die volle Bedeutung eines europäischen Scandals.

Und Briefe aus Wien nach dem Haag hatten gemeldet, daß Groß am 1. December Berlin verlassen werde.[1]) Es war auffallend, daß man in Wien, wie O. Podewils schon am 1. December meldete, gegen Haute-

1) Legationssecretär du Commun, Haag 15. Dec. 1750: Gerüchte, daß die Russen die Feindseligkeiten gegen Schweden begonnen hätten; le départ du Sr. Gross fait le sujet de toutes les conversations, on y infère en général que la cour de Russie n'en veut pas moins à V. M. qu'à la Suède . . . ce qu'il y a de remarquable, sont des lettres de Vienne que quelques personnes d'ici ont reçues et qui prédisent cet évènement en ces termes: aujourd'hui le Sr. Gross quittera Berlin dans telle et telle manière.

fort und Blondel lebhaftes Bedauern über die Rückberufung von Groß aussprach; man habe mit allem Bemühen beim Großcanzler nur die Versicherung erreicht, daß die Sache keine weiteren Folgen haben solle.

Erst der aus London zurückkehrende Courier hatte die Abreise von Groß entschieden, „woraus zu schließen, daß man vorher die Approbation des Königs von England eingeholt und wirklich erlangt habe". Bis zu den letzten Tagen hatte sich Groß und die östreichische Gesandtschaft mit ihm in Berlin „auf das Äußerste" bemüht, die Convention, die zwischen Preußen und Frankreich geschlossen sein sollte, zu entdecken.

In Paris ging das Gerücht von einer „sehr heftigen Declaration", die Preußen in Petersburg abgegeben habe; „wir befürchten mit jedem Posttag", meldet Max Weingarten an Fredersdorf am 30. November, „wenn solche Declaration geschehen ist, die Nachricht von dem russischen Angriff zu erhalten".

Die Erklärung dieser Vorgänge scheint sich aus dem zu ergeben, was im Laufe des November in London geschehen war.

Seit Jahr und Tag hatten die beiden Kaiserhöfe sich um den Beitritt Englands zu der Petersburger Allianz von 1746 bemüht, aber die geheimen Artikel waren den englischen Ministern zu bedenklich erschienen; jetzt endlich hatte Georg II. nicht als Kurfürst, aber als König von England die Urkunde unterzeichnet. Sie war von Seiten der Zarin am Geburtstage Georgs II. (30. October/11. November), ratificirt; es war sofort an die Gesandten der drei Mächte im Haag Weisung ergangen, die Generalstaaten zum Beitritt aufzufordern; man versprach sich von dem Prinzen von Oranien, „der sich unter der Hand einer fast königlichen Autorität bemeistert habe", die Annahme des Antrages; auch der König von Polen, „der in einer vollkommenen Dependenz von England stehe", werde unzweifelhaft beitreten.[1])

Rußland wird diese Verhandlung schon bei Georgs II. Anwesenheit in Hannover wieder in Gang gebracht haben, um Subsidien zu erhalten. Es waren dreierlei Propositionen, die es vorgelegt hatte: entweder den Geheimartikeln von 1746 einen besonderen, diese Subsidien betreffenden beizufügen, — oder sie an Rußland zu zahlen dafür,

---

1) Aus Max v. Weingartens Meldungen an Fredersdorf, 30. Nov.

daß es zur Erhaltung der Ruhe im Norden 60 000 Mann in Finnland, 60 000 Mann in Liefland unterhalte, — oder „daß England von dem Augenblick an, da es beitrete, 20 Linienschiffe in voller Ausrüstung zu stellen sich verpflichte und an Rußland das Äquivalent an Geld zahle“. Die beiden letzten Vorschläge waren vom Wiener Hofe unterstützt, aber von dem englischen Ministerium durchaus zurückgewiesen worden. Man ließ sich endlich gefallen, daß England purement et simplement dem Vertrage von 1746 und dessen Geheimartikeln beitrat:[1]) „Rußland in der Hoffnung, bald den casus foederis zu finden, Östreich, um seinen Allianzen ein größeres Gewicht zu geben und so die Königswahl durchzudrücken, die in Wien jetzt das Hauptziel ist“.[2])

Freilich Graf Kaunitz und Lord Albemarle, die in Versailles gemeinsam diese Accession Englands ankündigten, versicherten wetteifernd, daß die Allianz von 1746 rein defensiver Natur sei, und auf Puysieulx' Entgegnung, daß allerdings die veröffentlichten Artikel nichts weiter enthielten, aber daß man vier Geheimartikel hinzugefügt habe, von denen einer sehr anders gedeutet werden könne, — versicherten sie nur noch eifriger, daß auch diese vier Geheimartikel rein defensiv seien, keinen anderen Grund hätten, als den Frieden zu erhalten; sie hätten ausdrücklich und positiv zu erklären, daß der Beitritt Englands nichts bedeute, was dem entgegen sei.[3]) Man erfuhr dieß in Berlin an demselben Tage, wo Warendorffs Bericht über seinen Auftritt mit Hofrath Simolin und dessen mögliche Folgen einlief.

Welch ein schreiender Widerspruch, daß Östereich und England, die nicht Worte genug über ihre Friedensliebe und ihre Fürsorge für die Ruhe Europas machen konnten, sich mit derjenigen Macht verbanden, die allein im Stande und, wie es schien, Willens war, sie heute lieber als morgen zu stören.

---

1) Max von Weingartens Mittheilungen vom 30. Nov. 1750: pour complaire au Roi d'Angleterre habe die Zarin am 11. Nov. vollzogen; der Vertrag enthalte gegenseitige Garantie aller Länder, so die drei Mächte wo immer besitzen; die Verpflichtung, diejenige unter ihnen, die, par quiconque qui ce soit, angegriffen werde, mit allen Kräften zu unterstützen; ausdrücklich wird auch Italien genannt; sollte die Regierung in Schweden geändert werden, so würden sich die Alliirten gemeinsam diesem Unternehmen widersetzen und casus foederis existiren.

2) So Michell, 22. Jan. 1751, dessen persönliche Beziehungen zum Herzog von Bedford (qui m'écoute et à qui je parle plus à l'aise) seinen Nachrichten ein besonderes Gewicht geben.

3) Ministerialrescript an Klinggräffen, Wien 2. Jan. 1751.

Und Bestushew setzte dazu alle Segel auf. Der Tod des Schwedenkönigs schien nahe, und im März mußte der Reichstag zusammentreten; schon seit Wochen war die russische Partei in voller Bewegung; es galt für ihre Intrigue, daß die dalekarlischen Bauern die Herstellung der Souveränetät beantragen würden; dann hatte Rußland den casus belli. Mit Dänemark war Bestushew auf dem besten Wege; er setzte das Äußerste daran, den Austausch des großfürstlichen Holstein gegen Oldenburg und Delmenhorst, für den Dänemark in die volle Allianz mit Rußland zurückzukehren bereit war, zu erwirken; nur der Großfürst widerstand noch, man ließ ihn das Ärgste fürchten.

Die unglückliche Angelegenheit der Gräfin Bentink hatte den dänischen Hof sehr gegen Preußen verstimmt; jetzt eilte der so oft von Rußland gewünschte östreichische „vornehme Gesandte" nach Copenhagen, der junge Graf Rosenberg; der Hauptanlaß seiner Sendung sei, sagte er zu O. Podewils (6. Januar), „bei der Krisis, in der die Dinge im Norden stünden, und besonders beim Tode des Schwedenkönigs dort zu sein". Und in Polen mußte die Partei der Czartoryski nach dem üblen Ausgang des letzten Reichtages mehr als je auf Rußland hoffen.

Mehr noch: demnächst erschien in der Utrechter Zeitung ein Petersburger Artikel, wie man wußte, von Swarts Hand, in dem es hieß: nach Pretlacks Ankunft würden hier Conferenzen gehalten werden, um ein für allemal den Plan festzustellen, den man befolgen werde, wenn Umstände einträten, welche die Erfüllung des Vertrages von 1746 erheischten; denn obschon die Kaiserin weit entfernt sei, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, so könnten doch Fälle eintreten, die eine Ausnahme forderten; wenn die Wahl des römischen Königs, durch die Majorität der Kurstimmen vollzogen, durch Vornahmen gestört würde, welche die Ruhe des Reichs und Europas gefährdeten, so würde die Zarin, um gegen ihre Alliirten ihre Pflichten zu erfüllen, sich gezwungen sehen, ihre mächtigen Streitkräfte gegen solche Unternehmungen in Bewegung zu setzen.[1])

---

1) Daß dieser Artikel der Utrechter Zeitung wahrscheinlich ein Schreiben von Swart sei, sagt das Minist.-Rescr. an Chambrier von 23. Jan. 1751. Dū Commun im Haag hat ihn eingesandt, nach Angabe des Greffier hat Swart ihn mit der Declaration der Zarin gesandt, ohne diese ist das Schreiben Swarts an die Provinzen gesandt, und von da in die Zeitung gekommen. Das Schreiben ist vom Merc. hist et pol. CXXX p. 209 mitgetheilt: „Fxtrait d'une lettre de Pétersbourg le 11 Jan."; natürlich ein verkehrtes Datum.

Noch ein Zug darf hervorgehoben werden. Wie Maria Theresia durch Kaunitz dem Hofe von Versailles mit den treuherzigsten Friedensversicherungen schmeicheln, durch Pretlack in Petersburg — er hatte 40 000 Ducaten mitgebracht — dem Canzler und seiner hochherzigen Energie ihre volle Anerkennung bezeugen ließ, so mochte sie hoffen, das, was die englische Politik trotzig und ungeschickt durchzusetzen versucht und halb verdorben hatte, mit feinerer Hand, den französischen Hof einschläfernd und den Berliner mit russischen Drohungen einschüchternd, glücklich hinauszuführen; gelang es ihr, in reichsverfassungsmäßiger Form mit allen Stimmen die Wahl ihres Sohnes zu gewinnen, so war das corps germanique in ihrer Hand.

Anders Georg II. und Newcastle. Sie waren nach England mit dem peinlichen Gefühl zurückgekehrt, ihre Trumpfe vergebens ausgespielt zu haben; nicht daß Erzherzog Joseph gewählt, sondern daß durch Hannover=England der künftige Kaiser eingesetzt sei, wie es der gegenwärtige war, galt ihnen als der Eckstein des Staatensystems und als die Aufgabe der englischen Politik; „sie ist national geworden", schreibt der Großvogt Münchhausen, „sodaß Newcastle, wenn es ihm mislänge,[1]) viele Anfechtungen und persönliche Vorwürfe zu erwarten haben würde; er wird Alles thun, um dem Ärger und der Schande eines Fiasco in der Sache, deren eigentlicher Urheber und Werkmeister er ja ist, zuvorzukommen". Am Wenigsten gegen Preußen schonend zu verfahren, wäre für diesen nationalen Stolz eine Genugthuung gewesen; aller Kurstimmen bedurfte es nach den Reichsgesetzen nicht; die Wahl durch bloße Majorität durchsetzen hieß zugleich die schleichsame Kunst des Wiener Cabinets übertrumpfen. Herr auf dem europäischen Continent, konnte dann England gegen Frankreich, das noch in Nordamerika und Ostindien mächtig war, den letzten Stoß führen.

---

1) Großvogt Münchhausen an Prinz Louis von Braunschweig, 19. Nov. 1750. Er beruft sich — wie auch die Wiener Publicisten — in Betreff der Ansprüche der Reichsfürsten, gehört zu werden, auf eine composition faite entre les Electeurs et les Princes de l'Empire l'an 1671 et confirmeé par toutes les capitulations Impériales qui l'ont suivi. Das ist der Entwurf zu der capitulatio perpetua, die Entwurf geblieben ist, wie denn gegen die nächste Wahl eines Röm. Königs, die von 1690, von mehreren Reichsfürsten, Braunschweig-Lüneburg an ihrer Spitze, auf Grund des Art. habeantur des I. P. protestiert worden ist.

So die Bedeutung des Beitrittes von England zu der Allianz von 1746.

Die Nachricht, daß derselbe erfolgt sei, erhielt Friedrich II. am 30. November, zwei Tage vor der plötzlichen Abreise von Groß. Die neue Situation, die damit gegeben war, rechtfertigte, was er kurz vorher gethan.

An diesem 30. November hatte er in den sechs Punkten, mit denen er Tyrconnells Anfragen beantwortet hatte, die Linie fixirt, auf die er, schon jetzt, um Frankreichs sicher zu bleiben, zurückgehen konnte, unter ihnen auch seine Zustimmung, daß die Sicherstellung Schwedens zu einer Bedingung für die Wahl gemacht werde. Daß eine eigenhändige Zuschrift Ludwigs XV. eben diesen Punkt hervorhob, gab ihm Gelegenheit, sich Frankreichs noch schärfer zu versichern: „Der kürzeste Weg wird sein, daß E. M. Minister dem östreichischen rundweg erkläre, es gebe ein Mittel, sich über die Sache, die ihnen so sehr am Herzen liege, zu verständigen: E. M. und deren Verbündete werden der Wahl zustimmen, aber nur unter der Bedingung, daß Östreich und England uns die Sicherheit Schwedens garantiren und die Ansprüche von Kurpfalz, so weit sie sich sachgemäß erweisen, befriedigen".

Mit dieser Wendung war die große Frage auf eine neue Basis gestellt.

Sie war in Frankreichs Hand gelegt. Hatte der Wiener Hof damit begonnen, die Wahl dem Eifer Englands zu überlassen und Frankreich so weit möglich aus dem Spiel zu halten, so trat nun Frankreich voran, einer Seits die Vermittelung zwischen dem Wiener Hof und den noch nicht gewonnenen Kurstimmen durchzuführen,[1]) anderer Seits, die europäische Seite der Frage hervorkehrend, die Accession Englands zu der Allianz von 1746 um ihre Bedeutung zu bringen. Indem Preußen für seine Stimme keine Sondervortheile forderte, indem es die in dem Dresdner Frieden begründeten Ansprüche der Reichsgarantie, des schlesischen Tarifs, der schlesischen Schuldensache besonderen Verhandlungen vorbehielt, gab es diesen Ansprüchen, mit denen der Wiener Hof verfuhr, als wenn es von seiner Gnade abhänge, ob und was er davon gewähren wolle, ihre volle Bedeutung wieder. An Frankreichs Seite trat Preußen für Schweden ein, und wenn der

1) Chambrier, 4. Jan. . . . que la France fut en quelque façon la conciliatrice des intérêts de V. M. avec la cour de Vienne.

Wiener Hof sich die Kaiserkrone „für ein zweites Leben" sichern wollte, so mochte er die Zarin trotz der Allianz von 1746 ab und zur Ruhe verweisen, und Rußlands anmaaßlichem Versuch, in den deutschen Dingen dieselbe Rolle zu spielen, die es in Polen bereits gewonnen hatte, in Schweden zu ertrotzen wünschte, entgegentreten. In der Prüfung der Prätensionen von Kurpfalz hatte man das Mittel, eben so lange zu zögern, wie der Wiener Hof Zeit brauchte, Rußland zu zähmen.

Die untergeordnete Differenz wegen der bentinkschen Sache, die in Copenhagen so übel aufgenommen worden war, gedachte Friedrich II. durch eine Verhandlung unter französischer Vermittelung auszugleichen.[1])

Freilich kannte er die sehr peinliche finanzielle Lage Frankreichs, die wechselnden Strömungen am Hofe, die Einflüsse, die Kaunitz wirksam zu machen verstand; aber Puysieulx und St. Severin waren in den Geschäften zu gewiegt, als daß sie nicht gern den ihnen gebahnten Weg hätten betreten sollen. „Die Garantie für die Ruhe Schwedens", sagte Puysieulx, „ist eine Probe, ob die Allianz von 1746, wie sie immer versichern, nur defensiv sei".[2])

Aber Östreich und England waren nicht gemeint, so auf die Probe gestellt, einfach mit Ja oder Nein zu antworten. In Betreff der Wahl verwies England auf Östreich; und Östreich versicherte, es wolle die Wahl, die ihm England vorschlage, nur in solcher Art, die allen Gliedern des Reichs genehm sei, und mit deren Zustimmung; in Betreff Rußlands sagte Maria Theresia zu Blondel bei seiner letzten Audienz, sie habe Alles gethan, was nur möglich sei, habe endlich den General Pretlack, der einen gewissen Einfluß auf den Geist der Zarin habe, dorthin gesandt, aber nach Allem, was geschehen, würde ihre Regierung sehr unbesonnen handeln, wenn sie sich für alle Unter-

1) Podewils und Finckenstein an den König, 16. Dec. Dessen Rescr. darauf: „Sie haben mich in eine Sache embarquirt, die mir sehr unangenehm ist . . . zuletzt wird es am Besten sein ein Accommodement zu treffen u. s. w.

2) Chambrier, 4. Jan. Puysieulx sage ihm: als Äquivalent für die Wahl Josephs könne die Garantie für Schweden dienen; si celle-ci (la cour de Vienne) est sincère, elle y mettra la main le plustôt qu'elle pourra et elle ne déclinera pas en y travaillant la demande que la France lui fera faire: que l'Autriche et l'Angleterre garantiront la tranquillité du Nord comme une condition expresse sans laquelle le consentement de V. M. et de l'El. Pal. pour l'élection du jeune Archiduc sera nul.

nehmungen Rußlands verantwortlich machen wolle, noch viel unbesonnener, wenn sie sich in alle verschrobenen Ideen dieser Macht einließe.[1])

Ein Doppelspiel anderer Art führte sie gegen Preußen. Es galt mit sehr entgegenkommenden und versöhnlichen Schritten der Welt den Eindruck zu geben, daß es nicht ihre Schuld sei, wenn sie nicht die gewünschte Wirkung fänden, aber zugleich das, was sie bot, durch die Art, wie sie es bot, für Preußen unannehmbar zu machen.

Schon am 6. December zeigte Graf Puebla in Berlin an, daß die Kaiserin-Königin den wirklichen Hofcammerrath v. Koch, den Bruder ihres Geheimsecretärs, an Seyferths Stelle beauftragt habe.[2]) Sein Creditiv besagte, daß die Kaiserin zwar Bedenken getragen habe, nach zweimaligen vergeblichen Absendungen, und da die Grundregeln, nach denen die schlesischen Schulden zu vertheilen seien, theils in den Artikeln des Dresdner Friedens, theils in dem natürlichen und dem Völkerrecht deutlich genug vorlägen, noch einen dritten Versuch zu machen; aber ihr wahres Verlangen, das, was jener Friede besage, je eher je lieber zu berichtigen und außerdem ihr großes Mitleid mit den unschuldig leidenden treuherzigen Gläubigern habe sie veranlaßt ein Übriges zu thun; der genannte Koch habe übrigens sehr viele andere Geschäfte und könne nicht lange entbehrt werden; also möge der König seinen Commissaren anbefehlen, die Geschäfte so viel als möglich abzukürzen.

Am 21. December traf Koch in Berlin ein, am 25. legte er dem preußischen Minister sein Promemoria über die Regelung der schlesischen Schuld vor. Über den Handelstarif erklärte er, nicht instruirt zu sein. Und doch war preußischer Seits noch in den letzten Conferenzen in Breslau betont worden, daß das Schuldenwesen nur in gleichem Schritt mit der Tariffrage und der Reichsgarantie abgemacht werden könne. Und im Dresdner Frieden hatte Östreich ausdrücklich zugestanden, daß der Handel zwischen den beiderseitigen Staaten möglichst gefördert und in keiner Weise durch Hemmungen und Chicanen beeinträchtigt werden solle; im Breslauer Frieden schon: daß in Betreff des Handels zwischen Schlesien und den östreichischen Landen die Dinge in dem Zustand,

---

1) O. v. Podewils, Wien 9. Dec., nach Blondels Mittheilung an Graf Barck.

2) Darauf mündliche Resolution des Königs: „es muß ganz obligeant darauf geantwortet werden".

wie sie vor Ausbruch des Krieges gewesen, bleiben sollten, bis man sich eines Anderen geeinigt haben werde. Ein umfassender Handelsvertrag, in den sämmtliche preußische Lande im Oder- und Elbgebiete mit einbegriffen sein sollten, wie Preußen 1749 vorgeschlagen, war in Wien abgelehnt worden. Schon im Frühjahr hatte die k. k. Behörde die sogenannte Consumtionsmauth auf schlesische Leinwand in Prag, dem Hauptmarkt für diese, die bis 1740 nur 2 Prozent betragen, auf 30 Prozent erhöht; 1750 war den schlesischen Grenzorten durch Currende die Reihe von Waaren bezeichnet worden, die „hierorts als ausländische angesehen werden sollen;" auf stete Proteste der Breslauer Regierung war in Aussicht gestellt, dieß „Mißverständniß" abzuthun; jetzt war die schlesische Kaufmannschaft über einen neuen Tarif, der Leinwand, Heringe, Wollenzeuge, Kaffee u. s. w. „mit höchst nachtheiligen Auflagen" belasten sollte, in großer Aufregung. Auf eine Anfrage die sofort (1. Januar 1751) an Koch und Puebla gerichtet wurde, konnten sie schon am 10. Januar ein weitläufiges, aus Wien ihnen zugesandtes Memoire überreichen; darin hieß es: daß man „füglicher Weise bestreiten könne, ob das im Dresdner Frieden Angeordnete noch in vollem Umfang gültig sei"; aber „aus Übermaaß des guten Trauens und Glaubens" und um die ganze Welt zu überzeugen, daß „J. K. K. M. auf nichts gedenke, was dem geringsten Schatten eines Anstandes unterworfen wäre" u. s. w., wird ohne Weiteres erklärt, daß man, so lange nicht ein Handelsvertrag zu Stande gekommen sei, beiderseits durchaus freie Hand in Betreff der Zölle habe; und übrigens, wenn über die Materie weiter verhandelt werden solle, werde Wien der geeignete Platz dazu sein. [1])

Friedrich II. befahl seinen Ministern den östreichischen Herren zu erklären: er habe ihnen verboten sich in weitere Verhandlungen mit ihnen einzulassen, bis der Artikel, daß die Schuldenfrage und die Handelsfrage zugleich verhandelt würden, regulirt sei (12. Januar).

Das Erbieten wegen der Reichsgarantie, das von Puebla am 20. Oktober überreicht worden war, hatte der Wiener Hof an die Regelung der schlesischen Schulden geknüpft. Gleich nach Kochs Ankunft,

1) Podewils, Finckenstein, Münchow an den König, Berlin 11. Jan. 1751, sagen von der Denkschrift: nous la trouvons entortillée, obscure, équivoque et remplie de verbiage et de raisonnements hors de propos sur la nature des obligations reciproques, visiblement amenés pour détourner la question et pour esquiver une déclaration claire et précise etc.

drei Tage bevor er sein Promemoria überreichte, hatte Puebla den Entwurf des kaiserlichen Commissionsdecrets an den Reichstag den preußischen Ministern vorgelegt. Sie fanden es „äußerst kühl“, auf Schrauben gestellt; sie nahmen Anstoß daran, daß die Formel, in der die Garantie des Reiches begehrt wurde, lautete: „mit Vorbehalt der früheren Verbindlichkeiten, welche nicht später durch Verträge abgeändert sind“. Es schien damit die Garantie der pragmatischen Sanction gemeint zu sein; von Reichs wegen waren, seit es diese pragmatische Garantie übernommen, keine Friedensverträge geschlossen worden. Nicht minder auffallend schien, daß in diesem Entwurf die ganze Note der englischen Garantie des Dresdner Friedens für Östreich eingelegt war, in der sich Georg II. ausdrücklich seine Ansprüche auf Ostfriesland vorbehalten hatte; im Dresdner Frieden hatte die Königin von Ungarn ebenso ausdrücklich „alle Staaten des Königs von Preußen ohne Ausnahme“ garantirt.

Acht Tage darauf übersandte Pollman aus Regensburg jene Erklärungen in Anlaß der preußischen Declaration über die Königswahl, welche der Wiener Hof dort in Umlauf gesetzt hatte. Er machte aufmerksam auf den Schluß der einen, der offenbar beleidigende Insinuationen enthielt. Es hieß da: obgleich der König von Preußen als Kurfürst von Brandenburg in seiner Declaration einige Zweifel und Schwierigkeiten vorgebracht habe, so sei J. M. doch nichts desto weniger überzeugt, daß S. M. der König bei Annehmung der angeführten Grundsätze keineswegs gemeint sei, den Kurfürsten im Geringsten einigen Zwang anzuthun, noch beabsichtige, die Berathschlagung des Kurcollegiums zu beunruhigen, noch ein Mitglied, es sei auch welches es sei, davon auszuschließen, noch allem dem, was nach der Goldenen Bulle hergebrachten Gebrauches sei, Hinderniß zu bereiten.[1])

Nicht der Kaiser, es war die Königin von Ungarn, die sich so in Regensburg zu sprechen erlaubte. Möglich, daß sie sich von der Sendung Kochs, von den Mittheilungen Pueblas in Berlin, die ja ihr Entgegenkommen bezeugten, Erfolg versprochen hatte. Die Bedenklich-

1) Pollman, Regensburg 4. Jan., fragt an, ob nicht Klinggräffen in Wien zu beauftragen sei de relever ces insinuations odieuses qui renfermoient le reproche tacite d'un dessein d'empêcher par violence les opérations que le collège Électoral voudroit faire en conformité des lois de l'Empire, ob nicht, da les Autrichiens répandent si ouvertement des soupçons aussi injurieux à V. M., in ähnlicher Weise auch in Regensburg u. s. w. zu verfahren. Der König schreibt sein „gut“ an den Rand, es ergehen demgemäß Ministerialrescripte an Klinggräffen und Pollmann, Mittheilungen nach Mannheim.

keiten, auf die beide stießen, mögen sie empfindlich enttäuscht haben. Ehe das kaiserliche Commissionsdecret in Regensburg zur Dictatur gegeben wurde (23. Januar), nahm sie Gelegenheit, in lebhafter Weise ihr Misgefühl zu äußern.

Graf O. Podewils hatte am 12. Januar beim Kaiser, am 14. bei der Kaiserin seine Abschiedsaudienz. Was der Kaiser sagte, war wohlwollend und unbedeutend. Maria Theresia gab auf die Versicherungen des Gesandten, daß der König, sein Herr, den aufrichtigen Wunsch habe die gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen mehr und mehr zu befestigen, zunächst zur Antwort: sie hoffe, der Graf werde zurückgekehrt dem Könige günstigere Vorstellungen von ihr geben, als er bisher gehegt; sie habe mit wahrem Schmerze gesehen, daß der König auch in den kleinsten Dingen nicht die geringste Gefälligkeit für sie habe, wie sie jüngst in Sachen der schlesischen Schuld zu erfahren gehabt; es sei nicht allein als Königin von Ungarn und Böhmen, sondern als Kaiserin, daß sie so wenig Aufmerksamkeit und Freundschaft von ihm empfange; nicht ihm, dem Grafen, messe sie die Schuld bei, und eben das thue ihr am meisten wehe, daß sie sie auf Niemanden schieben könne, da sie wisse, daß der König nur nach seinen eigenen Entschließungen handle; sie bedauere, daß Podewils einen so wenig angenehmen Aufenthalt in Wien gehabt habe, die Umstände und die wenig erfreulichen Aufträge, die er immer gehabt, seien allein daran Schuld. Auf seine Entgegnung, daß das Gehörte ihn ebenso überrasche, wie mit Schmerz erfülle, daß des Königs Absichten immer aufrichtig gewesen seien und bleiben würden, und daß die Zeit die Kaiserin-Königin vielleicht davon überzeugen werde, sagte sie: sie wünsche es, aber sie schmeichle sich mit dieser Hoffnung bei Weitem weniger, als zur Zeit seiner Herkunft; sie sei gewohnt, ihr Urtheil mehr auf Thaten als auf Worte zu gründen. Dann wandte sie das Gespräch auf gleichgültige Dinge.

Es liegt keine Nachricht darüber vor, welchen Eindruck diese höchst überraschenden Ergießungen auf Friedrich II. machten. Sie durften ihm um so auffallender sein, da wenige Tage vorher der Kaiser und dann dessen Gemahlin, als sie dem Nachfolger von O. Podewils die erste Audienz gewährten, in doch anderem Ton gesprochen hatten. Klinggräffen war (6. Januar) von beiden sehr huldreich empfangen worden, sie hatten nichts unterlassen, um die „Aufrichtigkeit ihrer Freundschaft und Verehrung für den König" zu bezeugen. Die Kaiserin

hatte die Bitte hinzugefügt: der König möge sich nur nicht gegen sie einnehmen lassen; man habe nach Berlin die Dinge nicht immer so, wie sie seien, berichtet, und er werde gewiß mit der Zeit sehen, daß man sich nur bemüht habe, möglichst schwarz zu malen. Sie ersuchte Klinggräffen mit sehr verbindlichen Äußerungen über ihn selbst, sich nicht irre führen zu lassen, sie werde sich künftig auf ihn selbst berufen, ob nicht das, was sie ihm gesagt habe, die lauterste Wahrheit sei. Klinggräffen fügt hinzu: „So vollkommen die Kaiserin ihre Rolle zu spielen weiß, — mich zu überreden, ist ihr nicht gelungen; sie ist zu eifrig gewesen, mir von ihren guten Absichten für E. M. eine gute Meinung beizubringen, als daß es nicht den entgegengesetzten Eindruck auf mich hätte machen sollen; ihre Augen verriethen sie, trotz ihrer Beredsamkeit".

War zwischen diesen beiden Audienzen irgend etwas von Bedeutung vorgefallen? War vielleicht aus Petersburg die Nachricht eingelaufen, daß Warendorff am 14. December seine Pässe gefordert habe? Oder hatte man den Bericht von Kaunitz über die unerwartet ernsthaften Alternativen, mit denen sich Frankreich zu der Rolle des Ausgleichers zwischen Preußen und Östreich erboten hatte? Und was konnte Maria Theresia mit jener ungnädigen Scene bezweckt haben wollen?

Friedrich II. war, wie jährlich zu den Hoffesten während der Carnevalszeit, in Berlin, als O. Podewils' Bericht eintraf.[1]) Seinen Geburtstag, Sonntag den 24. Januar, feierte zunächst die Gratulation des Hofes; die einheimischen und fremden Prinzen, die Generalität, die in- und ausländischen Minister, alles Übrige von Distinction erschien in prächtigster Gala. Zu Mittag speisten der König und seine Gemahlin bei der Königin-Mutter; Abends war bei der Königin eine außerordentlich zahlreiche und glänzende Cour, darauf großes Souper an verschiedenen Tafeln.

Ein Handbillet des Königs, am Morgen dieses Tages, lud Tyrconnell auf „Schlag 12 Uhr" zu einer Besprechung ein; „das wird das Mittel sein, Ihren Hof ohne Zeitverlust zu benachrichtigen und ihm zugleich zu sagen, wie wir die Sache ansehen".[2]) Da wird

1) Präs.: 23. Jan. 1751.

2) Der Anfang: Les affaires comme vous le voyez, demandent nécessairement que je vous parle. Bei seinem Glückwunsch am Morgen hat ihm, so scheint es, der König ein paar flüchtige Worte von dem, was aus Wien eingegangen, gesagt.

ihm der König gesagt haben, was er zu thun gedenke, er wird Tyrconnells lebhafte Zustimmung gefunden, er wird ihn ersucht haben, den Entwurf der Erklärung, die er dem Grafen Puebla mündlich zu geben gedenke, mit dem Minister Podewils sorgfältig durchzugehen und das etwa Nöthige zu ändern.

Am Abend dieses Sonntags war der Entwurf in Podewils' Hand, er fand ihn „sehr energisch, voll Kraft und Feuer". Er hatte bereits mit Tyrconnell gesprochen, ihn die Depeschen über die Klagen und Anklagen der Kaiserin-Königin lesen lassen; und Tyrconnell hatte geäußert, daß er des Königs Absicht vortrefflich finde, daß man in Versailles und in Mannheim gewiß damit zufrieden sein werde, daß der König wohl thue, nach der Audienz, in der er sich so gegen Puebla äußern werde, das Gesagte in einer schriftlichen Note ihm zuzustellen, damit man nicht in Wien des Königs Worte verstümmeln könne. Diese Note werde ein äußerst wichtiges Actenstück werden, es werde deshalb wohlgethan sein, alle Worte und Wendungen genau zu erwägen u. s. w.

Nach der Zustimmung des Königs wurde die Note am 25. Januar von Tyrconnell und Podewils durchgesehen, mehrfach in einzelnen Worten gemildert, einzelne sachliche Änderungen und Zusätze gemacht. So wie sie nun war, nahm der König die Note an: „Ich habe kein Wort dagegen zu sagen".

Am 27. Januar war das diplomatische Corps in dem Audienzsaal versammelt. Der König trat herein, begrüßte die Herren, ersuchte dann Puebla und Podewils, ihm in sein Cabinet zu folgen.

Er sagte ihnen: es geschehe, um mit ihnen offen über die Fragen zu sprechen, die zwischen den beiden Höfen auf dem Plan seien; die Art, wie die Kaiserin sich gegen Podewils geäußert, verpflichte ihn, sich gegen Puebla in gleicher Art offen zu erklären, damit er darüber einen treuen Bericht erstatten könne.

Er sprach in warmen Ausdrücken seine Hochschätzung für die Kaiserin, seine Bewunderung für ihre großen Gaben und ihre persönlichen Tugenden aus; aber wenn sie sich beklage, daß er ihr noch nicht die geringste Gefälligkeit erwiesen, so seien die Dinge, in denen sie sie fordere, nicht dazu angethan, nach solchen Rücksichten behandelt zu werden. Er erwähnte die Verhandlungen wegen der Reichsgarantie, der schlesischen Schulden, der schlesischen Grenztarife; vor Allem diese Dinge hätten geregelt werden müssen, um jeden Stein des Anstoßes

zu beseitigen; und er habe nichts verlangt, als wozu ihm der Dresdner Friede das volle Recht gebe. Dann habe man ihm Eröffnungen wegen der Wahl des Erzherzogs Joseph gemacht, aber erst nachdem man sich mit den meisten Kurfürsten verständigt und nachdem „der jüngste im Kurcollegium Mittel, die durch die Goldene Bulle verboten und dem Eide, den sie fordere, zuwider seien, in Anwendung gebracht habe, um dem Candidaten, den er vorgeschlagen, einen großen Theil der Stimmen zu sichern, — Wege, welche die Würde des corps germanique zu sehr erniedrigten und die heiligen Ordnungen des Reichs untergrüben." [1]) Er habe die Gesetzwidrigkeit dieser Vornahmen bedauert, und seine Antwort an den Wiener Hof sei so gewesen, wie man sie von einem guten Patrioten, der kein anderes Interesse als das seines Vaterlandes habe, habe erwarten müssen.

Auf diesem Punkte seien die Dinge geblieben, und wenn jemand sich zu beschweren habe, so sei er es eher, als die Kaiserin, weil es unerhört sei, daß man in so wichtiger Sache die Meinung der bedeutendsten Kurfürsten einzuholen unterlassen habe und auf dem Wege der Bestechung vorgegangen sei, ohne Rücksicht auf die Rechte ältester Fürstenhäuser, auf die Würde ältester Kurstimmen im Kurcollegium einen römischen König fast ohne und sozusagen gegen ihre Zustimmung habe wählen wollen. Seine Rechte opfern, seine Würde erniedrigen lassen, die Unterdrückung der Freiheiten des corps germanique dulden, würde Feigheit, nicht Gefälligkeit sein.

Alles, was er in dieser Sache, sowohl um des Friedens willen als um der Kaiserin ein aufrichtiges Zeichen seiner Freundschaft zu geben, thun könne, sei, ihr Wege der Ausgleichung zu zeigen und die Mittel zu bezeichnen, wie man alle für diese Wahl einigen könne, falls sich die Kaiserin zu weit in diese Sache eingelassen habe, um sie noch aufgeben zu können, und deren Legalität, deren Gelingen wünsche. [2])

Der König schlägt vor: die Kaiserin befriedige Kurpfalz, und

---

1) Schärfer in dem Entwurf des Königs: après que le plus cadet du collége Electoral avoit mis l'Empire, pour ainsi dire, à l'enchère, en achetant les suffrages d'une façon scandaleuse qui ravaloit la majesté du corps germanique et qui étoit contraire aux anciens usages et à ses lois.

2) Des Königs eigenhändiger Entwurf sagte: l'Impératrice est engagée trop avant dans cette affaire pour qu'on puisse exiger d'Elle qu'elle s'en désistât; mais ne pourroit-on pas contenter tout le monde?

wenn sie dessen Ansprüche zu stark oder nicht hinlänglich begründet finde,[1]) so überlasse sie es Preußen und Frankreich, dieselben mit Zustimmung der Kurfürsten festzustellen.

Und da die Kaiserin immer erklärt habe, daß sie mit dieser Wahl vor Allem die Ruhe Europas und den allgemeinen Frieden desto stärker sichern wolle, so glaube der König in Übereinstimmung mit seinen Verbündeten fordern zu dürfen, daß sie mit ihren Verbündeten die Ruhe des Nordens garantire, indem dann der König und seine Verbündeten ebenso garantiren würden, daß Schweden niemals den Despotismus herstellen und keine Änderung in der Verfassung machen werde, die auf Herstellung der absoluten Gewalt abziele.[2])

Nach diesen vorbereitenden Schritten könne man sich über die Vormundschaft des jungen römischen Königs, für den Fall, daß sie nöthig würde, so wie über die Wahlcapitulation einigen; der König glaube gewiß zu sein, daß seine Verbündeten unter diesen Bedingungen für die Wahl mitwirken würden.

Puebla begann seine Erwiederung mit Versicherungen der hohen Achtung der Kaiserin für S. M., ging dann auf die schlesischen Schulden über; — der König machte ihm sein Compliment und ging.

Podewils sprach noch Einiges mit dem Gesandten, rechtfertigte die lebhaften Ausdrücke des Königs wegen der Königswahl, von der in allen Zeitungen zu lesen gewesen sei, ehe man ihm ein Wort davon gesagt. Puebla darauf: man habe sich zuerst mit seinen Freunden verständigen müssen. Darauf Podewils: der König wolle alles das vergessen, und das möge der Gesandte besonders bei seinem Hofe geltend machen, der nur seinen Einfluß auf Rußland wirken zu lassen brauche, damit Europa zu einem festen und dauerhaften Friedensstand komme; er sehe diese Audienz als das glückliche Vorspiel der reinsten Freundschaft und eines unerschütterlichen Vertrauens zwischen beiden Höfen an.[3]) Er übergab ihm die Aufzeichnung dessen, was der König gesagt hatte.

---

1) Des Königs Entwurf: si Elle trouve ses prétentions trop excessives.

2) Namentlich in den Formeln dieser Vorschläge sind mehrfach die von Tyrconnell gemachten Abschwächungen oder Erweiterungen in das officielle Actenstück aufgenommen.

3) Puebla an Pretlack, 30. Jan.; er bezeugt, daß die ihm von Podewils übergebene Note, deren Copie er beilege, Wort für Wort mit des Königs Rede übereinstimme.

Podewils hatte den Eindruck, daß Puebla von dieser Audienz sehr befriedigt sei: „Er hat es mir mit überströmender Ergießung seines Herzens bezeugt, er hoffe mit Nächstem Instructionen wegen des Handelsvertrages zu erhalten". [1])

Hanbury Williams verstand es, ihn zu einer völlig anderen Auffassung zu bekehren, ihn zu überzeugen, daß trotz Podewils' schöner Phrase von glücklichem Präludium die ganze Note voll Gift und Galle sei, daß sie nichts Geringeres bezwecke, als dem Wiener Hofe die Gesetze vorzuschreiben und ihn von seinen Alliirten zu trennen, und so das Wenige von Harmonie, was zwischen beiden Kaiserhöfen noch übrig sei, zu mindern. [2]) Der bekehrte Puebla schrieb an Ulfeld: er glaube, daß diese Note dazu dienen werde, den russischen Hof in den guten Principien, in denen er sei, zu bestärken; und er hoffe, daß alle getreuen Verbündeten, indem sie sich in gleicher Weise und zugleich von diesem Hofe mishandelt sehen, mit desto mehr Eifer auf die rechten Mittel denken würden, alle feindlichen Projecte scheitern zu machen, und mit Würde das Gesetz, das man ihnen aufzuerlegen unternehme, zurückzuschleudern.

Friedrich II. hat diese und ähnliche Schreiben gelesen, vielleicht auch dasjenige, welches Williams über diese Sache nach London schickte. [3]) Er wird es vorausgewußt haben, daß er in ein Wespennest stach. Ihm mußte es hohe Zeit scheinen, endlich einmal die Dinge, die in diplomatischen Nebeln verhüllt, in wechselnden Farbenspielen täuschend und blendend umherschlichen, bei ihren rechten Namen zu nennen, um vor den Augen der Welt die hochmüthige Hypokrisie Englands zu enthüllen, und die Wiener Coquetterie mit Tugend, Unschuld und Friedensliebe auf Ja oder Nein zu stellen.

Und wenn Frankreich, behutsam freilich und nur ungern, dem Wiener Hofe angedeutet hatte, wie es, den allgemeinen Frieden zu sichern, verfahren zu müssen glaube, so mußte man in Versailles dankbar erkennen, daß mit Preußens Frage an Östreich, nur gleich und

1) Podewils an den König, 27. Jan.

2) Puebla an Kaunitz, 2. Febr.

3) Friedrich II. an Tyrconnell, 3. und 6. Febr. Williams n'hésite pas de dire à ses plus confidents que pour se venger du peu d'accueil . . . il avoit représenté cette affaire à sa cour sous une face aussi hideuse, qu'il en sauroit espérer qu'elle ne resteroit sans suite, et que sa cour de concert avec celle de Vienne la relèveroient fortement.

gerades Weges, das drastische Mittel in Anwendung gebracht sei, mit welchem zögernd und gleichsam nur demonstrirend man den erfindungsreichen Staatsmännern der Hofburg nur Muße gegeben hatte, vorzubeugen oder auszuweichen; man mußte erkennen, daß ein sicherer Ruhestand in Europa nur zu erreichen sei, wenn der Wiener Hof, so plötzlich gestellt, sich entschloß, auf diesen Compromiß einzugehen, und daß, wenn er ihn ablehnte, damit ausgesprochen war, was die Coalition mit ihren Friedensphantasmagorien, ihren Beflissenheiten in Copenhagen, Turin, Madrid, ihrer Defensivallianz von 1746 bezwecke, daß sie nur ihr Spiel da fortsetzen wollte, wo 1748 ihre Niederlagen und ihre Erschöpfung sie gezwungen hatten, klein beizugeben.

Friedrich II. schrieb in diesen Tagen (16. Februar): „Wenn die Absichten des Wiener Hofes nicht ehrlich und offen sind, so werde ich ihnen nur Lauterkeit meiner Seits entgegensetzen, damit sich jeder Verständige überzeugen kann, daß wenn es mir nicht möglich gewesen ist, mich mit diesem Hofe zu verständigen, der Fehler nicht an mir liegt".

Jene Andeutungen von Puysieulx im Anfang Januar hatten in Wien, wie in London beunruhigt. Das Kernwerk ihrer unschuldigen Defensive war, daß die deutsche Königswahl eine nur deutsche Frage sei; wenn ihr die Garantie für Schweden angehängt wurde, so war diese Wahl zu einer europäischen Frage gemacht und damit in ihrer Wirkung neutralisirt.

Newcastle, der nach dem faulen Ausgang des großen Anlaufes in Hannover um so hitziger war, die Wahl durchzusetzen, sprach gegen Mirepoix sein Befremden darüber aus, daß man die Verhandlungen über die Wahl nach Paris zu verlegen vorschlage, da sie doch in das Reich gehörten. Und Mirepoix darauf: man wisse wohl, daß das Werk ebenso wenig in Paris, wie in London abzumachen sei, auch wolle Frankreich nichts weiter, als durch Befriedigung seiner Alliirten die Wahl erleichtern, und darüber sich zu verständigen, sei Paris allerdings der Ort.

Noch weiter ging Puysieulx in einer Unterhaltung, die er, da Graf Kaunitz krank war, mit dessen Vertreter Mareschal hatte: „Wenn das Wahlgeschäft anderswo als im Reich gemacht werden soll, so gehört es nach Paris, weil Frankreich der vornehmste Garant des westphälischen Friedens ist; aber des Königs Ansicht geht nicht dahin; ihm ist nur darum zu thun, daß die Sache friedlich abgemacht werde

und daß Östreich und England uns erklären, weder direkt noch indirekt den Russen Hülfe leisten zu wollen, wenn sie Angreifer sind, wohlverstanden Angreifer in dem schlichten Sinn, wie alle Welt das Wort versteht, nicht in dem, welchen die Russen ihm haben geben wollen." Da Mareschal nichts darauf sagte, fuhr der Minister fort: „Der König von Preußen hat uns sagen lassen, er sei mit dem Vorbehalt des Wiener Hofes in Betreff der Reichsgarantie zufrieden, und wenn dieser dabei bis zum Ziele bleibe, werde er seine Stimme für den Erzherzog ohne Entgelt geben. Aber da die Ruhe Europas von der des Nordens abhängt, so muß man dort die Geister beruhigen. Wenn es wahr ist, daß Östreich keine offensiven Verabredungen mit Rußland getroffen hat, so kann es die verlangte Erklärung nicht ablehnen; an dieser Erklärung werden wir erkennen, ob ihr aufrichtig den Frieden wollt; wenn ihr sie ablehnt, so werden wir unsere Maaßregeln treffen; geht eures Weges, wie ihr wollt, wir werden den unsrigen gehen, und es wird sich zeigen, wer sein Ziel erreicht".[1])

Also die Königswahl wollte Puysieulx, wie Friedrich II., unter derselben Bedingung der Garantie für die Ruhe im Norden; aber „diese Garantie wollen England und Östreich nicht geben". Behutsam, wie er war, gab er dieser Weigerung eine Deutung, die nicht seine ganze Meinung aussprach: „Man darf sich über all die Demonstrationen nicht wundern, welche die Anderen durch Rußland machen lassen, oder Rußland macht, um sie weiter zu führen, als sie selbst wollen, wenn man weiß, daß sie überzeugt sind, Frankreich wolle nicht von Neuem Krieg, Preußen eben so wenig, Schweden sei zu schwach, ohne die Unterstützung Frankreichs und Preußens irgend etwas zu unternehmen; dieß ist Bestushews Spiel, aber ich zweifle, daß er wagen wird, Schweden oder gar Preußen anzugreifen".

Puysieulx überging den Punkt, der ihn am schwersten drückte und der bei den Zuständen, die am Hofe, in Paris, in den Provinzen herrschten, nur um so drohender schien.

Im August 1750 waren die Engländer von Halifax aus über

---

1) Mareschal an Ulfeld, Paris 24. Jan. 1751, und durch Courier von Wien an Puebla gesandt, durch Weingarten an Friedrich II. mitgetheilt. Mareschal sagt, daß Puysieulx die letzten Worte „mit einiger Erhitzung" gesprochen. Von derselben Unterhaltung meldet Chambrier, 25. Jan. pr. 3. Febr., nach Puysieulx' Mittheilung: dieser habe dem Mareschal sanft und ruhig, pour ne pas l'effaroucher, gesagt, Östreich und England wollten die Garantie für Schweden nicht geben.

den Isthmus bis zum St. Johnfluß vorgedrungen, als sei das die Grenze des acadischen Gebietes, das ihnen der Aachner Friede zugesprochen; dort war im September das erste Blut geflossen. Die von New-York und New-Hampshire rückten ihre Grenze und ihre Ansiedelungen bis an den Champlainsee vor. Im November waren zwei französische Schiffe, die mit Kriegsmunition von Quebec nach der französischen Insel St. John an der Lorenzbay bestimmt waren, von einem englischen Kriegsschiff dort aufgebracht und in Halifax condemnirt worden. In Afrika drangen die Engländer mit gleichem Ungestüm an der Goldküste vor, vertrieben die französischen Ansiedler. Alle Reclamationen Frankreichs waren vergebens.

Noch hatte sich die französische Marine von ihren Verlusten im letzten Kriege bei Weitem nicht erholt; Pläne genug waren gemacht; erst 1752 hoffte man sie auf 60 Linienschiffe zu bringen, 1753 mit 20 Fregatten zu verstärken; aber woher die nöthigen Matrosen schaffen? Die französische Küstenbevölkerung hatte sich mit den ungeheuren Verlusten der großen Fischerei und der Kauffarthei vom Meere abgewandt. Eilte England, diese Zeit der maritimen Schwäche Frankreichs auszunutzen, so war Amerika verloren; gelang es der englischen Kühnheit, die Königswahl im Reich, immerhin auf die Gefahr eines europäischen Krieges durchzusetzen, so war auch die continentale Überlegenheit Frankreichs unterschnitten.

Man kann zweifeln, ob die französische Politik ihr Interesse am Sichersten wahrte, wenn sie um jeden Preis den Frieden in Europa wollte. Bei der innern Lage Frankreichs, bei den unberechenbaren Schwankungen am Hof, bei der leidenschaftlichen Erregtheit der Stimmungen über die nächstdrückenden inneren Fragen, mochte Puysieulx nicht anders zu können meinen. Die mit Festungen gespickten französischen Grenzen griff so leicht Niemand an; kam es irgendwo sonst zu einem Kriege, so mochte Frankreich wie 1741—1743 seinen Alliirten vertragsmäßigen Beistand leisten; aber es mußte nicht sogleich, nicht in erster Reihe als kriegführende Macht erscheinen; die englische Seemacht und Caperei hätte mit einer Kriegserklärung, wie der von 1744, sofort das Recht zu einem „lucrativen Kriege“ gehabt, in dem die kaum wiederbeginnende Kauffarthei Frankreichs ihren Untergang gefunden hätte.

Hatte Frankreich seine Zustimmung zu der deutschen Wahl an die Bedingung der Garantie für Schweden geknüpft, und wurde diese von Östreich und England versagt, so mochten die bei der Wahl Nächstgefährdeten die Gefahr des Widerstandes gegen dieselbe, den Frankreich

gern bereit war indirect zu unterstützen, auf sich nehmen. Und Preußen war militärisch in der Verfassung, seinem „Nein" Nachdruck zu geben; ihm mußten sich Alle, denen die teutsche Freiheit und Verfassung am Herzen lag, anschließen; spielten dann die Gegner dagegen einen russischen Angriff auf Schweden aus, so lagen die Niederlande für Frankreich nahe genug; und ihre Besetzung traf zugleich England, trat den Holländern auf den Nacken.

Schon vor jenem Gespräche mit Mareschal hatte Puysieulx an Tyrconnell die Weisung gesandt, von Neuem eine Union deutscher Fürsten zur gegenseitigen Vertheidigung und zum Schutz der Reichsverfassung in Anregung zu bringen.

Friedrichs II. Antwort (3. Februar) war möglichst verbindlich, aber „man möge ihm einige Tage zur Überlegung lassen". Tyrconnell hatte den Eindruck, daß er „voll Ängstlichkeit und Furcht" sei; er misverstand die Vorsicht, zu der Frankreichs Verhalten den König nöthigte. Von den fünf Höfen, die ihm 1749 solche Union angetragen, hatte sich Frankreich drei aus unzeitiger Sparsamkeit aus der Hand gehen lassen, hatte die mit Cassel, mit Gotha von Preußen eingeleiteten Subsidienverträge nicht genehm gefunden; nur der mit Wolfenbüttel war zum Abschluß gekommen. „Wollte man mit den Fürsten, denen Hoffnung auf französische Union gemacht war, von einer Union sprechen, ehe sie ihrer Subsidien sicher wären, so würde sie das nur stutzig machen und ihren Argwohn errregen." Also man muß zunächst möglichst viele von den armirten Ständen durch Subsidienverträge gewinnen und binden. „Das wird dann auf ein Unionswerk auslaufen können, wie es ehedem, zu Zeiten der Religionskriege und sonst, gewesen, obschon mit dem Unterschiede, daß jetzt Frankreich und Preußen ein solches mit Nachdruck souteniren können".

In den ersten Januartagen kam Freiherr von Asseburg, der Oberhofmeister von Kurcöln, nach Berlin, sich im Auftrage seines Herrn über den gegenwärtigen Stand der Dinge zu unterrichten. Tyrconnell führte ihn dort ein, theilte ihm mit Podewils' Zustimmung die preußische Antwort an Georg II. und andere wichtige Papiere mit. Gern war Friedrich bereit, einige kleine Zugeständnisse, die Kurcöln von ihm wünschte, zu machen.[1]) Es hing Großes daran, daß Frankreich die

1) Tyrconnell an Podewils, 9. Jan. 1751. Friedrich II. an Tyrconnell, 14. Jan. In den Hofnachrichten der Berlinischen Zeitung vom 4. Febr. heißt es, daß Asseburg, „welcher sich einige Wochen hier aufgehalten und dero Angelegenheiten nach Wunsch

nöthigen Zahlungen bewilligte; auch Baiern war dann den Gegnern nicht mehr sicher.

„Da England und Östreich, von Rußland gestützt, immer weiter vorgehen, so scheint der Moment gekommen, daß Frankreich mit deren Ministern ein wenig ernster spreche, um ihnen den Glauben zu nehmen, als könne es sich einschläfern lassen“. So Friedrich an Chambrier (6. Februar); er erinnert daran, „wie gut es vor einem Jahr gethan, daß Frankreich ernst gesprochen; man muß die Erinnerung daran bei den Gegnern auffrischen;[1]) sie wollen nichts, als Frankreich von allem Einfluß in Deutschland und selbst in Europa ausschließen, um allein Schiedsrichter zu sein“. Nach einer Äußerung des Grafen Chotek gegen Klinggräffen schien es, daß man in Wien nicht abgeneigt sei, mit Preußen in Sachen der Schulden und der Commerzien Verständigung zu suchen. Bereitwilligkeit zu zeigen, beschloß der König den Vicepräsidenten von Dewitz nach Wien zu senden.[2]) Um so weniger durfte jetzt von jenem Unionswerk, das in Wien nur alarmirt hätte, die Rede sein, um so mehr mußte man beflissen sein, „die Subsidienverträge mit Mannheim, Stuttgart, Baireuth, Gotha zu schließen, wie mit Braunschweig“, vor Allem Cöln zu gewinnen, wo schon auch der Prinz von Oranien sein Geld arbeiten zu lassen versuchte.[3])

Wäre nur die finanzielle Lage Frankreichs besser gewesen. Aber der Geldmangel in den königlichen Cassen war arg und wuchs. Schon im November waren die Einkünfte bis zum April voraus verbraucht, die Pensionen wurden seit zwei Jahren nicht gezahlt, selbst von den

geendet haben, nach dero Hof zurück sei.“ Ebenda wird angeführt: daß ihm „die Anwartung auf die im Fürstenthum Minden befindliche gehlingeschen Lehen“ in Gnaden ertheilt worden sei.

1) Rescr. an Chambrier, 6. Febr.: je conviens que c'est une chose un peu difficile que de pousser les ministres de France à une pareille démarche sans blesser leur délicatesse; aber gelegentlich und indirect wird es Chambrier möglich sein de les aiguillonner par ambition en leur donnant adroitement à entendre, daß es ihr Plan ist u. s. w.

2) Klinggräffen, 27. Jan. Der König an Podewils, 12. Febr.

3) Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, 30. Jan. 1751: „Mit dem Kurfürsten von Cöln sieht es schlecht aus, weil der König von England zu geizig und der Prinz von Oranien zu verliebt in Wartensleben gewesen ist, um ihn von dort wegzunehmen. Dieß zu verbessern schicken sie nächst den Carnabé nach München mit Geld für den Kurfürsten von Cöln, Graf Metternich und vor die Juden, zugleich declarirend, daß wenn der von Cöln auf dieses Geld seine Stimme nicht geben will, der Subsidientractat aufhören und Graf Metternich seine Pension verlieren soll; die meisten fürchten, daß es schon zu spät ist.“

Subsidien an Schweden war ein Vierteljahr rückständig; die Armee kostete 10 Millionen mehr als 1740; die königlichen Bauten verschlangen ungeheure Summen, allein der Bau eines Cadettenhauses für 500 junge Edelleute 1 Million, und der jährliche Etat desselben war auf 2 Millionen gesetzt. Der Generalcontroleur Machault, der vergebens dem Klerus $7^1/_2$ Millionen abzunehmen versuchte, hielt sich durch die Pompadour, deren Schulden er bezahlte. Zwischen ihm und Puysieulx war offene Feindschaft; man sprach von dem nahen Rücktritt Puysieulx' und St. Severins; aber auch Machault war des König nicht sicher.

Der Kurfürst von Cöln war einige Wochen zum Besuch in München; dort, wo er ganz von östreichischen Einflüssen umgeben war, glaubte man endlich, zumal da Oranien den zugesagten 400 000 Gulden noch 50 000 zulegte, auch für die Wahl seine Zusage zu gewinnen. In München selbst unterzeichnete in aller Stille Kurcölns Bevollmächtigter am 28. Februar mit dem Kurpfälzischen den Vertrag mit Frankreich.[1])

Der Schlag traf nach Friedrichs Ansprache vom 27. Januar um so gründlicher.

Sie hatte in Wien auf das Peinlichste überrascht. Es war für den Frühling ein ungarischer Reichstag in Aussicht genommen, der große Reformen schaffen, namentlich die Besteuerung des Königreichs bedeutend höher spannen sollte; man war auf stürmische Auftritte gefaßt. Ihnen zu begegnen, so hieß es, war noch durch Pretlack ein Lager bei Pest für 34 000 Mann Infanterie, ein zweites bei Preßburg für 14 000 Mann Cavallerie tracirt worden, die Ende April bezogen werden sollten; andere zwei waren für Böhmen und Mähren im Plan; an den Werken von Ollmütz wurde eifrig gearbeitet. Ob diese Dinge mit den Lagern, die Rußland, wie es hieß, in Liefland und Curland bilden werde, im Zusammenhange standen, liegt nicht vor. Man war

---

1) Podewils an den König, 14. März 1751, nach des kurpfälzischen Ministers v. Wachtendonck Schreiben vom 5. März. Frankreich zahlt während vier Jahre 270 000 Gulden Subsidien, ebenso viel für Rückstände und andere Prätensionen. Cöln hält 6000 Mann bereit à la réquisition du Roi très chrétien contre une somme stipulée, pour le besoin de ses alliés sur le Bas. Rhin et dans la Basse-Saxe. Cöln verspricht in Sachen der Wahl mit Kurpfalz und Preußen zu gehen sous la garantie de la France comme garante de la Paix de Westphalie, verspricht Asseburg an die Spitze der Geschäfte zu stellen, Metternich aus denselben zu entfernen.

mit dem englischen Ministerium unzufrieden, „das die Wahl mit dem größten Ungestüm erzwingen will.“[1])

Da kam jene „Note Pueblas“; sie stellte Östreich auf eine Alternative, auf die man keineswegs sich einzulassen gemeint war. Man hielt sie zuerst geheim; man versuchte, da sie keine Unterschrift trage, ihre Ächtheit in Zweifel zu ziehen; das Beste schien, auf ein so „indecentes Schriftstück“ nicht zu antworten; „gar keine Antwort wiegt in diesem Fall stärker als jede Antwort, und die Verachtung, die man damit dem König von Preußen bezeigt, wird ihn viel mehr außer Fassung bringen, als die stärkste Antwort könnte“.[2]) Man sandte die Note an Richecourt nach London, an Pretlack nach Petersburg; vor Allem, man mußte sie brauchen, um Frankreich aufzuklären; „es gilt der preußischen Diktatur zuvorzukommen; Dank dem Himmel, nichts ist eilig, und mit der Zeit, weisen Rathschlägen und soliden Maaßregeln kann man Heilmittel gegen alle diese Übel finden; ihre einzige Quelle ist der König von Preußen, also kann man über die Wahl der Heilmittel nicht schwanken; die Kaiserin-Königin will nicht mit ihm brechen, noch irgendwie Gelegenheit zu neuen Unruhen geben, aber sie glaubt, daß man mehr als je in dem Fall einer dringenden Nothwendigkeit ist, sich gegen die Absichten und Vornahmen jenes Fürsten sicher zu stellen, und daß es zu diesem Behuf ersprießlich ist, ohne Unterlaß dahin zu arbeiten, daß man Frankreich aus der Täuschung über ihn erwecke und ihn durch Rußland in Schach halte“.

Bald genug erfuhr man in Wien von dem Vertrage Cölns mit Frankreich; „reichsverrätherisch“ nannte man ihn. Um so thätiger mußte man sein, in Paris die Friedensliebe Östreichs zu preisen, Frankreich von Preußens geheimen Tücken zu überzeugen. Und Hautefort that von Wien aus, Blondel in Paris das Seinige mit Kaunitz um die Wette.[3]) An

---

1) Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, 30. Jan.: „der kaiserliche Hof ist sehr unzufrieden über den englischen Hof wegen der Königswahl, welche Sache so närrisch geführt wird als immer möglich ist.“

2) Mémoire instructif pour le Comte de Richecourt, 16. Febr. Schon am 5. März theilte es Friedrich II. dem Grafen Tyrconnell mit. Diese Instruktion giebt eine volle Übersicht von der Auffassung des Wiener Hofes.

3) Hautefort hat nach einem Zettel Chambriers, wohl vom 29. März, geschrieben: Mon cher Marquis, vous vous trompez, comptez que je connois mieux la cour de Vienne que vous ne pouvez le faire. On lui fait la plus grande injustice de croire qu'elle veut la guerre, je puis vous assurer qu'elle souhaite la paix autant que nous, et il n'y a que la crainte qu'elle a du Roi de Prusse,

Pretlack meldete ein Sendschreiben des Kaisers Anfang März, daß Friedrich II. ein Lager von 40000 Mann zusammenziehen werde, ein zweites in Preußen, dessen Stärke man noch nicht kenne.[1]) Aus England wurde gemeldet, daß der Sohn des Prätendenten in Berlin gewesen, also gewiß durch Vermittlung der beiden Keith. In Copenhagen glaubte man an nahen Krieg.

Sonderbar, daß Puysieulx an jener Note für Puebla vom 27. Januar allerlei zu tadeln fand; das von dem König von England Gesagte habe Mirepoix ein wenig stark genannt; eine „Garantie gegen die Herstellung des Despotismus in Schweden" verletze die schwedische Nation, wie denn in der That dieser Ausdruck in Schweden benutzt wurde, böse Stimmung gegen Preußen zu machen. Daß von Tyrconnells Theilnahme an der Note gesprochen wurde, schien höchst bedenklich. Von dem Pfälzer Gesandten in Paris erfuhr Chambrier, daß Frankreich die kurpfälzischen Truppen, 13000 Mann, in Sold nehmen wolle, und zwar, „um Preußens willen, dem Könige eine gewisse Zahl von Truppen zu schaffen, auf die er rechnen könne"; auf Chambriers Bemerkung, Kurpfalz müsse und könne bedeutend mehr Truppen halten, war die Antwort: der Generalcontroleur Machault mache in Betreff des Geldes die größten Schwierigkeiten.

Wollte Puysieulx hinter dem Vorhang bleiben? Fürchtete er, daß auf dem Wege, den Preußen mit jener Note vom 27. eingeschlagen, Unheil entstehen, und Frankreich mit verwickelt werden könne; wollte er Östreich verpflichten, indem er jene scharfe Alternative abstumpfte? „Sie werden nicht die Wahl zu brusquiren wagen; man muß die Stimmen wägen, nicht zählen; Preußen und Kurpfalz und eine Macht, wie Frankreich, hinter ihnen können die Östreicher und ihre Freunde im Reich nicht unbeachtet lassen". Also Frankreich schiebt ihnen die Frage der Wahl zu und übergeht deren Correlat, die Garantie der Ruhe im Norden.

Vielleicht gehört es in diesen Zusammenhang, wenn Friedrich II. (23. Februar) an Tyrconnell schrieb: „Mein Entschluß ist gefaßt, wenn die Frage der Wahl dem Kurcollegium vorgelegt wird und man in der

---

qui l'oblige de se mettre sur ses gardes. Puysieulx habe über seinen vortrefflichen Vetter und Freund herzlich gelacht.

1) Friedrich II. an General Lehwaldt in Königsberg, 16. Febr., befiehlt: da sich im Frühjahr die russischen Demonstrationen verstärkt wiederholen werden, so soll er sich durch dieselben nicht ombragiren lassen, noch weniger einige Unruhe zeigen, aber dieselben genau beobachten u. s. w.

Vorfrage gegen die Einstimmigkeit entscheiden will, so werde ich meine Minister gegen alles Weitere, was da geschieht, protestiren und sie heimkehren lassen."[1]) In Betreff der Theilnahme Tyrconnells an jener Note schrieb er Chambrier am 6. März: daß er Alles auf sich nehme, da das, was er in der besten Absicht von der Welt gethan, von seinen Feinden so übel bei seinen Alliirten benutzt werde; „wenn ich zu viel gethan, werde ich künftig vorsichtiger werden und mich hüten, Eröffnungen der Art zu machen; die Sache ist übrigens abgethan, da der Wiener Hof keinerlei Antwort gegeben hat".

Wollte sich Friedrich II. ganz aus dem Spiele ziehen? Tyrconnell scheint es gefürchtet zu haben; er meldete am 7. März: „Ich habe den König in den besten Dispositionen gefunden, Podewils ebenso; nichts mehr von Ängstlichkeit und Furcht; ich habe den Eindruck, daß sie nicht mehr gleichgültig gegen die Schritte sind, die der Wiener Hof durch Rußland thun läßt." Ja mehr noch: Podewils hat ihm gesagt, daß der König weit entfernt sei, die Truppen in Preußen zu verstärken, um dann den Russen entgegenzutreten, daß er vielmehr, wenn der Krieg beginne, Preußen räumen, seine ganze Macht concentriren, seine Entschädigung in der Nachbarschaft suchen und sich darauf richten werde, einen zweiten Dresdner Frieden in Hannover zu schließen.[2])

Und in Versailles erschrak man nicht mehr vor solchen Intentionen? Puysieulx gab ihnen seinen vollen Beifall, um so mehr, da „nur ein Verrückter oder ein Dummkopf", so sagte er zu Chambrier, daran denken könne, den Krieg zu entzünden; „wenn wir mit Festigkeit, Einigkeit und Vorsicht verfahren, werden unsere Gegner mehr in Verlegenheit sein als wir, durchzuführen, was sie angefangen haben; sagen sie doch, es bedürfe gar keiner Garantie gegen die Einführung des Despo-

1) Rescr. an Chambrier, 27. Febr. Stärker als diese Rescripte spricht sich die Unzufriedenheit mit Frankreich im Minister.-Rescr., 27. Febr., aus: les idées présentes de la France sur ce sujet (Schweden) ne s'accordent nullement avec le système qu'elle a suivi jusqu'ici . . . . je ne conçois donc pas par quelle considération les ministres de France dussent avoir tout d'un coup changé de maximes et de façon de penser à cet égard u. s. w.

2) Tyrconnell an Puysieulx, 7. März (aus dem Pariser Archiv), berichtet so nach Mittheilungen, die ihm Podewils gegeben. Er schließt: mais je ne vous réponds pas, qu'il n'y ait encore bien des moments de crainte et de timidité, si la Russie pousse ses demonstrations un peu loin, parceque la même vivacité qui porte le Roi de Prusse un jour à regarder la Russie avec mépris, la lui fait envisager différemment le lendemain.

tismus in Schweden, da vielmehr die Absicht dort sei, dem Senat eine höhere Autorität und Macht zu geben.[1])

Die Schwankungen in der französischen Politik, die, seit Ausgang Januar nur zu bemerkbar, nun endlich ein Ende hatten, waren die Wirkungen starker Differenzen innerhalb des Cabinets gewesen. Eine verletzende Äußerung des Königs — vielleicht verlangte er mehr Rücksicht für Östreich, vielleicht misbilligte er Tyrconnells Theilnahme an der Note vom 27. Januar — veranlaßte Puysieulx, leidend, wie er war, um seine Entlassung zu bitten, aber St. Severin lehnte es ab, an seine Stelle zu treten, nicht minder des Issarts, der krank aus Dresden zurückgekehrt war. Desalleurs schien in Constantinopel unentbehrlich. Des Königs Verstimmung traf noch härter Machault, den Generalcontroleur, der ihn in den Handel gegen die Kirche verwickelt hatte und nun deren Widerstand nicht zu brechen vermochte; und wenn ihm derselbe von Ersparungen sprach, wandte er ihm den Rücken. Jetzt, in der Fastenzeit, wo die Kirche Buße und Beichte fordert, um Absolution zu gewähren, begann auch der König an sein Seelenheil zu denken. Für die Pompadour eine bedenkliche Wendung;[2]) es mag auf ihren Rath gewesen sein, daß der König Puysieulx nicht entließ; die Bedingung, die dieser für sein Bleiben stellte, war, daß der König fortan, wie für des Königs Dienst wünschenswerth sei, mit ihm in Gegenwart der Marquise im Cabinet arbeite. Sie hatte von der politischen Lage Frankreichs Einsicht genug, um die Bedeutung Preußens oder die Gemeinschaft mit Preußen zu würdigen; schon einige Wochen früher hatte sie gelegentlich gegen Chambrier ihr Bedauern ausgesprochen, daß sie ihn, den sie doch unter den fremden Diplomaten am Hofe

---

1) Chambrier, 29. März 1751. Der Schluß ist wie ein Echo von Tyrconnells Depesche vom 7. März: le Roi de Prusse est trop clairvoyant pour ne pas prévoir que si la guerre recommencera, que toutes les forces principales doivent se porter dans le centre de Ses états pour s'en servir utilement contre ceux qui lui auront attiré cette guerre; si nous étions si proche de la Prusse que nous pourrions l'être de Clèves, nous en ferions notre affaire comme nous en ferons du dernier en cas de nouvelle guerre. Es ist nicht aus dem Wortlaut zu ersehen, ob der König sich selbst in solchem Sinne gegen Podewils geäußert, oder ob Podewils nur äußert, wie er sich des Königs Ansicht denkt. Mit den militärischen Ansichten Friedrichs II. wäre ein solcher Zug gegen Hannover kaum vereinbar.

2) Argenson VI p. 368 erzählt von Erkrankung Machaults und der Pompadour: on l'appelle cela une fièvre de jubilé, parceque la proximité du jubilé les met, dit-on, tous deux en grandes transes.



am längsten kenne, so selten sehe.[1]) Friedrich II. war von dieser Äußerung sehr überrascht; aber „da sein Absehen nur auf das gemeinsame Interesse Preußens und Frankreichs gerichtet sei, so könne es ihm im Grunde gleich gelten, an wen von dem einen oder anderen Geschlechte Chambrier sich zu wenden habe, er überlasse seiner Klugheit und Gewandtheit, wie viel Aufmerksamkeiten, Mittheilungen und Versicherungen er der Marquise machen wolle; er werde besonders erfreut sein, wenn das dazu diene, Puysieulx die Unannehmlichkeiten, die er erfahren müsse, vergessen zu machen und seine Stellung zu befestigen".

Die Gläubigen beteten für die Bekehrung des Königs, die Jesuiten ließen in ihren drei Collegien in Paris jeden Morgen 15 Messen für dieselbe lesen. Der König feierte das Jubiläum nicht; Machault kam wieder in Gnade, und die Pompadour war unerschöpflich, immer neue Zerstreuungen für den übersatten Monarchen zu erfinden.

Auch den stolzen Flug der englischen Politik, wie Georg II. sie wollte, hemmten ministerielle Differenzen und Schwankungen.

Heinrich Pelham hatte im Herbst 1750 nicht Geld genug hergeben wollen, um Cöln festzuhalten, Sachsen zu kaufen, Kurpfalz zu beschwichtigen; nur mit Baiern war abgeschlossen; es fehlte nur noch die Genehmigung des Parlaments.

Der Herzog von Bedford, der den Frieden, wie er in Aachen geschlossen war, ehrlich halten und durchführen wollte, stand in steter Opposition gegen Newcastle und dessen fahrige Großmannspolitik in Amerika und auf dem Continent. Wieder Newcastle ging und rannte, so viel wie nur irgend der König wollte, damit nur nicht Graf Granville, den er und die Whigs seines Anhangs vor fünf Jahren unsanft genug an die Luft gesetzt hatten, wieder ins Ministerium komme, wie der König, dessen Gnade und Vertrauen der Graf besaß, nicht aufgehört hatte, zu wünschen.

Und Georg II. war nicht gemeint, die Vortheile, welche Hannover

1) Chambrier auf einem besonderen, undatirten Zettel „au Roi seul", der in den Acten des Staatsarchivs, bei den Portraits des Pariser Hofes, die Chambrier, Wesel 20. Juni, überreicht hat, liegt. Daß der Zettel am 17. oder 19. März geschrieben ist, ergiebt des Königs Rescript vom 29. März in Antwort auf beide Berichte vom 17. und 19. März.

von der Königswahl haben sollte, aufzugeben; daß es sein übermüthiger Neffe in Potsdam war, der zu seinem Ärger viel gefeierte, der ihm immer wieder seine Wege kreuzte, der schon Ostfriesland an sich gerissen, schon den Herzog von Braunschweig ihm abtrünnig gemacht hatte, der ihm mit der Abberufung Klinggräffens einen Affront angethan, seinem Gesandten die gebührende Rücksicht zu versagen sich erlaubt hatte, das stachelte ihn nur um so mehr, ein Werk, das er aller Welt als sein eigenstes verkündet hatte, zu Ende zu führen.

Die seit dem 2. November wiederholten Anträge auf Williams' Abberufung waren bis in den Januar hinein erfolglos: man müsse erst dessen Rechtfertigung abwarten, meinte Newcastle, auf so allgemeine Klagen hin, wie sie preußischer Seits ausgesprochen seien, könne man ihn nicht verdammen; „als ob ich einen Proceß vor einem englischen Tribunal führen solle", schreibt Friedrich II. am 16. Januar; „ich wäre in meinem Rechte gewesen, ihm einfach den Hof zu verbieten".

Sir Charles hatte in der That Unglaubliches geleistet; im Kreise von Diplomaten bei offener Tafel hatte er gesagt, er wolle lieber ein Affe von Borneo als preußischer Minister sein; er hatte erklärt: sein König sei der Capitalfeind Friedrichs II. Er hatte jene Note vom 27. Januar als ein Actenstück voll Gift und Galle, das nur den Wiener Hof und seine Alliirten veruneinigen solle, bezeichnet; kurz darauf hatte er zu Vertrauten gesagt: er erwarte Befehl, sich in Berlin zu verabschieden und nach Dresden zu gehen; er werde sich aber hüten, davon etwas bekannt werden zu lassen, bevor sein Courier, den er mit jener Note vom 27. Januar nach London geschickt, zurück sei, weil er Befehl erwarte, in derselben Art, wie neulich Groß, abzureisen. Newcastle hatte es in der That so gewollt; nur auf Bedfords Einrede wurde Williams schon vor Ankunft seines Couriers angewiesen (5. Februar) sich in aller Form zu verabschieden; da man seine Abberufung als ein Zeichen der besonderen Freundschaft Sr. britischen Majestät bezeichnet hatte, konnte man dieselbe nicht wohl nach des Gesandten Ansicht verwandeln, wenn man nicht erleben wollte, daß dem Ritter Williams in Berlin geschah, was Georg II. im Jahre 1737 dem preußischen Gesandten Geheimrath v. Borcke angethan hatte.[1] Man meinte Friedrich II. „am Schwersten mit dem Schweigen der Verachtung zu ärgern". Am 1. März hatte Williams seine kurze Abschiedsaudienz und ging, „das

1) Pr. Pol. IV, 3, 309.

Herz voll Gift und Galle gegen Preußen," auf seinen neuen Posten nach Dresden.[1])

Man mochte sich am Londoner Hofe der Aussicht getrösten, dem Verhaßten anders und gründlicher, als er sich träumen ließ, beizukommen.

Man hatte Bedfords Ehrlichkeiten hingenommen, um die Stimmen seiner zahlreichen Freunde im Parlament nicht einzubüßen. In der Thronrede, mit der es am 2. Februar eröffnet wurde, kündigte der König den Vertrag mit Baiern an, den er in Gemeinschaft mit Östreich und den Generalstaaten geschlossen habe, „sowie andere wichtige Maaßregeln, mit denen er am besten die Ruhe im Reich und dessen Verfassung zu erhalten und damit den Frieden Europas zu sichern, neuem Blutvergießen vorzubeugen und das Vermögen seiner Königreiche vor neuen schweren Opfern zu schützen hoffe". So scharf in der Debatte über die Adresse die Zustimmung zu dieser Stelle von den Freunden des Prinzen von Wales bekämpft wurde, diese „höchst servile Adresse", wie einer von ihnen sie nannte, wurde mit 203 gegen 74 Stimmen angenommen. In ihr die Worte: die römische Königswahl sei „höchst nöthig für die Erhaltung des deutschen Reichs und Reichssystems und für die Ruhe Europas".

Freilich den Herren Geheimenräthen in Hannover war die Sache nicht recht geheuer; sie meinten, wenn Preußen und Frankreich sich gegen die Wahl erklärten, werde der König von England nicht weiter vorgehen können; sie empfahlen „inne zu halten". Was wollten solche deutsche Bedenken sagen, wenn das englische Parlament durch seinen Wahrspruch entschieden hatte, was für Deutschland und Europa nothwendig sei? Dann mußte es auch die nöthigen Subsidien bewilligen, Cöln bei der Stange zu halten, Sachsen zu erkaufen, Kurpfalz zu ködern; blieb nur Preußen; und ohne Preußen den künftigen Kaiser zu bestellen, war das ersehnte Ziel. Das in sich erschlaffte Frankreich beruhigte man damit, daß Pelham für 2000 Matrosen weniger als bisher Geld forderte und erhielt, und im Übrigen war man gewiß, den Hof mit Complimenten wie bisher hinzuhalten. Gegen Preußen hatte man die große Defensivallianz von 1746, die russischen Truppen

1) Michell, 2. Febr. 1751, über diese Sendung von Williams seien dessen Freunde sehr froh: car ayant besoin de rester dans l'étranger pour racoommoder ses affaires et sa réputation, on n'auroit su qu'en faire sans cela.

standen in Masse an der Düna, und mit englischem Geld konnte man sie in Action treten lassen, falls sich Preußen an Hannover vergreifen wollte; für die östreichische Armee waren die Lager bereits abgesteckt, zur Hülfe nachzurücken.

Also die Wahl brusquiren, das war die rechte Antwort auf die preußischen Insolenzen vom „jüngsten Kurfürsten" und der „Corruption trotz der Goldnen Bulle". In der Entrüstung über diese Beleidigung waren Hof und Nation einig.

Es war etwas unangenehm, daß die andere „freie Nation", auf die man immer rechnete, wenn es Subsidien zu zahlen galt, stätisch zu werden begann. Nicht an dem guten Willen des Prinzen-Statthalters lag es, wohl aber zum Theil an seinem „närrischen Regiment", wie es Prinz Louis von Braunschweig bezeichnete, zum größern Theil an der besonders in den Städten von Holland erbitterten Opposition gegen ihn und Alles, was sich englisch hielt. Der Prinz hatte nach England gemeldet, daß an den Beitritt der Republik zu der Allianz von 1746 nicht zu denken sei, daß erst die Barriere hergestellt werden müsse, bevor man mit Frankreich anbinden könne; so war ausdrücklich die Resolution des Comités der Staaten.

Auch Oraniens Geldsendungen an Cöln hatten nichts gefruchtet. Schon in den ersten Märztagen hatte man in London die traurige Gewißheit, daß Cöln in das französische Lager übergegangen sei; Münchhausen und Newcastle waren, meldet Michell, „wie gebrochen, nicht minder ihre Collegen, die, der deutschen Dinge völlig unkundig, blindlings drauf los gegangen waren". Umsonst bemühte sich der östreichische Gesandte, zu ermuthigen, umsonst versicherte er, daß noch nichts verloren sei, daß man für Cöln reichlich Ersatz durch Sachsen gewinnen könne, daß Rußland alles Beste von dem schwedischen Reichstag erwarte. Mit solchem „Wenn und Aber" war Englands Verlegenheit nicht beseitigt; der Wiener Hof, hieß es schon, müsse gegen Preußen gelindere Saiten aufziehen; man habe längst geahnt und sehe nun, „daß man eine Dummheit gemacht habe, in der Wahlsache auf Grund des hannövrischen Planes vorzugehen". Das Zerwürfniß unter den Ministern steigerte sich, Newcastle ließ gegen seinen Bruder Pelham sprechen, in der Debatte über Nordamerika verließen die Freunde Bedfords, wie es zur Abstimmung kam, das Haus.

In diesen Tagen, unerwartet, nach kurzem Krankenlager, starb der Prinz von Wales; sein ältester Sohn zählte noch nicht 15 Jahre,

und Georg II. war fast ein Siebziger, letzter Zeit häufig leidend. Man mußte sich auf eine vormundschaftliche Regierung gefaßt machen, welche bei der jetzigen Zerklüftung der alten Whigparthei doppelt bedenklich erschien.

Und wenn sich bisher England und Östreich die Frage der Wahl wie einen Federball her und hin zugeworfen hatten, um die schwedische Frage für den nahen Reichstag der russischen Action offen zu halten, — am 1. April wurden plötzlich die Thore von Stockholm geschlossen; man erfuhr, daß der alte König ernst erkrankt sei, in Beklemmungen und Schüttelfrösten seinem Ende entgegen eile. Am 4. April war er todt.

Folgenden Tags früh trat der Reichsrath zusammen. Der Prinz-Thronfolger unterzeichnete, wie er zugesagt hatte, die Versicherungsacte, die ihm vorgelegt wurde. Darauf proclamirte ihn der Reichsrath als König. Die Thore wurden geöffnet, nach allen Seiten Boten gesandt, den Anfang der Regierung des Königs Adolf Friedrich zu verkündigen. Graf Tessin empfing die Gesandten, jedem Einzelnen theilte er das Geschehene mit. Dem preußischen sagte er: der Reichsrath habe beschlossen, keinen außerordentlichen Reichstag zu berufen, da Alles in Ordnung sei. Auch Panin äußerte sich in freundlichster Weise: die Assecuration mache jeden Argwohn schwinden.

Und eine Note der Zarin vom 25. Mai a. St. sprach dem Hofe Genugthuung aus, daß ihre treuen Bemühungen für die Erhaltung der schwedischen Freiheit und der Ruhe im Norden so schöne Früchte getragen, und versprach, wie bisher und nur um so mehr, mit dem Könige und der Krone Schweden in der hergebrachten nachbarlichen Freundschaft und genauem Einverständniß vertraulichst zu leben.

Zwischenfälle genug, um auf die allgemeine Lage zu wirken. Aber das schleichende Fieber, an dem Europa seit dem Herbst krankte, war damit nicht gehoben. Selbst der Einbruch von drei Horden Tartaren in das Gebiet der russischen Kosacken der Ukraine (April) und deren Abfall zu ihnen, der die Polen beider Parteien lebhaft beschäftigte, machte in Petersburg wenig Eindruck. Die Note der Zarin zeigte, daß die Genossen der Allianz von 1746 nach wie vor Schweden, nur jetzt mit Herzensfreundschaft und Zärtlichkeit, zu binden und zu pressen gedachten, — wenn man auch in Wien dem schwedischen Gesandten die Versicherung gab, daß höchst unzeitig, ganz gegen

den Willen des Wiener Hofes, England der Petersburger Allianz von 1746 beigetreten sei.[1]) England setzte Alles daran, zum Ersatz für Cöln Kursachsen für die Wahl zu gewinnen, und ließ Lord Holdernesse, den Gesandten im Haag, von Neuem drängen und drücken, daß die Republik dem Vertrage von 1746 und der Zahlung der Subsidien an Sachsen beiträte, auch der Statthalter trieb desselben Weges; die Herren Staaten waren bereit unter der Bedingung, daß der Barrierevertrag mit den Zahlungen für den Festungsbau erneut werde; aber die Forderung, die Östreich stellte, daß England einen Theil dieser Zahlungen leiste, wurde in London abgelehnt, „weil das dem französischen Hofe Ombrage geben werde".[2])

Und in Paris überreichten Graf Kaunitz und Lord Albemarle (27. April) den Vorschlag: Frankreich solle mündlich oder schriftlich erklären, daß es Schweden, wenn es die Verfassung ändere, in keiner Weise unterstützen werde. Dann wolle England sich dagegen in aller Form verpflichten, den in keiner Weise zu unterstützen, der die Ruhe im Norden stören werde; „wohlverstanden, daß in Folge dieser gegenseitigen Verpflichtung Frankreich der Wahl des Erzherzogs Joseph ferner keine Schwierigkeiten in den Weg legen, vielmehr sie unterstützen werde". Ein Erbieten, das den Verstand der französischen Staatsmänner denn doch unterschätzte. Puysieulx antwortete: Frankreich sei es müde, nach allen seinen Bemühungen für die Erhaltung der Ruhe Europas sich noch darüber im Ungewissen zu sehen, ob Krieg oder Friede sein werde; der König werde gern solche Erklärungen in Betreff Schwedens geben, wohlverstanden, daß Rußland eine Erklärung ausstelle, England und Östreich sie garantire, Schweden wegen seiner Verfassungsform in keinerlei Art beunruhigen zu wollen, indem die Verfassungsform zu aller Zeit von der unabhängigen Souveränetät der

---

1) So versichert der Obristkämmerer Graf Khevenhüller dem Grafen Barck, als er ihn zur Audienz beim Kaiser führte, obschon er sonst und nach seiner amtlichen Stellung nie von allgemeinen Angelegenheiten sprach; „also Affectation", fügte Klinggräffen dem Berichte vom 31. März hinzu.

2) Minist.-Rescr. an Michell, 27. April 1751. Podewils fügt hinzu: le grand article est maintenant de savoir, si l'Angleterre, pour éviter une guerre dans le Nord qui seule peut troubler le repos dans l'Europe, se servira de l'événement de la mort du Roi de Suède et de la déclaration de son successeur pour imposer silence à la Russie, pour l'obliger de se contenter d'une démarche aussi éclatante que celle que le Roi de Suède d'aujourd'hui vient de faire u. s. w.

schwedischen Nation abhängen müsse; in Betreff der römischen Königswahl habe sich Frankreich bereits im Oktober erklärt.[1])

So schoben sie sich her und hin, da und dort tastend, auch die einander Befreundeten oder Verbündeten bei dem ungleichen Tempo ihrer Bewegung immer wieder in verschiedener Richtung, alle wie bei schlaffem Winde lavirend.

Daß die Zarin seit Monaten nichts im Sinn hatte, als ihre wüsten Cadettencomödien mit darauf folgenden Orgien,[2]) ließ dem Großcanzler um so mehr freie Hand, aber der Boden unter den Füßen schwankte ihm, wenn auch Funcke, Guy Dickens, Swart, Pretlack ihm beiständig waren, — Pretlack hatte für die Zarin keine Reize mehr.

In England war es dem Herzog von Newcastle gelungen, bei der Bildung des Hofstaates für den Prinzen von Wales und dessen Mutter zugleich die alte Partei von Leicester-House zu sprengen und die Freunde Lord Bedfords auszuschließen; im Juni gaben Bedford und Sandwich ihre Stellen im Ministerium auf; an Bedfords Stelle wurde der fügsame Lord Holdernesse aus dem Haag berufen; und vor Allem: Lord Granville trat wenigstens als Präsident des Conseils wieder in Action. Das Ministerium war sachlich einiger als seit Jahren, einig in dem Zuge gegen Frankreich und Preußen.[3])

Nicht eben so eine Stärkung des französischen Ministeriums war es, daß der König endlich (Anfang September) dem Minister Puysieulx den ersehnten Abschied gewährte, daß er an dessen Stelle den Marquis St. Contest, den bisherigen Gesandten im Haag, berief, nicht St. Severin, der der Pompadour willkommener gewesen wäre; aber Puysieulx wie St. Severin blieben im Conseil, St. Contest hielt sich vorerst in ihrem Geleise und an ihren Rath. Und schon war nach dem mit Mühe geschlichteten Hader mit dem Clerus ein neuer härterer ausgebrochen, der

1) Chambrier, 3. und 7. Mai 1751: la forme du gouvernement, qui dans tout le temps doit dépendre de la souveraineté indépendante des États.

2) Ausführlicher berichtet darüber Prinz Louis von Braunschweig an den Herzog Karl, Haag 30. März 1751 (traduction de St. Pétersbourg, Mars 1751; also wohl ein von Swart an den Greffier gesandter Bericht).

3) Schon kurz vor dem Wechsel im Ministerium, 15. Juni, schreibt Michell: la France et l'Angleterre sont plus éloignées que jamais au sujet de leurs affaires particulières d'Amérique et d'Afrique. On se présente réciproquement des mémoires très forts, sans qu'aucune des cours paroisse vouloir baisser de ton. Il est presque de même avec l'Espagne.

mit dem Parlament von Paris, das sich weigerte, den königlichen Befehl zu einer Anleihe von 53 Millionen Livres zu registriren; der König wiederholte den Befehl „bei Strafe des Ungehorsams"; nun wurde registrirt, aber fast die Hälfte der Räthe remonstrirte (Juni). Dasselbe in noch schärferem Gegensatz wiederholte sich bei dem Befehl wegen der Verwaltung der Hospitäler. „Es weht von England ein parlamentarischer und antimonarchischer Geist zu uns herüber", schreibt Marquis d'Argenson in seinem Tagebuch.[1])

Nichts zeigt schärfer die Veränderung der allgemeinen Lage, als eine Denkschrift, die Kaunitz von Paris aus einsandte,[2]) in der er der Kaiserin zu entscheiden anheimstellte, ob an dem Plane, der vor zwei Jahren als Richtschnur des politischen Systems angenommen worden, festzuhalten oder ob derselbe aufzugeben sei; werde Östreich durch Rußland in den Krieg mit Schweden gezogen, so sei es von zwei Seiten, von der Pforte und von Frankreich bedroht; wie kann man sich mit der Hoffnung schmeicheln, nach der dritten Seite hin ein verlornes Land wieder zu erobern? Zur Befestigung der eigenen Sicherheit bleibe nur die Aussöhnung mit Preußen übrig; diese sei möglich, dem Könige von Preußen liege ohne Zweifel die Sicherstellung seiner schlesischen Erwerbung am meisten am Herzen; das Ziel könne er am vollständigsten durch Östreich erreichen; wenn man nur einmal in Wien zu der Überzeugung gelange, daß das eigene Interesse nichts dringender fordere, als Preußen über den Besitz Schlesiens völlig zu beruhigen, so würden sich die geeigneten Mittel dazu leicht finden, und Friedrich II. sei klug genug, diesen Weg zu betreten, wenn er ihm geöffnet werde. Wie hätte der Gedanke bei Maria Theresia Beifall finden sollen![3])

1) Marq. d'Argenson VI. p. 464, 3. Sept. 1751: il nous souffle d'Angleterre un vent philosophique de gouvernement libre et anti-monarchique; cela passe dans les esprits et l'on sait comme l'opinion gouverne le monde.

2) Arneth IV. p. 332 und 543. Das Mémoire ist schon im April verfaßt, aber erst am 14. Juni 1751 eingesandt. Obschon von demselben keinerlei Kenntniß an Friedrich II. gekommen ist, durfte es hier angeführt werden, um die allgemeine Lage zu charakterisiren.

3) Auch Kaunitz war Ende des Jahres nicht mehr der gleichen Ansicht, er schreibt an Koch, 5. Decb.: j'avoue que j'ai vu avec douleur que S. M. a cru voir dans la relation en question qui j'avois eu l'idée de lui conseiller de s'unir véritablement avec le Roi de Prusse; je ne l'ai jamais pensé, ni penserai, et dans tout ce que j'ai dit, je n'ai voulu que mettre bien au clair les arguments dont on pourroit se servir utilement vis-à-vis de cette cour; Arneth IV, 544.

Aber noch ein weiterer Scenenwechsel trat ein. Der Prinz von Oranien starb am 21. October 1751. Er hatte den Patrioten dafür gegolten, „nach dem Despotismus zu streben, sich ganz von England und den beiden Bentinks leiten zu lassen".[1]) Aber selbst Amsterdam wagte nicht in so gedrückter Zeit scharf aufzutreten, und die Masse des Volks war immer noch oranisch, die Prediger auf den Kanzeln und in ihren Seelsorgen eifrigst in dieser Richtung. Georg II. sandte sofort den neuen Staatssecretär Lord Holdernesse herüber, bei der Formirung der Regentschaft das Interesse seiner Tochter und seiner Enkel zu wahren. Monate lang blieb es schwankend, welche Partei es davon tragen werde; und einstweilen sank der Handel und die politische Bedeutung der Republik nur um so empfindlicher.

Wieder die römische Königswahl. 1751/2.

Bis in den Sommer 1752 blieben die zwei großen Fragen, die noch ungelöste der römischen Königswahl, und die schwedische, obschon sie gelöst war, gleichsam die Schaugerichte auf der Tafel der allgemeinen Politik. Dann wurde, als könne des Guten nicht zu viel werden, noch eine dritte aufgetischt, die noch weniger als jene deutsche dringend, und wie jene schwedische nicht mehr, so überhaupt noch nicht eine Frage war.

Aber die Bewegung der Dinge, die Hypomochlien der bewegenden Hebel lagen in sehr anderen Zusammenhängen, in solchen, die Friedrich II. schon immer vorausgesetzt und in Rechnung gezogen hatte, aber jetzt erst in urkundlicher Bestätigung durchschauen sollte.

Es ist unmöglich, allen Zügen und Winkelzügen nachzugehen, welche das politische Getriebe der Monate seit der Windstille im Frühling 1751 so verworren und unfruchtbar erscheinen lassen. Es genügt einige Fragen kurz zu erwähnen, die zunächst der inneren Politik Preußens angehörig, durch die internationale Seite, die sie haben, für

1) v. d. Hellen, Haag, 22. Oct. 1751: il ne sera guère regretté de tout ce qui il y a de vrais patriotes ici, d'autant plus qu'il marchoit à grands pas vers la souveraineté et qu'il y auroit peut-être réussi de la façon qu'il s'y prenoit; il est certain qu'aucun de ses prédécesseurs n'a été plus loin, en fait de despotisme.

die Strömung, in der die allgemeine Politik sich bewegte, symptomatisch waren oder wurden.

Im Frühern ist dargelegt worden, in welcher Art Friedrich II. die wirthschaftlichen Verhältnisse seiner Lande auffaßte, wie er namentlich dem zu engen und hartgefügten Werk seines Vaters neue Triebkraft und freiere Bewegung zu geben, durch Heranziehung fremder Fabrikanten, Kaufleute und Capitalien, Exportindustrie, Handel, Schifffahrt, Canal- und Hafenanlagen hinzuzufügen unternahm.[1])

Auch in diesen Beziehungen war es von unermeßlichem Werth, daß er das an Bergwerken und Industrien reiche Schlesien gewann. Bis 1740 hatte Preußen an das Ausland jährlich an 1 200 000 Thlr. zahlen müssen, das Testament von 1752 rechnete bereits für 6 Millionen Thlr. mehr Ausfuhr als Einfuhr; fast die Hälfte des Gewinns brachte Schlesien.

Daß Preußen mit dem Schluß des Jahres 1745 Frieden hatte, während die alten Handels- und Industrielande im Süden und Westen Europas noch weitere drei Jahre durch den Krieg in Athem gehalten wurden, hatte der neutralen preußischen Flagge, Dank dem brutalen englischen Caper- und Seerecht, doch nicht den Gewinn gebracht, der so natürlich zu sein schien.

Freilich im October 1747 kam Frankreich mit einem Erbieten sehr lockender Art. Die englische Marine und Caperei hatte den französischen Handel so gut wie todt gelegt, selbst die Küstenfahrzeuge wagten sich nicht mehr von Hafen zu Hafen. Die Republik Holland war rasch zur Hand zu helfen; sie wurde nicht müde in Paris zu versichern, daß sie nur in Pflicht ihrer Verträge mit England und dem Wiener Hofe, nur als Auxiliarmacht an dem Kriege gegen Frankreich Theil nehme, mit Frankreich nach wie vor in Frieden sei; und so setzte sie auch mit Frankreich ihren Handel als neutrale Macht und unter den Begünstigungen des Handelsvertrags von 1739 fort, der den Holländern 50 Sols per Tonne erließ. Daß dann nach der Kriegserklärung von Frankreich gegen England, 1744, die englischen Caper

1) Pr. Pol. V, 3 p. 38 f. Friedrich II. sagt von dem, was sein Vater geschaffen (des moeurs et des coutumes; Oeuv. I. p. 236): Notre commerce n'étoit pas encore né, le gouvernement l'étouffoit en suivant des principes qui s'opposoient directement à ses progrès.

mit besonderem Eifer auf die holländischen Kauffahrer Jagd machten — gleich im ersten Jahre 1744 sind 360 holländische Schiffe im Werth von 5—6 Millionen Gulden aufgebracht worden —, nahm die Republik hin, da der Gewinn ihrer getreuen Eingesessenen immer noch groß genug blieb. Auch Frankreich ließ sich diese Neutralität der Republik, deren Truppen an der Seite der englischen fochten, gefallen, gestattete den holländischen Schiffen selbst die Fahrt von einem Hafen zum andern und nach den französischen Colonien, damit nicht die Ausfuhr von französischem Wein, Zucker, Fabrikaten, Seidenzeug, die Zufuhr von Salz, Holz, Getreide ins Stocken gerathe. Nach einer Amsterdamer Liste vom November 1747 hatte der französische Handel der Niederlande in diesem Jahre einen Werth von 37 Millionen, die höchste Ziffer, die er seit 1654 erreicht hatte.[1])

Aber als die französische Armee im Staats-Flandern einrückte, schon Zeeland, schon Breda bedrohte, erließ auch die Republik und der wieder berufene Prinz-Statthalter eine Art Kriegserklärung und Caperbriefe an die Admiralitäten, auf alle französischen Schiffe und Güter Jagd zu machen. Es war für Frankreich nothwendig, für seine Ausfuhren einen Ersatz zu schaffen, man machte (4. Oktober 1747) durch Valory in Berlin das Erbieten, den preußischen Kauffahrern, namentlich denen von Emden, alle Begünstigungen zu gewähren, welche bisher die holländische Flagge gehabt hatte.

Sofort ließ Friedrich II. in Emden, bei den Kaufmannschaften der anderen preußischen Hafenstädte und durch seine Kammern eine Reihe von Erhebungen machen, welche ermuthigend lauteten.[2])

Einige Wochen später (22. Dezember 1747) sandte Chambrier eine Denkschrift ein, die ihm, wie er sagt, von einem erfahrenen und ihm wohlbekannten Großrheder übergeben worden sei. Dieser, der Chevalier

---

1) Amsterdamer Schiffe führen aus Frankreich aus für 24 Millionen Gulden, darunter 10 Mill. Wein, 8 Mill. Zucker, 2 Mill. Caffee, 1 Mill. Indigo, und führen ein für 2 Mill., meist Specereien, Droguen, Cochenille, Krapp, Fischbein, auch für 200 000 Gulden Leinwand. Nächst Amsterdam ist der wichtigste Platz Rotterdam, dessen Weinhandel den von Amsterdam noch übersteigt.

2) Der Kammerdirector Lenz in Aurich berichtet, die Kaufleute von Emden und Andere erachteten sich allerdings im Stande das Commercium auf der französischen Küste mit Vortheil anfangen und vollführen zu können, es seien in Emden, Noorden, Jever, auch in Esens und Witmund bemittelte Kaufleute in zureichender Anzahl vorhanden, welche Muth genug besäßen ein so wichtiges Commercium mit der Zeit auszuführen u. s. w., wenn sie nur vor den holländischen und englischen Capern geschützt würden.

Latouche, ein reicher, in beiden Indien kundiger Seemann, erbot sich, unter preußischer Flagge einen neutralen Handel von Emden aus einzurichten und, bis in Emden und den preußischen Häfen der Ostsee die nöthigen Schiffe gebaut wären, zunächst seine drei eigenen und noch drei andere französische Schiffe unter preußischen Pässen nach Emden zu führen.

Friedrich II. konnte weder französische Schiffe durch seine Pässe für preußische erklären wollen, noch seinen Kaufleuten empfehlen, für einen immerhin vortheilhaften Handel, der nur für die Kriegszeit ihnen angeboten wurde, umfassende und kostspielige Zurüstungen zu machen. Und die Frage des französischen Hofes (12. December 1747), wie Friedrich II. den von seiner Flagge gedeckten Schiffen und Gütern reellen und wirksamen Schutz zu gewähren gedenke, zeigte, daß man in Paris ihn auf den Weg von Feindseligkeiten, etwa einer Demonstration gegen Hannover, zu locken gedachte. Sein Gegenantrag (April 1748) war auf einen dauernden Commerztractat gerichtet.

Der Aachner Friede wurde geschlossen, ehe es zu einem Ergebniß kam; vielmehr klagte die Kaufmannschaft von Kolberg, daß drei ihrer Schiffe, die im Januar 1748 in Croisic Salz nach Königsberg geladen, das große und kleine Ungeld hätten zahlen müssen, während ein viertes noch im Mai von Rochelle frei ausgefahren sei.[1]) Die pommersche Kammer klagte, daß die Städte Bremen, Hamburg, Lübeck, Danzig von den 50 Sols per Tonne frei seien, Kolberg und Stettin, die ebenso Hansastädte seien, zahlen müßten. Und die Emdner Kaufmannschaft: während ihre Schiffe in Frankreich als holländische im Tonnengeld behandelt seien und den Küstenhandel hätten betreiben dürfen, habe das dann 1746 ein Ende genommen.[2]) Weder auf den Gegenantrag vom April, noch auf jene Einzelbeschwerden erfolgte französischer Seits Antwort. „Es ist am besten", schrieb Friedrich am 21. Februar 1749 an Chambrier, „daß man bei jetzigen Umständen die Sache in suspenso lasse".

---

1) „Seglerhaus Colberg nomine der versammelten Kaufmannschaft daselbst"; wird berichtet, daß drei ihrer Schiffe, Michel Blancks Bienkorb von 205 Tonnen, Joachim Nettelbecks Susanne von 118 Tonnen und Martin Sports Königin von Preußen von 140 Tonnen an großem Ungeld 512, 205, 350 L. und an kleinem 76, 44, 47 L. haben zahlen müssen.

2) Chambrier an den Minister Podewils, 24. Jan. 1746: Mr. de la Borde, fermier général, sei zu ihm gekommen, ihn zu fragen, ob Emden noch holländische Besatzung habe. Über diesen Irrthum aufgeklärt, hat dann Frankreich, wann ist nicht ersichtlich, den Emdern jenen Vorzug entzogen.

Mancherlei Versuche, die seit dem Friedensschluß von 1748 der König durch seinen Gesandten im Haag, v. Ammon, machen ließ, holländische Kaufleute zur Gründung einer Handelsgesellschaft in Emden zu gewinnen, führten zu keinem Ergebniß. So rastlos und umsichtig der Minister von Marschall war, der im Generaldirectorium das Ressort für Colonisation, Handel und Gewerbe hatte, die gemeinsame Thätigkeit und Verantwortlichkeit in diesem hohen Collegium hemmte ihn in seiner Energie und seinem Entwürfen. Als er Ende December 1749 starb, ernannte der König keinen neuen Minister für dieses Departement, er nahm die Leitung für Handel und Gewerbe in sein Cabinet und überwies die Ausführung seinem bisherigen Amsterdamer Agenten Fäsch, als wirklichem Geh. Finanzrath, mit Sitz und Stimme im Generaldirectorium. Rasch fand sich der König mit seinem weiten Blick und der klaren Fassung der Aufgabe, die es zu lösen galt, auch in dem Detail dieser Geschäfte zurecht; er verstand es, von Kaufleuten und Fabrikanten zu lernen. Bald zeigte die lebhafte Bewegung in diesen wirthschaftlichen Verhältnissen, daß sie in sicherer und freier Hand lägen.

Erinnern wir uns, mit wie ernsten Verwickelungen das Jahr 1750 begann, wie ein russischer Angriff auf Schweden nahe und damit der allgemeine Krieg unvermeidlich schien, wie, dem zu begegnen Frankreich mit einem Einmarsch in die östreichischen Niederlande drohte, darauf rechnend, daß Preußen sofort für Schweden eintreten werde, während Friedrich II. die Schuld des Friedensbruches der Coalition überlassen, sich durchaus der Initiative enthalten, am wenigsten sich von Frankreich vorschieben lassen wollte.

Man brauchte Preußen; es galt, ihm einige Condescendenz zu zeigen.

Im März, nicht lange vor seiner Abreise, hatte Valory in Berlin mitzutheilen, daß sein König jetzt geneigt sein werde, der Stettiner Kaufmannschaft dieselben Beneficien im französischen Handel, wie den Hanseaten zu gewähren, wenn man ihm preußischer Seits ein Memoire des Inhalts mitgeben wollte. Friedrich II. ließ in dem Memoire bemerklich machen, daß in Schlesien, seit es preußisch geworden, der ungarische Wein durch französischen, der über Stettin komme, mehr und mehr verdrängt werde, Frankreich also seinen eigenen Handel beförderte, wenn es den von Stettin begünstige; wie überdieß die Zölle für französische Weine, Specereien, Farbstoffe u. s. w. so herabgesetzt seien, daß sie in Magdeburg und Breslau über Stettin billiger als über Ham-

burg bezogen werden könnten. Demnächst begannen in Hannover Georgs II. Verhandlungen wegen der römischen Königswahl; mit ihrem bedenklichen Fortgang, im August 1750, wurde französischer Seits die Frage des Commerztractates in ernsteren Gang gebracht.

Glücklicher und den Gedanken des König entsprechend, hatten sich die, von dem Chevalier Latouche angeregten Projekte entwickelt: „Was unser Handel braucht, wissen wir ungefähr; es kommt darauf an, Leute zu vereinigen, um eine Handelsgesellschaft zu gründen und zweckmäßig zu leiten".[1]) Am 22. März 1750 traf der Chevalier kurz vor Lord Tyrconnell und dessen Gefolge in Berlin ein. Der König empfing ihn nach einigen Tagen; „man glaube", berichtet Puebla schon am 24. März, „er solle, wie man hier längst vorgehabt, eine Art von Marine schaffen".[2])

Und bereits im September war das vom Chevalier Latouche unternommene Werk im Plane fertig,[3]) am 4. Oktober 1750 erschien das königliche Octroi „zur Gründung der asiatischen Compagnie in Emden", privilegirt für den Handel nach China, vorerst mit jährlich zwei Schiffen, zum Handel in der Ostsee nach Spanien und nach dem Mittelmeer mit vorläufig vier Schiffen, zum Häring-, Cabeljau- und Wallfischfang u. s. w. Eine Reihe namhafter Handelshäuser in Berlin, Stettin, Breslau, Magdeburg, Königsberg, Emden übernahmen die Einzeichnungen für die 2000 Actien zu 500 Thlr. Mit dem Ausgang des Jahres waren die erwarteten Summen im Wesentlichen gedeckt.

Am 31. December 1750 begann die Thätigkeit der Gesellschaft.[4]) Der

---

1) Rescr. 24. Jan. 1750 auf Chambriers Bericht, daß Latouche um die Erlaubniß bitte, nach Berlin zu kommen und seine Vorschläge an den König pour rendre le commerce de Ses sujets par mer plus considérable, vorzutragen.

2) Von den Vorberathungen und Vorbereitungen des Chevalier Latouche ist wenig überliefert. Daß er dem Könige Anfang September nach Schlesien gefolgt ist, ergiebt der Hofartikel der Berl. Nachrichten vom 19. September. — Es mag hier angeführt werden, daß am 14. Juli 1750 das Edict über die Neuorganisation des preußischen Münzwesens (das sog. graumann'sche System) veröffentlicht wurde, das den Feingehalt des preußischen Silbers zu $16^2/_3$ Gran fixirte, wie es seitdem geblieben ist.

3) Die erste officielle Notiz darüber giebt der Hofartikel in den Berlinischen Nachrichten vom 22. Sept. 1750.

4) „Unter der vorläufigen Direction und Garantie des Grafen v. Kamecke, des Baron v. Vernezobre, des Baron v. Smeerts und des Barons von Bielfeld", Berl. Nachrichten 1751 Nr. IV, 9. Jan. Wenn Ammon, Amsterdam 4. Febr., schreibt: daß die holländischen Kaufleute Vertrauen zu der Gesellschaft gefaßt, seit sie erfahren, daß

König selbst besuchte im Juni 1751 Wesel und Ostfriesland, und wurde mit unendlichem Jubel empfangen. Er sah die ersten Einrichtungen und Zurüstungen der Compagnie, er erklärte Emden zum Freihafen. Im Februar 1752 segelte das erste Schiff, „der König von Preußen", im Oktober 1752 das zweite, „die Burg von Emden", nach China, beide kamen mit reicher Ladung zurück; die Dinge blieben in gedeihlichem Fortgang bis 1757.

Auf das erwähnte französische Erbieten zu einem Commerztractat im August 1750 hatte Friedrich II. Ammon nach Berlin berufen, um ihn demnächst, nach eingehenden Erörterungen mit dem Geh. Rath Fäsch zum Abschluß des Tractates nach Paris zu senden (Februar 1751). In dem Maaße, als sich die politischen Verhältnisse beruhigten, wurde im auswärtigen Ministerium in Paris der Eifer für diese Verhandlung schwächer und der Widerstand der Finanz- und Steuerbehörden schärfer; wieder wurde die Frage des Schutzes der preußischen Flagge in Kriegszeiten vorgeschoben, es wurde geltend gemacht, daß Preußen gewisse französische Artikel nicht einführen lasse, wie freilich ähnliche Verbote in Frankreich beständen. Und Ammon war am wenigsten geeignet, Unterhandlungen, die so viel Geduld und Vorsicht verlangten, zu führen. Frankreich wollte nur noch statt des Commerztractates eine Convention gewähren, nahm dann auch die Zugeständnisse, die es für diese schon zugesagt hatte, zurück; und die allgemeine Lage der Dinge war der Art, daß Friedrich II. sich endlich Anfang 1753 mit dem Versprechen künftiger Begünstigungen begnügen zu müssen glaubte.[1])

Noch eine Thatsache von Interesse gehört in diesen Zusammenhang. Im Juli 1751, als sich bereits die asiatische Compagnie constituirt hatte, übersandte Ammon ein Memoire, dessen Verfasser kein geringerer war als Mahé de Labourdonnais, der als Gouverneur von Isle de

---

Latouche, verschuldet wie er sei (cela lui ayant fait perdre la confiance du public) avoit de son propre mouvement vendu son octroi, so scheint es, daß an dessen Stelle Heinrich Thomas Stuart getreten ist, auf dessen Namen das „Avertissement" der Compagnie (Berl. Nachrichten 1751 VI p. 14), lautet. Doch könnte auch D. Neal der Käufer sein. In das Directorium wurden später noch die Kaufleute Splittgerber in Berlin und Jacob de Potter in Emden gewählt. Berl. Nachrichten 1751 LXXXIX, 27. Juli.

1) Convention, Paris 14. Febr. 1753.

France und Bourbon durch seine glänzenden Organisationen der französischen Macht in den indischen Gewässern neuen Aufschwung gegeben, die Flotte der englischen Compagnie in mehreren Seegefechten geschlagen, Pondichery entsetzt, Madras erobert hatte; er war zurückberufen, in die Bastille geführt, vor dem Pariser Parlament angeklagt, unter dem Jubel des Volks freigesprochen worden; er würde vor Allen, sagt Marquis d'Argenson, zum Marineminister Frankreichs geeignet sein. Dieser de Labourdonnais erbot sich Friedrich II, den er bewunderte, zum Eintritt in seinen Dienst, ohne weiteren Anspruch als den Titel eines preußischen Viceadmirals. Er entwickelte in jenem Memoire die Nothwendigkeit, die Kauffarthei und den Großhandel, die der König zu schaffen beabsichtige, durch eine Flotte zu decken; man könne indem man beide Zwecke verbinde, die Schiffe des Großhandels so einrichten, daß sie sich auch als Kriegsschiffe verwenden ließen. Er nimmt an, daß die jüngst privilegirte Compagnie einen Fonds von 4 Millionen Thlrn. habe, man muß diesen, wozu sich leicht Mittel finden werden, auf 5—6 Millionen vermehren, der König aber eben so viel hinzufügen; mit diesem Fond von 10—12 Millionen wird man jährlich 4—5 Schiffe kriegsmäßiger Art bauen können, in 3 Jahren deren 12—15 haben; ihre Fahrten schaffen einen Stamm seekundiger Leute; dazu verlegt der König ein kleines Corps von 2000 Mann Infanterie nach Emden und den umliegenden Städten, die man für den Dienst als Marinetruppen ausbilden wird. Aus dem jährlichen Gewinn für des Königs Antheil und dem, was derselbe noch hinzufügen wird, können entweder neue Schiffe gebaut oder Kriegsmaterialien angeschafft, ein Arsenal begründet, Docks errichtet werden u. s. w. In Kriegszeiten werden die Schiffe nach ihrer Größe mit 36 bis 70 Kanonen, mit 200 bis 300 Mann Schiffssoldaten ausgerüstet, und als Escadre ausgesandt, um unter geeigneter Führung den Feind überall, wo es wirksam scheint, anzugreifen, oder auf schwachen Punkten seiner Küste zu landen u. s. w.

Friedrich II. lehnte den Antrag ab; so große Projekte entsprächen seinem Interesse nicht, er habe die Mittel nicht dazu, solche Dinge würden ihn zu weit führen (20. Juli 1751).

Wie eine Rechtfertigung dieser Ablehnung erscheint es, wenn er 1752 in seinem Testament dem Vorwurf begegnet, den man ihm machen kann, daß er immer nur von der Landmacht spreche, von der Seemacht schweige. „Bis jetzt sind die Hülfsquellen des Staates kaum ausreichend, die

Armee zu bezahlen und so viel im Schatz niederzulegen, wie nöthig ist, sie gegen den Feind agiren zu lassen; es würde jetzt ein großer Fehler sein, wenn man daran denken wollte, unsere militärischen Kräfte zu zerrütten. Die Östreicher sind unsere wahren Feinde, und sie haben nur Landtruppen; an sie müssen wir bei allen unseren militärischen Einrichtungen denken. Rußland hat in der That eine Flotte und eine große Zahl von Galeeren, aber unsere Küsten sind zu Landungen für sie nicht geeignet, und so kann uns ihre Flotte nichts Weiteres anthun, als daß sie in dem neutralen Hafen von Danzig landet und dort Truppen ausschifft, um die Verbindung zwischen unseren Regimentern in Pommern und in Preußen zu hindern. Wären wir Herren von Polnisch-Preußen und besonders von Danzig, so würde die Sache bedeutend anders stehen; ich würde rathen, dann dreißig Galeeren und einige Prahmen mit Batterien zu halten, wie die Schweden, die mit solchen zwischen ihren Inseln gleichsam ein Bollwerk bilden, um die Galeeren auf der Rhede zu vertheidigen; man könnte außerdem 8 bis 10 Fregatten halten, diese Galeeren dahin, wo man sie braucht, zu escortiren. Ich würde nicht rathen, Linienschiffe zu bauen, weil man sie in der Ostsee wenig benutzen kann und sie unermeßliche Kosten machen; und wozu sollte man sie verwenden? Etwa zum Kriege gegen Rußland? Was kann man in diesen öden und barbarischen Gebieten der Zarin gewinnen? Sie für uns erobern, wäre Thorheit, sie für andere erobern, ziemlich unnütz; und wenn es geschehen sollte, so müßten die, welche dieser Eroberungen sich erfreuen wollten, ihre Schiffe dazu leihen" u. s. w.

So des Königs Ansicht, vier Jahre vor dem Ausbruch des Krieges, — die Ansicht eines Feldherrn, der im Voraus sich völlig klar darüber ist, auf welche Gefahr er sich gefaßt halten, mit welchen Mitteln, an welchem Punkt er die doppelt und dreifach heranschleichenden Überfälle der Coalition, die ihn zu erdrücken und seinen Staat zu zerreißen gedenkt, treffen muß, um sie zu sprengen und niederzutreten.

Sodann ein Zweites. Von Amsterdam aus, auf dem Wege nach Paris, hat Ammon (4. Februar 1751) für die Sicherstellung der Schiffe der Emder Compagnie empfohlen, im Haag und in London von der beabsichtigten Gründung Anzeige zu machen und den Antrag zu stellen, daß man deren Schiffe als die einer befreundeten Macht behandeln möge, zugleich die Versicherung beizufügen, daß denselben bei strenger

Strafe untersagt werden solle, nicht an Plätzen Handel zu treiben, wo die beiden Nationen ausschließlich das Recht dazu hätten. Friedrich II. wies das als „absolut gegen seine Ehre und die Würde seiner Krone" zurück: „solche Puissancen würden, wenn man ihnen solche Memoires überreichte, nichts thun und nur die Consequenz ziehen und sich ein Recht anmaaßen, daß seine Provinzen ohne ihr Consentement keinen ostindischen oder dergleichen Handel unternehmen dürften".

Weder im Haag, noch in London sah man die neue Compagnie mit günstigen Augen an.

Aber die Republik war nicht in der Lage, irgend etwas dagegen zu thun;[1]) sie mußte es geschehen lassen, daß mehr als einer ihrer Capitalisten ins Preußische übersiedelte,[2]) so jener überreiche O. Neale, der Jahre lang den Handel mit Surinam in der Hand gehabt hatte und nun, in den Grafenstand erhoben, zum Generaldirector der Ember Compagnie, wie man in Amsterdam sagte, bestimmt war. Schon drückte auf der andern Seite das Emporkommen der östreichischen Niederlande, das sichtlich von England her begünstigt wurde;[3]) und daß der Wiener Hof so wenig den Barrieretractat wie den damit verknüpften Tarif herstellen wollte, war für den holländischen Handel um so trauriger, da die Regierung in Brüssel eifrig das Netz der Canäle erweitern und nach Ostende hin pilotiren ließ, um die durch holländische Forts gesperrte Schelde zu umgehen.[4]) Schon war von

1) Ammon, Haag 11. Sept. 1750: il paroît qu'on y est très sensible et qu'on regarde cet établissement comme un présage de la décadence du commerce de la ville d'Amsterdam, surtout si V. M. étend celui de ses sujets hors de l'Europe, principalement dans les Indes. Über O'Neale die Klage im Merc. hist. et pol. CXXXIX, Oct. 1750 p. 415.

2) Puebla an Ulfeld, 16. Nov. 1751: il paroît que la démangeaison de s'expatrier commence à devenir contagieuse en Hollande, car outre plusieurs de cette nation qui se sont déjà établis dans ce pays-ci, il y en est arrivé un, qui a déjà fait une apparition l'année passée, nommé de Steinkracht de Soubourg von unermeßlichem Reichthum.

3) So auf einen Bericht von Hellen, 17. März 1752, die von Eichel notirte mündliche Resolution: er solle genau melden, „ob denn unter den Regenten der Republik keiner intelligent genug wäre, der merkte und begriffe, daß die Engländer der Republik eine branche ihrer Handlung nach der andern wegnehmen, und die Attention darauf habe und zu Herzen nehme, daß jetzo die Engländer wiederum die Holländer um den Handel nach den östreichischen Niederlanden brächten und einen Tractat deshalb zu machen im Begriff seien.

4) Hellen, 28. April 1752: touchant la construction des canaux et les autres établissements qu'on fait aux Pays-Bas au préjudice du commerce de la République

der Herstellung der kaiserlich ostindischen Compagnie von Ostende die Rede; 1751 liefen in dem Hafen dort 100 englische und mehr als 80 holländische Schiffe ein, während in den Texel in demselben Jahre über 200 Schiffe weniger als 1749 einkamen.

Für die englische Politik stand die Frage der Emder Compagnie nicht in erster Reihe, aber mit der schlesischen Hypothek, mit dem von Preußen bestrittenen englischen Seerecht gemengt, konnte sie ein Ferment werden, die nationale Stimmung für die deutsche Wahl, für das Recht Hannovers auf Ostfriesland, auf Mecklenburg u. s. w. in Hitze zu bringen, in gleiche Hitze, wie sie es gegen Frankreich bereits war.[1])

Von dem Emder Octroy erfuhr man in London zuerst durch einen zugleich allarmirenden und höhnischen Bericht von Williams, auf den man für den Augenblick — Georgs II. großes Werk in Hannover war gestrandet — irgend etwas zu thun unterlassen mußte.

Seit Anfang 1751 hatte Michell in London wiederholte und immer dringendere Mahnungen wegen Entschädigung der gecaperten preußischen Schiffe zu machen, mit der bestimmten Anzeige, daß die letzte noch übrige Rate der schlesischen Schuld von 270 000 Thlr., die 1752 zu zahlen sei, nöthigenfalls zum Zweck jener Entschädigungen zurückbehalten werden würde.[2]) Im Mai erhielt Podewils den Auftrag, in der Stille die nöthigen Notizen und Nachweise einzuziehen, „damit daraus ein ordentliches Liquidum constituirt werden könne“.[3])

---

habe Newcastle zur Statthalterin gesagt, que c'étoient au fond des arrangements intérieurs. Über den Handel von Ostende und Texel, Hellen 18. Jan. 1752. Über die Compagnie von Ostende meldet Hellen, 11. Aug. 1752, daß sich die Kaiserlichen in den Conferenzen in Brüssel erklärt hätten, man wolle se borner de l'envoi de 4 vaisseaux et cela sous prétexte que celles de Danemark, de Suède et la compagnie Asiatique d'Embden s'étant formées sur ses débris, il seroit fort dur de vouloir exclure pour toujours du commerce des Indes une puissance alliée dans le temps qu'on ne pouvoit pas en empêcher les autres.

1) Die Verbindung der Anti-Gallicani ist gegen Ende 1751 geschlossen und in rasch anschwellender Thätigkeit: pour nous enlever, sagt Argenson VII p. 36, ce qui nous reste de commerce, les modes, les poupons; elle décerne de gros prix u. s. w. Alles Französische wird in England verschmäht und verfehmt, dem französischen Theater in London macht das Toben des Volkes ein Ende u. s. w.

2) Michell, London 26. Oct. 1750.

3) Rescript an Podewils, 19. Mai; zugleich an Michell die Weisung, „bei allen dazu habenden Gelegenheiten und so oft es nur möglich, dieser Sache wegen bei dem englischen Ministerium Erinnerung zu thun, damit letzteres nicht in den Gedanken gerathe, als ob die Sache in das Vergessen gekommen oder S. M. solche gar hätten fallen lassen“.

Man hatte sich Anfangs 1751 — noch war Bedford im Ministerium — entschließen müssen, Williams aus Berlin abzuberufen; man hatte jene scharfen Worte in der Note für Puebla hingehen lassen. Schon war von Seiten des Reichshofraths auf die Klage Kurbraunschweigs wegen Ostfrieslands die Citation an den König von Preußen ergangen; und nun kam dieser Verklagte von Wesel aus nach Ostfriesland, als wäre nichts geschehen, ließ sich mit endlosem Jubel und Ehrenpforten empfangen, schenkte die alte Burg von Emden der neuen Compagnie, dort ihre Magazine anzulegen, fuhr in den Dollart hinaus, sich über die möglichen Eindeichungen zu unterrichten, machte Emden zum Freihafen und empfahl, eine regelmäßige Packetfahrt nach London einzurichten.

Endlich waren die Schwankungen im englischen Ministerium vorüber, Lord Granville und Newcastle dessen Leiter, große Dinge im Plan; man arbeitete am Dresdner Hofe, in Madrid, in Copenhagen, überall, sie vorzubereiten. In Wien hatte der Reichshofrath eine zweite Citation an den König von Preußen, mit Androhung des Contumazverfahrens in Arbeit. Und inzwischen war Unerhörtes geschehen.

In Wesel hatte Friedrich II. noch den alten hochbewährten Baron Le Chambrier gesprochen; bald nach des Königs Abreise war er gestorben. Wen an dessen Stelle auf den höchst wichtigen und höchst schwierigen Posten in Paris senden? Seit 1748 lebte in Potsdam, als des Königs Gast und Freund, Georg Keith, Lord Marschall von Schottland, des Feldmarschalls Keith älterer Bruder, wie dieser Protestant und verbannter Jacobit, wie er denn an den Versuchen des Prätendenten 1715 und 1719 Theil genommen hatte, dann Jahre lang General in spanischen Diensten gewesen war. Diesen wählte Friedrich II.[1])

Und der edle Schotte, der nach so bewegten Schicksalen lieber in der Nähe seines Bruders und seines königlichen Freundes der Stille gelebt „und Melonen in seinem kleinen Garten gebaut hätte",[2]) fügte

1) Des Königs eigenhändige Instruction für Lord Marschall s. d. ist wohl kurz vor dessen Abreise, 24. Aug., geschrieben; die ausführlichere, von Podewils' Hand datirt 14. Aug. 1751.

2) Lord Marschall in dem schönen Brief an den König, Berlin 17. Juli 1751, mit der Nachricht, daß ein Emissär des Prätendenten, der nach Schweden Aufträge habe, bei ihm gewesen und von ihm mit ernsten Warnungen entlassen sei; er fügt

sich dem Wunsche dessen, dem er sich zu Dank und in persönlicher Verehrung verpflichtet fühlte.

Anfangs September war Lord Marschall in Paris, mit ihm als Legationssecretär der junge Freiherr v. Knyphausen, der bisher unter Rohd am Stockholmer Hofe gearbeitet hatte, der Sohn des Ministers unter Friedrich Wilhelm I., der Enkel von Ilgens.

Erst als Lord Marschall in Paris war (8. September), erfuhr die Welt seine Ernennung. Der englische Hof war außer sich. Georg II. sagte in öffentlicher Cour dem französischen Ambassadeur: damit habe Preußen den Vertrag von 1719 und den Aachner Frieden gebrochen, und obenein sei es ein Affront für ihn, den König von England, und die englische Nation; er erwarte, daß Frankreich die Zurücknahme der Ernennung dieses Geächteten fordern werde. Die Minister brüteten mehr als einen Racheplan aus. Und der gute Mirepoix „ließ sich anstecken", berichtete nach Paris, wo bereits Obrist Yorke die gebührende Antwort empfangen hatte, daß ja in derselben Audienz Ihrer britischen Majestät der spanische Ambassadeur Richard Wall, der Ire, aufgewartet habe, der nicht minder ein Jacobit und Geächteter war.

Nach vierzehn Tagen schreibt Michell: „Das Gerede hört allmählig auf; ein Courier aus Dresden meldet, daß Williams den Vertrag mit Sachsen am 14. September geschlossen hat".[1]) Damit sah man den Eckstein zu dem Werke gelegt, das rasch und groß zu vollenden Georg II. sich im nächsten Frühling nach Hannover begeben wollte. Und die zweite Vorladung des Reichshofraths in der ostfriesischen Sache, die in contumaciam, war bereits am 11. Mai 1751 erfolgt.

Preußen ließ die drei Monate der Contumaz ruhig verstreichen. Dann am 24. November übergab der preußische Gesandte in Regensburg v. Pollman ein Schreiben an den Reichstag vom 27. Oktober, des Inhalts, daß der König als der autorisirte Besitzer des Fürstenthums Ostfriesland sich auf eine grundlose Action vor dem Reichshofrath in keiner Weise einlassen könne, daß derselbe die Garantie des

hinzu, die Jacobiten werden, da E. M. mich aus dem Dunkel gezogen, neue Hoffnungen schöpfen: ils vous croiront plus Jacobite que moi, car un Jacobite est un animal qui croit fermement tout ce qu'il veut dans sa tête.

1) Michell, 1. Oct. 1751. Was den englischen Ministern zwischendurch für Rachepläne durch die Köpfe gingen, sieht man aus Newcastles Schreiben an den Lordcanzler, 6. Sept. Coxe, Pelham II. p. 407.

Reiches anrufe und den Reichstag auffordere, „sich bei kaiserlicher Majestät durch ein von gesammten Reichswegen zu erlassendes Intercessionsschreiben dahin interponiren zu wollen, damit hochgedachtes Haus (Hannover) mit seiner ganz fuglosen Klage und offenbaren Zunöthigung simpliciter et de plano abgewiesen werden möge".

Schon vorher (am 3. November) hatte Michell dem Herzoge von Newcastle die Anzeige zu machen gehabt, daß es dem Könige, seinem Herrn, gefallen habe, eine asiatische Compagnie in Emden zu errichten, und daß derselbe darauf rechne, deren Schiffe unter preußischer Flagge würden in den Häfen der englischen Besitzungen den Schutz und Beistand finden, wie ihn befreundete Nationen einander gewährten. Michell unterließ diese Anzeige schriftlich zu übergeben, ein Verfahren, das Friedrich II. nachträglich billigte; Newcastle antwortete mit aller Artigkeit, daß er dem Könige Vortrag darüber halten werde. Demnächst erschien officiell eine Zusammenstellung aller vom Parlament erlassenen Bestimmungen, die den englischen Unterthanen verboten, sich an ausländischen Compagnien für den Handel nach Indien direct oder indirect zu betheiligen, oder Capitalien in ihnen anzulegen, bei Strafe des Dreifachen ihrer Einzahlung; die ostindische Compagnie autorisirte jeden Engländer, der auf Schiffen fremder Compagnien in ihren Häfen oder Gebieten betroffen wurde, zu verhaften und zur Bestrafung nach England zu schicken u. s. w.

Mit dem Ausgang November sandte Friedrich II. die vorletzte Zahlung aus der englisch-schlesischen Schuld an Michell mit der Erklärung, daß er den Rest, 270000 Thlr., zurückbehalten werde, da seinen durch die englischen Caper geschädigten Kaufleuten die ihnen nach allem Natur- und Völkerrecht zustehende Indemnisation nicht geschehen sei, und daß er den Betrag dieser Entschädigung von den 270000 Thlr. defalquiren werde. Zugleich bestellte er eine Justizcommission, den Großcanzler an der Spitze, die angemeldeten Schäden der preußischen Kaufleute zu prüfen und die Summe der gerechtfertigten Forderungen festzustellen. Podewils und Finckenstein erlaubten sich darauf hinzuweisen, daß, wie begründet auch ein solches Verfahren im Völkerrecht sei, in England wüthendes Geschrei darüber entstehen, daß man nie und nimmermehr die Competenz eines fremden Tribunals über die von englischen Schiffen aufgebrachten Prisen anerkennen, daß England darin einen nationalen Affront sehen, den Breslauer Frieden für gebrochen erklären, seine Garantie Schlesiens zurückziehen

werde, daß man schwere Schädigung des preußischen Handels, namentlich des schlesischen Leinwandhandels zu befahren habe. Der König darauf: „Haben die Engländer nicht meine Unterthanen vor dortige Tribunale citiret und über deren Vermögen erkannt? Was für Staat werde ich je auf die englische Garantie machen können, wenn der Fall eintreten sollte? Und kann der Aigreur größer werden als er von Seiten des Königs von England schon gegen mich ist? Wenn die Engländer Leinwand aus Schlesien nehmen, so thun sie es ihres Profits halber; denn sie bestellen sie dort und zahlen das Geld voraus, um sie den Spaniern und nach Indien desto theurer zu verkaufen".

Als Michell die Entschließungen des Königs dem Herzoge von Newcastle mittheilte, war derselbe sehr überrascht, „als wenn er jetzt zum ersten Male davon höre", meinte, daß Preußen nicht befugt sei, so zu verfahren, forderte, da er sich in so wichtiger Sache nicht auf sein Gedächtniß zu verlassen wage, die Erklärung schriftlich, was Michell versagte. [1])

Auch Michell war nicht ohne Bedenken: „Selbst wenn man hier den Willen hätte, E. M. zu befriedigen, man könnte es nicht, weil sofort andere Mächte mit ihren noch viel größeren Forderungen kommen würden, die der englische Hof völlig außer Stande wäre zu befriedigen".

Aufgeregt genug war die Stimmung in England, in den höfischen Kreisen so gut, wie in denen, welche ostindische Actien, Actien der schlesischen Hypothek, Antheil-Actien an den Millionen der Caperbeute des letzten Krieges besaßen; was sollte aus der englischen „Freiheit" werden, wenn das Seerecht, Caperrecht, Schmuggelrecht in Frage gestellt wurde?

Vorerst geschah nichts von dem, was alle Welt erwartete. Es erwies sich als ein falsches Gerücht, daß das Emder Compagnieschiff von dem Wachtschiff in den Dünen gezwungen worden sei beizulegen und sich durchsuchen zu lassen. [2]) Auf jene Mittheilung Michells ant-

---

1) Michell, 24. Decb.

2) Das Gerücht wurde aus Paris und dem Haag nach Berlin gemeldet; Lord Marschall, 18. Febr. 1752. Die Thatsache war, daß zwei englische Matrosen, die sich auf dem Emder Schiff hatten anwerben lassen, dem Capitain des Wachtschiffes brieflich gemeldet, sie wären mit noch sechs anderen Engländern gepreßt und würden gewaltsam zurückgehalten; auf Meldung des Capitains befahl die englische Admiralität ihm, die acht Engländer zu reclamiren; worauf dem Capitain nach Vorweisung dieser Ordre diese acht Mann ausgeliefert wurden, sans qu'il fût question d'aucune violence; Michell, 14. März.

wortete Newcastle nach einigen Wochen Namens seines Königs: S. M. hoffe, der König von Preußen werde sich überzeugen, daß gegen die preußischen Schiffe nicht anders, als gegen die aller anderen Nationen verfahren worden sei, völlig nach dem englischen Recht und Gesetz; und er schmeichle sich, daß derselbe bei reiferer Überlegung seine angekündigten Absichten unausgeführt lassen werde, weil sich sonst England seiner schlesischen Garantie entbunden erachten müsse. Von Lord Marschall war nicht weiter die Rede. Selbst daß von Hannover gemeldet wurde, daß der Herzog von Mecklenburg im Begriff sei die Erbverbrüderung mit Preußen zu erneuen, und daß er die an Hannover als Hypothek abgetretenen acht Ämter mit einer Anleihe, die ihm der preußische König bei dem ständischen Creditwerk in Brandenburg vermitteln werde, wieder einlösen wolle,[1]) hatte für den Augenblick keine Wirkung; das englische Parlament mußte vorerst noch lärmen, Pelhams finanzielle Bedenken überwinden; erst wenn das Parlament die in dem Vertrage mit Sachsen festgestellten Subsidien bewilligt hatte, wenn man damit der sächsischen Kurstimme für die Wahl sicher war, wenn die fulminante hannövrische Gegenschrift wegen Ostfriesland vom 18. Februar 1752 in Regensburg ihre Wirkung that und durch Beschluß des Reichstags die Entscheidung dem Kaiser und seinem Reichshofrath überwiesen wurde, — wenn der König Georg II. mit Newcastle Anfangs April in Hannover erschien und alle Schleusen seiner großen Politik öffnen, alle Räder zugleich arbeiten ließ, — dann endlich war mit Preußen gründlich Abrechnung zu halten.

Gewiß eine vortreffliche große Politik, nur vielleicht mehr nach parlamentarischer als militärischer Taktik, oder will man lieber: mehr nach Caperart auf gut Glück, als in festem Cours nach festem Ziel. Auch auf Dänemark hatte sie gerechnet, wo Georgs II. Tochter Königin, seit dem September 1751 Baron Bernstorff Minister des Auswärtigen und der Handel der Gräfin Bentink noch in vollem Gange war. Am 18. December 1751 starb die Königin. Es wurde dem Wittwer nahe genug gelegt, daß er in London, in der heranblühenden Tochter des verstorbenen Prinzen von Wales den schönsten Ersatz finden werde.

---

1) Der „erneute Erbvertrag" zwischen Friedrich II. und Herzog Christian Ludwig, der seinen Vicecanzler Ditmar zu diesem Zwecke mit Specialvollmacht nach Berlin sandte, ist am 14. April 1752 vollzogen worden. Das Nähere dieser Verhandlung ergiebt Podewils' Bericht an den König über Ditmars Antrag, 6. März, und des Königs Rescript darauf vom 10. März. Vgl. unten p. 341.

König Georg lud ihn zu einer Entrevue nach Hannover ein, so früh, daß schon am 14. März der preußische Gesandte in Copenhagen melden konnte, König Friedrich V. habe diese Entrevue abgelehnt, die beabsichtigte Reise nach den Herzogthümern aufgegeben. Es war für Bernstorff und seine Freunde in London und Hannover ein harter Schlag, daß Friedrichs V. Wahl auf die Schwester des Herzogs Karl von Braunschweig fiel und daß die Sache am Hofe zu Berlin, an dem der Herzog mit seiner Familie die Weihnachten und den Carneval verlebte, eingeleitet oder abgemacht war.[1])

Auch auf den Dresdner Hof hatte die englische Politik gerechnet, vor Allem auf den Wiener. Für Dresden kam sie mit allem Gelde nur halb zum Ziele, und in Wien mit allem Eifer und Ungestüm überhaupt nicht aus der Stelle.

Zunächst wenige Worte über Sachsen, das, Dank der schwindelhaften Finanzpolitik des Grafen Brühl, namentlich den „Steuerzetteln", zinstragende Obligationen auf die nach zwei, drei, vier und weiteren Jahren zu erwartenden Einnahmen des Obersteueramtes, bereits Ende 1747 unmittelbar vor dem Staatsbankerott zu stehen schien. Preußen war bei dieser unseligen Wirthschaft in so weit betheiligt, als Art. XI. des Friedens von 1745 bestimmte, daß die im Besitz preußischer Unterthanen befindlichen Steuerscheine, sobald sie fällig, ohnfehlbar ausgezahlt werden sollten.[2])

Man mag in Dresden gehofft haben, diesen Artikel, wie es mit dem über die Abtretung der Stadt Fürstenberg und des Oberzolles dort gegen schlesische Enclaven in der Lausitz gelungen war, durch Verschleppung hinfällig machen zu können. Friedrich II. hatte bis in das Jahr 1747 nicht gedrängt, aber so bereit er war „dem sächsischen Hofe möglichst wenig zur Last zu fallen", ja allenfalls seinen Unterthanen

---

1) Schon 7. Febr. 1752 meldet Andrié de Gorgier von den Eröffnungen, die er im Auftrag Friedrichs II. an den dänischen Geheimrath v. Dehn gemacht habe, der dann im März nach Copenhagen reist. Am 27. März übersendet des Herzogs Karl vertrauter Rath Schrader an Dehn das von dem dänischen König gewünschte Portrait der Prinzessin Juliane von Braunschweig.

2) Pr. Pol. V. 3 p. 425 ff. Der Artikel XI lautet: tous les vassaux et sujets de S. M. le Roi de Prusse, de même que ceux qui sont dans son service, soit militaire ou civil, qui ont des capitaux sur ce qu'on appelle die sächsische Obersteuereinnahme, seront fidèlement remboursés de leurs capitaux et intérêts aux termes échus suivant la teneur de leurs obligations ou Steuerscheine.

weitere Käufe von Steuerscheinen zu verbieten, wenn die, welche sie in den Händen hatten, so verzinst und ausgezahlt würden, wie ihre Termine besagten, — unmöglich konnte er sich gefallen lassen, daß man sächsischer Seits geltend machen wollte, nur die schon zur Zeit des Friedensschlusses preußischen Unterthanen gehörigen Steuerzettel hätten an dem Privilegium jenes Artikels Theil. Es gab keine Controlle dafür, da die Zettel wie Papiergeld von Hand zu Hand gingen. Der bessere Cours, in dem sich die Steuerzettel in preußischem Besitz hielten, wurde natürlich zu Spekulationen mancher Art Anlaß; die sächsische Verwaltung hätte Alles daran setzen müssen, diese vertragsmäßig privilegirten Obligationen möglichst schnell einzulösen; daß es nicht geschah, machte die Schuld von ursprünglich etwa 500000 Thlr. bis zum Jahr 1751 auf das Doppelte wachsen.

Alle Reduction der Truppen, alle neuen Auflagen auf Kaffee, Taback, Zucker u. s. w., die Abzüge von den Gehalten und Pensionen, 15 Procent beim Militär, 25 beim Civil, die immer neuen Projecte zur Besserung, die der schlaue Graf Hennicke machte, sie halfen nichts, da die Ausgaben des Hofes unter Brühls Leitung ihres unsinnigen Weges weiter gingen, während er selbst sein Vermögen aus Sachsen zog und polnische Güter kaufte.

Diese Lage der Dinge benutzte die englische Politik, den Dresdner Hof, der seit 1746 Subsidien von Frankreich bezog und doch mit den beiden Kaiserhöfen Hand in Hand ging, völlig für die Coalition zu gewinnen. Und wieder Graf Brühl verstand es, zwischen den großen Systemen her und hinschaukelnd, so viel Geld als möglich von beiden Seiten zu ziehen und so wenig als möglich dafür zu leisten, überall voran zu sein, wo sich Gelegenheit bot, Preußen zu verläumden und zu schädigen, und zugleich darauf zu pochen, daß Sachsen für Europa unentbehrlich sei, und im Besitz der Krone Polen, des Directoriums, des corpus evangelicorum, des Reichsvicariats, der Kurstimme, politische Ressourcen genug habe, um auch ohne Geld und Armee eine Macht zu sein.

Schon 1744 hatte Georg II. aus seinem hannövrischen Schatz, damit Sachsen den Preußen in Böhmen in den Rücken fallen könne, zwei Millionen gegen Steuerscheine geliefert. Diese Schuld war durch nicht gezahlte Zinsen 1749 auf 2600000 Thlr. gewachsen, weil man doch, so hieß es, leider immer zuerst die preußischen Gläubiger zu befriedigen suchen müsse; da hatte ja der Schatz von Hannover selbst ein

Interesse zu helfen, und bei zwölf Millionen Obligationen waren in holländischen, bei drei Millionen in englischen Händen, für deren Auszahlung, wenn sie fällig waren, sammt deren Verzinsung bis dahin fast immer nur wieder neue Steuerzettel ausgegeben wurden; die etwa 20 Millionen in Sachsen selbst, meist für baar eingezahlte Cautionen, mehrten nur um so rascher die Zettelmasse und deren Entwerthung.

Graf Flemming ging nach Hannover und weiter nach London, um eine neue große Anleihe zu unterhandeln. Und König Georg II. war erbötig, aus seinem hannövrischen Schatz vier Millionen zu $3^1/_2$ Prozent zu liefern, aber gegen pfandweise Überlassung sächsischer Ämter, deren Ertrag die Zinsen dieser Anleihe deckte. Es wurde Jahr und Tag darüber verhandelt, es erwies sich, daß die Erträge von Henneberg, Mansfeld u. s. w. sächsischer Seits viel zu hoch angegeben waren; es mußten weitere Ämter, Sangerhausen, Querfurt u. s. w., ausfindig gemacht werden; dann stritt man, ob sächsische oder hannövrische Amtleute die Verwaltung dort führen sollten; dann machte der Cours des gezahlten Goldes und Silbers Schwierigkeiten; auch forderte Hannover die Mitgarantie des Kurprinzen, das Recht der Garnisonen in den Hypothekenämtern, machte zur Bedingung, daß Preußen gleich und ganz befriedigt werde. Aber die ausgezahlten Summen, immer nur bei zwei-, drei-, vierhunderttausend Thalern, je nachdem die Hypothek dafür in Ordnung war, gingen einstweilen in Graf Brühls Händen zu anderen Zwecken drauf, wie von den 200 000 Thalern, die im Januar 1751 einkamen, zu einem Collier und Ohrringen für die Kronprinzessin 100 000 Thaler in Rechnung gestellt, der Rest für den Carneval angewiesen wurde. Für die nächste Messe hatte Graf Flemming 400 000 Thaler zugesichert erhalten, weitere 300 000, sobald die Einkünfte von Henneberg controlirt seien und gegen die Verpflichtung, noch eine weitere Hypothek von jährlich 15 000 Thalern Ertrag zu beschaffen.

Und mehr noch: seit Williams' Reise nach Warschau, im Sommer 1750, hatte man das Erbieten Englands zu einem Subsidienvertrag mit den Seemächten, wenn Sachsen den mit Frankreich nicht erneue; freilich mit der Bedingung, daß Kursachsen für die Wahl des Erzherzogs stimme und dem Petersburger Vertrage von 1746 beitrete. Der Dresdner Hof hoffte, von den Seemächten für die 6000 Mann, die er ihnen bereit halten sollte, noch ein Stück Geld mehr zu gewinnen, als Frankreich gezahlt hatte, freilich ohne dafür Truppenleistungen

zu fordern. Brühl bot in Paris zum Zeichen ungestörter Hingebung einen Handelsvertrag an.

Bereits im Februar 1751 fühlte man sich in Dresden so im Zuge, man sah Preußen durch die Vorgänge mit Groß und Warendorff und durch die Frage der Königswahl so bedrängt, zugleich durch die Agiotage und die Gaunereien, zu der die privilegirten Steuerscheine Anlaß gaben so in allgemeinem Mißcredit, durch den scandalösen Zettelhandel, den Friedrichs II. Gast, Voltaire, so eben durch den Juden Hirsch betrieben hatte, die öffentliche Meinung in London und Amsterdam so gut wie in Paris für Sachsen so günstig und mitleidsvoll, daß der Versuch, die preußische Prärogative trotz Art. XI des Dresdner Friedens abzuschütteln, gelingen zu können schien. Nicht bloß um der gehofften englischen Subsidien willen ließ man die Hauptleute wieder werben, die bei Kesselsdorf untergegangenen vier Milizregimenter wieder formiren, — man verkündete der Welt, daß im Juni zwei Lager, bei Leipzig und Pirna, gebildet werden sollten.

Die bei dem preußischen Gesandten von Maltzahn für die nächste Messe eingegangenen Meldungen ergaben Forderungen auf 1 800 000 Thaler, man konnte, da noch nicht Alles angemeldet war, 2 Millionen rechnen.[1]) Auf eine vorläufige Anfrage Maltzahns antwortete Hennicke: man werde viele in den Listen verzeichnete Posten streichen müssen, die in den sächsischen Listen nicht als in preußischen Händen befindlich bezeichnet seien; doch sei das eine Sache, zu welcher der Gesandte keine Legitimation habe, man werde sie direct mit dem Ministerium in Berlin verhandeln. Maltzahn darauf: er habe bisher diese Sachen geführt; doch werde er gern, um die sächsischen Herren nicht zu geniren, darüber an S. M. berichten.[2])

Einen zweiten Anlauf versuchte vierzehn Tage später Graf Brühl: die besten Freunde Preußens, so Puysieulx, erklärten den Art. XI nicht in dem Sinne wie Preußen, ja der König von Preußen selbst habe mit dem Verbot weiteren Kaufens von Steuerscheinen die Gerechtigkeit der Forderung Sachsens anerkannt. Maltzahn darauf: was S. M. seinen Unterthanen verbiete, ändere an der vertragsmäßigen Pflicht Sachsens nichts; und wenn man nicht daran gehe, den preußischen Forderungen zu genügen, so werde man es nicht übel nehmen,

---

1) Maltzahn, Leipzig 15. Mai 1751.
2) Maltzahn, 20. Febr. 1751.

wenn endlich Preußen nach dem Beispiele Hannovers Hypotheken fordere. Brühl war sehr überrascht; er erklärte, das sei eine Drohung.[1])

Allerdings hatte Brühl Frankreichs Vermittelung angerufen und Tyrconnell im März davon in Berlin Anzeige gemacht, auch den Wunsch seines Hofes, die Sache in Güte abgemacht zu sehen, ausgesprochen. Und anderer Seits waren die Verhandlungen mit Williams über den Subsidienvertrag zum Abschluß geführt, der Vertrag vom 13. September 1751 bedurfte nur noch der Genehmigung des Parlaments; Sachsen hoffte auf 70 000 Pfd. Sterl. von England, 20 000 von Holland; es stellte seiner Seits für den zugleich angeregten Beitritt zu der Allianz der beiden Kaiserhöfe von 1746 drei Bedingungen: deren Garantie für die kursächsische Succession in Polen, eine Doppelheirath zwischen dem kursächsischen und östreichischen Hause, und endlich, daß es für casus foederis gelten solle, wenn Preußen der Steuerscheine wegen mit Gewalt gegen Sachsen verfahre, daß namentlich Östreich dann mit 40 000 Mann für Sachsen eintrete; — Bedingungen, welche von beiden Kaiserhöfen zurückgewiesen wurden.[2])

Voltaires Gaunergeschäft hatte Friedrich II. auf das Äußerste verdrossen.[3]) Das Privilegium des Art. XI, das er aufrecht erhalten zu müssen glaubte, wurde sichtlich ein Köder zu Durchstechereien unsauberster Art, zu profitablen Speculationen für alle Welt, wenn preußische Unterthanen für einige Procente an dem Gewinn ihren Namen für sie hergaben.[4]) Er sah sich in der Gefahr, zum Beschützer eines Systems von Gaunereien zu werden, an die bei jenem Friedensartikel im Entferntesten nicht gedacht worden war. Er erließ ein Edict, das den preußischen Vasallen und Unterthanen verbot, Steuerzettel unter dem Tagescours zu kaufen, „um damit ein eigennütziges Ge-

1) Maltzahn, 9. März 1751.

2) Zwei dieser Bedingungen kannte Friedrich (Rescript an Lord Marschall, 23. Nov. 1751) aus den im zugegangenen Schreiben von Pretlack an Ulfeld, 2. und 9. Oct. 1751; die der Doppelheirath wurde ihm etwas später durch Pretlacks Schreiben an Ulfeld, 8. Nov. bekannt.

3) Friedrich II. an Voltaire, 24. Febr. 1751: vous avez eu la plus vilaine affaire du monde avec le juif; vous avez fait un train affreux dans toute la ville. L'affaire des billets Saxons est si bien connue en Saxe qu'on m'en a porté de grièves plaintes.

4) Maltzahn, 11. Decb. 1751, berichtet von Äußerungen, die er gehört habe sur les suites que l'achat de ces billets auroit, qui avec le temps passeroient tous entre les mains des Prussiens, qui en suite se feroient payer par la protection de V. M.

werbe zu treiben"; solchen Zetteln werde die Protection des Art. XI nicht gewahrt, solche Käufer würden nach Befinden noch besonders dafür bestraft werden.

Der Schaden blieb. Weder reichte das Edict aus, die Zettel, die fortan nicht privilegirt sein sollten, von den privilegirten zu unterscheiden, noch hatte ein neuer Ausweg, den Graf Hennicke versuchte, ein sächsisches Edict im April 1752, das den sächsischen Unterthanen verbot, an preußische in Steuerzetteln Zahlung zu leisten, den gewünschten Erfolg.[1]) Und wenn zugleich sächsischer Seits erklärt wurde, daß eine Zusammenstellung der als privilegirt anerkannten Zettel nur die Summe von 629 150 Thaler ergebe, so war damit die völkerrechtliche statt der finanziellen Seite der Frage, der Punkt, in dem Preußen nicht mehr weichen konnte, von Neuem und in erhöhter Schärfe vorangestellt.

Graf Hennicke forderte und erhielt seinen Abschied, starb wenige Wochen später, überreich. Er hatte wenigstens immer noch Mittel zum Ausgleich mit Preußen gesucht, immer neue Palliative gefunden, immer noch, so viel er irgend beschaffen oder vor Brühls Verschwendung und Habgier retten konnte, an preußische Gläubiger gezahlt. Graf Brühl beabsichtigte, in die erledigte Stelle seinen sehr beschränkten Bruder, der bisher zweiter Vorsitzender im Steueramte gewesen war, zu bringen, ihm den Rath Heinicke zur Seite zu setzen, seinen „Favori" und ehemaligen Kammerdiener. Es mislang, Dank dem Kurprinzen. Graf Stubenberg, der für „ehrenhaft und fest" galt, erhielt das Amt. Immerhin; soviel die anderen Minister protestiren mochten, der „Premierminister" machte des Weiteren große Politik und Schulden; kaufte zu des Königs Freude schöne Gemälde, die Sixtina für 60 000 Thaler u. a., bezahlte die immer neuen Schulden der Prinzessinnen oder vielmehr die gewissenlose Wirthschaft ihrer Hofmeisterinnen und Kammerherren u. s. w.; und wollte „der böse Nachbar" sich an Sachsen vergreifen, so konnte ja Europa Sachsen nicht fallen lassen, noch weniger

1) Von diesem Edict, dessen Datum mir nicht bekannt ist, berichtet Maltzahn, 29. April 1752. Und am 16. Mai schreibt er: man sei sehr gespannt, wie die preußische Antwort auf dieß Edict lauten werde, que la cour de Saxe a donné pour défendre à ses sujets toute aliénation des billets de la Steuer aux Prussiens et par laquelle elle a constaté les prétentions de ceux-ci à 629 150 ecus à l'égard desquels elle prétend seulement reconnoitre la prérogative u. s. w.



dem insolenten Eigenwillen Preußens neue Erfolge gestatten, selbst Frankreich nicht, geschweige denn England, Rußland und gar Östreich.

Endlich Preußens Differenzen mit Östreich: sie führen in den großen Zusammenhang der allgemeinen Politik zurück, in der die Gegenstellung der beiden deutschen Mächte mehr und mehr das Bestimmende und Treibende wird.

Die Art, wie sich der Wiener Hof im Aachner Frieden gegen den Artikel der europäischen Garantie Schlesiens verclausulirt hatte, war für Friedrich II. Mahnung genug, doppelt achtsam auf die Friedensartikel zu halten, in denen ihm Maria Theresia Schlesien abgetreten hatte.

Es galt namentlich drei Artikel der Verträge von 1742 und 1745: die Ordnung der schlesischen Schulden, die Geltung der früheren Tarife für den Verkehr zwischen Schlesien und den östreichischen Landen, die Reichsgarantie für den preußischen Besitz Schlesiens. Jahre lang war über sie vergebens verhandelt, Friedrich II. hatte darauf bestanden, daß die drei Fragen zugleich abgethan und damit endlich der Friede perfect gemacht werde müßte, während Östreich zuerst nur die der Schulden ins Reine bringen wollte.

Dann, als im Herbst 1750 in Hannover die Wahl des Erzherzogs Joseph in Gang gebracht war, hatte Östreich sich erboten, die Reichsgarantie in Regensburg zu beantragen; um so mehr aber drängte es auf Regelung der Schuldensache. Friedrich II. hätte, wenn er darauf einging, das Interesse des schlesischen Handels nicht mehr zu retten vermocht; er erbot sich, als man östreichischer Seits erklärte, über die Handelsfrage nur in Wien unterhandeln zu können, einen Bevollmächtigten dahin zu senden, um diese beiden Fragen gleichen Schrittes zu Ende zu führen. Der Vicepräsident v. Dewitz war als Bevollmächtigter Ende April 1751 in Wien.

Schon in dem kaiserlichen Antrage an den Reichstag war die Reichsgarantie so formulirt, daß sie Ostfriesland nicht befaßte. Der Reichstag fügte noch eine Formel hinzu, die unklar genug war, um gelegentlich gedeutet werden zu können: „die Rechte des Reichs vorbehalten“.[1]) In dieser Fassung erhielt die Reichsgarantie die kaiserliche Bestätigung (29. Mai).

---

1) Joh. Jac. Moser, Staatsarchiv 1751, Theil VII p. 88: es wäre viel davon zu sagen, was die Clausul: salvis juribus imperii für einen Effect haben könne oder werde u. s. w.

Langsamer kamen die Verhandlungen mit Dewitz in Gang. Man wünschte in Wien nicht einen neuen Handelsvertrag, und gegen die Herstellung des Zustandes, wie er bis 1740 gewesen war, hatte man „unüberwindliche Abneigung"; man verbarg nicht, daß man für die östreichischen Lande eine Überschwemmung mit französischen Waaren von Schlesien her fürchte. Ein Memoire des Kammerpräsidenten Graf Chotek versuchte den Nachweis, daß mit dem Dresdner Frieden, der die Erwähnung des Zustandes vor 1740 nicht wiederhole, das Recht auf denselben für Preußen erloschen sei. Von diesem Standpunkte aus forderte man, daß wenn nach dem Wortlaut des Friedens von 1745 „so viel wie möglich" der Handel zwischen den beiderseitigen Ländern hergestellt werden solle, man zuerst „über principia regulativa praeliminariter" sich vereinigen, auf dieser Grundlage einen Handelsvertrag schließen müsse; man erklärte, wenn derselbe nicht in sechs Monaten zu Stande gekommen sei, hätten beide Mächte freie Hand, über ihren Handel nach Belieben zu verfügen. Friedrich II. verwarf die „chicaneuse Interpretation" der Östreicher, übersandte an Dewitz, 31. August 1751, den Plan zu einem „präliminaren Commerztractat" mit der Weisung, zuerst sich das östreichische Project zu solchem Tractat vorlegen zu lassen, um dann beide gegen einander auszugleichen.

Endlos wurde weiter verhandelt, preußischer Seits mit mehr als einem Zugeständniß, um nur zu einem Resultat zu gelangen, während der Wiener Hof, in dem Maaße als seine Diplomatie und seine innere Politik Erfolge gewann, zäher und zögernder wurde.[1])

Es war zunächst in Ungarn, wo derselbe sich eines großen Ergebnisses rühmen konnte. In welcher Richtung, mit welchem Geschick derselbe in Madrid und Italien, in Schweden, in Polen, im Reich weiter arbeitete, sollte mit dem Frühling 1752 offenbar werden.

Maria Theresias große Reformen in der innern Politik hatten zum nächsten Zweck, durch Steigerung der Staatseinnahmen die rasche Verstärkung der Armee zu ermöglichen; in dem Maaße, als es in den böhmischen und östreichischen Landen trotz mehrfachen Widerstandes der Stände damit glückte, rückte die monarchische und einheitliche Richtung

1) Hertzberg, der am 21. März 1758 seinen précis über diese Verhandlungen einsandte, sagt (nach Anführung der Declaration des Königs vom 11. Sept. 1751: qu'il étoit prêt de procéder à la conclusion, jedoch mit Vorbehalt der Herstellung auf den status quo von 1740): Après une infinité de chicanes sur les formalités, on entra en négoce, mais avec si peu de succès qu'elle dure encore, sans qu'on puisse prévoir l'issue.

ihres Regiments kühner vor; diese auch in den Ländern der Krone Ungarns zur Geltung zu bringen, war der ungarische Reichstag zum Frühling 1751 nach Presburg berufen.

Dort war Misstimmung vollauf. Die Ungarn glaubten sich für das, was sie im ersten und zweiten schlesischen Kriege geleistet, mit Undank behandelt, selbst das ihnen ausdrücklich Versprochene werde ihnen nicht erfüllt, die Ausfuhr ihres Korns, Weins, Viehs nach den böhmischen und östreichischen Ländern sei durch schwere Grenzzölle so gut wie gesperrt, ihr Wohlstand im Sinken, die Contributionen, die sie zahlen müßten, unerschwinglich. Und gegen die Evangelischen im Lande, mehr als ein Drittel der Bevölkerung, arbeitete die fromme Wuth der Jesuiten und Bischöfe mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln; Maria Theresia, deren Schutz die Evangelischen im Sommer 1749 durch eine feierliche Deputation anriefen, begnügte sich, sie auf das Gesetz und Recht ihres Landes zu verweisen, im Übrigen auch gegen sie huldreich und voll Anmuth. Und gleich darauf erließ der Bischof Biro von Padany, der Eiferer, seine scandaleuse Schrift, in der er „gleichsam die Sturmglocke gegen die sogenannten Ketzer anzieht und seine durchlauchtigste Beherrscherin zu deren Ausrottung animirt“.[1])

Maria Theresia kam selbst zum Reichstage nach Presburg, sie forderte, damit Ungarn doch einigermaaßen gleiche Lasten mit den übrigen Landen trage, 1 200 000 Gulden Contribution, zwei Drittel von dem, was das viel kleinere Böhmen trage.[2]) So peinlich der erste Eindruck war, es gelang ihr, erst die Magnaten zu gewinnen, dann auch die Ständetafel zu beschwichtigen; „der Clerus hat nicht opponirt“[3]) und, was noch merkwürdiger, der Clerus und die Katholiken waren die, welche im ganzen

1) Friedrich II. an den Fürsten Schaffgotsch, Bischof von Breslau, 16. Febr. 1751. Lehmann, Preußen und die kathol. Kirche III p. 312.

2) Maria Theresia an Prinz Louis von Braunschweig, 22. Mai 1751: nous sommes ici à la diète dans le plus grand ouvrage, ne voulant la laisser trainer pas plus long que trois mois et souhaitant une augmentation de contribution d'un million, mais qui pourroit bien se reduire à 600 000 Fl.; c'est un point bien délicat, car vitam et sanguinem ils promettent d'abord, mais la bourse c'est autre chose; mais je crois pourtant réussir, car c'est dans le fond de bonnes gens. (Archiv Wolfenbüttel.)

3) Worte aus Maria Theresias Schreiben an Prinz Louis, 25. Aug. 1751, wo kurz vorher die Worte: on n'a pas fait la moindre question dans tout le temps de la diète de religion; c'est une chose qui appartient de droit seule aux rois sans concours de l'état.

Lauf des Reichstages für den Hof stimmten. Sie kehrte im Wesentlichen doch sehr befriedigt nach Wien zurück.

Aber noch während des Reichstages empörten sich die Kroaten, aufgeregt durch das Gerücht, daß die Einverleibung ihres Königreichs in die Krone Ungarn, trotz aller Versicherungen, die ihnen gegeben seien, beabsichtigt werde. Nicht ohne Mühe schlugen die dort stehenden Besatzungen den Aufstand nieder. Nach wenigen Wochen begann er nur noch heftiger von Neuem; die Kroaten in den italienischen Garnisonen brachen auf, erschlugen die Officiere, die sie hindern wollten, zogen heim. Der Bassa von Bosnien unterstützte die Empörer, sie waren entschlossen sich unter türkische Herrschaft zu stellen; es begann die Auswanderung dorthin; auch im Königreich Slavonien brachen Empörungen aus. Es währte bis zum Herbst, ehe mit rasch verstärkter Truppenmacht die Ruhe bei den Grenzern hergestellt wurde.

Die Bevölkerung dort war nicht evangelisch; aber schon im Juli schreibt Prinz Louis von Braunschweig seinem Bruder, dem Herzoge: „Seit der König von Preußen die Reichsgarantie hat, kennt er keine Schranken mehr; fast öffentlich schickt er Schriften nach Ungarn, um den religiösen Fanatismus aufzuregen, er läßt im Haag, wie in London die schlimmsten Schilderungen selbst von der Kaiserin-Königin und ihrem Verhalten gegen die Protestanten machen, man hat einen Menschen aufgegriffen, der die Kroaten zum Aufstand gereizt hat". Und der französische Ambassadeur in Wien, dem nun ein schlimmerer als Blondel, der eifrige Abbé Graf Carpentier, als Vertrauter zur Seite stand, glaubte gern von den Ketzern alles Schlimmste. Dazu stieß General Pretlack von Petersburg aus ins Horn; der sehr zweideutige russische Legationssecretär Mariansky, den Groß nach Warschau gelockt und festgenommen, habe nach des Großcanzlers Mittheilung bekannt, daß er übernommen habe, nach der Ukraine zu gehen und dort eine Rebellion anzustiften, daß er auch bei dem Project betheiligt sei, auf preußische Kosten in der Moldau und Wallachei 20000 Mann zu werben, die in Siebenbürgen einbrechen und den in Dresden sich aufhaltenden Fürsten Cantacuzeno, welcher schon 1741 von dort aus sich Friedrich II. zum Eintritt in seine Armee erboten habe, zum Fürsten der Wallachei einsetzen sollten.[1]) Noch wüstere Gerüchte

1) Pretlack an Ulfeld, 8. Nov. 1751.

brachte die Utrechter, die Cölner Zeitung, als wenn Friedrich II. auf dem Sprunge stehe, irgend einen entsetzlichen Gewaltact zu vollziehen.

Allerdings nach jener Brandschrift des Bischofs Padany von Vesprim hatten sich ungarische Protestanten, da sie in Holland und England kein Gehör gefunden, an ihn mit der Bitte gewandt, seinen Fürstbischof in Breslau zu einem Anschreiben an die ungarischen Bischöfe zu veranlassen, das sie zur Mäßigung ermahne. Und der König hatte (16. Februar 1751) an den Fürstbischof in diesem Sinne geschrieben, mit ausdrücklicher Anerkennung, daß nicht die Kaiserin-Königin, „nach ihrer bekannten gerechten und großmüthigen Gedenkensart, sondern die römisch-katholische Clerisei allein" die Schuld trage. Der Fürstbischof, der von solchem Schritt keinerlei Wirkung erwartete, bat um die Erlaubniß, dem Papste den Inhalt des königlichen Schreibens mitzutheilen und anzufragen, ob seine Heiligkeit nicht den Bischöfen in Ungarn seine Intentionen eröffnen und sie von allem gewaltsamen Verfahren gegen die Protestanten väterlich abmahnen wolle. Ein solches päpstliches Schreiben — Benedikt XIV. erkannte mit Dank an, was Friedrich II. für die Katholischen in seinen Landen that[1]) — wurde am 3. April 1751 erlassen; in Folge dessen soll Maria Theresia sich bewogen gefunden haben, die Schrift des Bischofs von Vesprim confisciren zu lassen.[2])

Ihre Diplomatie arbeitete indeß, während Georg II. die Dresdner Kurstimme zu erhandeln suchte und die Stimmung der englischen Nation sich an Lord Marschall und der gedrohten Defalcation erhitzte, in aller Stille und mit immer bewährter Biederkeit daran, die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen zu untergraben, im Süden und Norden Europas deren Verbündete gegen sie zu kehren.

In Copenhagen hatte sie mit dem Proceß der Gräfin Bentink

1) Algarottis Schreiben an Friedrich II., 19. Febr. 1751, Oeuvres XVIII. 77, und ebenda Friedrichs Antwort an Algarotti, 20. Febr. 1751: . . . les Catholiques sont non seulement tolérés mais même protégés dans mes états.

2) Das Schreiben von Schaffgotsch an den Papst vom 7. März 1751; in Betreff desselben sagt Arneth IV. p. 54: „wie es wohl schon mit dem Könige abgemacht war", einer gedankenlosen Vermuthung Menzels folgend. Schaffgotsch hatte diesem Schreiben an den Papst eine französische Übersetzung des deutsch an ihn gerichteten königlichen Erlasses vom 16. Febr. beigelegt (vgl. oben S. 272 Anm. 1). Die Correspondenz Schaffgotsch's mit dem Papst bei Theiner, Zustände der kath. Kirche in Schlesien II. p. 81. 82.

einen Hebel in der Hand, den Graf Rosenberg, in Gemeinschaft mit Titley und Bernstorff, wirken zu lassen verstand. Daß man das Mislingen der dänischen Expedition, zwei Häfen an der Küste von Marokko zu occupiren, dem Einfluß Frankreichs zuschreiben konnte, half ein gut Stück weiter. Wenn des Grafen Lynar endloses Unterhandeln, den Austausch des gottorpischen Antheils an Holstein bei Rußland durchzusetzen, trotz aller Bemühungen Bestuschews und aller Unterstützung Pretlacks und Guy Dickens', schließlich an dem Eigenwillen des Großfürsten gescheitert war, so hatte das wenigstens der Aussicht Lynars auf die offene Stelle des auswärtigen Ministers ein Ende gemacht und Bernstorff hatte sie erhalten; noch eben rechtzeitig, denn im December 1751 starb seine Gönnerin, die Königin.

Und in Schweden war mit dem ersehnten Thronwechsel keineswegs für lange Ruhe eingetreten. Der Senat hatte das große Verdienst, den Wechsel rasch und sicher durchgeführt zu haben, aber er fühlte auch seine erhöhte Stärke; selbst militärische Ernennungen, die bisher der Krone zugestanden, nahm er unter seine Controlle, und Havrincourt, der Ambassadeur, stellte sich ganz auf seine Seite; auch von den „Mützen" schlossen sich viele dieser neuen Richtung an; die ihr zugehörten, nannten sich Republikaner im Gegensatz gegen die „Royalisten", die zum Hofe hielten, unter diesen namentlich Freiherr von Ungern-Sternberg, der früher zur russischen Partei gehört hatte. Der Senat hatte mit Eifer für die Verstärkung in Finnland gesorgt; er war sehr indignirt über jene Ansprache Friedrichs II. an Puebla, die Aufforderung einer europäischen Garantie des Nordens an die Bedingung geknüpft zu finden, daß Schweden nichts an der Form seiner Regierung ändere; „sie erklärten einmüthig, daß Schweden ein freies Königreich und von Niemand abhängig sei, solle es aber von einer Macht abhängen, so wollten sie lieber von dem russischen Hofe als von einem König von Preußen abhängen". Graf Barck in Wien wurde beauftragt, dort officiell zu erklären, daß der schwedische Hof die Demarche des Königs von Preußen völlig misbillige, und „daß die preußische Erklärung keineswegs mit Einwilligung des schwedischen Hofes gemacht sei".[1]) Dann, im September 1751, folgte die Eröffnung des Reichstages; die Wahl des Reichstagsmarschalls fiel auf Gyllenborg, Havrincourts Freund; er hatte 250 Stimmen mehr als der Freiherr von Ungern-Sternberg, auf dessen Wahl der Hof ge-

1) Prinz Louis von Braunschweig an Herzog Karl, 14. Juni 1751.

hofft hatte. Freilich der Königin wurde das Doppelte von dem, was bisher üblich gewesen, bewilligt, auch für den Kronprinzen 25 000 Thaler ausgesetzt, aber gegen den geheimen Ausschuß, durch die Stimmen der drei unteren Stände.

Da meinte der Wiener Hof anspinnen zu können. Graf Ulfeld sagte zum venezianischen Gesandten: er fürchte mehr als je, daß ein Krieg im Norden nahe sei, es scheine, daß der Reichstag des Königs Macht in einer Weise erweitern werde, welche die Zarin nicht dulden könne; wenn sie auch nicht gerade ein Recht dreinzureden habe, so fordere es doch ihre Convenienz; die Schweden seien ein tapferes Volk, und das Schicksal der Waffen ungewiß; Rußland könne Unglück haben und werde dann seinen Verbündeten ohne Nutzen sein. Friedrich II. entnahm aus diesen Äußerungen, die ihm Klinggräffen (6. Oktober) berichtete, und ähnlichen von anderer Seite, daß der Wiener Hof das Mistrauen und die Besorgniß der Zarin gegenüber Schweden möglichst zu reizen suche, daß Rußland, mehr als es sich selbst treibe, von Wien getrieben werde.

Dann meldete Klinggräffen (13. Oktober), daß Abbé Carpentier, der seiner Gesundheit wegen nach Frankreich zurückkehre, sich geäußert habe: wie glücklich das französische Ministerium sei, in Marquis Hautefort einen Mann in Wien zu haben, der ihm endlich über die wahren und edlen Gesinnungen des kaiserlichen Paares die Augen öffne; Kaiser und Kaiserin hätten keinen andern Gedanken als die Ruhe Europas, während man von anderer Seite bisher immer gesucht habe und noch suche, Frankreich zu überzeugen, daß der Wiener Hof hetze und schüre, daß neue Wirren im Anzuge seien, in denen doch die, welche so verläumdeten, sich nur zu vergrößern gedächten.[1])

Klinggräffen meldete zugleich, daß Ulfeld dem venezianischen Gesandten gesagt habe: es sei in Paris eine dänische Declaration eingelaufen, die besage, daß, wenn Schweden an der Regierungsform das Geringste ändere, Dänemark sich gezwungen sehen werde, dem mit allen denkbaren Mitteln entgegenzutreten. Erkundigungen in Paris, Stockholm und Copenhagen ergaben, daß keine solche Declaration gemacht sei. Dann erfuhr Klinggräffen wieder, Ulfeld habe dem Grafen Barck

---

1) Klinggräffen, 13. Oct.: par des idées fort opposées qu'on avoit jusqu'ici cherché de lui insinuer et continuoit encore, qui ne visoient qu'à l'entrainer dans de nouveaux troubles par où d'autres ne cherchoient qu'à s'agrandir.

mitgetheilt, daß ein preußisches Corps — er zeigte ihm die Liste der Regimenter — gegen Danzig marschire.[1]) Und aus Stockholm meldete der östreichische Gesandte nach Wien: Frankreich und Preußen hätten eine geheime Convention geschlossen, nach dem Absterben des Königs von Polen — es wurde gesagt, er sei vom Schlage getroffen — einen bourbonischen Prinzen auf den Thron zu bringen; der König von Schweden, den sie zum Beitritt aufgefordert, hätte denselben abgelehnt.[2])

Wohin zielte das Alles? War Ungern-Sternberg, der jetzt das Vertrauen des Königs hatte, auch jetzt noch mehr russisch als Royalist? Gewiß war, daß Havrincourt dem französischen Gesandten in Copenhagen die schlimmen Absichten der royalistischen Partei in lebhaften Farben geschildert, daß er dem preußischen alles Ernstes den Vorwurf gemacht hatte, ihn nicht in seinen Bemühungen unterstützt zu haben. Was konnte man in Wien besser wünschen, als daß in Stockholm die Freunde des Ambassadeurs dem Könige immer schroffer entgegentraten, der Ambassadeur und der preußische Gesandte getrennte Wege gingen?[3])

Unsicher genug standen die Dinge in Schweden, es erhöhte die Gefahr, daß die Königin, nichts weniger als vorsichtig, sich über Havrincourts Verhalten äußerte, mit Ungeduld dessen Abberufung wünschte, in Berlin um Schritte in dieser Richtung bat. Auch ihr Gemahl war der Ansicht, daß die königliche Autorität durch das unberechtigte Verhalten des Senats gemindert werde, daß damit eine Veränderung der Regierungsform in vollem Gange sei. Friedrich II. bat und beschwor sie, sich zu bescheiden: Frankreich glaube es mit dem Senat halten zu müssen, denn es wolle vor Allem keinen Krieg, es meine, der König könne seine Ansicht ändern, der Senat werde es nicht; jeder andere französische Gesandte werde dieselben Wege gehen. Es kam so weit,

1) Klinggräffen, 10. Nov. 1751.

2) M. Weingarten, 27. Nov. 1751.

3) Der jüngere Weingarten in einem undatirten Zettel, der ein Schreiben von Sternberg in Dresden an Puebla vom 9. Nov. 1751 erwähnt: nunmehr trachtet man mit der russischen Kaiserin gemeinsam die Ruhe im Norden zu erhalten und den König von Schweden bester Maaßen zu caressiren; dabei aber suchet man bei dem jetzigen Reichstag unter der Hand der russisch gesinnten Partei eine Allianz mit Rußland, England, Östreich, Sachsen und Holland vorzuschlagen und die große Avantage, welche sie bei Gelegenheit der vom Hause Brandenburg besitzenden schwedischen Lande und darauf habenden Prätensionen genießen könnten, bestens vorzuspiegeln.

daß Graf Tessin seine Entlassung forderte. Es gelang, ihn zu beschwichtigen, den König zu überzeugen, daß er vor Allem beruhigen und ausgleichen müsse, die Königin, daß der König durch die Wahl der Stände, die er angenommen, sich einer Art Wahlcapitulation gefügt habe, daß er die Wahl hätte ablehnen müssen, wenn deren Bedingungen ihm unausführbar geschienen.

Der Reichstag kam allmählich in ruhigeren Gang, ohne erhebliche Störungen erreichte er im Juni 1752 sein Ende. Aber es blieb die Umsetzung der Parteien; es blieb Havrincourt Ambassadeur und auf Seiten des Senats; in der Partei, die sich zur Krone hielt, fanden die beiden Kaiserhöfe mehr als einen alten Freund; zwischen beiden blieb für Preußen wenig mehr, als gelegentlich die Rolle des Beschwichtigers zu spielen. „Schweden", schrieb Friedrich II. seiner Schwester, „ist eine Republik wie Polen; das Geld Frankreichs hat euch ermöglicht, eure Grenzen gegen Rußland zu sichern; wer gezwungen ist Subsidien zu nehmen, muß sich in gewisser Weise der Macht untergeordnet ansehen, die ihn bezahlt; und das Joch der Engländer, das ihr nicht kennt, ist viel härter und herrischer".[1])

Der Wiener Hof konnte mit dem, was er in Schweden erreicht hatte, vorerst zufrieden sein, um so mehr, da der russische Einfluß doch in dem Maaße stumpfer wurde, als die Zarin in ihrem wüsten Treiben den Canzler und seine große Politik vergaß oder widerwärtig fand, die immer nur Unruhe und keine Subsidien brachte.[2]) Kaum noch, daß es dem Großcanzler gelang, den ihm unentbehrlichen Funcke zu halten, den die Zarin, voll Entrüstung, daß der frühere „Domestik" Bestushews nun zum sächsischen Gesandten gemacht worden, durchaus nicht empfangen

1) Aus dem vortrefflichen Schreiben Friedrichs II. an die Königin von Schweden, 28. Oct. 1752.

2) So hat Graf Lynar, als er aus Rußland zurück und durch Berlin kam, an Podewils erzählt (dessen Bericht an den König, 5. Febr. 1752): des Großcanzlers System sei pacifique en dépit de tout ce qu'il dit et fait, pour faire croire le contraire. Von den nach seiner Abreise auftauchenden Gerüchten von neuen Differenzen, namentlich, daß russische Truppen einen Posten jenseit der Grenze von Finnland occupirt hätten, worüber in Stockholm viel Lärm gemacht wurde, ist Lynar der Meinung: que c'étoit la faute de ceux qui commandoient dans la Finlande Russienne et qu'en tout cas l'affaire n'auroit point de suites et s'accommoderoit sûrement aux explications, wie durch eine Erklärung Panins demnächst wirklich geschah. (Resc. an Klinggräffen, 22. Febr. 1752.)

wollte.[1]) Und Pretlack, der, sonst des Canzlers beste Stütze, jetzt der Zarin nichts mehr war, hatte, so hieß es, um seine Abberufung gebeten.

Mochte er ausharren; schon um Englands willen, das mit auf ihn in Petersburg rechnete; und wenigstens dort sich England warm zu halten, hatte die östreichische Politik ein großes Interesse; sie war daran, einen großen Zug zu thun, der England nicht gerade schonte.

Nicht in Sachen der Königswahl, die sie gern dem Eifer Georgs II. überließ; nicht in den Verhandlungen mit den Generalstaaten, denen man in Sachen der Barriere, des Tarifs, Ostendes schöne Worte gab und nichts gewährte. Und den Evangelischen gegenüber, in den Kron- und Erblanden wie im Reich, schritt man kirchlich, um alle Fürsprache der beiden protestantischen Seemächte unbekümmert, immer weiter; Maria Theresia selbst nannte Hannover die Quelle, von der alles Geschrei und alle Lügen über die Bedrückung der ungarischen Protestanten ausgingen.[2]) In der hohenloheschen Religionssache, in welcher der Kaiser vor Jahr und Tag ein Zugeständniß gemacht hatte, zog man nun die Zügel schärfer an; man deckte die Reichsritterschaft gegen ihre meist evangelischen Landesherren, man beharrte in der Forderung der Investitur auch der Kurfürsten. Und der Hof von Versailles ließ sich gern überzeugen, daß das eine ein frommes Werk, das andere völlig der Reichsverfassung gemäß, und im Übrigen der Wiener Hof im eigenen Interesse der eifrigste Förderer des europäischen Friedens sei.

England hatte in Madrid nach endloser Mühe den Vertrag vom 5. Oktober 1750 gewonnen, der für die englische Kauffahrtei in dem mericanischen Meere das Durchsuchungsrecht der spanischen Küstenwache regeln sollte. Nach wenigen Wochen sah man in London, daß man sich „hinter das Licht hatte führen lassen".[3]) Aber Keene in Madrid, General Wall in London arbeiteten eifrig, auf diesem Fundament Besseres aufzurichten: „Ist England einmal", so urtheilt Michell (2. März), „über die Sorge um neue Feindseligkeiten mit Spanien hinaus, für England die empfindlichste, dann wird es nicht ermangeln, in dem ganzen poli-

1) Pretlack an Ulfeld, 28. Oct.

2) Maria Theresia an Prinz Louis von Braunschweig, 8. Sept. 1751: de Hannovre, qui est la source de tous les mensonges et inventions contre nous (on) a écrit de choses inouiables [?] sur l'effet de la situation de la Diète, entr'autres que les protestants étaient si mécontents et qu'on les persécutait d'une façon inouie etc.

3) Rescript an Michell, 22. Dec. 1750: qu'on y a été la dupe de l'Espagne.

tischen System und unter anderm Frankreich gegenüber sein Übergewicht fühlen zu lassen".[1]) Friedrich II. erhielt wiederholt Nachricht, daß die Verhandlungen in Madrid guten Fortgang hätten; er hielt es nothwendig, in Versailles davon sprechen zu lassen. Die Antwort war: allerdings werde unterhandelt, aber nur in Handelsfragen.

Seit dem April 1751 war Graf Nicolaus Esterhazy als kaiserlicher Gesandter in Madrid, er war, wie es scheint, auf den Wunsch des spanischen Hofes gesandt. Am 7. Juli 1751 hatte Klinggräffen aus Wien gemeldet, ihm fielen die häufigen Reisen des spanischen Gesandten nach Preßburg auf, man sage, es handle sich um einen Vertrag zwischen Spanien, Östreich und Sardinien zu gegenseitigem Schutz ihrer Besitzungen in Italien.

Namentlich in Madrid fanden sich große Schwierigkeiten: Keene war unermüdlich sie zu beseitigen. Dann nahm Östreich auch Begünstigungen für seinen Seehandel, auch nach dem spanischen Amerika, in Anspruch. Der geistvolle venezianische Gesandte in Wien, der diese Unterhandlung mit größter Spannung verfolgte, äußerte gegen Klinggräffen: „Wenn Triest diese Begünstigung erhält, so wird sich die Republik in Frankreichs Arme werfen". Um so mehr drängte England, daß auch Sardinien in diese Allianz aufgenommen, so ihr bloß politischer und defensiver Charakter gesichert werde.[2]) Mit Sardinien hatte der Wiener Hof bereits 4. Oktober 1751 einen Vertrag fertig und vollzogen, der den unzähligen Grenzstreitigkeiten, die der Aachner Frieden veranlaßt hatte, ein Ende machte; weiter zu gehen war man in Wien nicht gemeint, während in London schon auch von dem Eintritt Sardiniens in die große Allianz von 1746 gesprochen wurde; und um den Turiner Hof desto sicherer und für immer von Frankreich zu lösen, forderte England in Wien, demselben noch Piacenza abzutreten; es empfahl auch Neapel, Toscana, Parma in diese Coalition des Südens zu ziehen.

Das Alles war in Wien offenkundiges Geheimniß; „Marquis Hautefort weiß nicht mehr, was er sagen soll", schrieb Klinggräffen am 11. December. Aber in seinem Vertrauen wurde der Marquis nicht irre; „er hat zu Graf Barck gesagt, man wolle in Wien nichts als den Frieden, und wenn man die größten Anstrengungen mache, die

1) Michell, 2. März 1751. Klinggräffen, 11. Sept. 1751, sagt: er habe selbst Newcastle in seiner Lebhaftigkeit sagen hören: qu'il n'auroit point de repos qu'il n'eût désuni la France et l'Espagne.

2) Lord Marschall, 24. Sept. 1751.

Armee auf einen respectablen Fuß zu setzen,[1]) so geschehe es nur, um nicht von Preußen überrascht zu werden; anzugreifen habe man nicht die entfernteste Absicht".

Die Unterhandlungen über den Bund des Südens stockten. Man klagte in Wien, daß die Ungeduld Englands Alles verderbe;[2]) man wollte weder Piacenza abtreten, noch Sardinien anders als zu nachträglichem Beitritt zulassen; der Turiner Hof wurde nur um so vorsichtiger, forderte, daß auch die Insel Sardinien in die Defensive des Vertrages begriffen werde. Und die Spanier lehnten die Forderung, die zwei östreichischen Freischiffe nach Amerika zu gestatten, ab; sie wollten weder den Besitz der östreichischen Niederlande garantiren, noch die vertragsmäßige Hülfe auf den Fall eines Angriffs auf die deutschen Länder Östreichs ausdehnen.

Nicht die Sendung des Grafen Migazzi, des gefürchteten Unterhändlers, führte in Madrid zum Schluß; als er ankam, Ende April 1752, war bereits der Vertrag vollzogen; wohl durch das energische Bemühen der Königin Barbara, der Portugiesin, die, eine Enkelin Kaiser Leopolds I. wie Maria Theresia, auf das Lebhafteste wünschte, die Familienverbindung des Hauses mit dem Wiener Hofe zu erneuern. Nur Spanien und Östreich — man hatte beiderseits Alles bis auf die gegenseitige Garantie und Vertheidigung der italienischen Besitzungen aufgegeben — unterzeichneten am 10. April den Vertrag in Aranjuez.

Schon Monate vorher konnte Friedrich II. aus sicherer Quelle nach Paris melden lassen, daß in Madrid das Verlöbniß des Erzherzogs Joseph mit der Tochter Don Philipps von Parma, der Enkelin Ludwigs XV., im Werk sei; demnächst folgten weitere Verabredungen künftiger Verlöbnisse, welche die Häuser Bourbon und Lothringen-Östreich dereinst vier- und fünffach verschwägern sollten.[3])

1) Nach den Listen, die Klinggräffen eingesehen (16. Febr. 1752), betrug im December 1751 der Effectivbestand der Armee an 136 990 Mann, etatsmäßig sollte er 163 576 Mann sein; es fehlten 24 715 Mann Infanterie, 1871 Mann Cavallerie und mehr als 2300 Pferde.

2) Klinggräffen, 8. Dec. 1751: on n'est pas trop édifié que l'Angleterre aille si vite sans consulter cette cour.

3) Friedrich II. an Graf Tyrconnell, 11. Aug. 1751. Das spanische Königspaar war kinderlos. Von König Ferdinands VI. Brüdern folgte auf dem spanischen Thron sein Bruder König Karl von Neapel, dessen ältester Sohn Prinz von Asturien wurde, während die Krone von Neapel an den zweiten Sohn, Ferdinand, überging; Don Philipp, der jüngste der drei Söhne des Königs Philipp V., Ludwigs XV. Schwieger-

Es war ein großer Erfolg des Systems, das Graf Kaunitz vorgezeichnet hatte.

Traf er Frankreich? Wie Friedrich II. Frankreichs Interesse verstand, allerdings; mit diesem Vertrage war das System Frankreichs im Süden eben so untergraben, wie es im Norden sich selber schwächte.

Aber man konnte die Dinge auch anders ansehen. Wenn Newcastle gegen Mirepoix äußerte: „nun werde der Wiener Hof nicht mehr einen Theil seiner Macht in Italien lassen müssen", so antwortete der Ambassadeur: „so könne auch Frankreich seine Truppen von der italienischen Grenze anderswohin marschiren lassen". Am Hofe von Versailles waren gewichtige Stimmen der Ansicht, daß nicht Östreich der natürliche Feind Frankreichs sei, daß Frankreich, um den schweren Kampf für seine Colonien gegen England aufnehmen zu können, sichern Friedens auf dem Continent bedürfe, daß Östreich der wahre Hort des continentalen Friedens sei. Wenn Frankreich gemeint war, nicht seinen Namen und seine Freundschaft von denen misbrauchen zu lassen, die nach der allgemeinen Meinung nur darauf aus waren, in neuen europäischen Wirren neue Eroberungen zu machen, so konnte es dem Bündniß von Aranjuez ohne Bedenken beistimmen. Und persönlich war Ludwig XV. mit dem verabredeten Verlöbniß der Infantin von Parma gewiß höchst zufrieden; ihre Mutter war seine Lieblingstochter, sie kam demnächst auf längere Zeit zu ihm zurück.[1])

Auch England hatte sich mit Fug und Recht nicht zu beschweren. Mochte es endlich aufhören immer nur sein politisches und commercielles Interesse geltend zu machen und gelten lassen zu wollen. Was lag dem Erzhause Großes daran, ob schon jetzt Erzherzog Joseph gewählt wurde? Wenn England sich dafür jetzt zum dritten Mal ins Zeug legte, so war es das Sonderinteresse Hannovers, das Machtinteresse Großbritanniens, um deß willen es die leitende Rolle auch auf dem Festlande an sich bringen wollte. Nicht Englands, noch gar

---

sohn, blieb Herzog von Parma und Piacenza. Drei Töchter Maria Theresias sind an jenen Prinzen von Asturien, an König Ferdinand von Neapel, an den Sohn und Nachfolger Don Philipps von Parma vermählt worden.

1) Argenson, 8. März 1752 (VII. p. 187): il fait venir cette Princesse, ce qui coûtera fort cher à l'Etat, car l'on dit qu'elle vivra toujours ici au lieu de vivre à Parme, que le Roi l'y entretiendra comme si elle étoit encore princesse fille, et qui l'Infant son mari viendra de temps à temps en France pour lui faire des enfants. Weiteres über diese Verhältnisse bei Argenson VII p. 310 27. Sept., 29. Sept.

Hannovers Beruf war das, nicht Östreichs Aufgabe im Interesse Englands und des schlaffen Hollands hinter ihm, die Barriere wieder herzustellen und seinen Niederlanden mit dem Tarif und dem gesperrten Seehandel das Wiederaufleben unmöglich zu machen. Östreich fühlte sich im Erstarken; und es hatte Rußland an seiner Seite; um den Engländern die Kurstimme Sachsens gewinnen zu helfen, war man nicht gemeint, dem Dresdner Hofe auch nur in der Frage der Investitur ein Zugeständniß zu machen, geschweige denn in der polnischen Frage. Mit der zwischen den beiden Kaiserhöfen in aller Stille verabredeten Wahl Karls von Lothringen, der auf dem Reichstag im Herbst 1752 der Weg gebahnt werden sollte, bot man dem russischen Hofe unendlich mehr, als er gegen Schweden hätte gewinnen können: den offenen Weg nach der Moldau und der Donaumündung, die freie Action gegen die preußische Grenze von Memel bis Ratibor.

Mochte England mit seinem Gelde die Zarin in den Stand setzen, vereint mit Östreich die Ungläubigen fern zu halten, und die einzige Macht, welche die Ruhe des Continents fortwährend bedrohe, niederzuhalten, im Nothfalle zu erdrücken, — in dieser Linie konnte Östreich auch ferner mit Georg II. gehen, in der gegen Frankreich nicht mehr; am wenigsten, um die Engländer immer mehr Colonialgebiet den Franzosen und der Kirche entreißen und zu Ansiedlungen dort die bedrückten Protestanten aus Frankreich, den deutschen, den östreichischen Ländern, mit Ackerbesitz und englischem Bürgerrecht locken zu lassen.

Es ist eine andere Frage, ob die neuen Positionen, welche die östreichische Diplomatie gewonnen, und die Berechnung, die sie auf dieselben gründete, solide genug waren, die praktische Probe zu bestehen, ob ihnen die doch noch nicht erstorbenen großen Traditionen Frankreichs, die resoluten Begehrlichkeiten der englischen Nation, auch wenn es zum Ernst kam, sich fügen, sie nicht wie Spinnweben durchreißen würden.

Wenigstens Friedrich II. war nicht gemeint, sich ruhig einspinnen zu lassen. Er sah scharf genug, um in den Wegen und Umwegen des östreichischen Systems dessen Ziele zu erkennen. Er hatte — nicht ohne einiges Lehrgeld zu zahlen — gelernt und sich gewöhnt, die bewegte Staatenwelt nicht bloß von seinem Standort aus zu sehen, die Mächte, mit denen er sich zu verhalten hatte, sich nicht nur nach Maaßgabe seines preußischen Interesses und gleichsam in dessen Projection zu denken.

Er verstand es, jede von ihnen, sich in ihre Lage und Eigenart hineindenkend, nach ihren wesentlichen Momenten, nach ihren Schwächen und Stärken in Rechnung zu ziehen und danach seine Wege zu bestimmen. Er fürchtete und hoffte von jeder nichts Anderes, als was er in ihrem Interesse und ihrer Art vorgezeichnet sah.

Er sah und begriff, daß Maria Theresia Schlesien nicht vergaß und ihm nicht verzieh. Er war weit entfernt in ihrer persönlichen Laune, ihrer verletzten Eitelkeit, ihrem papistischen Eifer den Grund dafür zu suchen, so viel heißer die tiefen Gluthen ihres höchst persönlichen Empfindens ihm den Kampf machten. Erst mit Zweifel, dann mit wachsender Bewunderung sah er, mit welcher Kühnheit und Energie reformirend sie daran arbeitete, die Stärke und Spannkraft ihrer Macht auf die Höhe zu bringen, die Preußen inne hatte. Alles nur um Schlesiens willen; denn der Besitz von Schlesien entschied zwischen Berlin und Wien für immer.

Diese Thatsache war und blieb der Richtpunkt für Friedrichs II. Politik.

So nah und unmittelbar das übrige Deutschland unter der Wirkung des endlich vollreifen Gegensatzes stand, es war, wie es war, nur geeignet, dessen Folgen über sich ergehen zu lassen.

Die Entscheidungen lagen in der Sphäre der großen Politik. Friedrich II. hatte — denn Rußlands Wege waren bis auf Weiteres unberechenbar — wesentlich mit Frankreich und England zu rechnen.

Er konnte nicht hoffen, mit England zu einem sicheren Verhältniß zu kommen, „so lange Hannover London regiert". Und je leichter das schwellende Kraftgefühl der englischen Nation und ihre insularen Vorstellungen von ihren Rechten und Befugnissen, ihre kaufmännische Art Politik zu machen, sich von den hannövrischen Tendenzen ihres Königs irre führen ließen, um so schärfer glaubte er gegen sie das Recht seiner Unterthanen wahren und die geschlossene Souveränetät seines Staates hervorkehren zu müssen. Mochten sie den Namen Preußen respectiren lernen.

Gewiß war er um so mehr auf Frankreich gewiesen. Mehr als einmal hatte die Krone Frankreich den Versuch gemacht, ihn wie andere reguli in und außer dem Reich an der Leine zu halten oder gelegentlich abzuschütteln. Nicht einmal im Aachner Frieden war es ihr damit geglückt, und, was seitdem geschehen war, hatte ihr in immer gesteigerter Schärfe gezeigt, daß Preußen selbstständig neben ihr stehe,

daß es in der Lage und des Willens sei, seines eigenen Weges zu gehen, daß sie durch ihr eigenes Interesse nicht weniger an Preußen gewiesen sei, als Preußen an Frankreich, daß Preußen sich keinen Schritt weiter an Frankreich gebunden erachte, als sich Frankreich an Preußen binde. Er kannte die inneren Zustände Frankreichs, die Schwäche des Gouvernements, die Serailluft, die Versailles beherrschte, die Abneigungen und Mißstimmungen, die dort gegen ihn im Schwunge waren, die träge Friedenssucht, deren Sophistik dort für Politik galt. Aber auch die Nichtwollenden mußten sehen, daß Frankreich einen schweren Kampf mit England, einen Kampf um die Colonialmacht, die nur noch mit Einsatz aller Kraft zu retten war, zu bestehen haben werde; und dieser Kampf forderte auf dem Continent völlig sichern Frieden oder den Rückhalt einer Macht, die Frankreich davor schützte, von den Bundesgenossen Englands auf seinen Landgrenzen angegriffen zu werden. Nur Preußen konnte diesen Frieden sichern, dieser Rückhalt sein.

Wenigstens Friedrich II. verstand so die Politik Frankreichs und verfuhr demgemäß, so oft in Versailles Wind und Wetter zu wechseln schienen. Immer war sein Verhältniß zu den Ministern dort schwierig, so erfinderisch und geschmeidig er war, sich ihnen zu accomodiren, ohne der Ehre seines Staates etwas zu vergeben, über kleine Rücksichtslosigkeiten hinwegzugehen, in den gemeinsamen Fragen ihnen immer die erste Stelle, die Initiative, die Entscheidung zu überlassen; er wußte, daß er ihres Mistrauens doch nicht Herr würde, genug wenn er es in jedem gegebenen Falle zu entwaffnen verstand.

Die Organisation seines diplomatischen Dienstes, die Canäle, die er sich zu öffnen wußte, die Schärfe und Vorsicht der Combination, die er aus den in seinem Cabinet zusammenfließenden Nachrichten zu entwickeln verstand, setzten ihn in die Lage, das französische Ministerium auf Dinge aufmerksam zu machen, die es noch nicht sah, es über Vorgänge aufzuklären, bevor sie von anderer Seite her dort verdunkelt oder entstellt wurden. Er ließ es sich nicht stören, daß ihm von französischer Seite nicht mit dem gleichen Vertrauen begegnet wurde, — auch dann nicht stören, wenn er die Absichtlichkeit des Verschweigens durchschaute und die Reflexe fremder Einwirkung durchschimmern sah. In der Unbefangenheit, mit der er fortfuhr, seine Karten offen vor den Franzosen hinzulegen, erkannten sie oft genug, daß er mehr gewußt als sie ihm vorenthalten wollen, und schon klar gesehen, wo sie sich noch hatten blenden lassen.

Schon im Februar 1751 hatte er sie darauf aufmerksam gemacht, daß England auf das Eifrigste arbeite, den spanischen Hof von Frankreich abzuziehen. Man erklärte das für undenkbar: Frankreich sei Spaniens völlig sicher.[1]) Er erfuhr im August; daß Östreich mit dem Turiner, dem Madrider Hofe in Unterhandlung stehe; er theilte es dem Grafen Tyrconnell (2. September) mit, er schrieb dringende Mahnungen an Lord Marschall;[2]) er sandte ihm (3. December) den Grenzvertrag, der bereits zwischen Maria Theresia und Sardinien geschlossen sei; England dränge den Turiner Hof, auch dem Vertrage, der in Madrid verhandelt werde, beizutreten; Frankreich müsse eilen, wenn es Sardinien noch zurückhalten wollte; — und am 19. December schon forderte England für den Turiner Hof Piacenza.

Inzwischen hatte Marquis St. Contest das auswärtige Amt übernommen. Wieder schien Schweden mit einem russischen Conflict bedroht, russische Truppen besetzten einen Strich schwedischen Terrains bis Pomalasund, „da die Grenze dort nicht regulirt sei". In Dänemark wurde gerüstet, weil die Schweden in Landscrona, „gegenüber von Copenhagen", eine Festung anlegten.

Schon tauchte auch eine polnische Frage auf. Aus der Nachricht, daß die beiden Kaiserhöfe die Forderung des Grafen Brühl, dem Hause Sachsen die polnische Succession zu garantiren, „platt abgeschlagen", hatte Friedrich II. geschlossen, daß man in Wien und Petersburg die Wahl des Prinzen Karl von Lothringen beabsichtige.[3]) Am 9. December hatte er aus Dresden „durch einen sicheren Canal", die Bestätigung: die Wahl des Lothringers oder wenn die Erledigung des polnischen Thrones sich länger hinaus ziehe, die eines Sohnes von Maria Theresia; Pläne, welche die Hohe Pforte beunruhigen mußten. Schon waren die Dinge in Madrid so gut wie reif, Sachsen hatte seine Kur-

---

1) Chambrier, 22. März 1751. Der König darauf, 3. April: il m'a fait bien du plaisir qu'on se tient assuré que l'Espagne ne se laissera point imposer par les Anglais et qu'elle ne prendra point le change.

2) Rescript an Lord Marschall, 25. Sept.: . . . il entre un peu trop de phlegme dans la contenance du ministère (françois) tandis que les Autrichiens font sans relâche tous leurs efforts pour ruiner l'influence de la France dans les grandes affaires et pour en détacher un allié après l'autre, afin de l'en rendre tout-à-fait isolée.

3) Rescript an Lord Marschall, 6. Nov.: der König fügt hinzu, daß die von Sachsen vorgeschlagene, von Östreich abgelehnte Vermählung des Prinzen Xaver mit einer Erzherzogin ihn schon früher auf diesen Gedanken gebracht.

stimme für Joseph zugesagt; Georgs II. Ankunft in Hannover stand in drei Monaten bevor: „Frankreich", schreibt am 28. December Friedrich II. an Lord Marschall, „scheint immer noch zu zweifeln; es wird durch die Ereignisse enttäuscht werden, wenn es zu spät ist; machen Sie dem Minister begreiflich, daß ich ihm diese Dinge nicht melde, um Frankreich zu einem neuen Kriege aufzufordern, sondern einzig und allein, damit es seine Maaßregeln bei Zeiten treffe, wenigstens bei der Pforte sondire, was es von ihr zu hoffen hat und was nicht".

Die Antworten auf Friedrichs Mittheilungen waren und blieben „trocken und oberflächlich", „flüchtig und indolent", so „als wenn man sich nicht die Mühe genommen habe, sie in Überlegung zu ziehen".[1]) Friedrich schrieb an Lord Marschall von Englands Unzufriedenheit mit dem Gang der Dinge in Madrid. „Der Zufall scheint gethan zu haben, was Frankreich hätte thun müssen"; dann von Polen sprechend: „Der Zustand der Indolenz, in dem die Pforte ist, läßt von den Türken wenig Widerstand gegen solche Wahl in Polen hoffen; der Wiener Hof scheint sich ein zusammenhängendes System gemacht zu haben, dem es in seiner innern und äußern Politik Schritt vor Schritt folgt; die Klugheit scheint mir zu fordern, daß man System gegen System stelle, und daß Frankreich im Voraus sich klar sei und Verabredungen einleite, was zu thun sei, wenn der Fall in Polen eintrete, weil, wenn er da ist, es vielleicht zu spät sein würde in der Hast Maaßregeln zu treffen".[2])

Allerdings theilte dann Anfang Februar St. Contest mit, daß er der polnischen Sache wegen nach Constantinopel geschrieben habe; aber in Turin that man wenig oder nichts, die Dinge in Madrid ließ man gehen, wie sie gingen, zumal seit England und Östreich dort nicht mehr gleichen Strang zogen; nach dem, was Hautefort aus Wien berichtete, Noailles in Versailles nicht müde wurde zu wiederholen, nach dem Verlöbniß der kleinen Infantin von Parma mochte sich, wenn nicht das Ministerium, so doch der König über den Wiener Hof keine Sorge

1) So Rescr., 25. Jan. und 29. Jan. 1752. Die Aufforderung an Lord Marschall, zu berichten, ob M. de St. Contest manque d'esprit et de pénétration pour traiter les affaires, ou s'il en est empêché par ignorance et parcequ'il n'est pas au fait des affaires.

2) So in den Rescripten an Lord Marschall, 22. Jan., 29. Jan., 22. Febr, 29. Febr. 1752; gelegentlich auch: voilà l'effet de l'indolence déplorable du ministère de France, 4. März.

mehr machen; und nicht viel mehr Sorge darum, daß die innere Politik Frankreichs mit ihren Finanzen, ihrem Brodmangel, dem Hader zwischen Parlament und Klerus, den Aufständen in Straßburg, Metz, Rouen u. s. w. immer tiefer bergab ging.

Und für den Frühling drohte Georgs II. Ankunft in Hannover. Die Erfolge der antigallicanischen Liga zeigten die schwankende Stimmung Englands; auf die von Frankreich geforderte Restitution der französischen Schiffe, die vor der Kriegserklärung von 1747 gecapert waren, antworteten die englischen Minister, sie werde niemals geschehen, weil davon im Aachner Frieden kein Wort stehe, und weil diese Prisen längst verkauft seien.

Das französische Ministerium — noch in der Zeit, als Puysieulx am Ruder stand — hatte in aller Stille Vorbereitungen getroffen, im gegebenen Falle wenigstens die Last der deutschen Dinge auf andere Schultern zu wälzen.

Im Anfang 1751, um die Zeit, da Friedrich II. jene bedeutsamen Eröffnungen an Puebla machte, hatte Puysieulx durch Tyrconnell die Bildung einer Fürstenassociation empfohlen, Friedrich II. sie in der verbindlichsten Weise abgelehnt, darauf hingewiesen, daß es viel weiter führen würde, wenn Frankreich fortführe mit den namhaften deutschen Fürsten Subsidienverträge zu schließen, zu denen er gern bereit sei, seinen Namen herzugeben. Er hatte bereits wie in Wolfenbüttel, so bei Cassel, Gotha, Würtemberg, Baireuth, anderen vorgearbeitet; Asseburgs Besuch in Berlin gewann auch Cöln; auch Baiern war zu haben.

Aber die Geldnoth in Paris war zu groß; außer Wolfenbüttel wurde nur mit Baireuth (12. August 1751) abgeschlossen und Cöln (27. März) wieder auf Frankreichs Seite gezogen.

Nun entwickelte Cöln einen edlen Eifer für die „deutsche Sache",[1] hoffte auch Baiern zu gewinnen, sandte an Kurpfalz den Entwurf zu einer Association zwischen Preußen, Cöln und Pfalz, nach welchem sich die drei verpflichteten, in der Wahlsache und am Reichstage durchaus gleichen Schrittes zu gehen, nur nach gemeinsamer Verabredung zu handeln, sich gegen jeden Angriff und jede Schädigung gegenseitig zu schützen, Frankreich als Garanten des westphälischen Friedens zur Garantie dieser

1) Der kurpfälzische Minister Wachtenbouck an Podewils, 19. Aug. 1751 und in Beilage le projet d'association du grand-maitre d'Assebourg.

Association einzuladen. „Die Sache ist an sich sehr gut", war Friedrichs II. Bescheid (4. September); er billigte Podewils' Ansicht, daß man die Bestimmung wegen Frankreichs Garantie, die manchen Fürsten vom Beitritt abhalten dürfte, in einen Geheimartikel verweisen könne. Asseburg und Wachtendonck sollten sich darüber erst einigen, dann die Sache an Guebriant, den französischen Gesandten in Cöln, mittheilen. Bald darauf (8. Oktober) kam aus München eine Mittheilung, daß der Kurfürst von der besten Gesinnung sei, aber der Minister Praidlohn im Wege stehe.

Podewils argwöhnte, daß Frankreich diesen Entwurf formulirt habe. Freilich St. Contest ließ nichts der Art merken, als Lord Marschall ihn, erhaltenem Befehl gemäß,[1]) fragte, wie sich Frankreich bei der bevorstehenden Ankunft Georgs II. in Hannover zu verhalten gedenke. St. Contest sagte: Frankreich könne bei dieser Sache nur als Garant des westphälischen Friedens erscheinen; wenn Preußen sich opponiren wolle, werde Frankreich als treuer Bundesgenosse handeln, wenn es lieber sich der Majorität der Stimmen fügen, als einen Krieg wagen wolle, werde Frankreich schweigen, da es direct nichts mit den Reichssachen zu thun habe; kurz Frankreich werde dem Willen Preußens folgen und wünsche bald davon unterrichtet zu sein, um seine Maaßregeln treffen zu können, wenn der König an Krieg denke; er rathe, wenn der König sich fügen wolle, es bald zu äußern, um von dem Wiener Hof „eine Art von Erkenntlichkeit" zu erzielen. Dieselbe Ansicht äußerte Puysieulx: ein Federkrieg in dieser Sache würde weder der Würde Frankreichs noch Preußens entsprechen; und St. Severin fügte hinzu: Frankreich habe in diesen Friedensjahren immer 30 000 Mann mehr als nöthig gehalten, um Preußens Pläne unterstützen zu können. St. Contest drang darauf, diese Antworten durch Courier nach Berlin zu senden.[2])

Zwei Tage vor Empfang dieses Couriers hatte Friedrich II. die erste Nachricht von der beabsichtigten Wahl des Lothringers für Polen

---

1) Rescript, 16. Oct.: je crois qu'il seroit convenable et nécessaire que vous donniez un peu le reveil là-dessus aux ministres de France, pour qu'ils avisent sur le parti que la France prendra quand le cas susdit arrivera, et qu'ils nous avertissent au moins ce qu'ils pensent de vouloir faire alors, afin que nous pourrions nous arranger en conséquence.

2) Lord Marschall, 30. Oct. 1751 pr. 7. Nov.: c'est, Sire, un compliment sur vos dépens.

nach Paris gesandt. Noch hatte er von Cöln und Pfalz keinen Bescheid auf die Zusendungen vom Anfang September; sie zögerten, weil Frankreich zögerte: „Die Zeit pressirt, daß wir uns mit beiden Höfen arrangiren, ehe wir von den menées des Königs von England übereilet werden; die Majorität der Stimmen ist einmal auf der andern Seite, daher wir ein Concert machen müssen, wie wir mit Ehren aus der Sache kommen und es dahin bringen, daß zugleich Kurpfalz einige Satisfaction für seine Prätensionen an Östreich erhalte“.[1])

Erst Anfang December lief die erwartete Zusendung von Asseburg ein, nicht ohne die Entschuldigung, daß der Münchener Hof sich nicht dabei betheiligt, der sächsische jede Besprechung abgelehnt habe. Das Schriftstück enthielt eine ganze Reihe von Punkten, die man sicher stellen wolle; formelle Garantie Östreichs und der Seemächte für den Frieden im Norden, weder diese noch eine künftige Wahl durch bloße Mehrheit, in der Wahlcapitulation die Verpflichtung keiner künftigen Königswahl ohne Einstimmigkeit der Kurfürsten, keine Allianzen des Reichs, kein Reichskrieg ohne einhellige Zustimmung der Reichsstände, kein Schutz für die Übergriffe der Ritterschaft u. s. w.[2]). Podewils berichtete bei der Einsendung: Asseburg verhehle vergebens, daß dieß die Ideen Frankreichs seien, er habe vor zwei Monaten in einer Depesche von St. Contest, aus der ihm Tyrconnell Mittheilungen gemacht, unbemerkt in das Blatt sehend, gelesen, daß er, St. Contest, dem Guebriant einen Entwurf nach seinen Ideen an Asseburg gesandt habe; aber weder die beiden Kurfürsten noch Friedrich II. dürften wissen, daß der Entwurf aus dem französischen Ministerium stamme. Der König bemerkte dazu: „Ich sehe wohl ein projet d'union, begreife und sehe aber nicht klar, worauf es eigentlich rouliren soll“.

Drei Tage darauf kam das ausgearbeitete Project: Einleitung, neun Artikel, ein Separatartikel über Frankreichs Beitritt als Garant. Die Artikel enthielten neben Sicherung des Friedens im Norden noch einige Forderungen mehr als der frühere Entwurf: nie zwei Kaiser nacheinander aus demselben Hause, strenge Aufrechthaltung der Vicariatsrechte u. s. w.

So war der Vertrag nicht nach Friedrichs II. Sinn; er sandte ihn mit seinen Amendirungen an Asseburg, eine Abschrift davon an Lord Marschall mit eingehenden Erörterungen über die Misgriffe und

1) Mündliche Resolution auf Podewils' Bericht vom 10. Nov.

2) Asseburg an Podewils, 25. Nov. Podewils an den König, 3. und 5. Dec. 1751.

Unmöglichkeiten in diesem Project, „das, da es einfach ein französisches Project sei, nicht mit Cöln und Pfalz, sondern mit Frankreich zu discutiren sei". Für diesen Zweck wurde namentlich hervorgehoben: daß außer Östreich kein katholisches Kurhaus im Reich die Mittel habe das Kaiserthum zu tragen,[1]) daß ein solches Abgehen vom Hause Östreich viele Stände zu offenen Feinden der Union machen, daß Östreich eher zwanzig Jahre Krieg führen, als sich solcher Wahlcapitulation unterwerfen werde, und Frankreich wolle doch vor Allem Frieden auf dem Continent; die Einmischung der schwedischen Dinge lasse erkennen, daß Frankreich das Reich für diese interessiren wolle, damit Preußen mit seiner ganzen Macht für sie gegen Rußland eintreten könne, durch das Reich vor einer Diversion von Östreich gedeckt; aber die schwedische Frage, die im Begriff sei sich zu beruhigen, auf solche Weise abthun wollen, heiße von Neuem sie allen Stürmen Preis geben.

Wie nur hatte Frankreich so auf Umwegen, hinter der Maske von Cöln, sich Preußens versichern zu sollen, wie mit so kümmerlichem Calcül seine Politik machen zu können geglaubt, während die Höfe von Wien und London auf dem besten Wege waren, „nach dem Project, das der König von England seit dem Aachner Frieden verfolgte, Frankreich zu erniedrigen und seines Einflusses auf die großen europäischen Angelegenheiten zu berauben, indem sie ihm alle seine Freunde und Bundesgenossen einen nach dem andern entzogen". Friedrich II. wies Lord Marschall an, den französischen Minister daran zu erinnern, „daß schon Spanien und Turin so gut wie einig mit dem Wiener Hofe seien, daß dem Bunde Neapel, Toscana, Venedig, Parma sofort beitreten, daß die Kaiserhöfe Alles thun würden, jede Differenz mit der Pforte beizulegen, daß sie mit der Wahl des Lothringers für Polen im vollen Zuge seien". Aber er ermahnte ihn zugleich, nur gesprächsweise diese Dinge vorzubringen, in den behutsamsten Worten, in den verbindlichsten Formen, „so daß ihre Eitelkeit durchaus nicht verletzt werde".[2])

Es vergingen acht Tage, ehe St. Contest Zeit fand über den amendirten Vertragsentwurf und die preußischen Erläuterungen dazu sich mit Lord Marschall zu unterhalten; und dann ersuchte er ihn, auch

1) Ministerialrescript an Lord Marschall, 21. Dec. 1751: n'y ayant que la seule maison d'Autriche qui soit à même de soutenir le diadème à cause de l'abaissement où sa politique a su faire tomber les maisons électorales dont la religion les met à portée d'y aspirer.

2) Rescr. 21. Dec. 1751.

mit den anderen Ministern darüber zu sprechen, damit die amtliche Antwort im Conseil festgestellt werden könne. Da ergab sich denn allerlei Wunderliches: St. Severin gab zu vernehmen, daß das Project von Frankreich an Cöln gesandt sei, daß er der Urheber desselben sei, daß die Herren in Bonn seine Gedanken gar nicht begriffen hätten, daß das ganze Project umgegossen werden müsse u. s. w. Puysieulx äußerte sich, wie St. Severin: es sei gar nicht der Mühe werth, sich über die Wahl zu streiten, die Hauptsache sei, daran zu arbeiten, daß der König von Preußen durch den Schutz, welchen die vom Kaiser Verletzten bei ihm fänden, die Stellung erhalte, sich als Chef des Reichs zu zeigen und anerkannt zu sehen.[1]) Noch mit anderen Ministern sprach Lord Marschall. Der Marineminister Rouillé entschuldigte sich: er sei noch zu neu in den Geschäften. Dann kam er zu St. Contest zurück; dieser legte ihm dar, es gebe drei Möglichkeiten: entweder man füge sich Allem, was der Wiener Hof wolle, oder man fordere Einstimmigkeit, und wenn diese, wie zu erwarten, zurückgewiesen werde, suche man Baiern und Mainz zu gewinnen, um die Stimmenmehrheit zu haben. Auf Lord Marschalls Antwort, der dritte Weg scheine ihm der beste, da man, wenn er nicht zum Ziele führe, auf die beiden ersten zurückkommen könne, machte St. Contest die weise Bemerkung: wenn wir aber nur Baiern oder nur Mainz gewönnen, so hätten wir unser Geld und unsere Zeit verloren.

Die „Antwort des Königs“, die dann im Conseil verfaßt wurde, besagte in dem hohen Styl, der dafür üblich war, daß man die beabsichtigte Association der drei Fürsten auf Grund der Reichsverfassung, die ja Frankreich garantirt habe, sehr vortrefflich fände, auch höchlich billige, wenn sie in ihren Verabredungen und Maaßregeln Alles vermieden, was unübersteigliche Schwierigkeiten machen könne u. s. w. Die Hauptsache, „daß Frankreich sich durch ausdrücklichen Beitritt als Garant binde“, überging die Antwort mit allgemeinen Redensarten.[2])

---

1) Lord Marschall, 14. Jan. 1752. Die merkwürdige Äußerung Puysieulx lautet: que le point principal étoit de travailler à mettre V. M. en posture de se faire considérer comme chef de l'Empire par la protection que ceux qui seroient lésés par l'Empereur trouveroient en Elle, que pour s'assurer cet avantage, il falloit qu'Elle se fortifiât par de bonnes alliances en gagnant la confiance et l'amitié des membres de l'Empire par les caresses qu'elle leur feroit en les assurant de tout ce qui seroit juste et en se montrant en toute occasion zélé pour le bien de l'Empire et pour le maintien de ses droits et de sa liberté.

2) Au surplus S. M. ne pourra être que trop aise de voir resserrer les noeuds de l'amitié et de l'union la plus parfaite entre ces Princes à la satis

Der König und sein Conseil werden recht froh gewesen sein, nun auch diesen Stein der deutschen Wahl sich vom Halse geschafft zu haben. Gewiß auch die Pompadour, die Alles, nur keinen Krieg wollte, namentlich keinen Landkrieg, der den König wieder verlocken konnte sich zur Armee zu begeben, und dann war er ihrer rasch entwöhnt. Auch St. Contest glaubte, daß es mit den Verhandlungen in Madrid noch weite Wege habe, daß Sardinien noch zu gewinnen sei, daß es in Polen nicht so bedenklich stehe u. s. w., aber er zog sich von St. Severin und Puysieulx ein wenig zurück, Noailles und Richelieu thaten das Ihrige dazu; „vielleicht nicht zum Nachtheil E. M.“, schreibt 14. Februar 1752 Lord Marschall, „St. Contest kennt den hohen Werth der Allianz mit E. M. und weiß, in wie hohem Maaße sie für Frankreich heilsam und nöthig ist“.

Wie Friedrich II. die Lage nach der Antwort aus dem Conseil ansah, zeigt seine „höchst vertrauliche“ Äußerung gegen Klinggräffen vom 12. Februar: „Da Frankreich auch deutlich genug erkennen läßt, daß es durchaus keine Neigung hat, sich nachdrücklich der Wahl zu widersetzen, so werde auch ich demgemäß keine zu große Opposition machen, wenn anders der Wiener Hof nicht zu hartnäckig ist, dem Kurfürsten von der Pfalz in seinen berechtigten Ansprüchen einigermaaßen gerecht zu werden; denn das wird für Frankreich und mich immer die Vorbedingung sein“. Auch Frankreich war dann gebunden, — gebunden freilich, ob aber auch fest?

Was demnächst in London vor sich ging, gab Antwort darauf.

Englands Reculade.

Auch die parlamentarische Regierung Englands hatte innere Sorgen mancher Art.

In Irland war große Unzufriedenheit, und im Dubliner Parlament, in dem kein Katholik saß, regte sich eine energische Opposition

---

faction et à l'avantage desquels Elle s'intéresse si vivement et si sincèrement et qui pourroient à juste titre se proposer de devenir les soutiens et les protecteurs des prérogatives et des privilèges de chaque état et de chaque membre de l'Empire, si quelque puissance que ce soit entreprenoit de les enfreindre ou de les violer.

gegen die Krone und England. Über Schottland lag seit dem Ausgang der Erhebung von 1745, seit den „Schlächtereien" des Herzogs von Cumberland, der Auflösung der Clanverfassung, den rohen Gesetzen gegen die schottische Kirche, welche die nächsten Jahre brachten, eine so erbitterte und drohende Stimmung, daß der bloße Name Jacobit selbst gegen Personen der parlamentarischen und höfischen Kreise zur Denunciation genügte. Und je kräftiger die Colonien in Amerika aufblühten, um so drückender empfanden sie die Beschränkungen, mit denen das Parlament in London sie in Handel und Industrie niederhielt, und die immer neuen Versuche, welche das Ministerium und die Gouverneurs, die es sandte, machten, zu Gunsten der „Krone" ihre alten Freiheiten zu verkürzen, ihnen neue Lasten aufzubürden.

Wenn auch das Ministerium jetzt im Wesentlichen in sich und mit der Krone einig, das Parlament Dank der Testacte ohne Katholiken und Puritaner, und nur aus der herrschenden Classe zusammengesetzt war, die Zahl der Opponirenden in demselben seit dem Tode des Prinzen von Wales rasch abnahm, — immer noch blieben im Ministerium, im Parlament, im Hause der Lords der persönlichen Gegensätze und Rancunen genug, welche für den weiteren Gang, auch der auswärtigen Verhältnisse nicht unbedenklich waren. Immer von Neuem kam es darauf an, unter den vielerlei Fractionen, Cliquen und Vetterschaften eine leitende Majorität zu finden und zusammenzuhalten.

Als das Parlament am 25. November 1751 wieder zusammentrat, ließ sich Alles über Erwarten gut an. Der Antrag, die Zahl der Matrosen wieder auf 10 000 Mann zu bringen, der zweite, die Landtaxe nicht, wie das Ministerium versprochen hatte, von 3 auf 2 Sh. für das Pfd. Sterl. herabzusetzen, beide von Pelham vertreten, fanden keine ernsthafte Opposition. Aber Pelham hatte in der letzten Session erklärt, daß nach den 20 000 Pfd. Sterl. Subsidien für Baiern keine ähnlichen Bewilligungen weiter nöthig sein würden; jetzt sollte nach dem von Williams im Namen der Seemächte mit Sachsen geschlossenen Vertrage von den 48 000 Pfd. Sterl., die zugesagt waren, England 32 000 übernehmen. Pelham hielt sich gebunden, er weigerte sich des Antrages, er näherte sich den Gegnern seines Bruders, ihre Trennung hätte die leitende Partei zerrissen und Alles in Verwirrung gestürzt. Mit Mühe gelang es während der Weihnachtsferien den Freunden beider, sie auszugleichen.

In dem am 20. Januar 1752 wieder eröffneten Parlament bean-

tragte Pelham die Genehmigung des Vertrages und die geforderte Summe: er hoffe, daß es die letzte Forderung der Art sein werde; er wage zu sagen, daß wenn man diesen Vertrag genehmige, die Wahl des römischen Königs vor der nächsten Session geschehen sein werde, diese Wahl, die für die Erhaltung des Gleichgewichts im Norden und für die Ruhe im Reich eine Nothwendigkeit sei. So lebhaft gegen diesen „unglücklichen und elenden Vertrag", wie ihn Bedford nannte, opponirt wurde, die Erhitzung der Stimmung von der anderen Seite wirkte stärker: Chevalier Legge, der sonst sich zum Herzog von Bedford gehalten hatte, ließ sich vernehmen: als er Minister an einem gewissen deutschen Hofe gewesen, habe er sich überzeugt, daß nichts als Animosität Schuld an der Unversöhnlichkeit zwischen zwei mächtigen Häusern im Reiche sei, er habe sich vergebens bemüht sie zu beseitigen, der König von Preußen sei immer hartnäckig bei seiner ersten Meinung geblieben, und er vermuthe, daß derselbe noch mehr als Schlesien gewinnen wolle, er widerrathe demselben nachzugeben, weil dessen Forderungen um so größer werden würden. Auch Thomas Robinson, der so lange in Wien gewesen, erging sich „in wenig gemäßigten Ausdrücken über Preußen und Frankreich." Der Kronanwalt Murray las, um zu beweisen, daß nicht bloß England Subsidien zahle, eine Liste sämmtlicher französischer Subsidien des Jahres 1750 vor, in der Preußen mit 300 000 Pfd. Sterl. an erster Stelle stand.[1]) Wer konnte noch zweifeln? Manche stimmten für den Antrag, nachdem sie gegen ihn gesprochen, manche für die Bewilligung, aber nur noch für diese; mit 236 gegen 54 Stimmen wurde sie angenommen.[2])

Mehr noch als die Bewilligung bedeutete der Ton in dieser Debatte;

---

1) Man könnte glauben, daß Preußen mit 300 000 Pfd. Sterl. genannt und Braunschweig gemeint ist, da die Zahlung durch Preußen vermittelt wird. Aber der erste fällige Termin ist 31. März 1751. Der vortreffliche Lordcanzler schreibt an Newcastle schon 10. Sept. 1751: I have been long convinced that nothing we can do could detach him from France, because he cannot keep up his great armies without their subsidies. I believe he now receives from France more than L. 400 000 per annum. I am sure he did so in 1749, and have not heard it has been reduced since. He knows Great Britain cannot do this. Coxe, Pelham II p. 410.

2) Michell, 4. Febr. 1752, der die Berichte über diese Debatte giebt, sagt: la démarche d'aujourd'hui est soutenue, pour ainsi dire, par une espèce de sanction pragmatique parlementaire. Mirepoix hat gegen ihn geäußert, er habe nicht erwartet: que le S. Pelham se fût livré tête baissée à la poursuite du projet d'élection et l'eût avancé avec tant d'assurance au Parlement.

Newcastle sagte jedem, der es hören wollte, wie vortrefflich im Parlament gegen den König von Preußen gesprochen sei; und die öffentliche Meinung empfand in der Misachtung, mit der man Frankreich behandelt hatte, ihre Genugthuung. Selbst Mirepoix war erregter wie sonst, namentlich über die Subsidienliste, sandte Couriere nach Paris. Daß dann die englischen Minister selbst ihm gegenüber die „etwas freie" Sprache im Parlament misbilligten, daß sie erklärten, Murray habe nicht als Mitglied des Ministeriums gesprochen, nicht von diesem die Liste erhalten, sie nur verlesen, um das Parlament in Stimmung zu bringen, daß sie in Betreff der Grenzregulirung in Canada einen entgegenkommenden Vorschlag machten, daß sie des Ambassadeurs Ernennung zum Herzog als eine Aufmerksamkeit für England auffaßten, beruhigte ihn, der ja nichts lieber wollte, als aufrichtige Freundschaft beider Höfe.

Mit der Zustimmung des Parlaments, mit der Fügsamkeit von Mirepoix hatte die große Politik Georgs II., was sie brauchte, um volle Segel aufzusetzen und in rascher, dreister Fahrt ihr stolzes Ziel zu erreichen, trotz Preußen. Die Königswahl und damit die leitende Stellung im Reich, trotz Frankreich freie Bahn in Nordamerika und die erste Rolle diesseits und jenseits des Oceans.

Noch im März wurde Lord Hyndford ausgesandt, um im Haag, in Dresden den Weg zu bahnen, dann in Wien, da Keith nicht energisch genug schien, die noch vorhandenen Bedenken zu beseitigen und zu rascher Action zu drängen; auch nach München, wo schon der alte Baron Burmannia aus Wien vorgearbeitet hatte, auch nach Regensburg sollte er gehen, wo eben jetzt die ostfriesische, die mecklenburgische Sache in die Krisis trat. Newcastle selbst, der dem Könige nach Hannover folgen sollte, verweilte im Haag, um das Nöthige wegen der Barriere, wegen der Accession zum Vertrage von 1746 u. s. w. zu ordnen. Daß er noch vor seiner Abreise jene drei Erklärungen an Michell übergeben hatte, welche die Anfrage wegen der Ember Compagnie, die Mittheilung in der Deprädationssache „trocken und unfreundlich" beantworteten, war wie die Ankündigung zu dem diplomatischen Feldzuge, den Georg II. von Hannover aus zu dirigiren gedachte.

Der Grundgedanke war einfach. In einem Protocoll der hannövrischen Conferenz von 1750 war festgestellt worden, daß sowie man Baierns gewiß sei, die nothwendigen Schritte zur Wahl, namentlich die Berufung der Kurtages, erfolgen sollte. Nun hatte man,

Dank dem Gelde Englands, zu Baiern auch Sachsen, also sechs Stimmen. Damit der Minorität der drei übrigen keine Aussicht auf Widerstand bleibe, mußte für einige Zeit wenigstens Frankreich in seiner sanften Stimmung erhalten,[1]) namentlich überzeugt werden, daß es ein Friedenswerk sei, dem sich England mit so vieler Hingebung widme.

Am 5. April schloß Georg II. das Parlament mit Worten, die eben diesen Zweck der Welt von Neuem verkündeten. Wenige Tage vorher hatte Mirepoix, der wieder der Etikette wegen nicht mit nach Hannover ging, Audienz, um mitzutheilen, daß Vergennes von Trier kommen werde, ihn in Hannover zu vertreten; der Ambassadeur sagte bei diesem Anlaß dem Könige: sein Hof werde der Wahl nicht entgegentreten, vorausgesetzt, daß man nur nach den Reichsgesetzen verfahre und nichts gegen die Prärogativen der Reichsstände und die Interessen der Alliirten Frankreichs unternehme.[2]) Auf Michells Frage, ob er wirklich diese Declaration gemacht, sagte er, es sei nur eine Artigkeit gewesen, in Erwiederung auf des Königs Äußerung: er werde in der Wahlsache Jedermann schonen und nichts thun, was irgend wen verletzen könne. Mirepoix fügte auf weiteres Fragen Michells hinzu: allerdings habe er das sehnlichste Verlangen seinen Hof mit dem englischen in dieser hochwichtigen Sache zu verständigen. „Nach weiteren Andeutungen, die er gab", schreibt Michell, „habe ich keinen Zweifel, daß er schon in vollen Besprechungen ist, zwar ohne directen Befehl seines Hofes; aber es könnte sehr wohl sein, daß derselbe auf den Köder anbeißt, da man hier fortfährt, sich in den amerikanischen Dingen entgegenkommend zu zeigen, damit wie sie in Amerika den Franzosen, so die Franzosen ihnen in der Wahlsache nachgeben; und sie werden erwarten, daß Frankreich dann E. M. bestimme, sich der französischen Ansicht zu fügen, obschon ich aus anderen Andeutungen sehe, daß außerdem auch im Plane ist, vom englischen und Wiener Hofe aus directe Schritte bei E. M. zu thun".

Mitte April war Georg II. in Hannover, das wieder für einige

---

1) Nach Pelhams Ausdruck (Schreiben an Newcastle, 19. Mai 1752; Coxe, Pelham II, p. 418): in short, if you can keep France quiet, which I think you will, your business is done. Das Protocoll von 1750 erwähnt in dem Schreiben von Newcastle an Pelham, 20. Mai 1752; Coxe, p. 421.

2) Das ist die déclaration des Ambassadeur, von der Michell 4. und 9. April schreibt: Mirepoix habe ihm geantwortet que c'étoit plutôt un retour de politesse auf das, was der König ihm gesagt.

Zeit der Brennpunkt der europäischen Politik werden sollte;[1]) dießmal in anderer Form, nicht in der mißlungenen von 1750; diesmal mußte die Wahl durchgesetzt werden, Georgs II. und Englands Ehre hing daran, und Hannovers Vortheil, daß es trotz Preußen geschah.

Nicht in der Wahl lag für Friedrich II. das entscheidende Moment. Aber wenn sie als „eine Nothwendigkeit für den Frieden Europas" von Seiten Englands gefordert und betrieben wurde, so hieß die schon ausgesprochene Absicht, sie mit der Mehrheit der Kurstimmen zu wollen, den Frieden Europas ohne Preußen, trotz Preußen, auf Kosten Preußens wollen; die Wahl wurde zu einer Herausforderung gegen Preußen.

Und nur noch in Betreff dieser Wahl hatte Friedrich II. mit Frankreich, richtiger: unterhielt Frankreich mit ihm eine active Gemeinschaft, und auch diese schien es zu einer möglichst indirecten, möglichst verclausulirten machen zu wollen, um mit den großen Mächten, mit dem englischen Hofe, an dem Holland, mit dem Wiener, an dem Rußland hing, im Concert zu bleiben und mit ihnen gemeinsam, die auftauchenden Differenzen lösend, einen neuem großen Kriege vorzubeugen, den Niemand, so meinten sie, außer Preußen wünsche.

„Es ist ein Unglück", schreibt Friedrich II. am 17. März, „daß dieß Ministerium zuviel den friedlichen Demonstrationen vertraut, welche die natürlichen Feinde Frankreichs zu machen verstehen, und nicht an die Möglichkeit denkt, in einen Krieg, es mag wollen oder nicht, gezogen zu werden, in dem die Höfe von Wien und London sich des Übergewichtes sicher glauben".[2])

---

1) Sehr bezeichnend sind die Ausdrücke des französischen Ministeriums in der Instruction für Chev. de Latouche, 25. Juni 1752: Le ministère anglois a promis si positivement au parlement de la Grande-Bretagne qu'avant sa prochaine rentrée il feroit l'archiduc Joseph Roi des Romains, il a fait publier d'ailleurs avec tant d'ostentation que la cour d'Hanovre alloit être le théâtre des négociations les plus importantes, que le séjour du Roi d'Angleterre dans ses états d'Allemagne attire aujourd'hui les yeux de toute l'Europe (aus dem Pariser Archiv).

2) So Rescr. an Lord Marschall, 17. März 1752. Und Rescr., 21. März: er erwarte des Lords Bericht über die Wirkung seiner Mittheilungen, que vous me faites espérer . . . et mes voeux sont qu'elles prospèrent à faire ouvrir une bonne fois aux ministres les yeux sur la décadence dans laquelle les affaires de la France tomberont, à moins qu'ils ne mettent plus d'attention sur les desseins et les entreprises de ses ennemis.

Er war bei jeder Gelegenheit dem Grafen Tyrconnell, obschon er ihm nicht völlig traute,[1]) mit der größten Offenheit entgegengekommen, stets bereit gewesen, auf dessen Bedenken oder Wünsche einzugehen, um dadurch unmittelbarer, als durch Lord Marschall in Paris geschehen konnte, mit Frankreich in Beziehung zu bleiben. Im Februar warf den Ambassadeur ein Blutsturz aufs Krankenlager, am 12. März starb er. Es währte Monate, bis Ritter de Latouche, derselbe, der 1750 auf dem Wege nach Schweden in Berlin verweilt hatte, an dessen Stelle kam.[2])

Sehr bezeichnend, daß eben jetzt, noch ehe Lord Hyndford in Wien war, von dort aus eine Art oder ein Schein von Versuch gemacht wurde, sich mit Preußen zu verständigen. Auf eine Bemerkung von Dewitz, wie man mit den schlesischen Schulden rascher zum Ziele kommen könne, hatte Koch — wie erwähnt der Bruder des vertrauten Secretärs der Kaiserin — erwiedert: der Wiener Hof sei völlig bereit in diesem und in allen Punkten dem Könige gefällig zu sein, gegen zwei Bedingungen, die der Kaiserin am Herzen lägen: einmal, daß zwischen beiden Höfen die enge und herzliche Verbindung früherer Zeiten hergestellt werde, und diese werde für Preußen wohl höheren Werthes sein als die mit Frankreich; sodann, daß Preußen für die Wahl des Erzherzogs Joseph stimme.[3])

Friedrichs II. Antwort war so vorsichtig wie verbindlich; er ließ durch Lord Marschall von diesem Erbieten an St. Contest Mittheilung machen: „man sehe deutlich die Absicht, ihn von Frankreich zu trennen, oder bei Frankreich zu verdächtigen".

In denselben Tagen hatte Baron Beckers in Wien die kurpfälzischen „Ausgleichungsvorschläge" überreicht, neue Vorschläge, die gegen die früheren merklich ermäßigt waren; sie waren von Maria Theresia sehr huldreich aufgenommen worden, obschon sie immer noch Dinge enthielten, die in Wien nicht auf Annahme zu rechnen hatten.[4])

---

1) Rescr. an Lord Marschall, 16. Juni 1753. Milord Tyrconnell avoit de l'esprit, mais il étoit méchant, ce qui nuit fort à la sûreté du commerce.

2) Einstweilen vermittelte der Legationssecretär Le Baillif den diplomatischen Verkehr.

3) Klinggräffen, 22. März 1752. Danach Rescr. 31. März . . . qu'elle ne me trouveroit aucunement irraisonnable à tout égard, et que j'embrasserois de bon coeur les occasions où je pourrois lui faire plaisir u. s. w.

4) „Das wird er schwerlich Alles obteniren", schreibt Friedrich II., 11. April, auf die Mittheilung der fünf Punkte, die Kurpfalz forderte: 1) Abschlagszahlung Seitens

Zum 1. April wurde dort Hyndford erwartet; „man begreife nicht", sagte Ulfeld zu Hautefort, „zu welchem Zweck er komme". Man wußte es wohl: der Kaiser hatte gesagt: der König von England betreibe die Wahl zu hastig; aber der Kaiserin, hieß es, liege die Sache sehr am Herzen, täglich habe sie Conferenz mit Vorster, der wieder nach Hannover gehen sollte. Nach Klinggräffens Berichten konnte Friedrich II. nach Paris melden: daß Lord Hyndford auch nach Regensburg gehen werde, dort bei den reichsfürstlichen Gesandten für die Wahl zu arbeiten. Er beauftragte Lord Marschall den Ministern dort zu sagen: „Es wäre für die Würde der Kurfürsten und des Reichs wenigstens nöthig, daß wir, Cöln, Pfalz und ich, gemeinsam erklärten, wir würden dem Erzherzog Joseph unsere Stimme nicht versagen, wenn die Wahl mit Anstand und in aller Freiheit geschehe, ohne daß bei dem Wahlact ein englischer Minister den Ton anzugeben habe; es scheine mir, daß, wenn wir drei, nicht jeder einzeln, sondern collectiv eine solche Declaration gäben, wir die Würde des Reichs retten und so hindern würden, daß nicht England als die dominirende Macht auftrete, die dem Reich das Gesetz vorschreibe".

Und nicht bloß der Wahl wegen kam Hyndford nach Wien; er sollte dort und weiter in Regensburg auch für Georg II. wegen Ostfrieslands, wegen Mecklenburgs eintreten, wo möglich den Wiener Hof wegen der Defalcation an der schlesischen Hypothekenschuld, mit der Friedrich II. den Frieden von 1742 breche, heranziehen. Auch diese Dinge ließ Friedrich II. dem Marquis St. Contest darlegen, auf die „in allen Richtungen feindseligen und gewaltsamen Schritte Georgs II. gegen Preußen" hinweisen, der schon mit den frivolsten Vorwänden ein Fürstenthum der Krone Preußens an sich zu bringen unternehme, Dinge, die doch Frankreich nicht so gar indifferent ansehen sollte, da sie den fast einzigen Alliirten beträfen, den Frankreich noch habe.[1])

Mit dieser Zusendung kreuzte sich St. Contests Anfrage,[2]) wie

---

der Seemächte für die seit dem spanischen Erbfolgekriege rückständigen Subsidien. 2) Abtretung der Grafschaft Falkenstein (l'unique patrimonium que l'Empereur possède en Allemagne). 3) Das privilegium de non appellando für alle kurpfälzischen Territorien. 4) Rückgabe der Herrschaft Pleystein. 5) Übertragung der Anwartschaft auf die Grafschaft Ortenau. Schreiben des Kurfürsten von der Pfalz an Friedrich II., Neuburg 29. März 1752.

1) Eichel an Graf Podewils, 9. April, und danach das Ministerialrescr. an Lord Marschall, 11. April 1752.

2) Diese Frage meldet Lord Marschall, 14. April, und das Rescr. vom 1. April hatte ihm die vertrauliche Äußerung Kochs an Dewitz mitgetheilt.

sich der König zu erklären gedenke, wenn der Wiener Hof um die preußische Stimme bitte? Friedrichs Antwort war: „Ich werde die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und eine gerechte Entschädigung für Kurpfalz fordern, nichts für mich; wenn sich Koch und Dewitz über die schlesischen Schulden und den Commerztractat einigen können, wird es mir lieb sein; als Bedingung für meine Wahlstimme werde ich es nicht fordern".

Vielleicht entsprach diese Erklärung Friedrichs II. den Wünschen des Versailler Hofes, vielleicht mehr noch dessen Ansicht, daß die drei associirten Kurfürsten energisch und collectiv in Betreff der Wahl verfahren sollten, und daß dabei Frankreich nicht erwähnt werde; Hyndfords Eifer konnte man sich schon gefallen lassen, wenn die peinliche Wahlfrage damit um so schneller aus der Welt kam. Der Abschluß in Madrid hinter Frankreichs Rücken war zwar nicht ganz angenehm, aber Sardinien schwankte noch; und um die polnische Wahl, die erst im Herbst auf dem polnischen Reichstage zur Sprache kam, brauchte man jetzt noch nicht sich Sorge zu machen.

In den letzten Apriltagen sprach St. Contest eingehend mit Lord Marschall: von den kurpfälzischen Ausgleichsvorschlägen, von denen man in Versailles genaue Mittheilung habe, sei nichts zu fürchten; und der König von England werde trotz aller Erbitterung, aller Demonstrationen nicht wagen, sich gegen Preußen zu hazardiren, ja auch nur seine Garantie für Schlesien zurückzuziehen; im Hinblick auf seine fast 70 Jahre, und in der Aussicht auf einen minorennen Nachfolger werde Niemand in England anders als den Frieden wollen können; Lord Albemarle spreche eben so, er lasse freilich zugleich mit einfließen, daß nur Friedrich II. es sei, der die Ruhe zu stören, Unordnung und Verwirrung über Europa zu bringen trachte. St. Contest wiederholte, was er dem Lord darauf erwiedert habe: „Das ist ein Vorurtheil, und wenn ihr gegen Preußen Mistrauen habt, so ist es uns eben so erlaubt, euch zu mistrauen; aber der König von Preußen wünscht nichts als den Frieden, ist nur bemüht ihn zu erhalten; ihr versichert, daß euer Hof nichts unternehmen wird, was gegen die Ehre und die Interessen Frankreichs und seiner Verbündeten wäre; auch wir haben keinen andern Wunsch, als mit England und dessen Alliirten in gutem Einvernehmen zu leben; aber greift man heute den König von Preußen an, so beginnen wir morgen den Krieg".[1])

1) Lord Marschall, 28. April 1752.

Freilich sprach Friedrich II. für diese „so energische Erklärung" seinen besten Dank aus. Er hatte, als er sie empfing, bereits eine schriftliche Mittheilung des französischen Ministeriums erhalten,[1]) das diese Energie von ihrer schwachen Seite illustrirte: Newcastle habe dem Herzoge von Mirepoix vertraulich mitgetheilt, daß der König von England dem Kaiser und der Kaiserin, als den zunächst bei der Wahl Betheiligten, vorschlagen wolle, den König von Preußen um seine Stimme zu bitten, daß der König von England Frankreich ersuche, diese Bitte am Berliner Hofe zu unterstützen, und daß der König von England seiner Seits des Willens sei, dem Kurfürsten von der Pfalz eine entsprechende Genugthuung für seine Ansprüche zu verschaffen.

Kurcölns und der Association der drei Fürsten war in diesem Project nicht gedacht, auch der Propositionen Friedrichs II. vom 11. April nicht, in denen u. a. als Bedingung für die Wahl ausgesprochen war, daß derselben kein englischer Minister beiwohne. Frankreich war durch diese preußische Bedingung in der angenehmen Lage, mit dem Bedauern, daß sie jetzt nicht mehr ausführbar sei, die Association sich selbst zu überlassen.

Mochten die Staatsmänner in Versailles sich so glücklich aus der Affaire ziehen zu können und in dem Concert der drei Mächte aller Gefahr der deutschen Frage überhoben zu sein meinen, — noch hatte Friedrich II. eine Wendung bereit, Frankreich wie beim Zipfel festzuhalten. In der Antwort auf die französische Note sagte er: er verlange nichts Besseres, als in Allem der höheren Einsicht des Königs von Frankreich und den weisen Rathschlägen seines einsichtigen Ministeriums zu folgen u. s. w.; er wiederholte, was früher Frankreich selbst für die Wahl gefordert habe, daß sie frei und der Reichsverfassung gemäß vorgenommen, daß Kurpfalz entschädigt werde; er fügte hinzu, daß die Investitur aller Kurfürsten auf dem Fuß, wie sie für Preußen durch Kaiser Karl VII. anerkannt sei, gewahrt werde, eine Sache, in der ja auch der König von England in gleicher Weise interessirt sei; „in dieser Weise möge der König von Frankreich, wenn er es angemessen erachte, antworten, und sowohl gegen England, wie gegen den Wiener Hof, überall mit Preußen, Cöln und Kurpfalz in Übereinstimmung handeln

1) Die Depesche von St. Contest an den interimistischen Geschäftsträger Le Baillif wird um den 15. April abgesandt sein, da sie am 30. April in des Königs Händen ist, der Podewils nach Potsdam bescheidet und die Antwort darauf entwerfen läßt; sie wird mit einigen Zusätzen des Königs am 3. Mai an Le Baillif abgegeben.

(agir de concert), auch jenen beiden Mächten versichern, daß das die wahren Meinungen der drei Fürsten seien, und Frankreich dafür einstehen könne". Er selbst werde, wenn er vom Wiener Hof um seine Wahlstimme ersucht werde, in diesem Sinne antworten, und hoffe, daß sowohl Cöln und Pfalz wie Frankreich sich gegen England und Östreich eben so erklären würden; und im Übrigen halte er es für schicklich, daß auch der König von England bei Preußen die nöthigen Schritte in einer Sache thue, die ihm so am Herzen liege, und in der er von Anfang an, während er bei allen anderen Kurfürsten eifrig bemüht gewesen sei, Preußen vernachlässigt habe.

Also es ist ein „Misverständniß"[1]) wenn St. Contest geglaubt hat, daß Preußen, Cöln und Kurpfalz für die Wahl vereint bleiben und nur collectiv und mit der Stützung Frankreichs ihre Stimme geben sollten, ohne zu gestatten, daß ein englischer Minister der Wahl beiwohne. Mag ein solcher dabei sein oder nicht — das ist eine Ehrenfrage für Frankreich —, wenn die associirten drei Fürsten Frankreichs Vermittelung so annehmen, wie es Preußen vorschlägt, so ist Frankreich in dem Concert der Mächte für die Wahl ihr Vertreter und Anwalt.

Freilich St. Contest war „sehr erbaut" von dieser preußischen Antwort;[2]) aber energischer wurde er nicht, am wenigsten gegen England, das auch in Betreff Ostfrieslands immer rücksichtsloser vorging: er habe keine Handhabe, in dieser Sache etwas zu thun, so lange sie sich in dem Stadium gerichtlicher Verhandlung befinde; und wenn er sich beschweren wollte, daß ein englischer Gesandter in dieser deutschen Sache thätig sei, so werde man ihm antworten, Lord Hyndford handle in dieser Sache nicht als englischer Gesandter, sondern im Auftrage des Kurfürsten von Hannover.

Schon hatte Baron Wrede, der sich nach Hannover begeben, über die Genugthuung für seinen Herrn zu unterhandeln, und der, weil er damit nicht aus der Stelle kam, mit seiner Abreise drohte, von Newcastle die unumwundene Antwort erhalten: dann werde die Wahl mit Stimmen-

1) Rescr. an Lord Marschall, 9. Mai 1752: il y a eu quelque malentendu là-dessus, car mon intention n'a été proprement, que nous dussions rester unis . . . . . sans permettre qu'un ministre anglois se mêlât pour nous séparer l'un de l'autre.

2) Lord Marschalls Bericht, 29. Mai 1752.

mehrheit gemacht werden.[1]) Und als Vergennes dem Herzog in Gegenwart Wredes und Münchhausens sagte, daß Frankreich einer solchen Wahl niemals beistimmen werde, war Newcastle sehr heftig geworden, hatte in Zweifel gezogen, daß Vergennes Auftrag habe so zu sprechen.

Vortrefflich, „wenn der französische Hof solche Declaration soutenirt", sagte Friedrich II. am 20. Juni.

In eben diesen Tagen veröffentlichte der Kriegsminister Graf Argenson den königlichen Befehl, bei sämmtlichen zwölf deutschen Regimentern die Compagnien von 75 auf 50 Mann zu reduciren.[2])

Noch war die Energie Frankreichs nicht bis zu dem tiefsten Stand ihrer Ebbe gekommen. Aber die englisch-hannövrische Politik stand in der Hochfluth ihres Eifers und ihrer Dreistigkeit.

Es erklärt sich, wenn man liest, wie Ende des Juni Newcastle an den Lordcanzler schreibt: ob es recht war oder nicht, die Wahl einzuleiten, ist nicht mehr die Frage; es ist mit der Sache, daheim und draußen, so weit gekommen, daß ich sagen muß, wenn jetzt die Sache auftrocknet oder scheitert, ist des Königs Credit im Auslande völlig verloren, sein Einfluß daheim sehr gemindert, eben so der seiner Diener, besonders derer, die in den auswärtigen Angelegenheiten zu thun haben ... Wenn die Wahl mislingt, so ist die Ehre und Reputation des Königs und des Landes in großem Maaße verloren, und die verhängnißvollsten Wirkungen werden folgen; wenn sie mit Majorität gewonnen wird, so könnten Frankreich und Preußen — obschon ich nicht glaube, daß sie es thun werden — solche Demonstrationen mit Armeen u. s. w. machen, daß uns daraus nothwendig fünfmal soviel Ausgaben erwachsen würden; und wenn schließlich gar ein allgemeiner Krieg daraus folgen sollte, so ist das eine Betrachtung, die auf Jedermann Eindruck machen muß; wenn alle diese Gefahren, die vorauszusehen sind, mit 50000 bis 60000 Pfd. Sterl. abgekauft werden können, so

1) „Nous risquerons le paquet", nach Podewils' und Finckensteins Bericht über eine Depesche von Vergennes, die ihnen Le Baillif vorgelesen, 19. Juni 1752.

2) Rescr. an Lord Marschall, 8. Juli, mit Bezug auf die Nachricht von diesem Befehl in der Gazette de Cologne vom 27. Juni in dem Artikel Paris, 19. Juni „32 Officiere und 400 Mann in jedem Regiment sollen reducirt werden": j'ai de la peine à me persuader que dans un temps aussi critique que celui où nous sommes, la France voudroit faire une démarche si préjudiciable à sa gloire et à ses intérêts. Lord Marschalls Berichte vom 7. und 23. Juli geben die im Text angeführten Ziffern, Weiteres sein Bericht vom 30. Juli.

habe ich den Muth zu sagen, daß dies der weiseste und wohlfeilste Weg ist, den man wählen kann".[1])

Nur 50 bis 60000 Pfd. Sterl. brauchten beschafft zu werden;[2]) die Wahl durfte nicht mislingen, oder die Gnade des Königs wandte sich von den Pelhams ab, und er übergab die Leitung an Lord Granville.[3]) Die französische Reduction zeigte ja den deutschen Fürsten und aller Welt, daß Frankreich nicht mehr Ernst machen könne oder wolle. Auch der Cölner Asseburg kam jetzt nach Hannover; für Geld war auch Cöln zu haben. Kurmainz sandte Weisung nach Regensburg, die ostfriesische Sache schleunigst zur Ansage zu bringen; die mecklenburgische Intrigue war im besten Gang, und Bernstorff hatte in Stockholm, trotz Frankreichs Mahnungen, wegen Landscrona Beschwerde geführt, ließ die bentink'sche Sache nicht zur Ruhe kommen. Jetzt rasche, dreiste Züge, und das Spiel war gewonnen. Mit der „eminenten Majorität" für die Wahl konnte England abwarten, was Friedrich II. thun werde, wenn er majorisirt war, ob Frankreich marschiren, den Reichsfrieden zu brechen wagen werde; wenn er es nicht that, so war sein Nimbus dahin, auch in der ostfriesischen, mecklenburgischen, bentink'schen Sache gingen die Räder des Reichsrechts über ihn hinweg; wenn er es that, stand die Allianz von 1746 wider ihn, und Georg II. hatte Europa gerettet.

Mochte Newcastle laufen, um nicht zu fallen; er hatte keine Ahnung davon, wie genau er Schritt vor Schritt beobachtet, ihm hinter die Karte gesehen wurde, deren Trumpfe er verbrauchte, um Faussen zu stechen. Nur daß es nicht Frankreich war, das den Engländern ihr Spiel verdarb.

Auf ausdrückliche Weisung seines Hofes hatte Vergennes jene Erklärung, die Newcastle als nicht authentisch zurückgewiesen, in aller Form wiederholen müssen.[4]) Newcastle hörte sie, auch den ausgesprochenen

1) Newcastle an den Lordcanzler, Hannover 29. Juni 1752 bei Coxe, Pelham II p. 430 und 432.

2) Klinggräffen, 7. Juni, sagt: es ist sicher, daß das englische Gouvernement puisse sacrifier au delà de 80000 L. St. sans en donner la moindre connoissance au parlement.

3) Michell, 16. Juni: Lord Granville sei nicht unzufrieden mit diesem Gange der Dinge, der den König nöthigen werde, ihn „zum dritten Male" zu berufen, comme plus à même par la fertilité de son génie à tirer S. M. d'un mauvais pas où Elle se trouvoit, si Elle revenoit en Angleterre aussi peu avancée que lorsqu'Elle en est partie.

4) Es ist dieselbe, die nach Michell, 30. Juni, in London der Regentschaft überreicht wurde.

Vorwurf der am Mannheimer Hofe versuchten Täuschung (artifice), als habe Frankreich die kurpfälzische Entschädigung zu vermitteln an England überlassen, mit einer Kaltblütigkeit an, „die nur zu sehr zeigte, daß er seinen Entschluß gefaßt habe.“ Er bemerkte: er werde seine Antwort geben, wenn der Courier aus Wien angekommen, den er erwarte. Der Courier kam; was er brachte, war nach Newcastles Angabe, daß der Wiener Hof noch nicht die Zeit gehabt habe, Beckers' Memoire zu prüfen, weiter die ausgedehnteste Billigung der in Hannover ergriffenen Maaßregeln für die Wahl, die Ansetzung derselben auf Ende September, die Entwürfe zu den Einberufungsschreiben an die Kurfürsten, Angaben, die nach Friedrichs II. Information falsch waren. [1])

Vergennes hatte, wie er mit diesem Bericht zugleich meldete, in Erfahrung gebracht, daß vor der Abreise Georgs II. aus London ein großes Conseil gehalten, dort beschlossen worden sei: da England die eminente Majorität der Kurstimmen habe, brauche es sich nicht viel um die opponirenden zu kümmern; es sei unersprießlich, Kurpfalz befriedigen zu wollen, da es nur die Sache in die Länge ziehen werde; Frankreichs Opposition sei in sechs Jahren nicht weniger wie heute zu erwarten, während man nichts wage, wenn man jetzt vorgehe, wo Frankreich außer Stande sei, Krieg zu machen, und Preußen ohne Frankreich ihn nicht beginnen werde. Es werde passend sein, vorläufig die Unterhandlungen bis zum August oder September hinzuziehen, den Mannheimer Hof alles Beste hoffen zu lassen, ihm Pleystein und 400 000 holl. Gulden anzubieten, und dann, da er das ablehnen werde, die Wahl zu vollziehen, trotz Frankreich und Preußen. Dieselbe Nachricht hatte Wrede an Podewils geschrieben, hinzugefügt, daß Baiern in Hannover habe erklären lassen, es halte für passend und selbst nothwendig, den Beitritt des Mannheimer Hofes zu gewinnen und also ihn zu befriedigen.

Es war bezeichnend genug, daß Le Baillif ausdrücklich um Friedrichs Auffassung von dieser Lage der Dinge bat, um sie nach Paris zu melden. Er finde sie, war des Königs Antwort, [2]) „ziemlich ernst und

1) Le Baillif hatte mit dem Courier, der am 28. Juni aus Paris über Hannover in Berlin ankam, die erneute Declaration und eingehende Berichte von Vergennes erhalten. Den Inhalt giebt des Königs Rescript an Lord Marschall, 30. Juni 1752.

2) Friedrich II. an Lord Marschall, 30. Juni. Er sagt im P. S.: vous observez.

verlegen"; Frankreich und Preußen seien schon so weit gegangen zu erklären, daß sie, bevor nicht Kurpfalz befriedigt sei, ihre Zustimmung nicht geben könnten, daher dabei beharren müßten; demnach blieben für Frankreich nur zwei Mittel, entweder Baiern zu gewinnen, um eine Art von Stimmengleichheit herzustellen, oder mit gewaffneter Hand die Wahl zu hindern. „Ich halte den ersten Weg für besser und leichter; schreitet man dann doch zur Wahl, so werden die zwei Stimmen gegen alle Maaßregeln der Gegner protestiren, die bedeutenderen Kurfürsten an sich ziehen, ihre Gesandten von Regensburg abberufen mit der Erklärung, daß sie keinen Beschluß am Reichstage für gültig ansehen werden, der nicht unter Mitwirkung Aller und einmüthig gefaßt sei; das wird der Moment sein, an der Conföderation der angesehensten Reichsfürsten zu arbeiten, an die Frankreich früher gedacht hat." Wenn St. Contest einwende, daß die Zeit zu kurz sei, um das Nöthige mit Kurpfalz zu arrangiren, so habe man noch den Juli und August, damit Zeit genug, wenn man sich fleißig dazu halte und mit den bedeutenderen Reichsfürsten nicht fort und fort feilsche. Er meinte namentlich den Landgrafen von Cassel, mit dem endlos verhandelt wurde; Landgraf Wilhelm forderte sehr viel und Frankreich bot sehr wenig.

Freilich war St. Contest sehr dankbar; aber er hatte Bedenken über Bedenken: Baiern zu gewinnen sei unmöglich, der schwache Kurfürst hänge ganz von seinen Ministern ab, und Frankreich sehe sich nicht gemüßigt, Baiern für die englischen Subsidien zu entschädigen. Die Protestation Preußens und der beiden Kurfürsten werde genügen, wenn Frankreich erkläre, den doch Gewählten nicht anerkennen zu wollen, wenn Kurpfalz nicht befriedigt, auf Preußen und Cöln nicht die gebührende Rücksicht genommen sei; wenn man Preußen und seine Associirten zwingen wolle, so werde dies der Fall sein, wo man den Krieg machen müsse; unter den jetzigen Umständen könne Preußen nichts Besseres thun, als ein Abmahnungsschreiben an Kurmainz zu erlassen, ähnlich wie das vor zwei Jahren u. s. w.

---

encore bien que vous ne ferez toutes les insinuations que je vous ai ordonnées ci-dessus à M. Contest, que de la manière la plus douce, qui semble plutôt vouloir demander leur conseil que de leur imposer des avis, en sorte que la délicatesse des ministres françois n'en soit pas blessée; c'est aussi en conséquence que vous lui direz que ce que je venois de lui proposer, n'étoit au fond que des idées que j'avois prises sur ce que la cour de France m'avoit autrefois fait marquer à ce sujet.

„Ich habe", bemerkt Lord Marschall dazu, „an St. Contests Äußerungen nicht die geringste Spur gefunden, daß Frankreich sich zum Kriege vorbereite, noch das geringste Empressement für die Conföderation, die E. M. vorgeschlagen; wenn E. M. den Zustand des hiesigen Landes beachten, dann werden E. M. sich weder über die außerordentliche Zurückhaltung in den Antworten des Ministers noch über seine Scheu vor festen und starken Entschlüssen im Geringsten wundern; die Zerrüttung der Finanzen wächst mit jedem Tage, das Volk ist von Steuern erdrückt, alle anderen Stände sind unzufrieden. In solcher Lage können die Minister den Krieg nur fürchten; die Pompadour fürchtet ihn noch mehr, und der König überläßt es ihnen, zu handeln und folgt ihrem Rath".

Und de Latouche, der in diesen Tagen, nachdem er in Hannover gewesen, in Berlin ankam, versicherte, daß man dort nicht sowohl Frankreich als Preußen fürchte, und daß ein preußisches Lager bei Magdeburg genügen würde, die ganze Gesellschaft aus Hannover flüchten zu machen.

Also Preußen, so war die Meinung, sollte vor den Riß treten. Friedrich II. war nicht gemeint, „weiter im Wasser zu waten, als er Grund sah". Er hielt es an der Zeit, sich den Herren von Versailles, die ihn nicht verstehen zu wollen schienen, deutlicher zu machen. Er schrieb an Lord Marschall (18. Juli), mit der Weisung, das Schreiben Wort für Wort dem Marquis St. Contest vorzulesen. Er sagte, die Wahl sei eine Sache, die ihm sehr gleichgültig sein könne, er habe für seine Person kein Interesse bei derselben, aber er habe geglaubt, es entspreche der Würde der Krone Frankreichs, die Ansprüche ihres Verbündeten, des Pfalzgrafen aufrecht zu erhalten. Wenn sie finde, daß ihr jetzt das nicht passe, so werde er es sich gesagt sein lassen. Er halte sich verpflichtet, St. Contest zu benachrichtigen, daß England von der französischen Reduction seinen Vortheil zu ziehen wisse, indem es alle Fürsten im Reich darauf hinweise, daß Frankreich damit augenfällig zeige, der Wahl durchaus nichts in den Weg legen zu wollen, und daß die energischen Declarationen, die es zu verschiedenen Malen gegeben, nur bestimmt gewesen seien, seine Alliirten zu beruhigen, — Hinweisungen, welche auf die Geister so großen Eindruck machten, daß man nicht glauben dürfe, sie noch mit Erklärungen und Versicherungen festzuhalten. Denen, die sich für Kurpfalz interessirt, bleibe nur noch die Wahl entweder gegen die Wahlversammlung zu protestiren oder ihre Gesandten abzuberufen, oder für Kurpfalz, so gut es gehen wolle, ein Abkommen zu gewinnen, damit es nur etwas erhalte. Im ersten Falle,

der einfach Spaltung wäre, würden Östreich und England bald Gelegenheit finden, Cöln an sich zu ziehen, und dann würden sie sich um die Proteste von Preußen und Kurpfalz wenig kümmern; im anderen Falle würde Kurpfalz keine genügende Genugthuung erhalten, aber auf anderem Wege eben so wenig; „und so würde ich dem Mannheimer Hofe rathen, so gut er kann, seinen Handel abzuschließen, und im Übrigen mich wohl hüten, an die Alliirten Englands lange Briefe zu schreiben, die mich zu weit führen könnten, und denen ich schließlich nicht im Stande sein würde, Nachdruck zu geben“.

So scharf zeichnet er die Lage und die Folgewirkung von Frankreichs Halbheiten. Schon hatten die in Hannover Versammelten, auch der sächsische Gesandte, ein Protocoll vollzogen (27. Juni), in dem sie den Wiener Hof aufforderten, dem Pfalzgrafen einige Genugthuung zu geben, auch zugleich Einiges wegen der Wahlcapitulation feststellten. Das und mehr noch die Nachricht, daß Asseburg ohne Vorwissen Frankreichs nach Hannover gereist sei, und die Stimme Cölns für 200000 Thaler angeboten habe, obenein Vergennes' Meldung, man habe in Hannover beschlossen, die Wahl zu brusquiren, da Frankreich bei seinen inneren Zuständen und der Schwäche derer, die das Ruder führten, absolut unfähig sei, etwas zu unternehmen,[1]) das Alles hatte in Versailles doch einigen Eindruck gemacht. Als die Nachricht kam, daß in Regensburg die drohende Vorfrage wegen der ostfriesischen Sache in Gang gebracht sei, erklärte St. Contest dem Lord Marschall, daß Frankreich einen Versuch, Preußen in dem Besitz des Fürstenthums zu stören, als casus foederis ansehen werde (20. Juli).[2]) Dann kam jenes Schreiben Friedrichs II. Lord Marschall las es dem Minister vor; „er war zuerst äußerst betreten, dann als er von seinem Erstaunen zurückgekommen war“, versicherte er, daß Frankreich dem Mannheimer Hofe alle Genugthuung zu schaffen arbeiten, und daß es nie von den Declarationen, die es in Betreff der Wahl an Lord Albemarle gegeben, abgehen werde. Von einem Vertrauten des Ministers erfuhr Lord Marschall, er habe den Vorschlag, Baiern zu gewinnen, nur abgelehnt, weil er dessen Gelingen für unmöglich gehalten, wenn aber der König

1) Lord Marschall, 13. Juli: cette dépêche a été lue dans le conseil.

2) Darauf Friedrichs Rescr., 1. Aug.: besten Dank: cependant je doute que jamais le Roi d'Angleterre ni la cour de Vienne voudront pousser à l'extrémité sur ce sujet ni employer des voyes de fait pour me déposséder de cette province.

von Preußen in München einen Versuch machen wolle, so werde Frankreich, wenn er gelinge, die von ihm versprochenen Summen gern zahlen. Auch auf den feinen Gedanken kam St. Contest, daß auch die Associirten den Wahltag beschicken, daß sie in der ersten Sitzung sich ruhig verhalten, erst bei der zweiten protestiren sollten u. s. w.

Mit dem Anfang August war die Frage der Wahl nicht abgethan, aber in ihrer Vorfrage, der Genugthuung für Kurpfalz, so weit gebracht, eine Schraube ohne Ende zu werden. Daß Kurpfalz sehr viel, an Werth bis 20 Mill., forderte, England sehr viel weniger gewähren, der Wiener Hof gar nichts geben wollte, gab zu immer neuem Kopfzerbrechen Anlaß. Und wenn Friedrich II. gelegentlich in Vorschlag zu bringen empfahl, daß Östreich Pleystein zurückgebe und 500000 Thaler zahle, England noch 500000 Thaler hinzufüge, dazu dem Mannheimer Hofe die Expectanz auf die Ortenau und ein paar andere Orte gegeben werde, so geschah es nur, um diese Fontanelle für die deutsche und europäische Politik offen zu halten, „so lange man es für zweckmäßig halten wird".

In Hannover war die übelste Stimmung. Man beschied Lord Hyndford dorthin, man drohte, die ganze Wahlsache aufzugeben; man that noch einige Luftgriffe nach rechts und links, bis in den October hinein, ohne Erfolg. Aus Newcastles großem Project war wieder nichts geworden, — für diesmal, mochte er wieder hoffen. Georg II. kehrte mismuthig nach England zurück.

Die Frage der Königswahl war im Versumpfen.

Nicht Frankreichs Verdienst war es, daß es so kam; auch Friedrich II. hatte nur das Verdienst, mit der Pfälzer Entschädigung, die er zur einzigen Bedingung machte, die Frage auf ein falsches Geleise gestellt zu haben, — auf das richtige, damit Frankreich nicht zu früh Gelegenheit nahm, abzuschwenken. Er hatte, und mit Recht, darauf gerechnet, daß Maria Theresia, je mehr sie ihre Macht und Mittel wachsen fühlte,[1] desto weniger aus der Hand Georgs II. und mit englisch-hannövrischen Bedingungen und Vorbehalten die Wahl ihres Erstgeborenen annehmen werde.

Gleich Hyndfords erste Tage in Wien hatten seine Voraussicht bestätigt. Der Lord war kühl aufgenommen; weder in der Wahlsache, noch in der ostfriesischen und mecklenburgischen, noch gar in der der

1) Klinggräffen, 3. Juni: on commence à se sentir et à comprendre que la cour d'Angleterre avec tout son argent a encore besoin de troupes.

Barriere machte man Miene, seinem Eifer und Ungestüm genug zu thun. Vergebens stellte er die Bedeutung der Wahl in ihrer vollen Größe dar; die Frage der Barriere trennte England und Östreich mehr, als das Interesse der Wahl sie verband. Vergebens war das Erbieten englischer Seits, Kurpfalz und Kursachsen in ihren Ansprüchen zu befriedigen, wenn der Wiener Hof in Betreff der Barriere den Forderungen Hollands nachgebe; lag den Seemächten so viel an der Barriere, so waren sie ja reich genug, das Geld für deren Bau zu zahlen; aber ihren niederländischen Provinzen, meinte Maria Theresia, sei sie schuldig, nicht weiter ihren Wohlstand zu Gunsten Hollands erdrücken zu lassen. Der Kaiser war allenfalls erbötig, 600000 Gulden an Kurpfalz zu zahlen, aber er war entschlossen und sprach es unumwunden aus, daß er weder das jus de non appellando gewähren, noch gar Land und Leute an Kurpfalz überweisen werde; das Erzhaus könne nach so großen Opfern, die man es zu bringen genöthigt, nicht noch mehr hingeben; am wenigsten für diese Wahl. Selbst die Andeutung, daß England, wenn sie geschehen, wohl die Kosten der Krönung auf sich nehmen müsse, wurde von einem der kaiserlichen Minister gemacht. Der Erzherzog hatte die Blattern noch nicht gehabt, wenn er ihnen erlag, so hatte man vergebens geopfert.[1]) War Georg II. auf die Wahl so erpicht, so genügte nicht, daß er Kurpfalz befriedigte, wenn er sich nicht zugleich überwand, auch Friedrich II., wie dieser ausdrücklich gefordert hatte, um seine Stimme zu ersuchen. Wie wenn dann Preußen doch von der Wahl fern blieb, den Gewählten nicht anerkannte? Meinte man in Hannover, daß Östreich ihn zur Anerkennung zwingen sollte? Bartenstein hatte den immer von Neuem drängenden Hyndford gefragt, ob England die Kosten des Krieges tragen wolle, welchen die Wahl veranlassen könne? Schon um Frankreichs Willen, dessen Gunst sich Maria Theresia trotz des Vertrages von Aranjuez zu erhalten verstand, mußte jede Möglichkeit eines Krieges fern gehalten werden; und wenn der Hof von Versailles immer mit Argwohn auf die Verhandlungen wegen der Barriere sah, so gewann sich Maria Theresia um so mehr dessen Dank mit der Art, wie sie sich in den-

1) Minister.-Rescr. an Michell, 6. Mai: man habe in Wien in einer Conferenz mit Lord Hyndford erklärt: que l'archiduc Joseph étant encore sujet à bien des maladies, on ne pouvoit se résoudre à sacrifier de l'argent en faveur de cet ouvrage, mais que si la chose pouvoit s'exécuter sans cela, l'Impératrice y concourroit volontiers avec l'Angleterre.

selben verhielt. Auch diese kamen, so sehr England und Holland wetteifernd drängten, nicht vorwärts, in immer neuen Conferenzen drehten sie sich im Kreise.

Man war am Wiener Hofe froh, als Hyndford abgereist war. Er hatte nach seiner Abschiedsaudienz gesagt: da der Wiener Hof nicht den guten Rath von Freunden habe annehmen wollen, so müsse man sich in Geduld fassen, da man nicht Leuten wider ihren Willen Wohlthaten erzeigen könne.[1]) Und Bartenstein hatte eine nicht minder weise Bemerkung gemacht: Jeder müsse ein wenig an sich selbst denken, um nicht immer abhängig von dem Belieben Anderer zu sein, namentlich nicht von dem Despotismus der Engländer, obschon man zu gleicher Zeit in guter Harmonie sei, und bei vielen Gelegenheiten gleiches Interesse haben könne.[2])

Ohne England hatte man den Vertrag von Aranjuez geschlossen, dem acht Wochen später (14. Juni) auch Sardinien beigetreten war — während die spanischen Küstenwachen in Amerika schärfer denn je gegen den englischen Handel und Smuggel verfuhren, jedes englische Schiff anhielten und durchsuchten; für die Stimmung in England ein noch größeres Ärgerniß, als das Mislingen der so stolz dem Parlament zugesagten deutschen Wahl.

Der östreichischen Politik war die nächste Aufgabe, in Polen das mit Rußland Verabredete durchzuführen. Auch das traf England, indem es August III. traf, den es mit schwerem Gelde für sein System, für die deutsche Wahl und englischen Soldienst gewonnen hatte. Östreich wagte es darauf, es mußte sich zeigen, ob in England die nationale Rancune stärker sein werde, oder das hannövrische Interesse an der leitenden Stelle, für das die mecklenburgische, die ostfriesische Frage zur Entscheidung stand.

Über Frankreich mochte man in Wien ohne große Sorge sein; nicht bloß weil Frankreich sich in der Frage der deutschen Wahl, in den Verhandlungen in Madrid weich und ausweichend gezeigt hatte;

---

1) In einem Minister.-Rescr., 12. Aug. 1752, heißt es: auch Georgs II. Eifer erkalte, weil er sehe, qu'on ne cherche qu'à lui endosser tout le fardeau, si bien que pour l'entrée du jeu elle (la cour de Vienne) lui a demandé un subside de 200 000 L. St. pour mettre ses amis dans l'Empire en état de soutenir son système.

2) Klinggräffen, 9. Aug. 1752: on se trompe bien en Angleterre quand on croit qu'on peut disposer cette cour-ci comme autrefois; elle commence à se sentir elle-même.

Schwedens gewiß, schien es sich um Polen wenig mehr zu kümmern. Und Graf Kaunitz war in Paris, in vertrautestem Verkehr mit der Pompadour, die vor Allem Frieden wollte; wie konnte man Ruhe und Frieden in Europa besser sichern, als wenn man den Gefahren einer polnischen Wahl vorbeugte? Das um so mehr, da schon Gerüchte von „großen preußischen Projecten auf die polnischen Grenzen" umliefen.

Gelang das für Polen Geplante, so hörte die Republik auf, die Deckung Preußens im Osten zu sein; militärisch war Preußen dann unter der Wucht Rußlands matt gesetzt. Und schon hatte man eine ganze Reihe „preußischer Fragen" im Gange, alle so weit, daß man sie sofort wirken lassen konnte. Das arme Sachsen mußte vor den Gewaltacten geschützt werden, mit denen Preußen es wegen der Steuerzettel bedrohte. Bernstorff in Copenhagen sorgte dafür, daß die Sache des Grafen Bentink nicht zur Ruhe kam, daß Schweden wegen Landscrona zitterte. Der letzte Termin der schlesischen Hypothekenschuld, der 10. Juli war vorübergegangen, ohne daß Friedrich II. die Zahlung leistete, an der die englische Garantie Schlesiens haftete; und die förmliche Ankündigung der „Defalcation", die demnächst folgte, wurde mit nationaler Entrüstung aufgenommen; die mecklenburgische, die ostfriesische Sache konnte der Wiener Hof in jedem Augenblick zur Explosion bringen.

Und der Zarin Elisabeth war der Großcanzler nur noch in ihrem Haß gegen Preußen, des russischen Hofes Maria Theresia nur noch durch den Großcanzler und dessen diplomatische Erfolge sicher.

Der neue Operationsplan der verbündeten Mächte, der den Hauptangriff auf Polen richtete, war diplomatisch eben so einfach, wie richtig berechnet. Entsprach er in gleichem Maaße den Zuständen und den Widerstandskräften, auf die er in der Ausführung stoßen mußte?

Allerdings war Frankreichs Einfluß auf Polen gesunken, seit es die große Majorität der Nation, durch die 1696 Prinz Conti gewählt, die größere, durch die Stanislaus Lesczinski 1733 wiedergewählt worden war, fremder Kriegsmacht hatte erliegen lassen.

Preußen hatte 1696 wenigstens den Versuch gemacht, durch die Wahl eines Piasten, des königlichen Prinzen Jacob Sobieski, weiterem Unheil vorzubeugen; es hatte 1733 den beiden Kaiserhöfen die erbetene Mitwirkung versagt, dem aus Danzig geflüchteten König Stanislaus in Königsberg Zuflucht und Schutz gewährt.

Von der damals zersprengten Majorität, deren Führer, so gut sie konnten, mit dem neuen Hofe ihren Frieden machten, hatte ein Theil, die „Familie" der Czartoryski und Poniatowski an ihrer Spitze, fortan in dem politischen Anschluß an Rußland das Ziel der Republik gesucht, wenn nicht der stolze Ehrgeiz ihrer Häupter früh schon noch höhere Ziele ins Auge gefaßt hat, — während die andere Partei, die ungleich größere der Potocki, in Rußland die größte Gefahr für die alte polnische Freiheit sah, die ihnen über Alles ging. Bis zu offenen Feindseligkeiten gegen die Russen trieb es der Großfeldherr der Krone, Joseph Potocki, als sie in ihrem Türkenkriege 1737—1739 durch das neutrale Gebiet der Republik zur Donau zogen, als wenn es herrenloses Land sei; aber der unerwartete Friedensschluß in Belgrad brachte die große Conföderation, die den ganzen Adel der Nation ins Feld führen sollte, um ihre Wirkung.

Rasch stieg nun der Einfluß der Familie, zumal seit der Dresdner Hof mit dem Frieden von 1742 die französisch-preußische Verbindung aufgegeben, sich in dem Vertrage vom 20. December 1743 mit Östreich und später zu einer gründlichen Beschneidung des preußischen Staatsgebietes verbündet hatte. Im Sommer 1744, als Friedrich II. nach Böhmen eindrang und Prag nahm, veröffentlichte General Poniatowski seinen großen Plan zur Reform der Republik; auf dem Reichstage zu Grodno, der dann begann, sollte demgemäß die Wahl des künftigen Königs, die Augmentation der Kronarmee, Bewilligungen zu ihrem Unterhalt, die Theilnahme der Republik an dem Kriege gegen Preußen durchgesetzt werden. Es schien Alles gelingen zu sollen; schon war von Ostpreußen die Rede, das die Russen der Republik erobern, dafür einige Palatinate an der Grenze zum Ersatz erhalten sollten. Eine scandalöse Scene verdarb plötzlich Alles.

Mit jedem zweiten Jahre brachte ein neuer Reichstag neue Anläufe der Czartoryski, schon 1746 hofften die beiden Kaiserhöfe den Eintritt der Republik in die Petersburger Allianz zu gewinnen; die Potocki fühlten die schwellende Macht ihrer Gegner, sie konnten es nicht hindern, daß die Vorbeschlüsse gefaßt wurden, die nur noch im Plenum bestätigt zu werden brauchten; daß da Ludwig XV. für seinen Dauphin um die Hand der sächsischen Josepha warb, mit dem ausdrücklichen Zusatz, es geschähe auf Anlaß einer Zuschrift des Königs von Preußen, machte alles Erreichte vergeblich; der Reichstag zerfloß.

Daß die Czartoryski im Anfang 1748 den russischen Auxilia

corps den Marsch durch Polen nach Deutschland trotz des Widerspruchs des Großfeldherrn ermöglicht hatten, machte den Widerstand gegen ihre erneuten Anträge um so schwieriger, und sie glaubten sich des Triumphes schon sicher; mit endlosem Disputiren um unwesentliche Dinge verbrauchten die Gegner die letzten Tage und Stunden des Reichstags und er „starb"; die Czartoryski wagten keine Conföderation, mit dem Plan einer außerordentlichen Diät scheiterten sie.

Für den Reichstag von 1750 war zwischen ihnen und dem Hofe verabredet, wenn er zum Bestand käme, in die vorberathenen Artikel — es waren unverfängliche vorgeschlagen — bei der Publication eine Reihe von anderen einzuschalten, welche eben das, was ihnen am Herzen lag, zum Gesetz machen sollten. Graf Keyserlingk, der russische Gesandte am Dresdner Hofe, der dem Kurhause sehr ergeben war, und Hanbury Williams, der von Berlin und, wie es hieß, mit reichen Geldmitteln nach Warschau gekommen war, unterstützten sie auf das Eifrigste; wenige Wochen vorher war der tartarische Emissär nach längerem Aufenthalt bei dem Großgeneral Potocki auch nach Berlin gekommen, und durch diesen ging des Weiteren die Verbindung Friedrichs II. mit der Krim. Nicht ohne die wirksame Unterstützung des preußischen Gesandten, dem sich zögernd der französische anschloß,[1]) wurde auch dieser Reichstag durch die „Patrioten" zu Grabe getragen. Nur mit Mühe kamen die Wahlen zu dem Tribunal in Petrikau zu Stande.

Gleich nach dem Reichstage war Anton Potocki, der Palatin von Belcz, nach Neiße gekommen, Friedrich II. zu sprechen. Er legte ihm den Entwurf eines Schreibens seiner Familie an Graf Brühl und ein Memoire über die Gefahren, welche der Republik drohten, vor.[2]) Friedrich II. widerrieth der Absendung dieses Schreibens, das nur die Erbitterung steigern werde; er antwortete auf die Frage des Memoires: „er werde immer an dem Glück der Republik und an der Erhaltung

1) Voß, Warschau 22. Juli 1750, der dem Ambassadeur des Issards den Vorschlag zu der entscheidenden Zahlung macht: n'ayant point des ordres pour faire une démarche si vive, il se fait scrupule d'y travailler. Und doch beschwerte sich der sächsische Hof in aller Form in Frankreich, als wenn des Ambassadeurs Umtriebe an diesem Ausgange Schuld seien; Maltzahn, 5. Oct. 1752, nach einer Angabe des damaligen Ambassadeurs Broglie.

2) Rescr. an Voß, Potsdam 22. Sept. 1750: il m'a sondé d'ailleurs par un mémoire par écrit sur ce que les bons patriotes avoient à espérer de moi en cas que la cour de Saxe poussât les choses à bout. Cf. Friedrich II. an den Palatin von Belcz, Neiße 15. Sept. 1750.

ihrer Rechte und Freiheiten den größten Antheil nehmen, wie es sich für einen guten Nachbarn gezieme; aber er könne nicht glauben, daß der Hof über Drohungen hinausgehe, daß er wagen werde, die Dinge, wie die Patrioten fürchteten, zum Äußersten zu treiben; er sei überzeugt, daß die Wachsamkeit der guten Patrioten und ihre loyale Opposition gegen Alles, was die Verfassung der Republik verstümmeln könnte, genügten, die Pläne der Übelwollenden scheitern zu machen und die Republik vor den Gefahren zu schützen, die ihr zu drohen schienen.

Er konnte, so wichtig für Preußen die Erhaltung Polens war, nicht daran denken, für eine der Parteien Partei zu nehmen, noch weniger eine preußische Partei, etwa für die Wahl eines preußischen Prinzen zu bilden;[1]) genug, daß seine Feinde ebenso gut wie die der Patrioten die waren, welche die Reform wollten. Den Patrioten bot die Verfassung unerschöpfliche Mittel zum Widerstand; um so mehr, da die, welche die Reform wollten, der Hof und die Familie, weit entfernt sie auf gleiche Weise, aus gleichen Gründen im Interesse Polens zu wollen, sich gegenseitig zu misbrauchen suchten und mistrauten.

Der Dresdner Hof hatte von Östreich und Rußland als Bedingung für seinen Beitritt zu der Allianz von 1746 die Zusicherung der Succession des Kurhauses in Polen und militärische Hülfe gegen Preußen, wenn es der Steuerzettel wegen Gewalt brauchen wolle, gefordert. Diese Forderung war von Beiden auf das Schroffste abgelehnt worden, eine Nachricht, aus der Friedrich zuerst geschlossen hatte, daß die Wahl des Herzogs Karl von Lothringen für Polen im Werke sei.[2])

Man hätte den Dresdner Hof nicht rücksichtsloser behandeln, in seinen dynastischen Gefühlen nicht tiefer verletzen können. Er hatte den Schutz Frankreichs verscherzt, um Anleihen von Hannover, Subsidien von England zu erhalten, er hatte sich da gebunden, für die deutsche Wahl des Erzherzogs Joseph zu stimmen, während ihm die in Polen zu Gunsten des Lothringers escamotirt wurde.

Schlimmer als der Affront war es, daß sich der gute, schon hinfällig

---

1) Friedrichs II. eigenhändiges Memoire für die Zuschrift an Ludwig XV 18. Decb. 1752, nachdem die für die Wahl in Polen möglichen Personen aufgezählt sind: nous ajoutons que le Roi n'a point de vue de placer un Prince de sa maison et qu'il y renonce entièrement.

2) Maltzahn, Dresden 7. Decb. 1751. Später erfuhr Maltzahn von seinem homme Polonois, daß der sächsische Hof nach seiner Rückkehr aus Polen im Herbst 1750 den Plan der Kaiserhöfe, und daß 30 000 Mann Russen dessen Ausführung stützen sollten, durch einen Canal in England erfahren habe.

König von Graf Brühl mit immer neuen Schwindeleien täuschen und beruhigen ließ, daß er ihm, je zerrütteter und unwürdiger die Lage seines Hofes und seines Landes wurde, nur um so unbedingter vertraute, um so hülfloser verfiel. Und schlimmer als Alles, daß Brühl mit den Absichten der beiden Kaiserhöfe nicht bloß bekannt, sondern einverstanden war und ihren Plan insgeheim förderte, in dessen Gelingen seine Sicherheit für die Zukunft suchte.[1]) Ihm hatte das furchtbar wachsende Elend der Kurlande ein unermeßliches Vermögen gebracht, er hatte es in großen, polnischen Güterkäufen angelegt; mit dem Indigenat in Polen, um das er sich beworben hatte, gedachte er dort mächtig und einflußreich die Frucht seiner staatsmännischen Wirksamkeit zu genießen. Er wußte, daß der Kurprinz ihn durchschaue, daß dessen Gemahlin ihn hasse und verachte.[2]) Ihm konnte nichts Übleres begegnen, als wenn in Polen nach dem Vater der Sohn gewählt wurde.

Nur daß ihm die Czartoryski nicht minder gefährlich waren; vor den Augen der Welt erschienen sie als seine besten Freunde; aber immer war ihnen Brühl in der Gunst des Königs voraus; auch in den polnischen Dingen bedurften sie seiner, wenn es galt, dort ihren Anhang mit Ämtern und Gnaden zu mehren; je schmiegsamer er sich gegen sie verhielt, desto mehr fürchteten sie ihn; um keinen Preis wollten sie sein Indigenat durchkommen lassen,[3]) sie hätten — denn durch seinen Schwiegersohn, den Kronhofmarschall Graf Mniszech, suchte und gewann auch er persönlich Anhang in Polen — in ihm als polnischem Magnaten den gefährlichsten Rivalen zu fürchten gehabt.[4]) Noch war ihre Partei in Betreff der künftigen Wahl nicht einig; vor Allem stand fest, daß die Republik in die Allianz von 1746 eintreten müsse, aber

1) Maltzahn, 21. März 1752: je sais à présent que le Cte. de Brühl est au secret du dessein des cours de Vienne et de Pétersbourg.

2) Minister.-Rescr. an Klinggräffen, 9. Mai: on me mande de Varsovie ... qu'on travaille déjà depuis plusieurs années à préparer ce propos, que le Cte. Brühl en est le principal promoteur, surtout depuis qu'il a découvert dans les Princes de la maison de Saxe un grand fond d'animosité contre lui, ce qui le porte à se défier d'eux et de se ménager un protecteur.

3) Rescr. an Maltzahn, 17. März 1752, auf dessen Bericht vom 15. März, was ein vertrauter Pole ihm gesprochen hat: de la jalousie que la famille de Czartoryski paroit au Cte. Brühl au point qu'elle verroit mieux rompre la diète que de permettre que l'indigénat de celui-ci soit confirmé.

4) Nach jenem Rescript vom 9. Mai soll Brühl die Absicht gehabt haben, die Tochter des Palatin von Roth-Rußland, Fürst August Czartoryski, dem Gewählten, Karl von Lothringen zu vermählen und so die „Familie" zu gewinnen.

die einen meinten, man könne beim Kurhause bleiben, wenn man diese Bedingung in die Wahlcapitulation aufnehme, die anderen fanden in der Wahl des Lothringers den sicherern Weg zum Ziele. Einstweilen arbeitete dessen Vertrauter, Obrist St. Paul, in Polen, und daß der Kaiser den reichen Grafen Sulkowski, den Bastard Augusts II. und einst Augusts III. Günstling, bis Graf Brühl ihn verdrängte, in den Reichsfürstenstand erhob, schien der rechte Köder, auch andere von den Gegnern Brühls und des Hofes für die Sache des Lothringers zu gewinnen, vielleicht selbst den Grafen Anton Potocki, Palatin von Belcz,[1]) ihren Führer seit dem Tode des Großfeldherrn der Krone (1751).

Brühl schien wie die Finanzen, so die Politik seines Herrn zum sicheren Bankerott zu führen. Hatte den Finanzen Georg II. mit Vorschüssen und Subsidien für den Augenblick aufgeholfen — jetzt, da er die Session seines Parlaments zu glänzendem Schluß geführt hatte und sich zur Übersiedlung nach Hannover und zu dem grandiosen Werke der deutschen Wahl anschickte, im Frühjahr 1752, entpuppte sich sein Hanbury Williams in Dresden als eifrigster Förderer der lothringischen Wahl.[2]) Es war vielleicht des guten Augusts III. eigener Gedanke, daß ihn sein Kurprinz, ferner die Prinzen Xaver und Karl zum polnischen Reichstage begleiten sollten, als werde das die Gegner seines Hauses entmuthigen; auch an einen Hülferuf in Versailles — dort war ja seine Tochter, die Dauphine — scheint er gedacht zu haben: wenigstens die Zuschrift an den Gesandten in Paris wußte Brühl noch zu hintertreiben.[3]) Nun nahm, wie früher erwähnt ist, Graf Henicke seinen Abschied, die erledigte Stelle erhielt der vom Kurprinzen Empfohlene, nicht Brühls Creatur. Brühl war „sorgenvoll, erschöpft, schlaflos;"[4]) als er Williams um mehr Geld, erhöhte Subsidien anging, erhielt er zu Antwort: „Sagt mir, wozu seid ihr eigentlich gut." Es galt, sich so gut es ging, hindurchzulügen, bis bessere Conjuncturen

1) Rescr. an Lord Marschall, 8. Juli, in dem Rückblick auf die Geschichte der Intrigue zu Gunsten Lothringens.

2) Rescr. an Lord Marschall, 17. März 1752.

3) Für diese Thatsache liegt mir kein anderes Zeugniß vor, als Friedrichs II. Rescript an Klinggräffen, 29. April 1752.

4) So Maltzahn, Dresden 4. April 1752, er fügt hinzu: man müsse Brühl nicht kennen pour se laisser persuader qu'il se désistera de ses rapines, ce qu'il ne sauroit faire qu'à moins de renoncer aux vastes projets d'agrandissement qu'il a conçus.

kamen; durch seinen Schwiegersohn Mniszech erhielt er das Schreiben eines polnischen Obristen in Stockholm, das von bedenklichen Plänen Frankreichs und Preußens berichtete: von ihnen würden die Unterhandlungen Schwedens mit Dänemark benutzt, Dänemark mit allerlei Begünstigungen in ihre Allianz zu ziehen; gelänge es, so werde der umfassende Plan Preußens auf die Grenzgebiete Polens sehr erleichtert werden, und man dürfe nicht zweifeln, daß, wenn es nur von den Schweden abhänge, sie sich selbst sammt Polen verkaufen würden.[1])

Im Juni war August III. in Fraustadt, aus dem dort versammelten Senat die Universalien zur Wahl der Landboten zu erlassen. Die Aufregung in Polen wuchs mit dem Nahen der Wahlen in den Diätinen, sie ließen sich für den Hof wenig günstig an. Um so mehr Geld mußte man mit nach Grodno bringen. Bankiers, an die Brühl sich wandte, versagten dem Hofe Credit; endlich fand sich einer, der 150 000 Thaler auf die nächsten fälligen Subsidien vorschoß, aber mit 7000 Thaler Aufgeld außer den Zinsen. „Brühl weiß nicht mehr aus noch ein; er hat noch nichts für die nahe Entbindung der Kurprinzessin; auf die Meldung der Münze, daß 50000 Thaler ausgeprägt würden, hat er sogleich auf die Summe Beschlag gelegt; die anderen Minister protestirten dagegen, da dem Könige nur 1 % der Prägung zustehe". Williams, der eben von Hannover zurückkam, meldete mit Courier dorthin: „jetzt sei der Moment gekommen, über die Pfandämter auch das Besatzungsrecht und die Territorialhoheit zu erzwingen". Auf Brühls Beschwerde in Hannover über „die wenig freundschaftlichen Proceduren der Kaiserhöfe in Polen" stellte der dortige Minister in Abrede, daß dergleichen vorhanden seien. Und der russische Hof sandte an Graf Keyserlingks Stelle Herrn Groß nach Dresden, mit dem Williams in Berlin Freundschaft geschlossen hatte; Graf Sternberg blieb hinter ihnen an Misachtung und Hoffahrt gegen Brühl nicht zurück.[2])

Gegen Ausgang des August brach der Dresdner Hof nach Grodno

---

1) Schreiben des Obristen Worianowski an Graf Mniszech s. d., das Maltzahn von seinem homme de Pologne erhalten hat und 11. April 1752 einsendet, mit dem Bemerken: E. M. sieht que cette lettre est une trouvaille pour le Cte. de Brühl.

2) Maltzahn, 22. Juli 1752, meldet von der façon assez brusque dont je vois que les ministres des dites cours le traitent; il n'est pas difficile de remarquer combien ils le méprisent généralement et le Sr. Gross a laissé échapper par mines et par gestes sa façon de penser à son sujet.



auf, in denselben Tagen, als Lord Hyndford, aus Wien abberufen, nach Hannover kam, also — wie Jedermann es verstand — Georg II. für dieß Jahr seinen Plan der deutschen Königswahl als gescheitert ansah. Ob er Ersatz dafür, und einen neuen mächtigen Impuls für sein deutsches Werk, einen derben Stoß gegen Preußen, von dem polnischen Reichstag erwartete? Er sollte noch in Hannover dessen Ausgang erfahren.

So im beginnenden Herbst die Lage, die sich für Preußen bedenklich genug anließ.

Noch kannte Friedrich II. nicht den ganzen Umfang des Petersburger Vertrages von 1746, noch nicht den Inhalt, geschweige den Wortlaut der geheimen und Separatartikel, welche die Kaiserhöfe immer verläugnet hatten. Daß auch England in diese Allianz getreten war, daß diese drei Holland zum Beitritt drängten, daß sie daran waren, die Republik Polen und Kursachsen obenein mit hereinzuziehen, erläuterte den „nur defensiven" Charakter dieser „ganz unschuldigen" Allianz.

Und wenn sie nicht müde wurden der Welt zu sagen, daß sie nur den europäischen Frieden erhalten wollten, dafür in Versailles nur zu willige Ohren fanden, so war noch mehr, als der wiederholt gedrohte Angriff der Russen auf Schweden, noch mehr als die ohne Preußen und trotz Preußen betriebene deutsche Wahl, das, was jetzt in Polen beschafft werden sollte, ein Zeugniß dafür, daß sie einen Frieden meinten, zu dem Preußen nicht mitwirken, in dem es keine Stelle haben, und keine Rolle spielen sollte — wenn nicht eine passive, etwa die Rolle des Schuldigen, über den das Friedensconcert der europäischen Mächte zu Gericht sitzen und den Stab brechen werde, wie 1738 an seinem Vater versucht und mislungen war.

Schuldig war der Sohn in ihren Augen längst. Aber er war militärisch sehr viel stärker, diplomatisch sehr viel gewandter, als der Vater, schon um Frankreichs Willen konnte man ihn nicht direct, ohne casus belli, wie aus dem Stegreif überfallen und in die Pfanne hauen wollen. Man hatte dieß und das versucht, ihn zu einer Action, zum Losbrechen zu reizen, man war jetzt in der Reihe der bekannten „sieben Punkte" der Händelsucher bis zu der „beherzten Insulte" gelangt, der der russischen Entscheidung über die polnische Republik; wenn man ihm zugleich mit den anderen brennenden Fragen auf den Leib rückte, schien er endlich gezwungen zu sein, den ersehnten ersten Schlag zu

thun, der ihn vor Gott und den Menschen zum offenkundigen Friedensstörer machte, gegen den dann die unschuldige Defensivallianz „zum Heil der Welt“ ihre Schuldigkeit thun mußte.

Nur daß dieser vortreffliche Operationsplan, bevor er bis zur Insulte gelangte, noch eine ganze Reihe von Etappen durchzumachen hatte, und daß er durchschaut war, bevor er auch nur die erste, die Eröffnung des Reichstages in Grodno, erreicht hatte. Friedrich II. behielt Zeit, den Paralogismen, die in der Sache selbst lagen, nachhelfend, das Nöthige fürzusorgen.

Freilich in Versailles hatten die Mittheilungen von dem, was für Polen geplant war, die er schon im December 1751 dorthin gesandt, seine Andeutung, die Pforte dagegen in Bewegung zu setzen, vorerst wenig Wirkung. Man fand es „undenkbar“, daß Rußland der Wahl des Lothringers zustimmen könne, „unmöglich“, daß man sich gegen den Dresdner Hof solche Rücksichtslosigkeiten erlauben werde, „kaum erreichbar“, die Pforte, so sehr sie bei der polnischen Frage interessirt sei, bei ihrem Mistrauen gegen fremden Rath vorwärts zu bringen.[1]) Erst im Mai, als Georg II. zu Hannover in der deutschen Wahl, für die Barriere, in der ostfriesischen Sache wie im Sturm vorging, Dänemark schon unsicher wurde, schon auch der Beitritt Sardiniens zum Vertrage von Aranjuez zu erwarten stand, schien Frankreich wach zu werden.[2]) Für die Stelle des Ambassadeurs am Dresdner Hofe, die seit Monaten unbesetzt war, wurde der junge Brigadier Graf Broglie, der Sohn des Marschalls, bestimmt; es wurde mit Baron Scheffer über die für Polen zu ergreifenden Maaßregeln verhandelt.[3])

Friedrich II. war nicht der Meinung, schon jetzt und offen, wie man in Versailles zu wünschen schien, hervorzutreten. Abgesehen von der wachsenden Erkaltung Maria Theresias gegen England, beider gegen

1) Rescr. an Lord Marschall, 18. April; der König sagt, er habe wenigstens das Bewußtsein en ami et allié fidèle de la France gehandelt zu haben. Mais si ce ministère continue dans son extrême indolence, il n'en saura arriver autrement que les ennemis de la France arracheront entre ses mains toute son influence dans les affaires de l'Europe.

2) Rescr. an Lord Marschall, 21. Mai, in Betreff Polens: zufrieden que vous avez réussi à réveiller ce ministre pour que ces affaires fassent plus d'impression sur son esprit que par le passé.

3) Das ergiebt Lord Marschalls Bericht vom 26. Mai, nach dem Baron Scheffer vient de dresser un projet à ce sujet. Ob es dasselbe ist, welches Scheffer bei seiner Rückkehr nach Schweden (zum Reichsrath ernannt) in Berlin, wo er am 18. Sept. ankam, vorgelegt hat (vgl. unten S. 329 Anm. 1), ist nicht zu ersehen.

Sachsen,[1]) — daß auch zwischen Wien und Petersburg, richtiger, zwischen den jetzigen Favoriten der Zarin und dem General Pretlack, sehr ärgerliche Dinge vorgegangen waren, zeigte der lebhafte Courierwechsel zwischen beiden Höfen, und eine lange Depesche von Guy Dickens an Hyndford, der, wie man glaubte, den Wiener Hof dringend ersuchen sollte, die Differenzen auszugleichen.[2]) Selbst die Abberufung Pretlacks hatte die Zarin in Wien gefordert. Gewiß war, daß Bestushews Einfluß mehr und mehr sank, nicht minder gewiß, daß die kaiserlichen Minister nach jenen Depeschen in äußerst gedrückter Stimmung waren.

Noch wichtiger war, daß, wie Friedrich II. am 17. Juni nach Paris melden konnte, eine Erklärung der Hohen Pforte in Warschau eingetroffen war, die unter erneuter Versicherung der alten Freundschaft für die Republik ihr „in jedem Fall, wenn es nöthig scheine", Beistand versprach. Freilich einen Gesandten zum Reichstag nach Grodno zu schicken, wie Desalleurs empfohlen hatte, war die Pforte zu stolz, „da seit lange kein Gesandter der Republik bei der Pforte erschienen sei"; aber von dem Chan der Krim sollte ein Beauftragter „von wegen der Grenze und anderer Differenzen" dort erscheinen. Daß die Russen, auf das Friedenssystem des Sultans und seiner Minister bauend, mehrere Forts auf der „Landbarre" zwischen Bug und Dnjeper zu bauen begannen, gab der Misstimmung der Janitscharen und Ulemas neue Nahrung; Botschaften von den Paschas von Choczim und Bender, Zuschriften von den Hospodaren der Wallachei und Moldau an den Großgeneral Branicki zeigten, wie die Grenzgebiete der Pforte sich bei der Zukunft der Republik betheiligt fühlten.

Jene Erklärung der Pforte hatte die Czartoryski beunruhigt. Mehr noch alarmirt waren die Patrioten durch die Nachricht, die sich im Juli in Polen verbreitete, daß Rußland dem Wiener Hof zugesagt habe, 30000, Andere sagten 60000 Mann, im Interesse des Lothringers in Polen einrücken zu lassen. Und in den Universalien, Fraustadt 6. Mai, sowie in den Wahlausschreiben für die Diätinen, war unter den Anträgen der Krone an den Reichstag auch: Rückkehr zu dem alten Brauch,

---

1) Rescr. an Maltzahn in Dresden, 24. Mai 1752.

2) Klinggräffen, 17. Mai, berichtet die Vermuthungen, die er gehört hat; sie schienen sich durch eine Äußerung Hyndfords zu bestätigen: qu'on avoit répandu dans le public que les deux cours impériales n'étoient plus sur l'ancien pied de confiance, mais que cela étoit destitué de tout fondement. Il y a paru de l'affectation.

daß die in den Sitzungen einmüthig gefaßten Beschlüsse Gesetz sein sollten, auch wenn man sich in anderen nicht einige. Das bedeutete einfach die Aufhebung des liberum veto; und die Czartoryski ließen durch ihren Anhang jede der Diätinen zerreißen, die in anderem Sinn zu wählen drohte.

Sie schienen das Geschick Polens in der Hand zu haben. Freilich die Nachricht von Feuersbrünsten in Constantinopel, von Aufständen des Pöbels dort, von Drohungen der Janitscharen, die Krieg wollten, von der Hinrichtung des Kislar-Aga, selbst seines Günstlings (10. Juli), die der friedliebende Sultan in seiner Noth den Ulemas opferte, machten wie in Wien, so in Petersburg stutzen. Nur um so dreister schien Brühl und die Familie vorgehen zu wollen; Williams hatte Geld vollauf zur Verfügung, dessen dreiste Verwendung die Zahl der Begehrenden sichtlich steigerte; nur auf Drängen Brühls, sagte er, sei er nach Polen gekommen; er und sein trefflicher Freund Groß hatten endlose Conferenzen mit Senatoren, Ministern, Nuntien, „als handele es sich darum, Polen zu theilen und jedem von ihnen ein Stück zu geben“.

„Der Friede, den jetzt Europa genießt, hängt an einem seidenen Faden“, sagt Friedrich II. in einem denkwürdigen Schreiben an Ludwig XV. vom 9. October; „Frankreich hat nicht bloß im Kriege seine Verbündeten unterstützt, sondern mit ihnen durch seine Festigkeit die Ruhe im Norden erhalten, durch seinen großen Einfluß in Europa Kurpfalz geschützt; daß jetzt, wie man sicher weiß, ein russisches Heer von 30000 Mann nach Polen einzurücken Befehl hat, um die lothringische Wahl durchzusetzen, giebt dem Wiener Hofe die Zuversicht, daß Preußen nicht vermögen werde sie zu hindern; sie geschehen zu lassen, oder ihr mit den Waffen entgegenzutreten, ist für Preußen gleich verhängnißvoll; aber Östreich fürchtet die Türken, und die Janitscharen scheinen Krieg zu wollen; mit einem Kriege wird der Sultan der begonnenen Empörung Meister werden können. Ein Misgriff Schwedens, der Tod des Polenkönigs, irgend ein unvorhergesehenes Ereigniß, kann im Nu Europa in Flammen setzen; wir, die wir nichts als den Frieden wünschen, thun, was wir können, aber sind nicht sicher, daß es uns gelingt; mit dem Auskunftsmittel, das ich vorschlage, hängt der Friede nur von uns ab, und das ist gewiß der einzige Weg, ihn sicher und dauernd zu machen; ein Türkenkrieg ist das Beste, was sich Frankreich und Preußen wünschen können; er würde die Waage Europas ganz auf Frankreichs und seiner Verbündeten Seite ziehen, würde Frankreich in

den Stand setzen, den Frieden zu sichern, den seine Siege und seine Großmuth begründet haben".

So schrieb er unter dem Eindruck der letzten Berichte Maltzahns, von der überwältigenden Thätigkeit der Gegner, von der sinkenden Aussicht auf Zerreißung des Reichstages, von den Besorgnissen der Patrioten. Es war ein Verlust auch für sie, daß der französische Resident Duperron de Castera, der die Jahre daher die Beziehungen zu Frankreich gepflegt und gestärkt hatte, einige Wochen vor dem Beginn der Diät starb; Broglie, der erst am 13. September nach Warschau kam, mußte sich nun erst seine Wege suchen. Maltzahn fand den wohl unterrichteten Legationssecretär Benoit in Warschau; an diesen und an Graf Potocki, Palatin von Belcz, hatte Friedrich ihn gewiesen, ihm aufgetragen, gemeinschaftlich mit Broglie, der ohne Castera seines Rathes bedürfen werde, für ein resultatloses Ende des Reichstages zu sorgen. Er hatte Broglie, als er durch Breslau kam, zur Tafel geladen; er schrieb an Maltzahn: er habe ihn aufgeblasen und von einem Selbstgefühl, wie ihm kaum vorgekommen sei, gefunden; um sein Vertrauen und Einfluß auf ihn zu gewinnen, werde Maltzahn gut thun, ihn glauben zu machen, daß er sich durch ihn leiten lasse.[1])

Daß der Ambassadeur mit zweierlei, nicht eben übereinstimmenden Instructionen versehen war, denen, die ihm das Ministerium, und denen, die ihm Prinz Conti im unmittelbaren Auftrage des Königs gegeben hatte und des Weiteren gab, konnte weder Friedrich II., noch Maltzahn wissen:[2]) „Ich habe alles Mögliche versucht", schrieb Maltzahn am 5. October, „des Grafen Mitwirkung zur Zerreißung des Reichstages zu gewinnen: ich weiß nicht mehr, was ich ihm sagen soll, da er mir seine Instructionen entgegenhält, die ihm die Zerreißung verbieten, damit nicht wieder, wie 1750, Beschwerde von dem sächsischen Hofe in Versailles einlaufe; doch verspricht er, wenn es dringend wird, seine Hülfe".

Noch war es von vielen der polnischen Großen unsicher, auf welche Seite sie sich schlagen würden; die meisten Palatine, viele Bischöfe gingen mit dem Hofe und den Czartoryski; es war für sie ein großer

---

1) Rescr., Neisse 11. Sept. 1752. Worauf sich der Eindruck, den Friedrich von diesem Herrn hatte, gründete, ersieht man aus den Anecdoten, die in dem Secrét du Roi des Herzogs von Broglie zuerst mitgetheilt worden sind.

2) Er sah, daß in Broglies Benehmen Zweideutigkeiten seien, er schob sie auf die vues personelles secrètes desselben, durch die Gunst der Dauphine Carrière zu machen; Minister.-Rescr. 14. Oct.

Gewinn, daß sich der Großcanzler Malachowski für sie entschied. Die Patrioten rechneten auf Branicki, den Großfeldherrn der Krone, weil er sich offen und entschieden gegen die Verbindung mit Rußland aussprach; während Preußen der Republik nie das Geringste zu Leide gethan habe, höre Rußland nicht damit auf; die Art, wie es mit Curland, dem Lehen der Krone, verfahre, sei unerhört, nicht minder die Art, wie es an der Ostgrenze von der Republik ein Gebiet nach dem andern abreiße.[1])

Am 1. October begann nun das hastige und wechselvolle Intriguenspiel dieses Reichstages. Die demselben vorgelegten Anträge gaben Anlaß genug zur Einrede; Maltzahn, Broglie und ihre Freunde waren entschlossen, nicht auf sie den Angriff zu richten; ein Landbote, der zu ihnen hielt, hatte in seinem Wahlmandat den Auftrag, sich gegen die Verletzung der pacta conventa zu wenden, die nicht dem Könige zur Last falle, „der seine Unterthanen wie ein guter Vater liebe“, sondern seinen nicht-polnischen und dissidentischen Rathgebern. Das Gravamen wurde am 17. Oktober eingebracht mit der Erklärung: bis es abgestellt sei, werde keine andere Berathung zugelassen werden.

Diese offene Anklage gegen Graf Brühl schien die Reihen der Gegner verwirren zu müssen. Ein Versuch, den Groß machte, durch die officielle Erklärung, daß Rußland den Beitritt der Republik zu der Allianz von 1746 gar nicht vorgeschlagen habe, die Schwankenden unter den Patrioten zu beruhigen, gab, da diese Erklärung als Lüge nachgewiesen wurde, zu neuen heftigeren Scenen Anlaß.

War einmal die Aussicht, den Reichstag bestehen zu lassen, dahin, so eilten die Czartoryski mit dreister Hand den Spieß umzukehren, in der Art, daß sofort mit dem Ende des Reichstages die Conföderation proclamirt werden solle. Während Boroski, Palatin von Rava, mit einem bei dem Grodgericht niedergelegten Protest den Reichstag zerrissen erklärte (24. October), und der König sofort den Senat nach Warschau berief und abreiste, wurde ein von dem Großcanzler Malachowski mit Williams und Groß schon an jenem 17. October verfaßtes Manifest schleunigst von den nächsten Vertrauten, dem Primas voran, unterzeichnet. Jetzt, unter dem Eindruck der sichtlichen Ungnade des Königs mußte es alle loyalen Herzen vereinigen.

Am Tage nach des Königs Abreise hatte der Großfeldherr mit

1) Maltzahn, 26. Sept. 1752.

mehreren Herren Sitzung; sie sagen ihm: der König sei durch den Ausgang der Dinge tief gekränkt; man schulde ihm einen Act, der ihn überzeuge, daß in der Verehrung für ihn Alle einig seien; in diesem Sinne habe man dieß Manifest entworfen, das viele Herren, auch der Primas, bereits unterzeichnet hätten. Branicki fügte seinen Namen hinzu; schon sind im Vorsaal Landboten in Menge versammelt, Alles drängt sich zur Unterschrift, der Palatin von Ploczk steht da mit der Feder in der Hand, zur Unterzeichnung aufzufordern, weil auch des Großfeldherrn Name schon dastehe. Das hört der junge General Mokranowski, der Hausfreund Branickis, von Freunden, die traurig aus dem Saal kommen; sie meinen mit Branickis Unterschrift sei Alles verloren. Mokranowski eilt in den Saal, bittet inne zu halten; da der Großgeneral das Manifest zu lesen wünscht, nimmt er es vom Tisch, geht durch die Hinterthür hinaus, „flüchtet" sich in Maltzahns Wohnung. Dort ist auch Broglie, man schickt zu Potocki, dem Palatin von Belcz, zu Sapieha, dem von Smolensk, verabredet, daß Sapieha zum Großfeldherrn gehen, ihm darlegen solle, wie er getäuscht sei. Es gelingt ihm völlig; der alte Herr ist in großer Sorge; nun erst sagt ihm Sapieha, was Mokranowski gethan; dieser wird herbeschieden, er bringt das Manifest mit; „es wird in tausend Stücke zerrissen".

Es war ein großer Erfolg für die Patrioten, die Gegner empfanden ihre Niederlage doppelt, da ihnen auch der Versuch mislang, in einem Senatsconsilium, das, so hieß es, die Sendung des jungen Grafen Poniatowski nach Petersburg beschließen solle, das Versäumte nachzuholen; der Palatin von Smolensk weigerte sich zu erscheinen, da der geringfügige Zweck der Berathung, der angegeben sei, auf weitere Vorlagen zu schließen nöthige, die nicht völlig in der Regel seien.

Aber eben so gewiß war es, daß mit dem Geschehenen die Gefahr für Polen, für den Frieden Europas nicht ihr Ende hatte.

Sie hätte wenig zu bedeuten gehabt, wenn Frankreich nicht bloß Velleitäten, sondern einen Willen gehabt, und demgemäß sich erklärt hätte. Die bloße Gewißheit, daß Frankreich und Preußen einig seien, und daß sie den Frieden wollten, hätte ihn erhalten. Frankreichs Schlaffheit, Misregierung, wachsende Finanznoth, war die wahre Gefahr für die Ruhe Europas; und daß in Frankreich der König, seine Familie und Maitressen, sein Hof, sein Adel, alle Welt um so mehr Friedrichs II. Verhalten und Verfahren mit Neid ansahen, und wie Demüthigung

empfanden, je zerfahrener und kleinlicher, oder verbitterter das Getriebe bei ihnen wurde, machte ihnen die doch nothwendige Verbindung mit ihm, diese leidige „Vernunftehe" um so unleidlicher.

Auf Friedrichs II. eingehendes Schreiben vom 9. October hatte Ludwig XV. erst nach vier Wochen geantwortet, höflich, evasiv, ohne Östreichs zu erwähnen,[1]) mit dem betonten Wunsche, daß schon jetzt zwischen Frankreich, Schweden und Preußen ein Plan für ihr Verhalten in den möglichen Fällen, und namentlich für den der Thronerledigung in Polen, festgestellt werde.[2]) Also schon jetzt ein bindendes Concert für Verwickelungen, die, wenn sie eintraten, auf Schweden und Preußen die ganze, oder doch die nächste Last der Rettung Polens wälzten? Friedrich II. antwortete am 18. December mit einem Memoire, das in raschen und scharfen Zügen die Größe der Gefahr und den Weg, ihr zu begegnen, darlegt: die Wahl des Lothringers in Polen würde die Waage Europas in die Hand Östreichs legen; die Folge davon wäre der Ruin Preußens, die Knechtschaft Deutschlands, heftigere Kriege als Frankreich je gegen die Nachkommen Karls V. gehabt habe. Der nächste Gedanke, den man fassen könnte, ein Concert zwischen Frankreich, Schweden und Preußen zum Schutz Polens gegen Gewalt zu bilden, würde nicht helfen; gegen die 280000 Mann der beiden Kaiserhöfe würden die 130000 Preußen und Schweden nicht ausreichen; und wollte Frankreich, das nicht unmittelbar nach Polen marschiren lassen könne, mit Diversionen helfen, so würde England mit Holland die Truppen deutscher Fürsten, die immer dem Meistbietenden zu Diensten stehen, entgegenstellen; wenn Östreich selbst 40000 Mann zu ihnen stoßen ließe, so behielte es in Polen immer noch genug, der Überlegenheit gewiß zu bleiben, während Schweden und Preußen auf Dänemark, wo Bernstorff Minister sei, nicht rechnen könnten. Noch weniger wäre militärisch ein solcher Plan möglich; zu Land, von Finnland aus, könnte man Rußland nicht angreifen, und zur See sei Rußland den Schweden weit über-

1) Ludwig XV., 15. Nov. 1752: in dem beiliegenden Memoire desselben heißt es: es scheine ihm digne de leur commune prévoyance de convenir actuellement d'un plan de conduite uniforme . . . . . le concert une fois établi est le seul moyen de pouvoir engager les Turcs à agir efficacement dans l'occasion, autrement on ne pourroit se flatter de les amener au but que l'on s'est proposé.

2) Lord Marschall, 8. Dec.: V. M. aura observé que dans la réponse . . . on ne parle que des Russes et ne fait absolument aucune mention de la guerre contre l'Empereur, d'où je crois pouvoir inférer qu'on craint de provoquer la maison d'Autriche.

legen; Rußland würde einen großen Fehler machen, wenn es mehr als 40000 Mann gegen Schweden aufstellte; so blieben 200000 Mann, die Preußen allein bekämpfen müßte; zugleich ganz Polen zu decken, sich gegen Rußland, gegen Östreich zu vertheidigen vermöge es nicht. Bei dem besten Willen für seine Alliirten könne es sich nicht in Dinge einlassen, die über seine Kräfte gingen, die ihm übel ausschlagen würden, die es schließlich zu der traurigen Nothwendigkeit führen müßten, seine Alliirten zu verlassen. Die einzige Hülfe, die bleibe, sei ein Krieg der Türken gegen die beiden Kaiserhöfe; Europa müsse Frieden behalten, während die Mächte, die ihre Kräfte gegen Polen misbrauchen wollten, sich im Kriege gegen die Türken vernutzten. Möge August III. während dieses Krieges oder zehn Jahre später sterben, weder Rußland noch Östreich würden dann mehr über Polen verfügen können. Es sei leichter, die Polen zu bestechen, als überlegene Armeen aus dem Felde zu schlagen. Wen denn die Polen wählen sollten? Nur nicht Lothringen, der an Östreich, nur keinen aus dem Hause der Czartoryski, der an Rußland hängen würde; ob den Kurprinzen von Sachsen, einen französischen Prinzen, einen Piasten, sei für Preußen gleichgültig; an die Wahl eines preußischen Prinzen denke Preußen nicht, und verzichte völlig darauf.

In Antwort darauf erhielt Friedrich II. eine ausführliche Denkschrift,[1]) die ihn in Verlegenheit setzte; „ein Schriftstück,“ sagt er, „wie ein schwächeres nach meiner Meinung von diesem Ministerium noch nicht geschrieben ist“. Die Denkschrift suchte zu erweisen, daß, wenn Frankreich, Schweden, Preußen in Concert seien, ihre Sache günstiger stehe, als die Rußlands und seiner Verbündeten; begönnen die Türken Krieg auf eigene Hand, so würden sie gewiß erliegen, und dann unter Englands Vermittelung einen Frieden schließen zum Nachtheil Frankreichs und seiner Verbündeten; nur im Fall der Erledigung des polnischen Thrones müßten die Türken eingreifen, dann aber durch die zwischen Frankreich, Schweden und Preußen verabredete Diversion unterstützt werden; und es werde dann für die Operationen Preußens das genügende Object Hannover sein.

Friedrich II. hat auf diese Zuschrift nicht geantwortet. Er hatte

1) Schreiben Ludwigs XV., Versailles 14. Jan. 1758 und dabei Mém. touchant les affaires de Pologne, eingesandt von Lord Marschall, 19. Jan. Friedrichs II. Rescript darauf, 8. Febr.: j'ai été frappé de voir cette réponse aussi mal digérée et composée dans la plus grande partie qu'il n'en est je crois point sortie encore d'aussi faible du ministère présent.

Ende September Baron Scheffer gesprochen, der, aus Paris kommend, über Berlin und Copenhagen nach Stockholm zurückging, um dort in den Senat zu treten. Schon aus Scheffers Eifer, ihn zu weiteren Schritten zu drängen, um Frankreichs Bedenklichkeiten durch Festigkeit und Entschlossenheit zu überwinden,[1]) wird er erkannt haben, mit welchen Vorschwebungen sich das Versailler Cabinet täuschte und beschwichtigte; vielleicht hatte er darum jene Denkschrift vom 9. October geschrieben, die zur Erhaltung des europäischen Friedens den Türkenkrieg empfahl. Daß die Herren in Versailles mit dem Plan eines dauernden Concertes für die dereinstige Thronerledigung in Polen den Türken den Angriff auf die beiden Kaiserhöfe, der preußischen Armee den auf Hannover zudachten, zeigte, daß Frankreich bis auf Weiteres in Reserve zu bleiben gedachte, vielleicht, wie bisher, mit dem Wiener Hofe in dem Dämmerlicht werdender Freundschaft, der Kaunitz in Paris so glücklich die Wege gebahnt hatte[2]); und Kaunitz verließ, um demnächst an Ulfelds Stelle Hofcanzler zu werden, Ende December Paris, nicht ohne noch erst nachträglich seinen solennen Einzug gehalten zu haben, dessen Pracht die Pariser entzückte.

Gegen den Londoner Hof war man nur in anderer Art verbindlich oder rücksichtsvoll; und wenn je einmal St. Contest gegen Lord Albemarle in etwas bestimmterem Tone gesprochen hatte, so unterließ Mirepoix in London nicht, sich um so begütigender zu äußern. Und daß in Versailles wieder Gerüchte über Friedrichs II. höchst ge-

1) Mehr als Scheffers Memoire in der Beilage zu dem Schreiben an Friedrich II., Berlin 25. Sept. 1752, ergiebt das Fragment eines aufgefangenen Briefes dieses Baron Scheffer an seinen Bruder, der sein Nachfolger in Paris wurde; Newcastle citirt daraus eine Stelle in dem Briefe an seinen Bruder Pelham, Hannover 12. Oct. 1752 (bei Coxe, Pelham II, p. 460): Scheffer schreibe nach seiner letzten Unterredung mit Friedrich II. seinem Bruder: that the king of Prussia wanted the Swedes to have the superiority at sea, that is in the Baltic; il veut aussi que la France engage la Porte à faire la guerre dès aujourd'hui, ce qu'il croit fort possible et même aisé; but Scheffer adds: il est timide à l'excès and without mathematical demonstration il ne veut pas se remuer. Je ne blâme pas, dit-il, cette prudence, mais avec un allié aussi indolent que la France, il pourroit bien en être la dupe.

2) Nach einer Mittheilung von M. Weingarten, 12. Mai 1753, schreibt der König an Lord Marschall, 8. Juni: l'on m'assure dans la dernière confidence que le Cte. de Kaunitz a trouvé moyen, avant que de partir de France, de tirer d'elle (Marquise von Pompadour) la promesse qu'elle s'employeroit de tout son pouvoir à ce que la France ne remueroit en rien pendant l'intervalle de quelques années contre la cour de Vienne, mais restât tout tranquille.

fährliche Absichten, höchst verderbliche Pläne, wie sie von sächsischer, englischer, östreichischer Seite dorthin gebracht wurden, offene Ohren fanden, zeigten Lord Marschalls Berichte hinlänglich.[1])

Friedrich II. mußte mit den Personen und Sachen rechnen, wie sie waren. Er wußte, daß man in Versailles sehr lebhaft die Bedeutung seiner schlagfertigen Armee empfand, in vollem Maaße einsah, daß man ihn vorerst nicht entbehren könne.[2]) Er vermied sorgfältig Alles, was in den leitenden Kreisen dort Anstoß geben oder den Einflüsterungen der Gegner Vorschub leisten konnte; selbst einen Handelsvertrag, zu dem sich ihm der Turiner Hof jetzt erbot, lehnte er ab, um „die Delicatesse" Frankreichs nicht zu verletzen. Er beauftragte Lord Marschall, zu überlegen, ob es nicht Wege gebe, die Pompadour für Preußen zu gewinnen.[3]) Da er das sachliche Interesse Frankreichs stets im Auge behielt, von Frankreich nichts forderte und erwartete, als was demselben angemessen war, so mußte, schien es, wie zerfahren das französische Regiment und wie unberechenbar dessen Entschlüsse sein mochten, die Rücksicht auf ihn dort immer von Neuem maaßgebend werden, so lange man den Zusammenstoß mit England fürchtete und doch in den Differenzen der Gegenwart schlaff war oder nachgab, die, rasch und energisch beseitigt, den schwellenden Übermuth Englands gedämpft hätten.

Daß solche Erwägungen in Versailles keineswegs die leitenden waren oder wurden, machte zunächst der Coalition ihr Spiel um so leichter und die Strömung gegen Preußen um so heftiger. In der Richtung gegen Preußen schienen sich immer wieder die vielfach auseinander gehenden Interessen der großen Mächte ausgleichen und, je schlaffer Frankreich wurde, zu desto stärkerer Wirkung einigen zu sollen. Fünf, sechs brennende Fragen auf einmal flammten auf, umqualmt von Wolken ungeheuerlicher Gerüchte über preußische Gewaltpläne.

Das ist die Krisis von 1753.

1) So der vom 8. Decb. 1752.

2) Lord Marschall, 18. Decb. 1752: on sent bien ce que peuvent 150 000 hommes conduits par V. M. et que sans l'appui de Votre alliance la France ne sauroit rien faire en Allemagne. Je suis persuadé que V. M. leur fera toujours faire, dans le besoin, tout ce qu'Elle voudra et qu'ils se conformeront à Ses lumières, sans autre secours et aide que celui de l'esprit supérieur de V. M.

3) Rescr. 25. Nov. 1752. Und die Antwort darauf: es sei unmöglich, mit kleinen Geschenken könne man wohl ihrer Eitelkeit schmeicheln und große Summen würde sie kaum annehmen, sicher würde sie immer anständige Ausflüchte finden, doch nichts zu thun, als was sie ihrem Interesse gemäß hält u. s. w. (18. Decb.).

Die Krisis von 1753/54.

Die neue Verwickelung.

Wie man über die Ansprüche Hannovers auf Ostfriesland denken mag, nur begründet auf eine geheime Erbverbrüderung mit dem Fürsten, der in seinem Lande wenig zu bedeuten hatte, ohne Theilnahme und Gutheißung der Stände, die hätten gehört werden müssen, durch keinerlei Fürsorge der Welfen für das Land oder sonstiges Verdienst in Kriegs- und Friedenszeiten begründet oder empfohlen, bot dieser Rechtsanspruch der advocatischen und reichspublicistischen Meisterschaft der hannövrischen Minister Handhaben genug, einen Reichsproceß mit allen Chicanen gegen Brandenburg zu führen.

Kaiser und Reich hatten bis 1744, als der letzte Fürst des Landes starb, officiell von diesem Recht Hannovers nie gehört. Dem Protest, den damals Hannover einlegte, fügte es im folgenden Jahr sein Verdienst um die Wahl von Maria Theresias Gemahls hinzu. Zögernd begannen die Proceduren.

Der Reichshofrath hatte die 1746 von Hannover eingereichte Klage endlich „vor die Hand genommen", 1750 eine Citation an den König von Preußen erlassen, sie am 11. Mai 1751 mit Androhung der üblichen Contumaz wiederholt. Friedrichs II. Meinung war nicht, „daß man Königen mit Reichshofrathsdecreten Provinzen entreiße, in deren Besitz sie sind". Er hatte zunächst Verlängerung der Frist gefordert und erhalten, um seinen Recurs an den Reichstag zu nehmen. Dort hatte er seit sieben Jahren die Stimme von Ostfriesland geführt, immerhin unter Verwahrung Hannovers, wie ja auch Hannover dort seit Jahrzehnten die Stimme von Sachsen-Lauenburg führte trotz der Verwahrungen der Häuser Mecklenburg, Sachsen, Anhalt, Baden. Am 24. November 1751 war in Regensburg das preußische Promemoria vom 27. October zur Dictatur gebracht worden, welches die Interposition des Reichstags gegen die von Kurbraunschweig beim Reichshofrath eingebrachte „fuglose Klage" forderte. Es währte bis zum

4. März 1752, bevor Behr, der kurbraunschweigische Gesandte, die ihm aus Hannover zugesandte Gegenschrift (vom 18. Februar) zur Dictatur gab; es hieß in derselben, daß Kurbrandenburg mit seinem Antrage, eine einfache Rechtssache, in der das Reichsgericht bereits Citation mit angedrohter Contumaz erlassen habe, weiter zu verschleppen, abgewiesen werden müsse, nicht ohne die „eingeflochtene Andeutung", als wenn „Kurbrandenburg gegen das schon an sich selbst genug zerfallene deutsche Reichswesen ungleiche Absichten habe und sich eigenmächtig demjenigen, was recht und billig sei, entziehen wolle".

Schon hatte Hyndford in Wien einen dreisten Schritt vorwärts gethan. Er hatte in einem ausführlichen Memoire gefordert, daß jetzt über Ostfriesland in Wien vom Reichshofrath entschieden werde, in einem zweiten seines Königs Investitur mit dem Fürstenthum verlangt, mit dem Bemerken, da der König von Preußen sich bereit erklärt habe sie zu nehmen, sei der König von England ebenso bereit dazu. Ihm wurde auf den ersten Antrag geantwortet: das könne geschehen; auf den zweiten: da der König von Preußen in Besitz sei und die Stimme für Ostfriesland führe, so könne die Investitur noch nicht stattfinden.

Am Reichstag hatte das kurmainzische Directorium des brandenburgischen Gesandten v. Pollman Dictat Monate lang ruhen lassen. Dann plötzlich, am 14. Mai 1752, von Behr auf ausdrückliche Weisung aus Hannover gedrängt, war das Directorium anderen Sinnes geworden; ließ auf den folgenden Tag das Dictat Behrs vom 4. März in Ansage bringen, bei Pollman anfragen, ob er sein Dictat zugleich mit angesagt wissen wolle. Noch denselben Tag übersandte Pollman dem Directorium einen Protest „gegen so offenbare Partei- und Zudringlichkeit", da keinerlei Gefahr im Verzuge sei; es müsse erst, ehe von dieser Sache gehandelt werden könne, eine schon in Druck befindliche Antwort auf das Memorial vom 4. März fertig und an die betreffenden Gesandtschaften vertheilt sein — der Druck wurde erst am 7. Juni fertig —; er erklärte zugleich, über diesen „ohnvorgesehenen, außerordentlichen Vorfall" Weisungen seines Hofes einholen zu müssen und werde deshalb „bei gewöhnlichen Reichstagen nicht auf die kurmainzische Ansage, sondern nur pro lubitu erscheinen". Auch Behr, der mit Schrecken bemerkt hatte, daß in der Ansage eins der angeführten Actenstücke durch falsche Datirung dem Gegner zu präjudicirlichen Einreden Anlaß gegeben werden könne, forderte Aufschub, damit die Ansage erst umgeschrieben werde. Aber auf ausdrückliche kurfürstliche Weisung „blieb es bei der Ansage, und

die Sitzung wurde am 15. Mai wirklich gehalten. Ob da über die Sache verhandelt worden, ist nicht mehr ersichtlich.[1]) Jene von Pollmann am 7. Juni eingereichte Antwort zur Dictatur zu lassen, weigerte sich Kurmainz hartnäckig. Es erging darüber von Berlin nach Mainz eine energische Mahnung; sie hatte keinerlei Wirkung.

Dann am 11. August, als der Reichstag bis zum 23. October in die Ferien zu gehen im Begriff war, setzte Kurmainz für die nächste Herbstsession „hauptsächlich und zum Ersten" die ostfriesische Sache an. Würtemberg und Culmbach beantragten, die der Reichsritterschaft, die sehr dringend sei, voranzustellen, Kurpfalz, Kurcöln, die altfürstlichen Häuser unterstützten diesen Antrag, auch Kurbrandenburg; sie protestirten zugleich, daß Hannover das brandenburgische Votum für Ostfriesland in Frage stelle, während die weit älteren und befugteren Protestationen gegen die hannövrische Stimme für Lauenburg vorher proponirt und erörtert werden müßten. Es kam darüber zu härtestem Gezänk aber zu keinem Schluß. Und der Reichshofrath erließ Mandate an das fürstliche Haus Liechtenstein, das gräfliche Kaunitz-Rietberg, die auch auf Stücke von Ostfriesland Anspruch machten, — Mandate, in denen der König von Preußen nicht Fürst, sondern „Inhaber von Ostfriesland" titulirt war.

Die Herbstsession begann damit, daß Behr sich gegen Pollman „über die einstweilen copeilich verbreitete brandenburgische Schrift" auf das Gröblichste äußerte, Pollman in gleichem Style erwiederte,[2]) daß die sämmtlichen Abdrücke einer von der preußischen Gesandtschaft in Druck gegebenen Schrift von Seiten des Regensburger Raths auf Anstiften des hannövrischen und der kaiserlichen Gesandten mit Beschlag belegt und der Drucker zur Strafe gezogen wurde, bis die aus Berlin angedrohten Repressalien gegen Regensburger Kaufmannsgüter, die durch Preußen gingen, den Rath klein beizugeben, veranlaßten.

Pollman erfuhr auf sicherem Wege, daß ein kaiserlicher Gesandter in Würzburg, Bamberg, Eichstädt dringend zur Unterstützung Hannovers

1) Pollman, Regensburg 8. Juni 1752: „es ist noch keine Instruction zum Votiren, selbst nicht von Kurmainz, eingelaufen und schreibt man daß Kurmainz' Präcipitanz der Ungestümigkeit des hannövrischen Gesandten und denen Guineen zu, kraft deren Hannover über Kurmainz en souverain disponirt; keiner von allen kann dabei einen vernünftigen Endzweck sehen".

2) Pollman, 4. Nov. 1752: Behr versucht Pollman zur Herausforderung zu treiben, der alte Herr antwortet: auf der Universität habe er „manch tollen Junker vor seiner Fuchtel gehabt".

gemahnt, daß Würzburg geantwortet habe: unmöglich könne man sich gegen Preußen in Betreff des ostfriesischen Votums, das seit Jahren von dem ganzen Reich angenommen sei, erklären; wenn aber der kaiserliche Hof die kurbraunschweigischen Intentionen durchzusetzen vermöge, so habe der Bischof nichts dagegen. Ähnlich Bamberg und Eichstädt. Die kaiserlichen Wühlereien und hannöverischen Guineen hatten bei den geistlichen Höfen und den neufürstlichen Häusern so guten Erfolg, daß Kurmainz, einer großen Stimmenmehrheit gewiß, kein Bedenken mehr trug, die brandenburgische Beantwortung vom 7. Juni 1752 zur Dictatur zu bringen. Sie erfolgte am 29. Januar 1753, und damit hatte man die Thür offen, diese ostfriesische Sache, sowie der geeignete Moment da war, zur Entscheidung zu bringen. Es geschah bald genug.

Schon war die mecklenburgische Sache zu einem Abschluß gekommen, und Friedrich II. hatte bei aller Vorsicht in ihr den Kürzeren gezogen.

Es ist nicht nöthig, die scandaleuse Vorgeschichte dieses Handels zu wiederholen,[1]) in dem seit 1707, ja seit 1689 Hannover und der Wiener Hof sich in die Hände arbeiteten, um Preußens Recht der eventuellen Succession in diese Fürstenthümer zu verdunkeln und zu beseitigen, sie auf dem Wege kaiserlicher Justiz und Execution, unter Mithülfe der aufsässigen Ritterschaft, in die Hand Hannovers zu bringen. Seit 1719 hatte Hannover das Regiment so wie die landesherrlichen Domainen und Zölle an dem Fürstenthum Schwerin; nur die Feste Dömitz und das Schloß Schwerin hielt noch der legitime Herr, Herzog Karl Leopold. Wie gern hätte Georg II. ihn durch ein kaiserliches Absetzungsdecret beseitigt gesehen; die energische Einsprache Preußens verdarb ihm das fast schon gewonnene Spiel; er mußte es geschehen lassen (1728), daß der nächste Erbe der Herzogs, sein Bruder Christian Ludwig, zum Administrator, der König von Preußen neben Hannover zum Mitconservator ernannt wurde. Nur daß der Administrator neben den Conservatoren, der Ritterschaft und dem Herzog Karl Leopold, der zu trotzen fortfuhr, nichts vermochte. Der Versuch, den dann Hannover machte (1733), durch plötzlichen Überfall Schloß Schwerin zu nehmen und das Land „zu befreien", scheiterte an der allgemeinen Bauern-

1) Cf. Pr. Pol. IV. 1 p. 37; IV. 2 p. 213, 253; IV. 3 p. 12, 40 und besonders 219, 351.



erhebung, zu der Karl Leopold aufrief, und an dem Einrücken dreier preußischer Regimenter „zur Erhaltung des Landes und des preußischen Successionsrechtes". Für die aufgewendeten Kosten, rechnungsmäßig auf 153731 Thlr. festgestellt, und zum Schutz des Landes behielt Preußen vier Ämter an seiner Grenze besetzt; Hannover nahm als Hypothek für die Executionskosten, über die eine Berechnung nicht vorgelegt wurde, acht Ämter längs der Grenze von Lauenburg, sowie den Elbzoll in Boitzenburg; der Ritterschaft sprach der Reichshofrath „zum Ersatz gehabten Schadens" zwei Ämter zu, auf die Hannover bereits viel Geld vorgeschossen, um so sein Pfandgebiet bis Warnemünde auszudehnen; auf den Protest des Herzog-Administrators gegen diese weitere „Dismembration" (1738), auf Preußens „Erbieten, ihm Schutz seines Rechtes zu leisten", auf den scharfen Protest, den Friedrich Wilhelm I. beim Kaiser einlegte, ließ man in Wien die Sache hängen.

Im Herbst 1747 starb Herzog Karl Leopold; damit war sein Bruder Christian Ludwig, der Administrator, Herzog von Schwerin. Er war schon ein Sechziger, von seinen zwei Söhnen der ältere kinderlos, auch der jüngere, der sich demnächst vermählte, blieb es. Nach dem Familienstatut hatte nach ihrem Tode die jüngere Linie, die von Strelitz zu folgen: der jetzt regierende alte kinderlose Adolph Friedrich, nach ihm sein viel jüngerer Bruder aus einer späteren Ehe, der mit der Comthurei Mirow apanagirt war; auf dessen drei Söhnen — der älteste war erst zehn Jahr alt — stand das alte wendische Fürstenhaus. Die Höfe von Wien und Hannover so gut wie die Herren von der mecklenburgischen Ritterschaft sahen die Möglichkeit der preußischen Succession bedenklich näher rücken.

Es ist oben (S. 37) von dem Regierungsanfang Christian Ludwigs, von der Weigerung der Ritterschaft, ihm zu huldigen, bevor er ihre angeblich alten ständischen Privilegien anerkannt, von der Unterstützung, die sie in Hannover suchten und fanden, gesprochen worden. Es lag dem Herzog nahe, sich um Rath und Beistand an Preußen zu wenden: ihm wurde von dort vor Allem empfohlen, sich um Ausgleich mit seinen Ständen und um Ablösung der Hypotheken zu bemühen, zu allen friedlichen Wegen die Unterstützung Preußens angeboten. Man hatte nicht eben Grund, ihm viel zu trauen.

Wie hoch sich die Forderung Hannovers belief, war nur dem Wiener Hofe bekannt; wenigstens waren dort bei der Hofkammer, und zwar erst 1732, die in Hannover zusammengestellten und durch ein

„Absolutorium" von König Georg II. „als liquid anerkannten" Kostenrechnungen über die Execution eingereicht und vom Kaiser genehmigt; es folgte 1736 eine zweite, 1747 eine dritte Berechnung gleicher Art, dann noch andere. Auf die Bitte des Herzogs um eine Liquidation der Kosten, „und daß er dabei gehört werden müsse", erfolgte eine ablehnende Antwort des Kaisers:[1]) der Kaiser lasse sich gern gefallen, daß der Herzog die Ämter wieder einzulösen beabsichtige; aber da das Geld dazu von Privaten aufgenommen werden müsse, und dieß schwerlich geschehen könne, ohne daß Ritter- und Landschaft den Credit machten, so sei Kais. Maj. geneigt, vor einer kaiserlichen Hofcommission es in die Wege zu richten, daß den Sachen zeitlich ein Ende gemacht werde. Zu dem Ende möge der Herzog in zwei Monaten einen Bevollmächtigten nach Wien senden, wie auch der Ritterschaft das Nöthige bekannt gemacht werden solle.

Vom Kaiser also wurde die mecklenburgische Ritterschaft als eine verfassungsmäßig bestehende Corporation anerkannt, während Christian Ludwig damit begonnen hatte, die von den Herren vom Adel am 20. November 1733 geschlossene Union zu cassiren. Aus guten Gründen: nie hatten seine Vorgänger, am wenigsten Karl Leopold, der Ritterschaft zugestanden, eine Corporation zu sein; sie hatte, als wäre sie eine zu Recht bestehende und aus eigenem Recht beschließende Körperschaft für Landesangelegenheiten, jene Union geschlossen[2]), in derselben einen „engeren Landesausschuß" eingesetzt, diesem die Bewilligung oder Versagung der Contribution überwiesen, mit der ausdrücklichen Bestimmung, „daß sowohl die Ritterschaft wie die Städte keine Vergleiche oder Ver-

---

1) „Kais. Maj. zweifle nicht, daß diese Bitte des Herzogs weder auf das 1732 nach genugsamer Untersuchung constituirte liquidum der Executionskosten und anderer auf kaiserliche Verordnung baar vorgeschossenen Forderungen, noch weniger auf die acht hypothekarischen Ämter zu ziehen gemeint sei. S. Kais. Maj. habe, nachdem die Rechnungen von der kaiserlichen Hofkammer in Einnahme und Ausgabe für liquid erkannt worden, dem König von England mit der gebetenen apocha nicht entstehen können; doch wäre dem Herzog verstattet, die Rechnungen in cancellaria zu seiner Notiz einsehen zu lassen, um die Summe der Rückstände an der hannövrischen längst pro liquido erkannten Forderung zu erkennen". So Pollmans Bericht, 26. Juni 1749, nach den Mittheilungen des mecklenburgischen Gesandten v. Teuffel.

2) Aus demselben Bericht Pollmans: „Wie die Wege zu richten, daß auf einmal nicht nur alle neue und bereits entstehen wollende Streitigkeiten, und worinnen noch kein kaiserliches Erkenntniß vorhanden, gütlich abgeschnitten, sondern auch erhalten werde, daß Ritter- und Landschaft gegen billige Bündnisse (Bedingnisse?) den nöthigen Credit bei sicheren privatis verschafft".

träge für sich, wenn sie auch unanstößig seien, machen sollten"; Bestimmungen, die sowohl den Landesgesetzen (Union von 1523), wie den Reichsgesetzen (R. A. 1654 § 180) widersprachen.

Friedrich II. war einverstanden, daß der Herzog auf den Vorschlag des Kaisers „mit dem Vorbehalt aller seiner Rechte im Fall des Mislingens" einginge; er wies seine Gesandtschaft in Wien an, mit ihrem Rath und Beistand zu fördern.

Es verzögerte sich bis in den Frühling 1750, bevor die Hofcommission in Thätigkeit kam. Von dem Herzog waren sein Reichstagsgesandter Baron Teuffel von Pürckensee und der Vicecanzler v. Ditmar nach Wien gesandt, von der Ritterschaft der v. Wackerbarth und einige andere Herren; von den Städten hatte nur Rostock einen Bevollmächtigten bestellt, die Ritterschaft forderte, daß alle Städte angehalten würden zu erscheinen. Es war den Herzoglichen geglückt, sich insgeheim Abschrift von der letztübergebenen achtjährigen Abrechnung zu verschaffen und nach Schwerin zu senden; man unterließ es in Berlin davon Kenntniß zu geben, um nicht, wie man sich später entschuldigte, Hannover vor der Zeit zu irritiren.[1])

Die Herzoglichen forderten, daß der erste Punkt der Übereinkunft eine neue Ausmessung der Hufen im Lande, nach deren Zahl die Contribution erlegt wurde, sein müsse, da Seitens der früheren ständischen Commission deren um die Hälfte zu wenig angegeben seien. Die Ritterschaft bestand darauf, daß zuerst der Hausvertrag, der zwischen den Höfen von Schwerin und Strelitz geschlossen sei, vorgelegt werde. Die Verhandlungen währten bis in den Sommer 1751; daß der Herzog zugleich daheim Unterhandlungen mit dem Ausschuß angeknüpft hatte, machte beide lahm. Nachdem „auf Gutfinden des hannövrischen Hofes" die Ritterschaft ihrer Deputation in Wien einen Wechsel auf 2000 Ducaten überschickt hatte, um davon „diensamen Gebrauch" zu machen, verließ dieselbe Wien.[2])

Seit jenem Landtag im November 1748, auf dem der Stargardter

1) O. v. Podewils und Gräve, Wien 13. Juni 1750, melden, daß sie ihnen diese Verheimlichung der Rechnungen vorgeworfen, „da doch bekannt sei, daß E. M. wider deren Enormität oft gesprochen und geschrieben". Die Abschrift, die schon Mitte November 1749 nach Schwerin gesandt war, ergab mehr als $1^1/_2$ Millionen Thaler Executionskosten.

2) Klinggräffen und Diest, Wien 31. Juli 1751. Von den 2000 Ducaten melden sie, 13. Oct. 1751, nach Angabe von Teuffel, „der selbst das Originalschreiben gelesen hat".

Kreis nicht erschienen war, „weil er nicht einberufen worden“, und den die Städe verließen, „weil sie aus dem Fenster geworfen zu werden fürchteten“, seit diesem „zerflossenen“ Landtage war keiner wieder berufen, seit 1750 von den adligen Gütern keine Contribution mehr abgeführt worden. In diesem „turbulenten Zustand“ wuchs die Freiheit des Adels und das Elend des Landes. Die reichen Westämter längs der lauenburgischen Grenze waren auch militärisch wie hannövrisches Land, und da der Elbzoll bei Boitzenburg zur hannövrischen Hypothek geschlagen war, so lag auch in diesem Städtchen hannövrische Garnison, die gelegentlich den herzoglichen Soldaten, welche die Contribution der Stadt abführen sollten, die Thore schloß.[1])

Nun ging das Gerücht von demnächstiger römischer Königswahl, und daß Georg II. nach Ostern 1752 nach Hannover kommen werde, sie zu betreiben, durch das Reich, zu hoher Freude der mecklenburgischen Ritterschaft. Herzog Christian Ludwig hatte allen Grund in Sorge zu sein; und es stand übel um seine Finanzen. Die Art, wie er sich bisher verhalten, hatte in Berlin das Vertrauen zu ihm nicht eben erhöht; es schien Zeit da einzulenken. Er wird gewußt haben, daß schon 1743 sein Bruder Karl Leopold mit Friedrich II. über Dömitz verhandelt hatte,[2]) und für Preußen mußte jetzt bei den wachsenden Differenzen mit Hannover diese Elbfestung von doppeltem Werth sein.

Er bat in Berlin um die Erlaubniß bei dem Creditwerke der märkischen Landschaft eine Anleihe von 100 000 Thaler zu machen, gegen Verpfändung des Zolles von Dömitz. Auf die günstige Antwort[3])

---

1) Pollman, 3. März 1749, meldet: König Georg II. habe, 21. Sept. 1748, von der Göhrde aus den Befehl erlassen, „daß in den Städten der Uns unterliegenden Ämter keine deroseitige Miliz zu gerichtlichen und anderen executiones zugelassen werden wolle“.

2) Podewils an den König, 5. Mai 1743: Herzog Karl Leopold habe unter der Hand Dömitz anbieten lassen, wenn man ihn in Besitz alles Anderen setze en chassant l'administrateur; doch sei zu besorgen, daß dieser sich dann völlig in Englands Arme werfen werde.

3) Auf den Bericht von Podewils und Finckenstein über die mit Ditmar gepflogene Unterhandlung rescribirt der König, 10. März 1752; er verspricht seine Garantie bei dem Creditwerk, „zumal wenn Ihr es bei der negociation adroitement dahin zu richten wüßtet, daß in Entstehung richtiger Bezahlung der Capitalien und Interessen die Meinigen sich jedesmal an die verschriebenen Hypotheken halten und ohne alle Form von Processen oder bei den Reichsgerichten deshalb klagen zu dürfen, von mir darin manutenirt werden sollen, und daß überdem ich mehrerer Sicherheit

ging Ditmar nach Berlin (29. Februar 1752), zugleich mit dem Abschluß dieses Geschäftes Weiteres zu verhandeln; es wurde Erneuerung der alten Bündnisse und Verträge, eine nähere Zusammensetzung und Allianz angeboten, der Wunsch ausgesprochen, durch weitere Anleihen bei dem Creditwerk unter des Königs Garantie die Summe zur Einlösung der hannövrischen Pfandämter zu erhalten, damit das Land von den hannövrischen Truppen frei werde. Friedrich II. war gern bereit, darauf einzugehen,[1]) und am 14. April 1752 wurde der erneute Erbvertrag vollzogen, damit dem Herzoge die Verhandlung mit der kurmärkischen Landschaft geöffnet, zugleich ihm die von Neuem sehr nöthige diplomatische Unterstützung Preußens in Wien gesichert.

Denn noch bevor Lord Hyndford nach Wien kam, hatte der Kaiser die Wiedereröffnung der Hofcommission zum gütlichen Vergleich befohlen.[2]) Die beiden Parteien schickten sich zu dem großen Werke an, der Herzog in der Art, daß er auch nach Hannover einen seiner Geheimräthe, den Hofmarschall v. Bergholtz, sandte, zu unterhandeln, wozu man dort sich allerdings bereit erklärte, wenn der Herzog die vom Kaiser für liquid erklärten Hypothekenrechnungen anerkenne,[3]) — die Ritterschaft in der Art, daß sie einen der Ihrigen, den Hofmarschall v. Wendessen, nach Berlin sandte, um des Königs Protection und Schutz gegen ihren Landesherrn zu erbitten, worauf mit einer ernstlichen Mahnung

halber einen gewissen festen Fuß in der Stadt und Festung Dömitz bekommen könne, wegen welches letztern Punktes Ihr aber die Sache ganz delicat nehmen müßt".

1) Bericht des Ministers von Arnim an den König, 8. Jan. 1752; des Königs zustimmende Antwort, 11. Jan. Podewils und Finckenstein an den König, 19. März: die Verhandlung mit der kurmärkischen Landschaft sei zu Stande gekommen. Darauf des Königs Garantie für die Landschaft, 25. April 1752. In ähnlicher Weise hatte Anfangs 1749 Herzog Adolph Friedrich von Strelitz 30 000 Thaler bei der kurmärkischen Landschaft geliehen, „gegen Verpfändung auch einzuräumende compossessio des herzoglichen Amtes Feldberg".

2) Conclusum des Reichshofraths, 14. April 1752, Wiedereröffnung der Hofcommission ad ulterius tractandam amicabilem compositionem. Allerdings war Lord Hyndford etwa am 5. April angekommen; aber der Reichshofrath brauchte mehr Zeit, ehe er von dem kaiserlichen Befehl bis zum Conclusum gelangte.

3) v. Bergholtz' Bericht an den Herzog, Rostock 29. Mai: der Minister v. Sternberg habe ihm geantwortet: wenn der Herzog zuvor die sämmtlichen kaiserlichen Resolutionen, wodurch die bis 1745 dargelegten Hypothekenrechnungen für liquid erkannt werden, als rechtskräftige judicata agnoscire und die da angeführten Summen sowohl als den nach deren Maaßgebung zu berechnenden Belang von 1745—1752 als ein unstreitiges liquidum anerkenne, so wäre S. M. nicht abgeneigt dieser Forderung halber, als auch ratione summae, ingleichen der Zeit und Art der solution dero Anträge zu vernehmen und außergerichtlich sich mit I. Durchl. zu vereinbaren.

geantwortet wurde.[1]) Auch in der mecklenburgischen Sache hatte Hyndford ein Memoire eingereicht: obschon sie nicht seinen Herrn, als König von England, angehe, so glaube er doch, da demselben als Kurfürsten von Hannover durch Kais. Maj. die Commission in diesem Lande übertragen sei, an dessen Erhaltung denken zu müssen; wenn die Ritterschaft dort vielleicht mit etwas zu viel Lebhaftigkeit gehandelt habe, so wolle er sie nicht ganz rechtfertigen, aber gern zu einem Ausgleich die Hand bieten. Ihm wurde geantwortet, da die Sache beim Reichshofrath liege, so müsse man ihren Ausgang dort abwarten.

Es währte noch Monate, ehe die Hofcommission in Thätigkeit kam. Daß Friedrich II. in nähere Beziehung zu Herzog Christian Ludwig getreten sei, daß er ihm Credit geschafft habe, war in Hannover und in Wien übel vermerkt worden; der Reichsvicecanzler Graf Colloredo sah sich veranlaßt, demjenigen der Reichshofräthe, der die Commission leiten sollte, mitzutheilen, daß er sehr auf seiner Hut sein müsse, da der Herzog ganz in Preußens Disposition stehe. Die Herren von der Ritterschaft, die daheim tausend Fäden zu den drei fürstlichen Höfen in der Hand hatten, verstanden, von Hannover aus dirigirt, den Dingen eine unerwartete Wendung zu geben.

Im Juni 1752 starb der apanagirte Herr in Mirow. Daß sein ältester Sohn Adolph Friedrich, nun ein Knabe von 14 Jahren, ihm im Besitz des Apanagiums folgte, schien natürlich, nicht minder daß die Wittwe, die Würtembergerin Elisabeth, an der Vormundschaft ihrer Söhne und Töchter Theil hatte. Aber man hatte den Vater bestimmt, ein Testament zu machen, das die Titel und die Landesherrschaft der Wittwe übertrug, während Beides nach der ausdrücklichen Regel des Fürstenhauses dem nächsten Agnaten zustand, also in diesem Falle dem älteren Bruder des Verstorbenen, dem Herzog Adolph Friedrich in Strelitz. Man hatte sich in aller Stille an diesen gewandt, und dessen schriftlichen Consens zu diesem Testament erhalten; man hatte eben so geheim dasselbe nach Wien gesandt, und die kaiserliche Bestätigung war ohne Weiteres erfolgt.[2]) Und vier Wochen nach dem Todesfall erging

1) Podewils und Finckenstein an den König, 19. Juni, empfehlen in dem im Text angegebenen Sinn zu antworten. Darauf, 20. Mai, des Königs mündliche Resolution: recht sehr gut, sie müssen die Stände absolut dehortiren und ihnen begreiflich machen, wie sie zwar anfänglich mit dem vorigen Herzog Recht gehabt hätten, nunmehr aber sehr zu weit gingen.

2) Klinggräffen, Wien 3. Juni 1752.

ein Conclusum des Reichshofrathes, das die der fürstlichen Wittwe aufgetragene Vormundschaft bestätigte.

Dem Schweriner Hofe war von diesem unerhörten Testamente nichts mitgetheilt; eben so wenig in Berlin. Dort hielt sich im Herbst 1752 ein gewesener schwerinischer Rath v. Berkenmeyer auf, nun dienstlos, aber immer geschäftig, eine verdächtige Persönlichkeit; man vermuthete, daß er Abschrift von dem Testament habe, suchte ihm mit guten Worten beizukommen, ohne Erfolg, — er hatte seine Papiere in Regensburg. Dann meldete Klinggräffen aus Wien (21. October), daß Ditmar vor wenigen Tagen Abschrift des Testamentes im tiefsten Vertrauen zugeschickt erhalten habe: in demselben sei die Herzogin Elisabeth als alleinige Vormünderin und Landesregentin eingesetzt, mit ausdrücklichem Ausschluß des Herzogs von Schwerin, es sei dem Kaiser und dem Könige von England und deren Nachfolgern die Oberexecution des Testamentes aufgetragen, es seien die Herren v. Zesterfleth und v. Knesebeck, „bekannte Creaturen des hannövrischen Hofes", als vormundschaftliche Räthe bestellt; es verlaute, daß der König von England dem Reichsvicecanzler ein Memoire zugestellt habe, das den Kaiser auffordere, nicht bloß die Vormundschaft der Herzogin-Wittwe, wie das frühere Reichshofrathsdecret gethan, sondern das ganze Testament zu confirmiren und zu manuteniren.

Es schien nur ein Weg übrig, das Recht der fürstlichen Häuser gegen schwere Schädigungen zu schützen; es war um so mehr Eile geboten, da der Herzog in Strelitz schwer leidend war; starb er, ehe Wirksames geschehen war, so erbte der Knabe von Mirow Strelitz, und die Würtembergerin mit ihren Vormundschaftsräthen hatte die Landesregierung, die dem Herzog von Schwerin als nächstem Agnaten zukam. Sollte jetzt noch geholfen werden, so mußten beide Herzöge die alten Hausgesetze durch einen feierlichen Vertrag erneuen, sie mußten Preußen, das wesentlich bei deren Aufrechterhaltung betheiligt war, mit in ihr Interesse ziehen.

Es wurde in Schwerin ein solcher Hausvertrag zwischen Schwerin und Strelitz entworfen, in welchem, so meldete Ditmar, ein besonderer Artikel ausdrücklich „zu Gunsten des königlichen Kurhauses von Brandenburg" stehe, daß, im Fall im mecklenburgischen Hause lauter unmündige Prinzen seien, dem Könige als nächstem Successor die Vormundschaft und Landesregierung zustehen solle. In seiner letzten Agonie unterschrieb Herzog Adolph Friedrich von Strelitz diesen Hausvertrag (d. d. 14. November 1752), am 11. December starb er.

Die Herzogin Elisabeth eilte, im Namen ihres Sohnes von Strelitz Besitz zu ergreifen. Herzog Christian Ludwig sandte seinen Geheimen Rath v. Bassewitz nach Strelitz, das Gleiche zu thun. Die Herzogin rief den Reichshofrath an; der Herzog hoffte, daß Friedrich II. protestieren werde. [1])

In Wien und Hannover mußte man sehen, daß die Landesregierung der Wittwe sehr anfechtbar war. Es war leicht Remedur zu schaffen; die Kaiserin erklärte den fürstlichen Knaben für mündig, und der hannövrische Legationssecretär in Wien zahlte die 2200 Gulden Canzleikosten für das kaiserliche Majoritätsdiplom. [2]) Der junge Herzog begab sich auf die Universität Greifswald, und in seinem Namen regierten jene beiden im Testament bestellten Räthe.

Christian Ludwig übersandte an Friedrich II. den Hausvertrag vom 14. November, nicht ohne den Wunsch auszusprechen, daß gegen das „eilfertige Majoritätsdiplom" protestirt werden möchte. Der König empfahl ihm sowie der Herzogin-Wittwe, durch einen gütlichen Vergleich, der ihr einigen Antheil an der Tutel ließ, weiteren Differenzen zuvorzukommen, „da ein Protest nur anderen mecklenburgischen Sachen zum Nachtheil gereichen werde". [3])

Ein Vergleich war schon eingeleitet. Als Klinggräffen und Diest gegen Ditmar ihre Verwunderung äußerten, daß in dem Hausvertrage vom 14. November der versprochene Artikel fehle, der die preußischen Rechte wahren solle, wurde er sehr verlegen: der Artikel sei allerdings

1) Herzogin Elisabeth an Friedrich II., 23. Decb. 1752, Anzeige ihrer Besitzergreifung. Antwort Friedrichs II., 30. Decb., in den gütigsten Ausdrücken.

2) Klinggräffen, Diest 24. Febr. 1753, nach Ditmars Mittheilung. Und 24. Jan.: der Kaiser habe unmittelbar mit Übergehung des Reichshofraths absque praevia causae cognitione die venia aetatis gegeben, was gegen die Wahlcapitulation Art. 17 § 15 verstößt. Ditmar hat schon drei Wochen früher geäußert, daß der kaiserliche Hof nach den Absichten Hannovers aus politique die Uneinigkeit zwischen dem Herzog und der Ritterschaft verewigen wolle, damit der Herzog den kaiserlichen Hof immer nöthig habe.

3) Christian Ludwig an Friedrich II., 26. Januar 1753. Friedrichs II. mündliche Weisung zum Rescript vom 2. Febr. Dessen Schreiben an den Herzog, 3. Febr., an die Herzogin-Wittwe, 24. Febr. 1753. Auf die Gerüchte über diese Dinge in Holland, die v. Hellen gemeldet hat, antwortet ein Minister.-Rescr., 23. Jan.: der Herzog habe ein anständiges accommodement angeboten und gute Aussichten auf Erfolg: au moins que les Hanovriens, qui n'y ont aucune sorte de droit, s'avisent de s'y ingérer mal-à-propos par des voies de fait, auxquelles je ne puis ni ne veux conniver, et s'il en arrive de grabuge, la faute en sera la leur et nullement la mienne.

im Entwurf gewesen, aber ausgelassen worden, weil man befürchtet habe, er möge beim kaiserlichen Hofe Anstoß erregen; sein gnädigster Herr sei ombragirt und deswegen nicht abgeneigt die Tutel niederzulegen und von seinem Rechte abzustehen. Derselbe Ditmar meldete nach wenigen Tagen: der Herzog habe sich persuadiren lassen, die Tutel niederzulegen und die venia aetatis zum Präjudiz des ganzen Fürstenstandes anzuerkennen; er protestirte hoch und theuer, daß er dazu nicht mitgewirkt habe. Man glaubte ihm nicht.

Mit dem Ende Februar war dieser Vergleich fertig, „das frühere mecklenburgische System hat sich nach den Intentionen des kaiserlichen und hannövrischen Hofes ganz verändert".[1]) Christian Ludwig mochte sehen, ob ihm Wien und Hannover weiter halfen. Die Ritterschaft wurde trotziger, als sie gewesen war.

Noch einen anderen Stachel verstanden die Gegner Friedrichs II. dieser Sache zu geben.

Schon Anfangs December erfuhr er,[2]) daß auf ausdrückliche Weisung aus Wien Puebla sich mit jenem Berkenmeyer, dem eine Reichshofrathsstelle in Aussicht gestellt sei, in Verbindung gesetzt, daß dieser ihm die Geheimnisse, die er in Berlin entdeckt, mitgetheilt habe; der König sei auf Hannover und Mainz übel zu sprechen, habe die Absicht, den Reichstag durch Perhorrescenz des Directoriums von Kurmainz zu sprengen, wodurch die Königswahl ins Stocken gerathen werde; eben so gewiß sei, daß der Herzog von Schwerin mit dem Vertrage vom 14. April 1752 völlig in des Königs Disposition getreten sei, ihm die hannövrischen Hypothekenämter abgetreten habe, daß Friedrich II. als Entschädigung für den Schwedeneinfall von 1675 Ostfriesland bei Weitem nicht für genügend halte, daß er diesen Vorwand wohl zu einem Handstreich gegen Hannover benutzen werde, um sich Lauenburg, dann auch Bremen und Verden anzueignen u. s. w.[3])

---

1) Klinggräffen und Diest, Wien 17. März 1753.

2) Max v. Weingartens Zuschrift an Fredersdorf, 2. Decb. 1752.

3) So meldet Max v. Weingarten an Fredersdorf, 2. Decb. 1752. Rescr. an Klinggräffen, 16. Febr.: quoique je connoisse la cour de Vienne trop sage et de trop de pénétration pour qu'elle dût se laisser imposer par les mensonges d'un tel coquin . . . Und Rescr. vom 7. April in Betreff derselben Nachricht Berkenmeyers, dont il a voulu imposer la cour de Vienne, qui, quoique trop sage pour y porter foi, en a apparemment soufflé à l'Angleterre.

In eben so zuverlässiger Weise erfuhr Friedrich II., daß Graf Brühl an Funcke die Weisung gesandt habe, darauf zu dringen, daß die Verbündeten für den Schutz Sachsens einträten, daß, da Preußens Eroberungspläne alle benachbarten Staaten bedrohten, Rußland sich beeilen möge, den Klagen der Polen in Betreff Curlands abzuhelfen, damit sie sich nicht noch mehr verbitterten und Curland nicht die Beute eines rührigen und raubgierigen Nachbarn werde.[1])

Und den Herren Staaten im Haag wurde aus Gröningen gemeldet, daß in Ostfriesland Quartier für 5000 Mann Preußen angesagt sei, die demnächst einrücken würden, daß der König dem Herzoge von Schwerin gegen die Ansprüche der Herzogin-Regentin von Strelitz beistehe, daß er demselben die nöthigen Summen liefern werde, um die hannövrischen Pfandämter einzulösen; man besorge, daß es darüber zu einem Kriege kommen werde.[2]) Ja die holländischen Zeitungen meldeten mit ausdrücklicher Berufung auf einen Bericht des Grafen Gronsfeld in Berlin an die General-Staaten, daß General v. Bredow ein Corps von 10 000 Mann bei Halberstadt zusammenziehe, dessen Bestimmung noch ein Geheimniß sei.[3])

Er glaube nicht, schrieb Graf Sternberg aus Dresden an Graf Puebla, daß der König von Preußen der Steuerscheine wegen einen Krieg anfangen werde, aber der sicherste Weg dem vorzubeugen werde sein, wenn sämmtliche kursächsischen Alliirten so ernsthafte Declarationen erließen, wie die Zarin.[4]) Nur daß der Dresdner Hof immer noch der Gegenforderung, der Accession zur Allianz von 1746, entgehen zu können meinte; er ließ den drei alliirten Höfen, sowie dem Pariser melden, er werde an seiner Grenze ein Lager von 15 000 Mann bilden, um der preußischen Invasion zu begegnen.

Und daß Friedrich II. Westpreußen und Danzig an sich zu reißen, damit sich des ganzen polnischen Handels zu bemächtigen beabsichtige, galt den Verbündeten seit dem Herbst 1752 als Thatsache. Graf Brühl selbst hatte es an Funcke nach Petersburg gemeldet mit dem

1) Maltzahn, Dresden 20. Jan. 1753 aus den Depeschen Brühls an Funcke, die ihm der bestochene Cabinetscanzlist Menzel zu lesen giebt.

2) Hellen, Haag 16. Jan. 1753.

3) Frankfurter Oberpostamtszeitung vom 9. Febr. und Rescr. an Podewils, 17. Febr. Wie Gronsfeld darüber von Podewils zur Rede gesetzt ist, berichtet Max Weingarten s. d. (zwischen 17. und 20. März) an Fredersdorf, nach den Angaben seines Bruders.

4) Sternberg an Pretlack, Dresden 6. Jan. 1753.

Bemerken, daß davon im polnischen Senat eingehend gesprochen worden sei; nicht minder die Unruhen in Danzig zwischen Rath und Bürgerschaft habe Preußen so geschürt, daß es dem Hofe viele Mühe gekostet, sie zu schlichten.[1])

Auch am Hofe Georgs II. wurden diese Nachrichten geglaubt, waren wenigstens willkommen. Newcastle schrieb seinem Bruder nach England: man glaube allgemein, Friedrich II. werde die Türken zum Angriff auf die Kaiserhöfe reizen, um so seine polnischen Pläne auszuführen, dann werde Preußen eine bedeutende Seemacht der Ostsee werden und im Stande sein, den baltischen Handel anderer Nationen, namentlich der Holländer und Engländer, zu ruiniren und werde dann eine Armee an der Grenze Hollands halten, „um Holland und uns einzuschüchtern" und so sein Project desto sicherer auszuführen.[2]) Natürlich wurden diese Schreckensnachrichten sofort nach Copenhagen an Bernstorff gesendet, der sie vortrefflich zu benutzen verstand, die begonnenen Kriegsrüstungen immer höher zu treiben uud wegen der preußischen Sauvegarde in der Herrschaft Knyphausen zu stacheln.

Dann nach London zurückgekehrt, erhielt Georg II. Kenntniß von jenem vorgeblich projectirten Angriff auf Lauenburg und Hannover.[3]) Es folgten die Angstrufe aus Dresden, als sei die preußische Invasion allernächst zu erwarten. Tschernyschew beantragte, als von sich aus, gemeinsame Schritte zum Schutz Sachsens; der östreichische Gesandte hatte „nur noch nicht Instructionen" für diesen Zweck.[4]) Vor Allem hoffte man, daß der Wiener Hof mit Kurpfalz — ein drittes Project über das jetzt verhandelt wurde, gab Hoffnung dazu — sich verständigen werde. Dann war die eminente Majorität für die Königswahl,

---

1) Maltzahn, Dresden 14. April 1753, nachdem er Brühls Depeschen an Funcke, Grodno 14. Oct. 1753, gelesen. Ausdrücklich bemerkt Maltzahn dabei, daß im Senat gar nicht die Rede davon gewesen sei, wie die ihm befreundeten Palatine ihm gesagt.

2) Newcastle an Pelham, Hannover 12. Oct. 1752 (Coxe, Pelham II. p. 461) . . . his views with regard to Poland which are generally thought to be not rly to make the king of Poland, but to procure Danzig and Polish Prussia for himself, whereby he might become a considerable maritime power of those seas.

3) Rescr. an Klinggräffen, 7. April 1753, über Berkenmeyer, der, nachdem er sich drei Wochen bei Sternberg in Dresden aufgehalten, Ende Januar von Regensburg wieder nach Wien gekommen war; so schreibt Klinggräffen, 28. März, und fügt hinzu, daß derselbe fast täglich bei Haugwitz und Toussaint, dem vertrautesten Rathe des Kaisers, sei.

4) Michell, London 12. Jan. 1753.

und Preußen konnte brüskirt werden. Man verschob die Eröffnung des Parlaments um einige Tage, um den Abschluß mit Kurpfalz in der Thronrede anführen zu können.

Schon war die preußische Denkschrift über die gecaperten Schiffe und die Entschädigung für sie, die Michell am 23. November überreicht hatte, im Haag gedruckt und fand „unerhörten Absatz", [1]) die in London sehnlichst erwartete Pfälzer Nachricht kam nicht, das Parlament mußte ohne das glänzende Effectstück in der Thronrede eröffnet werden; wenn sie von des Königs erfolgreichem Bemühen sprach, „den glücklich hergestellten allgemeinen Frieden dauerhaft zu machen" und die „Bereitwilligkeit der mit England befreundeten Mächte" pries, in dem gleichen Sinn zu arbeiten und die zu diesem Zweck „an verschiedenen Orten getroffenen Maaßregeln" zu unterstützen, so erläuterte deren Bedeutung Lord Egmonts scharfe Gegenrede [2]) gegen die „unangemessene und ruhmredige" Lobpreisung der „Weisheit und Herzensgüte des Königs", welche die Dankadresse enthalten sollte: „Preußens Verfahren mit der schlesischen Schuld ist nur der Ausdruck der tiefen Misstimmung über Englands Verfahren in Betreff der Königswahl".

Die Minister hatten die Stimmung Englands richtig berechnet. Schon daß sich Preußen erlaubte, der Königswahl entgegen zu sein, welche das englische Parlament gutgeheißen, war wie eine nationale Beleidigung empfunden worden; daß dieser König nun gar das Caperrecht Englands in Frage stellte, Mistrauen gegen die englische Rechtspflege aussprach, den englischen Gläubigern die ihnen zustehenden Zahlungen vorenthielt, war empörend, verdiente Züchtigung. Das Gerücht, daß Friedrich II. einen Angriff auf Hannover beabsichtige, daß schon bei Magdeburg ein großes Lager abgesteckt werde, steigerte die Aufregung. Sonst so mistrauisch und eifersüchtig gegen die hannövrische Politik ihres Königs, sah die Nation in ihr ihr eigenstes Interesse. Es entsprach dieser Stimmung, daß von Holland aus nach Berlin gemeldet wurde, es sei ein englischer Courier durchgereist, den

---

1) Hellen, 22. Decb. 1752. Die nouvelle impression de l'exposé des motifs wurde an Gibert überwiesen und in wenigen Tagen gedruckt, am 23. Decb. fertig; le libraire a eu un débit prodigieux de l'expédition des motifs; Hellen 2. Jan.

2) Lord Egmont sagt: I believe that the measures to which His Majesty refers, are well-intended, but the will prove unsuccessfull; the college of Princes is averse to the election of a king of Romans, and the proceedings of the king of Prussia, though outwardly referring to the Silesian loan, are in reality prompted by his disapprobation of our conduct by promoting the election.

Befehl zur schleunigen Mobilmachung nach Hannover zu bringen, dann über Lübeck nach Petersburg zu eilen.

Wäre nur nicht mit den sofortigen Repressalien, wie die Nation sie erwartete und forderte,[1]) Hannover und der Schatz in Hannover äußerster Gefahr ausgesetzt gewesen; „man wird“, schreibt Michell, „auf E. M. Exposé mit Entschlossenheit antworten und klug genug sein, jede Drohung zu vermeiden“. Ihnen galt es Zeit zu gewinnen, um die Verbündeten zum Schutz Hannovers in Bewegung zu setzen.

Vier hohe Justizpersonen wurden beauftragt die Rechtsfrage zu erörtern; einer von ihnen, der Sollicitor General Murray, verfaßte danach das Rechtsgutachten, ganz nach den Rechten und Rechtsauffassungen, wie sie in England galten. Newcastle übersandte es mit einem politischen Memoire, d. d. 8. Februar, an Michell. In England bewunderte man Murrays Arbeit;[2]) im Ausland war kaum der erste Eindruck günstig, selbst im Haag fanden die Unparteiischen „schwache Stellen in der englischen Deduction, die, indem sie über wesentliche Punkte hinweggeht, die Verlegenheit Englands zeigt“;[3]) in Paris fand man, daß das englische Parlament eben nur die Principien darlege, über welche sich alle Nationen beklagten: ja St. Contest sagte auf Albemarles Frage, wie er über den Streit denke: er finde, daß die englische Schrift mehrfach gezwungene, ja falsche Interpretationen gebe.

Die Aufmerksamkeit der englischen Nation wurde Mitte Februar plötzlich durch eine Denunciation sehr auffallender Art in eine andere Richtung geworfen. Ein fliegendes Blatt, das mehreren vornehmen Herren zugesandt wurde, enthüllte jacobitische Umtriebe; es fand sich ein Richter Namens Fawcett, der aussagte, daß der Bischof von Gloucester, der Sollicitor General W. Murray, der Erzieher des jungen Prinzen von Wales, Stone, Newcastles Freund, vor zwanzig Jahren zu den Jacobiten gehört hätten. Nach höchst aufregenden Scenen im Ober-

1) Hellen, 20. Febr., man spreche von der Ausrüstung einer Flotte, um sämmtliche preußische Häfen zu bloquiren: le gazetier de Cologne en doit avoir parlé amplement dans ses derniers bulletins écrits à la main.

2) Hor. Walpole Mem. I. p. 251: and perhaps few pieces in any language can stand in comparison with it for elegance, perspicuity, art and argument; the genius of the autor did honour to his country in a performance of such notoriety.

3) v. Hellen, 27. Febr., es gebe viele Leute qui à la seconde lecture trouvent la pièce très foible, surtout par rapport aux principes.

hause endete dieser Lärm ohne Ergebniß; auch Murray blieb im Amt, dessen Bruder Lord Murray am Hofe des Prätendenten in Rom Minister war und in der Schlacht bei Culloden einen Theil der Aufständischen commandirt hatte.

Die Furcht vor den Jacobiten war wieder in vollstem Zuge, höchst beunruhigende Nachrichten steigerten sie. Unter den Clans, die 1746 am tapfersten an der Seite des Prätendenten ausgeharrt, war der Bruder des Lord Cameron von Lochiel; der Lord war mit dem Reste seiner Clansleute und seinem Bruder, dem nur seinem Beruf lebenden Arzt Archibald nach Frankreich gegangen, hatte dort Dienst genommen. Noch im Februar erfuhr man, daß Dr. Archibald mit Commission des Königs von Preußen nach Schottland gehen werde, die Clans aufzurufen, Schiffe zum Transport nach Schottland zu miethen.[1]) Zwei Fregatten wurden beordert, Archibalds Landung zu verhindern; er entging ihnen, kam nach Schottland; alles Suchen nach ihm war vergebens.

Sehr merkwürdig, daß Newcastle mit dem Courier, der sein Schreiben vom 8. Februar an Albemarle überbrachte, zugleich an das französische Ministerium das Ersuchen sandte: Frankreich möge seine guten Dienste bei Preußen anwenden, um es von dem guten Recht Englands zu überzeugen und diese Differenzen zu vermitteln.[2])

Wenn Friedrichs II. Absichten der Art gewesen wären, wie seine Gegner als gewiß annahmen und mit immer neuen Lügengerüchten die Welt glauben machen wollten, — ihre Coalition war in keinem früheren Moment zerfahrener und widerstandsunfähiger gewesen.

War der Eckstein derselben die Petersburger Allianz von 1746 und die innige Gemeinschaft zwischen den beiden Kaiserhöfen, so standen sie jetzt in sehr ernsten Differenzen, und diese wuchsen in dem Maaße, als die Schuwalows mit ihrem persönlichen Einfluß den amtlichen des Großcanzlers immer mehr in den Schatten stellten, zumal da Peter Schuwalow, der Klügste unter den Vettern des Favoriten Iwan Iwanowitsch, durch die Gnade der Zarin mit immer neuen

1) Horace Walpole Mem. I. p. 290: intelligence had been recieved ... of his intended journey to Britain ...; that Prussia who opened his inhospitable army to every british rebel, should have tampered in such a business was by no means improbable.

2) So meldet Friedrich II. an Lord Marschall, 27. Febr., auf Grund eines Berichtes von Michell, 16. Febr. 1753.

Monopolen ausgestattet, allmählich den ganzen Getreide-, Fleisch-, Thran-, Tabackshandel, bald auch den Import von Wein, Branntwein u. s. w. an sich brachte und ein unermeßliches Vermögen gewann, das ihn der Zarin schon unentbehrlich machte. Nicht an den Wiener Hof, noch weniger an England wollte diese Partei die Interessen Rußlands geknüpft sehen.

Schon der Eifer, mit dem jetzt die Zarin den Bau der Festungen in „Neuserbien" trotz aller Einwendungen der Pforte betreiben ließ, erregte in Wien lebhaftes Misfallen. Daß jetzt ein früherer östreichischer Oberst Horbat, nun in russischen Diensten, mit zahlreichen Officieren, die sich anheischig gemacht hatten 20000 Familien hinüberzuführen, nach Ungarn kam, Auswanderer für Neuserbien zu werben, daß der Oberst verhaftet, die Auswanderung verboten wurde, war für die gute Laune der Zarin doch zu viel. Sie berief ein großes Conseil, in welchem dem Großcanzler die heftigsten Vorwürfe gemacht und „eine starke und harte Denkschrift" an den Wiener Hof beschlossen wurde. Pretlack „spie Feuer und Flamme", schriftlich erklärte er ohne Umschweif, daß sein Hof schon längst über die Ungezogenheiten des russischen erstaunt sei, daß derselbe nicht unterlassen werde, seiner gerechten Entrüstung thatsächlichen Ausdruck zu geben. Nur mit äußerster Mühe gelang es dem Großcanzler, den Freund zur Zurücknahme dieser Erklärung zu bewegen.[1]) Er selbst hatte in der Umgebung der Zarin Niemand mehr, als den verbrauchten Rasumowsky, sonst keinen Helfer, keine Partei; er war auch finanziell in der äußersten Bedrängniß, er ließ im tiefsten Vertrauen nach Dresden melden: er sei von Schulden erdrückt, er habe 20000 Ducaten, die ihm die Zarin für bestimmte geheime Ausgaben zugestellt, für sich verbraucht; er sei „zwei Finger breit von seinem Sturz", er könne sich nur retten, „wenn die Großmuth der Alliirten ihm diese Summe schaffe". Die 30000 Thaler, die Brühl ihm aus einer russischen Schuld an Sachsen für gelieferte Gewehre anbot, halfen ihm so wenig für den Augenblick, wie die 10000 Gulden jährliche Pension, die der Kaiser geben wollte. Krank blieb Bestushew, als die Zarin beim Jahreswechsel nach Moskau zog, der Vicecanzler Woronzow in

1) Diese und die folgende Notiz giebt das Rescr. an Lord Marschall, 13. Jan. 1753. Der König hatte sie von Maltzahn aus der Correspondenz Funckes mit Graf Brühl. Und Rohd meldet, 16. Jan.: Rasumowski sei le seul matador de son parti ohne den er schon gestürzt wäre, et auquel il doit avoir persuadé qu'ils ne sauroient se passer l'un de l'autre.

ihrer Begleitung, in Petersburg zurück. Man sprach von scharfen Mercurialen der Zarin, die ihm das Steigen ihrer Ungnade bezeugten. Er war verloren, wenn sich nicht irgend eine Wendung fand, die der Zarin seine staatsmännische Kunst unentbehrlich machte; die Cassen waren leer, daß im Herbst selbst die Salzsteuer erhöht war, hatte die Unzufriedenheit bedrohlich gesteigert. Nur ein ergiebiger Subsidientractat konnte helfen.

Nicht minder, wie mit Rußland, war der Wiener Hof mit dem Dresdner gespannt. So sehr Brühl über die Gefahr, die von Preußen drohte, schreien mochte, man stellte in Wien in Frage, ob noch irgend ein Vertrag zwischen beiden bestehe; selbst der vom 20. December 1743, wenn er noch gelte, besage nichts für den vorliegenden Fall; Sachsen müsse der Allianz von 1746 beitreten, wenn es Hülfe wolle.

Noch weiter auseinander gingen Östreich und England, man misverstand sich an allen Ecken und Enden; die Herren in London waren außer sich, daß man in Wien mit der zähen Härte gegen Kurpfalz die Aussicht auf die Königswahl immer weiter hinausschob, in Sachen der Barriere sich der geringsten Zugeständnisse weigerte. Und wieder in Wien fand man es sonderbar, daß England mit seinem Gelde nichts ausrichte, immer zur unrechten Zeit spare, von Anderen Leistungen und Gewährungen fordere, ohne sich um deren Wünsche und Bedürfnisse zu kümmern.

Beide waren mit Holland unzufrieden, wo man bei dem besten Willen der Statthalterei, der Bentinks, des Prinzen Louis von Braunschweig nicht aus der Stelle kam. Und wenn Graf Kaunitz auf seiner Rückreise von Paris wochenlang in Brüssel verweilte, und mit den staatischen und englischen Beauftragten Conferenzen hielt, so wurden zwar einige Artikel gezeichnet, aber von da bis zur Annahme war, namentlich im Haag, noch ein weiter Weg, zumal da des Tarifes in denselben nicht erwähnt war.

Nur auf Dänemark konnte England mit Befriedigung und einiger Hoffnung sehen. Dort hatte Bernstorff, trotz der neuen Königin, das Heft so gut wie völlig in der Hand; mit Titley, Rosenberg, Korff in vertrauter Beziehung, drängte er den klugen Abbé Lemaire und den französischen Einfluß mehr und mehr in den Hintergrund, hatte zugleich Baron Scheffer, bei dessen Besuch in Copenhagen mit Geist, und Liebenswürdigkeit völlig zu blenden verstanden, und ließ durch ihn und den schwedischen Gesandten v. Fleming, der ihm völlig vertraute, für seine

Zwecke in Stockholm wirken. Vor Allem die militärischen Neigungen seines Herrn pflegend, mit 12 Millionen Anleihe im Auslande, einer Million im eigenen Lande, wie das Gerücht ging, arbeitete er daran, die Kriegsmacht Dänemarks formidabel zu machen, bald hieß es, um der von Landscrona drohenden Gefahr begegnen zu können, bald um dem verwüstenden Holzfällen, das der Großfürst im gottorpischen Holstein ausführen ließ, Einhalt zu thun, bald um in der Sache des Grafen Bentink das der Krone Dänemark ertheilte kaiserliche Commissorium durchzuführen; — aber zugleich nach allen Seiten wiederholte er die stärksten Versicherungen von der durchaus friedlichen Gesinnung der Krone Dänemark, der völlig freien Hand, die sie habe und bewahre, der alten bewährten Lauterkeit ihrer Politik; „vielleicht ist sein Gedanke, die Leitung der nordischen Politik an Dänemark zu bringen".[1]) Daß Bernstorff am Ruder, Dänemark für den Fall eines Krieges kriegsbereit und nicht auf Seiten Preußens war, schien vorerst für England und die Coalition die Hauptsache.

Oder richtiger, daß sich das nordische System, wie es bisher die Anläufe der Coalition abgewehrt hatte, verschob, ja löste, war Frankreichs Schuld, das, aller Warnung ungeachtet, Bernstorffs Berufung nach Copenhagen begünstigt, dem Ambassadeur in Stockholm gestattet hatte, sich auf die Seite der Senatspartei und gegen die Krone zu stellen, das jetzt auf den Wunsch des dänischen Hofes Abbé Lemaire abberufen wollte; nur auf Preußens Einrede geschah es wenigstens nicht sofort. Friedrich II. hatte keine Ahnung davon,[2]) daß wie Broglie in Dresden, so Havrincourt in Stockholm, Desalleurs in Constantinopel, de Latouche in Berlin, neben den Weisungen aus dem Ministerium und dem Conseil noch andere geheimste, durch den Prinzen von Conti vom Könige persönlich erhielt; und wenn er es gewußt hätte, so würde die französische Politik ihm nur um so unverständlicher erschienen sein.

1) Rescript an Lord Marschall, 13. Febr.: on prétend s'apercevoir dans la façon d'agir de Bernstorff qu'il voudroit aspirer à dominer le Nord et surtout de faire marcher la Suède selon ses vues, et l'on dit que c'est en quoi le bon naturel du ministre Suédois (Fleming) le sert encore parfaitement, qui continuoit à s'éloigner d. M. Lemaire et de mon ministre, pour complaire au Bar. de Bernstorff.

2) Wenigstens jetzt noch nicht. Maltzahn schrieb ihm am 15. Jan. 1754 aus Dresden von dem Ambassadeur Graf Broglie: je sais qu'il a une correspondance secrète avec une personne qui lui signifie immédiatement les sentiments de son maître.

Noch glaubte er, daß sie mit ihm wenigstens darin einig sei, den Frieden erhalten zu wollen. Und er hatte jetzt endlich den urkundlichen Beweis in der Hand, daß seine Gegner seit 1746, wie er immer schon vorausgesetzt, den Krieg gegen ihn wollten und in welcher Form sie ihn herbeizuführen gedachten.

Maltzahn hatte ihm am 27. Januar die dem sächsischen Cabinetsarchiv entnommene Copie des Petersburger Vertrages mit einem Separat- und fünf Secretartikeln gesandt.[1]) Diese geheimen Artikel entwickelten die Bedeutung der „unschuldigen Defensivallianz" der beiden Kaiserhöfe, mit derselben Miene der Unschuld weiter; der „vierte geheime Separatartikel" besagte, daß Maria Theresia den Dresdner Frieden von 1745 mit Sorgfalt auch bestem Trauen und Glauben halten und „zum Ersten von ihrem Verzicht" auf Schlesien und Glatz nicht abgehen werde; wenn aber „gegen alle Hoffnung" Preußen von diesem Frieden abgehe und sich feindlich gegen die Kais. Königl. Majestät wende, oder die Kaiserin von Rußland, oder die Republik Polen angreifen würde, so solle damit das Recht des Wiener Hofes auf Schlesien und Glatz „neuerdings stattfinden und seine gänzliche Wirkung haben". Folgen dann weiter die Bestimmungen, daß die beiden Kaiserinnen sich mit 30000 Mann, und da diese nicht hinreichten, „die durch den Dresdner Frieden übertragenen Lande wieder zu erobern, und den gemeinsamen Ruhestand für das Künftige zu sichern, mit 60000 Mann beistehen werden", und daß der Wiener Hof, da Rußland zu besserer Führung des Krieges auch seine Flotte werde ausrüsten müssen, seine Dankbarkeit mit 2 Millionen Gulden bezeugen wird, „zahlbar binnen einem Jahre, von der Zeit an, wo er Schlesien und Glatz völlig wieder in Besitz haben wird".

Weder Rußland, noch die Republik Polen hatten an dem Dresdner Frieden irgend welchen Theil; mit einem Angriff auf Polen oder Rußland hätte Friedrich II. den Dresdner Frieden, wie er Maria Theresia band, in keiner Weise verletzt. Wenn sie trotz dieses Friedens Schlesien und Glatz wieder zu haben wünschte, so hatte sie mit diesem Geheim-

1) Es fehlt, wie Maltzahn aus Art. secr. III schloß, ein Articulus secretissimus, que notre homme n'a point trouvé à côté du manuscrit; je conjecture qu'on n'aura pas communiqué cet article à la Saxe, puisqu'il ne concerne que la Porte Ottomane; wie aus Art. secr. III erhelle. Der Schluß traf genau das Richtige.

artikel die Handhabe dazu; sie brauchte nur Rußland oder Polen dazu zu veranlassen, Preußen so zu insultiren oder zu schädigen, daß Friedrich II. gezwungen war, sie mit gewaffneter Hand abzuweisen.

Daß dieser Allianz von 1746 auch England beigetreten war, daß man von Holland, von Sachsen den Beitritt forderte, daß man an dem der Republik Polen mit höchstem Eifer arbeitete, enthüllte und bestätigte das „mystère d'iniquité“, wie es Friedrich II. nannte.

Aber zugleich, daß seine Gegner ihn mehr noch fürchteten als haßten, in immer weitschichtigeren diplomatischen Zusammenklitterungen seine formidable militärische Überlegenheit zu balanciren strebten, daß sie ihn nicht anzugreifen wagten, sondern ihn zu umstellen, zu isoliren, immer enger einzuschnüren suchten, damit er fort und fort gereizt und insultirt, endlich den ersehnten ersten Schlag thue. Damit war ihm sein Weg gezeigt.

Der Anfang des Jahres begann mit schreckhaften Gerüchten über die Verstärkung der preußischen Armee, über ein Lager, das bei Magdeburg abgesteckt werde, über das Corps, das bei Halberstadt versammelt, das andere, welches nach Ostfriesland bestimmt sei, über den auf Lauenburg, auf Hannover geplanten Angriff.

Der wirkliche Schrecken kam im Februar, als in Berlin officiell angekündigt ward, daß der König in diesem Jahr zur Revue auch nach Preußen gehen, daß er bei Spandau große Manöver veranstalten, 60 Bataillone und 120 Escadrons zu denselben zusammenziehen werde.[1]) In Hannover war der Schrecken so groß, daß die wohlhabende Bürgerschaft ihre besten Sachen zu flüchten, selbst die dortige Hofverwaltung „verschiedene Sachen unter der Hand nach Stade transportiren zu lassen“ begann.

Auf den Bericht, den der König von seinem Legationssecretär Langschmid darüber empfing (25. Februar), beauftragte er denselben, „überall und gegen Jedermann, der es hören will“, officiell und in den stärksten Ausdrücken solchen durch übelgesinnte und malitieuse Leute erfundenen und verbreiteten Gerüchten zu widersprechen, und zu versichern, „daß S. Maj., die vorjetzt nicht die geringste Ursache hätten, den hannövrischen Landen übel zu wollen, alle gute Nachbarschaft mit denselben

---

1) So Puebla an Ulfeld schon am 13. Febr. und aus dessen späteren Berichten resumirend M. v. Weingarten um den 20. März. Friedrich II. an den Prinzen von Preußen, 18. Febr.: notre camp commence à faire tourner la tête à nos voisins, il n'y a rien d'aussi fol qu'ils n'imaginent.

unterhalten würde"; es werde das jeder einsehen, der beachten wolle, daß das Campement der schlesischen Regimenter im Mai, das der preußischen gegen Ende Juni, das bei Spandau am 1. September stattfinden, und daß nach geschehener Revue die Regimenter nach ihren Quartieren zurückmarschieren würden.

Wenn in England von Repressalien wegen der schlesischen Schuld, von Blokade der preußischen Häfen und dergleichen gesprochen war, so machte ihm das keine Sorge: „Es sind wenige preußische Schiffe in See, viele englische, und man wird Mittel finden müssen, sie ihr Unrecht entgelten zu lassen; aber das Object, um das es sich handelt, ist zu gering, und das Recht ist auf meiner Seite, ich habe mir keine Vorwürfe zu machen".[1])

Noch einen andern Weg deutete ihm Lord Marschall an (16. Februar): „wenn er die Leidenschaftlichkeit erwäge", schrieb der Lord, „die der König von England in seinen Ansprüchen auf Ostfriesland, seinem Verhalten in den Reichssachen, in der Garantie Schlesiens gezeigt habe, so glaube er, könne es S. Maj. von Werth sein, sich von der Stärke der Partei zu unterrichten, mit der und dem Prinzen Eduard dem englischen Könige Mühe genug gemacht werden könnte; doch sei eine Information dieser Art nur mündlich zu machen". Auf seinen Vorschlag, einen im vollsten Maaße vertrauten und würdigen Mann, dem der Zweck und die eigentliche Adresse seiner Sendung unbekannt bleiben müsse, zu einem Besuch bei dem Feldmarschall Keith in Berlin zu veranlassen, ging Friedrich II. gern ein; daß der reiche und hochangesehene Mr. Dawkins, der energische Oxforder Dr. King, der alte einflußreiche Tory, Herzog von Westmoreland, diesem Kreise angehörten, ließ auf dessen politische Bedeutung schließen.

Im Mai kam Mr. Dawkins nach Berlin; wie zufällig sprach ihn auch der König; er schrieb an Lord Marschall: „Ich wünschte, daß

1) Resc. an Michell, 20. Febr., der, London 2. Febr., denselben Rath giebt wie Lord Marschall an den König, 5. Febr. 1753: er glaube nicht, daß England Repressalien anwenden werde; wenn aber doch: V. M. sait mieux que moi qu'Elle a à sa disposition plus d'un moyen non seulement pour garantir Ses états, mais aussi pour faire des diversions avec succès, je crois même qu''Elle ne devoit point craindre une guerre maritime de la part de l'Angleterre; elle ne sauroit prendre beaucoup de vaisseaux Prussiens et V. M. pourroit faire des prises considérables sur elle en faisant distribuer des patentes à des corsaires françois et autres pour faire des courses dans toutes les mers sous son pavillon.

deren Sache in mehr Haltung gebracht werden könnte; bis jetzt ist weder System noch Plan darin".[1])

Ob englische Subsidien für Rußland?

In den diplomatischen Schwankungen dieses und des folgenden Jahres sind noch zahlreiche Punkte unaufgeklärt. Was in den diesseitigen Archiven über sie vorliegt, ist wenig, nur Zufälliges, giebt nur bald da, bald dort, wie Wetterleuchten momentane Aufhellungen.

Das Heranschwellen der Krisis von 1753 erkannte Friedrich II., ehe sie da war; aber wie im Einzelnen die Cabinette arbeiteten und intriguirten, wie sich die Fäden verschürzten und die Maschen in einander griffen, sah er nur da und dort aus den Schriftstücken seiner Gegner, die in seine Hand kamen,[2]) oft erst nach Monaten; anderes und zum Theil das Wichtigste entging ihm ganz. Und politisch in gemessenster Defensive, wie er sich hielt, konnte er nur mit äußerster Vorsicht, hier oder da diplomatisch vorstoßend, das, was wider ihn geplant wurde und immer näher herandrängte, aufzuklären, oder durch Schlüsse, die er zog, zu berichtigen versuchen. Daß die Feinde ringsum auf der Lauer lagen, jede Blöße, die er sich gab, zu benutzen, daß er aus ihrem Recept von 1746 sah, welche Cur und Amputation sie mit ihm vorzunehmen gedachten, machte ihn um so behutsamer.

---

1) Rescr. an Lord Marschall, 26. Juni 1753: je laisse à votre pénétration s'il ne seroit convenable que vous leur inspiriez de fortifier leur parti de la façon que je me suis expliqué déjà envers vous. In ähnlichem Sinn hatte Lord Marschall, 15. Juni, an den König geschrieben; von Lord Westmoreland, der früher mit Lord Chesterfield Hand in Hand gegangen war, sagte er: il est la meilleure tête et a le plus de crédit, aber auch er halte die Partei noch nicht reif hervorzutreten; Horace Walpole II, p. 341 nennt ihn 1759 an aged man of gravity and dignity. Die erregte Stimmung in England zeichnet sich in der Anecdote, daß Dr. King in einer jakobitischen Rede in Oxford dreimal unter dem Jubel der Versammlung das redeat vorbrachte. Lord Marschall schreibt seinem Bruder, 4. Juli 1753: seinen Freund Dawkins erwarte, wenn er nach England zurückkehre, ein Verhaftbefehl.

2) Einen Theil dieser Schriftstücke liefert Jordan als Verwalter des Berliner Postamtes, namentlich Berichte des holländischen Gesandten Swart in Petersburg, andere Max von Weingarten, der Bruder des Legationssecretärs Leopold v. W. von der östreichischen Gesandtschaft in Berlin, Fredersdorf steht mit demselben in steter Verbindung. Seit Anfang 1752 sind es besonders die durch den sächsischen Archivsecretär Menzel aus dem Dresdner Cabinet an den Gesandten v. Maltzahn überbrachten und von diesem theils im Auszug, theils in Copie nach Berlin gesandten.

Vielleicht am Peinlichsten für ihn war das Verhalten derjenigen Macht, die nicht müde wurde ihn ihren besten, ihren natürlichen Alliirten zu nennen. Gern glaubte er, daß deren Minister „ein ehrlicher Mann“ sei; es war ihm wenig damit geholfen, wenn St. Contest, wie er gern sagte, „sich nicht denken konnte“, daß wirklich Bernstorff üble Pläne habe, oder Havrincourt in Stockholm Opposition schüre, oder Prinz Louis von Würtemberg mit dem Wiener Hofe in Unterhandlung stehe, aus französischem in östreichischen Dienst überzugehen; — Lemaire wurde wirklich im März abberufen, Havrincourt blieb und schürte weiter, und Prinz Louis wartete nur, bis ein Regiment für ihn in der östreichischen Armee frei wurde.

Schlimmer war, daß St. Contest den Kurfürsten von der Pfalz, der eifrigst bemüht war, sich direct mit Wien zu verständigen, fast völlig aus der Hand ließ; und wenn der Kurfürst seinen Baron Wrede, um in dem glücklichen Fortgange dieser Verhandlungen nicht gestört zu werden, einen Besuch in Paris, der dort ausdrücklich gewünscht war, von Woche zu Woche verschieben ließ, so sagte St. Contest mit Achselzucken zu Lord Marschall: da der Wiener Hof einen zu verfänglichen Ausdruck in seinem Ultimatum etwas gemildert habe, so besorge er, der Kurfürst werde völlig freie Hand zu haben glauben; er sehe die Sache für beendet an, obschon er wünsche, sie noch zu verzögern; auch Cöln stelle so geringe Forderung, daß der Wiener Hof da keine Schwierigkeit finden werde; „und da können wir uns jetzt nicht mehr opponiren“.[1]) Der Handel kam nur darum nicht jetzt schon zum Schluß, weil, wie man meinte, der Wiener Hof, zu stolz, um die Wahl fremden Mächten zu danken, weder französische noch englische Vermittelung leiden wolle.

Nur zu glaublich war die Nachricht — man hatte sie in Berlin „aus guter Quelle“ —, daß in den stundenlangen Brüsseler Conferenzen zwischen Kaunitz und Bentink namentlich davon gehandelt sei, für die östreichischen Niederlande „eine ewige Neutralität“ herzustellen, daß

1) Lord Marschall, 9. März. Darauf Rescr., 20. März: . . . je suis du sentiment que quand il n'y aura nul moyen de retenir l'Electeur Palatin de cet accommodement, il ne resteroit que de faire de bonne grâce une chose qu'on ne sauroit plus arrêter, et de la faire alors de la sorte qu'il paroissoit au public que nous ne l'avions fait malgré nous u. s. w. Und Lord Marschall, 13. April: l'exclusion que la cour de Vienne veut donner aux recommandations de la France pour la convention (mit Kurpfalz) ne tient point autant à coeur au ministère de France que V. M. paroît le supposer.

Kaunitz davon schon in Versailles mit den Ministern gesprochen, sie für seinen Plan gewonnen habe.[1])

Und was bedeutete es, daß St. Contest über jenen englischen Antrag in Betreff der preußisch-englischen Differenzen, der schon am 8. Februar aus London abgegangen war, fortfuhr zu schweigen? Und doch wurde zwischen Paris und London unausgesetzt darüber verhandelt, nicht ohne zu große Nachgiebigkeit des Herzogs von Mirepoix; Michell konnte berichten (30. März), daß der Ambassadeur mit Newcastle, mit dem Könige selbst Conferenzen gehabt, daß er erklärt habe: Frankreich müsse sich der gewünschten Mediation versagen, so lange es nicht wisse, was Preußen auf die englische Denkschrift erwiedere, und was die wahre Absicht Englands sei.

Lebhaft genug empfand Friedrich II. den Ernst seiner Lage, ihre Ungewißheit. Wenn der Prinz von Preußen in einer Zuschrift an ihn vom 23. Februar, nicht ohne Genugthuung auf den wachsenden Schrecken hinweisend, den die für den Frühling und Sommer angekündigten preußischen Campements verbreiteten, darin ein gutes Zeichen für die Dauer des Friedens sah, so lautete des Königs Antwort darauf wie eine Warnung: „Es giebt hundert Neider Preußens, und hundert Gelegenheiten, die uns zu thun machen können, um so mehr müssen wir auf unsrer Hut sein und unsere Widerstandsfähigkeit erhöhen; ich sage nicht, daß der Krieg nahe ist, aber ich kann mit Gewißheit sagen, daß er kommen wird, und daß dann Alles von den Conjuncturen abhängen wird: wenn wir so viel Alliirte wie Gegner haben, werden wir uns durch die Tüchtigkeit unserer Disciplin und den Vortheil, den das rasche Handeln über die Langsamkeit giebt, mit Ehren aus der Verlegenheit ziehen; für jetzt handelt es sich nur darum, Alles wohl zu arrangiren und die Mittel bereit zu halten."

Das erste Zeichen, daß die Gegner sich zu sammeln begannen, gab ihm ein Schreiben Sternbergs an Pretlack[2]): daß der Wiener Hof die Geltung der früheren Tractate mit Sachsen nicht mehr in Zweifel ziehe, daß der Dresdner Hof, „obschon er früher Bedenken getragen,

---

1) Ministerialrescr. an Lord Marschall, 24. Febr. 1753: l'établissement d'une neutralité perpétuelle.

2) Sternberg an Pretlack, Dresden 24. Febr. 1753. Friedrich II. erwähnt der da angeführten Umstände in den Rescripten vom 3. März an Maltzahn, Lord Marschall, Klinggräffen.

der Allianz von 1746 beizutreten, weil Sachsen dem Könige von Preußen zu exponirt sei und wenn es beitrete, das erste Opfer sein dürfte", sich jetzt „auf weitere Vorstellung" dazu habe bewegen lassen, nur mit der Bedingung, daß diese Accession nicht in dem Vertrage selbst, sondern in einem Geheimartikel ausgesprochen werde.

Mitte März erhielt Friedrich II. Kenntniß von einem Schreiben Pretlacks aus Moskau, aus dem sich ergab, daß eine „Convention" eingeleitet sei und daß man mit Ungeduld die Antwort darauf aus England erwarte; „er sei zugleich sehr en peine, im Fall die proponirte Convention in England nicht genehmigt werden sollte, anerwogen die russische Kaiserin die Sache bereits so gut als abgethan ansehe und aus dieser Ursache unsägliche Kosten gemacht habe, welches im widrigen Fall leicht zu einigem Misvergnügen Anlaß geben könne".

Also es handelte sich um englische Subsidien, die zu vermitteln Pretlack in Wien dringend empfohlen haben mochte, als den einzigen Weg, des Großcanzlers Einfluß herzustellen. Daher also die äußerst lebhaften Verhandlungen zwischen Graf Keyserlingk in Wien und den östreichischen Ministern, von denen Klinggräffen am 17. Februar gemeldet hatte. Daher Seitens des Wiener Hofes das endliche Zugeständniß, die älteren Verträge mit Sachsen noch als bindend anzusehen; denn in der sächsisch-polnischen Sache lag für Wien die nächste Gemeinschaft mit Rußland. Daher das wüste Gerücht von preußischen Plänen auf Westpreußen und Danzig, und, um England in Athem zu bringen, das noch wüstere, daß Hannover und Lauenburg bedroht seien.

Und zur Bestätigung dieser Schlüsse: die Hamburger Zeitungen brachten im März die Nachricht, daß Pretlack in Petersburg vor seiner Abreise nach Moskau (10. Februar) eine lange Conferenz mit Bestushew gehabt habe über Wiener Depeschen vom 24. Januar, „die nicht durch Preußen, sondern direct über Grodno gekommen seien", — zugleich die Nachricht, daß die Zarin in sehr gnädigen Ausdrücken an ihren Großcanzler geschrieben und die Hoffnung ausgesprochen habe, daß er bald so weit hergestellt sein werde, nach Moskau zu kommen.[1]) Am

1) Hamburger Corresp., 10. März: Schreiben aus Petersburg, 20. Febr. 1753. Danach in Merc. hist. et pol. CXXXIV, p. 276. Dasselbe, nur genauer, meldet Maltzahn, 17. Juni 1753, aus den Berichten Funckes, die er bis zum 7. Nov. 1752 rückwärts gelesen habe: auf Brühls Drängen, für die polnische Frage ein System zu verabreden, habe Bestushew von Groß genaueren Bericht über dieselbe gefordert, qu'il a envoyé à l'Impératrice à Moscou et que celle-ci a trouvé si intéressant, qu'elle

22. März war Bestushew in Moskau; sein und Pretlacks Einfluß kam rasch wieder empor.

In England hatte Friedrichs II. Schreiben an Langschmid, das in Hannover beruhigen sollte, die größte Aufregung hervorgebracht, war als Drohung, als Hohn gedeutet worden; nun erst recht glaubte man, daß die „formidablen Rüstungen" Preußens den Angriff auf Hannover und Lauenburg zum Zweck hätten, um so mehr, da das Gerücht ging, Friedrich II. habe die lauenburgischen Ansprüche Anhalts käuflich an sich gebracht. Man drängte Mirepoix so lange, bis er sich entschloß, durch Courier seinem Hof über diese erschreckliche Gefährdung des allgemeinen Friedens Vorstellungen zu machen.

Nach Hannover erging Befehl, den Schatz von dort schleunigst nach der Festung Stade zu transportiren. Die Sachsen machten ihr Lager fertig „und versahen es mit 12000 Pfd. Chocolade und 20000 Pfd. Zucker", wie Friedrich II. spottete. Daß die Östreicher in Böhmen, Mähren, Ungarn mehrere Lager formiren wollten, hatte Klinggräffen schon 21. Februar gemeldet; jetzt las Friedrich II. in einer Zuschrift von Rosenberg in Copenhagen an Puebla: da man in Hannover und Dresden ungemein allarmirt sei, so habe der Wiener Hof mit beiden verabredet, bei Eger ein Lager von 45000 Mann in solcher Art zu formiren, daß es mit dem sächsischen und hannövrischen von mindestens je 20000 Mann leicht in Verbindung treten könne, da das große preußische Campement einen coup gegen den einen oder anderen Hof auszuführen bestimmt sei; Graf Ulfeld habe diesen Umweg genommen, um Puebla davon zu benachrichtigen, da die Nachricht auf directem Wege nicht sicher genug scheine und um nicht zu früh Ombrage zu geben.[1]) Dasselbe Schreiben des Grafen Rosenberg gab an, Titley habe dem dänischen Hof, dessen Subsidientractat mit Frankreich 1754 ablaufe, erklärt, daß, wenn derselbe sich mit den gleichen Subsidien von England begnügen wolle, sein Herr bereit sei dieselben zu zahlen, „so auch acceptirt worden".[2])

---

a ordonné au Cte. de Bestushew de travailler à sa guérison pour pouvoir venir à Moscou et lui parler à fond sur cette affaire u. s. w.

1) Diese leider undatirte Nachricht ist von M. v. Weingarten gegeben, wahrscheinlich um die Mitte März, wenn auch erst in dem Rescr. an Lord Marschall, 21. April, davon nach Frankreich gemeldet wird.

2) Friedrich II. an Lord Marschall, 23. Oct. 1753: je suis assez informé que le premier plan constaté entre la Russie et la cour de Vienne a été que les

Daß Williams, der leidenschaftliche Gegner Preußens, Mitte März nach Wien kam, daß er Tag für Tag mit Graf Flemming, Keith, den kaiserlichen Ministern Conferenz hatte, daß der kurpfälzische Beckers den Kopf hängen ließ, schien zu bedeuten, daß nun die mühsame Kleinarbeit zur Seite gelegt, mit raschen dreisten Zügen Großes zu Stande gebracht werden solle.

Vielleicht forderte England, jetzt die Königswahl zu brüsquiren, und der Wiener Hof gab seine Zustimmung, wenn dafür Subsidien an Rußland bewilligt würden; die als unzweifelhaft geltenden Gewaltpläne Preußens gaben dann den Vorwand, zum Schutz Kurlands, Polens, Danzigs, russische Truppen vorrücken zu lassen. Ließ sich Friedrich II. solche Insulten gefallen, so hatte man Handhaben genug, ihn weiter zu drücken und niederzudrücken; zog er den Degen, so war Frankreich weder mit dem preußischen Verfahren gegen Sachsen wegen der Steuerzettel einverstanden, noch zufrieden damit, daß Preußen alle seine Nachbarn mit immer neuen Schrecken und Ängsten peinige, schon in Stockholm nicht mehr gleichen Schrittes mit Frankreich gehe, schon Dänemark der gemeinsamen Sache fast entfrembet habe.

Wenigstens die Lügen und Scheinheiligkeiten, mit denen man in Versailles gegen Preußen zu wirken verstand, durfte man dort, wo sie nur zu guten Boden fanden, sich nicht festwurzeln lassen. Friedrich II. beauftragte am 3. April Lord Marschall, an St. Contest zu sagen: er habe im Entferntesten nicht daran gedacht, etwas gegen Hannover zu unternehmen; an seinen Grenzen sei die tiefste Ruhe; die Gerüchte, die den König von England so schwer beunruhigten, seien eitel Erfindungen „von Elenden und Schurken"; um St. Contest völlig zu überzeugen, stelle er ihm anheim, dem englischen Gesandten, wenn ihm dieser wieder davon spreche, die mündliche Erklärung zu geben, daß, wenn der König von England nicht zuerst angreife oder insultire, Frankreich zu dessen Unterstützung seine ganze Armee marschieren lassen werde, so-

troupes russes entreroient, d'abord et sans faire aucune déclaration préalable, en Prusse et qu'en même temps un corps de troupes autrichiennes se joindroit par la Saxe avec les troupes saxonnes et hanovriennes pour m'assaillir de tous les côtés. Es ist nicht klar, in welche Zeit des Jahres diese Verabredung gehört; auch findet sich unter den von M. v. Weingarten oder sonstwie in des Königs Hand gekommenen Schreiben dasjenige nicht mehr, aus dem der König diesen Plan erfahren hat.

bald preußische Truppen auch nur ein Dorf in seinen Landen angriffen.[1])

Ob und wie das in Versailles wirken werde, mußte der Erfolg lehren. Inzwischen kam aus Hannover ein dunkles Gerücht nach Potsdam, daß Maria Theresia sich dem Könige von England erboten habe, den Krieg gegen Preußen zu beginnen, wenn derselbe beitreten wolle; Georg II. habe es abgelehnt.[2])

Aber die Rüstungen in Böhmen gingen weiter; auch die Sachsen machten sich fertig, in ihr Lager einzurücken; „meine größte Verlegenheit ist, daß ich dieß Alles nicht zusammenreimen kann, ich bin darüber wie im Traume". Daher des Königs dringende Forderungen an Maltzahn (20. April), Alles anzuwenden, um zu erfahren, ob man sich zu Angriff oder Vertheidigung anschicke, ob man unter der Hand Magazine bilde, wo man sie anlege, ob der böhmischen Grenze zu, in Zeitz, in Plauen u. s. w., — und an Klinggräffen (21. April) Weisungen ähnlicher Art: ob in Ungarn Milizen zusammengezogen und in der Richtung nach Schlesien vorgeschoben würden, ob man ungarische Cavallerie nach Böhmen und Mähren schicke, ob die Regimenter in Tyrol, Kärnthen, Steiermark marschieren sollten, vor Allem, wie Williams in Wien arbeite. „Denn nach Allem, was mir zukommt, sehe ich mich mehr und mehr in dem Verdacht bestätigt, daß Williams' Reise zum Zweck gehabt hat, sehr verderbliche Pläne gegen mich zu vereinbaren, obschon man sich bemüht, das auf das Äußerste zu maskiren".

Es schien, daß der Angriff in Regensburg eröffnet, dort der casus belli geschaffen werden sollte.

Wenn Hannover in der ostfriesischen Sache sich bemüht hätte, gegen den preußischen recursus ad comitia eine Majorität der Stimmen zusammenzubringen, so wäre das in der Ordnung gewesen. Statt dessen stellte es im Februar 1752 einen Gegenantrag, mit dem es mehr zu erreichen gedachte, als Preußen hatte abwehren wollen. Daß das Directorium des Reichstags, Kurmainz, ganz dem hannövrischen Interesse hingegeben, diesen Gegenantrag für sich zur Ansage brachte, hatte zuerst

1) Rescr. an Lord Marschall, 7. Aug. 1753: si toutes ces protestations ne savoient tranquilliser le Roi d'Angleterre contre ces appréhensions frivoles, ce ne seroit plus ma faute.

2) Zuerst in dem Rescr. an Michell, 17. April.

die Intrigue Hannovers erkennen lassen. In heftigen Controversen zwischen Pollman, Behr und dem Directorium war die Ansage fast ein Jahr lang hingezögert worden.

Jetzt, am 29. März 1753, berichtete Pollman nach Berlin: wie denn Mainz von dem Könige von England „ganz jüngst" durch ein besonderes Schreiben um endliche Abmachung der Sache angegangen sei; man sondire her und hin bei den Ständen; im Kurcollegium habe Hannover die Majorität sicher, nicht so bei den alten Fürstenhäusern, doch sei „wegen des Schweifes der übrigen geistlichen und der kleinen Fürsten, den Östreich nach sich ziehe", der Ausgang sehr bedenklich.

In dem Ansagezettel vom Donnerstag, 5. April 1753, waren für den folgenden Montag „besonders auch die ostfriesische Sache und andere in Ansage stehende Materien" angesetzt. Pollman schickte vor Beginn der Sitzung des 6. April ein Promemoria, das Beanstandung der Sache und vorhergehende Erledigung der lauenburgischen forderte, an den Mainzer Directorialgesandten, „der es in die Tasche steckte, ohne die verlangte Communication in der Versammlung zu thun". Noch am Sonnabend, 7. April, wurde von Pollman das Promemoria nebst einer kurzen Anzeige „über das nie erhörte Unternehmen, wodurch einem hohen Stande des Reichs das weitere Gehör ohne Noth versagt wird", gedruckt allen Gesandtschaften zugestellt; in gleicher Weise ein Protest des Hauses Anhalt mit der Forderung, daß die Erörterung der lauenburgischen Sache nothwendig der der ostfriesischen vorangehen müsse.

Trotzdem blieb in dem Ansagezettel zum Montag, 9. April, die Abstimmung in der ostfriesischen Sache angesetzt. Nachdem Mainz im Kurcollegium „seinen Vortrag gestellt hatte" und „gewärtigte, was hierüber zu äußern gefällig sein möchte", verlas Pollman sein Votum, das mit einer kurzen Kritik des directorialen Verfahrens die Forderung des preußischen Promemoria vom 6. April wiederholte, „und wolle die preußische Gesandtschaft indeß dem an den Reichstag gebrachten Intercessionsgesuch hiermit einen Anstand gegeben haben, mit ausdrücklichem Protest gegen jedes weitere Verfahren in dieser Sache".[1]) Damit ver-

1) „. . . contradiciret Allem und Jedem auf das Standhafteste, was die fürtreffliche kurmainzische Gesandtschaft dagegen proponendo, votando etc. etc. für sich unternehmen und darauf bei anderen veranlassen möchte, und will sich dagegen überall quaevis competentia und zu deren Beibringung freien Zugang zum Protocoll jedesmal auf das Ausdrücklichste vorbehalten haben; worauf sich Kurbrandenburg Ihren Excellenzien sämmtlich gehorsamst empfehlen und sich zu Ihrer Gemüthsbillig-

ließ er die Sitzung. Mit einigen Absonderlichkeiten mehr wiederholte sich derselbe Vorgang im Fürstencollegium.

Nachdem so dem preußischen recursus ad comitia „ein Anstand gegeben war", mußte, da Hannover nur einen Gegenantrag gestellt hatte, keinen eigenen, auch von der Abstimmung über diesen Abstand genommen werden. Sie erfolgte trotzdem, im Kurcollegium stimmte nur Cöln und Pfalz für Beanstandung, Baiern für gütlichen Vergleich, die Majorität nach Hannovers Antrag, — im Fürstencollegium die Masse der Stimmen für denselben; das reichsstädtische Conclusum war wie gewöhnlich der Majorität der beiden oberen Stände entsprechend. Das demgemäß von Kurmainz verfaßte Reichsgutachten vom 13. April ging dahin: daß sothane Successionsangelegenheit anhero an den Reichsconvent nicht gehörig, und dahin, wo sie im Wege Rechtens anhängig gemacht, zu verweisen und daselbst abzumachen sei. Das Promemoria Pollmans an den kaiserlichen Principal-Commissarius, Fürsten von Thurn und Taxis, das gegen die etwaige kaiserliche Ratification eines solchen „überall illegalen partus" der Entschließung des Königs von Preußen „alles Geziemende" vorbehielt, wurde sammt seinen Beilagen dem Pollman mit der Bezeugung „des hierüber verspürten Ohnvergnügens", und dem Vorbehalt „der weiteren Ahndung wegen dieser noch nicht erhörten und ohngebührlichen Zumuthung" zurückgesandt.

Bereits am 5. Mai war die kaiserliche Ratification in Regensburg und damit die preußische Berufung an den Reichstag cassirt.[1])

Hatte man in London darauf gerechnet, daß nun sofort der Reichshofrath urtheilen, der Kaiser eine Executionscommission, etwa Holstein-Dänemark und Kursachsen ernennen, Ostfriesland, wenn nöthig, mit Waffengewalt dem „derzeitigen Inhaber entrissen werden sollte?" Wenig-

keit versehen, man werde die in solchem Fall gegen einander in collegio hergebrachte consideration nicht so gänzlich außer Acht lassen wollen". So nach den Acten; auch in Faber, Staatscanzlei CV p. 183 und CVI p. 161, sind die wichtigsten Stücke ziemlich correct abgedruckt, aber in etwas bedenklicher Weise auseinander gerissen.

1) Auf den Bericht von Podewils und Finckenstein, 28. April, wie sie Pollman angewiesen, auf den Beschluß des Reichstages nichts weiter zu thun, que de faire connoître les abus et les nullités par une protestation solide, antwortet der König: „Sie haben ganz gut geantwortet, sie mögen nur weiter auf das Beste darum schreiben und das Interesse meines Hauses wohl beobachten, ich werde mich nirgends deshalb präsentiren, mich aber auch nicht anders als mit Gewalt abtreiben lassen".

stens in solchem Sinne zu arbeiten, hatte Georg II. keinen geeigneteren Diplomaten finden können, als den Ritter Williams, der in Wien in der ganzen Farbenpracht seiner Begabungen als Staatsmann, auf den Jagdfesten, bei Hofe, mit lateinischen Epigrammen in den Salons glänzte, und die antipreußische Politik als seinen besonderen Sport betrieb.

Nur daß der kaiserliche Hof von den Vorgängen in Regensburg keineswegs sehr erbaut war. Der Reichsvicecanzler zuckte die Achseln: „das habe man dem zu heißen Eifer Hannovers zu danken". Und Bartenstein: „Hannover wird nichts dabei gewinnen". Es war nichts weniger als der kaiserlichen Autorität entsprechend, daß am Reichstag ein kurfürstlicher Gesandter den Vorstrich nahm, und das Directorium nach den Weisungen aus Hannover verfuhr. Klinggräffen berichtete „aus ziemlich sicherer Quelle" (26. Mai), daß nicht von Wien aus in London das Erbieten gemacht sei, den Krieg gegen Preußen zu beginnen, daß man vielmehr von London aus darauf gedrängt habe, die preußischen Beschlagnahmen der letzten Zahlung der schlesischen Schuld für einen offenbaren Bruch der Verträge zu erklären; daß Georg II., wie schon Friedrich selbst vermuthet, in panischen Schrecken über die mögliche Gefahr für Hannover die Hülfe seiner Verbündeten angerufen, Maria Theresia die ihrige für den Fall einer preußischen Invasion zugesagt habe, aber zu der Einsicht gekommen sei, daß Williams und die Herren in Hannover nichts als falschen Lärm gemacht hätten.[1])

Und wenn vielleicht Bartensteins Eigensinn und mislaunige Indolenz die Frage hätte weiter treiben lassen[2]), — seit dem 20. April war der vornehme, behutsame, weitblickende Graf Kaunitz, der längsterwartete neue Hofcanzler, in Wien, die nächsten Wochen beschäftigt, den Geschäftsgang seines hohen Ressorts zu reformiren, vertraute und ihm gewisse Personen zu wählen, sie als Commis der vier Abtheilungen, in die er die Geschäfte vertheilte, einzuführen. Überreich beschenkt, wurde Ulfeld verabschiedet, Bartenstein trat aus der Hofcanzlei zurück.

---

1) Rescr. an Klinggräffen, 11. Mai, an Lord Marschall, 10. Mai. Der König sah seine Ansicht, daß man in Wien den hannövrischen Gerüchten nicht traue, darin bestätigt, daß ein Graf Martinengo, angeblich sardinischer Major, bei der Revue in Berlin (um den 20. April) und Breslau (um den 5. Mai) erschien. Zu beiden waren nicht einmal die Beurlaubten einberufen.

2) Klinggräffen, 19. Mai: on soutient que s'il (Bartenstein) étoit resté en place, il auroit tellement gâté les affaires par son opiniâtreté qu'il n'y auroit pas eu moyen d'en sortir.

„Die Dinge in Wien werden einen anderen Weg nehmen, und wir werden da ein völlig neues System sehen", schrieb Friedrich am 18. Mai. Noch war ihm nicht klar, in welcher Richtung man gehen werde. War sie vielleicht in dem Gedanken der ewigen Neutralität der östreichischen Niederlande angedeutet, den der Graf in Paris empfohlen hatte? Er hoffte, daß Frankreich „nicht so verblendet" sein werde, sich das schärfste Druckmittel, das er gegen Östreich und die Seemächte zugleich in jedem Augenblicke wirken lassen konnte, aus der Hand spielen zu lassen. Aber sicher war er dessen nicht; nur zu glaublich erschien ihm Lord Marschalls Angabe (25. Mai), daß die Pompadour mit Lord Albemarle und den Ministern seiner Partei in Beziehung stehe, daß sie ihr Vermögen in England angelegt habe, und von Kaunitz hielt er für gewiß, daß er mit vollem Eifer für die Ideen Georgs II. sei, daß er den Wiener Hof mit den Seemächten und Rußland so fest als möglich zu verbinden wünsche, um allen Ereignissen gewachsen zu sein, in Europa Schiedsrichter zu bleiben und den Ton anzugeben.[1]) War es denkbar, daß Kaunitz für solche Anschauungen die Pompadour gewonnen hatte? Oder was sonst bedeutete die Zusage, die sie ihm gegeben haben sollte, daß Frankreich in den nächsten Jahren ruhig bleiben werde?[2]) Wenn St. Contest jüngst auf Anlaß der ostfriesischen Sache gegen Lord Marschall geäußert hatte: er habe keine Kenntniß davon, daß zwischen London und Wien eine Entreprise gegen Preußen verabredet sei, aber Frankreich werde bei jeder Gelegenheit seine Verpflichtung gegen Preußen genau und treu erfüllen, und wenn er in gleicher Weise Mirepoix in London sprechen ließ,[3]) so war daraus klar, daß der Minister und das Conseil, vielleicht der König im Conseil nicht jene neuen Anschauungen theilten; aber der König arbeitete auch mit Prinz Conti, hörte auch die

1) Rescr. an Lord Marschall, 29. Mai 1753.

2) So des Königs Ausdruck in dem Rescr. an Lord Marschall, 8. Juni. Er hat diese Angabe aus einem Zettel von M. Weingarten an Fredersdorf, 12. Mai 1753, der, wie es scheint, aus einem Wiener Schreiben (? Ulfelds) meldet: „Der aus Frankreich hier angelangte Graf Sinzendorff, welcher während der Ambassade des Grafen Kaunitz mit demselben in Paris gewesen, behauptet, daß Kaunitz deswegen Hofcanzler geworden ist, weil er das Glück gehabt haben soll, hauptsächlich bei der Mad. de Pompadour einen so geheimen und freundschaftlichen Canal ausfindig zu machen, daß in diesen Jahren man östreichischer Seits nichts von Frankreich zu besorgen habe". Vgl. p. 329 Anm. 2.

3) Lord Marschall, 11. Mai 1753. Rescr. darauf, 29. Mai. Michell, 18. Mai: Mirepoix hat Befehl zu erklären, que la France ne sauroit regarder avec indifférence que l'on prît aucune résolution contre V. M.

Pompadour; und nicht vergebens hatte Kaunitz in Paris seine Doctrin von den großen Mächten gepredigt, „die zusammenstehen und die Schicksale der Welt entscheiden müßten, während sie bisher nur zum Gewinn von Preußen, Sardinien, anderen kleinen aber ehrgeizigen Höfen ihre Kriege geführt hätten“; hatte doch selbst Tyrconnell seiner Zeit in Berlin zu hören gegeben: „Sobald Preußen mit uns Winkelzüge macht, werden wir es fallen lassen, und es wird zerschmettert werden“.[1])

„Mag immerhin die Pompadour den Engländern geneigt sein, ich muß mich damit trösten, daß es in Frankreich kluge und aufgeklärte Leute genug giebt, die völlig die Nothwendigkeit erkennen, daß Frankreichs Interessen mit meinen, meine mit denen Frankreichs untrennbar sind und verbunden bleiben, daß Frankreich, wenn es mich von meinen Feinden niederwerfen ließe, sicher nichts als das Benefiz der Polyphemshöhle zu erwarten hätte“.

So Friedrich II. am 17. Juni; er hatte bei seiner Rückkehr aus Königsberg am 14. Juni von dem nächst weiteren Schritt seiner Gegner Kunde erhalten, — einem Schritt, der deutlich genug in der Richtung lag, deren Ziel in dem vierten Geheimartikel von 1746 bezeichnet war.

Jener ersten Nachricht folgte am 19. Juni eine zweite, am 20. Juli eine dritte; mit der vierten, die in den ersten Septembertagen, als 50 Bataillone, 64 Escadrons, 60 Kanonen das Lager von Spandau bezogen und ihre vielbewunderten Manöver begannen, in Friedrichs Hand war, lag das ganze „schwarze Complott“ klar vor seinen Augen.

Diese vier Nachrichten sind gleichsam die chronologischen Staffeln, in denen sich Friedrichs Maaßnahmen in diesen diplomatisch höchst erregten Wochen weiter bewegen. Genug daß er weiß, in welcher Richtung die Gegner miniren.

Was Friedrich II. bei seiner Rückreise aus Königsberg erfuhr,[2]) war, daß Tschernyschew in London Mitte Mai mehrere Conferenzen mit Newcastle gehabt, daß er „wie von sich aus, obschon nicht ohne Weisung seines Hofes,“ gesagt habe: Rußland werde seine Verpflichtungen gegen England alle Zeit erfüllen, aber da in der gegenwärtigen Differenz

1) Oeuv. rés. IV. p. 17.
2) Michell, London 25. Mai 1753.

zwischen dem englischen und preußischen Hof wahrscheinlich Hannover eher, als England einem Angriff ausgesetzt und Georg II. als Kurfürst der Allianz von 1746 noch nicht beigetreten sei, so handle es sich darum, ob der König zunächst diesen Schritt thun wolle, und auf welche Subsidien Rußland rechnen könne. Newcastle, fügte Michell hinzu, sei von dieser Anfrage wenig erbaut gewesen, habe nur halbe Antworten gegeben, erwarte erst genauere Nachrichten von Guy Dickens aus Moskau.

Und aus Wien hatte Klinggräffen (30. Mai) berichtet, daß Kaunitz und Graf Keyserlingk, namentlich seit Ankunft des letzten Couriers aus Moskau, täglich oft mehrstündige Conferenzen hätten, daß sichtlich seit des Großcanzlers Ankunft in Moskau die Geschäfte, die bis dahin geschlafen, im vollsten Gange seien; ferner daß auch mit Williams von der Nothwendigkeit englischer Subsidien für Rußland gesprochen, daß ihm gesagt worden sei, die Kaiserin-Königin sei des besten Willens, für England-Hannover einzutreten.

So diese ersten Nachrichten. Friedrich zweifelte nicht, daß sein königlicher Oheim äußerst gern „der Feuerbrand eines neuen Krieges" werden wolle, und daß er sich für diesen Zweck selbst zu Subsidien an Rußland und Östreich wohl entschließen könne; aber Kaunitz werde sein Ministerium nicht mit einem Kriege beginnen wollen, Maria Theresia und ihr Gemahl noch weniger geneigt sein, ihre großen inneren Reformen durch einen Krieg zu unterbrechen, zu dem sie noch nicht vollkommen vorbereitet seien. Wie werde der Wiener Hof „für die gewaltsamen und enragirten Projecte Georgs II." die vortheilhafte Position des kühlen Abwartens aufgeben, die sich ihm in der Frage der Königswahl bewährt habe? Am wenigsten, ehe Rußland mit großen Subsidien gewonnen sei. Und diese standen nicht sofort zur Verfügung, das jetzige Parlament hatte nur noch eine Session vor sich, dann mußte neu gewählt werden; bei der schon sehr üblen Stimmung in England und Schottland war es nicht sicher, ob die Wahlen eine Majorität für einen Krieg bringen würden, der im Wesentlichen für hannövrische Interessen, für England nur um die armselige Werthsumme von 20 bis 30 000 Pfd. Sterl., die Preußen forderte, geführt werden sollte, — und das in einer Zeit, da bei den hohen Jahren des Königs eine minorenne Regierung in Aussicht stand. „Wenn trotz alledem der König von England weiter gehen und die Kriegsflamme von Neuem entfesseln wollte, was ich noch nicht glauben mag, so würde Ostfriesland das

Motiv sein, das ihn dazu bestimmt, die Beschlagnahme der schlesischen Schuld nur der Prätext".[1])

Noch waren die Unterhandlungen der Gegner im ersten Anfang; es konnten noch Wochen, Monate über sie hingehen, um so mehr da Rußland auf seiner Südgrenze von einem ernsthaften Kriege bedroht schien, zu dem Türken- und Tatarenheere sich sammelten, der Ukraine zu marschierten zahlreiche russische Regimenter, auch aus Liefland wurden solche nach Neuserbien gezogen.[2]) Für dieses Jahr war eine militärische Action gegen Preußen nicht mehr zu erwarten.

Es galt Zeit zu gewinnen; es galt, wenn die Gegner den Conflict wollten und suchten, ihm auszuweichen, sie mit diplomatischen Weitläuftigkeiten und publicistischen Discussionen hinzuhalten, ihren Eifer sich müde und irre laufen zu lassen. Am Besten, wenn es gelang, den aufgebauschten „Prätext" möglichst auf die That- und Geldfrage herabzudrücken, das „Motiv" aus dem Recht, mit dem es prunkte, in das Unrecht zu setzen, andere Fragen, die mit hineingemischt werden konnten, wie die der sächsischen Steuerzettel, die des schlesischen Handelstarifes, allenfalls mit einiger Connivenz, fern zu halten. Mit dergleichen Schrauben ohne Ende arbeitend, hatte Friedrich in seiner Armee, die immer „klar zum Gefecht" war, die beste Gewähr für den Frieden. Und soweit er den Frieden wollte und erhielt, war Frankreich für ihn.

Friedrich II. hatte schon im April befohlen, in der Differenz mit England auf die juristischen Deductionen, die ihm Newcastle zugestellt, eine eingehende Replik auszuarbeiten. Auf Frankreichs Ersuchen (5. Mai), zum Zweck der von England gewünschten Vermittelung sich über die Art und das Maaß der Genugthuung, die er beanspruche, zu äußern, hatte er sich gern bereit erklärt, „jede nur irgend acceptable" anzunehmen (8. Mai).

Auf die nächste Anfrage Frankreichs in London antwortete Newcastle, — als wenn nicht er den Antrag auf französische Mediation gestellt hätte, — er müsse dabei bleiben, daß England auf Verhandlungen wegen Entschädigung der Kauffahrer nicht eingehen könne, bevor der auf die Schuldzahlung gelegte Beschlag aufgehoben sei. Einem vermittelnden Vorschlage Frankreichs entsprechend, erbot sich Friedrich II. (30. Mai):

1) Rescr. an Klinggräffen, 17. Juni 1753.

2) Ebenda: il est sûr que jusqu'à présent la cour de Russie a retiré toutes ses troupes de notre voisinage dans l'intérieur de ses provinces et qu'elle en fait défiler beaucoup vers l'Ucraine.

„wofern dadurch die Mediation und Arbitrage erleichtert werde", auf eine „publique Satisfaction" nicht bestehen zu wollen, wenn nur seine geschädigten Unterthanen befriedigt würden, „und sonst nichts beliebt werde, was gegen seine Gloire und Dignität wäre".

Daß sich die Stimmung in England erhitzte, sah er aus Michells Äußerung: „die Beschlagnahme der Schuld werde als eine Insulte gegen die englische Nation angesehen"; worauf des Königs Antwort: „ob nicht das Plündern preußischer Unterthanen und ihrer Schiffe eben so eine Insulte gegen die preußische Nation sei? Ob es eine Ungerechtigkeit sei, wenn das mit Beschlag belegte Geld bereit liege, gezahlt zu werden, sobald die früher beraubten preußischen Unterthanen entschädigt seien?"

Am 23. Juni hatte er die zweite Nachricht aus Moskau, vom 10. Mai.[1]) Guy Dickens hatte am 25. April dem Großcanzler eine Denkschrift überreicht, die, „da Hannover und Sachsen wie vor dem Rachen des Wolfes stehen",[2]) die vertragsmäßige Hülfe der Zarin forderte, falls Preußen der condemnirten Prisen wegen Hannover angreife; er hatte hinzugefügt, daß ein gleicher Auftrag zugleich an Keith nach Wien gesandt sei. Funcke, der, wie in allen Sachen, so auch in dieser des Großcanzlers rechte Hand war, konnte ihm mittheilen, daß der Wiener Hof sich bereit erklärt habe, dem Dresdner beizustehen, wenn er wegen der Steuerzettel insultirt werden sollte. Da Pretlack von seinem Hofe bereits Befehl hatte, die englische Forderung zu unterstützen, wurde mit ihm verabredet, daß er durch ein Promemoria für die Zarin, „dem englischen Vortrage ein kräftiges Appui geben solle". Es fiel so weitläuftig und evasiv aus, daß der Canzler mit Entrüstung darüber sprach und Guy Dickens nicht minder, „so daß Pretlack genöthigt war, es zurückzunehmen und ein anderes kürzer und positiver zu schreiben" (6. Mai).

Soweit reichte dieser Bericht. Vor Allem ergab es sich, daß New-

1) Maltzahn sendet am 17. Juni diesen Bericht (von Funcke an Brühl). Der Courier an Guy Dickens war am 15. April, in der Karwoche nach Moskau gekommen, und in der schlechten Jahreszeit brauchte der Courier von London nach Moskau leicht sechs Wochen und mehr. In der ersten Hälfte März, wo er also abgesendet worden, wird an Williams in Dresden der Befehl gesandt sein, nach Wien zu gehen.

2) exposé à la gueule du loup, so referirt Maltzahn, 17. Juni, aus dem Bericht Funckes.

castle seinen Hülferuf nach Moskau und Wien gesandt haben mußte, bevor Bestushew wieder in Gnaden nach Moskau berufen war, in der ersten Angst für Hannover. Es ergab sich weiter, daß Pretlack seinen Hof in das zweite Treffen zu stellen versuchte, und — was besonders lehrreich war — daß er der Energie Bestushews gegenüber wich.

Dessen Energie war sehr erklärlich; für Bestushew hing Alles daran, englische Subsidien zu schaffen; den Anlaß zu solchen beseitigen, hieß ihm sein Spiel verderben. Der letzte Bericht, den Friedrich II. aus Paris hatte (vom 22. Juni), zeigte, wie dringend St. Contest den Ausgleich zwischen Preußen und England wünsche, „um die Nation zu beruhigen und weiteren Aufreizungen anderer Mächte von London her vorzubeugen". Friedrich II. war gern bereit: drei Wege gebe es, auf die er eingehen könne, wenn Frankreich sie in London vorschlagen wolle: entweder Frankreich garantirt, daß England die Entschädigung für die Prisen leistet, dann wird Preußen sofort den Arrest auf den Rest der Schuld aufheben; — oder Frankreich mit noch einer Macht, etwa Holland, Dänemark, Spanien, übernimmt die Arbitrage; wenn sie England annimmt, wird auch Preußen damit zufrieden sein; — oder England entschädigt unter der Hand die preußischen Unterthanen, so wird Preußen den Rest der Schuld öffentlich bezahlen.

Nach Michells Berichten blieben allerdings die englischen Minister fest dabei, daß es unmöglich sei, für die preußischen Prisen Entschädigung zu zahlen, weil sonst alle anderen Nationen die gleiche Forderung stellen würden, unmöglich, die englischen Gläubiger an der schlesischen Schuld preiszugeben. Aber eben so sichtlich war, daß die Minister diese Dinge gern abgemacht gesehen hätten; das Gerücht, daß Frankreich an den Werken von Dünkirchen bauen lasse, beunruhigte die Nation; sie war wegen der im Parlament passirten und von der Krone bestätigten Naturalisation der Juden in steigender Aufregung; und die Zeit der Wahlen nahte. Selbst Newcastle äußerte gegen den Ambassadeur, man sei gern bereit, eine angemessene Entschädigung an die preußischen Kaufleute zu zahlen, aber es müsse von den englischen Tribunalen darüber erkannt werden; „und Mirepoix hat sich von ihm bethören lassen; mit einem festen Wort hätte er das englische Ministerium zur Ordnung bringen können".[1])

Friedrich II. eilte, zu den früheren Auswegen einen vierten, noch

1) Michell, 6. Juli.

gelinderen vorzuschlagen (17. Juli): „Man verständige sich über eine gewisse Summe zur Entschädigung, die ich dann an meine Unterthanen vertheilen und darauf den Rest der schlesischen Schuld zahlen lassen werde".

Er hatte die Nachricht, daß 10000 Mann, die bei Moskau gestanden, nach dem Süden aufgebrochen seien; er wußte, daß zwischen Wien und Moskau die Differenzen wegen der Auswanderung aus Serbien noch in voller Schärfe bestanden. Und wenn jetzt in den dänischen Hofkreisen alles Ernstes davon gesprochen wurde, daß Schonen ein alt dänischer Besitz sei und Dänemark mit seiner fertigen Rüstung die nahende Gelegenheit benutzen müsse, dieß alte Recht geltend zu machen,[1]) mußte man da nicht in Paris erkennen, daß es hohe Zeit sei, den preußisch-englischen Streit zu beseitigen?

Mehr noch: Friedrich II. konnte nach Paris melden, daß in Wien ein geheimer Vertrag so gut wie fertig sei, nach welchem Erzherzog Peter mit der Enkelin des Herzogs Franz von Modena, und dereinst seiner Erbin, verlobt wurde, der Herzog seine 4000 Mann an Östreich überließ, östreichischen Garnisonen seine Festungen übergab, dafür selbst zum Statthalter von Mailand ernannt wurde. Also das Haus Este, das während des letzten Krieges unerschütterlich zu Frankreich gestanden, war zu Östreich übergegangen;[2]) und bezeichnend genug, unter dem Vertrage stand der Name des englischen Gesandten in Wien zwischen denen der kaiserlichen und modenesischen.

Dinge, die denn doch in Versailles einigen Eindruck machten; um so mehr, da Mirepoix aus London meldete: man nehme ihn seit einiger Zeit auf sehr hohen Ton; man spreche mit großer Zuversicht; er fürchte, daß man Repressalien gegen Preußen beabsichtige, „woraus leicht ein Krieg entstehen könnte".[3]) Der Ambassadeur erhielt bestimmte Weisung:

---

1) Der junge Prinz Franz von Braunschweig, preußischer Obrist, der im Juni seine Schwester, die dänische Königin, besucht, bezeugt, que L. L. M. M. de Danemark lui avoient tenu des discours assez extraordinaires par rapport à des desseins que le Roi de Danemark doit témoigner avoir conçus sur la Scanie, que S. M. Danoise parloit constamment de la guerre et témoignoit avoir des desseins sur la Scanie comme la possession des ses pères u. s. w. Rescr. an Lord Marschall, 10. Juli.

2) Der Vertrag ist vom 11. Juni 1753, aber antedatirt worden auf den 11. Mai, als wo des Herzogs Enkel, der hatte erben sollen, noch lebte. So Klinggräffen, 13. Oct. 1753.

3) Lord Marschall, 22. Juli 1753 . . . St. Contest habe hinzugefügt: ce qui pourroit facilement avoir des suites et allumer la guerre.

bei der Vorlegung der preußischen Vorschläge, den englischen Ministern „in festem Tone ihre Incorrectheit und ihre Schwankungen“ bemerklich zu machen, und wie sehr Frankreich über die Rolle, die man es bis jetzt in dieser Sache habe spielen lassen, empfindlich sei; er habe ihnen zugleich offen zu erklären, daß wenn es in Folge dieser Differenzen etwa zu Gewaltacten gegen Preußen komme, der König mit seiner ganzen Macht für Preußen eintreten werde.[1]) Newcastles Antwort war: er müsse, ehe er antworten könne, seines Bruders Rückkehr vom Lande erwarten.

Woher die wachsende Zuversicht Englands? Die Berichte Funckes an Brühl, die am 18. Juli in Friedrichs II. Hand waren, gaben wenigstens eine theilweise Antwort. Sie reichten bis zum 14. Juni.[2])

Sie ergaben, daß der Großcanzler seine Vorschläge, wie auf Guy Dickens' Anträge zu antworten, der Zarin, die noch in Kloster Troiza verweilte, zugesandt habe; daß auf ihren Befehl eine große Conseilsitzung gehalten sei, zu berathen, ob man dulden könne, daß Preußen immer weiter greife, sich immer mehr vergrößere, mit Hannover verfahre wie im letzten Kriege mit Sachsen. Das Conseil habe entschieden, es sei nicht zu dulden. Funcke fügte hinzu, daß schon jetzt der Großcanzler die Dispositionen getroffen habe, sofort 5 Regimenter Infanterieund 5 Regimenter Dragoner in Liefland vorzuschieben, andere von den besten Truppen, bis zu 70 000 Mann, nachrücken, zugleich zur Reserve 60 000 Mann Recruten ausheben zu lassen; dafür, so ist die Forderung, soll England jährlich 3 Millionen holländische Thaler für den Fall, daß es die Hülfe requirire, zahlen, bis dahin eine Million um die Truppen in Bereitschaft zu halten.

Also Bestushew ließ, ehe noch der Subsidienvertrag mit England geschlossen, ja ehe noch der Entwurf desselben mit Guy Dickens festgestellt war, die Truppenmärsche nach Liefland beginnen.

Und in dem Postscript zu seinem Bericht vom 7. Juni schreibt Funcke: auf des Canzlers Frage, ob nicht im Fall des Krieges gegen Preußen auch eine sächsische Schilderhebung folgen werde, habe er geantwortet:

1) Michell, 31. Juli.

2) Maltzahn war vom 30. Juni bis 4. Aug. beurlaubt; sein Legationssecretär Plesmann sendet 17. Juli die zwei Berichte Funckes vom 7. Juni mit einem PS. und vom 14. Juni; die Sendung ist am 19. oder 20. Juli in Friedrichs II. Hand.

Sachsen sei so gelegen, daß es nicht daran denken könne, bevor nicht sein mächtiger Nachbar kampfunfähig gemacht sei; worauf der Canzler: er habe Recht, Sachsen müsse warten, bis der Ritter aus dem Sattel gehoben sei.

Wenigstens in ihren Grundzügen übersah Friedrich II. damit die Combinationen seiner Gegner. Und wenn Dänemark, das seine Rüstungen gegen Schonen immer noch fortsetzte, eben jetzt mit Georg II. einen Vertrag angeblich zur Regulirung der Grenze zwischen Lauenburg und Holstein schloß, so lag die Vermuthung nahe, daß Bernstorff hinter dieser Maske Wichtigeres verbarg. Daß auch die Czartoryski in Polen ihre Stelle in dem Complott hatten oder suchten, schien des jungen Grafen Poniatowski Reise nach London zu ergeben.

Gewiß sehr grandiose Combinationen, ein geschlossenes System drohender Schrecknisse; aber abgesehen von den erregten Stimmungen, die sich in ihnen aussprachen, vorerst noch nicht viel mehr als „Vorschwebungen", als Wolkenbildungen aus sehr verschiedenen Windecken her, von sehr disparaten Motiven und Interessen getrieben, an denen die Diplomatie sich mit immer neuen Künsten abmühte, als sei, sie unter Einen Hut zu bringen, die ersehnte rettende That.

Mochte man in Paris sehr in Sorge sein, nicht für Preußen, aber vor der Möglichkeit mit in den Strudel eines Krieges gerissen zu werden, der sich über Preußen zu entladen drohte, — Friedrich II. sah die schwachen Stellen in dem politischen Aufmarsch seiner Gegner, und das genügte vorerst, der Gefahr zu begegnen.

Der Wiener Hof erwartete, daß die englische Nation die colossalen Summen zahlen werde, für welche die Zarin bereit war, ihre Heeresmassen gegen Preußen marschieren zu lassen. Georg II. hatte immer noch nicht die römische Königswahl aus der Stelle, immer noch nicht Ostfriesland an sich gebracht; sollte er, wie man in Wien wünschte, seine Minister nöthigen, im Parlament jene Summen durchzusetzen, so mußte man in Wien endlich Kurpfalz befriedigen und den kaiserlichen Rechtsspruch über Ostfriesland ergehen lassen.

Und so scharf Bestushew ins Zeug ging, er forderte sehr bestimmt, daß Östreich nicht hinter dem Berge halte, sondern sofort den casus foederis anerkenne und mitgehe, nicht minder daß Sachsen eben so wie Hannover gedeckt werde; und beide waren noch nicht der Allianz von 1746 beigetreten.

Schon wußte Friedrich II., daß Pelham bereit war, durch eine

Geldsumme für die preußischen Kauffahrer der Differenz ein Ende zu machen;[1]) daß er zu den russischen Subsidien nicht die Hand bieten werde, galt für völlig gewiß. Und die englische Nation hatte jetzt andere Dinge, die sie lebhaft beschäftigten. Ärgerlich genug war, daß eben jetzt Friedrich II., nachdem das erste Schiff seiner asiatischen Compagnie mit überreicher Ladung — allein 546 678 Pfd. Thee — glücklich zurückgekehrt war, auch noch eine neue Compagnie in Emden „zum Handel mit Bengalen und den benachbarten Küsten" privilegirte.[2]) Schärfer traf, daß die Krone Spanien jetzt zu allem Anderen das Erscheinen der englischen Flagge in der Honduras- und Campeche-Bai verbot, wo Engländer in immer größerer Zahl erschienen, in den Küstenwaldungen Holz zu schlagen;[3]) sechs englische Schiffe waren dabei jüngst von der Costa Guarda aufgebracht worden. Nicht minder üble Nachrichten kamen aus Nordamerika; der König im Conseil hatte erklärt, daß alles Land bis zum Ohio englisch sei, und daß „der Versuch anderer Europäer dort Forts anzulegen, mit Waffengewalt zurückzuweisen sei"; und im August erfuhr man in London, daß 1000 Franzosen und 4000 Indianer von Canada heranzogen, die englische Ansiedelung in Logstown am Ohio zu zerstören.[4]) Daß in den Verhandlungen wegen der Barriere der Wiener Hof die Nachzahlung der alten Rückstände und die Beseitigung des neuen Tarifes hartnäckig weigerte, verstimmte in England wo möglich noch mehr als in Holland.

Den Ausgleich mit England zu ermöglichen, hatte Friedrich II. seine Vorschläge in Frankreichs Hand gelegt. Er erbot sich, die Forderung für seine Kauffahrer auf 100 000, ja 80 000 Thaler zu ermäßigen. Gelang es ihm damit, und sah England, daß er nicht daran denke Hannover anzugreifen, so hatte Georgs II. hannövrische Politik ihren Hebel verloren.

Und der Wiener Hof that ihr nicht den Gefallen, mit Kurpfalz zum Schluß zu kommen, oder dem Reichsgutachten in der ostfriesischen Sache, dem der Kaiser seine Sanction gegeben hatte, rasche Justiz folgen

---

1) Michell, 8. Aug. 1753. Rescr. an Lord Marschall, 21. Aug.

2) Octroi des Königs vom 21. Jan. 1753; das Anlagecapital 2000 Actien zu 500 Thalern.

3) Michell, 14. Sept.: cette défense est d'autant plus sensible aux négociants Anglois que la coupe de ce bois leur servoit de prétexte pour faire la contrebande dans des établissements espagnols.

4) Bancroft III. c. 5. Merc. hist. et pol. 1753. Sept. p. 334.

zu lassen. Man kannte in Wien die französische Erklärung wegen Ostfrieslands, man sagte dem französischen Gesandten: es sei des Kaisers Absicht nicht, von früheren Kaisern gegebene Exspectanzen zu widerrufen, das würde ein zu gefährliches Beispiel geben.[1])

Um so schärfer setzte Friedrich II. an. Nach preußischer Ansicht war das bestätigte Reichsgutachten „eine Nullität". Es erging von Berlin aus an den Kaiser „in Anlaß des neulichen in gleichem Maaße wohl niemals erhörten Vorganges" eine Erklärung,[2]) welche schließlich unumwunden die Nothwendigkeit aussprach, „dem sich mehr und mehr äußernden Verfall im Comitial- und Justizwesen des Reiches durch Regelung der Directorial-Befugnisse und ernstliche Visitationen der Reichsgerichte" endlich einmal abzuhelfen, „etwa nach Exempel des ehemaligen Reichsregimentes" — jener „zwanzig des Reichs Regenten", aus der Zeit vor der Machterhebung des Hauses Östreich, die der junge Karl V. 1519 in seiner Wahlcapitulation ausdrücklich herzustellen beschworen hatte.

Eine entsprechende Finalerklärung wurde an den Geheimrath v. Pollman nach Regensburg gesandt, sie im Reichstage zu Protocoll zu dictiren. Als es geschehen sollte (6. Juli), weigerten sich erst die Directorialgesandtschaften, dann die meisten anderen, in das Collegialzimmer zu treten; auch ohne sie konnte die Dictatur vor sich gehen. Als die Secretäre dann Nachmittags ihre Protocolle zu vergleichen und zu berichtigen, womit erst die Dictatur officiell war, sich wie gewöhnlich in den Rathhaussaal begeben wollten, fanden sie denselben verschlossen, wie ihnen gesagt wurde, auf Befehl der beiden Directoren Mainz und Östreich. Auf seinen Bericht darüber erhielt Pollman aus Berlin die Weisung, dagegen „eine Protestation, jedoch in glimpflichen und behutsamen terminis zu erlassen".

Nun lief des Kaisers Antwort auf die preußische Beschwerde vom 2. Juni ein, in gemessenen Ausdrücken verfaßt, aber so, als wenn in dem directorialen Verfahren in Regensburg Alles in reichsverfassungsmäßiger Ordnung und ein Protest dagegen nicht zulässig sei.[3]) Desto

1) Ministerialrescr. an Klinggräffen, 1. Mai 1753.

2) „Sehe mich genöthigt finaliter zu erklären", 2. Juni 1753. Der Schluß ist: „... ich ohnermangelt mit allen Kräften für das Reich einzustehen und Alles darunter mit beitragen zu helfen, was der nexus Imperii und die Reichsgesetze in solchem Fall erheischen können".

3) Wien, 28. Juli 1753, vom Reichcanzler Grafen Colloredo contrasignirt.

derber war die Antwort, die der östreichische Directorialgesandte v. Buchenberg in Regensburg (23. Juli) auf Anlaß jener „Finalerklärung“ abgab: sie sprach von Eingriffen eines „anmaaßlich sich aufzuwerfen vermeinenden Afterdirectoriums“, von dem „ungebetenen Vernunftrichter, der einen andern als den durch die klarsten Reichssatzungen vorgeschriebenen Weg der Reichsbeschlüsse aufbringen wolle“, von dem „in seinem offenkundigen Unfug und eben darum auch der Wirkung nach offenkundiger Nichtigkeit ohnehin erliegen bleibenden kecken Unternehmen“ Kurbrandenburgs.

Sollte solche Sprache eines Gesandten, dessen Directorium unter den gleichberechtigten Mitständen nur die formelle Geschäftsleitung betraf, hinfort gelten, so waren Kurmainz und Östreich-Salzburg nicht mehr die Leiter, sondern die Herren der Versammlung; ihr Directorium war ein „Magisterium“, wie man damals sagte, und das Reich nicht, wie der westphälische Friede verordnete, ein völkerrechtlicher Verein souveräner Reichsstände, sondern deren Recht, Besitz, Dignität dem Kaiser mit seinem uncontrollirbaren Reichshofrath in Wien, den Directoren im Reichstag und der Majorität, die ihnen durch die geistlichen und die katholischen neufürstlichen Stände stets gewiß war, preisgegeben.

Der „Generalprotestation“, die auf Weisung aus Berlin Pollman am 10. August ankündigte, wurde vorerst damit aus dem Wege gegangen, daß das Directorium zum 13. August den Beginn der Ferien ansetzte.

Noch andere Fragen in Menge waren im Gange, Fragen, in denen die kaiserliche Autorität, die Competenz des Reichshofrathes, die der beiden Directorien in Regensburg, namentlich die des östreichischen, welches auftrat, als ob es Namens des Kaisers, nicht eines Mitstandes im Reich spreche, immer dreister vorwärts drang.

In Sachen der Reichsritterschaft, bei denen so viele altfürstliche Häuser betheiligt waren, erfolgte nach mehrjährigen Erörterungen, während deren die Kaiserlichen im Kur- und Fürstencollegium sich die Majorität der Stimmen gewonnen hatten, jetzt ein Reichstagsbeschluß

Der Schluß ist: „Wir gehen auf die Hauptsache nicht weiter dermalen ein, bleibet uns daher nichts übrig, als nach dem geraden Wege, das heißt, nach den Satz- und Ordnungen und Herkommen Unser kaiserliches Amt ohne alle Rücksicht und Nebenabsicht auszuüben, und stehet nicht in unserer Willkühr besagte Ausübung, als wovon die Beruhigung gesammter um ihre eigene Erhaltung besorgter Stände abhängt, jemandem auf geziemendes und in hergebrachter Ordnung bestehendes Anliegen zu versagen“.

(23. Juli), „ein durch allerhand Griffe und Gefährde ausgekünsteltes Palliativ", welches der Kaiser sofort (8. August) bestätigte, aber in der Weise, daß diese Bestätigung weiter ging als das Reichsgutachten.

Im fränkischen Kreise hatten die beiden brandenburgischen Markgrafen allezeit neben Bamberg das Condirectorium gehabt, Bamberg sie mehr und mehr zurückgedrängt, endlich die Frage an den Reichshofrath gebracht, sie dagegen Recurs an den Reichstag genommen; der Kaiser forderte auch von Preußen, das in dieser Sache, als Chef des Hauses, für die Markgrafen eintrat, „daß dem oberstrichterlichen Amte kein Eintrag geschehe, und von dem recursus ad comitia abgesehen werde".[1])

Bei Gelegenheit des hannövrischen Anspruches auf Ostfriesland hatten die fürstlichen Häuser, die auf Lauenburg ein besseres Recht als Hannover zu haben meinten, ihre schon seit Jahrzehnten dem Reichstag übergebenen Proteste und Anträge endlich zur Ansage zu bringen gefordert, und aus eigener Macht hatten die Directorien die Forderung zur Seite geschoben.

Aus eigener Initiative empfahl der Kaiser, auch am Berliner Hofe, die Aufnahme des Fürsten von Thurn und Taxis, des Präsidialgesandten, in das Fürstencollegium, und doch hatte dieses neufürstliche Haus nur ein kaiserliches Amt, kein reichsunmittelbares Territorium, wie zur Reception nöthig war, während andere der neufürstlichen Häuser, Nassau, Schwarzburg, Stolberg, Löwenstein u. s. w., trotz reichsunmittelbaren Besitzes, noch nicht zu Sitz und Stimme zugelassen waren,[2]) auch das Haus Hessen für zwei, Kursachsen für sechs Fürstenthümer, Preußen für Mörs Sitz und Stimme zu fordern hatten.

Und so andere Dinge mehr. So lange die kaiserliche Autorität mit der Wucht und dem Sonderinteresse des Wiener Hofes auf das

1) Rescr. an Pollman, 9. Mai 1753: das könne nicht geschehen, „da dergleichen wichtige jura und Differenzien nicht eigentlich an den Reichstag gehören, auch Kais. M. und Dero höchste Autorität so wenig davon ausgeschlossen sei, daß Sie vielmehr durch den kaiserlichen Principal-Commissarius das Präsidium führten".

2) Eine Zuschrift des Markgrafen von Baireuth an Friedrich II., 12. September 1753, sagt: ... „sie müssen täglich ansehen, daß gewisse theils vor, theils nach 1654 recipirte, keine nach der Wahlcapitulation erforderliche immediate Fürstenthümer, sondern nur geringfügige Abteien oder einzelne Herrschaften besitzende Votanten, obschon, wie z. E. der Abtei Berchtesgaden sogar die Landeshoheit bestritten wird, sich gleichsam ein besonderes Geschäft daraus machen, den juribus collegii et statuum conträr zu votiren" u. s. w.

Reich drückte, war kein Wandel zu hoffen. „Überall im Reich und sonderlich an den kleineren Höfen" erwartete man mit Spannung, wie Preußen des Weiteren verfahren werde.[1]) Friedrich II. überließ die Führung der verzwickten Reichstagssachen in der Regel seinem Ministerium; jetzt erließ er aus dem Cabinet eine Weisung an Pollman (29. August): „wenn solche Unanständigkeiten und Illegalitäten, auch Impertinenzien von dem hannövrischen und östreichischen Gesandten, oder von wem sonst immer, vorkämen, dabei nicht gelassen zu sein noch weniger sich timide zu benehmen, vielmehr, auch ohne weitere Ordre, rein von der Leber weg zu sprechen und, obschon ordnungsmäßig, jedoch haut à la main, dergleichen Indecenzien sich entgegenzustellen, und die Würde des Königs und seines Hauses mit allem gebührlichen Nachdruck zu souteniren." Die entsprechende Weisung erging an das Ministerium.

Den besten Nachdruck gaben die 50000 Mann, die jetzt im Lager bei Spandau vereint waren. „Diese Manöver, schrieb der König dem Prinzen von Preußen am 13. August, „werden von dem Besten, was es giebt, sein, da sie ganz auf das Terrain berechnet sind". Sie waren das Staunen der Welt; selbst Puebla meldete nach Wien (8. September): „die Armee thut Wunder im Manövriren und übertrifft noch weit die allgemeine Erwartung, die man davon hatte".[2])

Nach Regensburg war bereits die Weisung an Pollman ergangen, seine „Generalprotestation gegen Alles, was dort in den drei Collegien vorgenommen werde wollte, in gebührender Ordnung, jedoch mit Nachdruck und Standhaftigkeit, zu wiederholen". Die Gesandtschaften von Baden-Baden, dem Hause Anhalt, Herzog Clemens von Baiern schickten sich an, durch das energische Verhalten Preußens rege gemacht, mit ihren schon fertigen Deductionen in der lauenburgischen Sache vorzurücken, „vielleicht, daß auch Mecklenburg hinzutrete, da dann dem

---

1) Eichel an Podewils, 28. Aug. 1753. Se. M. habe erfahren, daß man überall im Reich und insonderheit bei den kleinen Ständen eine genaue Attention auf dasjenige habe, was auf dem Reichstage wegen der ostfriesischen Sache vorfalle, und daß die Art, mit welcher S. M. und dero Hauses Dignität daselbst soutenirt werde, eine große Influenz auf Sr. M. Credit und Ansehen bei ermeldeten Ständen haben werde.

2) Puebla an Kaunitz, 8. September, nach dem Schluß der Manöver: il n'y a qu'une voix sur la beauté et sur la régularité de cette armée, et on assure que S. M. en est contente au delà de toute expression.

fast wilden braunschweigischen Roß ein um so stärkeres Gebiß angelegt werden würde". Herzog Karl von Würtemberg stellte, indem er um Preußens Unterstützung in Sachen der Reichsritterschaft bat, die Frage, ob sich dieser Fall, sowie der ostfriesische nicht eigne, die Garantie des westphälischen Friedens anzurufen, da dessen Artikel gaudeamus in beiden gröblich verletzt sei. Markgraf Friedrich von Baireuth wies „mit dem Dank aller patriotischen Stände für das Verhalten Preußens am Reichstage" darauf hin, daß der Kaiser der nach seiner Wahlcapitulation und nach der dem Reichsabschied von 1654 ihm obliegenden Verpflichtung, über die Aufnahme neuer Fürsten eine Comitialuntersuchung zu veranlassen, noch immer nicht nachgekommen sei, und daß diese, sowie die Regelung der Directorialbefugniß, wohl demnächst zu fordern seien. Lord Marschall hatte eine Denkschrift „von einem seiner Freunde" eingesandt, die in scharfer Darlegung die Schäden der Reichsverfassung und ihre Gründe enthüllte, und als das einzige Rettungsmittel empfahl, daß der König von Preußen, der ja erklärt hatte, bei der Wahl des Erzherzogs Joseph nichts für sich zu wollen, als Bedingung für seine Wahlstimme fordere, die endlosen Misbräuche, die sich seit dem westphälischen Frieden eingeschlichen, auf Grund der Artikel dieses Friedens zu reformiren und in diesem Sinn die Kurfürsten und Fürsten des Reichs zu vereinigen.[1])

Am wenigsten um Fragen der Reichsverfassung konnte es Friedrich II. zum Bruch mit England kommen lassen wollen. Und das kaiserliche Regiment im Reich, die östreichischen Manipulationen im Reichshofrath in Wien, am Reichstag in Regensburg, in den Kreistagen, in allen kirchlichen und profanen Sachen waren nicht der Art, daß der Wiener Hof eine ernsthafte Discussion nicht lieber hätte vermeiden sollen; wie denn der Graf Kaunitz bei Anlaß der letzten scharfen Discussionen in Regensburg sich möglichst begütigend gegen Klinggräffen aussprach. Genug vorerst für Friedrich II., daß man in Wien diese Waffe in seiner Hand und ihn bereit sah, im gegebenen Fall von ihr Gebrauch zu machen. Mit der „standhaften Verwahrung gegen die unerhörten Anmaaßungen", die im November gedruckt in Regensburg vertheilt wurde, wies er darauf hin, „daß er seiner Zeit, seines

1) Von Lord Marschall, 29. Juli, eingesandt: j'ai trouvé, schreibt darüber der König an Podewils, 11. Aug., les réflexions assez justes et solides. Das Memoire ist wohl nicht von einem Franzosen.

Orts in Acht zu nehmen wissen werde, was seines Hauses Glorie erfordere und das allgemeine Völkerrecht mit sich bringe". [1])

Von ernsterer Bedeutung war für ihn die Frage des englisch-russischen Subsidientractates.

Es lagen ihm jetzt die sämmtlichen Schriftstücke bis zum 2. Juli mit Einschluß des russischen Vertragsentwurfes vor. Sie ergaben lehrreiche Einzelheiten in Fülle. Bestushew hatte über Guy Dickens' Antrag zunächst nur mit Pretlak und Funcke berathen, dann erst den Vicecanzler, den General Apraxin, den Oberstallmeister Sumorokoff ins Geheimniß gezogen, ihnen die „remarques" mitgetheilt, die er für die Zarin aufgeschrieben, dann sich an den jungen Schuwalow, den Favoriten, gewandt, mit Ausschluß der anderen Schuwalows, „die sehr unter sich uneins geworden". Am 18. Mai hatte er der Zarin den Antrag überreicht; sie war Anfangs „ganz nicht von gutem Humeur", aber des Canzlers remarques thaten die erwartete Wirkung „also daß J. Kais. Maj. Humeur vielmehr lediglich gegen Preußen und Alles, was preußisch heiße, losgebrochen," und des Großcanzlers Vorschlag zu seiner eigenen Sicherheit die Sache in einem geheimen außerordentlichen Conseil berathen zu lassen, „mit marquirtem Wohlgefallen beliebt worden ist". [2])

Am 26. Mai war das Conseil mit seinen Berathungen fertig; das Protocoll wurde der Zarin nach Kloster Troiza zugeschickt; zurückgekehrt gab sie am 20. Juni ihre Genehmigung, nach Maaßgabe des Protocolls zu antworten. Es geschah in der Form des Vertragsentwurfes vom 28. Juni mit beigefügtem Promemoria. „Der Großcanzler", schreibt Funcke, „hat um so mehr Ursache zufrieden zu sein, da die Zarin die von dem Conseil beschlossenen Artikel vollkommen gebilligt, sie als ihr Testament in seine Hand zurückgestellt hat; dadurch ist, für so lange die Zarin lebt, ein beständiges System etablirt und der Canzler von aller besorglichen Verantwortung befreit". Der Canzler hatte die Vorsicht gebraucht, die Führung des Protocolles im Conseil dem jungen

1) Die gedruckten Exemplare kamen aus Berlin nach Regensburg, als Pollman schwer erkrankt darniederlag: sein Secretär, Geh. Leg. Rath v. Viereck erhielt Befehl, das Packet zu öffnen und die Exemplare zu vertheilen, Rescr. 8. Decb. Es geschah am 19. Decb., Pollman war am 30. Nov. gestorben.

2) Nach Beer, Graf Bentink p. CXLV, hat die Zarin gesagt: sie müsse gestehen, daß, da dieses ein so ruhestörerischer Nachbar wäre, sie mit ihm selbsten einen Krieg zu haben wünschete".

Secretär Wolkoff zu geben, den er im Voraus so instruiren konnte, daß die im Conseil über und unter einander her wie Kraut und Rüben vorgefallenen Äußerungen dieses polnischen Aufgebotes, wie der Canzler es nannte, seinem Zweck entsprachen. Und so standen denn in diesem Testamente noch erstaunlichere Dinge, als in den Entwurf der Convention aufgenommen wurden, an der Spitze die schneidige Äußerung: „Da nach den Nachrichten, die man hat, und mehr noch nach den bisherigen Erfahrungen in vollem Maaße zu fürchten ist, daß der König von Preußen zu einem neuen Zuwachs an Macht durch einen neuen Angriff gegen einen oder anderen Verbündeten der Zarin kommen könnte, wodurch dieselbe sich noch furchtbarer und für Rußland gefährlicher machen würde, so urtheilt man insgemein und ohne Widerspruch, daß es die äußerste Nothwendigkeit ist, ihn nicht dazu kommen zu lassen, sondern daß man vielmehr mit allen Kräften danach trachten muß, ihn auf den alten und bescheidenen Fuß, wie vordem, zurückzubringen, auf dem er uns nicht so zur Last und so gefährlich sein wird". Und zum Schluß: „Wenn die Rüstungen, so wie das Conseil vorschlägt, gemacht werden, so wird Rußland nicht allein im Fall eines preußischen Angriffes gegen Hannover im Stande sein, eine Diversion in Preußen zu machen, sondern wenn es nöthig scheinen wird, diesen unruhigen Nachbarn zu bändigen, wird Rußland von sich aus ihm den Krieg erklären und denselben anfangen können".[1])

Also nicht mehr die unschuldige Defensive der Allianz von 1746, nicht der verschämte Vorbehalt des vierten Geheimartikels, nur einem Angriff Preußens zu begegnen, sondern einfach der Krieg gegen Preußen, um es auf sein altes und bescheidenes Gebiet zu reduciren. Der Angriffskrieg ist und bleibt, so lange diese Kaiserin lebt, das Programm der russischen Politik.

Wenigstens wenn England das Geld dazu giebt. Noch schien es wenig wahrscheinlich; am wenigsten wenn mit dem angebahnten Ausgleich der nationale Eifer, den Georg II. für seine deutschen Interessen auszubeuten gedachte, abgekühlt wurde. Wenn die englischen Minister nur nicht zu Repressalien schritten, — mit einem preußischen Angriff

1) Die im Text angeführten Stellen aus dem Gutachten des Conseil giebt die refutation von 1757 (Hertzberg, Recueil 1. p. 278) als résultat du grand conseil, und zwar so, als wären diese Punkte 1, 2, 3 das ganze Resultat. In Funckes Copie sind es die Beschlüsse 1, 2 und 15 des grand conseil vom 26./15. Mai.

auf Hannover sollte ihnen nicht Anlaß gegeben werden, die Russen marschieren zu lassen.

Auch den, der in den Differenzen wegen der sächsischen Steuerzettel gefunden werden könnte, galt es möglichst abzuschwächen. Bisher war trotz aller Winkelzüge, die Graf Brühl versuchte, das Privilegium für alle im Besitz preußischer Unterthanen befindlichen Zettel aufrecht erhalten worden; noch auf der letzten Messe hatte das sächsische Ministerium die fälligen 60 000 Thaler „ohne Unterschied des Datums der Erwerbung" auszahlen lassen, freilich mit der ausgesprochenen Hoffnung auf ein „erleichterndes Accommodement"; namentlich wünschte es die Versagung des Privilegiums für diejenigen Zettel, die des Weiteren an preußische Unterthanen kommen würden. Maltzahn meldete diese Andeutungen, empfahl, wenn auch nicht ohne Bedenken, die Verständigung.[1]) Friedrich II. genehmigte, daß „aus Rücksicht und Freundschaft, die er für den König von Polen unveränderlich habe, und, wo es ihm irgend möglich sei, zu bethätigen wünsche", eine Convention in solchem Sinne geschlossen werde, nur mit dem Vorbehalt, daß bei Zahlungen von Mitgiften und Erbschaften aus Sachsen für sächsische Zettel jenes Privilegium nach wie vor gelten müsse, mit dem Bedeuten, daß sonst gleiche Zahlungen aus Preußen nach Sachsen nur nach dem Cours der Steuerzettel gestattet werden könnten.

Die Convention wurde am 3. November geschlossen, zur größten Freude des Königs von Polen, da damit, so ließ er durch Brühl an Maltzahn sagen, für die Zukunft jeder Anlaß zum Streit zwischen beiden Höfen gehoben sei. Auch wurde Maltzahn zu den Jagden nach Hubertusburg eingeladen, „wohin seit drei Jahren von allen Gesandten nur der kaiserliche mitzugehen pflegte".

Nicht minder wichtig war es, mit Dänemark, das Bernstorff mit großem Geschick mehr und mehr in das Fahrwasser Englands führte, endlich ins Klare zu kommen. Daß Bernstorff nicht völlig des Königs Vertrauen besaß, daß ihm mehr und mehr die junge Königin mit ihrem wachsenden Einfluß in aller Vorsicht die Stange hielt, wußte Fried-

1) Maltzahn, Dresden 18. Sept. 1753: Der Hartnäckigkeit Brühls nachgeben, werde heißen: faire à présent un pas en arrière sur lequel le Cte. de Brühl chanteroit Victoria; und die Russen könnten sich zuschreiben durch ihre Demonstrationen dieß bewirkt zu haben; il faudra de toute nécessité prendre le haut ton de bonne heure, pour que le Cte. de Bruhl ne s'enhardisse pas par la réussite que son obstination auroit eue.

rich II. aus Mittheilungen ihres Bruders, des jungen Prinzen Franz von Braunschweig, der preußischer Obrist war und im Juni sie besucht hatte. Jetzt nach dem Lager in Spandau folgte auch der ältere Bruder, Prinz Ferdinand, einer Einladung des dänischen Königspaares, und da er in dem vollen Vertrauen Friedrichs II. war, konnte er am besten in die recht unklar gewordenen Beziehungen zwischen den beiden Höfen Licht bringen. Es war ihm nicht schwer, die dänischen Majestäten zu überzeugen, daß keineswegs, wie ihnen von Bernstorff gesagt, von den englischen und östreichischen Gesandten bestätigt war, preußischer Seits ein Überfall Lauenburgs geplant, noch weniger ein Angriff auf Hannover beabsichtigt werde, und gar von der Gründung einer preußischen Kriegsflotte, um Dänemark völlig matt zu setzen, von den geheimen Verabredungen Preußens mit dem russischen Thronfolger „und anderen Abgeschmacktheiten und lächerlichen Dingen mehr", mit denen man die dänische Majestät zu beunruhigen verstanden hatte, konnte nach den einfachen und positiven Zeugnissen des Prinzen nicht mehr die Rede sein.[1]) Der hannövrische Hofjägermeister v. Wedell, der jetzt nach Copenhagen kam, die nöthigen Verabredungen für den Fall eines preußischen Angriffes auf Hannover zu treffen, — da dann die hannövrischen Truppen sich ins Bremische zurückziehen, und dort die dänische Armee erwarten würden, — fand nicht mehr seine Rechnung; der König hatte bereits dem Grafen Bernstorff „gemessene Befehle" gegeben, die hinlänglich zeigten, daß er „die Hände frei behalten wolle". Mehr noch, er erklärte sich bereit, in Betreff der Gräfin Bentink die Artikel zu genehmigen, die vor zwei Jahren, als Friedrich II. die Vermittelung in Frankreichs Hand gelegt hatte, durch Tyrconnell vorgeschlagen worden waren, — bereit auch, sobald dieser Handel beigelegt sei, die schon vor Jahren eingeleiteten Allianzverhandlungen mit Preußen wieder aufzunehmen. Vor Allem, der französisch-dänische Subsidienvertrag, den England aus der Welt zu schaffen gehofft hatte, wurde nun nach kurzer Verhandlung (30. Januar 1754) erneut. Im Laufe der folgenden Monate hatte auch, da die preußische Sauvegarde Knyphausen verließ, das

1) Rescr. an Lord Marschall, 23. Oct. 1753; an Häseler in Copenhagen, 20. Oct.: dites-lui [au prince Ferdinand] de ma part que j'avois pu à peine garder mon sérieux quand j'avois appris qu'on avoit inspiré des ombrages au Roi de Danemark par rapport à la marine. Prinz Ferdinand schreibt seinem Bruder, dem Herzog Karl, Copenhagen, 27. Oct.: Bernstorff est démasqué, toutes ses démarches sont compassées à des ordres supérieurs, et il paroît qu'il n'ose plus agir de son chef.

Widerstreben der Gräfin ein Ende, die peinliche Sache war im Wesentlichen abgethan. Und mehr als einen „Freundschafts- und Neutralitätsvertrag mit Dänemark," wünschte Friedrich II. selbst nicht;[1]) ihm genügte, daß Dänemark sich band nicht auf die Seite der Gegner Preußens zu treten.

Neue Anläufe.

So waren die nächsten „Steine des Anstoßes" beseitigt. Wenn nun die französische Vermittelung der Differenzen mit Preußen gelang, so blieb für Georg II. wenig Aussicht, von seinem englischen Parlament 3 Million holländische Thaler für Rußland bewilligt zu erhalten.

Aber soweit Friedrich II. entgegenkam, die Haltung Newcastles wurde nur schroffer. Nicht bloß beharrte er dabei, daß England sich auf keine Compensationen einlassen könne, daß Preußen erst den über die Schuldsumme verhängten Arrest aufheben, daß dann die englischen Gerichte von Neuem die Forderungen der preußischen Kaufleute untersuchen und das Nöthige entscheiden müßten; dieselbe Erklärung mußte Ende August Lord Albemarle in Versailles wiederholen, mit dem Zusatze, daß man dem Könige von Preußen vier Wochen Zeit gebe, entweder sich zu fügen oder ein neues Auskunftsmittel vorzuschlagen.[2]) St. Contest antwortete ihm: Frankreich werde sich hüten diesen Auftrag zu übernehmen, solch ein Vorschlag heiße völlig ablehnen; ein so mächtiger Monarch, wie der König von Frankreich, müsse sich wundern, daß man, statt ihn als Vermittler zu brauchen, ihm zumuthe, als bloßer Bote einseitiger Entscheidungen zu dienen.

Friedrich II. darauf (16. September): wenn auch 200 000 Russen in Liefland ständen, würde er doch keinen Titel von seinem billigen Ultimatum aufgeben; Frankreich habe dasselbe in Händen, er werde sich

1) Rescr. an Häseler, 2. April 1754: par la raison que je n'en veux ni secours en cas de guerre ni stipulation de subsides, mais simplement un traité d'amitié, afin que s'il arrivoit que d'autres puissances m'attaquoient, celle de Danemark ne sauroit point alors se mettre de leur parti, ni favoriser leurs entreprises.

2) Nicht Lord Marschall in seinem Bericht über diese Besprechung, 31. Aug., erwähnt diese vier Wochen, wohl aber Finckenstein an den König, 12. Sept., nach den Eröffnungen von de Latouche auf Grund der am 11. Sept. ihm durch Courier überbrachten Weisung.

Alles gefallen lassen, was Frankreich in dieser Sache für gerecht halte; Englands Verfahren in dieser Mediation, die es selbst nachsuche, sei „zwischen respectablen Puissancen" nicht eben herkömmlich.

Die Vermittelung noch mehr zu erleichtern, erbot er sich, die von ihm mit Beschlag belegte Schuldsumme in Frankreichs Depot zu geben, das dann weiter nach seinem Ermessen verfahren könne.[1]) Freilich St. Contest hatte nach jener letzten Erklärung an Albemarle den bedenklichen Entschluß gefaßt, zu schweigen und England mit weiteren Anträgen kommen zu lassen.

Aber England kam nicht. Es folgten Wochen steigender Spannung; jeder Posttag brachte drohendere Nachrichten; für Preußen schien ein furchtbares Wetter dem Ausbruch nahe.

Woher hatte Rußland die Mittel zu den Truppenbewegungen, die seit dem Juli im vollen Zuge waren? „Sie werden mich nicht sehr in Verlegenheit setzen", schreibt Friedrich II. am 25. September an Michell. Aber schon dessen nächste Berichte meldeten, daß Lord Granville auf den Krieg brenne als das einzige Mittel, „Preußen zu zügeln", daß Colloredo auf das Eifrigste für die russischen Subsidien arbeite, daß er sichtlich Terrain gewinne; freilich Pelham wolle durchaus keinen Krieg, und er sei der großen Majorität des Parlamentes gewiß. Friedrich II. darauf (16. October): „Sie werden weichen müssen, wenn der König will".

Er hat bereits am 25. September nach Paris geschrieben: „es sei Zeit, daß Frankreich die Differenzen schlichte; wenn es hohen Tones spreche, werde die Sache schnell abgethan sein". Und demnächst (6. October): „St. Contest glaubt den Engländern, daß sie nicht auf Krieg denken, aber vielleicht Repressalien an den Emder Schiffen nehmen werden; in solchem Fall giebt es noch andere Gegenmittel, als Hannover zu überfallen". Er nennt sie, er erkundigt sich, ob der König von England autorisirt ist, auf eigene Hand solche Repressalien zu befehlen. Und noch haben die russischen Regimenter nicht Liefland erreicht; im nächsten

1) Rescr. an Lord Marschall, 22. Sept.: . . . et laisser le soin alors à la France d'accommoder l'affaire de la manière qu'elle le trouveroit bon et convenable. Lord Marschall, der seine Ansicht über diese „idée" geben soll, ist völlig einverstanden; er erhält den Auftrag, das Erbieten an St. Contest zu machen, durch Rescr. vom 16. Oct. 1753.

Monat kommt das Parlament zu seiner letzten Session zusammen; „aus des Königs Thronrede wird man Weiteres sehen".[1])

In der letzten Octoberwoche hat Friedrich II. bedenkliche Nachrichten. Kein Zweifel, daß der Wiener Hof der eigentliche Treiber ist, obschon er „sein Feuer eifrigst verbirgt" und seine Friedensliebe leuchten läßt.[2]) Colloredos Bemühungen in London haben, so berichtet Michell am 12. October, ihre Wirkung gehabt; man hat im Conseil nach langer Debatte nachgegeben, daß England im nächsten Sommer auf den russisch-östreichischen Vorschlag eingehen werde, was augenblicklich nach der innern Lage Englands nicht möglich sei; man werde gern sehen, daß bis dahin Rußland seine Regimenter nach und nach in Liefland einrücken lasse, damit, so wie der Vertrag gezeichnet sei, Alles bereit stehe; man sei erfreut, den Kaiserhöfen erklären zu können, daß der König auch als Kurfürst für Hannover der Allianz von 1746 beitreten werde, und habe Grund zu erwarten, daß auch Sachsen keine Schwierigkeiten mehr machen werde, dasselbe zu thun.[3])

St. Contest hatte die gleichen Nachrichten und deutete sie darauf, daß England Repressalien nehmen, vorher sich Sachsens und der beiden Kaiserhöfe versichern wolle; er getröstete sich der Hoffnung, daß das Parlament nimmermehr so große Subsidien für solchen Zweck bewilligen werde. Darauf Friedrich (2. November): es mache ihm Sorge, daß selbst die Kunde von diesen Absichten Englands gegen Preußen den französischen Minister nicht allarmirt hätten; mit jedem Tage werde die Lage ernster; der König von England werde, nachdem er seine Minister den ersten Schritt thun lassen, sie bald weiter treiben; „ich überlasse es St. Contest, zu beurtheilen, ob er nicht den Augenblick

1) Rescr. an Michell, 23. Oct.: au reste je verrai indifféremment et avec tranquillité quand même le nombre des troupes de Russie s'augmentera jusqu'à 100 000 hommes, et vous pouvez être sûr que ce ne sera pas moi qui romprai le premier la paix, mais qu'aussi si l'on veut absolument et contre rime et raison me faire la guerre, je me défendrai vigoureusement, et qu'on trouvera à qui parler.

2) Rescr. an Klinggräffen, 27. Oct.: . . . qui en cherchant de cacher son feu au possible et de prôner son amour pour la conservation de la paix ne cherche que playe et bosse; soll auf die militärischen Vorbereitungen achtsam sein, qu'elle fait à la sourdine, apparemment pour me trouver à l'impourvu, mais dont j'espère qu'elle se trompera furieusement, à moins que vous veillerez bien sur ses démarches.

3) Michells Bericht, 12. Oct. Daraus Rescr. an Lord Marschall, 27. Oct. Rescr. an Klinggräffen, 27. Oct.

gekommen glaubt, wo es höchst nothwendig ist, einen jetzt noch unter der Asche glimmenden Funken auszulöschen, der, wenn er einmal Luft bekommen, unfehlbar einen allgemeinen europäischen Brand hervorbringen wird; wenn Frankreich die Dinge gleichgültig weiter gehen läßt, so wird England, sobald es mit den Kaiserhöfen seinen Pact gemacht hat, mit ihnen vereint mir so nahe rücken, daß ich, auf das Äußerste gebracht, Ehren halber gezwungen sein werde, mit ihnen zu brechen". Noch, meint er, würde ein ernstes Wort Frankreichs den Engländern zu denken geben; er weist wieder auf die Pforte hin, die man leicht gegen die Kaiserhöfe stellen könne; auch Spanien könne man veranlassen, wegen des amerikanischen Handels schärfere Saiten aufzuziehen; da nun weder Frankreich noch Preußen den Krieg wolle, sei es jetzt so weit, daß man alle Mittel brauchen müsse, den Frieden zu erhalten.

Der nächste Bericht Michells (vom 19. October) bestätigte, daß der englische Plan dahin gehe, für 60 000 Mann Russen, die in Liefland zur Disposition Englands bereit sein sollten, zunächst 70 000 Pfd. Sterl. und allmählich mehr zu zahlen, daß die Absicht sei, so gedeckt im nächsten Frühling, zu dem Georg II. nach Hannover gehen werde, die römische Königswahl zu erzwingen. Und Klinggräffen erfuhr aus ziemlich sicherer Quelle, daß Maria Theresia im nächsten Frühling 50 000 Mann in Böhmen zusammenziehen, daß der Dresdner Hof sich dort zum Besuch einfinden werde.[1])

„Ich habe lange geschwiegen, als schon die Russen sich gegen meine Grenzen zusammenzogen", schreibt Friedrich II. nach Paris (8. November), „um nicht Frankreich zu früh zu beunruhigen; jetzt, da ein neuer Krieg daran ist, auszubrechen, und man ohne Säumen arbeiten muß, ihm vorzubeugen, bin ich verpflichtet, gerade heraus mit dem Könige von Frankreich und seinem Ministerium zu sprechen, auf die Gefahr sie in üble Laune zu bringen. Der Plan der großen Allianz geht auf die Wahl des Erzherzogs Joseph, die Frankreich und Preußen, und auf die Frage der gecaperten Schiffe, die Preußen allein angeht; die Königswahl ist nicht eines Krieges werth, man muß Kurpfalz zum Abschluß bestimmen, unter dem Vorbehalt, daß die Wahl ordnungsmäßig und mit allen Stimmen geschieht; will Frankreich den Frieden erhalten, so mag es ernstlich und thatsächlich zu den Mitteln greifen, die es vielleicht noch sechs Wochen oder zwei Monate lang Zeit hat zu verwenden;

1) Klinggräffen, 7. Nov., und Bestätigung, 10. Nov. 1753.

„ich werde gern, wenn es mit Ehren geschehen kann, den Krieg vermeiden, aber keine Rücksicht von der Welt, weder die furchtbare Allianz meiner Feinde, noch die Fülle ihrer Mittel wird mich dahin bringen, mich vor dem Könige von England zu beugen“. Frankreich muß die Pforte veranlassen, den beiden Kaiserhöfen ernste Besorgniß zu erregen; muß offen und energisch gegen England sprechen; die bis jetzt ängstliche Politik Pelhams wird sich nicht weiter wagen auf die Gefahr eines allgemeinen Krieges, wenn Frankreich erklärt, daß der die Folge eines Angriffes auf Preußen sein werde.

St. Contest vermied jedes eingehende Gespräch mit Lord Marschall, und dieser selbst bat um die Erlaubniß (27. November), ihn nicht weiter zu drängen, da er wahrscheinlich nicht nur das Vorgeschlagene ablehnen, sondern wie einmal seine Art sei, Verdacht schöpfen würde, daß man Frankreich zu einem Schritte führen wolle, von dem es üble Folgen fürchten müsse.

So ernst war die Lage. Friedrich II. schreibt in diesen Tagen (23. November) an den Prinzen von Preußen, der zu der Vermählungsfeier seiner Nichte, der Markgräfin von Schwedt, reiste: „Ich bleibe hier einsam, wie meine Neigung ist; und mehr noch, die Zeit, die ich jetzt noch habe, ist mir sehr nöthig, mich für die schwierige Rolle vorzubereiten, die ich im nächsten Jahre zu spielen haben werde“. In den nächsten Tagen ergingen die ersten nothwendigen Weisungen an Feldmarschall Lehwaldt in Königsberg (3. December).

„Die Schwäche des französischen Gouvernements“, schreibt Friedrich am 24. November an Lord Marschall, „ist leider den auf Frankreich eifersüchtigen Mächten nur zu wohl bekannt, und der König von England rechnet auf dieselbe nur zu sehr bei allen Schritten, die er thut und die, um es offen auszusprechen, nur darauf gerichtet sind, Frankreich zu erniedrigen und von allem Einfluß auf die großen Verhältnisse Europas zurückzudrängen, wobei ihn die innneren Zwistigkeiten, die Frankreich jetzt zerreißen, nur zu sehr begünstigen. Drängt, von Wien aus soufflirt, England mich zu hart, so wird es nicht meine Schuld sein, wenn ich, mag ich wollen oder nicht, in einen Krieg gerathe, dessen Rückschlag Frankreich, auch wenn es ihn wider Willen mitmacht, empfinden wird. Die Minister dort sollten das doch sehen, und wenn sie es sehen, mit allen Kräften arbeiten, dem Kriege vorzubeugen“.

Schon war in Paris ein angeblicher Brief Friedrichs II. an Lud-

wig XV. verbreitet, der ihm anräth, schleunigst die inneren Unruhen zu beschwichtigen, und ihn vor den Priestern warnt, die in allen Kirchen und zumal in der römischen gefährlich seien. Durch die Zeitungen ging die Nachricht, daß eine Liga zwischen Frankreich, Preußen, Dänemark, Schweden im Werk sei, um der der Kaiserhöfe mit England das Gegengewicht zu halten, daß 40000 Mann von Frankreich, 30000 Mann von Preußen, 15000 Mann oder 8 Linienschiffe von Schweden, 12000 Mann oder 6 Linienschiffe von Dänemark gestellt werden sollten, daß nur noch Dänemark Schwierigkeiten mache.[1])

Endlich am 26. November hatte Lord Marschall das Gespräch mit St. Contest, nach dessen Ergebniß der König seit Wochen „gelechzt" hatte. Der Lord hatte ihm des Königs Ansicht über die Pläne Maria Theresias entwickelt, ihm dargelegt, wie dieselbe Spanien von Frankreich abgezogen, durch ihre Allianzen in Italien, durch den Vertrag mit Modena sich der ganzen Halbinsel versichert und damit freie Hand gewonnen habe, alle Streitkräfte gegen Einen Punkt zu richten, wie sie jetzt daran arbeite, eine große Ligue zu bilden, Preußen von allen Seiten in Schach zu halten, um mit Sicherheit das, was sie vor habe, hinauszuführen; da Frankreich, wie Preußen, nichts mehr wünschte, als den Krieg zu vermeiden, so wäre es für sie Zeit das Nöthige zu thun. Lord Marschall legte die drei Punkte vor, auf die es nach des Königs Meinung ankomme. St. Contests Antworten waren kümmerlich genug: In Betreff der Wahl habe Frankreich bisher in Mannheim empfohlen zu zögern; wenn jetzt das Entgegengesetzte gerathen werden solle, so bitte er um eine ostensible preußische Zuschrift in diesem Sinn; er getraue sich nicht ohne solche im Conseil gegen den Minister Argenson durchzubringen. Das Eingreifen der Pforte schien auch ihm sehr weise, aber — abgesehen von den Reibungen in Neuserbien, deren Folgen man abwarten müsse — der Sultan sei ein schwacher und furchtsamer Herr und seine Minister höchst unbeständig und von halben Gesichtspunkten; so wenig wie auf Flugsand könne man auf sie bauen. In England endlich habe Mirepoix für den Fall, daß man Preußen angreifen wolle, auf Befehl des Hofes äußerst starke Äußerungen gemacht, aber zur

1) Ministerialrescr. an Klinggräffen, 11. Decb.: il est fort vraisemblable que les cours de Vienne et de Londres ont malicieusement inventé tout exprès un semblable phénomène . . . la première pour en imposer à celle de Russie . . . et la dernière pour attirer de plus en plus la nation angloise dans son parti u. s. w.

Antwort erhalten, daß gar nichts der Art beabsichtigt werde, daß die Verabredungen mit Rußland rein defensiver Natur seien, daß übrigens jeder Staat das Recht habe, Allianzen zu schließen, wie er wolle, wie ja auch England darin niemals die Krone Frankreichs gehindert habe. Der Minister sprach schließlich seine Überzeugung aus, daß Georg II. keinen Krieg wolle, wie die Reise nach Hannover zeige, die er im Frühling zu unternehmen beabsichtige, er werde sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, da ausgetrieben zu werden; nur Repressalien gegen die Emdner Schiffe seien zu erwarten; es gelte da einen Ausgleich zu erzielen, zu dem die bisher vorgeschlagenen Wege sich nicht geeignet gezeigt hätten; er habe vor 14 Tagen mit Lord Albemarle darüber gesprochen, anknüpfend an die zwischen Preußen und Sachsen geschlossene Convention, ihm gesagt, daß es sich nur um 100000 Thaler handle, worauf Albemarle geantwortet, er habe seit lange keine Weisungen in dieser Sache erhalten. St. Contest war der Meinung, man müsse die Wirkung dieser seiner letzten Insinuation abwarten.

Als Friedrich diesen Bericht erhielt, 12. December, sah er bereits klarer.

Allerdings hatte Mirepoix vor sechs Wochen dem Herzoge von Newcastle erklärt, daß wenn 60000 Mann Russen in Liefland einrückten, Frankreich 60000 Mann in die Niederlande marschieren lassen werde. Aber er hatte dazu keinen Befehl seines Hofes gehabt, und ihm war schnöde genug geantwortet worden.[1])

In der Mitte November waren in Wien lebhafte Conferenzen über den Beitritt Hannovers zur Allianz von 1746 gehalten; der Wiener Hof hatte den positiven Wunsch ausgesprochen, dieser Garantie überhoben zu sein, „da diese Lande zu exponirt lägen".[2])

Ohne die Accession Hannovers erklärte der Dresdner Hof, dem Vertrage von 1746 nicht beitreten zu können, stellte überdieß als Bedingung, daß Östreich endlich die Entschädigung zahle, die er für den Krieg von 1744/5 zu fordern habe. In Wien wollte man nichts davon hören.[3])

1) Michell, 26. Oct., der dieß auf den ausdrücklichen Wunsch von Mirepoix meldet.

2) Klinggräffen, 17. Nov.: qu'on regarde comme trop exposés.

3) Rescr. an Lord Marschall, 15. Decb. 1753.

In den ersten Decembertagen hatte Friedrich II. die Thronrede, mit der am 15. November die letzte Session des Parlamentes eröffnet war. Sie lautete durchaus friedlich: in den auswärtigen Angelegenheiten sei nichts geschehen, was die Aufmerksamkeit des Parlamentes fordere; desto dringender empfahl sie zu erneuter Berathung die schweren Misstände, die für die Nation nicht bloß eine Schande, sondern eine sehr ernste Gefahr seien, die „horriblen Verbrechen von Räuberei und Mord würden, statt abzunehmen, immer häufiger". Michell bemerkt in seinem Bericht: „diese friedliche Sprache, dazu die Eile, mit der das Ministerium die Zurücknahme der Judenemancipation eingebracht habe, sei nur darauf berechnet, den Ausfall der Wahlen zum neuen Parlament, das man wohl zum April berufen werde, günstiger zu machen". Das Wichtigste war, daß mit dem Hinausschieben des neuen Parlamentes die Frage der Subsidien für Rußland vorerst in der Schwebe blieb.

Freilich in Versailles wurde man darum nicht eben energischer. Wohl versicherte St. Contest auf die Frage nach der Stärke der französischen Truppen in Flandern: sie sei nie größer gewesen; vor etwa drei Monaten habe man sie noch verstärkt, um den Engländern und Östreichern zu zeigen, daß man das Vorschieben der Russen nach Liefland nicht gleichgültig mit ansehe. Aber den ihm mitgetheilten Entwurf der preußischen Antwort an England, den er vortrefflich fand, rieth er doch, nicht sofort zu übergeben, lieber Michell, der an Ort und Stelle sei, sich mit Mirepoix verständigen zu lassen, wenn der rechte Zeitpunkt gekommen scheine; er versprach dann auch seiner Seits mit Albemarle zu sprechen, aber nur gelegentlich und indirect; auf die früheren preußischen Anträge zurückzukommen, sei nicht rathsam, da man sich damit einer einfachen Abweisung aussetzen, nur den Hochmuth Englands steigern, Frankreich in den Verdacht einer Parteinahme, der für Preußen selbst schädlich werden könnte, bringen würde; er wünsche also, daß preußischer Seits „irgend ein neues Auskunftsmittel" gefunden werde, damit Frankreich unbefangen und mit Aussicht auf Erfolg den Faden der Verhandlungen wieder aufnehmen könne, denn England habe zuverlässig nicht die Absicht, den Frieden zu brechen und einen Krieg zu beginnen, der nach den Verträgen zwischen Preußen und seinen Alliirten sofort ein allgemeiner sein werde.[1])

Friedrich darauf: er habe Alles gethan, was er der Ehre seines

---

1) Lord Marschall, 7. Decb.

Staates gemäß habe thun können; er bekenne, daß seine Auskunftsmittel erschöpft seien; auch werde er sich um so leichter dabei beruhigen, dem Könige von England mit keinem weiteren Schritt entgegenzukommen, wenn derselbe, wie dessen St. Contest gewiß zu sein scheine, nicht zum Äußersten schreiten wolle und nicht die Absicht habe, den Frieden zu brechen.

Friedrich II. hatte mit den Berichten Maltzahns vom 8., 11., 18. December die Abschriften der sächsischen Correspondenz[1]) mit Moskau und Wien erhalten; der ganze Verlauf der Verhandlungen zwischen den Mächten, die in geschlossener Kette gegen ihn hatten anrücken wollen, lag ihm nun vor Augen, und er sah, wie sie sich immer weiter auseinander verhandelt hatten; er gewann einen Einblick in die Maschinerie dieses „schwarzen Complots“ und in die sehr disparaten Triebfedern, die in demselben zusammenwirken wollten.

König Georg hatte die von seinem Gesandten angeregten und von Wien aus mit so lebhaftem Eifer unterstützten Verhandlungen am russischen Hofe mit wachsender Befriedigung gesehen und sein Ministerium in dem Maaße, als sie fortschritten, evasiver gegen Frankreich, hochfahrender gegen Preußen sprechen lassen. Als dann aber der russische Vertragsentwurf Ende Juli vorgelegt wurde, erschraken auch seine dienstwilligsten Minister über die maaßlose Forderung von mehr als 650 000 Pfd. Sterl.[2]) in Kriegszeiten, mehr als 200 000 als Wartegeld, während man dem Wiener Hofe in der schwersten Kriegszeit nur einmal 430 000 Pfd. Sterl. bewilligt habe. Es wurde im Conseil erwogen, ob man die Verhandlungen nicht lieber abbrechen, als sich länger mit ihnen bemühen solle, da sie doch bei der Habgier auf der einen Seite niemals zum Ziele führen könnten. Newcastle hatte dann endlich die Geister so weit zu beruhigen gewußt, daß man mit einem Contreproject zu Stande kam, das für die Bereithaltung von 40 000 Mann Infanterie und 15 000 Mann Cavallerie, sowie 40—50 Galeeren zur Disposition Englands, nur 50 000 Pfd. Sterl. und wenn sie die Grenze überschritten und activ würden, 300 000 Pfd. Sterl. bot; freilich beschämend weniger als der russische Canzler gefordert hatte, und

1) Funcke, Moskau 3. Oct.

2) In diesen Verhandlungen wird 1 Pfd. Sterl. zu $10^3/_4$ und 11 Guld. Holl. gerechnet.

auch nur diese Summe durchgehen zu lassen, war, wenn man Newcastle reden hörte, Niemand schwieriger als der König selbst, der überzeugt war, daß die Gefahr für Hannover vorüber sei, und erklärt habe sollte, daß dieß Contreproject sein Ultimatum sei.[1])

Bevor dieß Contreproject fertig war, hatte Newcastle, 24. August, „eine fulminante Depesche" über Wien an Guy Dickens gesandt, die so verletzend für diesen Diplomaten war, daß Pretlack ihn mit der Versicherung, der Wiener Hof werde ihn in London rechtfertigen, beruhigen mußte. Sie beriethen mit Funcke, dessen Rappell die Zarin, ohne den Großcanzler zu fragen, in Dresden beantragt hatte, sie beschlossen dem Großcanzler nichts von der „ärgerlichen und verletzenden Depesche" Newcastles zu sagen; sie warteten mit Sehnsucht auf das Contreproject, das in der Depesche angekündigt war;[2]) Pretlack, dessen Nachfolger, Graf Esterhazy, schon seit Ende August in Moskau war, verschob seine Abreise, um erst den Subsidienvertrag gesichert zu sehen. Noch am 1. November war die erwartete Sendung nicht da; Bestushew hielt die Zusage Englands für unzweifelhaft: bei der scharfen Differenz zwischen England und Preußen sei zu fürchten, daß Friedrich II., da nach den Nachrichten, die man habe, die Erhaltung seiner zahlreichen Armee ihm und seinen Landen sehr zur Last sein müsse, nur darauf bedacht, sie irgendwie anzuwenden, um sie zu erhalten, sich entweder auf Sachsen oder Hannover stürzen werde, plötzlich und unerwartet, wie er schon 1745 mit Sachsen gethan; die verbündeten Mächte müßten im Voraus Verabredungen treffen, um nicht erst schriftlich zu verhandeln, wenn es zu spät sei; er beauftragte Groß in Dresden und Keyserlingk in Wien, in diesem Sinn zu sprechen und dort eine geheime Declaration zu fordern, daß die Verbündeten, sollte Friedrich II. Hannover, Sachsen oder Östreich angreifen, ihnen Hülfe leisten würden, damit Rußland wisse, woran es sich zu halten habe und nicht allein die ganze Last tragen müsse.[3]) Das englische Contreproject war über Wien gegangen,

---

1) Nach Michells bestimmt ausgesprochener Berichtigung, 11. Jan. 1754, sind diese Worte nicht von Georg II. gesprochen worden: ils ont été prêtés à ce Prince par ce ministre, qui s'est servi de cette ruse vis-à-vis des Autrichiens afin de leur faire sentir le ridicule qu'il y avoit dans les propositions offensives et énormes faites par la Russie à cette cour-ci . . . car s'il n'avoit tenu et tenoit encore qu'au Roi seul, le traité seroit déjà signé avec les Russes et on ne leur auroit fait des offres si fort au dessous de leur demande.

2) So Funckes Berichte an Brühl vom 3., 11., 18. Oct. 1753.

3) Funckes Bericht, 1. Nov.

dort im Conseil in Gegenwart Maria Theresias berathen, ein Memoire,[1]) das dem russischen Hofe die Annahme empfahl, beschlossen und mitgesandt worden. Um die Mitte November war die Sendung in Moskau.

Sie setzte die, an welche sie gerichtet war, in große Verlegenheit; es kam Alles darauf an, geschickt zu manövriren, um einen gefährlichen Rück- und Umschlag in der Stimmung Bestushews und der Zarin zu vermeiden. Pretlack, Esterhazy, Guy Dickens gaben sich die erdenklichste Mühe, den Großcanzler auf das, was ihm geantwortet worden, vertraulich und ohne daß Graf Woronzow davon erfuhr, vorzubereiten; es gelang endlich dem v. Funcke; „zuerst, wie vorauszusehen, war der Großcanzler empört, dann nachdem die erste Hitze verpflogen war, äußerte er: er gedenke die Dinge so zu schieben, daß das Geschäft gelinge".[2])

Erst am 3. December wurde das Contreproject von Guy Dickens formell übergeben, von dem Großcanzler „zur Berichterstattung" angenommen. Die Abwesenheit der Zarin ließ weitere Verzögerung erwarten. Aber die nächste Wirkung war, daß bei der Ungewißheit des Ausgangs „nur 20 000 Recruten auszuheben befohlen wurde, statt der früher angesagten 60 000". Auf Guy Dickens' Forderung, ihm vor Schluß des Parlaments, der mit Ausgang März zu erwarten stand, Antwort zukommen zu lassen, damit an dem noch in dieser Session zu genehmigenden Vertrage das neue Parlament nichts mehr ändern könne, nahm Bestushew einfach ad referendum.

Friedrich II. fühlte die Spannung nachlassen. Daß General Pretlack am 26. December Moskau verlassen hatte, war ihm ein Zeichen, daß „der Subsidienvertrag an den Nagel gehängt sei"; bis auf Weiteres. „Man kann jetzt erkennen, warum das für den Frühling geplante große Campement in Böhmen aufgegeben ist; und daß von kleineren Lagern zur Übung der Truppen gesprochen wird, heißt nur, daß man den Schein retten will".[3])

---

1) pour faire y gôuter le contreprojet, schreibt Graf Flemming aus Wien an Graf Brühl (wie Maltzahn, Dresden 18. Decb., meldet). Flemming bemerkt: si la cour de Vienne au lieu des conseils voudroit ajouter 200 à 300 000 fl. aux offres de S. M. Br., elle réussiroit mieux; er drückt sein Erstaunen aus, daß England keinen Zuschuß zu den Subsidien von dem Wiener Hofe fordere, der aller Wahrscheinlichkeit nach von dem Erfolg den größten Nutzen haben werde.

2) Nach Funckes Bericht vom 22. Nov.

3) Rescr. an Klinggräffen, 25. Decb. 1753.

Wenn England nicht seine Börse öffnete, so zerflossen die Luftschlösser des Wiener Hofes. Und wenn der Wiener Hof seine großen militärischen Demonstrationen in Böhmen aufgab, so konnte Georg II. nicht mehr daran denken, die Wahl des Erzherzogs Joseph, die man jetzt in Wien zu wünschen schien, zu brüskiren. Das englische Ministerium, vollauf mit inneren Angelegenheiten beschäftigt, hatte jetzt für die auswärtigen Dinge keine Zeit.[1]) Georg II. gab die Reise nach Hannover, die für 1754 geplant war, auf.

In Versailles wurde der Vertrag des Wiener Hofes mit Modena, den man lange nicht für möglich halten wollte, auf das Peinlichste empfunden, der Wiener Hof schien Italien völlig unter seine Fittige nehmen zu wollen. Frankreich knüpfte jetzt endlich, wie Friedrich II. so oft empfohlen,[2]) mit Sardinien an. Daß in den Cevennen 30 Bataillone zusammengezogen waren, daß sie auf 50 Bataillone und 40 Escadrons verstärkt und unter Richelieus Befehl gestellt wurden, beunruhigte in Wien; man wollte nicht glauben, daß es nur auf die Hugenotten dort abgesehen sei. Es hieß, daß mehrere Regimenter aus Ungarn und Mähren nach Italien marschirten.

Noch waren die Differenzen über die Befestigung Dünkirchens keineswegs erledigt, noch weniger die Grenzen in Acadien regulirt; in Ostindien, in den Kriegen und Empörungen der dortigen Nabobs, Subahs und Rajas standen die Interessen der englischen und der französischen Compagnie auf entgegengesetzter Seite, und ihre Truppen unter Dupleix, unter Lawrence und Clive mit in dem wechselvollen Kampf. Während Frankreich sich in London zu einem Ausgleich zwischen beiden Compagnien erbot, rüstete England schleunigst eine Flotte nach Ostindien, da Frankreich dort seit dem October in aller Stille seine Streitkräfte verstärkt habe. Die Stimmung der Nation war auf

---

1) Ministerialrescr. an Klinggräffen, 8. Jan. 1754: Colloredo in London sei in sehr übler Stimmung, habe auf die Frage, was man thun werde, wenn Rußland nicht auf das Contreproject eingehe, keine Antwort erhalten, habe sich bei einem Freunde beschwert, que le ministère Anglois étoit sans fermeté et sans système, que la besogne du jour étoit son unique point de vue et qu'il ne considéroit avec assez peu d'attention l'avenir.

2) So wiederum Rescr. an Lord Marschall, 12. Jan. 1754: que ce seroit un grand intérêt de la France et un vrai coup de politique que de se lier avec ce Prince, vu qu'en premier lieu, quelque chose qui arrive après en Italie, la France auroit fait toujours un grand pas en avant, et qu'en second lieu notre parti en seroit fortifié, ce qui étoit la vraie politique.

Dünkirchen, auf Ostindien, auf Amerika, gegen Frankreich gerichtet; die deutschen, die nordischen Dinge traten ihr in den Schatten.

„Wenn die Engländer", schreibt Friedrich II., „ihr Augenmerk auf Dünkirchen wenden, die Östreicher von den Dingen in Italien in Anspruch genommen werden, so können beide ihre Gedanken nicht mehr auf mich allein richten".

Mehr noch: daß der Abschluß des englisch-russischen Vertrages sich ins Ungewisse verschob, „vielleicht ganz ausblieb", ließ zwischen den Mächten, deren Action mit ihm hatte beginnen sollen, die Differenzen um so schärfer hervortreten. Und indem Frankreich, wie behutsam immer, sich an den Interessen Preußens nicht unmittelbar zu betheiligen, nun gleichsam in Mitleidenschaft gezogen war, hatte für Friedrich II. die Gefahr, sich isolirt zu sehen, ein Ende.

Er wußte, wie gespannt die Stimmung zwischen Wien und London war.[1]) England hatte zu dem Vertrage mit Modena das Seinige gethan, vielleicht in der Hoffnung, vom Wiener Hofe in der Frage der Barriere den Dank dafür zu erhalten. Statt dessen war geantwortet worden: man solle lieber für ein östreichisches Heer in den Niederlanden Subsidien bewilligen, als über die Beiträge zur Herstellung der Barriere verhandeln; Östreich sei bereit 40 000 Mann dort zu stellen, „um Frankreich in Schach zu halten".[2])

Weder öffnete Pelham die Börse Englands, noch gab Östreich in Sachen der Barriere das Geringste nach: die Verhandlungen über die Zahlungen und Nachzahlungen mußten nach der Ansicht Östreichs mit denen über den Tarif und den freien Handel seiner Niederlande gleichen Schritt gehn.

Und Holland ließ eine Reduction seiner Armee nach der andern

1) Rescr. an Lord Marschall, 13. Nov. 1753; 19. März 1754: il est vrai encore que la cour de Londres en a rejeté assez loin la proposition et que la cour de Vienne a été de mauvaise humeur contre l'Angleterre à ce sujet, elle, qui se croit fondée en droit de ne point être refusée de ses amis et alliés sur les demandes qu'elle leur fait, quelque déraisonnables qu'elles soient, et qui se croit offensée dès qu'on ne se soumet pas à ses volontés.

2) Klinggräffen, 2. Jan. 1754: Der Courier des Königs von England habe Antwort gebracht: qu'il n'approuvoit point cette démarche, parceque ce seroit sans nécessité réveiller la France qui en prendroit jalousie, qu'il étoit infiniment mieux de s'appliquer à s'arranger avec la république de Hollande tant pour la barrière que sur les moyens u. s. w.

folgen, ließ seine Kriegsmarine verfallen; von den 96 Linienschiffen, die eine Resolution von 1685 als die „absolut nothwendige Stärke der staatischen Seemacht" festgestellt hatte, war jetzt „kaum mehr ein schwacher Schatten" vorhanden. Die fünf Admiralitäten waren verschuldet, die Provinzen zahlten ihre Quoten seit Jahren nicht mehr, im Februar schloß Holland seine „Generalcasse", aus der bisher die Vorschüsse für die anderen Provinzen gemacht, die Zinsen aller Anleihen praenumerando gezahlt worden waren. Der längst gefürchtete Staatsbankerott schien da zu sein.[1])

Nicht an Georg II. und den ihm vertrauteren Ministern hatte es gelegen, wenn dem russischen Hofe die Subsidien, auf Preußen loszugehen, dem Wiener die, Frankreich in Schranken zu halten, nicht gewährt waren. Jetzt, ehe das Parlament endete, starb Pelham, der vorsichtige, um den Frieden besorgte, der der Politik der momentanen Impulse, in der sein Bruder her und hin trieb, noch einigermaaßen die Stange gehalten hatte. Immer hatte Pelham den Ausgleich mit Preußen gesucht; vielleicht von ihm war es veranlaßt, wenn Michell, am 25. December 1753 und wieder am 25. Januar 1754 von der Möglichkeit einer directen Verständigung meldete. Friedrich II. war sofort geneigt „so weit zu gehen, als irgend seine Würde gestattete" (12. Januar), er erklärte sich bereit (9. Februar) sich mit einer Zahlung in aller Stille, mit einer Summe von 100 000 Thaler zu begnügen. Pelhams Tod machte dieser Aussicht ein Ende.

Aber die Art der englischen Dinge ließ auf anderweite Zwischenfälle hoffen. Newcastle war mehr als je in den 25 Jahren, die er im Ministerium saß, um seinen politischen Einfluß in Sorge. Er eilte, seines Bruders Amt und damit als erster Lord des Schatzes die leitende Stelle zu übernehmen; indem er sein Staatssecretariat, wie es der König und Lady Yarmouth wünschten, an seinen gefährlichsten Rivalen Fox übergab, aber mit der Leitung des Unterhauses ihm nicht zugleich die Geheimnisse und das Geld für den Wahlbetrieb anvertraute, brachte er Fox zum Verzicht auf diese Stelle, um sie dem ungefährlichen Sir Thomas Robinson zu überweisen; zum Canzler des Schatzamtes ernannte er den Ritter Legge. Das Alles sah nicht günstig für Friedrich II. aus. Nach dem Schluß dieser Session mußte jedoch

1) Hellen, 5. März. Darauf Rescr., 12. März 1754: que tout cela ne sauroit finir à la fin que par une banqueroute générale.

an die neuen Wahlen gedacht werden, deren man nur, wenn in Pelhams Geist weiter politisirt wurde, sicher war. Und wollte man nicht genöthigt sein, bei etwa unerwartet eintretendem Tode des Königs das alte abgenutzte Parlament einzuberufen, so mußte man die Neuwahlen beschleunigen, die Gewählten zu einer kurzen Sitzung (Juni) versammeln, um das Parlament zu constituiren, erst im Herbst dann dessen wirkliche Arbeit beginnen lassen. Also bis zum Herbst blieb die englische Politik wie in der Schwebe, abwartend, in den engen Grenzen, die den Ministern ihre Verantwortlichkeit zog. Und jetzt Chef der Finanzen, mußte Newcastle mehr Rücksicht auf die Stimmung der Nation und weniger auf die Wünsche fremder Höfe nehmen; mochten draußen die Guy Dickens, Williams, Titley und wer sonst private Weisungen des Königs erhielt oder dessen Gnade suchte, sich weiter hazardiren, als sie das Ministerium zu decken wagen durfte.

„Bei der Entfernung von London und Moskau brauchen sie sechs Monate, ehe sie den Vertrag schließen können", schrieb Friedrich II. schon am 12. Februar. Er empfahl immer von Neuem seinen Gesandtschaften in Paris, London, dem Haag, die größte Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Ostindien, Nordamerika, den westindischen Gewässern.[1])

Wenn nur nicht Frankreich, aus zu großer Friedensliebe zu nachgiebig, den Hochmuth der englischen Nation steigerte. Freilich hatte man in den französischen Häfen Schiffe zu bauen begonnen; man rechnete demnächst 90 Linienschiffe von 80—96 Kanonen, 50 Fregatten fertig zu haben; man hatte, wie in Languedoc, so im französischen Flandern, eine stark formirte Truppenmacht zur Verfügung. Wenigstens das neue Ministerium in England war noch nicht so fest im Sattel, um die Lanze einzulegen; es begnügte sich vorerst gern damit, daß die französische Compagnie sich erbot, den verwegenen Dupleix abzuberufen; der Sieur Godeheu wurde mit sehr versöhnlichen Instructionen an dessen Stelle gesandt.

Lord Marschall, der oft leidend war, hatte im Herbst um seinen Abschied gebeten, den der König ihm zugesagt, nur mit der Bitte, unersetzlich wie er ihm sei, noch so lange auf seinem Posten auszuharren,

---

1) Rescr. an Lord Marschall, 12. Febr. 1754: les armements des Anglais aux Indes — affaire qui mérite attention par les suites qui en sauroient succéder. Und an Knyphausen, 12. Febr., il se pourroit que ces pifférends [pussent] devenir un motif d'une rupture ouverte entre les deux états.

„bis die großen Angelegenheiten sich geklärt hätten" (15. December). Er sandte ihm einstweilen zu seiner Unterstützung den jungen Legationsrath Baron Knyphausen, der bis dahin der Gesandtschaft in Stockholm attachirt gewesen war. Ende März gestattete der König dem Freunde, sich in die friedliche Stille, nach der er sich sehnte, zurückzuziehen,[1]) er übertrug ihm das Gouvernement des Fürstenthums Neufchâtel.

Freilich mit dem Anfang März waren unheimliche Gerüchte von Wien, Dresden, Moskau gekommen; bald ging wieder über Polen, Schweden, das Reich gleichzeitiges Sturmläuten. Aber England, „die große Glocke", fehlte dabei.[2]) Es hatte keine Gefahr, wenn nur nicht Frankreich zu viel oder zu wenig that.

Gewiß hatte Maria Theresia allen Grund, über die „zu große Oeconomie Englands" entrüstet zu sein.[3])

Noch im December hatten Kaunitz und Keyserlingk in Wien in gegenseitigen Declarationen festgestellt, daß beide Kaiserinnen, wenn Friedrich II. Hannover oder Sachsen angreife, nicht bloß die vertragsmäßige Hülfe leisten würden, sondern solchen Beistand, „daß es genügend sei, das entzündete Kriegsfeuer bei seinem ersten Ausbruch zu ersticken".[4])

Daß England an den Subsidien für die Zarin knauserte, die für die östreichischen Truppen in den Niederlanden versagte, lähmte die großen Combinationen des Wiener Hofes. Nun war es ein Fehler, daß er sich in der römischen Königswahl so spröde gegen Georg II.

1) Lord Marschalls erneute Bitte, 8. Febr.: Dank für des Königs Fürsorge; krank, wie er sei, sehne er sich mit jedem Jahre mehr nach einem wärmeren Klima. Friedrich II. an Lord Marschall, 31. März 1754: je vous vois quitter avec regret une place qui sera toujours mal remplie par votre successeur. Im Juni verließ der Lord Paris; Knyphausen wurde sein Nachfolger.

2) Klinggräffen, Wien 6. März: de sorte que c'est de l'Angleterre, la grosse cloche, que tout dépend.

3) Klinggräffen, 2. Jan. 1754: ein dem Hofe Vertrauter habe, als ihm Jemand die Macht Englands gerühmt, geantwortet: qu'il en convenoit, mais que souvent l'économie y étoit si déplacée qu'elle gâtoit ses propres intérêts et ceux de ces alliés.

4) Declaration vom 12. Decb. 1753. Die Zarin vollzog sie erst 23. März a. St. 1754 mit Hinweis auf die „60 000 Mann in Liefland in marschfertigem Stand" . . . „und noch sicherer werde der König von Preußen von Friedensstörungen zurückgehalten werden, wenn auch die Kaiserin-Königin geruhen wolle, ebenfalls ein ansehnliches Corps an der schlesischen Grenze zusammenrücken zu lassen".

und Newcastle verhalten, ein größerer, daß er das mit großer Mühe gewonnene Vertrauen Frankreichs mit dem modenesischen Vertrage verscherzt hatte. Vor Allem Bestushew, der, schon dem Versinken nahe, sich nur mit der Aussicht auf den englischen Vertrag emporgerichtet hatte und wieder im Sattel saß, — wie sollte er sich halten ohne Action nach Außen und Geld vollauf für die Zarin? Er mußte vorwärts.

Wie sich in den diesseitigen Acten — gewiß einseitig genug — das nächst weitere Verhalten des Wiener Hofes spiegelt, erscheint es dem festgestellten „System von 1749“ und den damals noch weiter gehenden Combinationen dessen, der jetzt Maria Theresias Vertrauen und die Führung ihrer Politik hatte, nicht mehr zu entsprechen.

Man mußte sich nach der Decke strecken. „Der Wiener Hof wird mit seinen Plänen inne halten müssen, da er noch nicht so weit ist, für sich allein irgend etwas von Bedeutung auszuführen“. So Friedrich II. am 22. Januar; und Klinggräffen darauf: „man wird sich hier nicht exponiren; etwas Anderes wäre es, wenn Rußland in Bewegung gesetzt worden wäre; auch dann würde dieser Hof nicht sofort damit begonnen haben in Action zu treten, er würde allmählich gefolgt, er würde mit militärischen Demonstrationen gekommen sein, die, plötzlich eintretend, J. Maj. genöthigt haben würden, Ihre Kräfte zu theilen“.

That Klinggräffen nicht mit seinem Argwohn dem Wiener Hofe bitteres Unrecht? War nicht der Wiener Hof unermüdlich, die Welt von seiner Friedensliebe, von seinem redlichen Eifer für die Beseitigung aller Differenzen, selbst derer mit Preußen, zu überzeugen? War er nicht eben jetzt wieder auf das Sorgsamste bemüht, die beiden noch unerledigten Punkte aus dem Frieden von 1745, die schlesische Landesschuld und den Grenzhandel mit Schlesien, gütlich zu ordnen?

Es genügte in den Augen der Welt, den Nimbus der Sanftmuth auch gegen den Todfeind, der Versöhnlichkeit gegen den schroffsten Opponenten am Reichstag, der Nachsicht kaiserlicher Majestät gegen einen ihm zur Obedienz pflichtigen Vasallen zu haben. In der That fuhr man fort, ihn in jenen unerledigten Differenzen zu pressen und zu zerren; zumal seit er mit seiner Zustimmung, daß die Unterhandlungen nach Wien verlegt würden, gezeigt hatte, wie viel ihm daran lag, sie zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen. Hatte Östreich gefordert, daß, da die bloße Herstellung des schlesischen Handels auf den Zustand von 1740 zu großen Ungerechtigkeiten führen würde, ein Commerztractat für die beiderseitigen Länder insgemein geschlossen werden müsse, so

war Friedrich II. darauf bereit einzugehen, wenn von seinen Landen die am Rhein, von den östreichischen die in den Niederlanden und Italien davon ausgenommen würden, „als welche keine Connexion mit den übrigen Provinzen hätten“. Diese Bedingung wurde in Wien für unzulässig erklärt, zugleich von Neuem gefordert, daß die Schuldsache zuerst vertragsmäßig festgestellt, die Zinsen vorläufig ausgezahlt werden sollten; und doch hatte Friedrich II. gleich beim Beginn der Verhandlungen in Wien (Herbst 1752), und von Neuem im December 1753 erklären lassen, daß wegen der Schulden nichts abgemacht werden dürfe, „dafern nicht die Commerziensache zugleich mit und fast vorher regulirt werde“. Der Wiener Hof kam mit noch anderen Dingen, wollte auch die preußische Consumsaccise mit hereingezogen wissen; „wenn man östreichischer Seits so fordert, so kann ich es nicht anders ansehen, als daß man nicht Lust habe, jemals zu schließen, sondern Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten zu häufen“, schreibt Friedrich am 2. Februar; er traut den Östreichern zu, daß, wenn sie von Preußen nur erst die Kunde der Zugeständniße erhalten hätten, die sie verlangen, sie auf einmal abbrechen würden, „welches aber meine Sache nicht ist“. Er läßt sie wissen, daß Fürst sehr bald abreisen könnte; er ermahnt Klinggräffen zu höchster Achtsamkeit (26. Februar): „Die wenig honnette und gerechte Art, mit der sie sich gegen Fürst benehmen, und die Chicanen, die sie dabei brauchen, zeigen mir mehr und mehr ihre üblen Absichten, und daß sie über Plänen brüten, von denen sie vielleicht nur die Unmöglichkeit abhält, sie gelingen zu machen“. Darauf Klinggräffen: „auch er sei der Meinung, daß alle Pläne des Wiener Hofes gegen Preußen berechnet seien, und daß nur die Unmöglichkeit ihn hindere, sie hinauszuführen; er sehe, daß ohne Rußlands Hülfe und Englands Geld nur der böse Wille bleibe, der wie ein Feuer unter der Asche glimme; die Finanzen seien noch nicht so weit, daß die Kaiserin einen Schatz habe sammeln können, sie wolle zu vielerlei auf einmal, sie verschwende das Geld bei 50 000 und 100 000 Gulden; allerdings erstarke ihre Macht mit jedem Tage mehr, aber dieselbe sei erst im Werden“.

In Friedrichs II. Hand war seit dem Anfang des Jahres die Copie des Projects des kaiserlichen Kriegscommissarius Graf Salaburg, „in 6 Wochen 50 000 Mann in kriegsfertigen Zustand zu setzen“. Am 16. März schreibt Klinggräffen, er höre aus guter Quelle, daß nach diesem Project Ende Mai eine Armee bei Kolin versammelt werde,

daß noch 8 Cavallerieregimenter aus Ungarn zu ihr stoßen sollten, daß in der Stille Pferde aufgekauft, Lieferungsverträge abgeschlossen würden, daß dieß auf Requisition der verbündeten Mächte geschehe.

Mehr besagten die häufigen und langen Conferenzen in Wien zwischen Kaunitz, Keyserlingk und Flemming; es schien, daß Wichtiges im Werk sei; es hieß, daß es sich um die polnische Königswahl für Prinz Xaver von Sachsen handle.

Sehr auffallend war, daß seit Anfang des Jahres über Preußen wieder systematisch allarmirende Nachrichten in Umlauf gesetzt wurden. Der östreichische Consul in Danzig meldete an Puebla nach Berlin von dem Bau von 80 Prahmen zu einer Schiffsbrücke bei Marienwerder, von Schiffen, welche Geschütze und Munition nach Pillau bringen sollten, von dem Befehl an die Regimenter, daß jedes 65 000 Patronen in Vorrath haben solle; „ganz Preußen ist der Rede voll, daß ein Ausmarsch der Truppen bevorstehe, und aus allen Umständen ist zu schließen, daß derselbe gegen Curland und Liefland gerichtet sein werde“.[1]) Schon wurde auch von einem Brückenkopfe gemeldet, der bei Marienwerder gebaut werde; in Dresden hatte man die Nachricht von einer Augmentation der preußischen Armee um mehrere neue Regimenter, zu der jedes Bataillon 30, jedes Cavallerieregiment 60 Mann abgebe.[2]) Brühl beauftragte Funcke in drei Schreiben nach einander, vor den Rüstungen Preußens zu warnen, die ein Attentat auf die Republik Polen anzukündigen schienen.[3]) Als Echo davon kamen aus Moskau noch schreckhaftere Dinge: Armierung der Festungen Pillau, Memel, Königsberg, auf den Wällen bereits die Kanonen aufgefahren, in Preußisch-Lithauen große Magazinirungen u. s. w. In Wien wußte man von drei großen Lagern, die Friedrich II. zum Frühling angeordnet habe. In Polen waren beide Parteien in Ängsten; die eine vor den sich mehrenden Truppen in Liefland und Curland, sie seien nur da, versicherte der russische Resident in Warschau, um die Republik vor den Preußen zu schützen —; die andere vor der preußischen Armee, die, so hieß es, schon heran marschiere; sie würden nur, hofften die Patrioten, die Wahl des Prinzen Xaver hindern wollen, welche die Russen auf dem nächsten

1) Abramson, 16. Jan., 28. Jan., 9. Febr. 1754.

2) Rescr. an Maltzahn, 19. Jan.: vous pouvez traiter tout ce qu'on a dit d'une augmentation . . . comme des bruits de ville que des têtes chimériques ont fait courir pour en faire illusion au public.

3) Brühl an Funcke, 6., 13., 20. Febr. 1754, von Maltzahn resümirt am 9. März.

Reichstage zu erzwingen gedächten. Und wenn die Pforte, über die russischen Vornahmen in der Ukraine besorgt, sich zu regen begann, so wurde von Wien aus verbreitet, Preußen lasse sie durch Frankreich aufhetzen. Zwischendurch hatte der Dresdner Hof in Wien die förmliche Anzeige gemacht, daß der Bischof von Leitmeritz, der convertirte Prinz Moritz Adolph von Sachsen-Neustadt, sich insgeheim der Unterstützung Friedrichs II. versichert habe, um seine ehemalige landesherrliche Competenz über Naumburg u. s. w. herzustellen.[1])

Mit der Fluth solcher Gerüchte steigerten sich die Rüstungen in den östreichischen Landen, wuchsen die russischen Truppenmassen in Liefland; schon zogen gegen Ende März auch irreguläre Truppen in Menge aus der Ukraine heran, an die Admiralität nach Petersburg erging Befehl, die Kriegsschiffe und Galeeren fertig zu stellen. Solche Rüstungen zu rechtfertigen, schienen alle jene Gerüchte verbreitet zu werden.[2])

Friedrich II. hielt es für nöthig, St. Contest, „so geflissentlich er es sonst vermeide Frankreich leichthin zu allarmiren", wissen zu lassen, wie drohende Demonstrationen an seinen Grenzen gemacht würden; die Vorsicht fordere, daß man nicht erst, wenn die Feinde fertig seien, sich über die nöthigen Schritte verständige. Er fügte hinzu, daß der Wiener Hof in Rotterdam eine Anleihe von 2 Millionen zu 4 Procent auf Pfand der Zölle von Gent, Brügge, Ostende negociirt habe, auf welche, obschon die Staaten sie zu genehmigen Bedenken getragen, in wenigen Tagen $3^1/_2$ Millionen, und in den östreichischen Niederlanden $1^1/_2$ Million gezeichnet worden seien, die man in Wien gern angenommen habe.

Aber was konnte der Wiener Hof, der Moskauer Hof wollen? Bauten sie darauf, daß jetzt die englischen Finanzen in Newcastles Hand seien? War die Absicht, die Wahl des Erzherzog Joseph jetzt vorzunehmen, und zwar „in der Art, wie die von 1745", sie mit der Pluralität zu regeln? Denn so viel Kurpfalz von seinen früheren Ansprüchen,

1) Rescr. an Klinggräffen, 18. April: je puis bien vous assurer sur mon honneur que je n'ai jamais eu la moindre liaison ni correspondance aucune avec le susdit Prince. Auch an den heiligen Stuhl hat man sich gewandt, um den Bischof en quelque lieu de sûreté zu bringen.

2) Klinggräffen, Wien 16. März 1754 . . . il se peut qu'on fait courir ces bruits pour avoir à alléguer, si leur projet éclate, que c'est par précaution qu'on étoit obligé d'assembler un corps considérable.

nicht ohne Zuthun Frankreichs, aufgegeben hatte, seine letzte Forderung, daß die ihm zugestandene Entschädigungssumme bei Kurmainz deponirt werden solle, wies der Wiener Hof durchaus zurück: „es sei gegen die Würde des Erzhauses". Also wollte man jetzt Josephs Wahl, so rechnete man auf die Stimme von Kurpfalz so wenig wie auf die preußische; gedachte man gegen sie „von Reichswegen" so zu verfahren, wie es 1745 mislungen war? Aber war es denkbar, daß der Wiener Hof die polnische Wahl Karls von Lothringen aufgegeben, die des Prinzen Xaver zugestanden haben sollte?[1])

Noch weniger ließ sich zwischen all diesen Dingen und dem, was Maltzahns Zusendungen über die Vorgänge in Moskau ergaben, ein Zusammenhang erkennen. Gewiß war nur, daß die Zarin Wochen und Monate lang für Geschäfte völlig unzugänglich gewesen war, daß wiederholte Feuersbrünste in Moskau, drohende Schmähschriften gegen ihre Minister, Tumulte sie aufgeregt hatten, daß die immer neuen, unerhörten Steuern — so die Steuer der Hebammen von jeder Geburt, der sie beiständig gewesen — die Unzufriedenheit steigerten[2]), daß die Zarin um so kirchlicher und russischer zu erscheinen suchte. Bestushew war ihrer nichts weniger als sicher, gegen seinen Willen war von seinen Gegnern der Plan durchgesetzt, die Truppenmacht in Neuserbien bedeutend zu verstärken, und zu den kleineren Forts dort die Festung St. Elisabeth zu bauen, zu Schutz und Trutz gegen die Ungläubigen; nur daß die Pforte sofort Protest dagegen erhob, und in Wien fürchtete man nichts mehr als türkische Verwickelungen, die alles Andere gekreuzt hätten.

Um so mehr drängte Bestushew — schon um der Zarin die englischen Subsidien schaffen zu können — nach dem Westen. Dort war in Polen, in Schweden Unruhe genug, um einzugreifen; und Dänemark konnte man haben, wenn man die gottorpischen Rechte des Großfürsten opferte.

In Schweden war der Hader zwischen der Krone und dem Senat in stetem Wachsen; selbst Graf Tessin benutzte einen geringfügigen Anlaß, die Ehrenstelle als Gouverneur des jungen Kronprinzen aufzugeben

1) Rescr. an Lord Marschall, 6. April, nach dem Bericht von Hellen, Haag 11. Jan. 1754.

2) Aus einem Bericht von Swart, v. Hellen 26. Juli, von dieser Steuer — nach Geburt und Rang z. B. la femme d'un bas-officier est taxée de 5 roubles d'accouchement — geht der größere Theil an die kaiserliche Kasse.

und das Schloß zu verlassen. Und daß Havrincourt gegen den Hof, für Tessin, für die „Freiheit“, für die immer weiter gehenden Übergriffe des Senates offen Partei nahm und unter diesen „wahren Römern“[1]) um so mehr Anhang gewann, machte die Lage des Königs um so peinlicher, und die Erregtheit der Königin um so gefährlicher. Friedrich II. mahnte seine Schwester zur Vorsicht, zu möglichstem Entgegenkommen gegen den Ambassadeur; er ließ in Paris um Weisungen an denselben, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Hofes und des Landes zu mischen, die Parteilosigkeit des Ambassadeurs sei dringend nöthig, ersuchen; „denn man muß in Frankreich nicht glauben, daß ich allein im Stande sein werde, meine Schwester, die Königin, zurückzuhalten, wenn sie, auf das Äußerste gedrängt, sich entschließen sollte, sich in Rußlands Arme zu werfen“.[2])

Dann ließ dem Könige im März der Kanzleipräsident Höpken die Nachricht zukommen, daß man ihn englischer Seits sondirt habe, ob Schweden passiv bleiben werde, im Fall es zu einem Conflict mit Preußen komme. Bald darauf wurde durch Hellen im Haag nach einem Bericht von Swart aus Moskau gemeldet, die versuchte Grenzregulirung in Finnland sei wegen der vielen Inseln und Klippen dort aufgegeben; der wahre Grund sei, weil man den Schweden nichts nachgeben wolle, wenn sie nicht zuvor auf die Allianz mit Frankreich und Preußen verzichteten, den Nystädter Vertrag erneuten, Graf Tessin und die anderen französisch gesinnten Senatoren absetzten, mit England und Östreich in Allianz träten; namentlich Guy Dickens hetze mit aller Erbitterung gegen Schweden, und man glaube sich zu Wasser und zu Lande stark genug, Alles zu erzwingen, was man wolle; man setze voraus, daß Preußen einen großen Schlag vorhabe, und finde in den großen, wenn auch still betriebenen Vorbereitungen dort den Beweis dafür,[3]) man behandle in Moskau den Gesandten Graf Posse kalt und verächtlich, man habe ihm offen gesagt: die Louisdors hätten noch zu viel Wirkung

1) So nannte sie Havrincourt bei einem Diner, nachdem der Krone ein wichtiges Recht abgesprochen war; Schreiben der Königin an Friedrich II., 26. April 1754.

2) Rescr. an Lord Marschall, 26. Febr. 1754.

3) Hellen, 9. April, nach Swarts Bericht, der von Anfang März sein wird: . . . on ajoute que V. M. n'attend que l'occasion de frapper Son coup sûrement et qu'Elle veut avant toute chose tirer la Porte Ottomane de sa léthargie et prendre avec la cour de France des mesures qui La mettent à couvert de tous revers semblables à celle que la lenteur du Maréchal de Noailles à la retraite du Prince Charles de Lorraine avoit pu occasionner.

in Schweden, es könne die Zeit kommen, wo man dort wieder wie 1741 mit Freuden für russische Sauvegarden zum Schutz der Landhäuser vor den Thoren Stockholms Geld zahlen werde.

Derselbe Bericht bemerkt, daß man auch Dänemark entweder durch Drohungen oder mit dem Verzicht des Großfürsten auf Schleswig und den Tausch Holsteins zu gewinnen gedenke, daß man als Bedingung stellen werde: Auflösung der Allianz mit Frankreich, Eintritt in die Tripelallianz. Aber war daran zu denken, daß der Großfürst je sein Fürstenthum Holstein für Oldenburg hingeben, daß er gar sein Recht auf Schleswig aufgeben werde? Daß der Kaiser diesem Tauschvertrage bereits im Voraus seine Sanction ertheilt hatte, machte den Eigensinnigen nur noch hartnäckiger. Für den äußersten Fall gab es ein sicheres Mittel gegen ihn: noch lebte der junge Zar Iwan, und nach wie vor hatte Maria Theresia für ihn, den Braunschweiger, das lebhafteste Interesse; Pretlack und Bestushew gemeinsam hatten die Zarin dahin gebracht, ihn besser zu halten und ihn unterrichten zu lassen.

Mitte März sagte man in Wien, daß die Großfürstin guter Hoffnung sei. Ein Bericht Funckes vom 28. April, in dem Friedrich II. diese Nachricht bestätigt fand, brachte ihm noch eine weitere bedeutsame Aufklärung. Die Großfürstin hatte an ihre Mutter, mit der ihr zu correspondiren verboten war, durch Bestushew im tiefsten Geheimniß ein Paar Zeilen gelangen lassen[1]); Funcke, der dabei dem Großcanzler, wie so oft in den geheimsten Dingen, zur Hand ging, übersandte Abschrift derselben an Graf Brühl mit dem Bemerken: „wegen verschiedener Umstände, Connexionen und Anekdoten habe die kluge und charaktervolle Großfürstin seit einiger Zeit des Großcanzlers Freundschaft gesucht, aber auf dessen klugen Rath dissimulire sie diese Verbindung."

Damit war es denn um die Hoffnungen Dänemarks und um die Berechnungen, welche England darauf begründet hatte, gethan; und wenn in der That zwischen Wien und Moskau ein Plan gegen Schweden verabredet war, — Bestushew knüpfte ihn an die Bedingung besonderer Zahlungen von England, denen England aus dem Wege zu gehen verstand.[2])

---

1) Die Abschrift dieser Zeilen liegt bei Maltzahns Sendung vom 25. Mai; sie sagen nur: je suis enceinte de trois mois passés et j'espère d'accoucher avec l'aide du Tout-Puissant vers la moitié du mois d'octobre.

2) Friedrich II. an die Königin von Schweden, 11. Juni 1754, aus einem très bon canal: . . . mais que ce plan adopté entre les deux cours (impériales)

So blieb nur Polen. Da waren die Zustände so, wie sie der Großcanzler für seine Art Politik nur wünschen konnte. Und er mußte eilen in Action zu kommen, bevor ihn die Schuwaloffs und Woronzow völlig unter den Wind brachten.

Der Niederlage der Czartoryski, mit welcher der Reichstag von 1752 geendet hatte, war eine Zersetzung der Parteien gefolgt, die den Reichstag des Herbstes 1754 äußerst stürmisch zu machen drohte, um so stürmischer, da eine Rechtsfrage zur Entscheidung stand, bei der die größten Familien der Republik und tausende vom Adel betheiligt waren. Das „Ordinat von Ostrog“, ein Complex von zahllosen Besitzungen, zu denen auch die Festung Dubno gehörte, das von dem auf diesen Gütern sitzenden Adel der Republik 600 Mann zu Dienst zu halten hatte, stand auf den Heimfall; es fragte sich, ob nach dem Tode des derzeitigen Majoratsherrn, des Fürsten Sanguszko, die Erbschaft an die Krone, an den Maltheserorden oder an welche der polnischen Familien übergehen müsse. Einstweilen begann der tiefverschuldete Fürst Stücke der Erbschaft einzelnen Magnaten der einen oder anderen Partei, zum Theil solchen, die sich zu den erbberechtigten zählten, zu verkaufen (December 1753). Daß unter den Käufern auch August Czartoryski, der Woiwode von Reußen war, daß der Adel auf den Gütern des Ordinats gegen diese empörende Zertheilung den Kronfeldherrn Branicki um Schutz anrief, daß Brancki einen Protest erließ, dem sich Senatoren, Bischöfe, Edelleute in Menge anschlossen, daß er durch General Mokranowski Dubno nehmen, die Ordinatsgüter besetzen ließ, gab der Frage die schärfste politische Bedeutung. Kein Zweifel, daß die Czartoryski auf die russischen Truppen in Liefland rechneten, daß Ritter Williams mit seinem Freunde Groß ganz auf ihrer Seite stand; kein Zweifel auch, daß Brühl den Russen zu jedem Dienst bereit war, wenn auch nicht völlig mit der Familie einig; wenn der Wiener Hof sich, wie gesagt wurde, jetzt für die Wahl des Prinzen Xaver und zu dessen Verlöbniß mit einer Erzherzogin bereit erklärt hatte, wenn zugleich Graf Mniszech, Brühls Schwiegersohn, durch des Königs Gnaden und Vergabungen dem Hofe Freunde zu gewinnen begann, so war ersichtlich, daß die beiden Kaiserhöfe in der polnischen Frage nicht einig waren und Brühl, wie immer, doppeltes Spiel spielte. Daß der

est tombé, parceque celle de Londres n'a pas voulu donner les sommes en argent qu'on lui a demandées pour l'exécution de ce plan.

Ambassadeur Graf Broglie, dreist und geschickt wie er war, auf Anlaß jenes Protestes wegen des Ordinats im Namen der Königin von Frankreich, Maria Leszczinska, die zu einer der erbberechtigten Familien gehöre, gleichfalls Verwahrung einlegte, vollendete den Wirrwarr. Der nächste Reichstag, der zum September berufen war, mußte Entscheidung bringen.

Schon vor dem Beginn des Ostroger Haders hatte Friedrich II. in Paris anfragen lassen, ob es nicht an der Zeit sei, gemeinsame Maaßregeln zur Unterstützung der polnischen Patrioten zu treffen.[1]) Je heftiger die Fermentation in Polen wurde und bis tief in die Kreise des Kleinadels hinab das unmittelbar eigenste Interesse in Thätigkeit setzte, desto weniger bedurfte die Sache der „Freiheit“ der Nachhilfe von Außen, so lange nicht Rußland sich einmischte. Denn der Wiener Hof hatte noch nach Mitte März, wie Friedrich II. aus Flemmings Berichten sah, erklärt, daß er mit der Wahl Josephs und den englischen Subsidien für Rußland zu viel zu thun habe, um die polnische Frage mit Nachdruck anfassen zu können; die russisch-türkischen Differenzen wegen Neuserbien begannen in Wien sehr ernstlich zu beunruhigen.

Um in dieser Frage seine Gegner am Hofe zu überholen, zugleich den Wiener Hof und durch ihn die englischen Subsidien zu gewinnen, drängte Bestushew, die Politik Rußlands auf Polen, statt sie gegen die Türken zu richten,[2]) suchte, sie ganz auf die polnischen Wirren zu concentriren. Es war ihm im Anfang 1754 gelungen, wenigstens wieder einmal Gehör zu finden.

In einer Conseilsitzung am 22. März, in der über ein Reglement zur Abkürzung der Processe, über ein „neues allgemeines Gesetzbuch“, über Gründung von Leihbanken nach seinen Anträgen verhandelt wurde, bezeugte die Zarin ihm mit einem Geschenk von 50000 Rubeln ihre Gnade. Sein Antrag, zur Schlichtung des Streites über die Grenzen der Ukraine eine russisch-türkische Commission in Kiew zusammentreten zu lassen, wurde gutgeheißen. Vor Allem, die Zarin vollzog das Contreproject für den englischen Hof, das die russischen Forderungen von 3 Millionen Thaler holländisch auf

1) Rescr. an Maltzahn, 22. Sept. 1753; 5. Jan. 1754. Rescr. an Lord Marschall, 2. Febr. 1754.

2) Maltzahn, 23. März, nach den Berichten des Grafen Flemming aus Wien Ende Februar.

500000 Pfd. Sterl. für den Kriegsfall und 200000 Pfd. Sterl. Wartegeld für 30000 Mann ermäßigte. Die Zarin unterzeichnete zugleich den Befehl, 30000 Mann Recruten auszuheben.

Diese „Endantwort" überreichte der Canzler am 1. April den Gesandten der befreundeten Höfe. Er war überrascht, daß sie auch diese Forderung noch übermäßig fanden: es sei das Äußerste, was er bei seiner Herrin habe zu Wege bringen können, die 200000 Pfd. Sterl. seien die einzige Lockspeise, mit der man sie heranziehen könne, er hoffe, wenn England den Entwurf, so wie er sei, genehmige, es so einrichten zu können, daß England in Wirklichkeit nur 150000 Pfd. Sterl. an Wartegeld zahle.[1]) Er hatte selbst nachgeben müssen, daß in dem Satz des englischen Entwurfs: „diese Truppen sollten nur in Action kommen, wenn der König von England oder einer seiner Alliirten angegriffen werde", die Worte „oder einer seiner Alliirten" gestrichen wurden. Aber ihm lag Alles daran, durchzukommen; er sagte zu Funcke im Vertrauen: die Kaiserin wolle sich jetzt nicht mehr wie sonst von ihren Ministern rathen lassen, sondern ihnen selbst befehlen und Rath ertheilen. Er half sich damit, innige Freundschaft mit dem jungen Schuwaloff zu schließen, „dem die Kaiserin Alles sagt".

Vielleicht in der Hoffnung, daß dieß Contreproject in London doch einige Wirkung haben werde. Angesichts der sehr energisch betriebenen Verstärkung der russischen Armee in Liefland, ihrer Concentrirung bei Riga, der Ausrüstung der Flotte wurde auch der Wiener Hof rühriger. Feldmarschall Neipperg erhielt Befehl, einen Operationsplan auszuarbeiten, in Menge wurden Recruten ausgehoben. Bald wurde bekannt, daß in Liefland neue Ducaten in solcher Masse in Umlauf seien, daß ihr Werth von 3 Thalern auf $2^2/_3$ Thaler sank; es hieß dort, aus England seien drei Millionen Rimessen nach Riga gekommen.[2])

1) „Wolle England bei diesem nicht acquiesciren, so könne man ihnen nicht weiter helfen, und möchten sie selbst sehen, wie sie mit ihrer Sparsamkeit und ihren principiis, in Friedenszeit keine oder nur geringe Subsidien zu zahlen, zu recht kommen werden. Wenn ihrem Vorgeben nach ihr Gouvernement und Staatsverfassung es nicht anders litten, so möchten sie dann lieber die große Influenz, die Frankreich vor sein Geld sich erkauft, sich gefallen lassen." Extract einer Depesche von Funcke, Moskau 9. April, die Maltzahn bei seiner Durchreise durch Potsdam, 7. Juni 1754, vorlegte.

2) Rescr. an Michell, 24. Aug. 1754. Der Befehl, dem solche Wirkungen in Liefland folgten, mußte spätestens vor 1. Juli in London erlassen sein. Schon 11. Mai schrieb Klinggräffen von den Russen: ils n'ont pas encore de subside,

Und nun kehrte die Zarin nach Petersburg zurück (Juni); der Dresdner Hof übersiedelte nach Warschau. Ein Versuch, den Ostroger Handel gütlich zu schlichten, scheiterte; Fürst Lubomirski bot seine Bauern und Haidamaken auf, sich in seinem Kauftheil zu behaupten. Die Diätinen zur Landbotenwahl begannen; von den Anhängern der Familie wurden sie vieler Orten, wo sie ungünstig auszufallen drohten, zerrissen. Die Aufregung wuchs; geschickt wurden Dinge hineingemengt, sie gegen Preußen zu richten. Der Vicecanzler der Republik, Bischof von Krakau, der zu den Russen hielt, machte großen Lärm, daß in drei preußischen Dörfern in Schlesien, welche derselbe zu Lehn hatte, bei Verfolgung polnischer Salzschmuggler ein Commando preußischer Truppen erschienen war und Quartier genommen hatte, — als sei das Gebiet der Republik damit verletzt.[1]) Noch größeren Lärm machte seine Partei über den preußischen „Brückenkopf" bei Marienwerder, und daß mit dort dem begonnenen Dammbau ein Werder am rechten Weichselufer, der dem polnischen Edelmann Czapski gehöre, preußisch gemacht sei, — während doch nach alten Verträgen der Strom, der freilich häufig sein Bett wechselt, bis zu seiner Mitte zum herzoglich preußischen Gebiet gehörte. Die Czartoryski forderten, Truppen der Kronarmee marschieren zu lassen, um Czapskis Werder zu behaupten, und wenn sie zurückgeworfen würden, russische Hülfe anzurufen.[2]) Groß ließ sich in Warschau vernehmen: seine Herrin werde sich nicht in die Angelegenheiten der Republik mischen, außer wenn eine andere Macht es thue.

Der casus belli stand in deutlichen Umrissen da. Alles schien im

---

mais comme je sais que le gouvernement d'Angleterre est toujours à même de disposer d'au delà de 100 000 L. St. sans que cela transpire, il se pourroit qu'on eût fait passer une pareille somme en Russie, suffisant pour réaliser leurs démonstrations, bis das Parlament bewilligt habe. Nach seinem Bericht vom 13. Juli scheint man in Wien zu fürchten, que l'Angleterre ne laisseroit de lui [à la Russie] donner des subsides médiocres.

1) So die Note, die mit dem Rescript vom 16. März 1754 an Maltzahn nach Dresden gesandt wird.

2) Maltzahn, Warschau 1. Aug. 1754: dans un conseil que les Czartoryski ont tenu . . . polnische Truppen zu fordern pour empêcher le passage sur cette digue avec ordre de s'opposer à la force afin qu'il y eût de tués, ce qui donneroit alors occasion de se plaindre comme d'une violence aux cours alliées de S. M. Pol. et de demander leur assistance. Quelque ridicule que soit cet avis, il suffit pour faire connoître à V. M. le dessein de cette clique de brouiller V. M. avec la république.

besten Zuge. Es war wohl kein Zufall, daß der östreichische Rittmeister v. d. Trenck, früher preußischer Cornet und wegen Desertion cassirt und infam erklärt, im Juni nach Danzig kam, seine Verwandten in Ostpreußen zu besuchen. Klinggräffen schrieb, er habe von guter Hand, daß ein Project fertig sei folgenden Inhalts: Rußland werde Preußen so nahe rücken und so drängen, bis sich der König zu Feindseligkeiten gezwungen sehe;[1]) dann werde man östreichischer Seits, nachdem man Scheines halber Vermittelung versucht, nicht umhin können, die vertragsmäßigen 30 000 Mann zu Rußlands Hülfe zu stellen und übrigens sich hinter dem Vorhang halten, um die Ereignisse abzuwarten.

Noch im Mai hatte Friedrich II. englische Subsidien gefürchtet. Auf Anlaß seines Agenten in Danzig hatte der Rath Trenck festnehmen und an Preußen ausliefern lassen; er erfuhr durch zuverlässige Mittheilung (28. Juli), „daß Graf Puebla sich über Trencks Schicksal immer mehr zu beunruhigen beginne". Unzweifelhaft, daß allerlei gebraut wurde; aber „die große Glocke" schlug nicht an, wenn auch Georg II., wie er dem östreichischen Gesandten sagte, „untröstlich" war, daß das russische Contreproject unannehmbar sei. Wenn er hinzugefügt hatte, er hoffe, der Wiener Hof werde in Petersburg annehmbarere Bedingungen erwirken,[2]) so entnahm Friedrich II. daraus, daß für den Augenblick, ja für dieß Jahr wohl noch Frieden bleiben werde.

Aber der Lärm, der sich über den marienwerderschen Damm erhob, machte ihn stutzen: „zweimal nachdenklich" las er, wie Eichel an Podewils, am 8. August schreibt, Maltzahns Depesche vom 1. August: „was Maltzahn schreibe, werde von Nachrichten, die S. Maj. von anderen Seiten erhalten, bestätigt, daß das Ziel der beiden Kaiserhöfe sei, S. Maj. mehr und mehr aus aller Influenz sowohl in den Reichs- als

1) v. d. Trenck, der als Cornet bei den Gardes-du-corps von Friedrich II. seiner glänzenden Begabung wegen sehr begünstigt worden war, hatte Herbst 1745 wegen eines Dienstvergehens im Felde Festungshaft erhalten, war 1746 mit den Wachtposten, die er zu gewinnen verstanden, desertirt, er wurde in Folge dessen kriegsrechtlich zum Tode verurtheilt, sein Bild an den Galgen geschlagen. Er war indeß östreichischer Offizier geworden, erbte von seinem Oheim, dem berüchtigten Pandurenoberst v. d. Trenck, ein bedeutendes Vermögen; er reichte bei dem preußischen Gesandten in Wien die Bitte um Pardon ein (Decbr. 1750), der König war gewillt, ihn zu begnadigen, unter der Bedingung, daß er mit seinem Gelde nach Ostpreußen gehe, dort als Privatmann lebe. Er kam nicht.

2) So nach Flemmings Berichten aus Wien vom 19. Juni bis 31. Juli. Maltzahns Mittheilungen, Warschau, 18. Aug.

allgemeinen Angelegenheiten zu bringen, S. Maj. von den Ihnen Wohlgesinnten zu isoliren und Sie dergestallt zu binden, daß Sie am Ende lediglich zur Discretion gedachter Höfe stehen". Eichel sah mit schwerster Sorge in die Zukunft: „Wenn man aus allen Nachrichten siehet, wie die gegen S. Maj. und Frankreich verbündeten Puissancen in dem größten Concert mit einander arbeiten und einander darin zuvorkommen, so ist es betrübt zu sehen, wie des Königs Maj. Deroseits nicht die geringste Hülfe von Dero Alliirten haben und die ganze Last allein tragen, ja wo nicht gar Undank, doch am Ende Jalousie davon haben müssen". Er schließt mit dem Seufzer: „Es ist fast nichts übrig, als daß der Höchste einmal durch ein ohnverhofftes glückliches Evenement den Sachen eine andere Face gebe, widrigenfalls es fast mehr wie menschliche Vernunft und Application erfordern wird, das Schiff glücklich aus dem orageusen Meer zu bringen".

Wie Friedrich II. sorgfältig jeder Collision auszuweichen suchte, wenn es geschehen konnte, ohne sich und seiner Würde etwas zu vergeben, so nahm er keinen Anstand in der marienwerderschen Sache, in der er am wenigsten der Republik hatte zu nahe treten wollen, den Kronfeldherrn und in einer eingehenden Denkschrift den Bischof von Ermeland mit den nöthigen Aufklärungen zu versehen.

Sich tiefer und in Gemeinschaft mit Frankreich, das in den polnischen Dingen zurückhaltend gegen ihn war und blieb, einzulassen, war er nicht gemeint. So dringend Maltzahn in jenem Bericht vom 1. August Geldunterstützung zur Belebung des Widerstandes gewünscht hatte, es schien nicht erst nöthig den Eifer der Patrioten zu erkaufen; und wenn der Kronfeldherr wenigstens die Zusage preußischen Beistandes, sobald die Russen einrückten, erwartete und erbat, so lautete die Antwort: „Solche Erklärung würde nur die Russen provociren, sie zu Erwiederungen in ihrem gewöhnlichen Styl veranlassen, auch weiter führen, als ich für jetzt gehen will". [1])

Er sah, wie die Stimmung in Wien abschlug; nicht bloß weil aller Eifer Colloredos in London nichts oder wenig wirkte; nicht weil die Dinge in Italien bedenklicher wurden, schon auch Neapel zu rüsten begann; am wenigsten weil nach dem russischen Contreproject das Heer in Liefland nur in Action treten sollte, „wenn ihre großbritannische Majestät angegriffen werde"; — in Wien hatte man immer nur in

1) Maltzahn, 1. Sept.; Rescr. darauf 8. Sept. 1754.

zweiter Reihe, als Auxiliarmacht, mit antreten wollen. Was hier den Hof am schwersten, mehr als alles Andere drückte, war die Möglichkeit eines Conflicts mit der Pforte.

Die Kiewer Commission war in vollem Hader aus einander gegangen. Der russische Resident bei der Pforte, Obreskow, erhielt auf seine begütigenden Versicherungen nach langen Berathungen im Diwan die Antwort: der Bau der Festung St. Elisabeth sei ein Attentat auf den Belgrader Frieden. Dem östreichischen Internuntius erklärte der Reis-Effendi: wenn St. Elisabeth gebaut werde, sei der Krieg da; weder er noch der Sultan selbst könne ihn hemmen, die Erbitterung des Volkes zügeln. Selbst an die Paschaliks in Asien erging der Befehl, ihre Truppen bereit zu halten.

Kaunitz war in äußersten Sorgen. Er hatte schon auf eine Anfrage der Pforte den „Pestcordon" an der Grenze der Wallachei, der nur die Auswanderung der Serbier hatte hindern sollen, aufgelöst. An der dereinstigen Wahl des Prinzen Xaver lag ihm wenig, desto mehr daran, die Verbindung mit dem Petersburger Hofe, die das Fundament aller Hoffnungen und Berechnungen der östreichischen Politik war, auf alle Fälle festzuhalten, zumal da von der Succession Iwans nicht mehr die Rede sein konnte. Er ließ Graf Flemming an Newcastle schreiben, daß doch England in Petersburg von dem Festungsbau abmahnen möge, an Graf Brühl eine gleiche dringende Bitte richten. In gleichem Sinn schrieb Pretlack an seinen alten Collegen in Petersburg. Es galt zugleich Bestushew zu stützen, dessen Einfluß wie allerlei „kleine Ärgernisse" zeigten, wieder sank: man müsse Alles thun, den Großcanzler zu halten, sagte und schrieb Flemming, sein Sturz würde das Ministerium und die Principien Rußlands, das ganze europäische System ändern.[1])

Bestushew selbst that, was er konnte. Er hatte Graf Keyserlingk angewiesen, eine Denkschrift zu verfassen, die dem Wiener Hofe vorgelegt werden sollte, um da gebilligt der Zarin übergeben zu werden.[2]) In ihr war nachgewiesen, daß Frankreich nach wie vor die Universal-

1) Aus Flemmings Depeschen vom 14. Sept. bis 2. Oct., die Maltzahn, Warschau 17. Oct., einsendet.

2) Klinggräffen, Wien 17. Aug. 1754. Der Aufsatz hieß: Réflexions sur l'état actuel de l'Europe.

monarchie erstrebe, schon Preußen, Schweden ganz zu Dienst habe, von Preußen unterstützt die Pforte leite u. s. w. Bestushew verschob die Conferenz zur Entgegennahme der englischen Antwort auf das Contreproject, die Guy Dickens Ende August erhalten hatte, bis auf Weiteres: erst müsse die neue Dislocation fertig und von der Kaiserin vollzogen sein, bevor er über die Subsidien weiter unterhandeln könne. Und nach dieser sollten 10000 Mann aus Liefland zurückgezogen werden, damit ihm nicht weiter von seinen Gegnern vorgeworfen werden könne, durch Rüstungen in Liefland zu große Kosten verursacht zu haben.

Im Conseil waren Trubetzkoi, General Peter Schuwalow, der Ceremonienmeister Olsuwiew, und hinter ihnen Woronzow für dreistes Weitergehen gegen die Pforte; sie hatten die Stimmung der Zarin für sich, die mit ihnen und der Masse des Volkes der Meinung war, daß Rußland unangreifbar und seine Macht jedem Gegner überlegen sei. Und Obreskow, der seine Nachrichten so einrichtete, wie sie bei Hofe gewünscht wurden, hatte gemeldet, daß der Lärm bei den Türken schon nicht mehr so gefährlich sei, daß man den Divan leicht durch die „Pensionäre", die man in ihm habe, beruhigen könne. Nun nahm der Senat die Sache in die Hand, forderte die Ansicht des Conseils, sandte dem Großcanzler die weiteren Instructionen zur Beförderung an Obreskow.[1])

Sehr bald ergab sich, daß dieser falsch berichtet habe, daß die Dinge am Goldenen Horn höchst gefährlich standen; „Man muß fürchten, daß Bestushews Warnungen erst Gehör finden werden, wenn die Pforte vielleicht die Janitscharen, wenigstens die Tataren einrücken läßt und Frankreich aufgerufen hat".[2]) Auf Obreskows letzte Eröffnung war die Antwort des Divan gewesen: wenn nicht in 14 Tagen die Arbeiten bei St. Elisabeth aufhörten und Rußland sich verpflichte, das schon Fertige zu demoliren, so werde die Pforte Frankreich als Garanten des Belgrader Friedens aufrufen und nach den Umständen sich selbst Recht

1) So nach Funckes Bericht vom 3. Sept., den Maltzahn aus Warschau 3. Oct. einsendet. Funcke meldet später, daß der Senat, der die Befugniß erhalten habe, Alles, was Neuserbien betreffe, mit dem Reichscollegium (als innere Angelegenheit) gemeinsam zu verhandeln, einen Ukas an Obreskow habe erlassen wollen, wogegen der Großcanzler als Eingriff in die Rechte des Reichscollegiums protestirt habe; darüber zwischen beiden großer Hader u. s. w.

2) Funckes Bericht vom 24. Sept., von Maltzahn 27. Oct. eingesandt.

schaffen. „Von dieser Drohung hat man hier den Gesandten der Verbündeten keine Mittheilung gemacht", schreibt Funcke, der Vertraute Bestushews.

Mehr noch: in jener hochgemuthen Stimmung hatte die Zarin ihren beiden Canzlern befohlen, durch Keyserlingk dem Wiener Hof melden zu lassen: wenn ihn die Pforte zur Vermittelung wegen St. Elisabeth ersuche, so werde es ihr angenehm sein, wenn derselbe sie ablehne. Begreiflich, daß man darüber nicht wenig betreten war; Kaunitz sprach dem Gesandten sein lebhaftes Bedauern über das sehr geringe Vertrauen zu seinem Hofe aus, das sich darin äußere; die Pforte werde sich, in Wien zurückgewiesen, nach Berlin, Versailles, Stockholm wenden und sich mit diesen Höfen enger verbinden; auch Dänemark sei im Begriff hinzuzutreten.[1])

Und endlich: officiell hatte Guy Dickens die Antwort seines Hofes noch Ende September nicht überreicht; er hielt es ihrem Wortlaut entsprechend, dem Canzler vertraulich — nur Funcke war mit anwesend — Alles mitzutheilen, was sie enthielt. Sie war von dem Staatssecretär Graf Holdernesse, sie hieß ihn im Auftrage des Königs, mündlich in so starken Ausdrücken wie möglich zu erklären, daß die russischen Forderungen exorbitant und unzulässig seien, und daß das dem Entwurf beigefügte Memoire der Art sei, daß man passend gefunden habe, darauf nicht zu antworten; Rußland habe es sich selbst zuzuschreiben, wenn es sich diese Gelegenheit entgehen lasse, eine so bedeutende Summe zu erhalten, um das gute System sichern zu helfen; doch könne der Gesandte dieser Erklärung beifügen, daß er, wenn man in Rußland sich geneigt finde, noch jetzt die von England gebotenen Bedingungen schlank und blank anzunehmen, Vollmacht habe und bereit sei, sofort den englischen Entwurf mit ihnen zu unterzeichnen. Bestushew hatte sich nach diesen Eröffnungen Anfangs auf das Lebhafteste beschwert, daß man in so unmöglicher Form zu unterhandeln fordere, daß Guy Dickens seinen Vorschlag schriftlich einreichen, ihn wenigstens zu Protocoll dictiren müsse. Dann nach weiterer Erwägung hatten beide und Funcke mit ihnen sich das strengste Geheimniß gelobt, verabredet, daß Guy Dickens einen Auszug der wichtigsten Punkte dieser Erklärung, und in gemäßigten, für die Zarin möglichst verbindlichen Ausdrücken machen

1) Nach Flemmings Berichten aus Wien vom 4.—16. Oct., eingesandt von Maltzahn 31. Oct.

solle; nach diesem Auszuge sollte er den beiden Canzlern seine Mittheilungen machen, Bestushew werde dann zum Vortrage bei der Zarin „um seinem Gedächtniß zu Hülfe zu kommen", Abschrift desselben fordern, diese ihr übergeben mit Bemerkungen, deren Lesung, sie, wie er hoffe, bestimmen werde, die Unterzeichnung des englischen Projectes zu befehlen.[1])

So stand Bestushew in der Zeit, wo die russische Politik, wie er sie meinte, in Polen den entscheidenden Zug hätte thun, den unmittelbaren Bereich ihres Einflusses bis an die Grenzen Schlesiens hätte vorschieben müssen, im Conseil nichts weniger als im Übergewicht, seine Rivalen in vollem Zuge des Russenthums, gegen die Türken vorzugehen und um Europa sich nicht weiter zu kümmern. Alle Hülfen seiner Politik drohten zu versagen; auf Subsidien von England war ohne eine tiefe Demüthigung der Zarin nicht mehr zu rechnen; am Wiener Hofe wuchs die Verstimmung mit der Gefahr eines Türkenkrieges, und um so gleichgültiger wurde man hier in der polnischen Frage; in Polen selbst war die russische Partei nur noch die „der drei Personen",[2]) immerhin bereit das Äußerste zu wagen; aber der König selbst wandte sich von ihr, die Patrioten mit dem Kronfeldherrn und der Kronarmee waren Eines Sinnes, schon in offener Verbindung mit der Pforte. Und diese hatte, von dem französischen Ambassadeur berathen, ihren Befehlshabern an der Grenze die Weisung gesandt, den polnischen Großen zu melden, daß sie entschlossen sei, die Republik aufrecht zu erhalten und durch wirksame Mittel zu schützen; ein Emissär des Tatarenchans war seit dem August in Warschau, wiederholte dort diese energische Declaration in aller Form.

---

1) So Rescr. an Knyphausen in Paris, 28. Sept., auf Grund des Berichtes von Funcke an Brühl d. d. Moskau 24. August 1754, dessen Inhalt Maltzahn in seinem Bericht aus Warschau vom 19. Sept. wiedergegeben hatte. Schon am 9. Juli schreibt Friedrich II. an Klinggräffen den wesentlichen Inhalt der englischen Ablehnung: que les demandes des ministers (de la Russie) sont si exorbitantes qu'il n'y a pas moyen de traiter avec eux, à moins qu'ils ne se contentent du subside médiocre que l'Angleterre leur offert.

2) Maltzahn, 11. Sept., sagt von Rußland: sa supériorité n'a été jusqu'à présent que précaire; elle est détestée; son parti n'y consiste que dans trois personnes, le Cte. Poniatowski et les deux Czartoryski, qui ont attiré ceux auxquels ils ont fait espérer des grâces de la cour et ont intimidé les autres.

Rasch und gründlich vollzogen sich nun die Entscheidungen in Polen. Schon der Ausfall der Landbotenwahlen war für die „Familie" eine Niederlage gewesen; unter Thränen sagte die alte Generalin Poniatowski: „Alles das wird schlecht für uns werden".

Dann am 30. September der Beginn des Reichstages. Ein Landbote erklärt: nicht eher dürfe der Marschall gewählt werden, als bis der Kronfeldherr Dubno geräumt habe. Fürst Lubomirski und Michael Czartoryski, der Canzler von Lithauen, gehen mit 4000 Mann nach Petrikau, sich des Gerichts zu versichern; von russischer Hülfe regt sich nichts; die 4000 werden durch ein Commando der Kronarmee, das Branicki sendet, gesprengt, viele niedergehauen. Auf dem Reichstage wird Tag für Tag über Ostrog gehadert; zur Wahl des Marschalls kommt es nicht. Am 21. October erklärt einer der Landboten: er habe beim Gericht einen Protest gegen alles weitere Verhandeln eingelegt, die Frage über das Ordinat gehöre vor die Gerichte, nicht vor den Reichstag. Er verläßt die Versammlung. Man harrt vergebens seiner Rückkehr. Am 31. October ist die dem Reichstag gesetzte Zeit zu Ende; die Landboten ziehen heim.

Noch vor diesem Ausgang hatten 31 Mitglieder des Senates dem Könige das Ersuchen überreicht, das Ordinat in seine Administration zu nehmen. Er hatte gesehen, daß nicht, wie Brühl ihm immer gesagt, die Czartoryski die mächtigere Partei seien. Brühl eilte einzulenken; er empfahl die Übernahme der Administration. Sie wurde einem „parteilosen" Mann übertragen.

Die Niederlage der Czartoryski war vollständig: „sie hatten sich selbst ihr Grab gegraben"; jener Landbote, der den Reichstag gelähmt, war einer der Ihrigen. „Rußland wird sich erst wieder eine Partei in Polen bilden müssen und Mühe haben, Leute dazu zu finden".

Der König von Polen hat die Freunde Rußlands fallen lassen; der französische Gesandte hat nun sein Ohr. In Wien sieht man die türkischen Dinge mit wachsender Beklemmung und „schweigt von den Russen".[1]) Daß die Großfürstin Katharina am 1. October einen Thronerben geboren hat, macht allen Hoffnungen für Iwan ein Ende. Und

1) Klinggräffen, den der König am 16. Sept. in Neiße gesprochen, schreibt 12. Oct.: le silence sur les Russes continue encore ici depuis mon retour dans les bons endroits, où on les allégoit avant cela comme l'épouvantail de l'Europe.

in England sind alle Gedanken auf Amerika gerichtet; mit dem Ausgang Juli hat man Nachricht, daß Obrist Washington mit virginischen Milizen auf den großen Wiesen am Ohio mit den Franzosen gekämpft hat; bald erkennt man den Plan derselben, sich der Linie des Ohio, der Verbindung von da mit Canada vollständig zu versichern; mit jeder weiteren Nachricht schwillt die Aufregung der Nation, so mächtig, daß die Minister Truppen und Schiffe zu rüsten eilen, ehe das Parlament berufen ist.

So geht das Jahr 1754 zu Ende. Für die Friedenspolitik Friedrichs II. günstig genug: keiner der Anläufe, mit denen man ihn zu bedrängen und zu stellen gehofft hat, ist wirksam gewesen. Die Frage der römischen Königswahl lahmt sich weiter, die ostfriesische versumpft; die englischen Inhaber der schlesischen Hypothek schielen umsonst nach dem geschlossenen Depot des Kammergerichts in Berlin; selbst die Gräfin Bentink ist zur Ruhe gebracht. Und wenn der Wiener Hof in den Verhandlungen mit v. Fürst immer neue Schwierigkeiten macht, das große Werk der englischen Subsidien für Rußland, und das größere, dafür Rußland von der Düna her das Eis brechen zu lassen, ist bis auf Weiteres eingefroren und in Moskau die national-russische Partei im Vorsprung gegen die östreichische, daran, mit einem Türkenkriege das ganze „gute System" über den Haufen zu werfen.

Nicht großer materieller Anstrengungen preußischer Seits hat es bedurft, den Dingen solche Wendung zu geben. Nicht ein Bataillon hat auszumarschieren gehabt; die ganze Summe, die Maltzahn während des Warschauer Reichstages aufgewandt, hat 3000 Ducaten betragen, und von diesen hat General Mokranowsky die größere Hälfte nach dem Reichstag als Ehrengabe erhalten.

Friedrich II. übersieht jetzt, wie es mit den Geheimartikeln der Petersburger Allianz, die 1746 auf 25 Jahre geschlossen worden, mit der Coalition auf Grund derselben, die immer noch nicht fertig ist, mit den Absichten und Nebenabsichten seiner Gegner, denen er und sein Staat zum Opfer fallen soll, bestellt ist. Wie immer die persönlichen Stimmungen Maria Theresias, Georgs II., der Zarin gegen ihn sein mögen, mit Bestushews Einfluß geht es stets auf und nieder; Newcastle sieht scheu nach dem Wind und Wetter im Parlament, und der hochgefeierte

Kaunitz ist doch „mehr Advocat als Staatsmann“,[1]) ein Virtuos der diplomatischen Kunst. Er sieht, wie mit jedem Anlauf, zu dem ihre Ungeduld sie treibt, mit den Rivalitäten, den immer neuen Misverständnissen und Verbitterungen zwischen ihnen ihre Schritte unsicherer werden und ihre Tendenzen weiter aus einander gehen. Er sitzt ruhig am Steuer „und lenkt das Schiff mit sichrem Maaß“; er weiß, was er will, und will nicht mehr als er kann. Mit den 135 000 Mann in Reih und Glied, und den schon wieder 10 Millionen im Schatz stark genug zu Schutz und Trutz gegen solche Coalition, kann er es ihrer inneren Unwahrheit überlassen, des Weiteren ihre Luftgriffe zu machen. Indem er sie nicht fürchtet, hört sie auf ein Gespenst zu sein.

Freilich er hat, abgesehen von seiner Stellung im corps germanique, in dem ungefähr Alles in jedem Augenblick fraglich ist oder werden kann, keinerlei feste und dauernde Verbindungen. Die rein defensive Allianz mit Frankreich, die er 1741 geschlossen hat, geht mit dem Frühling 1756 zu Ende, die mit Schweden vom 29. Mai 1747 ist nur auf acht Jahre aufgerichtet. Wenn er seit dem Frühling 1749 mit Frankreich wiederholt Hand in Hand gegangen ist, so waren es Verabredungen für bestimmte Zwecke, von Fall zu Fall, wie das gemeinsame Interesse sie veranlaßte.

Am wenigsten an Frankreich will er gekettet sein. Er weiß, wie man dort die „Unabhängigkeit der großen Mächte“ versteht und wie scheel man auf ihn sieht, daß er es ihnen gleich thun wolle:[2]) man vergißt in Versailles keinen Augenblick, wie sehr man ihn der Krone Frankreich zu Dank verpflichtet und auf ihre Protection angewiesen glaubt; man läßt ihn gelegentlich empfinden, daß eine alte saturirte Macht die großen politischen Verhältnisse doch eben anders ansehe, als er von seinem beschränkteren Gesichtskreis und allerdings noch recht

---

1) Rescr. an Klinggräffen, 30. Jul. 1754: la cour des Londres doit être piquée de voir que les progrès de celle de Vienne commencent d'être modelés sur ceux de l'ancien ministère Autrichien et que le Cte. de Kaunitz cherche plutôt en avocat qu'en homme d'état.

2) In der Hist. de la guerre de sept ans IV p. 29 heißt es: la cour de Versailles comptoit le Roi de Prusse à l'égard de la France comme un despote de la Vallachie à l'égard de la Porte, c'est à dire comme un prince subordonné et dans l'obligation de faire la guerre dès qu'on lui en envoie l'ordre.

unsichern Lage aus. Man findet es in der Ordnung ihn, wie seine Geschicklichkeit und seine Rührigkeit zu wirksam zu werden scheint, gebührend zur Seite zu schieben und auf seine Kosten sich Dank und Gegendienste zu gewinnen.

Das letzte Jahr hatte mehr als Ein Beispiel der Art gebracht.

Die Lässigkeit, mit der das französische Ministerium die Vermittelung in den preußisch-englischen Differenzen betrieben hatte, ließ sich allenfalls noch mit der Absicht, desto länger Preußen gegen England an der Leine zu behalten, erklären.

Bedenklicher schon war, daß man französischer Seits nach der Erneuerung des französisch-dänischen Subsidienvertrages den traité d'amitié Dänemarks mit Preußen, zu dem sich König Friedrich V. schon im Herbst 1753 geneigt erklärt hatte, gern zu vermitteln übernahm, dann aber Jahr und Tag zögerte,[1]) endlich in Berlin anfragte, ob es nicht angemessen sei, Schweden auch zur Vermittelung mit heranzuziehen.

In Schweden hatte Marquis Havrincourt, selbst als Graf Tessin im Februar 1754 sein Ehrenamt am Hofe plötzlich aufgab, gegen den Hof und für die „Freiheit" Partei genommen. Und wenn dann auf eine Anfrage Friedrichs II. der Minister St. Contest antwortete: Frankreich könne nichts dagegen thun, könne sich nicht in die inneren Angelegenheiten Schwedens mischen, da die Schweden auf ihre Freiheit eifersüchtig seien, so erschien es um so auffallender, daß der Ambassadeur fortfuhr, für jeden Übergriff des Senates gegen die Krone einzutreten. Im Mai 1754 meldete der preußische Gesandte in Stockholm, daß die Erneuerung der Defensivallianz, die Frankreich, Schweden und Preußen 1747 geschlossen hatten, im Werke sei; schon beim Schluß des Reichstages von 1752 war davon die Rede gewesen, und Friedrich II. hatte sich bereit erklärt, „sich in diesem Stück ganz nach Frankreich zu richten und sich den französischen Maaßnahmen anzuschließen".[2]) Jetzt im Juni 1754 erfuhr er nachträglich, daß zwischen Frankreich und Schweden bereits am 17. Januar die Erneuerung des Vertrages voll-

1) Rescr. an Häseler in Copenhagen, 19. Oct. 1754: je ne présume cependant point de mauvoise volonté.

2) Rescr. an den Minister Graf H. v. Podewils, 4. Nov. 1752.

zogen worden sei. Er befahl seinem Gesandten, „diese Kunde durchaus zu dissimuliren, niemanden, wer es auch sei, merken zu lassen, daß er etwas davon wisse". „Hat das französische Ministerium", schreibt Knyphausen am 19. August, „aus dieser Sache gegen E. Maj. ein Geheimniß gemacht, so erklärt sich dieß daraus, daß Rußland in Schweden gedrängt hat, die schwedisch-russische Allianz, die 1756 abläuft, zu erneuen, und daß der Senat in der Besorgniß, auf dem nächsten Reichstage (1755) die russische Partei mit diesem Vorschlag kommen zu sehen, sich entschlossen hat, ganz im Geheim mit Frankreich abzuschließen, formell mit Rußland weiter zu unterhandeln". Der Hof von Versailles hatte damit Schweden auch ohne Preußen. Preußen mußte ja doch zu Frankreich halten.

An St. Contest's Stelle, der im Juni 1754 nach kurzem Krankenlager gestorben war, wurde Graf Rouillé berufen, der bisher die Marine gehabt hatte, in den auswärtigen Verhältnissen völlig ein Neuling. Angesichts der drohenden Krisis in Polen sprach er den Wunsch aus, daß Preußen mit der Pforte in Allianz treten, etwa mit dem Antrage zu einem Handelsvertrage beginnen möge; Frankreich werde denselben dort durch Desalleurs auf das Beste unterstützen; beide Mächte hätten ja das große Interesse gemein, die Freiheit in Polen zu erhalten und die Macht Oestreichs zu mindern. Friedrich II. erklärte sich gern bereit, Jemanden in aller Stille über Marseille nach Constantinopel zu senden;[1]) ihm lag daran, auch von dort aus für die polnische Sache wirken zu können. Als Rouillé diese Antwort erhielt, schien ihm der jetzige Moment zu solchem Schritt nicht geeignet, „der leicht in Wien zu viel Ombrage geben könne"; er wolle sich die Sache weiter überlegen und nächstens antworten. Und als er sie sich überlegt hatte, war das Ergebniß seines Nachdenkens, daß er sich erst aus den Acten über die 1749 mit dem preußischen Hofe gepflogenen Erörterungen unterrichten müsse. Allerdings hatte man in Paris die Nachricht von dem glänzenden Siege am Ohio,[2]) mit dem die Würfel gefallen waren. Aus den Wendungen in Rouillés Antworten glaubte Knyphausen entnehmen zu können, daß er die preußische Verhandlung mit der Pforte verschleppen wolle, daß

---

1) Rescr. vom 24. Sept. 1754 auf Knyphausens Bericht vom 6. Sept. Rouillés erste Antwort meldet der Bericht vom 17. Oct., die zweite der vom 14. Nov. 1754.

2) Capitulation Washingtons in Fort Necessitey, Juli 1754.

er, vielleicht von den anderen Ministern bestimmt, jetzt zwei große Gefahren sehe, einmal daß sich Preußen mit seiner Rührigkeit sofort in den Levantehandel eindrängen werde zum Schaden derer, die ihn jetzt hätten, sodann daß Friedrich II., der mehr als irgendwer das Verderben Östreichs wünschen müsse, mit der Pforte verbündet, deren Vertrauen misbrauchen werde, um mit ihr den gemeinsamen Kampf gegen das Haus Östreich zu beginnen, während Frankreich nichts mehr wünsche, als die Erhaltung des Friedens und für ihn Alles opfere. Die Hauptsache mochte der Levantehandel sein; denn daß Friedrich II. schon auch eine Compagnie für den Handel nach Bengalen begründet hatte (Januar 1753)[1], die sofort in Thätigkeit trat, war auch in Frankreich sehr übel vermerkt worden: freilich noch viel übler in Holland und England.

Am auffallendsten war das Verhalten Frankreichs in der polnischen Frage gewesen.

Früh genug hatten Maltzahn und Broglie, die auf dem Reichstage von 1752 gemeinsam gearbeitet, erwogen, wie für den bevorstehenden von 1754 Fürsorge getroffen, namentlich das nöthige Geld zur Verfügung gestellt werden müsse, von Frankreich 25—30 000 Ducaten, von Preußen 12—15 000. Sonderbar, daß das französische Ministerium auf den preußischen Antrag, darüber in nähere Berathung zu treten, erst nicht antwortete, dann äußerte: Preußen sei der Nachbar Polens und müsse sehen, was nach den Umständen zu thun sei.[2] Oder wie Broglie bei diesem Anlaß gegen Maltzahn äußerte: „sein König" — und Maltzahn wußte schon, daß Broglie durch eine geheime Correspondenz von seinem Herrn unmittelbare Weisungen empfange — „sei sehr geneigt, ein Arrangement mit Preußen zu treffen"; wonach Maltzahn vermuthete, daß erneute energische Anträge gewünscht würden, deren es bedürfe, um das Ministerium aus seiner Lethargie zu reißen. Friedrich II. war es müde, „den Ball hin und her zu werfen"; auch einer „Operationscasse" schien es ihm nicht zu bedürfen, da die zwei Parteien, die immer in Polen seien und mit einander rängen, die Zerreißung des Reichstages ermöglichten, sobald sie nöthig werde. Und der hoch und höher schwellende Ostroger Handel nöthigte die Patrioten, auch ohne Nachhülfe von Außen, zu energischer Thätigkeit.

---

1) Vgl. oben S. 376.
2) Rescr. an Maltzahn, 2. Febr. 1754.

Broglie und Maltzahn kamen nach Warschau, ohne daß zwischen ihnen oder ihren Höfen Verabredungen getroffen waren. Rouillé ließ durch Knyphausen (6. September) nach Berlin melden, daß Broglie Weisung habe, die höchsten Anstrengungen zu machen, um die Ruhe herzustellen und den Krongeneral von der Bildung einer Conföderation abzuhalten, daß man voraussetze, darin mit Preußen Einer Ansicht zu sein, daß es wünschenswerth sei, einen gemeinsamen Operationsplan für Broglie und Maltzahn festzustellen, daß Maltzahn angewiesen werden möge, in Allem mit Broglie Hand in Hand zu gehen, so wie dieser nichts ohne Maltzahn thun werde. Friedrich II. instruirte seinen Gesandten in diesem Sinn; auf die von Rouillé mit angeregte Frage der künftigen Wahl in Polen begnügte er sich zu antworten: daß, da König August noch frisch und gesund sei, dieselbe noch in weitem Felde zu stehen scheine; daß man, wenn es so weit sei, nur wünschen könne, jede fremde Einmischung fernzuhalten, sich damit begnügen müsse, eine Wahl aus dem Hause Östreich zu verhüten, das Übrige den Polen zu überlassen.

Schon ging Broglie dreister vor. Er hatte Instruction, dem Könige von Polen zu sagen, „mit welchem Auge sein Hof den Schritt Rußlands ansehe, was Rußland veranlassen werde, ruhig zu bleiben, und den polnischen König, eine Administration für Ostrog anzuordnen". Maltzahn bat (15. September) um die Befugniß, eben so offen zu sprechen, „damit Polen sich überzeuge, daß es nicht Alles der Krone Frankreich danke". Dann drei Tage vor Beginn des Reichstags schreibt er: „Die Weisungen, die Broglie empfangen, gehen weiter als mir zu gehen gestattet ist; er hat dem Grafen Brühl erklärt, daß die Königin von Frankreich auf das Ordinat Ansprüche habe, und daß die Krone Frankreich sich für diese interessire". Broglie habe dem Krongeneral dieselbe Mittheilung gemacht, ihm gesagt, daß er mit allen Mitteln unterstützt werden solle, wenn die Gegner zur Gewalt schritten. Und de Latouche in Berlin fuhr fort, über Polen und Broglie zu schweigen; Rouillés Depeschen an ihn erwähnten Maltzahns nicht. Also Frankreich intriguirte auf eigene Hand.

Wie stark in Warschau Broglies Einwirkung empfunden wurde, zeigte Knyphausens positive Meldung aus Paris, daß derselbe nach beendetem Reichstage seine Abberufung erhalten werde; Graf Brühl hatte sie veranlaßt, der, wie oben erwähnt, erst im letzten Augenblick die Partei wechselte, um seines Königs sicher zu bleiben. Sofort

faßte ihn Broglie; er machte ihm scharfe Vorwürfe, daß er die innigen Beziehungen zwischen dem Dresdner Hofe und Frankreich gestört habe; der Subsidienvertrag, den er mit England geschlossen, sei ein unübersteigliches Hinderniß für Frankreich, dem Vater der Dauphine, im Fall daß es nöthig werde, seine alte Freundschaft zu bewahren.[1]) Und der geschmeidige Brühl darauf: den Vertrag mit England habe er so geschlossen, daß Sachsen zu nichts verpflichtet sei, indem er vorausbedungen habe, daß in Betreff der Truppen, die für die englischen Subsidien zu stellen seien, erst dann, wenn der Fall eintrete, die Bedingungen vereinbart werden sollten, so daß man immer in der Lage sei, Truppen gegen Frankreich nicht zu stellen.

Mochte Rouillé über die so plötzliche Sinneswandelung Brühls, über die Heftigkeit, mit der er nun gegen die Russen und deren Anhänger sprach, sein Erstaunen äußern, den Verdacht aussprechen, daß es nur ein dreistes, mit dem russischen und östreichischen Hofe verabredetes Manöver sei, — Broglie erhielt die Erlaubniß, in Dresden so lange zu bleiben, als er es für gut halte.[2]) „Die Hitze", schreibt Knyphausen am 17. October, „mit der der König von Polen und seine Minister für die patriotische Partei eintreten, ist so groß, daß man geheime Pläne darunter wittert; Rouillé hält sich in seinen Äußerungen auffallend zurück; Andere vermuthen, daß August III. Frankreichs Beistand für die Wahl seines Sohnes suche, und das scheint glaublich wegen des Eifers, mit dem Rouillé bei jedem Anlaß für das Haus Sachsen spricht, um dem Dauphin und der Dauphine die Cour zu machen."

Des Prinzen Conti erwähnt er dabei nicht, dessen Wünsche kein Geheimniß waren, und dessen Einfluß auf den König von Tag zu Tag wuchs.[3]) Marquis d'Argenson schreibt in diesen Tagen: „Ich sehe

---

1) Maltzahn, 3. Nov. 1754: obstacles aux démonstrations d'amitié à donner à son maitre en cas de quelque événement.

2) Knyphausen, 6. Decb. 1754. Rouillé sage: qu'il y avoit apparence que cet ambassadeur ne demanderoit point à revenir dans ce moment-ci, où sa présence étoit absolument necessaire pour cultiver les bonnes dispotitions dans lesquelles S. M. Pol. paroissoit se trouver.

3) Knyphausen, 6. Decb. und 11. Decbr. Marquis d'Argenson. Mém. 1754. 13. Decb. VIII p. 385.

wenig Plan in dem Verhalten Frankreichs zu Polen, man will sich da eine Partei erhalten, ohne eigentlich zu wissen, was man mit ihr soll; Conti hat immer noch im Sinn dort König zu werden; unser Interesse würde fordern nur Ein Ziel dort zu verfolgen, das, Preußens Ascendant in Polen zu hindern".

Friedrich II. begnügte sich damit, Knyphausen anzuweisen: „wenn von dem Verhalten des Dresdner Hofes in Polen und von der Absicht desselben, sich mit Frankreich wieder auszusöhnen die Rede sei, solle er sich gleichgültig und zugeknöpft verhalten, weder abrathen noch zureden".

Er sah in weiter Ferne eine Wetterwolke aufsteigen, die nach seiner Auffassung von der europäischen Politik mehr als irgend eine continentale Frage den Frieden Europas bedrohte.

Er kannte das tiefe Friedensbedürfniß der Krone Frankreich; er sah sie bereit, um des Friedens Willen der wachsenden Rivalität Englands mit um so größerer Vorsicht, mit möglichster Nachgiebigkeit auszuweichen. Nur um so rücksichtsloser drängte England vorwärts.

Seit Washingtons Niederlage im Juni 1754 spannte sich die Frage schärfer. Daß England seinen Colonien Truppen zusenden mußte, veranlaßte auch Frankreich, schleunigst die langversäumten Seerüstungen zu betreiben, um die Truppen in Canada und Louisiana zu verstärken. Um so mächtiger rüstete England, den Franzosen den Weg zu verlegen; im April 1755 segelten beide Flotten aus.

Mit der höchsten Spannung verfolgte Friedrich II. diese Vorgänge. Der Zusammenstoß beider Flotten ist so gut wie unvermeidlich. So wie derselbe erfolgt ist, hört die Frage auf eine nur coloniale und mercantile zu sein, nur die Colonisten in Amerika, die Contore der Compagnien in Ostindien anzugehen.

So wie zwischen den beiden Mächten, die den Aachner Frieden dictirt und mit ihrem Gewicht erzwungen haben, der Krieg beginnt, werden die europäischen Beziehungen und Allianzen beider in Mitleidenschaft gezogen werden. Mit der factischen Auflösung des Gleichgewichts in der Staatenwelt, wie es sich aus dem Frieden von 1748 zu gestalten begann, wird ein neuer continentaler Krieg, furchtbarer als der pragmatische, beginnen, furchtbarer darum, weil England endlich die Macht

Frankreichs vernichten will und zu dem Ende das ganze Europa in Flammen setzen wird.

Oder giebt es noch Mittel und Wege, dem drohenden ersten Zusammenstoß vorzubeugen? Wenigstens Mittel, den Kampf um die Colonien, die Seeherrschaft, den Welthandel seinen furchtbaren Brand nicht auf den Continent herüberschleudern zu lassen.

Friedrich II. versucht es.

Bis zum Ausbruch des siebenjährigen Krieges.

Der beginnende Seekrieg.

Vor dem Kriege, den England 1755 begann, und der für Preußen zu dem furchtbaren „der sieben Jahre" werden sollte, sagte Lord Waldegrave: „Wir ließen uns erst in einen Krieg ein und fingen dann an auszureißen".

Man würde der englischen Politik zu viel Ehre anthun, wenn man sagen wollte, daß sie schon jetzt den großen Krieg gegen Frankreich, daß sie ihn auf den Anlaß, aus dem er sich entspann, gewollt habe. Immerhin hatte der Unfall Washingtons im Juni 1754 die Stimmungen in London erregt, aber das Ministerium, weder einig in sich, noch in dem Gefühl sicherer Popularität in England selbst, geschweige denn in den Colonien; es schwankte verlegen zwischen ostentativen Kriegseifer und heuchlerischen Friedensbemühungen, zwischen den Eigenwilligkeiten des Königs und der bald drohend schwellenden Wucht der Stimmung „der Nation". Und wenn es den König bei der Eröffnung des Parlaments, 14. November 1754, hatte sprechen lassen, als ob Alles friedlich und in guter Ordnung, zu neuen Forderungen an die Nation kein nennenswerther Anlaß sei,[1]) — bald war der König Georg in Verlegenheit, ja in Sorge.

Mit den ihm sonst befreundeten Mächten war er mehr als je in peinlichen Differenzen. In Wien nahm man ihm übel, daß sein Eifer für die Wahl Josephs erkalte, die er doch auf die Bahn gebracht, mehr noch, daß er wegen der Barriere in dem Maaß heftiger drängte, je weniger Maria Theresia nachzugeben gemeint war. Im

---

1) Je n'ai d'autres subsides à vous demander que ceux qui se trouveront nécessaires pour les services accoutumés, pour l'exécution des traités que l'on vous a communiqués pour l'affermissement et le maintien de ce système de tranquillité qui est mon grand objet, ainsi que pour nous mettre à couvert de toute usurpation.



Haag warf man auf England die Schuld, daß diese Frage nicht aus der Stelle kam, von der doch Wohl und Wehe der Republik abhänge. Rußland hatte man mit seinen allerdings enormen Subsidienforderungen in einer Weise abgewiesen, die es beiden Höfen peinlich machte, sie wieder aufzunehmen, Dänemark hatte man noch nicht gewonnen und den Dresdner Hof sah man auf dem Wege zu Frankreich überzugehen. Und wenn die Minister den König in jener Thronrede so hatten sprechen lassen, als wenn mit Spanien eine enge Allianz so gut wie geschlossen sei, so wurde bald offenbar, daß sie sich getäuscht hatten oder täuschen wollten, und daß der Rücktritt des Ministers Enzenada, der Eintritt Walls keineswegs den Bruch dieses bourbonischen Hofes mit Frankreich bedeute; von Madrid aus ergingen noch im Laufe des Winters ebenso dringende Mahnungen nach London wie nach Paris, den bedrohlichen Differenzen durch gegenseitige Zugeständnisse ein Ende zu machen.

Nicht ein vorbedachter Gedanke, ein berechneter Plan führte England in diesen Krieg; das schwellende Selbstgefühl und die stiere Energie der englischen „Nation“ drängte vorwärts, der Engländer diesseits und jenseits des Oceans. Und daß die Krone Frankreich jede rasche und energische Action vermied, aus Furcht, die Gefahr zu beschleunigen, der sie noch zu entgehen hoffte, steigerte den Ungestüm und Übermuth auf der Gegenseite.

Vor vier Jahren hatte die Krone Frankreich Labourbonnais und das eroberte Madras geopfert, um den Frieden der beiden Compagnien herzustellen, sie hatte im Januar 1754 Godeheu, einen der Directoren ihrer Compagnie, als Gouverneur nach Ostindien gesandt, mit dem Befehl, den verwegenen Dupleix in Mitten der glänzenden Erfolge, die er errungen und noch in Aussicht hatte, abzulösen und im Nothfall zu arretiren, mit dem weitern Auftrage nur möglichst bald einen Frieden nach dem status quo ante herzustellen; und in derselben Zeit wurden den Truppen der englischen Compagnie Verstärkungen nachgesandt. Schon waren durch Parlamentsacte (5. März 1754) „die Officiere und Gemeinen im Dienst der Compagnie“ unter die englischen Kriegsartikel gestellt.

In Nordamerika hatte die Krone Frankreich Canada und Louisiana, und damit, wie sie meinte mit vollem Recht, das Land im Südosten des St. Lorenzstromes bis zur Fundybay und dem Champlainsee, das Land im Osten des Mississippi, so weit die Wasser zu ihm strömen, zwischen beiden Gebieten die vier großen Seen; dazu die Indianer-

stämme in diesen weiten Gebieten meist den Franzosen zugethan, die sie mit Schonung behandelten. Dem gegenüber die englischen Colonien an der atlantischen Küste, in ihnen eine rasch wachsende, zum Theil schon seit drei, vier Generationen dort eingelebte, in communaler und landschaftlicher Selbstverwaltung tüchtige Bevölkerung, rastlos sich in die weiten Waldwiesen Akadiens und die französischen Ansiedelungen dort, in die Urwälder von den Alleghanys zum Ohio vorzuschieben. Die Eroberung von Cap Breton 1745 war im Wesentlichen von Schiffen und Freischaaren aus Neuengland ausgeführt worden; seit dem Aachner Frieden, der freilich diesen wichtigen Platz an Frankreich zurückgab, kamen in Menge neue Ansiedler in die Colonie, Tausende entlassener englischer Soldaten mit ihren Weibern und Kindern, Tausende protestantischer Auswanderer aus Frankreich, aus deutschen Reichslanden unter papistischen Fürsten. Nur um so lebhafter rückte die Colonisation vor, und in den Rodungen und Waldwiesen entstanden immer neue Ansiedelungen und Gemeinwesen. Namentlich Virginien war eifrig jenseit der Alleghanys vorzubringen, während Frankreich den St. Lorenz mit dem Mississippi durch eine Reihe von Forts und Blockhäusern zu verbinden eilte, da die dünne französische Bevölkerung in Akadien und am Ohio allein sich nicht zu behaupten vermocht hätte.

Das englische Ministerium und Parlament thaten äußerst wenig für die dreizehn Colonien, deren Aufblühen doch dem Handel und der Industrie des Mutterlandes den ergiebigsten Markt gab; die Gouverneurs, die dorthin gesandt wurden, meist junge vornehme Streber und Begünstigte der Minister, waren oft genug in Hader mit den Selbstverwaltungen der Colonien, gegen die sie immer nur die Einnahmen der Krone zu mehren und die Befugnisse des englischen Parlaments geltend zu machen suchten; sie und die Regierung daheim überließen es den Colonisten, mit eigener Anstrengung gegen die Franzosen vorwärts zu kommen.

Da zeigte die Niederlage der virginischen Milizen am Ohio im Sommer 1754 eine Gefahr, deren Ernst in der City von London lebhaft empfunden wurde. Um da zu beschwichtigen, beschloß das Ministerium Truppen nach Amerika zu senden, dort den Krieg nach dem Plan, den der blutige Sieger von Culloden gemacht hatte, methodisch zu führen. Zwei Regimenter unter General Braddock wurden so schnell wie möglich eingeschifft, Anfang Januar fuhr seine kleine Escadre von Cork ab; die Freischaaren der Colonien zu Soldaten zu machen, wurden sie

unter die englischen Kriegsartikel gestellt. Washington zog sich vom Dienst zurück, sein Regiment löste sich auf.

Daß plötzlich mit dem Anfang 1755 auch Frankreich in Brest und anderen Häfen zu rüsten begann, steigerte nur den Eifer und die Ungeduld in England, und die Minister konnten nicht anders, als dem Strom der öffentlichen Meinung folgen. Es wurden Matrosen gepreßt, für die Muskete geworben was man finden konnte; Adel, Kaufleute, Städte wetteiferten mit Lockmitteln aller Art, etwa 1 Guinee für den Matrosen, der sich selbst stelle, für den Mann, der sich vor der Werbung nicht aus seinem Kirchspiel verziehe, mit Tagesgeld für ihre Frauen und Kinder daheim. Man hatte die Empfindung, Außerordentliches geleistet zu haben, als man Mitte April Admiral Boscawen mit 23 Linienschiffen auf der Rhede von Spithead ankern sah; es wurde sofort zur Ausrüstung einer zweiten Flotte geschritten; man war gewiß, endlich die Colonialmacht, die Marine, den Handel Frankreichs für immer abzuthun.

Frankreich leistete das Unglaublichste an Friedlichkeit und Nachgiebigkeit.[1]) Es hatte nach dem Gefecht am Ohio an den Gouverneur Duquesne Befehle gesandt, sich durchaus in der Defensive zu halten, in London vorgeschlagen, die Feindseligkeiten in Indien und Amerika einzustellen, um sich friedlich zu verständigen, in Indien Godeheu den vorläufigen Vertrag überreichen lassen, daß beide Compagnien alle Eroberungen der letzten Jahre zurückgeben, sich gegenseitig alle Förderung gewähren sollten. Die englischen Minister lehnten diesen Vertrag ab, rüsteten immer stärker und unterhandelten mit Mirepoix auf und nieder.

Frankreich war in seiner inneren Politik in dem peinlichsten Gedränge, die Zügel des Regimentes schleiften am Boden.

Abgesehen von dem Steuerdruck, den die Masse des Volkes zu tragen hatte und unter dem das wirthschaftliche Leben verkam und die Ziffer der Bevölkerung sank, abgesehen von dem förmlichen Kriege der Regierung gegen die Smugglerbanden in den östlichen, den in die Wälder geflüchteten Hugenotten in den südlichen Provinzen, abgesehen

---

1) Wie Rouillé gegen Knyphausen (Bericht von 27. Decb.) äußert: der Vorschlag an England sera marqué au coin de la plus grande modération; et M. Rouillé ne veut point que s'y glisse aucune pensée ni expression qui aient l'apparence d'animosité et qui puissent offenser la nation et blesser cette fierté qui forme son caractère.



auch von den unberechenbaren Intriguen und Zerwürfnissen in den leitenden Kreisen, — seit drei Jahren war der alte Hader über die Bulle Unigenitus wieder in vollem Gang, und über die Art, wie dieser Streit geführt wurde, in der wachsenden Erbitterung, die er durch alle Schichten der Bevölkerung verbreitete, wurde von den Gebildeten wie den Massen der heranschwellende Conflict mit England kaum beachtet. Daß der Erzbischof von Paris sterbenden Jansenisten die Sacramente versagte, daß das Parlament von Paris dessen Befehle cassirte, gerichtlich einschreiten ließ gegen die Priester, die den Befehlen ihrer Oberen Folge leisteten, daß der König für die Sache der Kirche eintrat und das Parlament, da es gegen die königliche Declaration Protest erhob, aus Paris an verschiedene Orte verbannte, es durch einen neugeformten Gerichtshof ersetzte (Mai 1754), erschütterte die öffentliche Ordnung und die Autorität der Krone bis in ihr Fundament. So energisch war der Widerstand der Untergerichte, der Advocaten, des ganzen Publicums, daß der König sich endlich genöthigt sah, „das Parlament zurückzurufen, es wieder in Function treten zu lassen", die alten „Befehle des Schweigens" in Betreff der Beichte,[1]) zu erneuen.

Aber der Erzbischof fuhr fort in seinem Widerstande; andere Bischöfe folgten ihm, das Parlament schritt rücksichtslos gegen den Unfug ein; und der König entschied sich für das Parlament, verbannte den Erzbischof, andere Bischöfe aus ihren Diöcesen (2. December), zu großer Befriedigung der Magistrate, aller Gebildeten und Aufgeklärten, der Bevölkerung von Paris. Es war wieder Prinz Conti, der dem Könige so gerathen; mit jedem Tage wuchs sein Einfluß.[2])

Noch hatte die seit Jahren geplante Herstellung der Flotte kaum begonnen; die Cassen waren leer, man brauchte eine Anleihe; am 5. December registrirte das Parlament eine Leibrente von mehreren Millionen.

Mit wachsendem Erstaunen hatte Friedrich II. aus Knyphausens Berichten ersehen, wie schwankend und ängstlich sich der Hof von Versailles England gegenüber verhielt, sich mit immer neuen Friedensplänen täuschte, gegen alle seine Verbündeten sich in Schweigen zu hüllen fort-

---

1) Ce silence reconnu depuis tant d'années sur les matières qui ne peuvent être agitées sans nuire également au bien de la religion et à celui de l'état; Lettres patentes, 2. Sept. 1754.

2) Knyphausen, 6. Decb. 1754.

fuhr. Freilich er erneute seine Allianz mit Dänemark, er hatte durch Havrincourt den schwedischen Senat; hier wie dort mochte er auf einige Schiffe hoffen. Aber er ließ Kurcöln und Kurpfalz ohne Rath und Weisung in ihrer Wiener Verhandlung, er wies Kurpfalz mit seiner Bitte um endliche bestimmte Äußerung nicht ohne Härte zurück.[1]) Und wenn der Reichshofrath in Wien die genuesischen Edelleute, denen die Republik ihre alten Lehen, San Remo und Campofreddo, die ihr der Aachner Friede zurückgegeben, auf Klage einiger dort Eingesessenen wegen Felonie verurtheilte, als wäre der Kaiser noch oder wieder Oberlehnsherr, so hatte Frankreich für Genua, mit dem es im Begriff war, eine Defensivallianz zu schließen, keinen andern Beistand als das Erbieten, diese Allianzhandlung auszusetzen, wenn die Republik dann besser mit dem Wiener Hofe fertig zu werden hoffe.[2]) Wenn Frankreich bemüht war, sich mit dem Dresdner Hofe zu verständigen und ihn durch einen neuen Subsidientractat an sich zu ketten, so war das nach Allem, was vorausgegangen war, eine gewollte Rücksichtslosigkeit gegen Preußen. Und auf die preußische Mahnung die rückständigen Termine an Braunschweig, die ja durch des Königs Hand gingen, zu zahlen, war Rouillés Antwort: sie seien nicht vergessen, aber Frankreich zahle alle solche Subsidien, auch an deutsche Fürsten, nicht voraus, sondern nach beendetem Termin „und etwas später".

Endlich schien man in Versailles sich zu ermannen. Aus Knyphausens Bericht vom 3. Januar ersah Friedrich, daß Frankreich jetzt und mit großem Eifer zu rüsten beginne, daß Rouillé ihm gesagt habe: nachdem Frankreich lange gezögert und in London Alles gethan habe, seine friedlichen Gesinnungen zu bezeugen, ohne damit den geringsten Eindruck zu machen, fordere die Vorsicht diese Rüstungen; sie hätten noch keine gewisse Bestimmung, man wolle nur auf jeden Fall in Waffen sein; wenn England eine bedeutende Flotte aussende, so werde man nicht mit gekreuzten Armen zusehen, sondern den beabsichtigten Streich abwehren.

Schon war die englische Rüstung der französischen voraus. Ende Februar konnten zwei Kriegsschiffe von Boscawens Flotte in See gehen,

---

1) Man sagte dem kurpfälzischen Gesandten, daß die Ungeduld seines Hofes in Wien zu reussiren indecent sei; Knyphausen, 22. Nov. 1754.

2) et qu'on la laisseroit libre de ce concilier sur cela sans son intervention. Genua hat diese Complaisance abgelehnt.



die Küste der Bretagne zu beobachten, während man in Versailles darauf rechnete, daß die energischen Vorbereitungen in Brest England stutzig machen und bestimmen würden, den Vorschlägen Gehör zu geben, die Mirepoix, nach persönlicher Besprechung von Versailles zurückkehrend, überbrachte.

„Die Rüstungen beiderseits sind der Art", schreibt Friedrich II. am 18. Januar, „daß man den Krieg erwarten muß, so sehr ich wünschte, daß der Streit gütlich beseitigt werden möchte; — wenn der Krieg unvermeidlich ist, so wünschte ich, wenn ich es auszusprechen wagen darf, daß er schon da wäre".

Wir sahen, wie Ausgangs 1754 auf dem Continent die Pläne der Coalition misglückt, ihre Beziehungen gelockert waren.

Noch währte der Streit wegen der Festung St. Elisabeth, und nun kam, zuerst über Warschau, die Nachricht, daß Sultan Mahmud am 13. December gestorben, daß sein Bruder Osman ihm gefolgt sei, der für minder friedliebend, für kräftig und ungestüm galt. Die Sorge in Wien war groß, um so mehr, da sich in Ungarn und bei den Grenzern sehr erregte Stimmungen zeigten, die sich demnächst — schon im März — zu offenen Empörungen steigerten.[1])

Freilich die englischen Minister sandten nach Wien und Moskau die Mittheilung, daß ihr Gesandter Potter in Constantinopel angewiesen sei, auf das Dringendste zum Frieden mit den beiden Kaiserhöfen zu mahnen, die noch übrigen Differenzen der Vermittlung Englands anzuvertrauen. Williams in Dresden verkündete bereits, daß „ein ewiger Friede geschlossen sei". Die Pforte hatte nur zugestanden, daß der Tatarenchan 100 russische Leibeigene, die zu ihm geflüchtet waren, auf Antrag des russischen Generals zurückgab und daß beide Grenzwachen aufstellten, um ähnliche Vorgänge zu verhüten.

War es möglich, daß das englische Ministerium offenen Krieg mit Frankreich wollte, ohne die Gegner Frankreichs auf dem Continent

1) Klinggräffen, Wien 25. Jan. 1755, in eingeweihten Kreisen sei geäußert worden: que cet évènement est d'une furieuse conséquence dans la ville et dans le plat pays . . . tout le monde est inquiet, la crainte contre les Hongrois, les Transylvaniens surtout, n'est pas petite, on se méfie d'eux s'il y avoit le moindre trouble avec la Porte, connoissant le mécontentement assez général qui régne dans ce pays-ci.

zur Verfügung zu haben? Aber in der Subsidienverhandlung mit Rußland fuhr Newcastle fort, höchst zäh zu sein. Und noch erstaunlicher war, daß Graf Colloredo in London, wie Michell am 17. Februar positiv meldete, sein Misvergnügen nicht verhehlt habe, als die englischen Minister auf neue Vorschläge Frankreichs mit Eifer einzugehen schienen: „Er hat auf nahen Bruch zwischen beiden Mächten gerechnet, die Rüstungen Englands haben ihn hocherfreut, er hat den Ministern gesagt, die Truppen der Kaiserin-Königin seien in gutem Stande;[1]) er hat sich dicht daran geglaubt, daß man ihm Subsidien anbieten und so seinen Hof in den Stand setzen werde, in Kurzem auf Kosten Englands in Action zu treten". Natürlich daß dann auch Rußland Subsidien erhalten mußte; aber jeder neue Bericht Knyphausens aus Wien zeigte, daß die Sorge um die Türken groß, die um die Ungarn, Kroaten, Slavonier noch größer sei, zumal seit der Nachricht von der Ernennung des kriegerischen Janitscharen-Aga Ali Pascha zum Großvezier; „nur Kaunitz versteht es, seine Sorgen zu dissimuliren und immer heiter zu erscheinen".

Ließ Graf Kaunitz, wie er weit hinaus zu combiniren gewohnt war, in London drängen, damit man sich in Versailles desto eher an ihn und seine Vermittelung wende, dafür als Gegendienst die Pforte beruhigen helfe?[2]) Seit dem Tode Desalleurs' war die französische Gesandtschaft in Constantinopel ohne Haupt; es vergingen Wochen, ehe Vergennes zu seinem Nachfolger ernannt wurde, Monate, ehe er dort eintraf, und er wurde nur ministre plénipotentiaire, bis der König einen Ambassadeur ernenne.[3])

Friedrich II. erwartete es nicht anders. Und doch lag Alles daran, den beiden Kaiserhöfen gegenüber die Pforte in der Richtung zu erhalten, die sich in ihren unter Desalleurs' Einfluß gethanen Schritten

1) Nach des Königs Rescr. an Klinggräffen, 12. April 1755: que les troupes de sa souveraine étoient en bon état, et qu'il a cherché à inspirer à ces Ministres des sentiments de vigueur avec autant de vivacité qu'il s'en est même attiré de mauvais compliments et jusqu'à lui faire entendre qu'on vouloit éviter autant que possible de payer les violons pour faire danser les autres.

2) Daß Colloredo in London zum Kriege dränge, glaubte Klinggräffen den Stimmungen in Wien nicht entsprechend. Friedrich II. blieb überzeugt. Aubeterre schreibt, Wien 26. Febr. 1755, seinem Hofe: j'ai lieu de me convaincre depuis que je suis dans ce pays-ci, que l'objet principal de la cour de Vienne tant pour l'offensive que pour la défensive est la Prusse; ce ne sera jamais que dans la dernière extrémité que LL. MM. JJ. prendront le parti de se dégarnir de leurs troupes et de se mettre dans un état de foiblesse vis-à-vis de cette puissance.

3) Argenson, Mém. VIII, 414. 418.

in Sachen der Festung St. Elisabeth und des Ostroger Ordinates so heilsam erwiesen hatte. Sofort bei der Nachricht von dem Tode des Sultans entschloß sich Friedrich unmittelbare Verbindung mit der Pforte anzuknüpfen, um jedenfalls über die dortigen Verhältnisse zuverlässige und directe Information zu erhalten. Er wählte zu dieser Sendung den Lieutenant und Flügeladjutanten Haude, einen geborenen Schlesier, der mehrere Jahre erst als Commis in einem schlesischen Handelshause in Pera, dann bei der dortigen östreichischen Gesandtschaft thätig gewesen, jüngst in preußischen Dienst getreten war; als Geheimer Commerzienrath und Geschäftsträger, unter dem ihm vom Könige verliehenen adeligen Namen v. Rexin, sollte er nach Constantinopel gehen mit der Vollmacht, einen Freundschaftsvertrag und wenn es angehe, einen Defensiv- und Handelstractat mit der Pforte abzuschließen. Ein besonderes Empfehlungsschreiben an den schwedischen Gesandten Celsing sicherte ihm dessen Unterstützung, ein anderes an den Kronfeldherrn den Weg durch Polen nach Choczim. Mitte März konnte Rexin in Constantinopel sein. Durch Celsings kluges Benehmen gewannen dann Rexins Bemühungen, so geheim sie gehalten werden mußten, hier den besten Fortgang.[1])

Um die Zeit seiner Ankunft sollte von dieser Sendung in Stockholm und Versailles Nachricht gegeben werden; auch Frankreich konnte nichts gegen sie einwenden, da Rouillé selbst vor einigen Monaten einen Schritt der Art angeregt hatte, freilich nicht ohne bald darauf Bedenken zu äußern. Friedrich II. begegnete dem Argwohn, als werde er dann, nach neuen Eroberungen begierig, die Pforte zu einer Offensive gegen Östreich bewegen, von dem er sehr wohl wußte, mit der Weisung an Knyphausen (28. December 1754), dem Minister Rouillé die Lage der Verhandlungen über den schlesischen Handelstarif darzulegen und Frankreich um freundschaftliche Bemühungen beim Wiener Hof zur Beilegung der obwaltenden Differenzen zu bewegen, „die er eifrig wünsche, um die Erhaltung des Friedens und der öffentlichen Ruhe gesichert zu sehen".

Diese Differenzen waren allerdings bis zu bedenklicher Schärfe gelangt. Der Wiener Hof hatte mit dem Tarif vom März 1753 die Eingangszölle, die früher für fast alle Artikel unter 5 Procent des

1) Friedrich II. an Knyphausen, 12. Aug., nach Rexins Bericht vom 4. Juni. Das Antwortschreiben des Sultans bezeuge beaucoup d'inclination de faire avec moi un traité d'amitié et de commerce.

Werthes gewesen waren, bis auf 30 gesteigert; alle Bemühungen von Fürst und Klinggräffen gegen dieß vertragswidrige Verfahren waren vergebens, bis Friedrich II. zunächst drohte, dann im Juli 1754 wirklich dazu schritt, „par rétorsion" die aus Östreich nach Schlesien eingeführten Güter nach dem östreichischen Tarif zu besteuern. Wenigstens so viel wirkte das, daß man im December durch den französischen Gesandten Aubeterre an Fürst gelangen ließ, es sei die Absicht „die Imposten allmählich herunterzusetzen".

Auf Knyphausens Ansuchen um Aubeterres Vermittelung antwortete Rouillé (3. Februar), der Gesandte sei bereits unterrichtet und werde sofort weitere Weisungen erhalten. Die sechs Punkte, die der Wiener Hof im Februar 1755 als Grundlage eines Handelsvertrages vorgeschlagen hatte, waren theils „so captieus und verfänglich", theils durch die eingefügte Vorbedingung des Ausgleiches im Münzwesen so übergreifend, daß sie so nicht anzunehmen waren. Vielleicht half nun Aubeterre weiter; als Knyphausen den Minister darum fragte (21. März), war Rouillés Antwort: „er habe vergessen Aubeterre von den Wünschen des Königs zu unterrichten"; und Knyphausen bemerkt dazu: „Frankreich hat sichtlich das Interesse, so viel es kann, den Samen der Uneinigkeit zwischen E. M. und dem Wiener Hofe zu erhalten".

Wie eine Bestätigung dafür war Klinggräffens Bericht vom 26. März: Aubeterre sage ihm, er habe nur den erwarteten Auftrag empfangen, aber nach genauer Orientierung glaube er, daß seine Intervention mehr schaden als nützen werde, da man sich hier durch fremde Einmischung sofort beleidigt zeige; er wolle darüber an seinen Hof berichten, bitte Klinggräffen, dasselbe zu thun. Es lag auf der Hand, daß es dem Wiener Hof mit dem Commerztractat nicht Ernst war. „Aber ich habe meine guten Gründe," schreibt Friedrich II. an Fürst am 4. Mai, „warum ich die Negociationen vor der Hand noch nicht abbrechen will".

Dieß führt zu einer andern Seite des so gespannten Zustandes, in dem sich die allgemeinen Verhältnisse befanden.

Nicht an sich war der zwischen England und Frankreich drohende Bruch das Kriegssignal für den Continent; beide Mächte selbst waren weit entfernt, in wohlüberlegtem System mit fertiger Vorbereitung, ihrer Verbindungen sicher, zu thun, was sie thaten; der ungestüme nationale Drang dort, die Sophistik der Schwäche und Friedensliebe

hier machten ihre Politik, waren ihnen statt Politik. Und nie weniger waren die continentalen Mächte auf diesen Anlaß genöthigt, ihren inneren Zuständen und ihren gegenseitigen Beziehungen nach in der Lage, in Action zu treten; wirklich in Rüstung stand nur Preußen, das nichts als Frieden wollte. Aber Östreich und Rußland brannten auf Krieg, auf den Krieg gegen Preußen.

Wenigstens Friedrich II. sah es so an, und es ist kein Zweifel, daß er richtig sah.[1]) Sichtlich wurde, je näher der oceanische Conflict heranzog, die Stimmung auf dem Continent erregter und explosiver, die diplomatische Geschäftigkeit hastiger, auch kleinere Höfe reizbarer und dreister; Werbehändel, Handels- und Grenzzolldifferenzen, selbst die Etikettenfragen am Regensburger Reichstage schwollen wie vergiftete Wunden; der Hader der Bekenntnisse schlug in helle Flammen auf.

Das große Beispiel der Fürsorge und Gerechtigkeit gegen alle Bekenntnisse, das Friedrich II. in seinen Landen gegeben, hatte nirgends Nachahmung gefunden; mochte man in Rom Dankes voll für das sein, was er seinen katholischen Unterthanen und der römischen Kirche in seinen Landen gewährte — „den großen Monarchen", den „König von Preußen" nannte ihn Benedict XIV. in seinen Zuschriften an den Fürstbischof von Breslau[2]) — in Holland schrie man, daß in Preußen der Protestantismus preisgegeben werde, und in dem stramm lutherischen Hannover war man wo möglich noch entrüsteter; auf katholischer Seite mochte man in der Toleranz Friedrichs II. nur einen Beweis mehr für seinen Atheismus sehen, und um so eifriger war Ludwig XV., gegen die Hugenotten in den Cevennen seine Frömmigkeit zu erweisen, Maria Theresia, in den deutschen Erblanden die zahl-

---

1) Beer (histor. Zeitschr. 1872 Bd. 27 p. 293) führt aus einem Schriftstück von Kaunitz „wahrscheinlich Anfangs 1755 niedergeschrieben" folgende Worte an: l'Angleterre et la Hollande ont à se soutenir contre la France; seules, elles ne peuvent pas résister à cette puissance; il leur faut des alliés, leur choix ne pourroit tomber que sur le Roi de Prusse. Elles payeront cher cette acquisition, et de ce moment la France prendroit leur place chez nous. Possesseurs des Pays-Bas nous aurions de quoi l'attirer, quand même son propre intérêt ne l'y inviteroit pas. Mais enfin, heißt es weiter, il faut cependant prendre un parti; c'est à nos alliés à en prendre un, le notre est pris. Also jedenfalls gegen Preußen; darum Krieg zwischen Frankreich und England; ob dann Östreich mit den Seemächten, ob mit Frankreich gehen wird, hängt davon ab, mit wem Preußen geht.

2) Des Papstes Schreiben an Schaffgotsch, u. a. 5. März 1748; Lehmann, Preußen und die kath. Kirche III p. 137. 142. 180. 265.

reichen Reste des Protestantismus „abzuschaffen“, in der Krone Ungarn den gewaltsamen Druck, den der Clerus übte, als „Freiheit der Kirche“ zu schützen, und dieselbe am wenigsten von dem politischen Recht der „Akatholischen“ beeinträchtigen zu lassen.

Im Reich und am Reichstage waren die Religionsbeschwerden schon lange ein stehender Artikel. Sie erhielten größere Schärfe, seit sich (1751) die Evangelischen in Steiermark, Kärnthen, Östreich ob der Enns in ihrer wachsenden Bedrängnis an das corpus evangelicorum gewandt hatten. Auf dessen nach langen Erwägungen beschlossene mündliche Vorstellung an die östreichische Gesandtschaft am Reichstage (20. November 1752), dann auf das Intercessionsschreiben an die Kaiserin-Königin selbst (28. Februar 1753) erfolgte deren Rescript (17. September): die evangelischen Höfe seien in dieser Sache übel unterrichtet, sie verfahre in wahrer landesmütterlicher Milde gegen ihre Erbunterthanen. Es liefen immer neue Klagen ein: es ergab sich, daß den Evangelischen zu ihrer Erbauung nichts als das Gebet in ihrem Kämmerlein gestattet, daß ihnen jede amtliche Seelsorge, jeder gemeinsame Gottesdienst versagt sei, daß sie fort und fort mit Bekehrungsversuchen belästigt würden, daß, wenn sie es nicht länger ertragen mochten, ihnen freilich wegzuziehen gestattet werde, aber nicht wohin sie wollten, sondern in der Art, daß, sie nachdem ihr Hab und Gut von Gerichtswegen verkauft war, zwangsweise, auf ihre Kosten nach Siebenbürgen geschafft wurden, wo sie dann sehen mochten, wie sie Unterkunft und Nahrung fänden.

Im October 1754 wurde in Regensburg „eine neue beträchtliche Beschwerungsschrift“ dieser Evangelischen zur Dictatur gebracht: Friedrich II. sandte sie an seine Regierung in Breslau, „sie zur Warnung dort zu publiciren, da man östreichischer Seits die Instruction habe, an den böhmischen und anderen Grenzen evangelische Bethäuser zu errichten und freie Religionsübung zu versprechen, um protestantische Auswanderer anzulocken“.[1])

In schärferem Ton empfahl das corpus evangelicorum jene neuen Beschwerden der Kaiserin-Königin und ihrer christlich-landesmütterlichen Gnade (23. April 1755); es war ein Ereigniß vorausgegangen, das die ganze evangelische Welt auf das Äußerste allarmirte.

Landgraf Wilhelm von Hessen-Cassel entdeckte im September 1754,

1) Rescr., 6. Nov. 1754, bei Lehmann III p. 598.

daß sein Erbprinz Friedrich zur römischen Kirche übergetreten sei. Am kaiserlichen Hofe war es seit Jahren erwartet worden, da der Prinz sich gegen Batthyany, als sie zusammen bei der Armee in den Niederlanden gestanden, in diesem Sinn geäußert hatte;[1]) der Kurfürst von Cöln und sein Oberhofmeister v. Asseburg aus der convertirten Linie des Hauses, nicht ohne die eifrige Unterstützung des östreichischen Gesandten v. Pergen in Frankfurt, der Gräfin Leiningen und anderer vornehmer Damen, die mit ihm Hand in Hand arbeiteten, Seelen zu retten, und die mit der frommen Königin von Frankreich unmittelbar in Verbindung standen, hatten den leichtsinnigen jungen Herrn schon 1749 bis zum geheimen Übertritt gebracht; welche Aussicht für die Sache Gottes, wenn demnächst, — denn Landgraf Wilhelm war ein Siebziger — dieß Fürstenhaus, eine der stärksten Stützen des evangelischen Wesens im Reich auf die katholische Seite trat und das Land mit sich überführte.

Die Entdeckung des alten Landgrafen und sein energisches Eingreifen fuhr ihnen dazwischen. Er forderte und erhielt von dem Erbprinzen eine Assecuranz, in der derselbe sich verpflichtete, seine drei Kinder in der reformirten Religion erziehen zu lassen, alle zu diesem Zweck von dem Vater für angemessen erachtete Maaßregeln sich gefallen zu lassen, in dem Bekenntnißstande sämmtlicher ihm einst zufallenden Lande nichts zu ändern, darüber mit dem Vater und den Landständen das Nöthige abzuschließen (28. October).

Zugleich wandte sich der Landgraf, wie an den Vater der Erbprinzessin, Georg II. (17. October), so an Friedrich II. (11. November), um deren nachdrückliche Unterstützung zu erbitten. Die sofortige, im vollsten Maaß entgegenkommende Antwort Friedrichs II., die von ihm „mit Freuden" übernommene Garantie (23. November), machte auch am englischen Hofe großen Eindruck; Friedrich II. empfahl, die Garantie der anderen evangelischen Fürsten sowie Hollands nachzusuchen; er wies Plotho in Regensburg an (30. November), „alle nur irgend möglichen Bemühungen bei dem corpus evangelicorum dahin anzuwenden", daß von demselben die gleiche Garantie ausgestellt werde.[2]) Er kam „ohne weiteres Bedenken ganz gerne" dem Wunsche des Landgrafen entgegen,

1) Prinz Louis von Braunschweig an den Herzog Karl, Wien 18. März 1750: Batthyany, „welcher ihn deswegen sehr flattiret hat".

2) Dieß Rescr. Friedrichs II., Berlin 30. Nov. 1754, ist abgedruckt bei Hartwig, Der Übertritt des Erbprinzen Friedrich v. Hessen p. 138.

der bei ihm sein Testament deponirte, ihn zum Executor desselben und zum Ehrenvormund seiner Enkel ernannte.

Schon waren auch die Katholischen in voller Arbeit; dem Beschluß des corpus evangelicorum zu begegnen, traten die Gesandten von Mainz, Cöln, Baiern, Kurpfalz „unter Betheiligung des Wiener Hofes" im December zusammen, sie hofften wenigstens Zeit zu gewinnen, um sich Kursachsens zu versichern; und Kursachsen hatte das Directorium des corpus evangelicorum. An dem entschiedenen Auftreten der hannövrischen und braunschweigischen Gesandten in Regensburg scheiterte der Plan; am 18. December 1754 erfolgte der einstimmige Beschluß des corpus evangelicorum, die Garantie der Assecurationsacte zu übernehmen.

Die katholischen Gesandten in Regensburg beschlossen einen Antrag an den Kaiser, die Assecurationsacte als dem Reichsrecht und dem westphälischen Frieden zuwider zu cassiren. Noch durfte der Wiener Hof aus Rücksicht auf Georg II. und England nicht offen hervortreten, aber seine Gesandten an den deutschen Höfen erhielten die nöthigen Weisungen. Pergen und seine fromme Gesellschaft in Frankfurt arbeiteten mit vollem Eifer, und die Gräfin Leiningen stand mit dem Hofe von Versailles in steter Beziehung. Der Papst erließ am 28. Februar ein Breve an die geistlichen Fürsten im Reich, sich wie eine Mauer den Angriffen der Akatholiken entgegenzustellen und mit den Waffen des Glaubens gegen das ungerechte und unbillige Verfahren der Protestanten zu streiten, insbesondere zu verhindern, daß jene Acte durch ein Decret des Reichstages bestätigt werde. Daß zwischen den katholischen Ständen eine Liga zur Vernichtung der Assecuration im Werke sei, meldete Plotho am 8. April.

Mit des Vaters Genehmigung ging der Erbprinz im Februar 1755 nach Hamburg, gewiß von denen veranlaßt, die den zu Nachgiebigen dort besser bearbeiten zu können hofften; die östreichischen Diplomaten Graf Raab und Kurzrock gewannen sein Ohr, riethen ihm nach Wien zu gehen; Champeaux, der französische Gesandte in Hamburg hatte Auftrag, dem Prinzen zu erklären, daß sein König sich freuen werde, wenn er in seiner Lage Festigkeit zeige, daß er auf dessen Protection rechnen könne. Wie lebhaft sich der französische Hof der Sache des Erbprinzen annahm, zeigte der Eifer Havrincourts in Stockholm, die schwedische Garantie der Assecuration zu hindern. Vielleicht war es ein Verdienst des französischen Hofes, daß, wie das Gerücht plötzlich durch die Welt lief, der

Markgraf und die Markgräfin von Bayreuth, die in Südfrankreich reisten, convertirt hätten. So bestimmt von Berlin aus dem widersprochen wurde, man blieb dabei es zu glauben.

Zu diesen bösen Händeln dann des Schweriner Herzogs lärmendes Werbeverbot gegen Preußen, die Dresdner Bemühungen, durch einen neuen Straßenzug den Magdeburger Handel zu schädigen, wovon später die Rede sein wird, ja ein „kaiserliches Verbot“ an die Reichsstadt Ulm, die geforderte und zugesagte Freigebung eines preußischen Werbeofficiers zu vollziehen, die fortdauernden Ärgernisse über den schlesischen Handelstarif. Es war als sollten immer mehr Brandfäden gelegt werden, damit ein erster Funke, wo immer, sofort zünde.

Um so mehr war Friedrich II. beflissen die vielerlei Differenzen, die sich gegenseitig steigerten, auseinander zu halten, jede für sich möglichst abzuschwächen, in denen, die ihn unmittelbar trafen, so weit er irgend konnte, versöhnlich entgegen zu kommen. Trotz des Grafen Brühl hörte er nicht auf, dem Könige von Polen Aufmerksamkeiten zu erzeigen: was immer der Cölner Erzbischof und sein Asseburg in Sachen des Erbprinzen gethan, er nahm so wenig davon Notiz, wie von den zweideutigen Bemühungen des Mannheimer Hofes in Wien.

Selbst dem Wiener Hof erwies er sich, wo sich die Gelegenheit bot, gern gefällig; wenn derselbe die Reception des Fürsten von Thurn und Taxis in das Reichsfürstencollegium lebhaft wünschte, und die evangelischen Fürsten sie eifrig bekämpften, da der Fürst noch kein reichsunmittelbares Territorium besitze, so fand Preußen einen mittleren Weg, der zum Ziele führte. Und wenn der preußische Gesandte aus Regensburg meldete, daß dieser Fürst von Taxis als kaiserlicher Principalcommissarius „nach seinem in Allem übertriebenen Hochmuth“ ihm und den anderen Gesandten den hergebrachten Titel Excellenz versage, daß nur Kurmainz, Kurcöln und Kurpfalz damit zufrieden seien „und sich gegen den Fürsten auf den höchsten Gipfel der Submission und des Respectes zu erheben versuchten“, daß alle anderen empört seien, und daß er selbst in den Gesellschaften des Fürsten nicht mehr erscheine, daß jetzt die Zeit sei, im Interesse Preußens eine starke Partei am Reichstage zu bilden, und hier „des Königs Macht groß, die des Kaisers aber gering zu machen“ (10. März, 10. April), so wies ihn Friedrich II. an, den Streit wegen des Titels möglichst zu „assoupiren“ und mit den anderen Gesandten nicht gemeinsame Sache darin zu machen, sie nicht zu weiteren

Contestationen und Animositäten kommen zu lassen, auch nicht zu glauben, daß die kaiserliche Partei dort, zu der sich nach seinen Berichten auch die Gesandten von Kurpfalz, Gotha, Braunschweig, Darmstadt, beiden Mecklenburg hielten, so leicht zu schwächen sein werde.

Nicht aus Rücksicht auf Georg II. und England hatte Friedrich II. dem Landgrafen so bereitwillig die Hand geboten, die Religion seiner Enkel und seines Landes sicher zu stellen, aber den warmen Dank, den Newcastle im Namen des Königs und des Ministeriums ihm aussprechen ließ, erwiederte er mit einem Compliment, das noch wärmer aufgenommen wurde, nach Michells Empfindung fast entgegenkommend.[1]) Michell glaubte sich nicht tiefer einlassen zu sollen, „denn von Freundschaft für diesen König und diese Nation und wie man sie mehr und mehr befestigen könne, sprechen, während die Geschäfte in der Lage sind, in der sie sind, hieße mehr, sich üblen Complimenten aussetzen, als damit Artigkeiten und Rücksichten gewinnen". Eben das war Friedrichs II. Meinung (11. März): „Ich weiß nur zu gut, daß der Moment noch nicht gekommen ist, wo man von Rückkehr zu einer engen Freundschaft sprechen könnte".

Bedauerte er, daß dieser Moment noch nicht da sei? War er Frankreichs überdrüssig?

Daß man in Versailles seine hessische Assecuration übel vermerkt hatte, lag in der Art des dortigen Hofes; er sah darüber ebenso hinweg, wie über Broglies Verhalten in Dresden, Ogiers in Kopenhagen, Havrincourts in Stockholm, Aubeterres in Wien und vieles Andere. Was ihn mit Frankreich verband, war das gleiche Interesse, den Frieden Europas, dessen Grundlage mit dem Aachner Tractat völkerrechtlich hergestellt war, zu erhalten. Gleich nach dem Abschluß desselben hatte er die Versuche, die Georg II. und die beiden Kaiserhöfe machten, denselben zu überfahren, durch energische Schritte abzuwehren verstanden, und daß Frankreich sich da an seine Seite gestellt und beruhigend eingewirkt hatte, war dankbar von ihm anerkannt worden.

Jetzt, so schien es ihm, stand es bei Frankreich, der gemeinsamen Sache den gleichen Dienst zu leisten. England war ohne eine con-

---

1) Michell, 28. Febr. 1755, Newcastle sagt: qu'il ne manqueroit pas de saisir la première occasion de confirmer au Roi son maitre les belles et bonnes dispositions de V. M., auxquellse il pouvoit m'assurer d'avance qu'il étoit et seroit toujours fort sensible.

tinentale Coalition der Macht Frankreichs nicht gewachsen; Frankreich mußte seine Differenzen mit England beendet haben, ehe solche Coalition fertig wurde. Noch hielt die Sorge um den neuen Sultan die beiden Kaiserhöfe fest, noch hatte der Wiener Hof mit den Aufständen in Ungarn vollauf zu thun.

Erst Ausgangs 1754 war das französische Cabinet zu dem Entschluß gekommen, die Erbietungen zum Ausgleich, die Mirepoix in London machte, durch große Seerüstungen zu unterstützen, ohne die Zuversicht, mit solcher Energie großen Eindruck zu machen. Unter Versicherung höchst friedlicher Gesinnung zogen die englischen Minister die Unterhandlungen mit Einwendungen und Gegenprojecten hin und betrieben um so eifriger ihre Rüstungen. Frankreich gab dieß und das nach, um den Frieden zu retten, und beschleunigte seine Rüstungen.

Weder dem preußischen noch einem anderen verbündeten Hofe hatte das französische Cabinet bisher über die Schritte, die es beabsichtige, über die Verhandlungen mit England Mittheilungen gemacht,[1]) um in London jeden Verdacht offensiver Absichten unmöglich zu machen; es traute immer noch den friedlichen Versicherungen Georgs II. und seiner Minister. Mochten sie noch an Frieden denken oder schon nur täuschen wollen, — „sie haben die Sache nicht mehr in der Hand," schreibt Michell am 7. März, „sie haben die Nation zu sehr aufgeregt, ihre Rüstungen kosten schon über eine Million Pfd. Sterl., die man nicht umsonst aufgewendet sehen will". Dann am 14. März: „Man beginnt die Nationalregimenter in England zu verstärken, nach Hannover ist Befehl gesandt, alle Regimenter dort zu augmentiren". Und am 21. März: „In einem außerordentlichen Conseil ist beschlossen worden, noch 5000 Mann Marinetruppen auszuheben und die Seemacht zu vermehren, für diese Zwecke einen unbeschränkten Credit vom Parlament zu fordern". Er wurde bewilligt, eine Lotterie von einer Million Pfd. Sterl. ausgeschrieben, nach wenigen Tagen waren 3800000 Pfd. Sterl. gezeichnet. Schon hatte Michell berichtet, daß Georg II. seinen Verbündeten die von Frankreich drohende Gefahr dargelegt, sie aufgefordert habe, gegen Subsidien ihre vertragsmäßige Hülfe zu leisten, daß er noch weitere Subsidienverträge in Deutschland eingeleitet habe.

---

1) Knyphausen, 28. März 1755: la France ne cherche point à se concerter avec ses alliés malgré l'exemple que leur donne l'Angleterre, et leur indolence à cet égard est inconcevable.

„Der Krieg zwischen Frankreich und England ist unvermeidlich“, schreibt Friedrich II. auf Michells letzten Bericht;[1]) er fordert Nachricht, ob Georg II., auch wenn der Krieg erklärt sei, nach Hannover gehen werde.

Mußte es zum Kriege kommen, weil Frankreich immer sanfter sprach und die englische Nation immer lauter schrie? Gab es keinen Ausweg aus dieser paradoxen Situation, die unrettbar in den Krieg führte?

Friedrich II. empfing am 5. April de Latouche in Audienz, er sagte ihm von jener englischen Nachricht. Der französische Gesandte darauf: was die neuen Allianzen betreffe, die England mit deutschen Fürsten schließen wolle, so würde es damit nie denen Frankreichs gleich kommen, weil die, welche Frankreich mit Preußen verbinde, auf Principien beruhe, die sie ewig machen müßte. Darauf Friedrich II.: „Wissen Sie, was ich thun würde, wenn ich König von Frankreich wäre? Ich würde, sowie der Krieg erklärt ist oder die Engländer Feindseligkeiten begonnen haben, wie bereits im Mittelmeer geschehen sein soll, eine Armee in den westphälischen Kreis marschieren lassen, damit sie sich sofort auf Hannover werfe, das ist das sicherste Mittel, den König von England . . .“[2]) Damit ging er in sein Cabinet zurück.

In demselben Sinne wies er Knyphausen an (5. April), mit Rouillé zu sprechen, „mit Vorsicht, damit es nicht scheine, als wolle er die Erbitterung schüren und in das Feuer blasen“.

Frankreich hatte etwa 20000 Mann an der Sambre, fast eben so viel an der Saar im Lager, in den Cevennen über 70000; wurde aus diesen fertigen Truppen eine Armee von 50000 Mann bei Sedan und Givet zusammengezogen, so stand ihr der Marsch durch das befreundete lüttichsche, das kurpfälzische Gebiet, zum Rheinpaß bei Düsseldorf, durch das kurkölnische Herzogthum Westphalen offen; und Hannover, noch vollkommen ungerüstet, ohne den Schutz von Alliirten, war nicht zu halten. Eine unverblümte Erklärung von Mirepoix in London,

---

1) Friedrich II. an Michell, 1. April: et apparement déjà résolu de la part des ministres Anglois, qui n'attendront que le temps que la flotte mettra à voile, pour publier alors la déclaration de guerre.

2) De Latouches Bericht, 5. April: c'est le moyen le plus sûr de faire chanter ce . . . ici le Roi de Prusse qualifiant le Roi d'Angleterre son oncle d'une épithète cavalière, qu'il est inutile de vous rendre, gagna son cabinet et me laissa seul dans son appartement (Pariser Archiv).

erläutert durch eine sofortige Concentrirung bei Givet, hätte am Londoner Hofe sehr wahrscheinlich gewirkt, wie wenn man Nachtwandler bei ihrem Namen ruft; denn Georg II. hatte Macht genug über seine Minister wie über sein Parlament, sie nach seinem Willen zu bestimmen.

Erst Anfang Mai hatte Friedrich II. Rouillés Antwort auf seinen Vorschlag; sie war zum Erstaunen: man sei in Frankreich in jeder Weise bemüht, den Krieg zu vermeiden, aber wenn England das Geschwader von Brest auf der Fahrt nach Amerika angreife, werde man den offenen Krieg gegen England beginnen.[1]) Und weiter: bis jetzt habe man noch keinen Operationsplan festgestellt und, ehe man über diesen in Berathung trete, wolle man erst über die wahren Absichten Englands aufgeklärt sein; unzweifelhaft werde man Diversionen gegen die Länder des Kurfürsten von Hannover und seiner Verbündeten machen, und Betreffs der erstgenannten schmeichle man sich, daß der König von Preußen nicht bloß dazu mithelfen, sondern die ganze Expedition über sich nehmen werde; nach Lage seiner Staaten könne er solches Unternehmen rasch und erfolgreich ausführen, und er finde in Hannover vollauf das Nöthige, sich für seine Kriegskosten zu entschädigen.[2]) Rouillé fügte hinzu, er wisse wohl, daß die Festsetzungen des Vertrages, den Frankreich mit Preußen habe (die Allianz von 1741), sehr allgemeiner Art seien und sich auf keine bestimmte Frage richteten, aber die Interessen beider Höfe seien so eng verknüpft, daß er ohne Bedenken annehme, Preußen werde immer bereit sein, wenn es gegen die gemeinschaftlichen Feinde gehe. Nebenbei fragte Rouillé: ob Hessen-Cassel schon wegen Subsidien mit England abgeschlossen habe; wenn nicht, so möge doch Friedrich II. die früher durch ihn mit dem Landgrafen angeknüpften Verhandlungen weiterspinnen, aber ohne Erbietungen zu machen oder abzuschließen, bevor man mit England im Klaren sei.

So völlig misversteht Frankreich sein Verhältniß zu Friedrich II. Für die französische Politik, die noch nicht weiß, was sie will, soll Preußen bereit sein, einzutreten, während sie in Dresden, in Wien, in

1) So de Latouches Erklärung an die preußischen Minister (Ministerialrescr. an Knyphausen, 7. Mai). Der König zur Antwort darauf: ein verbindliches Compliment, er werde stets viel Antheil an dem nehmen, was Frankreich angehe, wünsche, daß, wenn der Krieg unvermeidlich sei, Frankreich ihn glücklich führe; die Moderation, die Frankreich in dieser Sache beweise, sei weltbekannt.

2) Knyphausens Bericht, 25. April (pr. 4. Mai).

Stockholm, selbst in London sich den preußischen Interessen geflissentlich fremd zeigt, trotz der Mahnungen Preußens nicht einmal das Entgegenkommen Sardiniens, Spaniens zu benutzen wagt, um nicht England noch mehr zu reizen, und sich den Wiener Hof zu entfremden, ja aus Rücksicht auf Wien nicht einmal ihre Beziehungen zu Constantinopel rasch und energisch erneut, — denn noch im April „geht Vergennes in Frankreich spazieren"; er trifft erst drei Tage, nachdem, Dank dem Geld und den Intriguen der Kaiserhöfe und der Seemächte, der kriegerische Großvezier abgesetzt ist (18. Mai), in Constantinopel ein.

Rouillés schielende Antwort wird Friedrich II. nicht mehr überrascht haben. Wenn der Minister wieder davon spreche, solle Knyphausen, so lautete des Königs Weisung vom 6. Mai, ihm in den mildesten und verbindlichsten Ausdrücken sagen, daß er, der König, immer den denkbar innigsten Antheil an Allem, was Frankreich betreffe, nehmen werde, aber daß Preußen eine Diversion gegen Hannover machen solle, sei leichter vorgeschlagen als auszuführen; 60000 Russen ständen der preußischen Grenze nahe in Curland, Östreich könne in kürzester Frist 80000 Mann an den preußischen Grenzen versammeln, Sachsen habe mit England so gut wie abgeschlossen; und weder über die Absichten Dänemarks noch der hohen Pforte sei er bis jetzt im Klaren: von keiner Seite gestützt, könne er unmöglich die ganze Last des Krieges auf sich nehmen; auch, so sollte Knyphausen behutsam andeuten, habe Frankreich 1744 nicht eben den Verträgen gemäß Preußen vom Elsaß her unterstützt, und im Herbst 1745, als der Feind von allen Seiten in das preußische Gebiet einzubrechen begann, habe Frankreich für ihn nur den weisen Rath gehabt, er möge sich, so gut er könne, aus der Affaire ziehen.

Daß Friedrich mit jenem Plan vom 5. April die englische Politik richtig taxirt hatte, erwies demnächst die Reise Georgs II. nach Hannover.

Als zuerst Ende Februar in London von einer solchen gesprochen wurde, galt es allgemein dafür, daß ihr Zweck sei, jetzt endlich die Wahl des Erzherzogs Joseph durchzuführen.[1]) Vielleicht war so die Meinung Newcastles und seiner Freunde im Ministerium, und gewiß

1) Michell, 28. Februar: on commence ici de parler de l'élection d'un Roi des Romains avec des espérances flatteuses, à l'occasion de quelques dépêches reçues il y a huit jours de Munic, daß Kurpfalz seine Ansprüche aufgegeben habe.

lag diese Wahl und mit ihr die Förderung der Interessen Hannovers dem Könige in erster Reihe am Herzen; möglichst laute Ostentationen gegen Frankreich, wie sie der nationalen Stimmung entsprachen, waren ihm schon genehm, aber sie sollten nicht bis zum Kriege führen.[1]) Andere Minister, namentlich Pitt, waren mit Newcastle in offenem Widerspruch, und der Präsident des Conseils, Lord Granville, sah die Zeit gekommen, endlich seine großen Pläne gegen Frankreich zu verwirklichen; und er verstand es, die öffentliche Meinung auch mit der Aussicht auf reiche Beute immer mehr zu erhitzen.[2]) Schon Mitte März waren mehr als 40 Eingaben um Caperbriefe eingereicht, „um in dem Augenblick der Kriegserklärung in See sein zu können". Denn Frankreich erwartete vom Mai an die „Retouren" aus Isle-de-France und Ostindien von mehr als 100 Millionen Werth, die noch reicheren von Martinique gleich darauf. Georg II. ließ sich den Eifer der „Nation" wohl gefallen: desto mehr Bewilligungen konnte er vom Parlament erwarten.

Schon Anfang März hatte man in London die „sichere" Nachricht, daß Preußen auf Frankreichs Seite stehen werde; bald die, daß bereits eine förmliche Allianz zwischen ihnen geschlossen sei. Aus Wien wurde gemeldet: geschlossen sei sie noch nicht, aber Preußen dränge in Versailles auf einen Einfall nach Hannover. Eben das fürchteten Georg II. und Newcastle; Frankreichs Angst und Friedensliebe kannte man genügend, und mit den Unterhandlungen, die es, auch hart angelassen, mit eifrigstem Bemühen fortsetzte, hatte man es an der Leine; aber von Preußen glaubte man alles Ärgste erwarten zu dürfen. Und noch war zum Schutz Hannovers gegen solchen Feind nicht das Geringste vorgesehen; nicht zum Schutz Hannovers, sondern um Frankreichs Seemacht und Handel zu vernichten, hatte die englische Nation ihren unbegrenzten Credit bewilligt. Wohl war Williams beauftragt, an Guy Dickens' Stelle nach Rußland zu gehen, um die Subsidienverhandlung „bei Athem zu halten"; aber er hatte die ausdrückliche Weisung, nicht vor neuer Ordre abzuschließen. Und auf Graf Colloredos Drängen zum energischen Auftreten gegen Frankreich, auf seine Mittheilung, daß

1) So nach Michells Berichten im Rescript an Klinggräffen, 22. April: der König und seine Minister wünschen einen Ausgleich mit Frankreich, l'un pour passer tranquillement dans ses états d'Allemagne u. s. w.

2) Michell, 15. April, 29. April: ce qui a rendu ces gens fiers et a donné beau jeu à la faction guerrière et entr'autres au Lord Carteret, qui en a habilement profité pour enfiler les ministres dans des mesures vigoureuses au point de n'en pouvoir plus reculer.

die Kaiserin-Königin bereit sei, gegen Subsidien 50000 Mann in Belgien zu stellen, war geantwortet worden: man müsse erst sehen, ob nicht ein gütliches Abkommen mit Frankreich zu Stande komme. War's der König, das Ministerium, das Publicum, — England „hatte nicht Lust die Geigen zu bezahlen, damit Andere tanzen konnten".[1])

So sicher fühlte man sich Frankreich gegenüber, daß man Anfang April auf die neuen Vorschläge, die Mirepoix vorlegte — einige Abtretungen in Amerika an England, dafür provisionelle Convention auf zwei Jahre zu friedlichem Ausgleich — mit Forderungen exorbitantester Art antwortete, ja daß Newcastle zu seiner Entschuldigung hinzufügte: die Nation sei außerordentlich aufgeregt, und man könne sie nur beruhigen, wenn Frankreich diese Forderungen zugestehe. Darauf am 17. April Mirepoix' mündliche Antwort: Frankreich könne nicht weiter verhandeln, bevor diese drei Forderungen zurückgenommen seien.

Das war eine Energie, auf die man durchaus nicht gefaßt war; Frankreich mußte sich einer starken Stütze gewiß fühlen, einen großen Schlag im Werke haben. Man war „in großer Verlegenheit, was nun zu thun". Man griff her und hin; am 22. April erhielt Boscawen Befehl, sofort in See zu gehen; folgenden Tages kam Gegenbefehl. Trotz aller Einwände der Minister, erklärte der König jetzt positiv, daß er Ende April nach Hannover gehen werde. Am 25. April vertagte er mit hohen Worten des Friedens und der Gerechtigkeit das Parlament, ernannte die Regentschaft, wählte aus ihr Lord Holdernesse zu seinem Begleiter. Am 28. April fuhr er von London ab, „freudestrahlenden Gesichts", „zu großem Bedauern Aller"; „er hätte bei so kritischer Lage in England bleiben sollen, er hätte seinem getreuen Volke zeigen sollen, daß, wenn es sich um das Interesse Englands handle, er nicht an Hannover denke; jetzt hat er dieß Land wie einen Leib ohne Seele gelassen, und bei dem geringsten Echec, den wir erleiden, wird er doch zurückkommen müssen".[2])

Man glaubte in London, die Flotte von Brest sei am 18. April in See gegangen, stärker als die englische, mit 6000 Mann regulärer

1) Den letzten Ausdruck braucht Friedrich II., Rescript an Klinggräffen, 12. April; die Antwort der englischen Minister meldet Michell, 11. und 15. April.

2) Michell, 6. Mai. Und 25. April: Der König habe avec précipitation sein Parlament vertagt und sei abgereist: au grand regret de son ministère et des véritables amis de la famille royale, d'autant plus qu'il se manifeste de la fermentation dans la nation contre l'absence du roi dans ces circonstances.

Truppen unter General Dieskau an Bord. Wind und Wetter hielten Boscawen noch zurück; am 20. April hatte er sich mit der kleinen Escadre, die bei Plymouth lag und 2 Regimenter an Bord hatte, vereinigt, am 27. April ging er mit 15 Schiffen und 4 Fregatten in See. Den Antrag Frankreichs, sich gegenseitig die den Admiralen gegebenen Instructionen mitzutheilen, hatte England abgelehnt.

Frankreichs Gesandter in Berlin hatte dort amtlich zu erklären (3. und 4. Mai): wenn die Brester Escadre von den Engländern angegriffen werde, so werde die Krone Frankreich das als offenen Friedensbruch und Angriffskrieg ansehen und thun, was ihre Gloire fordere. Vorläufig blieb Mirepoix in London, und Herr de Bussy wurde an den Hof nach Hannover gesandt. Nach Lord Albemarles Tod (Ende 1754) war dessen Stelle in Paris nicht wieder besetzt.

Sehr mit Recht war Georg II. ungeduldig, nach dem Continent zu kommen, um für alle Fälle Fürsorge zu treffen. Er fand größere Schwierigkeiten, als er erwartet hatte.

Im Haag war durchaus nichts zu erreichen. Des Königs Tochter, die Erbstatthalterin, lag krank darnieder, die Bentinks vermochten wenig mehr. Nie waren die Herren Staaten weniger geneigt, sich für England und die östreichischen Niederlande in die Schanze zu schlagen; sie wünschten, daß Frankreich die Republik als völlig neutral ansehe. Wenn Holdernesse ihnen dringend empfahl, ihre Armee zu verstärken und sich fertig zu halten, um ihre Vertragspflicht gegen England zu erfüllen, zwei Lager zu formiren, eins bei Breda, ein zweites in Geldern, um den Franzosen die Stirn zu bieten, so zogen sie zunächst von ihren drei Regimentern in Tournay zwei zurück.[1]) Sie nahmen es schweigend hin, daß 10 holländische Smugglerschiffe auf der Rhede von Martinique für gute Prise erklärt waren; — eben jetzt hatte der Dey von Algier der Republik den Krieg erklärt, und ihre reiche Smyrnaflotte war zur Heimfahrt aufgebrochen; sie beschlossen zu deren Schutz 7 Fregatten abzusenden, aber die nöthigen Matrosen waren nicht zu beschaffen. Man war in Amsterdam überzeugt, daß England dem Dey diesen Krieg angerathen habe, damit die Holländer nicht den englisch-französischen Seekrieg benutzten, sich in Besitz des französischen Levante-

1) Es kam die Verstärkung der Armee auf 50 000 Mann (von 37 000) in Anregung; Bericht Hellens, Haag 24. Juni.



handels zu setzen. Noch sechs volle Tage nach des Königs Abreise hatte Lord Holdernesse im Haag unterhandelt; er hatte nichts erreicht.

Und in Hannover, so glänzend der Empfang des Königs, sein Hof dort, der Zufluß fürstlicher Besuche war, blieb die Stimmung gedrückt; es wuchs die Besorgniß vor Preußen, und die Hoffnung auf Östreich sank; es war sehr peinlich, daß Maria Theresia persönlich gegen Aubeterre den lebhaften Wunsch ausgesprochen, den Frieden erhalten zu sehen, daß sie in Versailles ihre Mediation angeboten hatte.[1]) Dazu hatte man in Wien die parlamentarische Bewilligung von einer Million Pfd. Sterl., wenn England einen solchen Krieg zu beginnen gedenke, als nicht der Rede werth bezeichnet. In Petersburg wird man die Nase noch stärker gerümpft haben.

Immerhin konnte man in Hannover hoffen, mit Hessen-Cassel einen Vertrag auf 8000 Mann, Verträge mit Ansbach, Gotha, anderen kleineren Höfen zu schließen, auch waren vielleicht noch die 6000 Mann Sachsen zu haben.

Aber Preußen stand mit seiner schlagfertigen Armee da, und Mirepoix hatte in London zu erklären: Frankreich werde seine Colonien in Amerika vertheidigen, aber weitere Maaßregeln erst nach Verabredung mit Preußen treffen.

Natürlich hat Georg II. die Weisungen, mit denen Boscawen in See ging, gekannt und genehmigt. Und sie waren der Regentschaft genehm, weil sie die Entscheidung hinausschoben. Daß Mirepoix in London blieb und über die neuen Zugeständnisse, die Frankreich jetzt anbot, unterhandelte,[2]) gab Hoffnung, ihn noch lange an der Nase

1) Michell, 20. Mai, auf Rescr. vom 3. und 9. Mai: je savois déjà que la cour de Vienne avoit montré à la France des ostentations pacifiques et qu'elle tâtoit même celle-ci jusqu'à lui offrir sa médiation. Es sind die Vorgänge, von denen Knyphausen, 14. Mai, berichtet: la cour de Vienne qui dans toutes les altérations qui naissent entre ses alliés et la France, se pare toujours d'une fausse modération afin d'augmenter la sûreté du ministère de France qu'elle a parfaitement pénétré etc.

2) Michell, 13. Mai: am 9. habe Mirepoix einen Courier erhalten mit der Weisung, daß Frankreich zwar an seinen Principien festhalte: mais que sa cour se relâcheroit pour le bien de la paix de quelque terrain sur l'Ohio; sans cependant vouloir faire rien de plus. Und 23. Mai, Newcastle habe auf die Bemerkung eines Freundes über die Anträge gesagt: que voulez-vous que nous répondions; son contenu est toujours si éloigné des principes de l'Angleterre et les conditions de paix que la France y propose si inadmissibles qu'à moins qu'un ministre ne voulût courir le risque de sa tête, il n'y en a aucun qui ose les acccepter.

herumzuführen, so lange zunächst, bis der Admiral seinen großen Schlag gethan. Denn man stellte in England die Rechtsansicht voran, daß es sich nur um den Krieg der beiderseitigen Colonien in Amerika und um Englands unzweifelhafte Herrschaft „von Ocean zu Ocean" handle, daß England befugt sei, Nachsendung französischer Verstärkungen dorthin, so bald sie die amerikanischen Gewässer erreichten, mit seiner ganzen Macht zur See zu hindern, ja daß Frankreich dort mit den Vorgängen von 1753 den Krieg begonnen habe. Daher Boscawens Instruction: bis zum 47 Grad Nordbreite solle er der französischen Flotte ruhig folgen, erst wo der Cours sich nordwestwärts wende und die Höhe von Neufundland erreiche, angreifen.

Erst nach ihm war die Brester Flotte in See gegangen; im Juni konnten sich beide begegnen, nach drei, vier Wochen die Berichte davon in London sein. Es war hohe Zeit für den Schutz Hannovers zu sorgen.

Mußte nicht Frankreich nur um so eifriger sein, Ernst zu machen? Freilich war man in Versailles sehr dieser Meinung, berieth her und hin; aber über allgemeine Ideen und sonore Phrasen kam man nicht hinaus. Und war es nicht edler und weiser, jeden Schritt zu vermeiden, der „die englische Nation" alarmiren könne? Man verschob es, sich mit Preußen zu verständigen, man that ihm offen genug da und dort üble Dienste, man ließ es gelegentlich seine Inferiorität empfinden.

Friedrich II. verhielt sich sehr kühl. Wenn Latouche in Berlin im Gespräch mit Podewils wiederholt seiner Verwunderung Ausdruck gab, daß Preußen noch nicht an Erneuerung der Defensivallianz von 1741 denke, die mit dem Mai 1756 zu Ende lief, so rescribirte Friedrich Podewils: wir wollen sie lieber kommen sehen.[1]) Dann wieder fand der Minister Rouillé[2]), daß der Erbprinz von Hessen unerhört behandelt sei; er sprach sein Erstaunen aus, daß Preußen und andere Reichsfürsten, die doch der Reichsverfassung kundig sein müßten, nicht gesehen hätten, daß die Assecurationsacte „null und nichtig", daß sie gegen den westphälischen Frieden sei, den die Krone Frankreich garantirt habe;

1) So der König auf Podewils' Bericht, 2. Juni, wo Podewils zugleich erinnert: c'est un traité purement défensif et une garantie réciproque de tous les états de part et d'autre en Europe; il n'y a point de contingent auxiliaire de stipulé, mais bien qu'on veut s'assister, le cas venant à échoir, de toutes ses forces, même jusqu'à déclarer la guerre à l'agresseur, s'il le falloit.

2) Knyphausen, 26. Mai 1755.

er stellte an Friedrich II. das Ansinnen, „den Landgrafen zu moderiren"; und in demselben Athem sprach er die Erwartung aus, daß Friedrich II. dafür sorgen werde, den hessisch-französischen Subsidientractat, den er vor Jahr und Tag im Auftrage Frankreichs eingeleitet, jetzt zum Abschluß zu bringen. Ihm wurde mit einem „trockenen Hinweis" auf Ludwig XIV. geantwortet, der die protestantischen Reichfürsten zu unterstützen für das Interesse Frankreichs gehalten habe; des Subsidientractates wurde nicht weiter erwähnt. Dann war man in Versailles sehr betreten, daß Asseburg in Cöln in Ungnade gefallen sei; wenn Cöln abschwenkte, ging Baiern gewiß mit ihm, und Georg II. hatte die Majorität der Kurstimmen für des Erzherzogs Wahl. Rouillé dachte mit dieser Frage Preußen einzufangen; er ließ (30. Mai) um des Königs Ansicht bitten, wie man die römische Königswahl „verzögern" könne; es sei im Fall des Bruches mit England das beste Mittel, den Wiener Hof zur Neutralität zu nöthigen; „was er selbst vorbrachte", sagt Knyphausen, „zeigte, daß er die Sache nicht durchdacht hatte". Daß zwischendurch der schwedische Minister Höpken dem russischen Gesandten, um Rußland von der Ergebenheit Schwedens zu überzeugen, von der Sendung Rexins nach Constantinopel Mittheilung machte, dann an allen Höfen Beschwerde darüber erheben ließ, daß dieser Rexin, ohne daß man in Stockholm um die Erlaubniß dazu gebeten, direct von Berlin aus durch amtliche Zuschriften dem schwedischen Gesandten in Constantinopel zu bester Förderung empfohlen sei, — es war ein Zeichen, wie weit Schweden bereits von der preußischen Allianz abgekehrt war. Und Friedrich II. glaubte, daß auch dieser neueste Streich von Havrincourt angestiftet sei, der, mit seinen immer größeren Rücksichtslosigkeiten gegen den König und die Königin, doch eben gegen Preußen arbeitete.

Da war es ein nicht geringer Schrecken, als man in Versailles, wahrscheinlich aus östreichischen Mittheilungen,[1]) erfuhr, daß der König von England Alles thun werde, was er könne, um Preußens Vertrauen zu gewinnen und es zur Neutralität für den Fall eines Kriegs zu bewegen.[2]) Man mußte erkennen, daß damit das föderative System

1) Weingarten meldet, 4. Juni u. a., daß Puebla an Graf Kaunitz geschrieben habe: ihm sei von einem guten Freunde anvertraut, daß der hiesige Hof sich mit dem englischen auszusöhnen und durch dieses Mittel auch mit Rußland in Freundschaft zu stehen vorhabe u. s. w.

2) Knyphausen, 6. Juni.

Frankreichs, das auf sehr unsicheren Füßen stand, seine wesentliche Stütze verloren hätte. Daß Friedrich II., sich nun nach dem Ende der Revue bei Magdeburg (8. Juni), über Minden und Bielefeld nach Wesel begab dorthin auch Knyphausen beschied, um mit eigenen Augen zu sehen, dann rheinab nach Holland und bis Amsterdam ging — diese Reise des Königs in der zweiten Hälfte des Juni gab dem Versailler Hofe Gelegenheit zu einigen Verbindlichkeiten, mit denen man Alles wieder ins Gleiche zu bringen hoffen mochte. Man sandte den Bailli de Froullay, den Friedrich II. hoch schätzte, nach Wesel; er überbrachte ein verbindliches Handschreiben Ludwigs XV., er hatte zwei Vorschläge zu machen: die sofortige Erneuerung der Allianz von 1741 und für den Fall der Ruptur Verabredungen eines gemeinsamen Kriegsplanes. Durch Knyphausen ließ Rouillé dem Könige in Wesel mittheilen: man wünsche Preußens Ansicht zu vernehmen, wie man Baiern festhalten, die Königswahl hinziehen könne, vor Allem wie man die 20000 Mann deutscher Subsidientruppen Frankreichs für den Kriegsfall verwenden solle.

Sichtlich fühlte man zu beiden Seiten des Canales, daß die Entscheidung nahe sei. Der größere Theil der Brester Flotte war, da sie nur als Escorte gedient, nach Brest zurückgekehrt, völlig unbehindert; sie war von den Avisoschiffen der englischen Canalflotte nicht gesehen worden. Also in Brest lag wieder eine fertige Flotte; man eilte in England um so mehr, Schiffe zu rüsten; Frankreich machte nicht minder die äußersten Anstrengungen. 70 Millionen wurden für die Marine angesetzt: sie sollte auf 70 Linienschiffe und 50 Fregatten gebracht werden. Zugleich wurde die Armee in Flandern verstärkt; an Dünkirchens Befestigung mit 10000 Arbeitern weiter gebaut. Die Engländer fürchteten eine Landung, forderten auf Neue von den Herren Staaten Verstärkung ihrer Kriegsmacht, jetzt um 30000 Mann, da gleich nach dem Bruch Frankreich den Krieg auf den Continent ziehen, die Niederlande angreifen werde. Die Herren Staaten beschlossen vielmehr, die Barrière völlig zu räumen.

Jetzt nach Friedrichs II. Rückkehr vom Rhein erhielt Knyphausen Weisung, Rouillé im tiefsten Vertrauen zu unterrichten, daß Georg II. dem Herzoge von Braunschweig Subsidien angeboten habe, höhere als Frankreich, daß er ihm zugleich eine sehr glänzende Familienverbindung antrage (Rescr. vom 1. Juli); er hatte zugleich bemerklich zu machen, daß der französisch-braunschweigische Vertrag, der auf das Äußerste

geheim gehalten werden solle, sich abschriftlich in den Händen des Königs von England befände, daß Frankreichs Geheimnisse nicht wohl gehütet würden.

Schon war die Katastrophe erfolgt. Die Escadre von de La Motte hatte, nachdem die Escorte nach Brest zurückgesegelt war, glücklich die Höhe von Neufundland erreicht, dort sich getheilt um theils nordwärts durch die Straße von Belleisle, theils südlich um Cap Race zu steuern; zwei Fregatten und ein Kriegsschiff waren bei den dichten Nebeln jener Tage abgekommen und zurückgeblieben. Hinter Cap Race lag Boscawen auf der Lauer; am 7. Juni Abends bemerkte er die zwei Fregatten; er sandte zwei Linienschiffe und eine Fregatte unter Capitain How gegen sie; am andern Morgen sprach How die ihm nächstfahrende Fregatte Alcide an: ob Krieg oder Frieden sei? Auf die Antwort „Frieden, Frieden", gab How Befehl zum Angriff; nach den englischen Angaben erfolgte derselbe, weil der Alcide sich weigerte, die Flagge zu senken und sich beim Admiral Boscawen zu melden. Nach hartem Kampf wurde erst der Alcide genommen, dann auch die zweite Fregatte; das Linienschiff, ein guter Segler, erreichte den Lorenzstrom.

Am 15. Juli war diese Nachricht in London; der Zweck des Gewaltactes war verfehlt; Dieskaus Truppen wurden ungestört ausgeschifft. „Es sei ein Mißverständniß", erklärte der Minister Robinson dem Ambassadeur,[1]) aber von Rückgabe der beiden Fregatten sprach er nicht.

In Versailles hatte man Mirepoix' Courier mit dieser Nachricht am 17. Juli; man war „völlig erschüttert, empört"; man sprach von Betrug, Verrath; man befahl Mirepoix in London, Bussy in Hannover sofort ohne Abschied abzureisen, man sandte dem englischen Legationssecretär in Paris seine Pässe. Es wurden mehrere Conseilsitzungen gehalten, man beschloß weitere Verstärkung der Armee um 28000 Mann, der Marine um 8000 Matrosen: elf Kriegsschiffe in der Gironde wurden schleunigst equipirt; man erörterte, ob man sich allein an England als den Angreifer halten oder an Englands Verbündeten Genugthuung nehmen solle. Man kam ins Finassiren und ins

---

1) que c'étoit un malentendu et que cet officier avoit agi sans ordre; Knyphausen, 24. Juli. Derselbe sagt, daß nach Briefen aus Halifax Boscawen angegriffen habe, sans aucun prétexte, sans aucun dispute de pavillon et sans qu'il se soit élevé aucun dispute entre les deux officiers et leurs équipages.

Schwanken;[1]) und der König befahl die englische Fregatte Blandford, die Graf Duguay, mit seinen Escorteschiffen über Cadix nach Brest zurücksegelnd, aufgebracht hatte, ohne Verzug herauszugeben.

Aber Preußens glaubte man sich auf alle Fälle versichern zu müssen. De Latouche hatte am 25. Juli in Berlin mitzutheilen, daß sein König einen Operationsplan ausarbeiten lasse, daß man Sorge tragen werde, vor Allem mit Friedrich II. sich über denselben zu verständigen, daß er Befehl habe, dem Könige persönlich diese Mittheilung vorzutragen.[2]) Friedrich hatte am 29. Juli an Knyphausen geschrieben: Frankreich scheine noch immer an einen Einfall nach Hannover zu denken. Das beste Mittel dazu werde sein, wenn man Dänemark mit dazu gewönne, das, wie er sehr sicher wisse, unzufrieden mit England sei, gewiß gern etwas von dem Schatz von Hannover gewinnen werde, überdies Beschwerden genug gegen Hannover habe, so seine alten Ansprüche auf einige lauenburgische Ämter, so die seit mehreren Terminen rückständigen Subsidien, die Georg II. nicht zahlen wolle. Und am 2. August: er selbst sei in diesem Jahre außer Stande zu agiren, ihm sei der Gedanke gekommen, wenn Frankreich doch Anstand nehme, die Niederlande anzugreifen, ob es da nicht angemessen sei, die guten Dienste von Preußen und Östreich anzurufen, um eine friedliche Verständigung mit England einzuleiten.

Schon erfuhr er,[3]) daß im französischen Conseil allerdings große Gesichtspunkte aufgestellt seien, aber daß man entschlossen scheine, nicht sofort den Krieg gegen England zu beginnen, obschon man dazu völlig befugt sei; man treibe die Zartheit gegen England so weit, daß man nicht einmal Repressalien nehmen wolle; der Vorschlag, auf alle englischen Schiffe in französischen Häfen Beschlag zu legen, sei im Conseil verworfen, man wolle England in das eclatante Unrecht setzen, zumal da die Retouren aus Ost- und Westindien noch in See seien. Aber Preußens wollte man sich versichern; Rouillé, fügte Knyphausen in einem besondern Schreiben an Friedrich hinzu, habe gesagt, daß um demselben einen Beweis seines Vertrauens zu geben, der König, sein

---

1) Knyphausen, 20. Juli: l'état de perplexité et d'incertitude où l'on se trouve fait que l'on change de résolution à tout moment.

2) Podewils und Finckenstein an den König, 25. Juli. Des Königs mündliche Resolution darauf: werde ihn morgen sprechen und Alles, was er mir sagen wird, ad referendum nehmen.

3) Knyphausen, 24. Juli.

Herr, befohlen habe, einen der vornehmsten Seigneurs von Frankreich, den Herzog von Nivernois nach Berlin zu senden, und daß derselbe abreisen werde, so wie man die Antwort habe, daß er willkommen sein werde.

Darauf Friedrich II. (9. August): er sei auf das Höchste erstaunt über das schwächliche Verhalten der französischen Minister und begreife nicht, wie Frankreich nach solchem Vorgange England noch könne schonen wollen; die preußische Allianz von 1741 ende demnächst, beziehe sich nicht auf Amerika. Frankreich werde mit seiner Schwäche weder Östreich noch Holland gewinnen, Partei zu nehmen, noch Dänemark oder Schweden; das französische Ministerium werde es zu Stande bringen, die hohe Stellung, die Frankreich in Europa gehabt habe, völlig zu vernichten. Als Freund von Frankreich bedauere er, daß die französischen Minister sich auf die Phrasen von Robinson verließen; was helfe es Frankreich, Baiern, Hessen, Braunschweig, Sachsen, Würtemberg in Sold zu haben, wenn es nicht anders als zur See gegen England kämpfen und im Übrigen sich in der Defensive halten wolle; diese Fürsten würden sich nicht dazu bringen lassen Hannover anzugreifen. „Ich sehe die Sache ganz anders an als Frankreich, es hätte gleich mit dem Aussegeln der Flotte rüsten müssen, 100000 Mann hätten genügt; dann hätte man sofort in Wien fragen sollen, ob man dort die Garantie des Aachner Friedens halten wolle; im Fall des Versagens wäre Frankreich befugt gewesen, in Flandern einzurücken; zugleich hätte man mit einigen Zugeständnissen Dänemark zu einer Invasion nach Hannover gewonnen; Frankreich hätte zugleich 30 bis 40000 Mann durch das Gebiet seiner Verbündeten nach Hannover marschieren lassen müssen, gestützt auf zwei gute Festungen, Düsseldorf und Wesel. Flandern wäre ohne Schwertstreich genommen, das seiner Zeit als Äquivalent für Canada gedient haben würde,[1]) und die dänische Armee in Hannover hätte Georg II. um alle seine Aushülfen gebracht“.

Er schließt damit, daß die Sendung des Herzogs von Nivernois ihm äußerst angenehm sein werde, daß aber Preußen bei allem besten Willen für Frankreich zwischen den starken Rüstungen von Östreich und Rußland nichts thun könne, als in völliger Inactivität bleiben.

---

1) Dadurch konnte Frankreich selbst ohne Spanien terminer en peu de temps en Europe tous les démêlés qu'elle a avec les Anglois en Amérique et faire une si bonne compensation à la paix que l'article des ces avantages surpasseroit de beaucoup plus ses pertes.

Aber seine Berichte aus England ließen keinen Zweifel, daß Frankreich dort auf keine Nachgiebigkeit zu rechnen habe, daß eine neue Flotte von 17 Segeln in See gegangen sei, um einen tödtlichen Schlag gegen Frankreich zu führen, ehe man sich dort besonnen habe, daß in England keine Rede mehr von Schonung sei, daß man die Unmöglichkeit erkenne, den Krieg mit Frankreich in Europa zu vermeiden, und daß man ihn also zur See auf das Gründlichste (à toute outrance) führen wolle, daß wenn Frankreich nicht den Krieg erkläre, England ihn erklären werde.

Woche auf Woche verging, weder Nivernois noch der Operationsplan kamen. Was in Versailles, in den Kreisen der Pompadour, in ihren Heimlichkeiten mit Graf Starhemberg vor sich ging, war aus Knyphausens Berichten nicht zu erkennen. Noch weniger aus Klinggräffens Berichten, was Östreich wolle; nur schien es, daß man zum Theil auf Bartensteins System zurückkomme, sich nicht wieder von England misbrauchen zu lassen, und daß man sich militärisch möglichst zu einem Kriege fertig mache, aber nicht zu einem Kriege für die Niederlande.[1]) Nur die Verbindung mit Petersburg halte man durchaus fest. Und daß der russische General Browne, der die Truppen in Liefland commandirte, in die böhmischen Bäder und weiter nach Wien reiste und dort mit seinem Bruder, dem östreichischen Feldmarschall, Conferenzen hatte, gab in Berlin zu denken.[2])

Wenigstens über die wichtigsten Vorgänge in Petersburg hatte Friedrich II. sichere Nachrichten durch die Briefe Funckes an den Grafen Brühl, die nach wie vor Maltzahn aus dem geheimen Archiv zu erhalten verstand. Sie ließen ihn zugleich hier und da einen Blick in die unberechenbaren Ränke des Dresdner, die tief verhüllte Politik des Wiener Hofes thun.

Vor Allem auf Östreich, Rußland, Sachsen hatte Georg II. gerechnet, um das, wie er meinte, von Preußen schwer bedrohte Hannover zu decken. Guy Dickens bat um seine Abberufung, da er körperlich außer Stande sei, die Strapazen des wüsten russischen Hoflebens zu ertragen.

---

1) Klinggräffen, 5. Juni: le but de cette cour est, que si l'on se trouve un jour en état de faire la guerre, ce n'est pas de ce côté-là que tendent ses vues.

2) Klinggräffen, 28. Juni, 2. Juli.

Niemand schien geeigneter ihn zu ersetzen, als der ungestüme, rücksichtslose, durch und durch preußenfeindliche Ritter Williams; seine Aufgabe war, den Subsidientractat schleunigst zum Abschluß zu bringen.

Nur daß er zuvor noch seine Stellung in Dresden benutzte, seiner bösen Laune freien Lauf zu lassen. Freund der Czartoryski und voll tiefer Verachtung gegen den schleichsamen Grafen Brühl, der deren Sache verrathen habe, hatte er bei Hofe gedroht, daß die englischen Subsidien aufhören würden, wenn man nicht für die Czartoryski eintrete, hatte erklärt, daß die letzten Weisungen an Groß, den russischen Gesandten, genug enthielten, um dem Grafen Brühl den Hals zu brechen.[1]) Und Funcke, der seinen großen Einfluß auf den Canzler Bestuschew in derselben Richtung verwandte, war in äußersten Ängsten, daß Williams' heftige Art in Petersburg Erfolg haben und den Canzler nöthigen werde, die Czartoryski zu begünstigen. Daß Groß in Dresden sich beklagte, Graf Brühl wisse immer eher, als er selbst, die Aufträge, die er vom Hofe erhalte, war ein bedrohliches Symptom für den Vertrauten und Helfer des Canzlers.

Dessen Macht war mehr und mehr gesunken; die Zarin, die mit ihrer sichtlich abnehmenden Körperkraft nur um so ausschweifender wurde, sah ihn so gut wie nie; an den Favoriten Iwan Schuwalow mußte er seine Eingaben für die Zarin senden, der ihr daraus vorlegte, was er ihr genehm glaubte. Peter Schuwalow wurde die „Seele des Staats"; daß sich ihm der Vicecanzler Woronzow, Olsuwief, Trubetzkoi und Andere anschlossen, daß des Canzlers gefährlichster Gegner, sein Bruder Michael, der Großmarschall, der seit 1755 ohne Amt in Dresden gelebt hatte, von der Zarin höchst gnädig eingeladen wurde, nach Petersburg zurückzukehren, daß der Canzler durch den Grafen Woronzow den Befehl erhielt, durch Groß in Dresden die Abberufung Funckes zu fordern, trieb den alten Ränkespinner immer mehr in die Enge. Er machte alle möglichen Versuche, sich aus der Klemme zu ziehen und sich den Weg zu den englischen Subsidien offen zu halten, er wies Groß an, in seinen Berichten gegen den Wiener Hof und dessen Vergrößerungsplan zu declamiren,[2]) er

1) Funcke berichtet (wohl im Februar) über Guy Dickens: il impute au Cte. de Brühl et à son gendre d'avoir soutenu les partisans de la Prusse et de la France.

2) Funckes Bericht, 2. und 9. Juni: . . . sans s'embarrasser si les preuves de ce qu'il auroit avancé seroient toujours vraies, pourvu qu'elles fussent vrai-

meldete demselben: er habe Beweise eines schändlichen Verrathes, ähnlich dem des Fürsten Kantakuzeno, in den der Sohn des Canzler v. Buttlar in Mitau verwickelt sei; er fügte hinzu, daß er der Zarin davon gesagt habe, daß aber durch Woronzow, der vielleicht die Hand mit im Spiele habe, und durch Olsuwiew jede weitere Untersuchung gehindert sei, daß Groß, um die Zarin von Neuem damit zu beunruhigen, in seinen Depeschen melden möge, der König von Preußen müsse in Curland einen Canal gewonnnen haben, durch den er alle Geheimnisse Rußlands erfahre. Er arbeitete einen Plan aus, die preußische Armee durch Desertion zu zerstören, indem man russische Werber nach Curland nahe bei Memel, nach Hamburg, Lübeck, Mecklenburg, Danzig u. s. w. sende, die für noch nicht gediente Leute 15 Rubel, für gediente 25 Rubel, für jeden Deserteur 70 Rubel zahlen sollten u. s. w. Ja er machte noch einen Versuch, seines Bruders Rückkehr zu hindern; er schlug der Zarin vor, ihn als Ambassadeur nach London zu senden; die Zarin wies ihn hart genug zurück.[1])

Mitte Juni kam Williams nach Petersburg; dem Großcanzler gelang es sehr bald, sich mit ihm zu verständigen.[2]) Einige Wochen später traf Michael Bestushew ein. Aus dem „höchst gnädigen Empfang bei der Zarin und der hohen Auszeichnung", mit der sie ihm begegnete, „schöpften die Gegner des Großcanzlers Hoffnung auf dessen nahen Sturz"; und Maltzahn fügt hinzu: wenn Williams nicht vor Ankunft des Großmarschalls gezeichnet hat, so wird diese neue Intrigue den Canzler so beschäftigen, daß die Geschäfte darüber gewiß lange Zeit ruhen werden.

So die Nachricht, die Friedrich II. um den 20. August hatte.

---

semblables, l'Impératrice ayant laissé remarquer qu'Elle soupçonnoit que l'éloignement du Cte. Woronzow contre le Sr. Gross n'avoit point d'autre fondement que la prédilection du premier pour la Prusse.

1) Funcke, 19. Mai; die Zarin sage: qu'Elle étoit assez disposée à y envoyer un ambassadeur, n'y en ayant point eu encore, tandisque le Chevalier Williams étoit le troisième qui lui venoit de cette cour, mais que, quant au Cte. Bestushew, Elle vouloit à présent suivre son caprice, comme il avoit fait en restant si longtemps à Dresde malgré Ses ordres.

2) In den Besprechungen zwischen dem Großcanzler und Williams nahm außer dem unvermeidlichen Funcke, Graf Sinzendorf Theil, der den Glückwunsch zur Geburt des Paul Petrowitsch überbrachte. Sinzendorf war von Pretlack und Kaunitz dem Großcanzler als Vertrauensperson empfohlen, und er rieth dringend, die Gegner, Woronzow, die Schuwalows, Olsuwiew mit Geld zu gewinnen; Herrmann, Archiv für Sächs. Gesch., Neue Folge II. p. 52.

Und mehr noch: Graf Michael Bestushew hatte, als er Anfang Mai auf seiner Heimreise Frankfurt a. O. passirte, Gelegenheit genommen, den Feldmarschall Schwerin, mit dem er seit lange persönlich bekannt war, aufzusuchen, um ihm mitzutheilen: er kehre mit Genehmigung der Zarin nach Petersburg zurück, in der Hoffnung, sehr huldreich empfangen zu werden, aber freilich gegen den Wunsch seines Bruders und gegen den der Höfe von London, Wien und Dresden; er war der Meinung, daß diese eine Versöhnung der Zarin mit Preußen wie ein Donnerschlag treffen werde; er ersuchte Schwerin ihm, bevor er die russische Grenze erreiche, eine Nachricht zukommen zu lassen, ob der König, sein Herr, aufrichtig eine Aussöhnung wünsche; in diesem Falle wolle er mit dem Vicecanzler, seinem intimen Freunde, mit Nachdruck auf dieß Ziel hinarbeiten. Der König antwortete: er wünsche nichts mehr als eine aufrichtige Versöhnung mit der Kaiserin und würde dem Grafen unendlichen Dank wissen, wenn er darauf hinwirken wolle; die Ausführung würde um so leichter sein, da im Grunde Preußen und Rußland nichts unter sich zu schlichten hätten; Alles, was zwischen beiden Souveränen Erkaltung verursacht habe, beruhe auf Lügen, Verdächtigungen und Verläumdungen der gröbsten und lächerlichsten Art[1])

In Hannover konnte Williams' Ankunft Anfang Juli bekannt sein; aber bei den abnormen Zuständen des russischen Hofes hatte man sich auf ein rasches Ergebniß der Unterhandlungen keine Aussicht zu machen, zumal da der Großcanzler von den 500000 Pfd. Sterl., die Rußland vor Jahr und Tag gefordert, nichts ablassen, seine Gegner überhaupt jetzt keinen Vertrag, der Rußland im Voraus band, schließen wollten. Es konnten Wochen und Monate vergehen, ehe Georg II. die russischen Subsidientruppen in Action treten sah; außerdem stand Hannover „vor dem offenen Rachen des Wolfes“. Und Kaunitz, von Neuem aufgefordert, zwei Armeen aufzustellen, in Flandern zum Schutz gegen Frankreich, und zum Schutz für Hannover, mit den 6000 Sachsen vereint, um Preußen in Unthätigkeit zu halten, wenigstens bis der Vertrag mit Rußland geschlossen, erwiederte kühl: „wenn England, Holland und Hannover

1) Der vortreffliche Maltzahn in Dresden scheint bei Graf Bestushew die einleitenden Schritte gethan zu haben. Schwerins Bericht an den König ist vom 5. Mai, des Königs Antwort vom 8. Mai; Schwerins Meldung, daß er an Bestushew geschrieben, vom 12. Mai.

die Bedingungen erfüllt haben würden, die die Kaiserin gestellt habe, eher nicht".

Also als mit Boscawens Gewaltstreich bei Cap Race — die Nachricht davon war vom 21. Juli in Hannover — das Signal zum Kriege gegeben war, hatte Georg II. weder Rußland, noch Östreich; die hannövrischen Minister waren in äußersten Nöthen, in größter Aufregung; daß Colloredo, der endlich in Hannover eintraf, nicht die geringsten neuen Eröffnungen brachte, vielmehr „trocken und mit Härte" auf die Erklärungen seines Hofes (vom 1. Juni) zurückwies, brachte ihm nicht minder harte Entgegnungen ein: das Verhalten Östreichs habe in Holland und England den schlechtesten Eindruck gemacht, habe den ganzen Plan Englands zerrüttet. Die Regentschaft sei höchst betreten, habe den festen Entschluß gefaßt, sich ausschließlich auf die Sicherung Englands und Hannovers zu beschränken, Holland und die Niederlande ihrem Schicksal zu überlassen; in Holland sei die Confusion auf dem Gipfel, weder die Statthalterin, noch die Freunde Englands hätten irgend einen Beschluß bewirken können; die englischen Minister könnten damit zufrieden sein, die Unthätigkeit der Republik werde sie vor jeder französischen Invasion sicher stellen.[1])

Friedrich II. erfuhr diese werthvollen Nachrichten aus den Briefen des Grafen Flemming in Hannover; sichtlich unterhandelte man in die Kreuz und Quer, ohne Ergebniß, und der Muth der hannövrischen, auch der englischen Herren sank immer tiefer. Dann in den ersten Tagen des August bemerkte Flemming, daß diese Minister eine merklich ruhigere Haltung zeigten; es müsse wohl eine günstigere Wendung eingetreten sein. Nicht in Wien, wie seine Nachforschungen ergaben. Münchhausen sollte geäußert haben, man glaube, daß sich Preußen nicht in den französisch-englischen Krieg mischen werde, wenigstens in diesem Jahre nicht; ja Friedrich II. habe durch seine Schwester, die Herzogin von Braunschweig, mittheilen lassen: er werde an dem jetzt drohenden Kriege zwischen Frankreich und England keinen Theil nehmen, wenn nicht England und dessen Verbündete ihn dazu zwängen. „Die Heiterkeit und

1) So Flemming, Hannover 19. Aug., in der Übersicht der Vorgänge; er nennt die Erklärungen des Wiener Hofes „les conditions que cette cour dictoit avec hauteur." Über die Verhandlungen in Wien der Bericht von Keith, Wien 22. Mai 1755, bei v. Raumer, Beiträge II. p. 287; dort ist Kaunitz' Äußerung: wenn seine Kaiserin durch Rußland gegen Preußen gesichert sei, so wolle sie dem Könige von England in Flandern und Hannover beistehen. In demselben Sinn die Finalerklärung vom 1. Juni.

Seelenruhe der Minister, deren Gesichter früher nichts als Schrecken und Melancholie zeigten, haben in Colloredo starken Verdacht erregt, daß Preußen mit England in Unterhandlung stehe. Die Versicherung von Holdernesse und Münchhausen, daß der König von England sich in seinen Absichten nicht geändert habe, sondern bei dem alten System bleiben werde,[1]) hat Colloredo zwar etwas beruhigt, doch hat er empfinden müssen, daß England sich eine Thür zu Preußen offen hält, für den Fall, daß Östreich fortfährt, dieselbe Sprödigkeit zu zeigen, wie bisher".

Wenn Graf Holdernesse im Mai im Haag so gesprochen hatte, als wenn sein König Aussicht habe, Preußen von Frankreich zu trennen, so war das leichtsinniges Geschwätz und wurde von Preußen in aller Form dementirt. Aber je unklarer und gegen Preußen seltsamer die Politik des Cabinets von Versailles wurde, desto genehmer war es Friedrich, mit dem englischen Hofe durch die hessische Sache eine freundliche Beziehung angeknüpft zu haben. Daß Georg II. in Braunschweig den schon vor Jahr und Tag angeregten Plan, seinen Enkel, den Prinzen von Wales, mit einer Tochter des Herzogs, Friedrichs II. Nichte, zu vermählen, jetzt wieder aufnahm, gab Friedrich II. Anlaß, durch den Herzog sondiren zu lassen, wie man es aufnehmen würde, wenn er seine Reise nach Wesel durch Hannover mache; man war in Hannover höchst überrascht, man ließ antworten, der Empfang werde auf das Glänzendste und in verbindlichster Weise geschehen.[2]) Friedrich nahm seinen Weg von Salzdalum über Reckling nach Stagenburg. Wir sahen, daß Friedrich II. vertraulich dem französischen Minister mittheilen ließ, was zwischen Braunschweig und Hannover im Werke sei. Der Herzog hatte ihn durch Prinz Ferdinand wegen des englischen Erbietens um seinen Rath ersucht (29. Juni). Friedrichs eingehende Erörterungen schlossen mit der dringenden Bitte: „zu erwägen, ob er nicht, wenn es

1) Flemming, Bericht vom 19. Aug. Holdernesse fügt noch hinzu: qu'ils se tiendroient envers le Roi de Prusse aux simples termes de ménagement et de précaution auxquels la situation de Hanovre les obligeoit, et que quand même les ministres Hanovriens avoient voulu aller plus loin, il s'y seroit sûrement opposé.

2) So Prinz Ferdinand von Braunschweig an den König, 2. Juni 1755, mit der ersten Antwort, die der Herzog empfangen: que jusqu'à présent l'on n'y avoit absolument pensé à rien, mettant le voyage du Roi encore toujours en doute; und die zweite Mittheilung, aus einem Briefe des Herzogs Karl vom 31. Mai, wie man von Hannover aus am 30. Mai geantwortet habe.

zum Kriege komme, in Verlegenheit gerathen könne"; er bat, ferner in den Verhandlungen mit Hannover ihn nicht zu erwähnen.

Anfangs Juli war die Herzogin mit ihren zwei ältesten Töchtern in Herrenhausen. Noch schwankte der Herzog, die Herren in Hannover drängten, der Großvogt Münchhausen in wenig feiner Weise, sein Schreiben an den Herzog stellte es als dessen Pflicht gegen das Welfenhaus hin, sich an Hannover anzuschließen, als sei das der Preis für die Vermählung; selbst die Forderung fehlte nicht, daß die Gemahlin des Herzogs ihren Bruder, den König von Preußen, bestimmen solle zu erklären, daß, wenn Frankreich Hannover angreifen oder angreifen lassen sollte, er England weder direct noch indirect hindern werde, alle nur möglichen Maaßregeln zur Vertheidigung Hannovers zu treffen.[1]) Friedrich, dem der Herzog dieß Schreiben durch seinen Bruder, Prinz Ferdinand mittheilte, antwortete diesem: er möge dem Herzoge, mit dem herzlichsten Dank für sein Vertrauen antworten: er sei sehr erstaunt gewesen über die Eröffnungen, die der König von England ihm, dem Herzoge, machen zu lassen für gut gefunden habe, und er möge seinem Correspondenten wörtlich folgendes schreiben, ausdrücklich mit dem Vorgeben großer Indiscretion, daß er das ihm persönlich und im tiefsten Vertrauen Geschriebene weiter mittheile: Jedermann könne für seine Sicherheit thun, was er wolle, und Niemand habe den König von England gehindert, mit Sachsen, Cassel, Gotha, Subsidienverträge zu schließen, jedoch eine formelle Declaration darüber zu fordern oder zu geben, dazu sei weder die Zeit angethan, noch ein Anlaß vorhanden; für das Heil Europas aber sei zu wünschen, daß man den Hader zwischen England und Frankreich auslöschen könne, bevor ein allgemeiner Brand daraus entstehe; er werde sich dem, wenn der König von England es wünsche, mit dem größten Eifer widmen. Als von sich aus könne der Herzog noch mit einfließen lassen, daß man, wenn man mit Preußen anzuknüpfen wünsche, mit den Chicanen wegen Ostfrieslands und wegen der von englischen Capern genommenen Schiffe ein Ende machen möge.

Der Herzog war bereit, eher die ganze Verhandlung mit England aufzugeben, als sich von Preußen zu entfernen. Da kam zwei Tage nach Münchhausens Zuschrift Graf Holdernesse nach Wolfenbüttel und trug mit einer Fülle von Redensarten die englischen Wünsche vor,

1) Prinz Ferdinand sendet dieß Schreiben (Apostille) seines Bruders am 7. Aug. von Berlin an den König.

deren Summe wieder das formelle Ansuchen war, daß Friedrich II. weder direct noch indirect die Vertheidigung Hannovers hindern und Frankreich, wenn es des Königs von England deutsche Lande anzugreifen beabsichtige, keinerlei Unterstützung leisten wolle. Auf des Herzogs Mittheilung antwortete der König (12. August), der Hader um die Einöden Canadas sei im Grunde nicht der Mühe, am wenigsten der ungeheuren Kosten der Rüstungen werth; wenn er seine Meinung offen sagen solle, so scheine man sich beiderseits in Dinge einzulassen, die England und Frankreich weiter führten, als ihre Absicht gewesen; allerdings sei Gefahr, daß der Krieg nach Europa herüberschlage; er habe von Anfang an den Gedanken gehabt, daß beide Mächte den Weg der Mediation suchten; möge der König von England in Wien anfragen, oder Holland, Dänemark, Spanien wählen, er werde sich in Versailles anbieten; man könnte sich bis zum Frühling über gewisse Präliminarartikel einigen, und so der Hader mit voller Wahrung der Würde beider Kronen enden.

Er fügte im tiefsten Vertrauen hinzu: er habe so geschrieben, als wenn der Herzog nur von sich aus gesprochen habe; freilich werde er nie solche Erklärung geben; aber es entspreche seinem und dem braunschweigischen Interesse, daß man ihnen nicht alle Hoffnung nehme, und daß, wenn ihnen die Mediation nicht zusage, sie nicht gleich allen Muth verlieren müßten. „Im Grunde sehe ich, daß der König von England sehr heiße Furcht für sein Kurfürstenthum hat, und ich beginne zu vermuthen, daß er von dem Wiener Hofe nicht befriedigt ist, sonst würde er sich nicht an mich wenden".

Daß die Entgegnung Friedrichs II. einigen Eindruck gemacht hatte, zeigte die sehr verbindliche Antwort Holdernesses; sie versicherte, der König, sein Herr, sei von der höchsten Friedensliebe, von dem Wunsche nach einem gerechten Ausgleich erfüllt, aber eben so von der Gerechtigkeit seiner Sache überzeugt, und werde die Beweise für das sonnenklare Recht Englands, sobald er nach London zurückgekehrt sei, dem Herzog zur angemessenen Verwendung übersenden; einstweilen würde sein Herr es sehr gern sehen, wenn er erfahren könne, was er von der Freundschaft des Königs von Preußen zu erwarten habe, falls Frankreich etwas gegen Hannover unternehme. Also Friedrich II. sollte zuerst sprechen; „wir haben keine Eile, wir wollen ihre Aufklärungen erwarten" (25. August). Daß das Gerücht, Williams habe den Subsidientractat mit Rußland zu Stande gebracht, begründet sei, mochte er aus dem Aufbruch Georgs II. nach London schließen; und nicht als unwahrscheinlich galt ihm das

andere Gerücht, daß russische Truppen sich nach Lübeck einschiffen sollten, um Hannover zu vertheidigen, wenn es von Frankreich bedroht werde. Ihm lag jetzt doppelt daran, die begonnene Annäherung nicht abzubrechen: bis zum nächsten Mai, schrieb er (1. September) dem Herzog Karl, binde ihn die Allianz mit Frankreich von 1741, dann habe er freie Hand; er werde ihn, den Herzog, nicht desavouiren, wenn er den englischen Minister, mit dem er in Correspondenz stehe, aber durchaus wie von sich aus, wissen lasse, daß er nach seiner Meinung, wenn der König von England angemessene Vorschläge mache, vielleicht seinen Zweck betreffs der Neutralität Hannovers erreichen könnte; er möge ausdrücklich hinzufügen, daß die Herren in England gewiß sein könnten, von Preußen vergebens Vorschläge zu erwarten.[1])

Nach vierzehn Tagen ließ er durch Knyphausen in Paris sagen (13. September), daß ihm von den Engländern bedeutsame Anträge gemacht würden, die er dem Herzoge von Nivernois, wenn er nach Berlin gekommen, mittheilen werde.

Allerdings hatte Williams den Vertrag geschlossen der im eminenten Sinn gegen Preußen gemeint war. „Man muß die Russen überzeugen", hatte Holdernesse in seiner Instruction für Williams (11. April 1755) geschrieben, „daß sie nur eine asiatische Macht bleiben, wenn sie stille sitzen und dem Könige von Preußen eine bequeme Gelegenheit lassen, seine ehrgeizigen, gefährlichen und seit lange entworfenen Vergrößerungspläne durchzuführen"; S. Maj. von England gebe ihm Vollmacht und Anweisung, Alles seiner Seits zu thun, um solch einem Unglück vorzubeugen.

Williams hatte kaum so raschen Erfolg erhoffen können; Woronzow und der Oberkammerherr hatten das Ihrige gethan, die Zarin aufzuklären, welche Demüthigungen in diesen jahrelangen Verhandlungen mit England der Großcanzler über sie gebracht, zu wie ungeheuren Ausgaben für Recrutirungen und Rüstungen, für die England nichts gutgethan, er sie veranlaßt habe. Sie hofften ihm mit dieser Frage „den Hals zu brechen". Der Großcanzler spielte die Rolle der Maaß-

1) Friedrich II. an Herzog Karl, 1. Sept.: je la prie d'en vouloir user toujours avec ce ménagement comme si je n'étois aucunement mêlé encore, mais que c'étoit d'Elle-même et sur des avis particuliers qu'Elle avoit hasardé ces insinuations au ministre, en forme de bon conseil qu'Elle lui donnoit.

haltung und des guten Gewissens; nun waren ja die ersehnten 3 Millionen Subsidien in naher Aussicht, selbst die Zarin wurde gütiger gegen ihn. Er wußte ihr durch den jungen Schuwalow eine Denkschrift (5. August) mit Williams Anträgen zuzustellen, in der er sie mit der Erinnerung daran, wie er früher von ihr wider seine Gegner gestützt worden, bat, entweder auf Williams Anträge einen günstigen Entschluß zu fassen, oder wenigstens aus Freundschaft für den König von England bei der jetzigen Fährlichkeit der Umstände die Verhandlungen rasch abzubrechen. Gleich am nächsten Tage erfolgte mit der Rücksendung der Papiere der Befehl, daß die beiden Canzler sofort zeichnen sollten.

In höchster Eile, mit Unterstützung Funckes, redigirte Bestushew den Vertrag mit den nöthigen russischen Verbesserungen; und am 9. August Abends wurden die beiden Minüten, in beiden der Titel der Zarin voran, unterzeichnet und ausgewechselt; am 27. August war das von Williams eingesandte Exemplar in Hannover.

Die Hauptsache war, daß England für 55 000 Mann regulärer Truppen, die die Zarin ihm zu Dienst stellte, sobald sie in Action träten, jene 500 000 Pfd. Sterl. in vierteljährlichen Vorauszahlungen erhielt, als Wartegeld für sie freilich nur 100 000 Pfd. Sterl.; aber die Kriegsgefahr war ja ganz nahe. Williams hatte nicht bloß zugestanden, daß der Zarin in beiden Exemplaren die erste Stelle gegeben werde; er hatte in der Bestimmung, daß die russischen Truppen in Action treten sollten, wenn der König von England angegriffen werde, den von dem englischen Ministerium verworfenen Zusatz, „der König von England oder einer seiner Alliirten", wieder einzurücken gestattet, so daß auch, wenn die östreichischen Niederlande von Frankreich angegriffen wurden, für die russischen Subsidientruppen der casus foederis eintrat. Ja er hatte einen Geheimartikel zugestanden, nach dem keiner der Verbündeten für sich allein, ohne die Theilnahme des Andern Frieden schließen durfte, auch daß die russischen Truppen erst drei Monate nach geschehener Requisition ausmarschieren sollten, damit ein gleich starkes Heer, das die Zarin in Liefland haben müsse, Zeit habe, aus dem Innern heranzurücken. Nachträglich bedang noch der Großcanzler bedeutende Douceurs, für Olsuwiew 15 000 Ducaten, ähnliche Summen für Wolkow, für Funcke, der seit mehr als zwei Jahren keinen Gehalt bekommen habe; er selbst erhielt 10 000 Pfd. Sterl., auch Woronzow für seine Fügsamkeit eine angemessene Summe; und durch Guy Dickens

ließ er Williams empfehlen, der Zarin für die Unkosten, die sie seit den Jahren der Unterhandlung über diesen Tractat gehabt, eine Gratification von 100 000 Pfd. Sterl. auszuwirken, auch für den Großfürsten eine Unterstützung von 10—12 000 Pfd. Sterl.[1])

Hatte die Welt geglaubt, daß mit Georgs II. Rückkehr nach London endlich ein fester Zug in die große Frage kommen werde, so schien vielmehr nun auch England in Schwankung und unsicheres Umhertappen zu gerathen; nur daß ihm auch noch von diesem Nebelzustande aller Vortheil zufiel.

Man hatte hier sicher darauf gerechnet, daß Frankreich den Angriff Boscawens als Friedensbruch erklären und sofort die Kriegserklärung folgen lassen werde; darum lagen Hawkes Flotte und zahlreiche Caper im Canal unter Segel, sofort auf die französischen Kriegs- und Kauffahrteischiffe überall Jagd zu machen. Ohne französische Kriegserklärung loszubrechen, schien illoyal oder vielmehr eine Anweisung für Frankreich, den Landkrieg, dessen Kosten man gern für die Seerüstungen gespart hätte, mit dem Angriff auf Hannover zu beginnen. Die Regentschaft war in dieser Frage uneins; vorerst half man sich mit der Ansicht, daß Frankreich mit der Befestigung von Dünkirchen den Aachner Frieden gebrochen habe, und ließ einstweilen das Capern beginnen.

Nach des Königs Rückkehr wurden die Verlegenheiten noch größer. Freilich hatte Georg II. den russischen Vertrag; er enthielt theils unschickliche, theils sehr präjudicirliche Punkte, vor Allem die furchtbaren 500 000 Pfd. Sterl., wenn es zum Ernst kam; und überdieß konnte in den drei Monaten, die der Subsidienarmee zum Aufbruch gewährt waren, Hannover von Preußen über den Haufen geworfen sein. Von Friedrich II. war, aller sehr gütigen Annäherung ungeachtet, keinerlei bindende Äußerung herauszulocken gewesen; er habe geantwortet, sagte man sich in London, das Feuer sei seinem Hause noch zu entfernt, als daß er sich zu entscheiden brauche, welche Partei er nehmen werde. Und mußte ihn nicht der russische Vertrag nur um so mehr argwöhnisch, ja feindlich gegen England stimmen?[2]) Der lockende Preis, den Georg II. geboten

1) pour le tirer des embarras extrêmes où le mettoit son indigence. Funckes Bericht vom 11. Aug., in Maltzahns Berichten vom 26. Sept. und 3. Oct.

2) Friedrich II. an Michell, 14. Oct. 1755, nach Eichels Aufzeichnung der mündlichen Resolution: . . . im Übrigen soll er sie adroitement darin confirmiren, als daß ein Marsch der Russen in Teutschland nicht anders könnte als mich obligiren bon gré mal gré in den Krieg zu entriren.

hatte, die Hand des jungen Prinzen von Wales für die Nichte Friedrichs II., wurde der Mutter des jungen Prinzen Anlaß, die Opposition ihres verstorbenen Gemahls gegen den königlichen Vater zu erneuern. Das Schlimmste war, daß zwar Newcastle, wie immer dem hannövrischen Interesse seines Herrn dienstbereit, die vertragsmäßigen Zahlungen dem Schatzamt auftrug, daß aber Legge, sein Schatzcanzler, der gern die Gelegenheit ergriff, ihm ein Bein zu stellen, sich weigerte, da der Inhalt des Vertrages vom 9. August weder ihm noch dem Parlament mitgetheilt sei. Man mußte sich entschließen, erst die Genehmigung des Vertrages vom Parlament einzuholen, das den 13. November eröffnet wurde; bis dahin hatte man für Hannover — der Wiener Hof hielt sich völlig abgewandt — keinerlei Schutz; und man wußte, daß Nivernois nach Berlin gehen, einen Operationsplan vorlegen werde, den Belleisle bereits ausarbeitete.[1])

Das besprochene Factum der Beweise für Englands Rechte im Streit gegen Frankreich hatte Holdernesse am 30. September dem Herzoge von Braunschweig zugesandt, mit dem Ausdruck hoher Befriedigung seines Königs, daß Friedrich II. fortfahre, sich günstig für die Erhaltung des Friedens in Europa und besonders im Reich auszusprechen, den keine Macht zu stören wagen werde, ohne sich zuvor des Beistandes von Preußen versichert zu haben; mit dem Bedauern, daß sich der König von Preußen nicht etwas näher erklärt habe, was er thun werde, wenn in Anlaß dieses rein englischen Streites Jemand Hannover angreifen wolle; mit einer Menge schöner Versicherungen, namentlich der, daß der König von England, wenn er unterrichtet werde, was man unter annehmbaren Propositionen verstehe, gern einen besonders vertrauten Minister senden werde, in Berlin darüber des Weiteren zu verhandeln.

Friedrich antwortete dem Herzog auf die Mittheilung dieser Eröffnungen mit einer treffenden Beleuchtung der Logik in Holdernesses Schreiben: mit Frankreich habe er eine Allianz, mit England keine; Frankreich werde

1) Auf Friedrichs II. Frage: de quelle manière on pense en Angleterre sur mon sujet (18. Sept.) antwortet Michell, 30 Sept.: qu'ils attendent avec une espèce d'inquiétude de voir le parti que V. M. prendra et jusqu'à quel point Elle s'attachera à la France, avec laquelle on croit toujours que V. M. n'est pas en règle, et que c'est pour tâcher de s'y mettre que cette couronne lui envèrra le duc de Nivernois en qualité d'ambassadeur extraordinaire . . . Viele wünschen darum, daß der Vertrag mit Rußland nicht vollzogen wird: on sent qu'il n'est guere possible que V. M. reste alors les bras croisés.

ihm Anträge zu deren Erneuerung senden, England fordere von ihm Anträge, ohne zu sagen, was es beabsichtige; das Interesse bestimme die Politik eines Staates, und das Interesse Frankreichs sei bisher in den wichtigsten Punkten mit dem Preußens zusammengefallen, ob das auch mit England der Fall sei, könne er erst aus Propositionen, die ihm England machen werde, erkennen. „Diese Leute", fügt er in einem vertraulichen Schreiben an Herzog Karl hinzu, „wollen, daß ich Frankreich an die Luft setze und mich an dem Ruhm sättige, ihr Hannoverland gerettet zu haben, das mich gar nichts angeht; entweder sie wollen mich gröblichst düpiren, oder sie sind Narren und von lächerlichem Selbstgefühl".[1])

In Amerika hatte General Braddock in der Nähe von Fort Duquesne eine Niederlage erlitten (9. Juli), war selbst gefallen. Zum Entgelt hatten die Milizen von Pennsylvanien das wichtige akadische Fort Beausejour an der Fundybai genommen (Ende Juli), und trieben gründlichst die friedlichen katholischen Ansiedler von Haus und Hof.

Die festen Punkte am Champlainsee zu retten, eilte Dieskau mit den Truppen, die er herübergeführt, dorthin; es mislang ihm völlig, schwer verwundet fiel er in Feindeshand (September), die französischen Waffen in Amerika kamen in merklichen Nachtheil.

Um so unbegreiflicher, daß Frankreich in seiner „Unempfindlichkeit", in seiner „Schlaffheit" verharrte. Oder brütete man dort in der Stille große Dinge, Überraschungen, einen überwältigenden Stoß? War das das Geheimniß von Nivernois' Sendung, von Belleisles Operationsplan? Mit höchstem Eifer wurden Schiffe gebaut, Matrosen gepreßt, vor Allem Magazine und Trruppenmassen an den Küsten des Canales aufgehäuft.

Natürlich, daß das in England als Bedrohung empfunden wurde. Vielleicht nur, um die Aufregung zu steigern und das nahende Parlament zu großen Bewilligungen gefügig zu machen, wurde gesagt und geglaubt, daß die Franzosen eine Landung in England beabsichtigten.

---

1) Friedrich II. an den Herzog Karl von Braunschweig, 13. Oct.: ma situation est critique, il ne me convient point de m'aventurer et de faire des étourderies dont je pouvois peut-être me repentir. D'ailleurs ces gens sont si boutonnés qu'ils me donnent lieu de les soupçonner et que je crois presque qu'ils ne pensent qu'à gagner du temps, à m'endormir à présent, pour planter vous et moi le printemps qui vient, lorsqu'ils auront arrangé leur jeu et qu'ils croient pouvoir se passer de moi.

Und mit Preußen war man noch keinen Schritt weiter; um so dringender wurde der Abschluß mit Rußland; so wie der Vertrag war, konnte man ihn nicht dem Parlament vorlegen; Williams mochte die Anstöße, die er, in seinem edlen Eifer für die gute Sache und gegen Preußen, den Russen nachgegeben hatte, beseitigen und dann zur Auswechselung der Ratification schreiten.

Die russischen Herren waren gern erbötig, die „Alternative“ in den Namen der Souveräne herzustellen; sie gaben auch nach, daß die russischen Subsidientruppen nach der Requisition nicht drei Monate Frist zum Anmarsch haben, sondern, „sobald es irgend möglich sein wird“, aufbrechen sollten; noch andere Nebendinge; aber an der Substanz des Vertrages, an seiner Tendenz wurde nichts geändert; und Williams fühlte sich beglückt, daß die Großfürstin Katharina — man sah in ihr bei dem Siechthum der Zarin die künftige Lenkerin der Geschicke Rußlands — ihm ihr Vertrauen schenkte, offen gegen ihn aussprach, daß sie in dem Könige von Preußen den natürlichen und furchtbaren Feind Rußlands sehe, ihn erkennen ließ, „daß sie ihn persönlich hasse“.[1])

Den so modificirten Vertrag unterzeichneten Bestushew und Williams am 30. September. Am 30. October übergab Williams' Courier denselben den englischen Ministern. „Sie sprechen wenig von dem Vertrag“ schreibt Michell am 3. November, „sie begnügen sich, sich merken zu lassen, daß sie damit zufrieden sind; wie dem auch sei, wir sind dem Momente nahe, wo sich das System dieses Hofes entschleiern muß,[2]) weil man sich allem Vermuthen nach gleich nach der Zusammenkunft des Parlaments über die französischen Prisen, die man aufgebracht hat und vorläufig en dépôt hält, entscheiden und über das weitere Verhalten Beschluß fassen wird“.

Am 13. November wurde das Parlament eröffnet. Mit stolzen Worten rühmte der König in der Thronrede, daß er Alles für die Erhaltung des Friedens gethan habe, daß er aber, wie bisher, so hinfort Vorschläge, die nicht das volle Recht Englands anerkennen, zurückweisen werde, daß er gewiß sei, vom Parlament die nöthigen Summen bewilligt zu

1) Williams, 2. Oct. 1755, bei v. Raumer, Beiträge II 296.

2) Michell, 4. Nov.: voilà donc cette fameuse négociation une fois finie. Michell erwartet, daß man zu einer Kriegserklärung kommen wird, wegen der ungeheuren Kosten, die man schon gehabt: et qu'il faudra mettre en profit et vu l'impossibilité où l'on est de se réconcilier avec la France.

erhalten, um das, was die Nation mit Begeisterung und Glück begonnen habe, mit Energie zu Ende zu führen: „Nie hat es eine Lage gegeben, in der meine Ehre und die Lebensinteressen Großbritanniens so sehr eures Eifers, eurer Schnelligkeit, eurer Einstimmigkeit bedurft haben". Legge, Pitt, Granville, die wenige Tage vor Eröffnung des Parlaments aus dem Ministerium getreten waren, sprachen gegen die vorgeschlagene Antwort, gegen die Genehmigung des russischen Vertrages, der sofort Preußen zur Schilderhebung führen werde. Die Antwort wurde mit zwei Drittel der Stimmen angenommen; es war in ihr namentlich gesagt: Wir glauben E. M. unsere Hülfe nicht versagen zu können, um das abzuwenden, was nicht bloß gegen E. M. Königreiche geplant sein mag, sondern auch gegen die anderen Staaten E. M., die von Großbritannien unabhängig sind, wenn sie in Anlaß der Maaßregeln angegriffen würden, die E. M. zur Behauptung der wesentlichen Interessen Ihrer Königreiche getroffen hat".

Also in aller Form übernahm „die englische Nation" die Sicherstellung Hannovers; also auch auf die Gefahr eines Landkrieges neben dem Seekriege, eines im höchsten Maaße kostspieligen und in seinem Erfolg unberechenbaren Continentalkampfes neben dem lucrativen, den Handel, die Seemacht, den Colonialbesitz des Rivalen sicher vernichtenden Kriege zur See.[1])

Noch fehlte dem Vertrage mit Rußland, das in erster Reihe für Hannover eintreten sollte, die Ratification der Zarin. Und wenn man in London immer noch der Zuversicht war, Östreichs Sprödigkeit doch noch zu überwinden, so gestand man sich zugleich, daß der Wiener Hof unerschwingliche Summen fordere und doch noch weniger, als in dem letzten Kriege, zur Disposition Englands sein werde. Mit den Truppen von Cassel, Hannover, Gotha, Braunschweig und was man sonst noch aus den kleinen Territorien miethen konnte, war Hannover nicht zu sichern. Alles kam auf Preußen an, das man seit vier Monaten mit allerlei Phrasen, Complimenten und Flunkereien zu blenden und zu locken sich bemüht hatte, aber bisher ohne den geringsten Erfolg, — und das man mit dem Abschluß des russischen Vertrages vom

---

1) Michell, 18. Nov. Er sagt von dem großen Beschluß des Parlaments, man werde erst sehen müssen: l'effet qu'auront produit dans l'étranger les résolutions vigoureuses, et si en continuant de faire tout le mal à la France, elle ne se réveillera pas à la fin. La nation ne respire que la vengeance contre la France, et chacun est plus animé que jamais, depuis le Parlement s'est montré si fort disposé à approuver les mesures du Roi et à les soutenir.



30. September zu jedem Argwohne berechtigte. Und die großen Worte des Parlaments waren eine neue Herausforderung an Frankreich; es war doch möglich, daß der schimpflich behandelten und maaßlos bedrohten Macht, der einst stolzesten Nation der Welt, endlich die Geduld riß und sie mit einem plötzlichen continentalen Gewaltstoß gegen England-Hannover und dessen Verbündete dem Parlament Gelegenheit gab, seine „sonoren" Worte wahr zu machen.

Alles kam auf Preußen an. Aus Rücksicht auf Preußen war es, daß es in der englischen Ratification des Vertrages, die am 18. November an Williams abgefertigt wurde, „sehr positiv" hieß: „daß die Russen keinerlei Bewegung machen dürften, wenn nicht Hannover bedroht sei".

Daran schloß sich ein zweiter Schritt: Fox war an Robinsons Stelle als Staatssecretär und Leiter des Unterhauses ins Ministerium getreten. Er fand Gelegenheit zu einem Gespräch mit Michell, der in Folge dessen zu einer Conferenz mit Lord Holdernesse eingeladen wurde. Auf Befehl des Königs übergab der Lord ihm eine Abschrift des russischen Vertrages, fügte hinzu, daß S. M. bereit sei, nicht bloß alle Garantien die England für Preußen übernommen, zu erneuen, sondern auch in der innigsten Weise sich mit Preußen zu alliiren; Preußen sei in der glänzenden Lage, hindern zu können, daß der dem Ausbruch nahe Krieg sich nicht nach Deutschland verbreite; der König von Preußen halte in der einen Hand den Ölzweig, in der andern das Schwert. Er fügte hinzu, daß, wenn Friedrich II. auf die Ideen Englands eingehe, Alles geschehen werde, die noch zwischen England und Preußen vorhandenen Differenzen wegen der Entschädigung der gecaperten preußischen Schiffe, wegen der schlesischen Hypothekenschuld zu beseitigen. Der Herzog von Newcastle, zu dem sich auf Holdernesses Wunsch Michell sodann begab, wiederholte dieselben Äußerungen in gleich positiver Weise.

Noch wurde im Oberhause über den russischen Vertrag heftig debattirt. Daß endlich auf die nachdrücklichen Angriffe, namentlich des Lord Temple, Holdernesse erwähnte, der Vertrag sei an den König von Preußen geschickt, um denselben von dessen Unschädlichkeit zu überzeugen, machte allen weiteren Einwendungen ein Ende.

Friedrich II. hatte sich, so lange Georg II. und Holdernesse ihn durch seinen Schwager in Wolfenbüttel zu angeln versuchten und zu

fangen hofften, äußerst indifferent verhalten, in seinen Zuschriften an den Herzog auch nicht das Geringste einfließen lassen, was auch nur als Schein einer Zusage, eines Erbietens hätte gelten können. Noch nach jenen stolzen Beschlüssen des Parlaments hatte Holdernesse (21. November) mit Übersendung dieser Beschlüsse den Herzog versichert, daß sie zu Niemandes Gefährde bestimmt seien, daß die Russen, wie der König, sein Herr, öffentlich ausgesprochen, nur wenn irgend eine Macht dessen deutsche Staaten angreifen wolle, sich in Bewegung setzen würden, sein Bedauern hinzugefügt, daß sich Friedrich II. über den Vorschlag, einen Vertreter Englands als Gesandten an seinen Hof zu senden, nicht geäußert habe. Friedrich II. ersuchte den Herzog (2. December), darauf zu erwiedern: er habe in dieser Zuschrift nichts gefunden, was deren Mittheilung nach Berlin veranlassen könnte; seiner Seits sehe er mit Sicherheit voraus, daß die Franzosen in Berlin auf das Äußerste darauf drängen würden, Allianz von 1741 zu erneuen, und die könne sein Erstaunen nicht bergen, daß man englischer Seits eine Sache, die man Anfangs mit so großer Wärme gewünscht habe, nicht mehr der Beachtung werth halte. In einer eigenhändigen Nachschrift sprach Friedrich II. noch schärfer als in dem Schreiben vom 13. October seinen Argwohn gegen England und König Georg II. aus.[1])

Anderer Seits erhielt er binnen der nächsten vierzehn Tage durch zwei Berichte seines Gesandten Maltzahn in Dresden (5., 12. December) Nachrichten, die ein nur zu helles Licht auf den englisch-russischen Subsidienvertrag warfen, wie er am 30. September in Petersburg unterzeichnet war; denn in der am 18. November in London ausgefertigten Ratification war die „sehr positiv“ ausgesprochene Modification doch eben nur ein Wunsch Englands, dessen Erfüllung von der Ratification der Zarin abhing.

Wir erinnern uns des großen Conseils in Moskau vom 26. Mai 1753, in dem es dem Großcanzler gelungen war, den einstimmigen und von der Zarin feierlichst als „ihr politisches Testament“ be-

---

1) Friedrich II. an Herzog Karl, 2. Decb., in der eigenhändigen Nachschrift: Il faut, mon cher Duc, ne pas témoigner le moindre empressement, ni pour votre affaire, ni pour la mienne, et voir si cela éveillera ces gens d'outre-mer; nous ne pouvons les forcer; ainsi notre indifférence fera peut-être impression, et s'ils ont intention de nous tromper — ce que je soupçonne fort — ils en seront pour leur courte honte. Mon oncle s'enorgueillit facilement, tout lui prospère, et cela suffit pour lui faire mépriser le reste de la terre. Mais ayons patience et attendons.

zeichneten Beschluß fassen zu lassen: für Rußland gelte es fortan als Fundamentalgesetz und Staatsmaxime, sich jeder weiteren Vergrößerung Preußens zu widersetzen. Jetzt, gleich nach der Unterzeichnung des Vertrages mit England vom 30. September, habe der Großcanzler zwei Sitzungen des großen Conseils veranlaßt. Er habe in der ersten, 7. October, der die Zarin und auf deren ausdrücklichen Befehl auch der Großfürst beigewohnt, zur Erwägung gestellt, welche Mittel die geeignetsten sein würden, um die Beschlüsse vom 26. Mai 1753 zur Ausführung zu bringen. Nach sehr lebhafter Debatte habe man beschlossen, sich in den Stand zu setzen, jede Gelegenheit „ohne einige weitere Präparation noch einige Discussion" benutzen zu können, um Preußen, sei es daß dasselbe einen Alliirten Rußlands angreife oder von einem derselben angegriffen werde, mit überlegener Macht zu überziehen, ohne einige weitere Formalität dabei zu observiren. In Gemäßheit dieses Planes sollten Magazine für 100 000 Mann in Riga, Mitau, Libau, Windau, auf der Insel Ösel, angelegt werden, zu deren Herstellung der Senat zwei Fonds von $2^1/_2$ und $1^1/_2$ Millionen Rubel gefunden habe. Man habe ferner einen Plan für die Operationen zu Land und See entworfen, um mehrere gleichzeitige Attaquen ausführen zu können. Das zweite Conseil, am 19. October, habe dann über die Maaßregeln berathen, die Rußland im Fall eines ausbrechenden Krieges zu nehmen habe. Auch da sehr erregte Debatte; mehrere Mitglieder des Conseils hätten sich sehr lebhaft gegen das Verhalten der Höfe von Wien, London, Dresden erklärt, die nicht einmal den Wunsch ausgesprochen hätten, mit Rußland ein Concert zu machen. Der Großcanzler habe sich sehr geschickt aus der Affaire gezogen; man sei einig geworden, daß Angesichts der jetzigen Weltlage, wo der Krieg zwischen England und Frankreich so gut wie unvermeidlich sei und leicht zu einem allgemeinen Kriege führen könne, die Bildung eines Concerts versucht werden müsse, für das Rußland jede Art des Entgegenkommens zeigen werde. Dieß Ergebniß sei von allen Mitgliedern des Conseils unterzeichnet und der Kaiserin zur Genehmigung vorgelegt worden. Also wieder, wie 1753, der Versuch, durch einen Beschluß des Conseils, den nur russischen Vertrag mit England als Glied der „gemeinsamen Sache", die Politik des „allgemeinen Systems" als die specifisch russische stempeln zu lassen. Man erwarte, schreibt Maltzahn weiter, daß die Zarin zögern werde, um erst zu sehen, wie die Dinge in England nach Eröffnung des Parlamentes sich wenden würden. Der

Großcanzler habe zu seinen Freunden gesagt, die Zarin sei zwar keineswegs mit dem Resultat, das ihr nicht weit genug gehe, zufrieden, aber er sage gut dafür, daß sie genehmigen werde, wenn man sie nur nicht dränge.[1])

Also in solchem Sinn hatte England seinen Subsidienvertrag gemeint, Rußland ihn abgeschlossen. Und daß die Zarin ihn keineswegs befriedigend fand, daß die Gegner des Großcanzlers ihn, weil er nicht weit genug ging, heftig bekämpft, daß der Großcanzler, unterstützt von Williams' Geld und dem nach den verschiedenen Seiten hin still wirksamen Einfluß der Großfürstin, es möglich machte, zu temporisiren, war ein sicheres Zeichen, daß die russische Politik sich in gleicher Linie mit der Östreichs halten wolle.[2]) Gleich nach dem Conseil hatten sich die russischen Truppen nach der Grenze von Liefland zu in Marsch gesetzt; General Lacy wurde hingesandt, das Commando zu übernehmen. Friedrich II. wußte, daß in gleicher Weise der Wiener Hof sich fertig mache, die Cavallerie nach äußerster Möglichkeit remontire, die Infanterie auch durch die gewaltsamsten Werbungen in den Erblanden augmentire, alles Nöthige vorbereite, um zum März die Magazine in Böhmen und Mähren gefüllt, die Artillerie und den Train zu derselben Zeit marschbereit zu halten.[3])

Daß dem gegenüber die Lage Preußens sehr rasch sehr ernst werden konnte, lag auf der Hand. Begreiflich, daß Friedrich II. auf die Instruction für Nivernois' Sendung nach Berlin gespannt war; nach der Mitte October wurde sie im Conseil gelesen; demnächst schickte Knyphausen die versprochene Skizze derselben.[4])

---

1) Maltzahn, 5. und 12. Decb. nach Funckes Berichten vom 27. Oct. und 10. Nov. Eine Übersicht der Thatsachen läßt Friedrich II. durch Eichel am 20. Decb. an Podewils „zu Dero alleiniger Direction, unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses" übersenden.

2) Die „Geheimnisse des sächsischen Cabinets" I, 292, geben an, die Kaiserin Elisabeth sei im October so schwer erkrankt, daß man deren Auflösung erwartete; gewiß nach Funckes Berichten.

3) Eichel im Auftrag des Königs an Podewils, 20. Decb., nach den Berichten Klinggräffens vom 25. Oct., 29. Oct., 15. Nov. 1755. Klinggräffen hatte am 10. Decb. berichtet, daß die beiden Kaiserhöfe sehr gespannt seien, daß es zu Erklärungen zwischen ihnen gekommen sei. Darauf Friedrich II., 20. Decb.: tout au contraire, et je ne sais que trope leurs intimes liaisons et les projets qu'elles ont conçus et qui, si heureusement la Providence ne les avoit pas fait manquer de but, m'auroient pu étrangement embarrasser.

4) Knyphausen schreibt, 20. Oct., daß sie im nächsten Conseil gelesen werden

Der König darauf (8. November): „So vague, so erbärmlich diese Instruction ist, sie zeigt mir wenigstens, wohin diese Leute wollen".

Es ist der Mühe werth, eine Übersicht von dem, was Frankreich in Berlin vortragen lassen wollte, zu geben, theils um den Eindruck, den Friedrich II. davon hatte, zu erklären, theils um von den Sophismen, Selbsttäuschungen, Zwecklosigkeiten, in denen sich die Staatsweisen dieser Macht umtrieben, eine Vorstellung zu gewinnen. Es war, als ob ihnen die Vorstellung von Raum und Zeit und Realität der Dinge völlig abhanden gekommen sei, als ob sie jede Hautempfindung verloren hätten.

Der erste Theil des Schriftstückes sagt: Frankreich will den Krieg auf dem Continent von Amerika fortsetzen und sehen, ob es auf diesem Wege den Frieden erzwingen kann. Es will seine Flotte auf 80 Linienschiffe bringen und hofft im Februar deren 60 in See zu haben.[1]) Freilich hat man großen Mangel an Kanonen, man wird sie aus dem Ausland beschaffen. Frankreich hat vortreffliche höhere Seeofficiere, aber von seinen 70 000 Matrosen sind sehr wenige befahrene Leute, und von diesen viele den englischen Capern abgeführt; man hofft Ersatz aus Genua und Corsica. Frankreich braucht drei Escadres, die eine um Genua und Corsica zu sichern, eine zweite für den Canal, den Küstenhandel zu schützen, eine dritte im Ocean, um Martinique, St. Domingo, die Sendungen von Munition und Vorräthen nach Canada zu decken. Ostindiens that die Instruction so wenig Erwähnung wie Guineas; der da geschlossene Vertrag endet erst Juli 1756, und man forderte, daß die ostindische Compagnie selbst für ihre Besitzungen eintreten soll, hat ihr deßhalb eine Anleihe von 12 Millionen gestattet; sollte man diese Meinung ändern, so würde man noch eine vierte Escadre von jenen 60 ablösen müssen. Man rechnet stark auf die Armateurs, deren Eifer man durch Aufhebung der exorbitanten Antheile, die sie bisher dem Großadmiral der Krone, dem Herzog von Penthièvre, zahlen müssen, zu erhöhen gedenkt.

---

sollte und sendet am 24 Oct. die Skizze. Er giebt an, daß Bussy das große Actenstück nach einem Memoire von Nivernois ausgearbeitet hat.

1) Die 18 nach Nordamerika gegangenen Schiffe sind bis auf 2 zurückgekehrt, 12 werden in Toulon, 4 in Rochefort, 8 in Brest ausgerüstet, 6 in Guinea gekauft; noch sind 6 alte Schiffe in Toulon, etwa eben so viel in Brest, einige in Rochefort, die man ausrüsten kann. England hatte nach einem Londoner Bericht vom 19. Aug. bereits 148 Linienschiffe in See, darunter zur Hälfte solche von 70 bis 100 Kanonen, außerdem 45 Fregatten von 40, 58 Korvetten von 20 Kanonen.

Nivernois soll es in Berlin rechtfertigen, daß man zunächst nur an den Seekrieg denkt, und zwar mit folgenden Gründen: 1. Die früheren Kriege haben gezeigt, daß eine Diversion in Flandern und gegen Holland in England nie gewirkt hat, und durch einen Landkrieg würde Frankreich nur die Zahl seiner Feinde vermehren, ohne Nutzen für die Pacification. 2. Frankreich müßte, neben dem Landkriege, den zur See fortsetzen und sich dadurch tief in Schulden stürzen, während nur der Seekrieg gerade zum Ziel führt. 3. Englands System ist deutlich, die Seeherrschaft an sich zu reißen, sich in Nordamerika auszudehnen, den Handel Frankreichs zu vernichten; dem kann Frankreich nur durch eine formidable Flotte begegnen und muß darauf alle seine Kraft wenden. 4. Mit der weiteren Ausdehnung des Krieges würde sich die Zahl der Steitpunkte vermehren, und Frankreich würde es nicht in der Hand haben, den Frieden herzustellen, überdieß seien alle Verträge Frankreichs nur defensiver Natur, und es würde in Gefahr schweben, von seinen Verbündeten verlassen zu werden und schließlich allein die Last des Krieges zu tragen, wenn es den Offensivkrieg gegen England und Östreich begonnen hätte. Nur die Krone Spanien könnte helfen, aber sie zeige deutlich das Bestreben neutral zu bleiben.

Der zweite Theil erörtert die nächstweitere Eventualität. Wenn der Landkrieg in Amerika oder der Seekrieg nicht den gewünschten Erfolg hat, alsdann wird Frankreich sein Ziel zu erreichen suchen durch Anrufung der Garanten des Aachner Friedens; und zwar wird man, da dieß gewiß keine Wirkung hat, nur dazu schreiten „im Fall, daß weder ein Erfolg in Amerika noch zur See" die Pacification ermöglicht, und nur um einen Vorwand zu haben, „einen Krieg anzufangen und die Alliirten Englands anzufassen".

Knyphausen bemerkt mit Recht, daß dieser zweite Theil nur sehr indirect auf die Interessen Preußens Beziehung habe. Nivernois soll den König ersuchen, sich darüber zu erklären, welchen Gebrauch er in solchem Falle von seinen Alliirten im Reich machen werde, auch ihm mittheilen, welche Engagements zwischen denselben und Frankreich bestehen. Er soll den König sondiren, welche Diversionen er geneigt wäre, im Reich zu Gunsten Frankreichs zu machen, entweder gemeinsam mit französischen Armeen oder mit Beistand seiner Alliirten. Da man sich in dieser Beziehung ganz den Ideen des Königs fügen will, so hat man nicht für nöthig gehalten, ihm, wie man erst gewollt, Operationspläne für den Krieg in Deutschland vorzulegen. Nivernois soll

nur hören und dem Könige die Mittel nachweisen, die man hat, ihn gegen jede Antastung durch die Russen sicher zu stellen, die man für des Königs gefährlichste Gegner hält, falls er sich für Frankreich erkläre und Hannover angreife; „denn das ist die Diversion", sagt Knyphausen, „zu der man E. Maj. zu bestimmen wünscht". Die Mittel sind 1. Eine Erklärung der Pforte gegen Rußland, und Demonstrationen gegen die russische Grenze. Freilich Vergennes' Unterhandlungen dort gehen sehr langsam, sind bis jetzt ohne Erfolg. 2. Ein Seebund zwischen Dänemark und Schweden, um durch eine Flotte die Russen in Esthland festzuhalten. Freilich der Vertrag mit Schweden kann erst mit dem Reichstage gemacht werden, und Dänemark hat sich bisher evasiv verhalten. 3. Eine Conföderation in Polen, um den Durchmarsch der Russen zu hindern. Aber Broglie soll diese Conföderation machen, und ist noch in Paris; und was vermag eine polnische Conföderation? 4. Eine Ligue in Deutschland, um für Preußen größere Sicherheit zu schaffen und dessen sämmtliche Verbündete durch ein gemeinsames Band zu umschließen, dessen Stärke die gegenseitige Garantie aller ihrer Staaten sein würde. Aber man hat noch nicht daran gearbeitet.

Das waren die „Mittel, Preußen gegen Rußland zu decken". Zugleich hatte Nivernois den lebhaften Wunsch seines Hofes auszusprechen, „dem Könige von Preußen Vortheile als Belohnung für die Dienste, die er der Krone Frankreich mit der angegebenen Diversion leisten wolle, zuzuwenden", und um dessen gefällige Äußerung darüber zu bitten. „Ich weiß", sagt Knyphausen, „daß man hier daran gedacht hat, E. Maj. zu diesem Zweck die Garantie des Fürstenthums Ostfriesland anzubieten; auch ist im Conseil die Rede davon gewesen, E. Maj. den Besitz der jetzt neutralen Inseln Tabago, St. Vincent oder St. Lucia anzubieten, die Frankreich von Domingo und Martinique aus leicht nehmen könnte, und die mit ihrem Indigo, Tabak, Zucker, Baumwolle dem preußischen Handel sehr nützlich sein würden".

Zugleich waren die Etats der Landmacht sowie der Finanzen beigelegt, um den Beweis zu liefern, daß die Krone Frankreich im Stande sei, alle die Hülfe zu gewähren, welche ihre Verbündeten von ihr erwarten könnten; zugleich der Plan zu einer Invasion in die Niederlande, die, wenn Frankreich sich zum Landkriege entschließe, der erste Schritt sein müsse. Frankreich wird genau auf die Absichten der Gegner dort achten und, so wie irgend Verdächtiges sich zeigt, mit ganzer Kraft entgegentreten; man wird dem Wiener Hofe nicht erlauben, irgend

welche Vorbereitungen in den Niederlanden zu machen. In Italien meint man den Frieden zu erhalten, besonders wenn Spanien, wie man hofft, wenigstens neutral bleibt.

Der dritte Theil der Instruction behandelt die Frage der Allianz von 1741. Nivernois soll den König sondiren, ob er vorziehe, sie einfach zu erneuern oder sie den gegenwärtigen Umständen und den Verpflichtungen, die Preußen übernehmen wolle, anzupassen. Es sei im Plan gewesen, Schweden und Dänemark mit heranzuziehen zu einer „Quadrupelallianz"; da Dänemark wenig Neigung dazu zeige, habe man den Plan aufgegeben.

Außerdem ward Nivernois beauftragt, sich möglichst genau über die Anträge zu informiren, die der König von England in Berlin gemacht haben solle, und wie Friedrich II. sie aufgenommen habe. Auch sollte er des Königs Zustimmung zu dem Subsidienvertrage, den man Willens sei mit Sachsen zu schließen, zu gewinnen suchen, auch in Erfahrung bringen, ob der König noch andere Allianzen in Deutschland und welche er geschlossen zu sehen wünsche.

„Nun sieht man wenigstens, wohin diese Leute wollen".[1]) Aber es schien doch unmöglich, daß Frankreich aus bloßer „Lethargie" so völlig versinke, daß der König nicht die Schande empfinde, die stärksten Insulten von England hinzunehmen. „Es muß irgend ein besonderer Grund da sein, der ihn bestimmt, so zu verfahren". Hat vielleicht die Pompadour ihr Vermögen in England angelegt? „Es ist mir der Gedanke gekommen", schreibt Friedrich, „daß irgend eine Durchstecherei zwischen Frankreich und dem Wiener Hof vorhanden ist, dahin gehend, daß Frankreich nicht die Niederlande, Östreich nicht die Engländer unterstützen wird"[2]). Knyphausen hatte auf eine frühere eben dahin zielende Frage (von 21. October) geantwortet: Man scheint die Aufmerksamkeit und Rücksicht für Starhem-

1) Friedrich an Knyphausen, 8. Nov., er sagt ihm, was er von Reisenden aus der Provence und sonst erfahren: dans les provinces le peuple accablé et ruiné par famine, les troupes dans le plus piteux état, le soldat affamé et habillé en gueux, l'officier mal payé et en désespoir et, quant aux recrues, des garçons de 12 à 15 ans: enfin tous dans la dernière désolation, sans qu'on songe à y remedier. Voilà le portrait hideux que des gens raisonnables et point partials m'ont fait.

2) Friedrich II. an Knyphausen, 15. Nov. 1755.

berg zu verdoppeln, er wird bei Hofe auf das Huldvollste empfangen; aber es ist nicht wahr, daß dieser Minister, wie von vielen vermuthet ist, eine förmliche Verhandlung mit Frankreich wegen der jetzigen Conjuncturen angeknüpft habe, und E. Maj. kann versichert sein, daß zwischen beiden Höfen bisher nur allgemeine Artigkeiten ausgetauscht werden" (7. November).

Er täuschte sich vollständig. Und es mag hier gestattet sein, wenigstens wie am Horizont die schleichenden Maaßnahmen erscheinen zu lassen, mit denen der Wiener Hof die langsam schwellenden amerikanischen und oceanischen Differenzen nach Europa hinübergeführt, dort zu furchtbarem Kriegsbrande entflammt hat. Es ist ein Meisterstück von Graf Kaunitz' staatsmännischer Kunst, die verwegenste und besonnenste Intrigue, sein vollster diplomatischer Sieg über Friedrich II.[1])

Kaunitz hat sie bereits im Juni eingeleitet, als auch noch nicht einmal ein Gerücht von Boscawens Angriff auf die französische Flotte nach Europa gelangt war. Ihm stand fest, daß Östreich, da es Schlesien mit dem Willen Englands nicht wieder erhalten werde, die Verbindung mit den Seemächten aufgeben, in der Allianz mit Frankreich zugleich das Interesse des katholischen gegen das protestantische Europa vereinigen müsse.

Die ersten Schritte zur Loslösung geschahen im Juli in der Frage über die Vertheidigung der Niederlande; indem der Wiener Hof sie als eine vertragsmäßige Pflicht ablehnte, gab er, da die Seemächte ihrer entsprechenden Pflicht weder nachkommen wollten noch könnten, der Krone Frankreich die Gewißheit, daß sie nicht ihn gegen sich haben werde.

In der Mitte August genehmigte das Conseil in Wien die nächstweiteren Schritte; Frankreich von Preußen zu lösen und für den Wiener Hof zu gewinnen, sollten dem Herzoge von Parma, dem Schwiegersohne Ludwigs XV., die besten Provinzen der Niederlande in Tausch für Parma und Piacenza geboten, es sollte Frankreich die Unterstützung seiner Pläne für die polnische Königswahl zugesagt werden. Anfangs September — noch ehe Friedrich II. auch nur einen Schritt zu England hin, von Frankreich hinweg gethan — waren diese Anträge in Starhembergs Hand. Die „Möglichkeit einer Allianz mit Östreich"

1) Diesem Resumé liegt Beers lehrreicher Aufsatz in der Histor. Zeitschr. XXVII, 1872 zu Grunde.

wurde in Versailles bereitwilligst zugestanden, nur dürfe die Grundlage nicht sein, daß Frankreich sein Verhältniß mit Preußen löse. Vielleicht konnte man das umgehen; vielleicht zögernd Preußen nöthigen, den Schritt zu thun, der die Dinge auf ein anderes Geleise setzte. Kaunitz sah in der Instruction für Nivernois die Wirkungen seines wohl präparirten Opiats; und daß in seiner Instruction auch der sächsisch-französische Subsidienvertrag und der Wunsch, daß Preußen sich mit demselben einverstanden erkläre, eine Stelle gefunden hatte, war nach den wiederholten Erklärungen Preußens in dieser Sache eine halbe Absage.

Es galt dafür, daß die Pompadour die Wahl Nivernois' für die Sendung nach Berlin, die des Abbé Bernis für die eben so wichtige nach Madrid entschieden habe. Nivernois drängte auf seine Abfertigung[1]), aber man hatte am 26. October die Nachricht von Dieskaus Niederlage erhalten; damit sank die Hoffnung auf entscheidende Erfolge des Landkriegs in Amerika. Um so mehr stimmte das Conseil Rouillé bei, daß man die Eröffnung des Parlaments erwarten müsse, ehe man weitere Schritte thue. Aus Wien und dem Haag erhielt man die Nachricht, daß ein Vertrag zwischen Preußen und England in voller Arbeit sei, daß Wolfenbüttel bereits geschlossen habe, eben so Ansbach, letzteres trotz des kürzlich erneuten Familienpactes, der dem Markgrafen ohne den Consens des Familienhauptes keinen solchen Schritt erlaubte. Nivernois' Abreise wurde noch um eine Woche verschoben, bis zum 22. November; es wurde angemessen gefunden, daß er zuerst nach Dresden, dann nach Berlin gehen solle. Am Tag vorher erhielt man die englische Thronrede. Gleich Ministerrath; alle fühlten sich tödtlich beleidigt, beleidigt vor Allem durch den Vorwurf, daß Frankreich in Amerika den Krieg begonnen, verderbliche Pläne gegen Großbritannien geschmiedet habe. Aber sie meinten,[2]) der König von

1) Knyphausen an den König, 21. Oct.: le Duc de Nivernois est outré de la lenteur du ministère de France et il croit que V. M. est le seul capable de le tirer de l'inaction dans laquelle il languit; er thut Alles, den König zum Befehl der Abreise zu bestimmen.

2) Rescr. an Knyphausen, 9. Decb.: il est bien triste d'apprendre que malgré tous les désastres qui malheureusement arrivent coup à coup à la France, le ministère y reste toujours dans sa léthargie et ne songe qu'à des desseins dont ordinairement on les a déjà prévenus, de sorte que c'est à peu près comme

England habe schließlich der Wuth der Nation weichen müssen, die nur die Gelegenheit wünsche, den Krieg zu erklären. Es erging sogleich Befehl an die Fregatten in den Häfen, auszusegeln, um die französischen Kauffahrer gegen die Caper zu schützen; selbst Caperbriefe auszugeben, verschob man noch, um die englische Nation nicht noch mehr zu reizen, vielmehr ihr zu zeigen, daß Frankreich so friedlich wie zuvor sei. So Knyphausen am 24. November, und am 28.: nach den Antworten der beiden Häuser des Parlaments, besonders der Versicherung, für Hannover eintreten zu wollen, überzeuge sich das Ministerium, daß keine Hoffnung mehr für den Frieden sei. Es seien jetzt, sagte Rouillé, nur noch zwei Möglichkeiten für Frankreich: entweder eine Invasion in England oder ein Angriff auf Hannover; für den ersten Fall, der nur Frankreich allein angehe, brauche man keine fremde Hülfe; den zweiten Fall betreffend, wäre zu wünschen, daß Frankreichs deutsche Alliirten den Angriff auf sich nähmen, doch könne man sich darüber nicht entscheiden, bevor man sich mit Preußen concertirt habe. Gewichtige Stimmen waren für die Landung in England; „sie werde die englische Nation empören", sagte Rouillé; andere empfahlen eine Landung auf Minorca, andere eine Expedition gegen das englische Westindien, namentlich das reiche Jamaica. Belleisle empfahl den Angriff auf Minorca, weil das am ersten den Frieden bringen könne und am wenigsten gewagt sei. Zugleich müsse sich Frankreich gegen Flandern, Deutschland, Italien decken. Man kam zu keinem Schluß: man überzeugte sich, daß auch im Zögern ein Vortheil liege, da England erschöpft sein müsse und bald den Athem verlieren werde.

Noch am 11. December war Nivernois in Paris, bat Rouillé nun endlich um bestimmte Weisung über den „Hauptpunkt" seiner Sendung, über die der König immer noch schwanke: ob er nur den Seekrieg gegen England oder auch einen Landkrieg führen wolle; wenn er darüber in Berlin sich nicht positiv äußern könne, werde er kein Vertrauen einflößen, noch irgend eine aufrichtige Eröffnung erhalten.[1]) Darauf

---

s'il étoit privé de raison, de sens commun et de tout; aussi la manière dont ce ministère se conduit fera qu'à la fin les alliés de la France seront obligés de penser à leur propre sûreté.

1) Nivernois an Rouillé, Paris 11. Decb.: . . . et qu'il faut compter au contraire que ma présence à Berlin ne servira qu'à gêner, resserrer et éloigner le Roi de Prusse; er meint, dies sei „la pierre angulaire de ma négociation"; Pariser Archiv.

Rouillé erst am 15. December: „Der König kennt keinen Feind als England, er will die Zahl der Feinde nicht vermehren und fürchtet noch mehr, einen allgemeinen Krieg über Europa zu bringen; darum hat er befohlen, eine gerechte Genugthuung von England zu fordern und alle Mittel, die Gott in seine Hand gegeben hat, anzuwenden, sich an diesem Monarchen zu rächen, sei es mit der Seemacht, an deren Mehrung unablässig gearbeitet wird, sei es mit einem Angriff auf Hannover, sei es, daß er bis London gehen muß, ihn zu finden". So bis jetzt des Königs Absichten; er wünscht, daß man sie sehr geheim halte, aber er erlaubt, sie dem Könige von Preußen anzuvertrauen.

Friedrich II. wußte seit Anfang November durch Knyphausens Mittheilungen, was er von Nivernois' Sendung zu erwarten hatte. Eine starke russische Armee stand marschbereit seiner Grenze nahe, voll Ungeduld loszubrechen. Östreich hatte eine nicht mindere Truppenmacht in Böhmen und Mähren bereit, war im völligen Einverständniß mit der Zarin. Nur daß die Russen in englischem Solde standen, gab noch die Möglichkeit, der drohenden Krisis vorzubeugen; und eben jetzt bot England direct und in aller Form einen Neutralitätsvertrag, wie er der Lage Preußens entsprach.

Am 28. November hatte Michell diese Erbietungen der englischen Minister nach Potsdam gesandt; umgehend am 7. December antwortete Friedrich II., daß er bereit sei, auf ihre Anträge einzugehen.

Der preußisch-englische Neutralitätsvertrag.

Die Erinnerungen an den hannövrischen Vertrag vom August 1745 waren nicht der Art, daß sie Friedrich II. besonderes Vertrauen zu einer politischen Verbindung mit England und gar mit Georg II. und seinem hannövrischen Ministerium hätten geben können. Und die Erfahrungen, die er seitdem mit ihnen gemacht, waren nicht eben ermuthigender; selbst die Erbietungen, welche die letzten Monate daher Lord Holdernesse durch den Herzog von Braunschweig an ihn gebracht, hatten einen starken Beigeschmack von Hoffart und Gaunerei gehabt.

Und wenn Lord Holdernesse noch am 26. December 1755[1]) an Williams nach Petersburg schrieb: „Der König von England weiß, daß der Abschluß unseres Vertrages mit Rußland großentheils die jetzige Denkungsart des Königs von Preußen herbeigeführt hat, und ist überzeugt, die Zarin werde bei ihrer bekannten großartigen Gesinnung befriedigt sein, daß sie durch einen Federstrich für den Frieden und die Erhaltung ihrer Verbündeten so viel gethan", so ist klar, daß die Gefühle für Preußen in den leitenden Kreisen Englands nicht eben wärmer geworden waren; und obenein machten sie ein gutes Geschäft, wenn sie die Russen für die ersehnten 500 000 Pfd. Sterl. Kriegssubsidien mit den mageren 100 000 Pfd. Sterl. Wartegeld und friedlicher Nachbarschaft mit Preußen abspeisten.

Immerhin; die Erbietungen Georgs II. und seiner Minister vom 26. November zeigten, daß sie das dringende Interesse hatten, Preußen an dem Fortgang ihres Krieges mit Frankreich sich nicht betheiligen zu sehen. Sie erboten sich zu einem Preise, der der Machtbedeutung und dem Interesse Preußens hinreichende Bürgschaft gewährte.

Denn für Preußen handelte es sich nur darum, von dem Fortgange des großen oceanischen Ringens zwischen Frankreich und England nicht endlich auch ergriffen, zur Parteinahme für die eine oder andere Macht gezwungen zu werden. Nicht in dem Kielwasser Englands oder Frankreichs zu fahren, sondern in voller Selbstständigkeit neben beiden Mächten, die Kriegsflamme von seinem Staat und von Deutschland fern zu halten, wie es schon einmal in den drei letzten Kriegsjahren vor dem Aachner Frieden geschehen war, sah Friedrich II. als seine Aufgabe an.

Allerdings war der russische Subsidienvertrag vom 30. September eine Drohung gegen Preußen, eine solche, wie Lord Temple am 5. December im Oberhause sagte, die den König von Preußen sehr leicht bestimmen könnte, sobald die Russen gegen seine Grenzen vorrückten, die Waffen zu ergreifen. Und man fürchtete in England den allgemeinen Krieg, der zu den ungeheuren Kosten der Seerüstungen noch die sehr unproduktiven der Subsidien hinzugefügt hätte; man würde selbst ein

---

1) Holdernesse an Willams, 26. Decb. 1755 bei v. Raumer, Beiträge II p. 303. Holdernesse theilt an Michell (Bericht vom 26. Decb.) den Inhalt dieses Schreibens mit, natürlich nur summarisch.

billiges Accommodement mit Frankreich vorgezogen haben[1]); auch dazu schien am Ersten Preußen helfen zu können.

Der Preis, den die englischen Minister boten, war in den ersten Äußerungen von Holdernesse und Newcastle mit den Worten bezeichnet: Preußen solle im Norden den Frieden so erhalten, wie sie hofften, daß Spanien es im Süden thun werde. Sie gaben die Meinung auf, daß Preußen die Absicht habe, seinerseits die Offensive zu ergreifen. Und indem sie in dem Subsidienvertrage bestimmt hatten, daß die Russen nur in Action treten sollten, wenn des Königs von England deutsche Lande von Preußen angegriffen würden, und nicht anders als auf Requisition Englands, indem erst, wenn die russischen Truppen in Action träten, die 500 000 Pfd. Sterl. (3 Mill. Holl. Thaler) jährliche Subsidien gezahlt werden sollten, bis dahin nur 100 000 Pfd. Sterl. jährlich, so durften sie glauben, Rußland völlig sicher an der Leine zu haben. Die Bürgschaft, daß Preußen von den russischen Kriegsrüstungen nichts zu befahren habe, war das Wesentliche in dem Erbieten Englands.

Des Weiteren wurde positiv ausgesprochen, daß die so begründete Erhaltung des Friedens dem preußischen Besitz Schlesiens neue Sicherheiten hinzufügen werde. Also England wandte der Lebensfrage des Wiener Hofes den Rücken. Ferner erbot sich England, zum gütlichen Ausgleich in den noch schwebenden Differenzen wegen der gecaperten Schiffe Wege zu finden, um ohne Verletzung der Verfassung und der Gesetze Englands angemessene Entschädigungen an Preußen zu zahlen.

So die Erbietungen Englands. Friedrich II. beantwortete sie sofort[2]) in entgegenkommender Weise, nur in zwei Punkten in bestimmteren Ausdruck fassend, was die englischen Minister angedeutet; einmal, in Betreff der „neuen Garantien“ für Schlesien, setzte

1) Michell, 28. Decb.: enfin V. M. verra par ce que dessus, que l'on seroit charmé ici d'éviter une guerre générale, et que l'on n'est point éloigné même d'un accommodement avec la France, pourvu qu'il soit sur un pied juste et raisonnable.

2) Michells Bericht ist datirt, London 18. Nov., eigenhändig entwirft Friedrich II. die Antwort darauf; ihr beigeschrieben ist eine Notiz über die Ausfertigung, Potsdam, 7. Decb. 1755. Michell hat diese Sendung am 14. Dec. durch Courier, den Hellen im Haag ihm gesandt, erhalten.



er voraus, daß die Gewissenhaftigkeit des englischen Königs und der Nation sie nicht die Verpflichtungen vergessen lassen werde, die sie im Aachner Frieden übernommen; sodann für die Sicherstellung des Friedens in Deutschland schlug er die Form einer „Convention" über die Neutralität Deutschlands „für die Zeit der jetzigen Wirren" vor, ohne die Franzosen und Russen zu nennen, um Niemand zu verletzen und durch diese Zurückhaltung im Stande zu sein, desto wirksamer an dem Accommodement zwischen England und Frankreich zu arbeiten.

Mit größter Befriedigung wurden diese Eröffnungen, die Michell am 17. December zunächst an Holdernesse machte, von diesem, von Newcastle, von Fox, vom Könige selbst entgegengenommen. Sie gingen sofort daran, nach deren Maaßgabe einen Vertragsentwurf auszuarbeiten, in einem besonderen Schriftstück das Nöthige über die Entschädigung für die gecaperten Schiffe und die Hypothekenschuld zu formuliren. Sie sprachen auf den Wunsch Friedrichs II., zur Sicherung seiner Kauffahrer eine Declaration über die Güter, die sie laden dürften, zu erhalten, ihr Bedauern aus, eine solche nicht geben zu können, da sie von den englischen Gerichten nicht respectirt werden würde, erboten sich aber zu einem Commerztractat mit Preußen, etwa nach dem Muster des mit Schweden 1672 (vielmehr 1661) geschlossenen, weil ein solcher für die Gerichte maaßgebend sei. Sie sagten ihm, daß der König bereits zur Sendung nach Berlin einen seiner Lords (Marchmont) in Aussicht genommen habe, aber daß er, um den Abschluß zu beschleunigen und geheim zu halten, gern sehen werde, wenn Michell, der genau orientirt sei und das volle Vertrauen der Minister habe, mit dem Abschluß betraut werde.

Der Entwurf war der Art, daß Friedrich II. sich durchaus mit demselben einverstanden erklärte; nur forderte er, daß „Deutschland" nicht, wie im englischen Entwurf, „das Reich" genannt und daß in einem Secretartikel ausgesprochen werde, der Ausdruck „Deutschland" sei gebraucht, damit nicht auch die östreichischen Niederlande, die als burgundischer Kreis zum Reiche gehörten, als mit in die Neutralität eingegriffen verstanden werden könnten; dann fügte er hinzu, und beauftragte Michell, es auch den englischen Ministern anzudeuten: „Ich hatte keinen anderen Grund, diesen Vertrag zu schließen, als den Wunsch, meine Staaten und Deutschland sicher und im Frieden zu halten, und wollte mich auf nichts einlassen, was mich in einen

Krieg verwickeln konnte; wenn ich Lust gehabt hätte, Krieg zu machen, so würde ich nie die Hand zu diesem Vertrage geboten haben".

Auch ihm lag daran, völlig im Klaren zu sein. Er übersandte (4. Januar) an Michell den Auftrag und die Vollmacht zum Abschluß. Sie war am 13. Januar in dessen Hand. Die Minister empfingen seine Mittheilungen mit der größten Befriedigung; König Georg äußerte gegen ihn in einer besonderen Audienz seine höchste Befriedigung und „die Freude war auf seinem Gesicht gemalt".

Am 16. Januar war die Convention von Westminster in aller Form vollzogen.[1])

Sie spricht als ihren Zweck aus, daß beide Könige bei der Gefahr, daß die Differenzen wegen Amerika die Ruhe Europas stören könnten, von dem Wunsche beseelt, den allgemeinen Frieden Europas und den Deutschlands insbesondere zu erhalten, sich über die Maaßnahmen geeinigt hätten, die am wirksamsten zu solchem so wünschenswerthen Ziel führen könnten. Sie bestimmt in dem ersten Artikel, daß zwischen beiden Königen ein aufrichtiger Friede und gegenseitige Freundschaft bestehen soll, trotz der Wirren, die zu besorgen seien; daß demgemäß keiner von beiden, weder direct noch indirect, des anderen Territorien angreifen oder überziehen werde, daß sie vielmehr, jeder von seiner Seite, alle ihre Anstrengungen darauf richten werden zu hindern, daß ihre Alliirten gegen die bezeichneten Territorien etwas, von welcher Art es auch sei, unternehmen sollten. In dem zweiten Artikel verpflichten sich beide Könige, daß, wenn irgend eine fremde Macht, unter welchem Vorwand immer, Truppen in Deutschland einrücken läßt, sie ihre Streitkräfte vereinigen werden, sich solchem Einmarsch oder Durchmarsch zu widersetzen und die Ruhe in Deutschland zu erhalten. In dem dritten Artikel erneuern beide Mächte ihre früheren Allianz- und Garantieverträge, namentlich den von Westminster vom 18. November 1742, die Convention von Hannover vom 26. August 1745, die englische Garantie für Schlesien und deren Acceptationsacte vom 13. October 1746. Allerdings folgt noch ein „Geheimer- und Separatartikel", er besagt nichts, als

1) Eichel an Podewils, 8. Febr. 1756, der König habe ausdrücklich erklärt, daß die Convention quaestionis niemalen ein Tractat genannt, sondern allezeit als eine convention de neutralité du St. Empire qualificirt werden solle.



daß in dieser Convention die Bezeichnung Deutschland statt „des Reichs“ nur darum gebraucht sei, wie im Dresdner Frieden von 1745, damit dieser Artikel nicht auch als die östreichischen Niederlande und deren Dependenzen umfassend gedeutet werden könne.

In besonderen ministeriellen Abmachungen sind dann in den nächsten Monaten die Differenzen wegen der gecaperten Schiffe und der schlesischen Schuld erledigt worden.





